

Die sozialräumliche Dynamik der urbanisierten Schweiz und ihre politikgeografische Dimension

Abstract

The characteristics of urbanisation under postfordist conditions in Switzerland are the emergence of large polycentric metropolitan areas and the overlay of suburbanisation and reurbanisation processes at the same time. This thesis investigates the impact of these urbanisation processes on the population structure and the geography of political behaviour. The dynamics of the population structure was measured with an adapted social area analysis method for the whole country. The expansion of the urban space in Switzerland was followed by the diffusion of urban lifestyles into the suburban and rural areas and the formation of quartered metropolitan areas. While the existing sociospatial structures of the large agglomerations are still dependent of the economic and cultural context, the patterns of ongoing processes of periurbanisation, gentrification and marginalisation are independent of the context. The geography of political behaviour was measured with results of popular referenda. A strong homology between the sociodemographic and political topography could be observed. The parallels between sociodemographic changes and change of political behaviour are obvious. Reurbanisation is mirrored in the appearance of a typical urban left-liberal mentality. The consequences of gentrification and marginalisation are a political divergence between former working-class areas. Unlike the processes of socio-spatial change, which are independent of the cultural context the dynamics of the political geography in urban areas differs between Francophone and Swiss German agglomerations.

Die sozialräumliche Dynamik der urbanisierten Schweiz und ihre politikgeografische Dimension

Dissertation

zur

Erlangung der naturwissenschaftlichen Doktorwürde
(Dr. sc. nat.)

vorgelegt der

Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät

der

Universität Zürich

von

Heinrich Leuthold Baumann

von Oberrieden ZH

Begutachtet von

Prof. Dr. Hans Elsasser
Prof. Dr. Kurt Brassel
Prof. Dr. Andreas Ladner

Zürich 2006

Die vorliegende Arbeit wurde von der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich auf Antrag von Prof. Dr. Hans Elsasser und Prof. Dr. Robert Weibel als Dissertation angenommen.

Vorwort

Diese Dissertation ist eine Synthese aus zwei längeren Forschungsprojekten der Forschungsgruppe sotomo am Geographischen Institut der Universität Zürich, an denen ich beteiligt war. Im vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Projekt «Sozialtopologie und Modernisierung» beschäftigte ich mich gemeinsam mit Michael Hermann mit den regionalen Unterschieden im Abstimmungsverhalten. Wir untersuchten Persistenzen und Wandel der politisch-mental Topografie der Schweiz und publizierten 2003 den «Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz». Gemeinsam mit Corinna Heye führte ich Analysen zur Segregation und veränderten Sozialraumstrukturen in den Agglomerationen Zürich, Bern und Winterthur durch. Daraus entstand eine Neukonzeption der Sozialraumanalyse für die gesamte Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik.

Verschiedene Personen haben zum Gelingen dieser Dissertation beigetragen, die an dieser Stelle für ihre Unterstützung verdankt werden sollen:

Prof. Dr. Kurt Brassel für die Ermöglichung unserer eigenen Forschungsprojekte an seinem Lehrstuhl am Geographischen Institut der Universität Zürich und für die Begutachtung der Dissertation,

Prof. Dr. Hans Elsasser für die Betreuung der Dissertation in der Endphase und die Begutachtung,

Prof. Dr. Robert Weibel für die Unterstützung der Dissertation in der Endphase,

Prof. Dr. Andreas Ladner für seine Unterstützung als externer Gutachter,

Einen besonderen Dank verdienen Michael Hermann und Corinna Heye, meine beiden Mitstreiter in der Forschungsgruppe sotomo. Michael Hermann hat mit mir die Gruppe aufgebaut und war über all die Jahre während Studium und Assistenzzeit ein Partner für Forschungsprojekte, Lehrveranstaltungen, und viele andere Aktivitäten. Mit Corinna begann ich einen Forschungsstrang, der mich inhaltlich wieder zum meinem Diplomthema, der Stadtgeografie zurückführte. Beide waren sie und sind mir noch heute gute Kollegen bei der fachlichen Arbeit, daneben aber auch wichtige Freunde. Ohne sie beide wäre diese Dissertation nicht entstanden. Gewidmet ist diese Arbeit meinen Lieben: Christine und Clara

Zürich im Juli 2006

Zusammenfassung

Die Konsequenzen der Urbanisierung sind ein wissenschaftlicher Dauerbrenner der Geografie. Immer mehr Menschen leben in einem städtischen Umfeld und die Städte ändern ihre Gesichter unter Einwirkung den veränderten ökonomischen, sozialen, demografischen und institutionellen Bedingungen des postfordistischen Regulationsregimes. In dieser Arbeit wird Urbanisierung als Expansion städtischer Sozialstrukturen und Lebensweisen betrachtet. Mit einem interdisziplinären Zugang werden die Auswirkungen der soziokulturellen Urbanisierung und Metropolisierung auf die Geografie des politischen Verhaltens am Beispiel der Schweiz untersucht.

Die postfordistische Siedlungsentwicklung in der Schweiz ist charakterisiert durch die Verschmelzung von Agglomerationen zu Metropolitanräumen und durch die Überlagerung von Suburbanisierung und Reurbanisierung. Diese gleichzeitigen aber gegenläufigen Entwicklungen, führen zu gross- und kleinräumigen Umschichtungs-, Aufwertungs- und Abwertungsprozessen. Mit der Veränderung der Sozialraumstrukturen, verändern sich auch die räumliche Verteilung von politischen Einstellungen und die räumliche Variation von Wahl- und Abstimmungsergebnissen.

Die empirische Arbeit besteht aus einem sozialraumanalytischen und eine politikgeografischen Teil. Eine Sozialraumanalyse der gesamten Schweiz auf der Basis von Volkszählungen erfasst sowohl die wirtschaftsstrukturell bedingten grossräumigen Unterschiede der Sozialstruktur als auch die residenzielle Segregation entstandenen städtischen Sozialraumstrukturen. Im Vergleich der Stadtregionen zeigen sich Abhängigkeiten der bestehenden Sozialraumstrukturen vom sprachkulturellen und vom ökonomischen Kontext. Die Muster der sozialräumlichen Dynamik sind dagegen kontextunabhängig. Die Gentrifizierung, Marginalisierung und Periurbanisierung sind globale Phänomene und nehmen in allen Agglomerationen ähnliche Formen an.

Die Geografie des politischen Verhaltens wird mit den Ergebnissen der eidgenössischen Volksabstimmungen gemessen. Das Modell des Raums der Weltanschauungen bestimmt die politische Position jeder Gemeinde mit drei weltanschaulichen Dimensionen. Die Homologie zwischen der sozialräumlichen und der politisch-mental Topografie zeigt sich in einer statischen Betrachtung. Die Längsschnittanalyse zeigen die Parallelen zwischen sozialräumlicher und weltanschaulicher Dynamik. Die Reurbanisierung spiegelt sich in der Entstehung einer charakteristischen urbanen Weltanschauung. Gentrifizierung und Marginalisierung zeigen sich als politisch-mentale Entfremdung der zentrumsnahen und peripheren ehemaligen Arbeiterquartiere.

Summary

The characteristics of urbanisation under postfordist conditions in Switzerland are the emergence of large polycentric metropolitan areas and the overlay of suburbanisation and reurbanisation processes at the same time. This thesis investigates the impact of these urbanisation processes on the population structure and the geography of political behaviour.

The dynamics of the population structure was measured with an adapted social area analysis method for the whole country. The expansion of the urban space in Switzerland was followed by the diffusion of urban lifestyles into the suburban and rural areas and the formation of quartered metropolitan areas. While the existing socio-spatial structures of the large agglomerations are still dependent of the economic and cultural context, the patterns of ongoing processes of periurbanisation, gentrification and marginalisation are independent of the context.

The geography of political behaviour was measured with results of popular referenda. A strong homology between the sociodemographic and political topography could be observed. The parallels between sociodemographic changes and change of political behaviour are obvious. Reurbanisation is mirrored in the appearance of a typical urban left-liberal mentality. The consequences of gentrification and marginalisation are a political divergence between former working-class areas.

Unlike the processes of socio-spatial change, which are independent of the cultural context the dynamics of the political geography in urban areas differs between Francophone and Swiss German agglomerations.

Inhalt

1 EINLEITUNG	1
1.1 Gegenstand der Untersuchung	1
1.2 Vorgehen zur Umsetzung	6
2 THEORETISCHER RAHMEN	11
2.1 Sozialer Wandel	11
2.2 Sozialräumliche Dynamik	29
2.3 Metropolisierung	50
2.4 Entwurf einer Sozialraumanalyse der Schweiz	65
2.5 Geografie des politischen Verhaltens	67
2.6 Abstimmungen und Abstimmungsforschung	99
2.7 Innovationen und Neuauflage der Abstimmungsökologie	121
3 METHODIK	125
3.1 Methodologische Grundlagen	127
3.2 Analytische Konstruktion des Raums der Weltanschauungen	150
3.3 Interpretative Konstruktion des Raums der Weltanschauungen	159
3.4 Zeitliche Analyse von Merkmalsräumen	176
3.5 Kartografische Repräsentation des Raums der Weltanschauungen	190
3.6 Sozialraumanalyse	200
4 EMPIRISCHER TEIL	215
4.1 Die sozialräumliche Dynamik der Schweiz	215
4.2 Die weltanschauliche Dimension	267
5 SYNTHESE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	317
5.1 Synthese	317
5.2 Schlussfolgerungen	325
VERZEICHNISSE	327
Literaturverzeichnis	327
Tabellenverzeichnis	350

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG	1
1.1 Gegenstand der Untersuchung	1
1.1.1 Verstädterung und politisches Verhalten	1
1.1.1.1 Auswirkungen auf die Cleavage-Struktur	2
1.1.2 Prozesse der Verstädterung	3
1.1.2.1 Sozialer Wandel und postfordistische Raumstruktur	3
1.1.2.2 Stadtland Schweiz	3
1.1.3 Ziel der Arbeit und Fragestellung	4
1.1.3.1 Forschungsleitende Fragen	5
1.2 Vorgehen zur Umsetzung	6
1.2.1 Entstehungskontext	6
1.2.2 Methodisches Vorgehen	6
1.2.3 Aufbau der Arbeit	7
1.2.3.1 Theoretischer Rahmen	7
1.2.3.2 Methodik	8
1.2.3.3 Empirie	9
1.2.3.4 Synthese und Schlussfolgerungen	10
2 THEORETISCHER RAHMEN	11
2.1 Sozialer Wandel	11
2.1.1 Erste und zweite Moderne	12
2.1.1.1 Standardisierung und Vermassung	12
2.1.1.2 Die neue Unübersichtlichkeit	13
2.1.1.3 Zwei Phasen der Modernisierung	14
2.1.2 Von der rigiden zur flexiblen Regulation	16
2.1.2.1 Fordismus – das rigide Regulationsregime	17
2.1.2.2 Postfordismus – flexibles Regulationsregime	18
2.1.2.3 Gesellschaftliche Konsequenzen der Flexibilisierung	20
2.1.3 Pluralisierung der Gesellschaft	21
2.1.3.1 Deindustrialisierung und Tertiarisierung	21
2.1.3.2 Individualisierung	23
2.1.3.3 Veränderung der Sozialstruktur	25
2.1.3.4 Sozialhistorische Verwerfungen	27
2.2 Sozialräumliche Dynamik	29
2.2.1 Diskontinuitäten der Urbanisierung	30
2.2.1.1 Suburbanisierung und A-Stadt-Bildung	31
2.2.1.2 Überlagerung der Suburbanisierung durch die Reurbanisierung	32
2.2.1.3 Gentrifizierung	33
2.2.1.4 Marginalisierung der Stadtrandgebiete	35
2.2.2 Wandel der Segregation	36
2.2.2.1 Innerstädtische Segregation	36
2.2.2.2 Determinanten der residentiellen Segregation	37
2.2.2.3 Divergierende Präferenzen	38
2.2.2.4 Ausdifferenzierung der Wohnideale	39
2.2.2.5 Segregation nach Lebensstilen	41
2.2.2.6 Divergierende Bewertung und ökonomische Restriktionen	42
2.2.3 Wandel der sozialräumlichen Struktur	44
2.2.3.1 Sozialökologische Stadtmodelle	44
2.2.3.2 Sozialraumanalyse	45
2.2.3.3 Spätmoderne Sozialraumstrukturen	46
2.2.3.4 Sozialräumliche Strukturierung nach Lebensstil und Status	48

2.3 Metropolisierung	50
2.3.1 Typen der Metropolisierung	51
2.3.1.1 Metropolitanregionen	51
2.3.1.2 Polyzentrische Städtereigionen	53
2.3.1.3 World Cities und Global Cities	55
2.3.2 Die Verstädterung der Schweiz	58
2.3.2.1 Das Schweizer Städtenetz	58
2.3.2.2 Funktionale Differenzierung	60
2.3.2.3 Entkopplung von Arbeiten und Wohnen	62
2.3.2.4 Sozialräumliche Organisation der Metropolitanregionen	63
2.4 Entwurf einer Sozialraumanalyse der Schweiz	65
2.5 Geografie des politischen Verhaltens	67
2.5.1 Kontext und politisches Verhalten	67
2.5.1.1 Der geografische Kontext als Mediator zwischen Globalem und Lokalem	68
2.5.1.2 Kontexteffekte des Wahlverhaltens	71
2.5.1.3 Nachbarschaftseffekte	73
2.5.1.4 Exkurs: Wie es begann – Das regionale politische Milieu bei Siegfried	75
2.5.2 Determinanten des politischen Verhaltens	78
2.5.2.1 Sozialstruktureller Erklärungsansatz	79
2.5.2.2 Politökonomischer Erklärungsansatz	81
2.5.2.3 Sozialpsychologischer Erklärungsansatz	83
2.5.2.4 Raumbezug des politischen Verhaltens	84
2.5.3 Segregationsbedingte Effekte	86
2.5.3.1 Segregation der sozialen Milieus	86
2.5.3.2 Segregation von Kosten und Nutzen	88
2.5.3.3 Segregation der Sozialisationsbedingungen	89
2.5.4 Regionsbezogene Effekte	89
2.5.4.1 Historisch kulturelles Gedächtnis	90
2.5.4.2 Regionale Identität	91
2.5.4.3 Sozialstrukturelle Identität	93
2.5.4.4 Ökonomische Regionalinteressen	94
2.5.4.5 Die Sozialpsychologie einer Region	96
2.5.4.6 Zusammenfassung	98
2.6 Abstimmungen und Abstimmungsforschung	99
2.6.1 Allgemeines zur Abstimmungsforschung	100
2.6.1.1 Typen von Abstimmungen	100
2.6.1.2 Methodische Grundprobleme der Abstimmungsforschung	102
2.6.1.3 Ökologischer Fehlschluss	103
2.6.1.4 Modifiable Areal Unit Problem	104
2.6.1.5 Individualdatenanalysen	104
2.6.1.6 Aggregatdatenanalysen vs. Individualdatenanalysen	105
2.6.2 Themen der Abstimmungsforschung	106
2.6.2.1 Der internationale Diskurs über Volksabstimmungen	106
2.6.2.2 Gliederung der Abstimmungsforschung in der Schweiz	107
2.6.3 Abstimmungen als Forschungsgegenstand	109
2.6.3.1 Determinanten des Abstimmungsverhaltens	109
2.6.3.2 Partizipationsforschung	110
2.6.3.3 Abstimmungsentscheid	110
2.6.4 Abstimmungen als Indikatoren	112
2.6.4.1 Abstimmungen als Indikatoren für das politische System	113
2.6.4.2 Abstimmungen als Indikatoren für gesellschaftlichen Wandel	114
2.6.4.3 Abstimmungen als Indikatoren für die regionale politische Kultur	114
2.6.5 Ökologische Abstimmungsforschung in der Schweiz	115
2.6.5.1 Die Anfänge in den 1970er Jahren	117
2.6.5.2 Regionale politische Kulturen	118

2.6.5.3	Kritik am ökologischen Ansatz	119
2.7	Innovationen und Neuaufgabe der Abstimmungsökologie	121
2.7.1.1	Theoriegeleitete Abstimmungsökologie	121
2.7.1.2	Methodische Innovationen	122
3	METHODIK	125
3.1	Methodologische Grundlagen	127
3.1.1	Renaissance der Exploration	127
3.1.1.1	Typologie empirisch nutzbarer Daten	127
3.1.1.2	Synthetische Daten und Handlungsspuren	131
3.1.1.3	Veränderte Rahmenbedingungen der empirischen Sozialforschung	132
3.1.2	Entwurf einer quantitativen Hermeneutik	133
3.1.2.1	Hermeneutik	134
3.1.2.2	Hermeneutik in der Geografie	135
3.1.2.3	Hermeneutischer Zirkel	136
3.1.2.4	Hermeneutik quantitativer Daten	137
3.1.2.5	Vorgehen bei einer «Hermeneutik quantitativer Daten»	139
3.1.3	Raummetaphern als Instrumente der Exploration	140
3.1.3.1	Raum als formaler Ordnungsraster	140
3.1.3.2	Soziale Welt und Raummetaphern	141
3.1.3.3	Das Konzept der Karte	142
3.1.3.4	Kartografie und «Spatialization»	143
3.1.3.5	Voraussetzungen für Konstruktion und Visualisierung	144
3.1.4	Hermeneutische Analyse der politisch-mental Topografie	146
3.1.4.1	Zwischen Datenanalyse und sozialtheoretischer Interpretation	146
3.1.4.2	«Ground truth» und Einbezug von Alltagsexperten	148
3.2	Analytische Konstruktion des Raums der Weltanschauungen	150
3.2.1	Induktiv-hermeneutische Perspektive	150
3.2.1.1	Abstimmungen als Indikatoren	151
3.2.1.2	Benennung und Mehrdimensionalität	152
3.2.2	Konstruktion des Raums der politischen Ziele	153
3.2.2.1	Kategorisierung der Abstimmungen	153
3.2.2.2	Katalog der politischen Ziele	154
3.2.2.3	Faktorenanalyse und Integration der politischen Ziele	155
3.2.2.4	Ergebnisse der aktualisierten Faktorenanalyse	156
3.3	Interpretative Konstruktion des Raums der Weltanschauungen	159
3.3.1	Drei Dimensionen der Weltanschauung	159
3.3.1.1	Links gegen rechts	160
3.3.1.2	Liberal gegen konservativ	161
3.3.1.3	Ökologisch gegen technokratisch	163
3.3.2	Der Raum der Weltanschauungen	164
3.3.2.1	Zwei Arten der Liberalisierung	164
3.3.2.2	Der dreidimensionale Raum	165
3.3.3	Spiegel gesellschaftlicher Dichotomien	167
3.3.3.1	Produktion und Reproduktion	167
3.3.3.2	Macht und Ohnmacht	168
3.3.3.3	Wirkungsmacht und Eigenmacht	169
3.3.3.4	Natur und Kultur	170
3.3.4	Extraktion von Sachkonflikten	171
3.3.4.1	Politisches Profil in 9 Dimensionen	171
3.3.4.2	Inhaltliche Beschreibung der Sachkonflikte	173
3.3.4.3	Zuordnung der Abstimmungen	174

3.4 Zeitliche Analyse von Merkmalsräumen	176
3.4.1 Grundlagen	176
3.4.1.1 Darstellung von zeitlichen Entwicklungen	176
3.4.1.2 Zeitliche Vergleichbarkeit in den Sozialwissenschaften	177
3.4.1.3 Strukturerkennende Verfahren und Zeitvergleich	179
3.4.1.4 Projektions- und Interpolationsansatz	180
3.4.2 Zeitliche Interpolation von angefallenen Daten	182
3.4.2.1 Faktorenanalyse	182
3.4.2.2 Faktorwertkoeffizienten	183
3.4.2.3 Zeitlich gewichtete Faktorwertkoeffizienten	185
3.4.2.4 Definition des zeitlichen Fokus	185
3.4.2.5 Zeitreihenanalyse: «weighted moving focus»	186
3.4.3 Zeitliche Interpolation im Raum der Weltanschauungen	187
3.4.3.1 Veränderung der Bedeutung der Dimensionen	188
3.5 Kartografische Repräsentation des Raums der Weltanschauungen	190
3.5.1 Modellierung der politischen Landschaften	191
3.5.1.1 Punktkarten und Kreisscheiben	192
3.5.1.2 Interpolation der Dichteoberfläche	193
3.5.1.3 Zonen sprachlicher Dominanz	195
3.5.1.4 Punktsignaturen und Beschriftungen	196
3.5.2 Generalisierung und Fokussierung	198
3.6 Sozialraumanalyse	200
3.6.1 Sozialraumanalyse und Faktorialökologie	201
3.6.1.1 Deduktiver Ansatz: Sozialraumanalyse	201
3.6.1.2 Induktiver Ansatz: Faktorialökologie	202
3.6.1.3 Rückkehr zur theoriegeleiteten Sozialraumanalyse	203
3.6.2 Adaptierte Sozialraumanalyse	204
3.6.2.1 Indexbildung	205
3.6.2.2 Normierung der Indizes	205
3.6.2.3 Verwendete Daten	206
3.6.2.4 Modellierung der Einkommensverteilung in Stadtquartieren	206
3.6.2.5 Raumeinheiten	207
3.6.2.6 Raumgliederungen	208
3.6.3 Operationalisierung und Berechnung der vier Indizes	208
3.6.3.1 Statusindex	208
3.6.3.2 Individualisierungsindex	209
3.6.3.3 Fremdsprachigkeitsindex	211
3.6.3.4 Altersindex	214
4 EMPIRISCHER TEIL	215
4.1 Die sozialräumliche Dynamik der Schweiz	215
4.1.1 Soziokulturelle Urbanisierung	215
4.1.1.1 Soziokulturelle Profile	215
4.1.1.2 Urbanisierung als gesamtgesellschaftlicher Prozess	218
4.1.1.3 Annäherung der Sprachregionen	219
4.1.1.4 Das S-I-Diagramm	220
4.1.1.5 Die innere Differenzierung der Siedlungstypen	221
4.1.2 Sozialräumliche Struktur der Grossstadttagglomerationen	224
4.1.2.1 Heterogenität und Polarisierung	227
4.1.2.2 Vertikale Differenzierung	228
4.1.2.3 Horizontale Differenzierung	231
4.1.3 Umschichtungen in den Grossstadttagglomerationen	231
4.1.3.1 Relative Auf- und Abwertung	237
4.1.3.2 Reurbanisierung und fortschreitende Suburbanisierung	237
4.1.3.3 Gentrifizierung und Marginalisierung	239

4.1.3.4	Verlagerung der A-Stadt-Phänomene	243
4.1.4	Grossräumige Quartierbildung im Metropolitanraum	246
4.1.4.1	Der Metropolitanraum Zürich	246
4.1.4.2	Vertikale Differenzierung	248
4.1.4.3	Horizontale Differenzierung	249
4.1.4.4	Sozialräumliche Umschichtungen	254
4.1.4.5	Soziokulturelle Urbanisierung	255
4.1.4.6	Die Sozialraumstruktur des Metropolitanraums	255
4.1.5	Diskussion der Ergebnisse	259
4.1.5.1	Der Einfluss des sprachkulturellen Kontextes	259
4.1.5.2	Angleichung der Sozialraumstrukturen der Grossstadttagglomerationen	260
4.1.5.3	Gentrifizierung – Ausdruck des Wertewandels	261
4.1.5.4	The Quartered City – Quartierbildung in den Metropolitanräumen	262
4.1.5.5	Die Bedeutung naturräumlicher Faktoren	264
4.1.5.6	Institutionelle Einflüsse	265
4.1.5.7	Angekommen in der Spätmoderne	266
4.2	Die weltanschauliche Dimension	267
4.2.1	Die mentale Topografie im Überblick	267
4.2.1.1	Die Sprachregionen	267
4.2.1.2	Der Zentrum-Peripherie-Gegensatz	269
4.2.1.3	Der soziale Gegensatz	269
4.2.1.4	Historisch-kulturelle und sozioökonomische Faktoren	269
4.2.1.5	Fokus der Analyse	271
4.2.2	«Deutsch» und «Welsch» im Vergleich	272
4.2.3	Zwei Gegensätze von Stadt und Land	275
4.2.3.1	Zentrum-Peripherie-Gegensatz	275
4.2.3.2	Kernstadt-Umland-Gegensatz	279
4.2.4	Sozialer Gegensatz	285
4.2.4.1	Soziale Hierarchie in den Grossagglomerationen	286
4.2.4.2	Verblässende Wohlfahrtswerte	288
4.2.4.3	Die sozialräumliche Gliederung im Vergleich	291
4.2.4.4	Weltanschauliches Raumtypenschema	293
4.2.5	Wirtschaftsgeografische Grundlagen	294
4.2.5.1	Wissensbasierte Dienste	294
4.2.5.2	Horizontale Differenzierung	296
4.2.5.3	Kommerziell vs. kreativ/kommunikativ	298
4.2.6	Dynamik in der politischen Landschaft	298
4.2.6.1	Entwicklung des Sprachgegensatzes	299
4.2.6.2	Der sozialpolitische Gegensatz von Deutsch und Welsch	300
4.2.6.3	Wandel der Stadt-Land-Gegensätze	302
4.2.6.4	Entwicklung der urbanen Weltanschauung	303
4.2.6.5	Die Entwicklung im frankophonen Raum	304
4.2.7	Die fünf grossen Agglomerationen in Bewegung	305
4.2.7.1	Agglomeration Zürich	306
4.2.7.2	Agglomeration Basel	307
4.2.7.3	Agglomeration Bern	308
4.2.7.4	Agglomeration Genf	309
4.2.7.5	Agglomeration Lausanne	310
4.2.8	Innerstädtische Entwicklung	310
4.2.8.1	Entwicklung der Stadtkreise Zürichs	311
4.2.8.2	Entwicklung der Zählkreise Genfs	313
4.2.9	Fazit	314

5 SYNTHESE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	317
5.1 Synthese	317
5.1.1 Zwei Zugänge – homologe Strukturen	317
5.1.1.1 Sozialräumliche Struktur und Dynamik	317
5.1.1.2 Weltanschauliche Differenzierung und Dynamik	318
5.1.1.3 Homologie der Strukturen	319
5.1.2 Weltanschauliche Konsequenzen der Urbanisierung	320
5.1.2.1 Reurbanisierung	321
5.1.2.2 Gentrifizierung und Marginalisierung	321
5.1.2.3 Soziokulturelle Urbanisierung	322
5.1.3 Der sprachkulturelle Kontext	322
5.1.3.1 Unterschiedliche Perzeption der sozialen Ungleichheit	323
5.2 Schlussfolgerungen	325
VERZEICHNISSE	327
Literaturverzeichnis	327
Tabellenverzeichnis	350

1 Einleitung

Zwischen Geografie und Politik bestehen vielerlei Wechselbeziehungen. Politische Institutionen haben eine Geografie, weil sich ihr Wirkungsbereich auf ein geographische begrenztes Territorium bezieht. Wahlsysteme haben eine Geografie, weil in demokratischen Staaten die Konstitution der politischen Akteure normalerweise durch die Bevölkerung innerhalb von politisch-administrativen Territorien erfolgt. Die Politik macht aber auch Geografie, denn von politischen Entscheidungen gehen in vielen Fällen Eingriffe in die räumliche Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft aus. Das betrifft besonders die Raumordnungspolitik im engeren Sinne und die Infrastrukturentscheide des Staates. Aber auch Politikbereiche, die nicht direkt etwas mit der Raumorganisation zu tun haben, verändern die Geografie. Der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU hat beispielsweise Auswirkungen auf die regionalwirtschaftliche Entwicklung, die Förderung von Kinderkrippen verändert die räumliche Organisation des Alltags von Familien, und die Kürzung von Militärausgaben führt zum Abbau von Arbeitsplätzen an den Standorten von Waffenplätzen und Rüstungsbetrieben. Schliesslich ist die Politik auch eine Plattform zur Artikulation und zum Aushandeln geographisch unterschiedlich verteilter Interessen, Meinungen und Einstellungen.

1.1 Gegenstand der Untersuchung

Aufgrund der vielfältigen Wechselbeziehungen ergeben sich Abhängigkeiten zwischen Geografie und Politik: Wenn sich die Geografie verändert, dann hat das Auswirkungen auf die Politik. In diesem Feld ist die vorliegende Arbeit angesiedelt. Sie untersucht die Auswirkungen der Verstädterung und der daraus resultierenden sozial-räumlichen Unterschiede auf die Politik, genauer genommen auf die regionalen Unterschiede des politischen Verhaltens. Im Zentrum stehen die Prozesse der Verstädterung, Metropolisierung und Reurbanisierung, die zu neuen Sozialraumstrukturen führen und sich in der Geografie des politischen Verhaltens niederschlagen.

1.1.1 Verstädterung und politisches Verhalten

Verstädterung bezeichnet zunächst die Ausdehnung der Städte und damit die Vergrösserung der Anzahl Menschen, die in urbanen Kontexten leben. Die flächen- und

einwohnermässige Ausdehnung des städtisch strukturierten Raumes ist jedoch nicht die einzige Konsequenz der Verstädterung. Das Verschmelzen von einst mehr oder weniger eigenständigen Städten zu Metropolitanregionen ist ebenso eine Folge der Verstädterung wie Aufwertungs- und Abwertungsprozesse oder andere interne Umstrukturierungen im Gefüge der urbanen Zonen, die sich durch die Ausdehnung der Städte ergeben.

Als politisches Verhalten (engl. political behavior) gilt die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an den politischen Entscheidungsprozessen insbesondere bei Wahlen und bei Abstimmungen. Individuelles politisches Verhalten ist abhängig von politischen Werthaltungen und Einstellungen, aber auch von materiellen Interessen und der Eingebettetheit in ein soziales Milieu. Diese so genannten Determinanten des politischen Verhaltens haben alle eine räumliche Komponente aufgrund der regional unterschiedlichen Bevölkerungszusammensetzung. Auf der Makroebene manifestieren sich diese Unterschiede als verräumlichte Cleavages, d.h. auf Interessens- und Wertkonflikten zwischen gesellschaftlichen Grossgruppen, die sich als regionale Unterschiede in den politischen Präferenzen zeigen.

1.1.1.1 Auswirkungen auf die Cleavage-Struktur

Der politische und ideologische Graben zwischen Stadt und Land ist eine zentrale Dichotomie moderner Demokratien. Er gehört zu den vier basalen Cleavages nach Lipset und Rokkan (1967), welche die westeuropäischen Gesellschaften spalten. Wenn sich die Städte ausdehnen, dann verändert sich das Machtverhältnis von Stadt und Land. Die Konsequenzen der Verstädterung tangieren aber auch die anderen Cleavages: Wenn sich die Hierarchie von städtischen Oberschichts- und Unterschichtsquartieren verändert, dann verändert sich die räumliche Manifestation des politisierten Klassengegensatzes, wenn sich die Sozialstruktur in den Kernstädten verändert, dann verändert sich auch der politische Gegensatz von Kernstadt und Umland. Selbst der konfessionelle Cleavage kann tangiert werden, wenn im Zuge der Verstädterung die Konfessionslosigkeit in der Bevölkerung zunimmt oder der politische Katholizismus seine mobilisierende Wirkung verliert.

Städtische Gebiete werden durch Mobilität geformt. Das bewirkt eine Entmischung der Bevölkerung nach sozialen Unterschieden und eine räumlich-funktionale Spezialisierung von Wohnen, Arbeiten, Konsum, Vergnügen. Mit der Ausdehnung der Städte werden diese Prinzipien der Quartierbildung auf grössere Räume ausgedehnt und es entsteht eine grossräumige Sozialraumstruktur nach städtischem Muster. Mit der Amalgamierung von Städten und Agglomerationen verändern sich die vormalig bestehenden Hierarchien zwischen den Städten und zwischen Zentrum und Periphe-

rie. Es ändert sich aber auch die funktionale und sozialräumliche Strukturierung des Stadtraumes. Alle diese räumlichen Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur schlagen sich als räumliche Unterschiede des politischen Verhaltens nieder.

1.1.2 Prozesse der Verstädterung

Metropolisierung und Verstädterung sind globale Phänomene und erzeugen weltweit homologe Strukturen und Formen. Sie unterliegen den globalen sozialen und ökonomischen Wandlungsprozessen. Daneben sind Städte aber immer auch in einen nationalen und kulturellen Kontext eingebunden.

1.1.2.1 Sozialer Wandel und postfordistische Raumstruktur

Die sozialräumliche Ordnung von Städten ist immer auch ein Abbild der gesellschaftlichen Organisation und Strukturierung. Gemäss der Regulationstheorie verändert sich die räumliche Organisation der Gesellschaft mit der Auflösung und Flexibilisierung des rigiden fordistischen Akkumulations- und Regulationsmodus' der hochmodernen Industriegesellschaft. Die postfordistische Raumstruktur der Spätmoderne ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Fragmentierung der Sozialraumstruktur, und die Gleichzeitigkeit verschiedener Entwicklungsprozesse (Krätke 1990).

Weltweit ist eine Renaissance des Städtischen festzustellen. Dieser als Reurbanisierung bezeichnete Prozess bedeutet eine Rückkehr der Mittelschichten in die Zentren der Grosstädte. Die Reurbanisierung führt zur sozialen Aufwertung (Gentrifizierung) der Innenstädte, aber auch zur Verdrängung der Unterschichten und zur Verlagerung der sozialen Problemzonen von den Innenstädten in die Vorstädte und Agglomerationen. Gleichzeitig mit der Reurbanisierung bleibt der Prozess der Sub- und Periurbanisierung ungebrochen, und die Städte und Agglomerationen dehnen sich an ihren Rändern weiter aus. Diese beiden gleichzeitig ablaufenden Entwicklungen dividieren die Mittelschichten in räumlicher Hinsicht auseinander. Die resultierenden Entmischungsprozesse sind ein Ausdruck der Pluralisierung und der horizontalen Ausdifferenzierung der vertikalen Klassenstruktur (Ley 1996; Hamnett 1996).

1.1.2.2 Stadtland Schweiz

Der Diskurs über die Verstädterung der Schweiz hat in den vergangenen Jahren deutlich an Intensität gewonnen. Raumplanerisch und architektonisch verankerte Arbeiten zeigen die Verwischung der Gegensätze von «städtisch» und «ländlich» im Hinblick auf die Bebauung und die infrastrukturelle Erschliessung des Landes. Die verwendeten Begriffe wie «Stadtland Schweiz» (Eisinger/Schneider 2003), «Metropole Schweiz» (Schilling/Rellstab 2003) oder «städtebaulichen Typologie» (Diener et

al. 2005) deuten auf ein verändertes Bild der Schweiz hin. Die Terminologie beschreibt die Schweiz keineswegs als dezentral besiedelten und landwirtschaftlich geprägten Alpenstaat, sondern als einen einzigen zusammenhängenden urbanen Raum.

Der politologisch und raumordnungspolitisch motivierte Diskurs dreht sich um die wachsende Inkongruenz von funktionalräumlicher Struktur und institutioneller Regionalisierung. Als Massnahmen schlagen viele Autoren Territorialreformen vor, entweder im traditionellen Sinne von Kantonsfusionen zu Grossregionen (Schuler et al. 1999; Thierstein et al. 2000), in Form einer vollständigen Neukonzeption des Föderalismus mit der Schaffung von Agglomerationen als eigenständige politisch-administrative Einheiten (Flückiger/Frey 2001) oder der Neueinteilung in 5 Metropolitanregionen und 3 ländliche Regionen (Blöchliger 2004). Eine dritte Gruppe von Autoren vertritt den Ansatz, dass nicht die Geografie der Institutionen anzupassen sei, sondern die räumliche Organisation der staatlichen Institutionen sei zu überdenken (z.B. Frey/Eichenberger 1999) bzw. die Zusammenarbeit zwischen den föderativen Ebenen sei im Sinne einer «Multi-Level-Governance» umzugestalten (z.B. Kübler et al. 2003).

Zu kurz gekommen ist in dieser Debatte bisher der soziodemografische Fokus. Das Städtische und die Urbanität zeigen sich nicht nur in der Bebauungsdichte und der Infrastruktur, sondern manifestieren sich auch in der Sozialstruktur, im dominierenden Lebensstil der Bevölkerung und in der funktional- und sozialräumlichen Entmischung und Spezialisierung einzelner Quartiere. In dieser Lücke setzt die vorliegende Arbeit an. Urbanität wird als soziokulturelles Phänomen konzeptualisiert und die Urbanisierung als Diffusion der städtischen Sozialstruktur in den ländlichen Raum.

1.1.3 Ziel der Arbeit und Fragestellung

Die vorliegende Arbeit hat zum Ziel, die politikgeografische Dimension der Verstädterung und Metropolisierung am Beispiel der Schweiz auszuleuchten. Die Hauptfragestellung lautet demnach: Wie schlagen sich die Prozesse der sozialräumlichen Umschichtungen und der soziokulturellen Urbanisierung in der Geografie des politischen Verhaltens nieder?

Analytisch gliedert sie sich damit in zwei Teile: Erstens geht es darum, die sozialräumliche Struktur und sozialräumlichen Umschichtungsprozesse in und ausserhalb von Metropolitanregionen aufzuzeigen und zu beschreiben. Zweites sollen die Auswirkungen der sozialräumlichen Dynamik auf die politische Mentalität und das politische Verhalten der Bevölkerung untersucht werden.

1.1.3.1 Forschungsleitende Fragen

Für den ersten Teil ergeben sich mehrere inhaltliche Forschungsfragen, die sich auf die sozialräumliche Dynamik im Zusammenhang mit der Verstädterung der Schweiz beziehen.

- Wie sieht die grossräumige sozialräumliche Struktur der gesamten Schweiz aus?
- Welche Prozesse der sozialräumlichen Umschichtungen lassen sich in den Schweizer Stadtregionen erkennen?
- Welche Gemeinsamkeiten in der sozialräumlichen Entwicklung gibt es zwischen verschiedenen Grossagglomerationen?
- Wie wirken sich die sprachkulturellen und ökonomischen Unterschiede zwischen den Schweizer Stadtregionen auf ihre sozialräumliche Differenzierung aus?

Die Forschungsfragen für den zweiten Teil leiten sich aus den verschiedenen Prozessen im Zusammenhang mit der Verstädterung und der sozialräumlichen Umschichtung in den Stadtregionen ab.

- Wie verändert sich der ideologische Cleavage zwischen Stadt und Land?
- Wie zeigen sich die Prozesse der sozialräumlichen Dynamik in einer veränderten Geografie des politischen Verhaltens?
- Wie wirken sich die sprachkulturellen und ökonomischen Unterschiede zwischen den Schweizer Stadtregionen auf die Dynamik der politisch-mental Topografie aus?

1.2 Vorgehen zur Umsetzung

1.2.1 Entstehungskontext

Diese Arbeit ist eine Synthese von zwei längeren Forschungsprojekten der Forschungsgruppe «sotomo» am Geographischen Institut der Universität Zürich, an denen der Autor beteiligt war.

Die Neukonzeption einer theoriegeleiteten Sozialraumanalyse entstand im Rahmen des Nationalfondsprojektes «Modellierung der Umzugsdynamik in urbanen Räumen bezogen auf sozio-kulturelle Wohnmilieus», in dem die Dissertation von Corinna Heye angesiedelt ist und bei dem der Autor Mitgesuchsteller war. Aus gemeinsam mit Corinna Heye durchgeführten Projekten in Zusammenarbeit mit kantonalen und kommunalen Verwaltungen zur sozialen Segregation resultierten diverse Publikationen. Die Ausdehnung des Konzeptes auf die ganze Schweiz erfolgte gemeinsam mit Michael Hermann und Corinna Heye in einer Forschungszusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik zur Entwicklung von Indizes zur Messung soziokultureller Disparitäten in der Schweiz.

Die Konzeption des Raums der Weltanschauungen und die Modellierung der politisch-mental Topografie erfolgten gemeinsam mit Michael Hermann im Rahmen des Nationalfondsprojektes «Sozialtopologie und Modernisierung». Aus diesem Forschungsprojekt resultierten die 2003 erschienene Buchpublikation «Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt» und ein gutes Dutzend kleinere Publikationen.

Es ist eine Folge dieses Entstehungskontextes, dass in dieser Arbeit auf viele der bestehenden Publikationen zurückgegriffen wird. Eine zweite Konsequenz dieser Entstehungsgeschichte ist die inhaltliche Überschneidung mit den Dissertationen der beiden Kollegen. Verschiedene Teile dieser Arbeit sind auch Teil der parallel entstandenen Dissertation von Michael Hermann. Bei diesen gemeinsamen Teilen handelt es sich um die Beschreibung der gemeinsam durchgeführten und verwendeten methodischen Entwicklungen (Kapitel 3), die Ausführungen zur Abstimmungsfor-schung (Kapitel 2.3) und die empirische Analyse der weltanschaulichen Topografie (Kapitel 4.2).

1.2.2 Methodisches Vorgehen

Die Behandlung der verschiedenen Forschungsfragen wird mit zwei getrennten Analysen durchgeführt, die sich integrieren lassen. Zur Beschreibung der sozialräumlichen Dynamik wird eine Sozialraumanalyse auf der Basis von Daten aus den Volkszählungen von 1990 und 2000 verwendet, mit der sowohl die grossräumige

Sozialraumstruktur der gesamten Schweiz wie auch die sozialräumliche Dynamik auf der Mesoebene von Agglomerationen und Stadtquartieren in sozialhistorisch adäquater Art und Weise erfasst werden können. Zu diesem Zweck wird auf ein vom Autor gemeinsam mit Corinna Heye und Michael Hermann entwickeltes Verfahren zurückgegriffen, das mit vier zentralen Dimensionen der sozialen Differenzierung (Sozialer Status, Individualisierungsgrad der Lebensformen, Fremdsprachigkeit und Alterung der Gesellschaft) die sozialräumliche Differenzierung beschreibt (vgl. Hermann et al. 2005). Mit Hilfe dieser vier Indizes und ihrer Veränderungen werden die Prozesse der Umschichtungen in den Stadtregionen der Schweiz identifiziert und aus einer vergleichenden Perspektive analysiert.

Die Behandlung der Forschungsfragen in Bezug auf die Geografie des politischen Verhaltens geschieht auf der Basis von eidgenössischen Volksabstimmungen. Als analytisches Konzept dient das vom Autor gemeinsam mit Michael Hermann entwickelte Modell des Raums der Weltanschauungen (Hermann/Leuthold 2001b; 2003a). Das Modell verdichtet die Gemeinderesultate der eidgenössischen Volksabstimmungen zu drei inhaltlich und statistisch unabhängigen Dimensionen und lässt eine politisch-weltanschauliche Verortung aller Schweizer Gemeinden zu. Die relativen Positionsänderungen von Gemeinden und Städten im Raum der Weltanschauungen über die Zeit zeigen die Veränderung in der Geographie des politischen Verhaltens. Die Beantwortung der Hauptfragestellung erfolgt schliesslich mit der Zusammenführung der beiden Analysen.

1.2.3 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich grob in vier Teile: Im ersten Teil wird der theoretische Rahmen abgesteckt, in dem die Arbeit eingebettet ist, und der Stand der Forschung präsentiert, der zweite Teil beschreibt die methodischen Entwicklungen, die zur empirischen Analyse notwendig sind, im dritten Teil werden die Resultate der beiden getrennt durchgeführten empirischen Analyse präsentiert, und im vierten Teil werden die beiden Analysen in einer Synthese zusammengeführt.

1.2.3.1 Theoretischer Rahmen

Die Forschungsfrage hat einen interdisziplinären Charakter. Sie tangiert einerseits Stadtgeografie und Stadtsoziologie aber auch politische Geografie und die politikwissenschaftliche Forschung zum politischen Verhalten. Im theoretischen Teil wird deshalb in getrennten Unterkapiteln auf die verschiedenen disziplinären Diskurse eingegangen.

Zu Beginn werden im Hinblick auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen der sozialräumlichen Strukturierung die zentralen Aspekte des sozialen Wandels aus einer modernisierungstheoretischen Perspektive hervorgehoben. Es sind dies: die Ablösung des rigiden durch das flexible Regulationsregime, die Konsequenzen von Deindustrialisierung und Tertiarisierung, die Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Sozialstruktur und die gesellschaftliche Individualisierung. Daraus folgernd thematisieren wir die Auswirkungen des sozialen Wandels auf die treibenden Kräfte der sozialräumlichen Dynamik und die Mechanismen der residentiellen Segregation. In der Form eines Überblicks werden die verschiedenen Modelle der Stadtstruktur und Verfahren der Sozialraumanalyse vorgestellt sowie deren Adaption an die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen diskutiert. Die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Diskurs zu den sozialräumlichen Konsequenzen von Verstädterung und Metropolisierung auf globaler Ebene und in der Schweiz bildet den Abschluss des ersten Teils des Theoriekapitels und mündet in die Formulierung von Anforderungen an eine Sozialraumanalyse der gesamten Schweiz.

Der zweite Teil des Theoriekapitels dreht sich um die Geografie des politischen Verhaltens. Wir nähern uns darin dem Gegenstand aus der Perspektive der zwei involvierten Disziplinen: der Geografie und den Politikwissenschaften. Wir beginnen mit dem geografischen Diskurs über die Rolle des räumlichen Kontextes und seine Auswirkung auf das politische Verhalten. Danach geschieht der Wechsel in der disziplinären Perspektive. Ausgehend von den drei in den Politikwissenschaften gebräuchlichen Erklärungsmodellen wird der Raumbezug des sozialstrukturell bedingten, ökonomisch rational kalkulierten und des sozialpsychologisch motivierten politischen Verhaltens diskutiert.

Der dritte Teil des Theoriekapitels ist Abstimmungen und Abstimmungsforschung gewidmet. Dabei gehen wir auf methodische Fragen der Abstimmungsforschung ein und gliedern die neueren Arbeiten auf diesem Gebiet nach ihrem Zweck und der Rolle, die den Abstimmungen in der Empirie zukommt. Eine besondere Berücksichtigung erfahren die Arbeiten der Abstimmungsökologie. Nach einer vertieften inhaltlichen und methodischen Auseinandersetzung mit den bisherigen Arbeiten und Kommentaren zur Abstimmungsökologie formulieren wir ausgehend von den Kritiken an diesem Ansatz die notwendigen Anpassungen und methodischen Innovationen für eine Neuauflage, wie wir sie im Rahmen dieser Arbeit verwenden.

1.2.3.2 Methodik

Das Kapitel zum methodischen Vorgehen hat gewissermassen dokumentarischen Charakter. Die verschiedenen methodischen Entwicklungen, die im Verlaufe der

erwähnten Forschungsprojekte entstanden, werden hier dargelegt. Eingeleitet wird das Kapitel durch grundsätzliche Überlegungen zur Methodologie. In einer Abhandlung über Datenquellen und Datentypen werden die Implikationen, die vom Herstellungskontext von Daten auf das methodische Vorgehen ausgehen, diskutiert. Als Synthese aus dieser methodologischen Diskussion zeigen wir auf, wie wir in einem induktiv-hermeneutischen Zirkel von Datenanalyse und Dateninterpretation von den Abstimmungsergebnissen zum Raum der Weltanschauungen gelangen.

In den nachfolgenden Unterkapiteln werden die verschiedenen verwendeten Methoden und Modelle einzeln vorgestellt. Zuerst geht es um die analytische Konstruktion des Raumes der Weltanschauungen mit einer Faktorenanalyse der Abstimmungsergebnisse und danach um seine interpretative Konstruktion mit Rückgriff auf die Abstimmungskämpfe und die darin enthaltenen Wertkonflikte. Ausgehend vom induktiv-hermeneutischen Modell werden deduktiv neun thematische Konfliktdimensionen abgeleitet, die mit ausgewählten Volksabstimmungen operationalisiert werden. Diese neun Dimensionen sind die Grundlage für eine differenziertere issuezentrierte Analyse weltanschaulicher Gegensätze. Im Anschluss daran stellen wir die methodischen Entwicklungen zur räumlichen und zeitlichen Analyse der politischen Topografie vor. Es sind dies: die Modellierung von zeitlichen Veränderung mit einem Verfahren zur temporalen Interpolation der Faktorenanalyse und die Modellierung von Karten der politischen Landschaften mit Methoden der Geografischen Informationssysteme (GIS). Zum Schluss wird schliesslich auf die Grundlagen zur Berechnung der soziokulturellen Indizes aus Daten der eidgenössischen Volkszählungen und der Statistik zur direkten Bundessteuer eingegangen, die für die Analyse der sozialräumlichen Differenzierung und Dynamik verwendet werden.

1.2.3.3 Empirie

Der empirische Teil gliedert sich der Fragestellung folgend in zwei Unterkapitel. Zuerst behandeln wir die sozialräumliche Differenzierung der Schweiz und ihre Dynamik. Die Analyse führt von einer grossräumigen Perspektive hin zu einer kleinräumigen. Zuerst behandeln wir die soziokulturelle Urbanisierung als gesamtgesellschaftlichen Prozess anhand des Vergleichs der Entwicklung der Sozialstruktur in den Siedlungstypen Kernstadt, Agglomerationsgürtel und Ländlicher Raum. Darauf aufbauend analysieren wir in einer vergleichenden Betrachtung die sozialräumliche Struktur und die sozialräumliche Dynamik der fünf Schweizer Grosstadtagglomerationen Zürich, Basel, Bern, Lausanne und Genf. Wir betrachten die Umschichtungsprozessen innerhalb der fünf Grosstadtregionen und gehen dabei gesondert auf die Gentrifizierungs- und Marginalisierungstendenzen als Folge der Reurbanisierung ein.

Ein besonderes Augenmerk schenken wir bei diesen Analysen den Unterschieden, die durch den sprachkulturellen Kontext bedingt sind. Am Beispiel des Metropolitanraums Zürich werden die sozialräumlichen Umschichtungen mit dem Fokus einer grossräumigen Quartierbildung innerhalb von urbanen Clustern betrachtet. Das erste Unterkapitel des empirischen Teils schliesst mit einer Rückführung der Ergebnisse auf die theoretische Diskussion zur Verstädterung und Metropolisierung.

Das zweite Unterkapitel behandelt die weltanschauliche Dimension. Einleitend geben wir einen Überblick über die mentale Topografie der Schweiz und die darauf einwirkenden sozioökonomisch bedingten und historisch-kulturell bedingten Faktoren. Für die Behandlung der Fragestellung konzentrieren wir uns im weiteren Verlauf der Analyse auf die sozioökonomischen Faktoren, jedoch mit Berücksichtigung der sprachkulturellen Dimension. Die weltanschauliche Ausprägung der Gegensätze von Zentrum und Peripherie, von Kernstadt und Umland sowie von Unterschichts- und Oberschichtsregionen werden zuerst statisch betrachtet und danach zu einer politisch-mentalenen Raumtypologie verdichtet. In der dynamischen Analyse werden die Tendenzen des Wandels der verräumlichten Cleavagestruktur zwischen 1980 und 2005 aufgezeigt. In einer vergleichenden Betrachtung der fünf Grosstadttagglomerationen analysieren wir den Wandel der verräumlichten Konfliktstruktur in den urbanen Regionen. Dabei können wir zeigen, dass sich die lineare Konfliktstruktur der Industriegesellschaft in allen Grosstadtregionen zu einer für die Informationsgesellschaft typischen tripolaren Struktur entwickelt hat. Im Vergleich der Wahlkreise der Städte Zürich und Genf werden schliesslich die Konsequenzen von Gentrifizierung und Marginalisierung auf das politische Verhalten betrachtet.

1.2.3.4 Synthese und Schlussfolgerungen

Im Schlusskapitel der Arbeit werden die empirischen Ergebnisse der beiden unterschiedlichen Zugänge zur räumlichen Differenzierung zusammengeführt und zu einer Synthese verdichtet. Zuerst gehen wir auf die Homologien von sozialräumlicher und weltanschaulicher Topografie ein. Danach betrachten wir mit Rückgriff auf die Hauptfragestellung den Niederschlag der sozialräumlichen Umschichtungen in der politisch-mentalenen Topografie und diskutieren schliesslich die Bedeutung des sprachkulturellen Kontextes auf die sozialräumliche Dynamik und ihre politikgeografische Dimension.

2 Theoretischer Rahmen

2.1 Sozialer Wandel

Die Strukturierung westlicher Gesellschaften hat sich in den vergangenen drei Dekaden stark verändert. Der Wandel manifestiert sich in einer teilweisen Auflösung der Klassenstruktur, in der Entstehung neuer Ungleichheiten und in der Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen; generell also in einer breiteren Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Die Gründe für den Wandel sind zahlreich. Der zunehmende Wohlstand hat zu einer Entproletarisierung und Verbürgerlichung der Arbeiterschaft und einem Wertewandel in der Generation der Babyboomer geführt. Mit der Bildungsexpansion ist der Zugang zu akademischen Berufen einer breiteren Schicht zugänglich geworden, und mit der Transformation der Industriegesellschaft in eine Wissensgesellschaft sind für eine Mehrheit der Bevölkerung Berufs- und Alltagsrealitäten entstanden, die sich grundlegend von denjenigen der Industriegesellschaft unterscheiden. Schliesslich haben auch die Emanzipationsbewegungen der 1960er Jahre zu einer Abkehr von den bürgerlichen Normbiografien und einer Vielfältigung der Lebensentwürfe und Lebensformen beigetragen.

In all diesen Entwicklungen ist eine Tendenz zur Ausdifferenzierung und Flexibilisierung enthalten, die der Vorstellung einer linearen Modernisierung widersprechen. Sie steht im Kontrast zur Ansicht, dass der materielle Wohlstand und eine moderne Gesellschaft nur um den Preis der Vereinheitlichung, Vermassung und Standardisierung zu haben sei, die durch Rationalisierung, Industrialisierung und Ausbreitung der Bürokratie eingefordert werde. Der Prozess der Modernisierung hat eine andere Richtung eingeschlagen. Die Modernisierung modernisiert sich, die rigide Regulation von Wirtschaft und Gesellschaft wird flexibler, die Klassenstruktur komplexer und die Gesellschaft insgesamt vielfältiger.

In einem ersten Abschnitt dieses Kapitels gehen wir auf den neueren modernisierungstheoretischen Diskurs ein und arbeiten dabei die spezifischen Charakteristika der einfachen und der reflexiven Modernisierung heraus. Danach werden die für die räumlich-soziale Strukturierung und Umschichtungen von Städten und Metropolräumen relevanten Aspekte des sozialen Wandels hervorgehoben. Es sind dies der Übergang vom rigiden zum flexiblen Regulationsregime, die Individualisierung und die Pluralisierung der Gesellschaft.

2.1.1 Erste und zweite Moderne

Modernisierungstheorien gehen gemeinhin davon aus, dass der gesellschaftliche Wandel eine mehr oder weniger lineare Entwicklung nimmt. Als Modernisierung wird dabei der Ablösungsprozess von religiös bestimmten traditionellen Gesellschaftsordnungen und institutionellen Gefügen bezeichnet, wie er sich in Westeuropa in den vergangenen 300 Jahren vollzogen hat (Giddens 1995 [1990]). Dies geschieht in einem kombinierten Prozess von Industrialisierung, politischer Emanzipation und Verwissenschaftlichung von Produktion, Recht, Verwaltung und weiten Teilen des Alltagslebens (Zapf 1970). In ihren Grundsätzen basieren auch rezente Modernisierungstheorien auf Max Webers These der zunehmenden Säkularisierung und Rationalisierung von Institutionen (Weber 1980 [1922]).

In den 1950er Jahren kamen Modernisierungstheorien vor allem in der Entwicklungsländerforschung zur Anwendung und waren fest in der Hand der bürgerlichen Ökonomie (vgl. Rose 1981). Sie gingen davon aus, dass durch die Einführung von Industrialisierung, Marktwirtschaft und Demokratie die unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien dieselbe Entwicklung vollziehen werden wie die nordamerikanischen und europäischen Industriestaaten (z.B. Rostow 1960).

2.1.1.1 Standardisierung und Vermassung

Mitte der 1960er Jahren erlebten Modernisierungstheorien auch für die Analyse der Entwicklung von westlichen Gesellschaften eine stärkere Beachtung und Verwendung (Zapf 1970).¹ Kernpunkt dieser Ansätze waren die strukturellen Folgen der Modernisierung wie die generelle Anhebung des Lebensstandards, die Institutionalisierung innergesellschaftlicher Konflikte, aber auch die egalisierende und standardisierende Wirkung der Modernisierung auf die Struktur moderner Industriegesellschaften (Parsons 1994 [1966]; Galbraith 1967).

Talcott Parson erarbeitete «evolutionäre Universalien» für die gesellschaftliche Entwicklung heraus. Das sind zentrale «Innovationen» organisatorischer Art, die für den gesellschaftlichen Fortschritt so wichtig sind, dass sie in verschiedenen Systemen unter ganz unterschiedlichen Bedingungen entwickelt werden. Als Universalien moderner Gesellschaften nennt Parsons: Kulturell legitimierte soziale Schichtung, Bürokratie, Geld und Marktorganisation, generell gültige Normen und die demokratische Entscheidungsfindung (Parsons 1951). Diese Basisinstitutionen führen zur funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft in verschiedene Teilsysteme und

¹ Zapf (1970) gibt eine Übersicht der Modernisierungstheorien. Peter Wehling (1992) geht in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem sozialwissenschaftlichen Konzept der Modernisierung auf die Entstehungskontexte und die ideologischen Aufladungen der Modernisierungstheorien nach dem Zweiten Weltkrieg ein.

ferenzierung der Gesellschaft in verschiedene Teilsysteme und zur Erweiterung des individuellen Möglichkeitsraumes. Daraus folgen eine Ausdifferenzierung und Komplexitätssteigerung der Gesellschaft. Die dadurch entstehenden Integrationsprobleme müssen mit einer Disziplinierung der Individuen auf der normativen Ebene, oder nach Parsons, mit einer «Generalisierung der Normen und Werte» (*value generalization*) kompensiert werden (Parsons 1994 [1966]: 40–42).² Zu ganz ähnlichen Schlüssen, aber aus einer ökonomisch orientierten Perspektive kommt Kenneth Galbraith (1967), der in seiner umfassenden Analyse der modernen Industrieökonomik ihre Tendenzen zur Vereinheitlichung, Plafonierung und Vermassung hervorhebt.

Der Konsens der Modernisierungstheoretiker der 1960er Jahre ist augenfällig: Die Modernisierung führt zur Standardisierung der Gesellschaft. Die Diffusion der zweckrationalen Handlungsmaxime in weitere Lebensbereiche wirkt sich vereinheitlichend auf die subjektiven Relevanzstrukturen aus. Massenkonsum, Massenmedien und Massenorganisationen sind die Konsequenz dieser Standardisierung und Vereinheitlichung.

2.1.1.2 Die neue Unübersichtlichkeit

Im Zuge der Ökologiedebatte der 1980er Jahre und der aufkeimenden Diskussion über Globalisierungstendenzen erhielt die Theoretisierung des sozialen Wandels unter Modernitätsbedingungen eine neue Richtung. Die rasanten Veränderungen der Institutionen, das Aufkommen der so genannten «Neuen sozialen Bewegungen» und die Ausbreitung von alternativen Lebensformen stellten die eindimensionalen Modernisierungstheorien in Frage. Der gesamtgesellschaftliche *consensus* schien verloren und der Parallelexistenz konkurrierender Lebensentwürfe und Relevanzsysteme gewichen zu sein. Die Herausforderung an die Wissenschaft war die Skizzierung einer «Modernisierung moderner Gesellschaften».³

Neben der Kontroverse über die Weiterentwicklung des Projekts der Moderne riefen andere Autoren die Zeitenwende aus und propagierten die Postmoderne, in der es keine eindeutigen Gewissheiten und keine allgemeinen Entwicklungsrichtungen mehr gebe (Lyotard 1999 [1979]). Gegenwärtig existiert eine Vielzahl «rivalisierender

² Die ursprüngliche Fassung Parsons' erschien bereits 1966 unter dem Titel: «Gesellschaften. Evolutive und komparative Perspektiven».

³ Unter dem Motto «Modernisierung moderner Gesellschaft» stand der 25. Deutsche Soziologentag von 1990 in Frankfurt am Main. In den einführenden Referaten legten Wolfgang Zapf und Ulrich Beck kontroverse Sichtweisen zur Weiterentwicklung moderner Gesellschaften vor. Ulrich Beck vertrat die These des Strukturbruchs und sprach von einer «anderen Modernisierung», die auf die negativen und selbst gefährdenden Folgeerscheinungen der bisherigen vornehmlich rationalisierenden Modernisierung mit korrigierenden politischen Massnahmen reagiert. Wolfgang Zapf dagegen sprach von einer «weitergehenden Modernisierung» im Sinne von Parsons, deren Basisinstitutionen Marktwirtschaft, Konkurrenzdemokratie, Konsum und Wohlfahrtsstaat anpassungsfähig seien (vgl. Zapf 1991).

Interpretationen» (Pongs 2004: 11) und neuer Gesellschaftstypen. Risikogesellschaft (Beck 1986), Multioptionsgesellschaft (Gross 1994), postindustrielle Gesellschaft (Bell 1989 [1972]), Informationsgesellschaft (Lash/Urry 2000), Single-Gesellschaft (Hradil 1995), Mediengesellschaft (Postman 1992), postmoderne Gesellschaft (Inglehart 1998) sind nur einige der ebenso klingenden wie zum Teil auch widersprüchlichen Bezeichnungen für die Gegenwart, die zur «neuen Unübersichtlichkeit» (Müller 1992: 19f.) in den Sozialwissenschaften beitragen.

2.1.1.3 Zwei Phasen der Modernisierung

Anthony Giddens (1995 [1990]) geht es weniger um die Charakterisierung des gegenwärtigen «neuen» Gesellschaftstyps, sondern er beschäftigt sich eingehend mit den Grundcharakteristiken der Modernisierung als Prozess. Gemäss Giddens ist nicht ein eigentlicher Bruch mit den gesellschaftlichen Strukturierungsmodalitäten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu erkennen, sondern es sind nach wie vor die gleichen Mechanismen der *Rationalisierung* und *Enttraditionalisierung* sowie der *Entbettung* von gesellschaftlichen Aktivitäten aus ihrer strikten Bindung an den räumlichen und zeitlichen Kontext, welche die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben. Giddens versteht den beschleunigten gesellschaftlichen Wandel der Nachkriegszeit als Konsequenz der Moderne und der Aufklärung, als eine Art radikalisierte Modernisierung. Die Modernisierung hätte eine Eigendynamik entwickelt, die auch vor ihren eigenen Errungenschaften nicht Halt macht. Diese Eigendynamik führt Giddens auf die *Reflexivität der Moderne* zurück. Die Rationalisierung sei ein permanenter Prozess des Infragestellens und der erneuten rationalen Begründung des Bestehenden und beziehe sich auch auf die Institutionen der Moderne selbst.

Auf der Basis dieser grundsätzlichen Betrachtungen der Moderne und des Modernisierungsprozesses von Giddens können idealtypisch drei Epochen unterschieden werden: die Vormoderne, die Hochmoderne und die Spätmoderne.⁴ Der Modernisierungsprozess erfolgt dann in zwei Phasen: der einfachen Modernisierung und der reflexiven Modernisierung.⁵

⁴ Die drei Epochen sind nicht als klar abgrenzbare historische Zeitfenster, sondern als Idealtypen zu begreifen. Es sind Beschreibungen von Sets spezifischer Bedingungen der gesellschaftlichen Organisation, die in einer historischen Abfolge zueinander stehen. In der Praxis existieren auch unter spätmodernen Bedingungen Institutionen und Regeln, die nach vormodernen oder hochmodernen Prinzipien strukturiert sind. Ein Beispiel für eine vormoderne Institution, die persistiert hat, ist die Staatsbürgerschaft, die auch im 21. Jahrhundert in vielen Ländern aufgrund von Blutsverwandtschaft und Sippenzugehörigkeit (*jus sanguinis*) vergeben wird.

⁵ Die Unterscheidung der beiden Modernisierungsphasen und drei Epochen wird von verschiedenen Autoren unterschiedlich benannt. Im Grunde genommen können die Begriffe jedoch als Synonyme verwendet werden. Die unterschiedliche Benennung erfolgt, weil verschiedene Charakteristiken des

Als erste bzw. einfache Modernisierung gilt die Zerschlagung der auf Tradition, persönlicher Interaktion und Loyalität basierenden Institutionen der Vormoderne. Sie werden ersetzt durch Institutionen auf der Basis von Rationalität, schriftlicher Satzung und Unabhängigkeit von persönlichen Beziehungen und Bindungen. Typische Institutionen dieser ersten Modernisierung sind der Nationalstaat, das einheitliche Gesetzbuch, die Vereinheitlichung von Mass und Gewicht etc. Die staatliche Verwaltung wird nach dem bürokratischen Prinzip auf der Basis von positiv «gesetztem Recht» und «unpersönlicher Ordnung» organisiert (Weber 1980 [1922]: 126f.). In der industriellen Produktion setzt sich die analytisch-wissenschaftliche Produktionsweise nach Frederick Winslow Taylor (1983 [1911]) durch. Ihre spätere Anwendung von Henry Ford in der Autoproduktion wurde zum Sinnbild für die Rationalisierung, Verwissenschaftlichung, Vermassung der ersten Modernisierung und trug der hochmodernen Epoche auch den Namen fordistisches Zeitalter ein.

Als zweite bzw. reflexive Modernisierung gilt die Phase der «Enttraditionalisierung der Moderne» (Giddens 1995 [1990]: 55). Dabei geht es nicht mehr um die Ersetzung vormoderner Strukturen, sondern um die Abschaffung und Erneuerung der Errungenschaften der Moderne selbst. Institutionen, die auf den Trümmern der zerschlagenen vormodernen Ordnung auf der Basis von Rationalität entstanden sind, können selbst zu Traditionen werden, weil sie nur noch um ihrer Selbst und um der Gewohnheit Willen beibehalten werden, ihre rationale Basis aber längst verloren haben. Diese Enttraditionalisierung und Re-Rationalisierung betrifft wichtige Pfeiler der Industriegesellschaft. Sie zeigt sich in den teilweisen Auflösungserscheinungen der Nationalstaaten, im Übergang vom zentralistischen und rigiden fordistischen Akkumulations- und Regulationsregime zum flexiblen postfordistischen Regime oder in den Reformen der statisch und schwerfällig gewordenen bürokratischen Verwaltung Weberschen Zuschnitts. Diese Re-Rationalisierung der Moderne ist keineswegs unumstritten und führt teilweise zu heftigen politischen Konflikten, wie sich das zum Beispiel in der Debatte um die Reform- und Umgestaltungsmassnahmen der hochmodernen sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen oder des «Service public» zeigt.⁶

Wandels hervorgehoben werden sollen. So stellt Beck (1996) die Deindustrialisierung und Tertiarisierung ins Zentrum und verwendet das Begriffspaar Industriemoderne und reflexive Moderne. Giddens (1995 [1990]; 1996) dagegen spricht vom Übergang von der Moderne oder Hochmoderne zur Spätmoderne.

⁶ Die Neuordnung der Arbeitsteilung zwischen staatlichem und privatem Sektor in den Bereichen Infrastruktur, Kommunikation oder Energie ist ein Vorzeigebispiel für die Re-Rationalisierung von modernen Institutionen. Als es galt, die flächendeckende Versorgung des Landes aufzubauen, erwies sich die staatliche Monopolgesellschaft als die effiziente Organisationsform. Später, als es darum ging, auf Neuerungen und veränderte Kundenbedürfnisse zu reagieren, waren die staatlichen Unternehmen zu schwerfällig geworden und die Märkte in diesen Bereichen wurden liberalisiert.

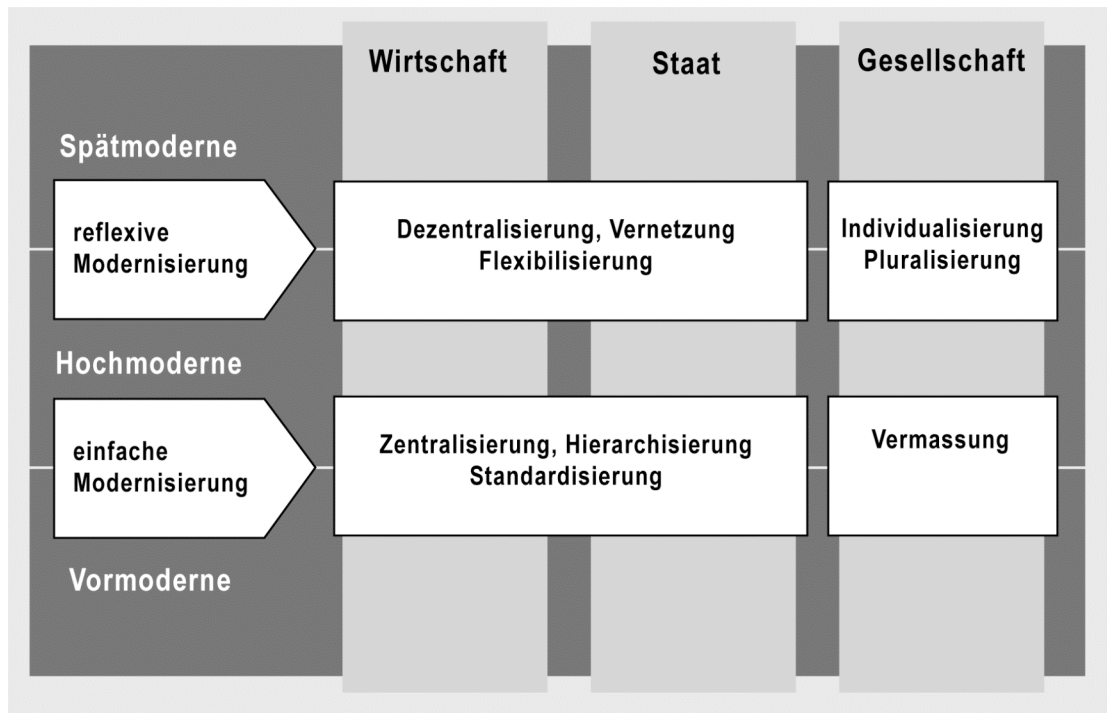


Abbildung 1: Schema der Wirkungsweisen der einfachen und der reflexiven Modernisierung (eigene Darstellung)

Zusammengefasst kann man sagen, dass die erste Modernisierung eine standardisierende und vereinheitlichende Wirkung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft hatte, während die reflexive Modernisierung eine Flexibilisierung, Dezentralisierung und Individualisierung zur Folge hatte. In Abbildung 1 sind die Epochen der Moderne und die beiden Phasen der Modernisierung schematisch dargestellt. Auf den Trümmern der zerschlagenen vormodernen Ordnung wurden zentral gelenkte und standardisierte ökonomische und politische Institutionen aufgebaut. Diese Zentralisierung und Standardisierung führte zur Vermassung der Gesellschaft und der Lebensstile (z.B. Wohnen, Konsum, Kommunikation). Mit der reflexiven Modernisierung werden Wirtschaft und Gesellschaft dezentraler und flexibler organisiert, und dementsprechend wird auch die Gesellschaft pluraler und individualisierter.

2.1.2 Von der rigiden zur flexiblen Regulation

Aus der Perspektive der Regulationstheorie wird der Strukturbruch von der einfachen zur reflexiven Moderne durch den Übergang vom fordistischen zum postfordistischen des Akkumulations- und Regulationsregimes begründet. Die Regulationstheorie geht auf den französischen Ökonomen Aglietta (1974) zurück. Ihre Grundthese ist, dass Industrialisierung und Kapitalismus nicht zwangsläufig in ein- und dieselbe institutionelle Ordnung münden, sondern viele alternative technologische und institutionelle

Formen annehmen können. Jede dieser Formen besteht aus einem spezifischen *Akkumulationsregime*, d.h. einem Produktionsmodell zur Erzeugung des ökonomischen Mehrwertes, das ein Komplex von Produktionsverfahren, Beschäftigungsverhältnissen, Methoden der Arbeitsteilung etc. umfasst. Jedes Regelsystem der Ökonomie ist gekoppelt an ein spezifisches gesellschaftliches Regelsystem, dem *Regulationsmodus* oder *Regulationsregime*. Das Regulationsregime bestimmt die Organisation von Institutionen, der Politik aber auch der räumlichen Organisation der Gesellschaft (vgl. Storper/Scott 1990; Moulaert/Swyngedouw 1989). Die historische Abfolge von Akkumulations- und Regulationsregimen der vergangenen 300 Jahre reicht gemäss Blotevogel (1998a) von der handwerklichen und manufaktoriellen Produktionsweise des Merkantilismus unter dem absolutistischen Ancien Régime bis hin zum flexiblen Modell des Postfordismus im späten 20. Jahrhundert.

Epoche	Akkumulationsregime	Gesellschaftlicher Regulationsmodus	Bezeichnung
Vormoderne	Handwerkliche und manufaktorielle Fertigung	Absolutismus ständische Gesellschaft	Merkantilismus
Frühmoderne	Kleinserielle Industrieproduktion	Liberalismus Klassengesellschaft	Manchester-Kapitalismus
Hochmoderne	Grossindustrielle Massenproduktion	Wohlfahrtsstaat Mittelständ. Massengesellschaft	Fordismus
Spätmoderne	Wissensintensive und flexible Massenproduktion	Neoliberalismus Individualisierte Gesellschaft	Postfordismus

Abbildung 2: Historische Abfolge von Akkumulationsregimen und Regulationsmodi nach Blotevogel (1998a).

2.1.2.1 Fordismus – das rigide Regulationsregime

Das fordistische Regime hat seinen Namen von der grossindustriellen Massenproduktion, die durch die Innovationen des Automobilherstellers und Erfinder des Fliessbandes Henry Ford versinnbildlicht wird. Es wurde in den westlichen Industriestaaten im Anschluss an den Ersten Weltkrieg eingeführt und erfuhr seine Hochblüte in den hochkonjunkturellen Jahrzehnten des wirtschaftlichen Aufschwunges nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu Beginn der 1970er Jahre geriet das rigide Regulationsregime in eine Krise und wurde in verschiedenen Bereichen reformiert und durch flexiblere Regelsysteme abgelöst.

Das fordistische Produktionsmodell basiert auf der Massenproduktion von Gütern in grossen hochkapitalisierten Produktionseinheiten. Der Produktivitätsfortschritt wird

in Form von Skalenerträgen durch den Output von grossen Mengen standardisierter Produkte erzielt. Charakteristisch für die fordistische Massenproduktion ist wissenschaftliche Planung des Produktionsprozess im Sinne von Frederick Winslow Taylor (1983 [1911]). Der Fertigungsprozess wird in viele von unterschiedlichen Personen räumlich und zeitlich getrennt voneinander und durchführbare Einheiten zerlegt und unter dem Kriterium vor grösstmöglicher Standardisierung, Routinisierung und Effizienz neu zusammengefügt. Diese Produktionsweise erforderte eine zentrale Planung, Lenkung und Steuerung und führte zu einer Arbeitsteilung zwischen den «white-color» Angestellten, die den Betrieb und die Produktion planten und leiteten, und den «blue-color» Arbeitern, die die mit geringen Qualifikationsanforderungen beladenen routinierten Arbeitsabläufe ausführen (Storper/Scott 1990).

Die institutionelle Ausprägung des Fordismus entsprach der Massenproduktion. Auf der einen Seite entstanden oligopolistische Konzerne mit vielen Unternehmen und auf der anderen Seite gewerkschaftliche Massenorganisationen, die die Interessen der Industriearbeiter vertraten. Über die gewerkschaftliche Vertretung wurden die Löhne, die Arbeitsbedingungen, die Regelarbeitszeit oder die Rentenbestimmungen in Gesamtarbeitsverträgen ausgehandelt und vereinheitlicht. Mit den vertraglich ausgehandelten Lohnerhöhungen und verschiedenen Zulagen wurden Produktivitätsgewinne verteilt und wieder als Kaufkraft der Konsumenten ins System eingespeist. Mit staatlichen Massnahmen wurde versucht, das volatile und zyklische System der wirtschaftlichen Konjunktur zu regulieren. Die Massnahmen waren inspiriert durch wohlfahrtsstaatlich-keynesianische Vorstellungen von zentraler Steuerung und Lenkung der Wirtschaft und zielten auf die Bekämpfung der Rezessionsbedingungen mit makroökonomischen Instrumenten und direkten Interventionen wie Defizitfinanzierung und Subventionen. Mit der Einführung von Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherungen, sozialem Wohnungsbau, einem redistributiven Steuersystem und staatlichen Wohlfahrtsleistungen wurde versucht, den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten.

2.1.2.2 Postfordismus – flexibles Regulationsregime

Als postfordistisches Regulationsregime wird die Aufweichung und Flexibilisierung des rigiden Akkumulations- und Regulationsregimes gesehen. Die Auflösungerscheinungen des fordistischen Regimes sind offensichtlich und viele Indizien sprechen für einen Wechsel. Eine ähnlich klare Kontur wie das Vorangegangene hat das postfordistische Regulationsregime jedoch (noch) nicht erhalten (vgl. Blotevogel 1998a; Aglietta 2000). Als kennzeichnend für die postfordistische Epoche gelten das Fehlen eines eindeutigen Trends und die Gleichzeitigkeit von divergenten Entwicklungen (Blotevogel 1996; Moulaert/Swyngedouw 1989). Flexibilisierung und

Dezentralisierung der Regulation werden als Hauptaspekte des Wandels gesehen (Piore/Sabel 1984).

Der technologische Fortschritt hat zu einer Flexibilisierung des Produktionsprozesses geführt. Mit der Integration der elektronischen Steuerung und High-Tech-Armaturen werden Produktivitätsfortschritte jenseits von Skaleneffekten und Massenanfertigung standardisierter Produkte möglich. Kleinere, segmentierte und elitäre Märkte können mit kundenindividuell massgefertigten Produkten versorgt werden, bei gleichzeitiger Auslastung der hochkapitalisierten Produktionsanlagen, geringer Lagerhaltung und kurzer Lieferfristen (Krätke 1990; Leborgne/Lipietz 1990). Die Organisation der Produktion wird flexibilisiert, indem die Prozesse von Planung, Produktion und Fertigung verschmelzen, die von wechselnden Teams und wechselnden Partnerschaften zwischen Unternehmen auf Projektbasis durchgeführt werden. Dabei verflachen die Hierarchien, und an die Stelle der vertikalen Integration des gesamten Produktionsprozesses tritt die horizontale Integration verschiedener Produktionsschritte an über die ganze Welt verteilten Standorten (Blotevogel 1996). Als mehr oder weniger direkte Folge der Flexibilisierung der Produktion und des Güterangebotes flexibilisiert, fragmentiert und individualisiert sich der Konsum von bestimmten Produkten auf verschiedene Bevölkerungsgruppen und Milieus (Krätke 1990).

Besonders augenfällig, aber auch (politisch) umstritten ist die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. An die Stelle der für alle Arbeitnehmer einheitlich festgelegten, sozialpartnerschaftlich ausgehandelten und arbeitsrechtlich sanktionierten Regelarbeitszeit ist die oft individuell vereinbarte Wochen- oder gar Jahresarbeitszeit getreten. Die festen Anstellungsverhältnisse, die unter den Bedingungen des Fordismus häufig auf ein gesamtes Erwerbsleben angelegt waren, sind befristeten Arbeitsverträgen und Subkontrakten gewichen. Fixe Besoldungssysteme auf der Basis von Funktion, Qualifikation und automatische Stufenanstiege in Abhängigkeit des Dienstalters werden abgelöst durch Leistungslöhne mit Bonuszahlungen in Abhängigkeit des Geschäftsganges und der individuellen Produktivität (Scott/Storper 1990).

Die Organisation der staatlichen Verwaltungstätigkeit wird in gleichem Masse flexibilisiert wie die Organisation der Produktion. Die Verwaltung der Hochmoderne und somit des fordistischen Zeitalters hatte eine starre Struktur gemäss dem Weberschen Idealtypen der rationalen Bürokratie (Weber 1980 [1922]: 126f.) basierend auf Amtshierarchie, Normierung und Standardisierung der Abläufe und Verfahren. Die Flexibilisierung erfolgt durch Restrukturierung der Verwaltung, indem mehr Entscheidungs- und Budgetkompetenz an die Basis delegiert wird und damit mehr Bürgernähe

geschaffen wird. Ein wesentlicher Aspekt der Flexibilisierung ist auch das Outsourcing von Aufgaben (Planung, Controlling, etc.) an Dritte (vgl. z.B. Scott 1988).

Die Rolle des Staates wandelt sich weg von der eines aktiven, interventionistischen Lenkers der Wirtschaft und eines Versorgers als Anbieter von Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, Energie, Kommunikation, Gesundheit etc., hin zur Rolle des Regulators und Controllers, der einzig die Spielregeln erlässt und ihre Einhaltung überwacht aber nicht selber als Marktteilnehmer auftritt. Die Folgen dieses Wandels sind Privatisierungen von Staatsbetrieben, Liberalisierungen der Märkte für Infrastrukturleistungen und Abschaffung des Beamtenstatus.

2.1.2.3 Gesellschaftliche Konsequenzen der Flexibilisierung

Insgesamt lässt sich das postfordistische Regulationsregime mit den Attributen flexibel, individualistisch und dezentral beschreiben. Damit steht es im Kontrast zum eher rigiden, zentralistischen und starren fordistischen Regulationsregime. Nach der Theorie der re-rationalisierten Moderne ist der Wechsel vom Fordismus zum Postfordismus als Enttraditionalisierung und Re-rationalisierung von Institutionen und Strukturen der ersten Moderne zu sehen. Das rigide Akkumulationsregime steht geradezu idealtypisch für die Rationalisierung der ersten Moderne. Die Flexibilisierungstendenzen begannen mit Krisenerscheinungen des fordistischen Systems in den späten 1960er Jahren und waren eine Reaktion auf die wachsende Ineffizienz des rigiden Regulationsregimes und seiner schwindenden Adäquanz in Bezug auf die gesellschaftlichen Realitäten.

Das fordistische Modell basierte auf kontinuierlicher Expansion des industriellen Sektors, steigenden Produktivitätsfortschritten, Stabilität, Ordnung und Vollbeschäftigung. Es war aber auch auf eine Massengesellschaft angewiesen mit mehr oder weniger übereinstimmenden Wertmassstäben, Lebensentwürfen und Präferenzordnungen. Gleichzeitig hatten die Massenproduktion und der Konsum von standardisierten Gütern einen wesentlichen Anteil an der Vermassung und Vereinheitlichung der Gesellschaft. Der Fordismus geriet in eine Krise, weil diese Voraussetzungen nicht mehr stimmten. Der industrielle Sektor expandierte nicht mehr und die Gesellschaft war pluraler, emanzipierter und individualistischer geworden.

Der Wandel des Regulationsregimes ist eng gekoppelt an den Wandel der Ökonomie, d.h. die *Deindustrialisierung und Tertiarisierung* der Wirtschaft. Die industrielle Massenproduktion blieb zwar nach wie vor bedeutend für die Güterproduktion und die Wertschöpfung, verlor aber ihren dominanten Charakter in der Beschäftigung und damit auch für die Lebensrealität der Mehrheit der Bevölkerung (Bell 1989 [1973]; Scott/Storper 1990; Hage/Powers 1992; Odermatt/Wachter 2004). Ein zweiter konstii-

tutiver Faktor für den Wechsel des Regulationsregimes ist die *Pluralisierung der Gesellschaft* in Bezug auf Werte, Mentalitäten und Lebensstile.

Deindustrialisierung und Tertiarisierung sind unabdingbare Folgen der industriellen Massenproduktion und ihrer zunehmenden Automatisierung. Bezüglich der gesellschaftlichen Pluralisierung und Individualisierung lässt sich die Kausalität nicht so eindeutig zuordnen. Aus regulationstheoretischer Sicht wird argumentiert, dass erst die aus ökonomischer Logik heraus erfolgte Flexibilisierung des Akkumulations- und Regulationsregimes zur Individualisierung und Pluralisierung der Lebensrealitäten und zur Ausdifferenzierung von Werthaltungen führte (Hirsch/Roth 1986). Andere Autoren sind eher der Meinung, dass der Wertewandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten ein Resultat der lang anhaltenden wirtschaftlichen Hochkonjunktur der Nachkriegszeit und dem redistributiven Charakter des hochmodernen Wohlfahrtsstaates ist. Erst die Bildungsexpansion und der wachsende materielle Wohlstand in der Arbeiterschaft hätten die Ausbreitung und Priorisierung von Werten wie Emanzipation, Selbstverwirklichung und Mitbestimmung befördert und damit auch die Forderung nach Individualität, Flexibilität und Abbau von Hierarchien hervorgebracht (Inglehart 1971; 1977; 1998; Beck 1983).

2.1.3 Pluralisierung der Gesellschaft

Die Auffächerung der Sozialstruktur und die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in nebeneinander koexistierenden Milieus mit unterschiedlichen, zum Teil divergierenden Lebensentwürfen und Zielen ist ein zentraler Aspekt der reflexiven Modernisierung. Für die sozialräumliche Strukturierung von Stadtregionen ist diese Pluralisierung der Gesellschaft von grosser Bedeutung, denn sie schlägt sich auch in einer pluraleren räumlichen Differenzierung nieder. Gesellschaftliche Pluralisierung bedeutet aber auch divergente, aber gleichzeitig in unmittelbarer Nachbarschaft ablaufende Prozesse und Entwicklungen. In diesem Abschnitt gehen wir auf zwei wesentliche Aspekte der gesellschaftlichen Pluralisierung der Gesellschaft vertiefter ein: die Deindustrialisierung und Tertiarisierung und die Individualisierung.

2.1.3.1 Deindustrialisierung und Tertiarisierung

Als Jean Fourastié (1949) die von ihm als «Chance des 20. Jahrhunderts» bezeichnete Prognose der strukturalen Entwicklung von fortgeschrittenen bzw. reifen Volkswirtschaften publizierte, war im wohl kaum bewusst, wie recht er erhalten würde. Die Verschiebung des Beschäftigungsvolumens zwischen dem primären, dem sekundären und dem tertiären Sektor haben die Arbeitswelt in den westlichen Staaten umgepflügt. Wie es Fourastié prognostizierte, sind Deindustrialisierung und Tertiarisierung

in allen westlichen Industriestaaten festzustellen. Die Transformation verlief zwar nicht in allen Staaten genau gleichzeitig, aber dennoch mehr oder weniger parallel und hatte Konsequenzen, die über das rein Ökonomische hinaus reichen.

Der Soziologe Daniel Bell (1989 [1973]) sprach als erster vom Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft und ihren Konsequenzen für die Klassenstruktur. Im Gegensatz zur Klassenstruktur der Industriegesellschaft, die sich primär über die Unterschiede im Besitz von ökonomischem Kapital strukturiert, würde in der postindustriellen Gesellschaft das kulturelle Kapital in Form von Bildung und Wissen eine bedeutendere Rolle für die gesellschaftliche Teilung spielen. Gemäss Bell zeichnet sich in der postindustriellen Epoche eine duale Gesellschaft ab, in der es die gebildeten «Insider» gibt und daneben die «Outsider», denen der Zugang zur höheren Bildung verwehrt geblieben ist.⁷

Vertikale Polarisierung

Was in den frühen Siebzigerjahren, als Bell (1989 [1973]) seine Prognosen im Buch «The coming of the postindustrial society» veröffentlichte, noch als kühne und ferne Vision erschien, hat sich inzwischen weitgehend bestätigt. So ist gleichzeitig mit dem Beschäftigungsrückgang in der Industrie ein dualer bzw. bipolarer Arbeitsmarkt im Dienstleistungssektor entstanden. In den wertschöpfungsintensiven wissensbasierten Dienstleistungen des Finanzsektors, der High-Tech-Branchen und der «Advanced Producer Services», sind gut bezahlte Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Arbeitskräfte entstanden. Daneben in den Bereichen der persönlichen und distributiven Dienstleistungen viele arbeitsintensive aber schlecht bezahlte Arbeitsstellen mit geringen Qualifikationsanforderungen entstanden (z.B. Verkauf, Reinigung, Gastronomie). Diese Branchen unterstehen häufig nicht den Tarifverträgen, und die Dienstleistungsarbeiterschaft ist gewerkschaftlich schlechter organisiert als die Industriearbeiterschaft. Deshalb herrschen im Low-end-Bereich des Dienstleistungssektors meist schlechte Arbeitsbedingungen, extrem flexible Arbeitszeiten (Arbeit auf Abruf), befristete und unsichere Arbeitsverhältnisse und geringe Entlohnung. Aufgrund dieser Tendenzen des gleichzeitigen Wachstums der Oberschicht und des Wachstums der Unterschicht sprechen viele Autoren von einem Schwinden der Mittelschicht und

⁷ Bell (1989 [1973]) prognostizierte auch eine Stratifizierung innerhalb des Sektors der Wissensproduktion und der wissensbasierten Dienstleistungen. Zuoberst in der Hierarchie stünden eine schöpferische wissenschaftlichen Elite und akademisch geschulte Spitzenbeamten, welche den Takt der Wissensproduktion angeben. Die Mittelschicht werde gebildet von den Professoren und Ingenieuren als Kader der Wissensproduktion, während die Techniker und Assistenten auf der untersten Stufe der Hierarchie stünden.

einer verstärkten «sozialen Polarisierung» in der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft (z.B. Castells 1989; Marcuse 1989; Dangschat 1998).

Horizontale Differenzierung

Die Expansion des Dienstleistungssektors brachte nicht nur neue und mehr High-end Tätigkeiten in den kommerziellen Dienstleistungen und Low-end-Tätigkeiten in den persönlichen und distributiven Dienstleistungen, sondern bewirkte auch ein überdurchschnittliches Wachstum der selbständig und freiberuflich Tätigen in den sozialen Dienstleistungen, den Informations- und Medienbranchen sowie in der gesamten Kreativwirtschaft (Hall 2000; Krätke 2002; Lange 2005; Klaus 2006). Aus diesen Branchen rekrutiert sich eine neue Mittelschicht, die sich bezüglich Mentalität, Lebensstilen, Wohnstandortpräferenzen und politischen Präferenzen markant von der «alten» Mittelschicht der Hoch- und Industriemoderne unterscheidet (Vester et al. 2001; Hermann/Leuthold 2001a; Ley 1996; Kitschelt 1994).

Ein weiteres Charakteristikum der postindustriellen Arbeitswelt ist die gestiegene Komplexität der Sozialstruktur. Das Ausscheiden von grösseren Teilen der Bevölkerung aus dem formellen Erwerbsleben durch Arbeitslosigkeit, Frühverrentung, Invalidisierung und die versteckte Arbeitslosigkeit in Form von befristeten Zeitverträgen, Praktika oder unfreiwilliger Teilzeitarbeit führen zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft zwischen den Integrierten und den Outsidern. Die stärkere Integration von Frauen ins Erwerbsleben dagegen hatte auch die Entstehung einer genderspezifischen Erwerbsstruktur zur Folge (Esping-Andersen 1993; Crouch 1999).

2.1.3.2 Individualisierung

Die reflexive Modernisierung betrifft nicht nur die Wirtschaft, das Erwerbsleben und den Staat, sondern hat auch Konsequenzen auf die Lebensgestaltung und Lebensentwürfe der einzelnen Individuen. Gegenüber der vereinheitlichten Massengesellschaft der Nachkriegszeit haben sich die Lebensstile innerhalb der Gesellschaft ausdifferenziert und pluralisiert. Zur Jahrtausendwende koexistieren Lebensstile nebeneinander, denen Zielsetzungen und Lebensentwürfe zu Grunde liegen, die divergenter nicht sein könnten. Entsprechend sind Lebensstile zu zentralen Elementen der sozialen wie auch der politischen Differenzierung geworden und werden seit rund 20 Jahren in neuen Ansätzen der Sozialstrukturanalyse verwendet (z.B. Bourdieu 1994 [1979]; Hradil 1987; 2002; Müller 1992; Spellerberg 1996; Vester et al. 2001).

Die Pluralisierung und Ausdifferenzierung der Gesellschaft ist verbunden mit dem Wandel der Erwerbsstrukturen, ist aber auch eine Folge der Auflösung starrer gesellschaftlicher Normen und der Ausdehnung des individuellen Möglichkeitsraumes. Als

Gründe für die «neuen Freiheiten» werden gemeinhin der allgemeine Anstieg des Lebensstandards, die Bildungsexpansion, die sozialen und moralischen Emanzipationsbestrebungen der 1960er Jahre und die zunehmende soziale Mobilität genannt (Schulze 1992; Hradil 2002).

Ulrich Beck stellt die Pluralisierung der Lebensstile, in den Zusammenhang der zweiten, reflexiven Modernisierung (1983; 1986; 2001) und hält die ihr zugrunde liegende Individualisierung der Gesellschaft für ein zentrales Charakteristikum der Spätmoderne. Nach Beck (1986: 206) bedeutet Individualisierung die Loslösung des Individuums aus traditionellen Bindungen, historisch vorgegebenen Sozialformen, Rollenverständnissen, Normen und Identitäten. Er unterscheidet dabei die Individualisierung aus der Sicht eines einzelnen Individuums und aus einer institutionellen Perspektive oder wie er es selber nennt: die «institutionalisierte Individualisierung» (Beck 2001: 4).⁸

Aus der subjektiven Perspektive des Einzelnen hat Individualisierung positive und negative Seiten: Die Loslösung von kollektiven Bindungen und Versorgungszusammenhängen bringt dem Individuum Freiheiten durch den Abbau von sozialer Kontrolle und Konformitätsdruck (Freisetzungsdimension). Diese Freiheiten vergrössern den Möglichkeitsraum und das Potenzial der Selbstentfaltung. Gleichzeitig führt die Individualisierung auch zum Verlust von traditionellem Wissen und daraus resultierender Gewissheit und Sicherheit im Hinblick auf leitende Normen, Glauben und Handlungswissen (Entzauberungsdimension). Die Freiheit der Wahl bringt auch den Zwang zur Wahl mit sich. Zur Gestaltung seiner sozialen Beziehungen und seines Versorgungsnetzwerkes ist das Individuum auf sich selbst zurückgeworfen und kann sich nicht mehr auf die traditionell vorgegebenen Bindungen und Solidargemeinschaften verlassen.

«Zentrale Institutionen wie zivile, politische und soziale Grundrechte sind an das Individuum adressiert, gerade nicht an Kollektive oder Gruppen. Das Bildungssystem, die Arbeitsmarktdynamik, Karrieremuster, ja Mobilität und Märkte ganz allgemein haben individualisierende Konsequenzen. Flexibilisierung der Erwerbsarbeit bedeutet Individualisierung von Risiken» (Beck 2001: 3).

⁸ Die Individualisierungsthese von Ulrich Beck (1983; 1986) wurde stark kritisiert mit dem Argument, sie suggeriere, die vertikale Klassenstrukturierung der Gesellschaft hätte sich aufgelöst und es gäbe nur noch Lebensstilunterschiede (vgl. z.B. Geissler 1996; Friedrichs 1998, Müller 1992). Andere Autoren zeigen auf, dass etwa im Wahlverhalten traditionelle Bindungen (religiöse, gewerkschaftliche etc.) nach wie vor eine grosse Rolle spielen (Müller 1998). Die meisten dieser Kritiker räumen jedoch ein, dass eine Pluralisierung der Lebensstile stattgefunden hat und dass das Individuum in wichtigen Bereichen des Lebens mehr Eigenverantwortung und individuellen Handlungsspielraum hat als in der Industriegesellschaft (z.B. Geissler 2000; 1996).

Aus der institutionellen Perspektive bedeutet Individualisierung die Orientierung der staatlichen und ökonomischen Institutionen am Individuum. Mit diesem institutionellen Fokus rückt Beck mit seiner Argumentationslinie, zumindest was die Auswirkungen betrifft, in die Nähe der Regulationstheorie, nämlich, dass mit zunehmender Flexibilisierung der Institutionen auch die individuellen Risiken steigen und damit die Deprivation und Marginalisierung der Unterschicht zunimmt.

Anders als Beck, der die gesellschaftliche Individualisierung als Resultat der Enttraditionalisierung der hochmodernen Massengesellschaft betrachtet, betont Stefan Hradil (2002), dass Individualisierung nicht ein grundsätzlich neues Phänomen ist, sondern dem Modernisierungsprozess inhärent ist und in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären zu unterschiedlichen Zeiten auftritt. Die Individualisierung der staatsbürgerlichen Rechte und des Gesetzbuches begann mit den grossen republikanischen Revolutionen im 18. Jahrhundert, die Individualisierung der Berufswahl und der ökonomischen Tätigkeiten war ein Kind des 19. Jahrhundert, die Individualisierung der Sexualität, der Familienformen und der Moralvorstellungen setzte Ende der 1960er Jahre ein, und die Individualisierung der Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse hatte ihren Durchbruch erst in den 1990er Jahren erlangt.

2.1.3.3 Veränderung der Sozialstruktur

Deindustrialisierung, Flexibilisierung und Individualisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft haben tief greifende Veränderungen in der Sozialstruktur spätmoderner Gesellschaften hinterlassen, die man zusammengefasst mit Pluralisierung und Segmentierung beschreiben kann. Die aus der ersten Modernisierung stammende Klassenstruktur der Industriegesellschaft mit scharf abgetrennten Grossgruppen zeigt Auflösungstendenzen. Sie wurde dominiert durch die berufsständisch geprägte vertikale Schichtung und Hierarchie, basierend auf der Ungleichverteilung von Ressourcen. Diese eindimensionale Sozialstruktur hat sich mit der reflexiven Modernisierung stark ausdifferenziert und in ein Gefüge von diversen Sozialmilieus aus dem Zusammenspiel von klassischer sozialer Lage und Hierarchie, biografischer Situation, sozialer Mobilität und Lebensführung entwickelt. Feste Bindungen an Sozialformen und Rollenzuweisungen auf der Basis von Erwerbsklasse, Familie, Geschlecht oder Nationalität haben dabei an Bedeutung verloren (vgl. z.B. Müller 1992: 19–23; Vester et al. 2001: 11–23; Beck 1983).

Über die Diagnose der Pluralisierung und Aufweichung der hochmodernen Klassenstruktur sind sich die meisten Autoren einig, nicht aber über deren Ursachen und Auswirkungen (Müller 1992: 35). Als wichtigste Gründe werden die Steigerung des

materiellen Lebensstandards und die Bildungsexpansion gesehen. Die generelle Anhebung der Einkommen und Vermögen haben in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nie da gewesen, Ausmasse angenommen. Dadurch ist auch der individuelle Möglichkeitsraum gewachsen und hat zur Ausdehnung der individuellen Optionen geführt. Insbesondere die Arbeiterschaft hat mit der Anhebung der Einkommen Anschluss an die bürgerliche Lebensweise gefunden.

Die Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren hat für breite Schichten zum Zugang zu Wissens- und Kulturgütern geführt und damit eine Öffnung des Arbeitsmarkts bewirkt. Insbesondere die Frauen profitierten von der Bildungsexpansion, wodurch sich auch die Geschlechterhierarchie und die Geschlechterrollen verändert haben (Hradil 1995). Gleichzeitig hat sich aber auch der gesellschaftliche Wert von Bildungstiteln und Bildung verändert bzw. abgewertet (vgl. Bourdieu 1994 [1979]).

Der Wohlfahrtsstaat wirkt mit seinen sozialen Sicherungssystemen in verschiedenerlei Hinsicht auf die Sozialstruktur. So entstehen neben Erwerbsklassen auch Versorgungsklassen, die neue Klassenidentitäten entstehen lassen. Der Wohlfahrtsstaat hat die Lebensverläufe sicherer und kalkulierbarer gemacht. Diese Kalkulierbarkeit und Sicherheit schafft individuelle Freiheit und löst das Individuum aus dem traditionellen familialen Netzwerk der sozialen Sicherung heraus (vgl. Zapf et al. 1987).

Das Verschwinden der traditionell vorgegebenen, schichtspezifischen Normalbiographie ist ein weiterer zentraler Aspekt der Ausdifferenzierung der Sozialstruktur. Erstens existiert eine grosse Pluralität von Familienformen (traditionelle Kernfamilie, Patchwork-, Einelternfamilien etc.), zweitens werden die Lebenszyklen infolge der verlängerten Ausbildungszeiten, der Ausdehnung der Postadoleszenzphase und der gestiegenen Lebenserwartung neu strukturiert. Beides trägt zur Auflösung von starren sozialen Rollen und zur gesellschaftlichen Pluralisierung bei (vgl. Müller 1992: 34).

Über die Auswirkungen von Individualisierung und Pluralisierung auf die Sozialstruktur herrscht eine rege Debatte. Beck (2003) geht von der Auflösung gesellschaftlicher Grossgruppenidentitäten und der Atomisierung, Verflüssigung und Individualisierung der Sozialstruktur aus. Sein Argument liegt in der «Einsamkeit des Individuums» in der Spätmoderne begründet. Das Individuum ist auf sich selbst zurückgeworfen und erlebe den sozialen Auf- bzw. Abstieg als Folge individueller Leistung bzw. individuellen Versagens. Verschiedene andere Soziologen gehen dagegen von der sozialen Neuformation in sozialen Milieus aus (Hradil 1987; Schulze 1992; 1990; Lüdke 1989; Vester et al. 2001). Diese Ansätze basieren auf Pierre Bourdieus Theorie der «Ökonomie der Lebensstile» und den gesellschaftlichen Positionsbezügen über den sozialen Habitus und die soziale Distinktion (Bourdieu 1994

[1979]: 171–261). Sie sehen eine neue Klassenstrukturierung im Entstehen begriffen, die in der Ähnlichkeit und Differenz von Lebensstilen begründet ist.

«Unter Milieus wird (...) eine Gruppe von Menschen verstanden, die solche äusseren Lebensbedingungen und/oder innere Haltungen aufweisen, aus denen sich gemeinsame Lebensstile herausbilden. (...) Unter Makromilieus sind alle Menschen mit «ähnlichem» Lebensstil zu verstehen, auch wenn sie ganz unterschiedlichen Kontaktkreisen angehören und sich niemals begegnen» (Hradil 1987: 165,168).

Michael Vester et al. (2001: 13) sehen die Veränderungen und die Individualisierung der Sozialstruktur in der Spätmoderne nicht losgekoppelt von der Klassenstruktur, sondern als eine Transformation derselben. Ihr Befund, der mit einer umfassenden Empirie über den Wandel der Sozialstruktur in Deutschland gestützt wird, ist deutlich: Die traditionellen Sozialmilieus der Hochmoderne haben sich zwar sehr stark verändert, sind aber nach wie vor intakt. Die Individualisierung der sozialen Bindungen und die Enttraditionalisierung der Lebensstile verläuft in den verschiedenen Grossmilieus sehr verschiedenartig und zum Teil auch divergent. Vester et al. vergleichen die Pluralisierung und Modernisierung der Gesellschaft mit der Ausdifferenzierung von Familienstammbäumen in weitere Äste und Zweige (ebd.).

Als Alternative zum traditionellen vertikalen Modell der gesellschaftlichen Schichtung adaptieren Vester et al. (2001: 23–33; 150–184) das mehrdimensionale Modell des sozialen Raumes von Pierre Bourdieu (1994 [1979]). Es integriert die herkömmliche vertikale Schichtung aufgrund von mengenmässig unterschiedlicher Ausstattung mit Ressourcen (ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital) sowie die horizontale Schichtung der Differenzierung nach Grundhaltungen. Auf der vertikalen Achse bildet sich die Herrschaft ab. D.h. es reihen sich von unten nach oben die Stufen der sozialen Ordnung bzw. der Hierarchie der Gesellschaft aufgrund von mehr oder weniger sozialen Chancen, Wohlstand, Macht und Einfluss. Auf der horizontalen Achse differenzieren sich die Trennlinien bedingt durch die funktionale Arbeitsteilung und die Lebensweisen (ebd.).

2.1.3.4 Sozialhistorische Verwerfungen

Die Auswirkungen des sozialen Wandel von der ersten Moderne zur zweiten Moderne betreffen beide Dimensionen des sozialen Raumes. Sie sind heterogen und teilweise gegenläufig. Wie aus den Ausführungen zur Regulationstheorie und zur Deindustrialisierung hervorgeht, führen die Flexibilisierung des Regulationsregimes und die Tertiarisierung der Wirtschaft zu einer verstärkten vertikalen Polarisierung, d.h. zu einem Anwachsen der Oberschicht und der Unterschicht. Gleichzeitig differenziert

sich die Mittelschicht als Folge der Entstehung von neuen Dienstleistungsbranchen stärker aus. Die Pluralisierung der Lebensstile aufgrund der gesteigerten individuellen Optionen führt ebenfalls zu einer horizontalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Über die Struktur des sozialen Raumes erstreckt sich zudem die Spaltung zwischen Hochmoderne und Spätmoderne. Wie Theodor Geiger in seiner Schichtungstheorie bereits 1932 treffend bemerkte, können in Analogie zur Geologie auch in der gesellschaftlichen Stratifizierung Faltungen und Verwerfungen auftreten, die zu einem Nebeneinander von historisch nacheinander auftretenden Phänomenen führen.

«Strukturen, die im sozialgeschichtlichen Nacheinander auftreten, finden sich im gesellschaftlichen Jetzt bei verschiedenen Bevölkerungsteilen im Nebeneinander. So wirken im alten Mittelstand die ständischen Schichtungen der frühkapitalistischen Epoche als Querdifferenzierungen nach; ständische Sitten und Lebensauffassungen haben sich bewahrt und leisten der Durchsetzung des hochkapitalistischen Klassenprinzips zähen Widerstand» (Geiger 1932: 85).

Solche geschichtliche Verwerfungen zeigen sich in der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur sehr deutlich. Auch in der spätmodernen Gesellschaft koexistieren hochgradig individualisierte Lebensstile und Lebenszusammenhänge neben Lebensweisen und Denkhaltungen der Hoch- und Industriemoderne. Das bedeutet: Wir finden nach wie vor Haushalte basierend auf Kernfamilien, mit der für die Hochmoderne typischen bürgerlich-traditionellen Rollenverteilung (vgl. Bühler 2000), und Menschen, die sich an den vorgegebenen Lebensentwürfen der Industriemoderne orientieren. Aus geografischer Sicht ist nicht nur das gleichzeitige Nebeneinander von sozialgeschichtlich nacheinander folgenden Strukturen von Interesse sondern besonders auch die räumliche Trennung von Strukturen, die sozialgeschichtlich nacheinander auftreten, gleichzeitig aber räumlich getrennt existieren. Insbesondere das Nebeneinander von fordistischen und postfordistischen Raumstrukturen und Segregationsmechanismen ist ein wesentlicher Aspekt der sozialräumlichen Dynamik der Gegenwart.

2.2 Sozialräumliche Dynamik

Die soziale Differenzierung der Gesellschaft in Klassen, Schichten, Milieus, ethnische Subkulturen etc. findet ihren Niederschlag in räumlichen Strukturen wieder. Hierbei spielen die gewollte und bewusste räumliche Separierung unterschiedlicher Lebensformen, Mentalitäten oder religiösen Bekenntnisse zur Vermeidung von Konflikten ebenso eine Rolle wie die ungewollte Separierung infolge von Konkurrenz um räumlich gebundene Ressourcen, Standortvorteile oder soziale Distinktionseffekte über die räumliche Position. Den überall sichtbaren Zusammenhang zwischen sozialer Struktur und Raumstruktur bringt Pierre Bourdieu (1991: 25) folgendermassen auf den Punkt:

«Der soziale Raum weist die Tendenz auf, sich mehr oder weniger strikt im physischen Raum in Form einer bestimmten distributionellen Anordnung von Akteuren und Eigenschaften niederzuschlagen. (...) In einer hierarchisierten Gesellschaft gibt es keinen Raum, der nicht hierarchisiert ist, und nicht die Hierarchien und sozialen Distanzen zum Ausdruck bringt, (mehr oder minder) entstellt und verschleiert durch den Naturalisierungseffekt, den die dauerhafte Einschreibung der sozialen Realitäten in die physische Welt hervorruft» (Bourdieu 1991: 25).

Soziale Unterschiede und Hierarchien, die sich im Raum abbilden, finden wir auf allen Massstabsebenen vor und in Räumen unterschiedlichster Art. Sie zeigen sich teilweise strikt vorgegeben und verordnet wie etwa bei der Aufstellung von Armeeeinheiten, werden erzeugt durch monetäre Zugangsschranken wie beispielsweise im Theater durch die Sitzplätze in unterschiedlichen Preiskategorien, oder entstehen durch Segregationsprozesse wie etwa auf einem Schulhof, an einem Strand oder in den Quartieren einer Stadt.

Von grosser gesellschaftlicher Bedeutung und wissenschaftlichem Interesse ist die räumlich-soziale Verteilung der Wohnbevölkerung in Siedlungen. Über seinen Wohnstandort verbindet das Individuum seine institutionelle Identität und viele seiner Alltagsaktivitäten mit dem physischen Raum. Insbesondere in grossen Städten ist die sozialräumliche Differenzierung sehr ausgeprägt, weil in Städten die soziale und kulturelle Vielfalt auf relativ begrenztem Raum sehr gross ist, die Hierarchien der Gesellschaft komplexer sind und die ökonomischen und sozialen Kräfte stärker wirken als in kleinstädtischen oder ländlichen Kontexten.

Für die sozialräumliche Differenzierung einer Stadt ist die residentielle Segregation ihrer Einwohner ausschlaggebend. Erst wenn sich die Menschen aufgrund ihrer sozialen, kulturellen, ethnischen oder anderer Milieu- und Gruppenzugehörigkeiten räumlich entmischen, entstehen durch spezifische soziale Mentalitäten, Lebensweisen und

kulturelle Praktiken geprägte «soziale Räume». Die residentielle Segregation ist weitgehend ein Resultat des Geschehens auf dem Wohnungsmarkt und basiert einerseits auf räumlichen Unterschieden von Wohnungsangebot und Standortqualitäten und andererseits auf Unterschieden in den Präferenzen und Restriktionen der Wohnungsnachfragenden.

Die Raum- und Stadtstrukturen sind also ein Resultat ökonomischer und sozialer Kräfte, sind aber immer auch als ein Abbild der diese Kräfte strukturierenden Akkumulationssysteme und Regulationsweisen zu sehen (Castells 1972; Harvey 1973). Bewegung ins sozialräumliche Gefüge gerät deshalb nicht *nur*, wenn eine Stadt wächst oder schrumpft oder sich die Zusammensetzung der gesamten Stadtbevölkerung durch Zu- und Abwanderung ändert, sondern die innerstädtische Sozialraumstruktur ändert sich auch, wenn sich die Wirtschaft, die Modalitäten der sozialen Ungleichheit oder die Mechanismen der residentiiellen Segregation insgesamt ändern. Mit anderen Worten: Umschichtungen in der Gesellschaft haben auch sozialräumliche Umschichtungen zur Folge. Dementsprechend verändern sich mit der Flexibilisierung und Pluralisierung von Wirtschaft und Gesellschaft die Raumstrukturen der Städte und die Determinanten der Segregation.

2.2.1 Diskontinuitäten der Urbanisierung

Die Verstädterung ist ein kontinuierlicher Prozess seit Einsetzen der Industrialisierung und dem Niederreißen der barocken Stadtbefestigungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Sie hat dabei verschiedenen Phasen von Urbanisierung, Suburbanisierung, Desurbanisierung und Reurbanisierung durchlaufen (vgl. Gaebe 1987; 2004). Jede dieser Phasen führt zu einer spezifischen sozialräumlichen Strukturierung der Stadtregion. In der ersten Phase der Urbanisierung im 19. Jahrhundert sind die modernen Grossstädte gewachsen, meist ringförmig um ein altes mittelalterliches Stadtzentrum herum. Die Zuwanderung erfolgte vor allem aus ländlichen Regionen, wo Arbeitskräfte freigesetzt wurden, die durch die wachsende Industrie an den Stadträndern und Verkehrsknotenpunkten angezogen wurden. Mit dem Aufkommen der Massentransportmittel in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dehnten sich die Städte weiter ins Umland aus, und nach dem Zweiten Weltkrieg setzte die eigentliche Suburbanisierungsphase ein. Die Mittelschichten wanderten aus den Zentren ab und zogen in die Agglomeration, von wo sie in die Stadtzentren zu ihren Arbeitsplätzen pendelten. Als Folge dieser Suburbanisierungswelle setzte eine Desurbanisierung der Kernstädte ein. Ihre Einwohnerzahlen schrumpften und ihre soziale und demografische Schichtung geriet aufgrund der selektiven Abwanderung in Schieflage. Mitte der 1980er Jahre setzte eine Renaissance der Städte ein, die zu einem leichten Wachstum der

Bevölkerungszahlen in den Kernstädten führte. Stärker noch als die rein quantitativen Effekte der Reurbanisierung waren ihre Auswirkungen auf die Sozialstruktur der Kernstädte.

2.2.1.1 Suburbanisierung und A-Stadt-Bildung

Die Suburbanisierung in Europa begann bereits im späten Mittelalter mit der Gründung von Strassenvorstädten vor den Stadtmauern. In Nordamerika setzte die Suburbanisierung bereits mit der Neugründung der Städte ein.⁹ Zu einem Massenphänomen wurde sie jedoch auf beiden Kontinenten erst Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Bau von öffentlichen Massenverkehrsmitteln (Eisenbahn, Strassenbahn). Eine zweite, mächtigere Suburbanisierungswelle erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg mit der allgemeinen Verfügbarkeit von individuellen Massenverkehrsmitteln.

Mit der Ausdehnung der Agglomerationen entwickelte sich der suburbane Raum mehr und mehr zu einem eigenen Regionstyp neben den städtischen und ländlichen Gebieten. Heute leben in den meisten westlichen Staaten mehr Menschen in suburbanen Kontexten als in kernstädtischen oder in ländlichen (vgl. Lichtenberger 1998: 46). Mit zunehmender Grösse entstanden auch in Suburbia kleinere Zentren der Versorgung und des Vergnügens. Dieser als *Counterurbanisierung* bezeichnete Prozess verstärkte die Entwicklung von Suburbia zu einer spezifischen Lebenswelt, die sich von der strikten Orientierung an der Kernstadt gelöst hat (Berry 1976).

Eine Konsequenz der Suburbanisierung war die teilweise Marginalisierung der Kernstädte. Zwar blieben die Kernstädte weiterhin wichtige Wirtschaftszentren und Arbeitsorte, aber sie hatten ihre Attraktivität als Wohnorte infolge hoher Immissionsbelastungen durch den Verkehr, aufgrund von veralterter Bausubstanz und von sozialer Abwertung verloren. Die Suburbanisierer der Nachkriegszeit waren vorwiegend jüngere Angehörige der Mittelschichten mit Familie, die sich in den Einfamilienhäusern und Wohnsiedlungen in den Agglomerationsgürteln niederliessen. Diese Bevölkerungsgruppe war in der Folge in den Kernstädten stark untervertreten. Der Ökonom René Frey (1996) bezeichnete die Bevölkerungsstruktur der Kernstädte als A-Stadt, weil sie sich durch überdurchschnittliche Anteile von eher randständigen Bevölkerungsgruppen auszeichnete, die mit A geschrieben werden: Alte Menschen, Ausländer, Auszubildende, Arme und Alleinstehende, Arbeitslose.

⁹ Darin reflektieren sich vor allem die unterschiedlichen Ausgangslagen und Bedingungen der Verstädterung. Während die Verstädterung der Neuzeit in Europa auf der Basis eines historischen engmaschigen mittelalterlichen Städtensystems erfolgte, geschah die Urbanisierung in Nordamerika gewissermassen auf der grünen Wiese. Wieder andere Voraussetzung galten im Orient oder in den Grossstädten des Südens (vgl. Lichtenberger 1998: 55–63).

Als Folgen dieser vertikalen sozialräumlichen Entmischung zwischen Kernstadt und Agglomerationsgürtel stiegen die Sozialausgaben in den Städten bei gleichzeitigem Rückgang der Steuereinnahmen. Die politische Konsequenz der Suburbanisierung war die Öffnung eines Cleavages zwischen Stadt- und Agglomerationsbevölkerung, der in der unterschiedlichen Sozialstruktur begründet war. Der politische Konflikt akzentuierte sich aber auch als ein Interessenskonflikt in Bezug auf die Stadtentwicklung. Während die Stadtbevölkerung an der Sanierung der Stadt und ihrer Entlastung von Verkehrsimmissionen zur Verbesserung der Wohnqualität interessiert war, hatte die mehrheitlich bürgerlich gesinnte Agglomerationsbevölkerung vor allem ein Interesse an der Entwicklung und Prosperität der Stadt als Wirtschaftsraum mit optimaler Verkehrserschliessung und Infrastruktur für Arbeitsplätze.

Die Ausdehnung der Städte und ihre konzentrische Ausdifferenzierung in eine innenstädtische Zone mit vielen Arbeitsplätzen und weit gehend monofunktional auf Wohnen spezialisierten suburbane Agglomerationszone entspricht dem Regulationsregime und den Lebensentwürfen des Fordismus. Für die Suburbanisierung braucht es Voraussetzungen auf Seiten der Infrastruktur und auf Seiten der Pendler. Die zentralen infrastrukturellen Voraussetzungen sind die lokale Konzentration von Arbeitsstätten in Grossbetrieben und die Möglichkeiten zur Arbeitsmobilität. Die Voraussetzungen auf Seiten der Arbeitnehmer und Pendler sind vor allem die Idealvorstellung der Trennung von Wohnen und Arbeiten, die Bereitschaft zur täglichen Mobilität und der Wille, in einer suburbanen Umgebung zu wohnen, von Bedeutung. In der Industriegesellschaft der Hochmoderne waren sowohl die infrastrukturellen Voraussetzungen wie auch die Voraussetzung auf Seiten der Arbeitnehmer gegeben. Unter spätmodernen Bedingung ist die Verkehrsinfrastruktur nach wie vor optimal für Arbeitspendeln. Die anderen Voraussetzungen haben sich jedoch stark verändert. Einerseits hat sich die Konzentration der Arbeitsplätze von der Kernstadt teilweise in den suburbanen Raum verlagert (vgl. Abschnitt 2.3.1.1). Andererseits hat sich mit der Flexibilisierung und Pluralisierung der Gesellschaft der Konsens über das ideale Wohnen ausdifferenziert (vgl. auch Abschnitt 2.2.2.4).

2.2.1.2 Überlagerung der Suburbanisierung durch die Reurbanisierung

Mitte der 1980er Jahre setzte in den meisten nordamerikanischen und europäischen Städten ein Prozess der Reurbanisierung ein. Die Bevölkerungszahlen der Kernstädte stiegen wieder an, Familien und Mittelschichten kehrten in die Kernstädte zurück (Ley 1992; Rose 1989; Karsten 2003). Diese Reurbanisierung ist jedoch nicht als neuer Trend zu verstehen, der die Suburbanisierungsprozesse im Sinne eines Paradimenwechsels ablöst und ersetzt, sondern als Überlagerung des einen Prozesses durch

den anderen. Die Suburbanisierung ist in den vergangenen 20 Jahren keineswegs zum Erliegen gekommen, sondern die westlichen Grosstädte wachsen an ihren Rändern nach wie vor weiter. Die Gleichzeitigkeit von Reurbanisierung und Suburbanisierung führt zu einer verstärkten räumlich-sozialen Segregation der Mittelschicht nach horizontaler Differenzierung und Modernisierungsgrad des Lebensstils. Während die Suburbanisierer eher das Wohnideal der Hochmoderne hochhalten und einen traditionell-bürgerlichen Lebensstil pflegen (vgl. Abschnitt 2.2.2.4), wird die Reurbanisierung vorwiegend von Angehörigen der neuen Mittelschichten, getragen, die mehrheitlich gut ausgebildet sind und in den neuen kreativen, kommunikativen und sozialen Dienstleistungen arbeiten, die individualisierte Lebensstile pflegen und ein Wohnideal des urbanen Lebens haben.

Mit der Rückkehr der Mittelschichten in die Kernstädte hat sich einerseits die Sozialstruktur der Städte verändert und andererseits der räumliche Gegensatz zwischen Kernstadt und Umland gewandelt. Dieser basiert heute weniger auf vertikalen sondern auf horizontalen Ungleichheiten. Zudem ist auch die demografische Überalterung der Städte gestoppt. Als Folge der Reurbanisierung wurden die vernachlässigten Innenstadtquartiere sozial und baulich aufgewertet (Gentrifizierung), und die verschiedenen A-Stadt-Phänomene haben sich von ihrer Lokalisation in den Innenstädten gelöst und in die suburbanen Raum verlagert. Dies ist in drei Prozessen festzumachen: Erstens nimmt die ausländische Bevölkerung an der Suburbanisierung teil, zweitens verlagerten sich die «sozialen Brennpunkte» an die Stadtränder und in die Vorstädte und drittens hat sich auch die demografische Überalterung in die Agglomerationsgürtel verlagert.

2.2.1.3 Gentrifizierung

Als Gentrifizierung bezeichnet man den seit rund 20 Jahren anhaltenden Aufwertungsprozess zentrumsnaher Stadtquartiere.¹⁰ Der Aufwertungsprozess erfolgt durch die Zuwanderung von Mittelschichten in vernachlässigte degradierte Arbeiterquartiere. Charakteristisch für den Gentrifizierungsprozess sind die schleichende Art und Weise, wie ein Quartier durch sukzessive Immigration aufgewertet wird, die heute globale Verbreitung des Prozesses in Grosstädten auf allen Kontinenten und die Ähnlichkeit der verschiedenen Phasen der Gentrifizierung in den verschiedenen Städten.

¹⁰ Die Bezeichnung Gentrifizierung kommt vom englischen Wort Gentry, was soviel wie Adel oder Edelleute bedeutet. Im Wortsinn heisst Gentrifizierung soviel wie Veredelung. Der Terminus stammt von Ruth Glass (1964), die als eine der ersten am Beispiel des Londoner Stadtquartiers Islington die schleichende Invasion einer modernen Mittelklasse in die aus viktorianischer Zeit stammenden, von einfachen Arbeitern bewohnten Nachbarschaften beschrieb.

Im Gegensatz zu anderen städtischen Erneuerungsprozessen wie Stadtsanierungen, Ersatzneubauten von Quartieren etc. wird Gentrifizierung nicht geplant durch gross angelegte bauliche Eingriffe von Seiten einer Stadtregierung oder eines Grossinvestors ausgelöst. Gentrifizierung erfolgt in aller Regel in atomistischer Form, gesteuert durch den Wohnungsmarkt. Sukzessive ziehen Angehörige der Mittelschicht in ein Arbeiterquartier. Den neuen Zuzüglern folgen neue Dienstleister und Freizeiteinrichtungen. Nach und nach erhält das Quartier ein neues Gesicht und Image. Der Zuzug von zahlungskräftigeren Schichten und das veränderte Image lösen Erneuerungsinvestitionen bei den Hauseigentümern aus. Damit steigen auch die Wohnungsmieten und Bodenpreise in dem Quartier. Weil diese höheren Mieten für die alteingesessene Bevölkerung nicht mehr erschwinglich sind, werden diese aus dem Quartier verdrängt (z.B. Friedrichs/Kesckes 1996; Atkinson 2000; Alisch/zum Felde 1990).

Verschiedene Autoren verweisen auf die soziale Abgestuftheit der Immigration in mehreren Phasen. Als erste lassen sich Gruppen mit hohem Bildungskapital und relativ geringem ökonomischem Kapital und eher alternativen Lebensstilen (Studierende, Künstler etc.) in einem Quartier nieder. Diese Pioniere bereiten das Feld für die eigentliche Gentrifizierung vor, indem sie durch ihre Präsenz und ihre Infrastruktur das Image des Quartiers umdeuten. Ihnen folgt eine Gruppe von eigentlichen Gentrifiern. Diese unterscheiden sich von den Pionieren durch eine höhere Stellung in der sozialen Hierarchie, insbesondere durch eine gesicherte berufliche Position in den kreativen und kommunikativen Dienstleistungen mit mittleren bis höheren Einkommen. In dieser zweiten Phase der Gentrifizierung werden nicht nur Alteingesessene verdrängt, sondern als Folge der gestiegenen Bodenpreise auch die Pioniere (Dangschat/Blasius 1994; Friedrichs/Kesckes 1996; Ley 1996; 2003). In einigen Quartieren von New York identifizierte Lorretta Lees (2003) eine dritte Phase der Gentrifizierung, die sie «Supergentrification» nennt. Dabei werden die mittelständischen Gentrifier durch Superreiche verdrängt, die sich in den gentrifizierten Quartieren Zweitwohnungen oder D pendenzen für den gelegentlichen Aufenthalt einrichten.

Ursprünglich war Gentrifizierung eine kaum wahrgenommene Anomalie der sozial-räumlichen Differenzierung in den grossen angelsächsischen Weltstädten London, New York oder Sydney. Inzwischen ist sie jedoch zu einem weltweit beobachtbaren Phänomen der Umgestaltung städtischer Räume geworden. Der Prozess der Gentrifizierung hat in der Städtehierarchie vertikal nach unten diffundiert, so dass Gentrifizierung heute auch in kleineren Städten wie Cleveland, Glasgow oder Malmö festzustellen ist. Zunehmend erfasst der Gentrifizierungsprozess auch Grossstädte anderer

Kulturkreise wie beispielsweise Tokyo, Seoul, Istanbul, Puebla (Mexico), Tel Aviv oder Kapstadt (Smith 2002; Lees 2000; Atkinson 2003).

Über die Ursache von Gentrifizierung existieren verschiedene, zum Teil konkurrierende Erklärungsansätze. Angebotsorientierte Erklärungen verweisen auf den *rent-gap* zwischen dem potentiellen und dem realen Ertragswert der innenstadtnahen Liegenschaften, der die Neuinvestitionen lukrativ macht und damit die Gentrifizierung fördert (Smith 1979; Hamnett/Randolph 1984). Zudem sind im Zuge der Deindustrialisierung zentrumsnahe Industriegebiete und Hafenanlagen freigeworden, wo in aufgegebenen Fabrikgebäuden oder Speicherhäusern Loft-Wohnungen entstanden, was wiederum als Keimzelle für die Gentrifizierung der gesamten angrenzenden Quartiere gewirkt hat (Zukin 1982; Preteceille 1997).

Die nachfrageorientierten Erklärungsansätze stellen die gewandelten Wohnbedürfnisse, Wohnideale, Standortansprüche aufgrund der veränderten Lebensstile ins Zentrum der Erklärung (z.B. Caulfield 1988; Butler 1997; Häussermann/Siebel 1987; Dangschat 1990). Eher soziologisch orientierte Ansätze sehen Gentrifizierung entweder als Teil des räumlich ausgetragenen Klassenkampfes (Smith 1996), als emanzipatorische Praxis und die Innenstadt als emanzipatorischen Raum, in dem sich die Ideale der 1968er Generation von Freiheit des Lebensstils, Gleichberechtigung der Geschlechter und Ethnien realisieren lassen (Caulfield 1994; Lees 1996; Bondi 1991; Markusen 1984) oder als kulturelle Praktik und Ausdruck der horizontalen Differenzierung der Mittelklassen (Zukin 1987; 1995; Ley 1996; Butler 1997; Dangschat 1990).

2.2.1.4 Marginalisierung der Stadtrandgebiete

Die Reurbanisierung ist nicht ohne Folgen für die Stadtränder und die suburbanen Zonen geblieben. Die Zuwanderung der Mittelschichten und Gentrifizierung der Innenstädte hat direkt zur Verdrängung der Unterschichten aus diesen Gebieten geführt (Atkinson 2000). Durch den Wegfall der Innenstädte als Habitate der Unterschichten konzentrieren sich diese verstärkt in den Grosswohnsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre an den Stadträndern und in den Vorstädten. Solche Siedlungen wurden in der Nachkriegszeit zur Behebung der Wohnungsnot an den Stadträndern nach den städtebaulichen Vorstellungen der «Gartenstadt» als «cities of hope» in offenen Zeilenbauten oder von Grünflächen umgebenen Punkthochhäusern gebaut (Heineberg 2000). Heute ist der Wohnungsbestand in diesen Siedlungen veraltet und genügt den Ansprüchen des Mittelstandes nicht mehr. Viele der Wohnsiedlungen an den Stadträndern haben sich zu Wohnvierteln der sozial Benachteiligten entwickelt mit hohen Anteilen an Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen und unterprivilegierten Immigranten (Badcock 2000; Geiling 2002).

Insbesondere der Zuzug von Migranten führt zu Konflikten mit den alteingesessenen, meist älteren Bewohnern. Diese entstammen in der Regel dem traditionellen Industriearbeitermilieu und sind in ihrem Denken und ihrem Lebensstil noch stark in der Hochmoderne verhaftet. Wie Ziegler (2001) für Schweizer Städte zeigte, führt die Marginalisierung bei der alteingesessenen Bevölkerung zu einer fremdenfeindlichen Haltung und zu einer Affinität zu Parteien der populistischen Rechten.

2.2.2 Wandel der Segregation

Die sozialräumliche Struktur einer Stadt basiert auf der räumlichen Entmischung (Segregation) ihrer Wohnbevölkerung. Diese Entmischung ist ein Phänomen der Makroebene, das aber seine Ursachen in Prozessen auf der Mikroebene des Individualverhaltens auf dem Wohnungsmarkt hat (Friedrichs 1995). Die Veränderungen der Segregationsmechanismen sind ein bedeutendes Moment für die sozialräumliche Dynamik, denn: ändern sich die Determinanten der Segregation, dann ändern sich die Segregationsmuster und damit auch die sozialräumliche Struktur in einer Stadt.

Mit der Flexibilisierung und Individualisierung der Gesellschaft in der Spätmoderne haben sich die Bedingungen auf der Nachfrageseite des Wohnungsmarktes verändert, weil sich auch die Präferenzen nach Wohnraum und Wohnstandorten ausdifferenziert haben. Eine nach horizontalen und vertikalen Ungleichheiten ausdifferenzierte Sozialraumstruktur ist die Konsequenz der gewandelten Determinanten der Segregation.

2.2.2.1 Innerstädtische Segregation

Die Bezeichnung Segregation für räumlich soziale Entmischung wurde von Rodrick McKenzie (1974 [1926]) eingeführt und ist seither zum allgemein gebräuchlichen Begriff in der Bevölkerungsgeografie und Stadtsoziologie geworden ist. Ganz allgemein betrachtet, ist Segregation eine spezifische Art von Konzentration, nämlich die Konzentration einer Teilgruppe von Elementen innerhalb einer Gesamtmenge von Elementen. Diese spezifische Konzentration aufgrund von Merkmalsunterschieden führt zu einer Entmischung und disproportionalen Verteilung der Elemente auf Teileinheiten einer Einheit (Friedrichs 1995). In der Stadtsoziologie wird Segregation hauptsächlich verwendet als Bezeichnung für die räumlich disproportionale Verteilung der Wohnstandorte von Angehörigen verschiedener Bevölkerungsgruppen auf die Quartiere einer Stadt, die sich nach sozioökonomischen, ethischen, soziokulturellen oder anderen Merkmalen unterscheiden. Um die Segregation der Wohnbevölke-

rung von anderen Formen der Segregation zu unterscheiden wird präzisierenderweise häufig von *residentieller* Segregation gesprochen.¹¹

Die Segregation in Städten ist nichts Neues und ist weder an den westlichen Kulturkreis noch an den Kapitalismus gebunden. Schon die mittelalterlichen Städte Europas wie Asiens kannten bessere und schlechtere Wohnquartiere, Stadtviertel, wo sich bestimmte Gewerbe konzentrierten, und Viertel, wo sich die Fremden oder religiöse Minderheiten niederliessen (Lichtenberger 1998: 61f.). Selbst die Grossstädte im realexistierenden Sozialismus waren stark segregiert (Dangschat 1985).

Wie bereits Eingangs dieses Kapitels zur sozialräumlichen Dynamik erwähnt, bildet die residentielle Segregation in Städten die soziale Ungleichheit und Differenzierung ab. Ungleiche Kapitalausstattung, der Kampf um soziale Positionen und Aneignungsprozesse führen zu einer Transformation von sozialen Hierarchien in räumliche Hierarchien und einer Projektion des sozialen Raumes auf den physischen Raum (Bourdieu 1991; Friedrichs 1995). Wenn sich nun die Modalitäten der sozialen Strukturierung verändern, dann verändern sich meist auch die Modalitäten der Segregation.

2.2.2.2 Determinanten der residentiellen Segregation

Die treibenden Kräfte der Segregation sind die qualitative Differenzierung der Wohnstandorte, die räumliche Differenzierung des Wohnungsangebotes sowie die soziale Differenzierung der Wohnungsnachfrage (vgl. Eekhoff 1987; Odermatt 1997; Leuthold 1999; Klee 2001). Angebotszentrierte Ansätze zur Erklärung der residentiellen Segregation rücken die räumlichen Unterschiede im Wohnungsbestand (Alter, Grösse, Ausbaustandard) der Eigentümerstrukturen, den Boden und Wohnungspreisen, sowie den Standortqualitäten als ausschlaggebende Determinanten der residentiellen Segregation ins Zentrum des Interesses. Nachfrageorientierte Ansätze dagegen erklären die Segregation durch die unterschiedlichen Ressourcen der Nachfrager sowie deren Präferenzen für Standorte, Wohnungen und Wohnumfelder (vgl. Friedrichs 1995; Odermatt 1997).

Ältere Modelle zur Erklärung der Segregation aufgrund der Nachfrage fokussieren primär die unterschiedlichen Möglichkeiten der Realisierung von Wohnwünschen, d.h. die Chancen und Restriktionen auf dem Wohnungsmarkt in Abhängigkeit von ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen (z.B. Alonso 1964; Ber-

¹¹ Der Begriff Segregation wird auch in anderen Wissenschaften verwendet z.B. in der Genetik oder in der Werkstoffkunde. In der Soziologie wird Segregation auch für die disproportionale Verteilung von Gruppen auf nicht räumliche Einheiten wie bestimmte Kategorien, soziale Schichten, Berufe oder ähnliches verwendet (vgl. Häufe 1989). So spricht beispielsweise Charles (1992; 2005) von der Segregation des Arbeitsmarktes nach Geschlecht und Nationalität und beschreibt damit die disproportionale Vertretung von ausländischen und inländischen Männern und Frauen in verschiedenen Berufen.

ry/Kasadra 1977; Timms 1971). In den vergangenen zwanzig Jahren haben jedoch unterschiedliche Wohnideale, divergierende Wohnwünsche und Standortpräferenzen als Erklärungsfaktoren für innerstädtische Segregation stark an Bedeutung gewonnen (vgl. z.B. Häussermann/Siebel 1987; Dangschat/Blasius 1994; Schneider/Spellerberg 1999; Leuthold 1999; Klee 2001; Eder Sandtner 2005).

2.2.2.3 Divergierende Präferenzen

Warum aber gab es diese Vernachlässigung der Wohnwünsche und Präferenzen in der Segregationsforschung? Eine Antwort darauf ist in den Alltagsrealitäten der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre zu suchen. Wie Häussermann und Siebel (1996) darlegen, war damals der «Idealtypus des modernen Wohnens» das Wohnideal schlechthin und prägte sowohl Wohnwünsche wie auch Wohnwirklichkeit der überwiegenden Mehrheit in der Hochmoderne. Wenn ein solcher gesamtgesellschaftlicher, überindividueller Konsens darüber besteht, was gutes, schönes und angenehmes Wohnen bedeutet, dann sind nur noch die unterschiedlichen Restriktionen und Möglichkeiten ausschlaggebend für die Segregation. Das bedeutet wiederum, dass die alleinige Fokussierung von Restriktionen hohe empirische Evidenz zeigt. Im Zuge der reflexiven Modernisierung hat sich dieser gesamtgesellschaftliche Konsensus aufgelöst, und es koexistieren divergente Wohnideale und Wohnansprüche nebeneinander. Dementsprechend lässt sich die Segregation auch nicht mehr einzig durch die vertikale Schichtung der Gesellschaft erklären, sondern horizontale Ungleichheiten in der Lebensführung werden wichtiger. Die oben erwähnte Zunahme der Ansätze, die Lebensstile zur Erklärung der Segregation verwenden, ist damit eine Konsequenz der verstärkten Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Lebensformen, Präferenzen und Konsummuster in der reflexiven Moderne.

Die Vielfalt der Wohnideale und Ansprüche hat zur Konsequenz, dass es unter spätmodernen Bedingungen keine allgemein anerkannte bzw. intersubjektiv akzeptierte Hierarchie von Stadtquartieren und Wohnstandorten mehr gibt, sondern dass verschiedene Präferenzordnungen nebeneinander koexistieren. Es ist aber gerade die persönliche subjektive Präferenzordnung, die für die Zielsetzung des Einzelnen bei der Wohnstandortwahl ausschlaggebend ist. Während der eine nach einem Einfamilienhaus am Stadtrand oder in der Agglomeration strebt, sucht ein anderer eine Etagenwohnung in einem renovierten Altbau in der Innenstadt oder wieder ein anderer eine Loft in einem ehemaligen Industriequartier. Die dafür erforderlichen materiellen Ressourcen halten sich in etwa die Waage.

2.2.2.4 Ausdifferenzierung der Wohnideale

Der Idealtypus des modernen Wohnens bezieht sich auf vier zentrale Aspekte des Wohnens, die sich im Laufe der Geschichte immer wieder verändert hatten: Erstens das räumliche Verhältnis von Wohnen und Erwerb, zweitens die soziale Wohneinheit, drittens das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit in Bezug auf die Wohnung und den Wohnraum, und viertens die Art der Produktion und Aneignung des Wohnraums. Modernes Wohnen bedeutet nach diesen vier Aspekten: Wohnen ist strikte getrennt von Erwerbsarbeit, die soziale Wohneinheit ist die Klein- bzw. Zweigenerationenfamilie bestehend aus Eltern und Kindern, die Wohnung gilt als Ort der familiären Privat- und Intimsphäre und die Wohnung wird professionell produziert und individuell angeeignet durch Miete oder Kauf (Häussermann/Siebel 1996: 15).

Die Entwicklung des modernen Wohnens und seine Ausdifferenzierung steht beispielhaft für die Vereinheitlichung und Standardisierung von Präferenzen, Konsummustern und Lebensstilen im Rahmen der ersten Modernisierung. Das Ideal des modernen Wohnens hat sich aus dem bürgerlichen Wohnmodell des 19. Jahrhunderts entwickelt und wurde zum gesamtgesellschaftlichen Wohnideal. Wie Häussermann und Siebel (1991; 1996) zeigen, stand das bürgerliche Wohnideal in der Vor- und Frühmoderne als eine ständische Wohnform, neben den Wohnformen der Adeligen, und den familienökonomischen Haushaltsmodellen und Wohnformen der Bauern und Handwerker. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts stand die bürgerliche Wohnform in Konkurrenz zu kooperatistischen Wohnidealen und Wohnformen der sozialistischen und anarchistischen Arbeiterbewegung. Erst mit dem fordistischen Zeitalter der Hochmoderne vereinheitlichte sich das Wohnideal von Angestellten, Arbeitern und Gross- und Kleinbürgertum. Abweichende Lebensformen existierten zwar, es haftete ihnen jedoch ein gesellschaftlicher Makel an. Wohn- und Hausgemeinschaften galten zumindest als amoralisch, wenn nicht gar subversiv, Konkubinate waren verboten, Einpersonenhaushalte waren alten Jungfern, Witwen und kauzigen Junggesellen vorbehalten und der bäuerlich-gewerbliche Grosshaushalt galt als antiquiert und unmodern.

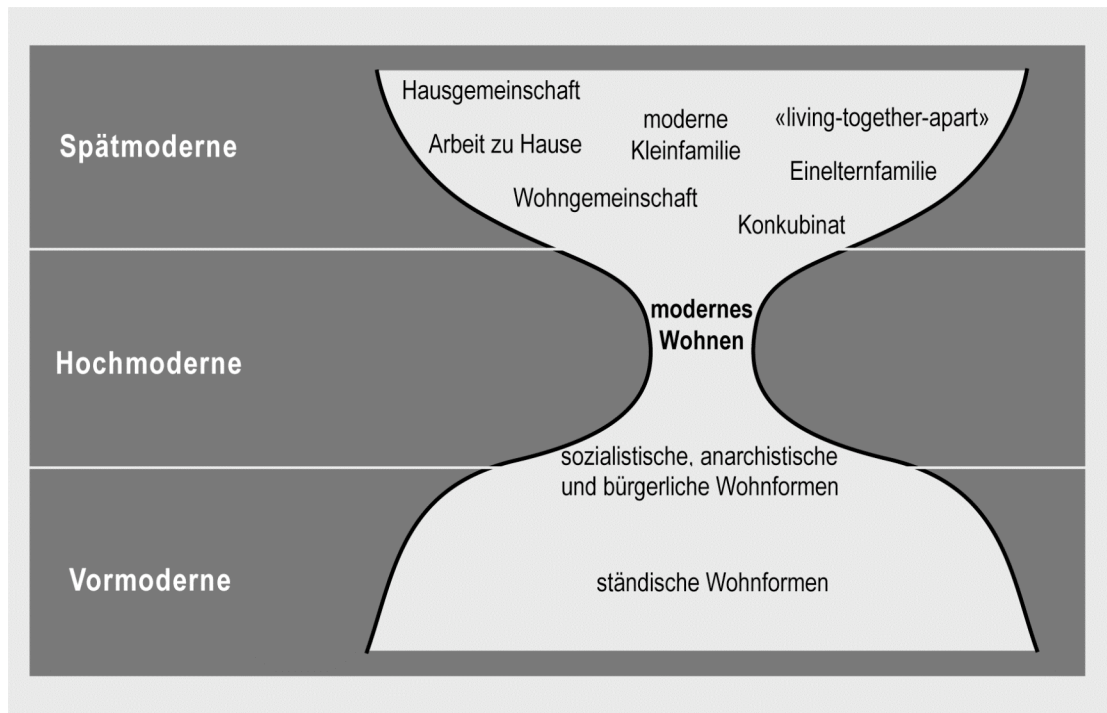


Abbildung 3: Vereinheitlichung und Ausdifferenzierung der Wohnideale in den drei Phasen der Modernisierung (nach Leuthold 1999)

Die Wohnideale innerhalb der Gesellschaft unterschieden sich in der Hochmoderne deshalb kaum darin, wie man leben und wohnen *will* oder was als gutes, sittliches und erstrebenswertes Wohnen gilt. Die Gesellschaft stratifizierte sich einzig danach, wie man leben *kann*, d.h. wie viel Privatsphäre und Abschottung von der Öffentlichkeit man sich leisten konnte, oder wie stark man Wohnen von der Arbeit trennen konnte. Seit den 1960er Jahren haben sich die Wohnrealitäten in den mitteleuropäischen Städten sehr stark ausdifferenziert; wie stark, zeigen die Zahlen der Haushaltstatistik. Einpersonenhaushalte sind heute in den Städten die häufigste Wohnform. Einst eher seltene Haushaltsformen wie Eielfternfamilien, Wohngemeinschaften, Konkubinate und das partnerschaftliche Zusammenleben in zwei getrennten Wohnungen, das sogenannte «living-together-apart», sind zu Massenphänomenen geworden und vielleicht noch wichtiger: Sie sind heute gesellschaftlich akzeptiert (vgl. Häussermann/Siebel 1996; North 1997; Spellerberg 1996; Schneider/Spellerberg 1999; Leuthold 1999; Heye/Leuthold 2004). Die Ausdifferenzierung der Wohnideale zeigt sich in mehrerlei Hinsicht, nämlich bezüglich der Wohnform, der sozialen Wohneinheit und der Vorliebe hinsichtlich Trennung von Wohnen und Arbeiten. Daraus abgeleitet ergeben sich divergierende Ansprüche an die Wohnung und die Wohnungseinrichtung sowie an das infrastrukturelle, das bauliche und das soziale Wohnumfeld.

Die historische Entwicklung der Wohnideale bildet in beispielhafter Arte und Weise die Vereinheitlichung und Standardisierung von Lebensformen und Lebensstilen in der ersten Modernisierung und die Flexibilisierung und Pluralisierung in der zweiten Modernisierungsphase ab. Häussermann und Siebel (1991: 70) verwenden dafür die Metapher einer Sanduhr. In der Vormoderne existiert eine breite Palette unterschiedlicher ständischer Wohnideale und Wohnformen nebeneinander. Im Laufe der ersten Modernisierungsphase verengt sich diese Pluralität zu einem einzigen dominanten Wohnideal, dem modernen Wohnen. In der reflexiven Modernisierungsphase des postfordistischen Zeitalters entsteht wiederum eine Pluralität von konkurrierenden Lebensformen und Wohnidealen (vgl. Abb. 3).

2.2.2.5 Segregation nach Lebensstilen

Die Realisierungschancen der Wohnwünsche hängen direkt von den verfügbaren Ressourcen ab, nicht aber die Wünsche selber. Deshalb segregieren die Menschen in Städten und Agglomerationen nicht nur nach der Menge ihrer verfügbaren Ressourcen, sondern auch nach Präferenzen oder etwas weiter gefasst, nach Lebensstilen.

Seit Pierre Bourdieus «Feinen Unterschieden» (1994 [1979]) wissen wir, dass individuelle Geschmäcke, Präferenzen und Lebensstile eine soziale Herkunft haben und ihre Genese tief in den Lebensbedingungen des Individuums verankert ist. Lebensstile sind also nicht abgekoppelt von sozialer Ungleichheit, sondern sind Ausdruck davon. Nach Bourdieus Konzeption des sozialen Habitus führt die Inkorporierung von sozialen Strukturen zu statusspezifischen Lebensstilen. In den habituellen Klassifikations- und Handlungsschemata repräsentiert sich gemäss Bourdieu (1994 [1979]: 277–283) der soziale Raum.

Für die innenstädtische Segregation nach Lebensstilen hat das zur Konsequenz, dass die soziale Hierarchie und Differenzierung in zweierlei Hinsicht wirksam wird. Zum einen sind die divergierenden Präferenzordnungen für Wohnungen und Wohnquartiere abhängig von den sozial erzeugten Beurteilungs- und Bewertungsschemata. Mit anderen Worten: Die Wohnwünsche sind Teil des klassen- bzw. gruppenspezifischen Habitus. Zum anderen wird die soziale Hierarchie wirksam in Form von unterschiedlichen Realisierungschancen aufgrund der Ungleichverteilung von Ressourcen.

Der Wohnort ist einerseits Teil, andererseits aber auch Ausdruck eines Lebensstils. Aufgrund der Segregation nach Lebensstilen erhalten städtische Wohnquartiere eine Konnotation nach dem/den dominierenden Lebensstil/en. Sie sind überindividuell als Habitate von bestimmten Lebensstilgruppen lesbar. Bourdieu bringt diesen Sachverhalt auf die einfache Formel: «Der Habitus macht das Habitat» (Bourdieu 1991: 32). Er meint damit, dass die Segregation nach Lebensstilen zu einer symbolischen Ord-

nung führt, welche die gesellschaftlichen Differenzen und Ungleichheiten für jedermann erkennbar ausdrückt. Diese soziale Hierarchie von Wohnquartieren fließt wiederum in die Entscheidung von Wohnungssuchenden ein und wird dadurch reproduziert.

2.2.2.6 Divergierende Bewertung und ökonomische Restriktionen

Zum Abschluss dieses Kapitels wird hier ein Erklärungsmodell für innerstädtische Segregation und Quartierbildung vorgestellt, in dem das Zusammenwirken von divergierenden Wohnwünschen und ökonomischen und sozialen Restriktionen berücksichtigt ist.¹² Eine besondere Rolle spielen dabei unterschiedlichen Konnotation und Bewertungen von Wohnquartieren, also die divergierende «signifikative Regionalisierung» (Werlen 1997) von Innenstädten bzw. sozial differenzierte Raumbezüge und Bedeutungszuweisungen (Klee 2001; Schneider/Spellerberg 1999; Leuthold 1999).

Aus den Zusammenhängen von sozial differenzierter Klassifikation, divergierenden Ansprüchen und ökonomischen Restriktionen lässt sich eine Typologie von innerstädtischen Quartieren ableiten und daraus die spezifischen Effekte auf die Segregation und die daraus resultierenden soziale Konnotationen bestimmen.

In einem ersten Schritt kann man zwei Quartiertypen identifizieren, die überindividuell einheitlich entweder als gute (A-Quartier), oder als schlechte (D-Quartier) Wohnstandorte beurteilt werden. Daneben gibt es zwei Typen, die heterogen bewertet werden. Typus B sind Quartiere, die von mehreren Gruppen aus unterschiedlichen Gründen als attraktive Wohngegenden angesehen werden, von anderen Gruppen aber gemieden werden. Typus C sind Quartiere, die von Personen aus sehr ähnlichen Soziallagen bevorzugt werden und von anderen eher als ungünstig beurteilt werden.

¹² Das hier vorgestellte Erklärungsmodell zur innerstädtischen Segregation und Quartierbildung ist detailliert beschrieben und erklärt in Leuthold (1999). Seine empirische Überprüfung wurde publiziert in (Hermann/Leuthold 2001a).

Quartiertyp	A-Quartier	B-Quartier	C-Quartier	D-Quartier
Bewertung	Generelle Bewertung als gutes Wohnquartier	Von verschiedenen Gruppen als gutes Wohnquartier bewertet	Von einer Gruppe als gutes Wohnquartier bewertet	Generelle Bewertung als schlechtes Wohnquartier
Effekte	starke Nachfrage hohe Preise	mittlere Nachfrage mittlere Preise	mittlere Nachfrage mittlere Preise	kleine Nachfrage tiefe Preise
Dominanz	Ökonomisch starke Gruppen setzen sich durch und prägen das Quartier	Mehrere Gruppen prägen das Quartier	Die eine Gruppe dominiert im Quartier	Ökonomisch schwache Gruppen werden in dieses Quartier verdrängt
Konnotation	Oberschichtsquartier	Mittelschichtsquartier durchmisches, multikulturelles Quartier	Mittelschichtsquartier homogene Bevölkerung (Familienquartier)	Unterschichtsquartier

Abbildung 4: Typologie von Stadtquartieren aufgrund von unterschiedlicher Bewertung
(nach Leuthold 1999)

In den allgemein begehrten A-Quartieren vermögen sich die ökonomisch Starken durchzusetzen, weil dort die Mietpreise der Nachfrage entsprechend hoch sind. Der Lebensstil der Oberschicht und der luxuriöse Geschmack prägen nach und nach Läden, Restaurants, Vorgärten, die Art der Autos auf Parkplätzen etc. Als Effekt dieser Prägung wird das Stadtviertel als Oberschichtsquartier gelesen und die Wohnungen dort werden zu guten Adressen. In allgemein als negativ bewerteten Vierteln (D-Quartiere) ist die Nachfrage klein und die Preise dadurch tiefer. Ökonomisch und sozial Schwächere werden in diese Quartiere verdrängt, die dann zu Unterschichtsquartieren werden und als solche gelesen werden. Die Bewohner werden aufgrund ihres Wohnortes stigmatisiert, was zur Folge hat, dass niemand dahin ziehen will.

Die Segregationseffekte in den C- und B-Quartieren sind nicht direkt das Resultat von ökonomischen Restriktionen, sondern abhängig von Habitus und Lebensstil der Zuziehenden. In Quartieren des Typs C ist es die relative Homogenität der Bewohnerschaft, die zur Benennung nach der prägenden Gruppe führt (z.B. Arbeiterquartier, Familienquartier oder Ausländerviertel). In Stadtvierteln des Typs B, die für verschiedene Gruppen attraktiv sind, wird die Mischung der verschiedenen Lebensstile zum prägenden Element. Dies hat wiederum sekundäre Segregationseffekte zur Folge. Sie erfolgt aufgrund von Einstellungen wie Toleranz oder Interesse am Fremden oder aufgrund des Bedarfs nach Toleranz (Randgruppen). Aufgrund der Heterogenität

ihrer Bewohner bezüglich des Lebensstils, werden sie mit Adjektiven wie bunt, lebendig oder multikulturell bezeichnet.

Die soziale Konnotationen der Quartiere nach Lebensstilen werden durch die Wohnungssuche reproduziert oder gar verstärkt. Wer sich mit dem symbolischen Wert eines Oberschichtsviertels schmücken will, zieht eher in Quartiere vom Typ A; wer die physische Nähe zu Nachbarn im sozialen Raum bzw. die Ferne zu sozial Fremden sucht, zieht eher in eine Wohngegend vom Typ C.

2.2.3 Wandel der sozialräumlichen Struktur

Die Projektion der Sozialstruktur auf den Stadtraum erfolgt zwar durch das Wohnstandortverhalten von Individuen und lässt sich auch durch dieses erklären, in aggregierter Form auf einer Makroebene zeigt sich der räumliche Niederschlag der gesellschaftlichen Verhältnisse jedoch als ein Gefüge von unterschiedlichen Stadtquartieren. Aus dieser Perspektive spiegeln sich die sozialen, institutionellen, ökonomischen und politischen Verhältnisse in der Stadtstruktur. Als Folge des in Kapitel 2.1 beschriebenen Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft unterscheiden sich die Sozialraumstrukturen der postfordistischen Stadt von derjenigen der fordistischen Stadt. In der Folge wird auf die wichtigsten Modelle und Ansätze der Sozialraumanalyse eingegangen und auf ihre Adaptionen an die Bedingungen der Spätmoderne.

2.2.3.1 Sozialökologische Stadtmodelle

Die systematische Erforschung der räumlichen Differenzierung der Gesellschaft und der relevanten Prozesse, die dazu führen, begann Anfangs des 20. Jahrhunderts an der Universität von Chicago, der berühmten *Chicago school of sociology*. Die Gruppe um Robert E. Park nannte ihren Ansatz der sozialen Habitatforschung Sozialökologie in Anlehnung an die Pflanzenökologie. Sie untersuchten die funktional- und sozialräumliche Strukturierung von Grossstädten und beschrieben die Ausbildung von Stadtteilen mit relativ homogener Bevölkerungsstruktur (*natural areas*), die als Resultat der Konkurrenz um Standorte sowie Unterschieden bezüglich sozialem Status, Kultur, Sprache oder Rasse entstehen. Die ökonomischen, kulturellen, politisch-institutionellen und technologischen Bedingungen bezeichneten sie als «ökologische Faktoren» der städtischen Strukturierung (Park et al. 1967 [1925]; Park 1974 [1925]; McKenzie 1974 [1926]).¹³

¹³ Die Sozialökologie der Chicagoer Schule wurde bald sehr stark als nicht soziologisch und sozialdarwinistisch kritisiert wegen ihres Naturalismus' und der biologistischen Analogien. Krämer-Bardoni (1991) legt in einer Rezeption dar, dass es sich bei diesem Naturalismus allein auf der terminologischen Ebene um Analogien zur Pflanzenökologie handelt, in den Prozessbeschreibungen und Begründungszusammenhängen jedoch klar soziologisch argumentiert wird.

Aus der sozialökologischen Schule sind drei Modelle der sozialräumlichen Differenzierung hervorgegangen, die gemeinsam die Strukturierung der fordistischen Stadt beschreiben: das konzentrische Zonenmodell von Burgess (1967 [1925]), das Kreissektorenmodell von Hoyt (1939) und das Mehrkernemodell von Harris und Ullman (1945).

Das Zonenmodell von Ernest Burgess (1967 [1925]) geht von einer Stadtentwicklung in konzentrischen Kreisen aus. In der Mitte ist das zentrale Geschäftsviertel, der «Central Business District (CBD)». In der zweiten Zone, der «Zone of Transition», wo in Erwartung der Expansion des CBD keine Investitionen mehr getätigt werden, finden sich die Industrie, Industriebrachen und ältere Gebäude sowie die Wohnviertel marginalisierter Bevölkerungsgruppen. In der dritten Zone liegen die Arbeiterquartiere und in der äussersten Zone die Wohngebiete der Mittel- und Oberschicht. Die kulturelle und ethnische Differenzierung schlägt sich als insulare Zellen in den verschiedenen Zonen nieder.

Das Kreissektorenmodell von Hoymer Hoyt (1939) entstand aufgrund des Vergleichs der sozialräumlichen Differenzierung von 19 nordamerikanischen Städten. Das Modell geht ebenfalls von einem Kern mit einem CBD, aber von einer sektoralen Struktur der sozioökonomischen Differenzierung aus. Die Industrie und die Wohngebiete der Unterschicht konzentrieren sich entlang der Ausfallstrassen, derweil die Wohngebiete der Oberschicht fern von Emissionen in der Nähe von Grünflächen und Wasserläufen liegen. Nach Hoyts Beobachtungen wachsen die Oberschichtsquartiere angrenzend an die bestehenden nach aussen, ebenso die Unterschichts- und Mittelstandsquartiere, so dass sich die Sektoralstruktur mit dem Städtewachstum nach aussen fortsetzt.

Das Mehrkernemodell von Harris und Ullman (1945) berücksichtigt stärker als die anderen beiden Modelle die funktionale und wirtschaftsgeografische Gliederung der Stadt in verschiedene Subzentren mit spezifischer Spezialisierung und die Bildung von Nebenzentren bei zunehmendem Städtewachstum.

2.2.3.2 Sozialraumanalyse

Die Soziologen Eshref Shevky und Wendell Bell knüpften an das Konzept der «natural areas» an und begründeten an den Beispielen von Los Angeles und San Francisco die so genannte Sozialraumanalyse (social area analysis). Nach Shevky und Bell (1961) lässt sich die Strukturierung moderner Grossstädte in sozial mehr oder weniger homogene Teilräume mit drei Dimensionen beschreiben: Erstens mit der Differenzierung nach sozialem Rang (sozialer Status), der sich nach der Schichtzugehörigkeit der Einwohner bemisst, zweitens nach dem Urbanisierungsgrad (demografischer

Status), der sich in der demografischen und der Familienstruktur der Wohnbevölkerung abbildet, und drittens nach der ethnischen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (ethnischer Status).

Robert Murdie (1969) integrierte die Sozialraumanalyse und die sozialökologischen Stadtmodelle. Mit einer Faktorenanalyse von über 100 verschiedenen Variablen der Stadtbezirke von Toronto konnte er die drei von Shevky und Bell (1961) deduktiv herausgearbeiteten Dimensionen der innerstädtischen Differenzierung empirisch validieren und gleichzeitig zeigen, dass die drei Dimensionen unterschiedliche Segregationsmuster erzeugen, die jedes für sich einem der drei sozialökologischen Modelle entspricht. Die Segregation nach sozialem Status erzeugt gemäss Murdie ein sektorales Muster, der demografische Status erzeugt ein konzentrisches Muster mit abnehmendem Modernisierungsgrad der Lebensformen vom Zentrum an die städtische Peripherie und der ethnische Status erzeugt ein nukleares oder insulares Muster mit über die Stadt verteilten Konzentrationsgebieten verschiedener Nationalitäten und/oder Rassen. Nach Murdies Vorstellung sind die drei Strukturierungsdimensionen der Sozialraumanalyse als Layer zu verstehen, die überlagert zur Ausbildung eines mehr oder weniger systematischen Quartiergefüges führen.

Das Stadtstrukturmodell nach Murdie (1969) wurde für verschiedene Städte – auch solche ausserhalb Nordamerikas – reproduziert und konnte im Grossen und Ganzen bestätigt werden. Verschiedene Autoren wiesen jedoch darauf hin, dass Toronto geradezu eine dem Modell entsprechende idealtypische Stadtstruktur aufweise. In Städten anderer kultureller Kontexte bzw. mit anderen topografischen Bedingungen ergeben sich teilweise beträchtliche Abwandlungen vom idealtypischen Modell oder auch Korrelationen zwischen zwei der drei Dimensionen. Trotz dieser Abweichungen gilt das Modell von Murdie (1969) als valides Modell für die sozialräumliche Struktur der fordistischen Stadt (vgl. Hamm 1982; Schwabe 2005).

2.2.3.3 Spätmoderne Sozialraumstrukturen

Unter spätmodernen Bedingungen von Globalisierung, flexibilisierten Regulationsregimes, Individualisierung und pluralisierten Gesellschaftsstrukturen reichen die Stadtstrukturmodelle der fordistischen Stadt nicht mehr aus. Dessen sind sich die meisten Autoren einig. Weniger einig sind sie sich jedoch über die Sozialraumstruktur der postindustriellen bzw. postfordistischen Stadt. Analog zur Debatte über die neuen Akkumulations- und Regulationsregimes gibt es auch im Bereich der sozialräumlichen Neustrukturierung keine eindeutigen Trends, sondern ein Nebeneinander von verschiedenen zum Teil gegenläufigen Entwicklungen.

Manuel Castells (1989) prägte den Begriff von einer «Dual City». Er meint damit die Koexistenz einer international orientierten, hochgradig in die globale Wirtschaft und globale Netzwerke eingebundenen Elite und einer örtlich verankerten traditionellen Bevölkerungsgruppe. Diese beiden Gesellschaften weisen gemäss Castells unterschiedliches Raumverhalten und Wahrnehmungen des städtischen Raumes auf. Klee (2001) stellt eine Dualisierung der Stadt nach hochmodernen und spätmodernen Lebensformen und Raumbezügen fest, während Eder Sandter (2005) im Quartiergefüge der Stadt Basel neben der klassischen vertikalen Teilung nach Status eine horizontale Gliederung der Stadt nachweist, nämlich in postindustriell strukturierte Quartiere, und in Quartiere, die nach den Prinzipien der Industriegesellschaft strukturiert sind.

Peter Marcuse (1989; 1997) spricht von einer mehrfach geteilten Stadt, der «quartered city». Er hebt dabei fünf Stadtteiltypen hervor: Erstens die *Zitadellen* der Oberschicht, die in den USA häufig in abgeschlossenen «gated communities» wohnt, zweitens die *gentrifizierte Alt- oder Innenstadt*, wo die «Yuppies» und die «neuen urbanen Mittelschichten» wohnen, drittens die *suburbane Stadt* des traditionellen Mittelstandes, die vorwiegend aus Einfamilienhäusern besteht, viertens die *Mieterstadt* der traditionellen Arbeiterschaft und unqualifizierten Angestellten in Grosswohnsiedlungen und schliesslich fünftens die *aufgegebene Stadt* der Armen und Randständigen in den vernachlässigten Altstadtvierteln der Innenstadt und degradierten Neubausiedlungen am Stadtrand.

Robert Murdie (Davies/Murdie 1993; Murdie/Teixeira 2000) hat sein eigenes dreidimensionales Stadtmodell von 1969 (vgl. oben) auf fünf Dimensionen erweitert. Neben der Dimension des sozialen Status erfasst er getrennt davon die wachsende Zahl der neuen Armen (Arbeitslose, Ausgesteuerte, Sozialhilfeempfänger) mit einer «Verarmungsdimension». Gemäss Murdie liegen die Armutsviertel der postfordistischen Stadt meist am Rande der Kernstädte, wo in der Nachkriegszeit die Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus entstanden. Die zweite Neuerung betrifft die Splittung des klassischen Familienstatus in mehrere Dimensionen: Familien und Alter, junge Familien und ältere Familien sowie kinderlose Haushalte und Junge Erwachsene. Damit werden Davis und Murdie (1993) zumindest teilweise der Ausdifferenzierung der Lebensformen gerecht, aber auch der Tatsache, dass auch die suburbanen Gebiete einem Alterungszyklus unterworfen sind und dort eine Erneuerung und ein Generationenwechsel stattfinden.

2.2.3.4 Sozialräumliche Strukturierung nach Lebensstil und Status

Wie die bisherigen Ausführungen zur residentiellen Segregation und zur sozialräumlichen Strukturierung zeigen, erfolgt die sozialräumliche Differenzierung einer Stadt nach zwei primären Dimensionen der sozialen Ungleichheit, der vertikalen Ungleichheit nach sozialem Status und der horizontalen Ungleichheit nach Lebensstilen.

Diese zweidimensionale Strukturierung ist nicht neu. Sie kommt bereits bei der klassischen Sozialraumanalyse nach Shefky und Bell (1961) vor, die allerdings mit der ethnischen bzw. rassischen Dimension eine dritte Dimension der städtischen Strukturierung postulieren.¹⁴ Die Erweiterung des Modells von Murdie von drei auf fünf Dimensionen ist im Grunde genommen eine Ausdifferenzierung der beiden Dimensionen Status und Lebensstil. Wie Schwabe (2005: 161–167) in seiner vergleichenden Sozialraumanalyse französischer Grossstädte festgestellt hatte, strukturiert sich die postindustrielle Stadt nicht in einer grundsätzlich neuen Art und Weise, sondern es sind vor allem beträchtliche sozialräumliche Umschichtungen zu verzeichnen. Dabei hebt er das Entstehen neuer Mittel- und Oberschichtsquartiere in den Stadtzentren als Folge von Gentrifizierungsprozessen sowie die Marginalisierung und Deprivation einstiger Mittelschichtsquartiere hervor. Walks (2001) kommt in Toronto zu einem ähnlichen Befund und betont zudem die sozialräumliche Verschiebung des Statusgefälles zwischen armer Kernstadt und reichen Suburbs als charakteristisch für die postfordistische Stadt.

Im Zuge der reflexiven Modernisierung haben sich die Gewichte der beiden Dimensionen verschoben. Während unter dem fordistischen Regime der Hochmoderne vor allem die Statusunterschiede für die Segregation und die sozialräumliche Strukturierung ausschlaggebend waren, ist in der Spätmoderne die Lebensstildimension bedeutender geworden. Diese Bedeutungszunahme wurde in verschiedenen nationalen Kontexten untersucht und nachgewiesen (z.B. Walks 2001; Ley 1996; 2003; Schneider/Spellerberg 1999; Eder Sandtner 2005; Heye/Leuthold 2004; 2006).

Die Bedeutungszunahme der Lebensstildimension heisst nun nicht, dass die Statusdimension ihre Relevanz für die Segregation und die sozialräumliche Strukturierung verloren hat, sondern bloss ihre Dominanz. Das Zusammenspiel der Strukturierung nach Lebensstil und der Strukturierung nach Status führt zu einer grösseren Vielfalt an städtischen Quartieren. Susanne Eder Sandtner (2005) zeigt am Beispiel der Stadt

¹⁴ Die Segregation nach Nationalitäten, Ethnien oder Rassen ist in den nordamerikanischen Städten sehr ausgeprägt und gilt als eine unabhängige Dimension der sozialräumlichen Strukturierung. Wie verschiedene Studien nachweisen konnten, ist in den urbanen Zonen der Schweiz die Segregation nach Nationalitäten an den sozialen Status gekoppelt (vgl. Joye et al. 1995; Huissod et al. 1999; Wimmer et al. 2000; Wicker et al. 2003; Heye/Leuthold 2004).

Basel, dass sowohl bei den Stadtvierteln der Unterschicht als auch der Oberschicht eine deutliche Teilung besteht zwischen den Quartieren, die durch traditionell-bürgerliche bzw. hochmoderne Lebens- und Wohnformen geprägt sind, und Quartieren, in denen die individualisierten spätmodernen Lebensformen dominieren. Vor diesem Hintergrund scheint für eine Sozialraumanalyse der spätmodernen bzw. postfordistischen Stadt eine grundsätzliche Abkehr von den beiden prinzipalen Strukturierungsdimensionen nach Shefky und Bell wenig sinnvoll. Für ergiebiger erachten wir es, die Dimensionen Status und Lebensstil aufgrund des Wandels der Sozialstruktur neu zu konzeptualisieren (vgl. auch Heye/Leuthold 2005a; Hermann et al. 2005). Die meisten Autoren thematisieren die Veränderung der Raumstrukturen im Bezug auf grossräumige Umschichtungen, die Innenstädte, suburbane Gürtel und Hinterland betreffen. In der empirischen Arbeit bleiben die sub- und periurbanen Gebiete jedoch meist unberücksichtigt. Der überwiegende Teil aller empirischen Arbeiten beziehen sich auf eine Stadt oder mehrere Städte im Vergleich zueinander. Nur wenige Sozialraumanalysen beziehen sich auf den gesamten urbanen Raum (z.B. Huissod et al. 1999; Heye/Leuthold 2004; Schwabe 2005; Hermann et al. 2005), der in der heutigen Zeit weit über die politischen Stadtgrenzen hinaus reicht.

2.3 Metropolisierung

An der Wende des 20. zum 21. Jahrhundert scheint die Verstädterung in eine neue Phase, jene der Metropolisierung, getreten zu sein (Castells 1983; Leresche/Bassand 1991; Ascher 1995). Metropolisierung meint zunächst einmal nur das starke Wachstum der Anteile der Weltbevölkerung, die in städtischen bzw. urbanen Kontexten leben. Die Konsequenzen der Metropolisierung reichen jedoch weit darüber hinaus. Die Metropolisierung verändert die räumliche Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Mit der Bildung von Metropolitanregionen gehen ehemals eigenständige mittelgrosse Städte ihrer Zentralität verlustig und werden zu suburbanen Gemeinden oder zu Subzentren. Ferner bauen sich zwischen den Grossstädten vielfältige wirtschaftliche und soziale Interdependenzen auf und es bilden sich polyzentrische Städtetnetze mit einer funktionalen Spezialisierung der einzelnen Zentren (vgl. z.B. Fainstein 2001; Parr 2004). Diese Prozesse führen zu einer funktionalräumlichen Neuorganisation und sozialräumlichen Umschichtung der gesamten Stadtregionen (Alvergne/Coffey 1997; Champion 2001; Hamnett 1994; 2003).

Internationalisierung und Tertiarisierung der Ökonomie führen zu einer neuen Städtehierarchie auf globaler Ebene. Die sogenannten Global oder World Cities bilden ein weltumspannendes Netz von Zentren der global orientierten Ökonomie. Teile der Wirtschaft, aber auch Teile der Sozialstruktur dieser Global Cities lösen sich aus dem nationalen Kontext, sowohl was ihre Abhängigkeit von der nationalen Politik betrifft als auch bezüglich ihrer Integration in nationale ökonomische und soziale Netzwerke. Die Integration ins globale Städtetnetz wirkt sich wiederum auf die intraurbane Sozialstruktur und die soziale Segregation der Stadtregionen aus (Sassen 1991).

Im folgenden Abschnitt werden zuerst drei verschiedene Typen der Metropolisierung beschrieben. Dabei wird unterschieden zwischen monozentrischen hierarchischen Metropolitanregionen und nichthierarchischen polyzentrischen Stadtregionen sowie Global Cities, die sich aus ihrer Einbettung ins Um- und Hinterland lösen. Neben der blossen Beschreibung der drei Typen gehen wir je gesondert auf die sozialräumlichen Konsequenzen ein. Im zweiten Teil richten wir unseren Fokus auf die Schweiz, in der sich die Tendenzen der Bildung einer polyzentrischen Netzstadt im Mittelland mit der Metropolitanraumbildung und der Integration von Zürich und Genf in die globale Städtehierarchie überlagern. Abschliessend gehen wir auf die wichtigsten sozialräumlichen Umschichtungen innerhalb des «Stadtlandes Schweiz» ein und formulieren die Anforderungen an ein empirisches Design zu ihrer Erfassung.

2.3.1 Typen der Metropolisierung

Die räumliche Ausprägung der Metropolisierung hat verschiedene Facetten, die sich zum Teil überlagern können. Städte stehen in einem internationalen hierarchischen Netzwerk. Dabei können sie eher wichtige Knotenpunkte und Steuerungszentren der Weltwirtschaft (Global Cities) sein oder aber trotz ihrer bevölkerungsmässigen Grösse eine eher unbedeutende Rolle spielen. Städte stehen auch in Beziehung zu anderen Städten in der Nachbarschaft. Entweder haben sie die Funktion einer Primatstadt bzw. eines Nebenzentrums einer Metropolitanregion oder aber sie haben eine Position innerhalb einer nicht hierarchischen polyzentrischen Städtereion.

2.3.1.1 Metropolitanregionen

Die Ausbildung einer Metropolitanregion bzw. einer Agglomeration rund um eine Primatstadt ist die klassische Form der fordistischen Verstädterung, wie sie bereits im Stadtentwicklungsmodell von Ernest Burgess (1967 [1925]) angelegt ist. Nach Burgess' Modellvorstellung verschieben sich die verschiedenen konzentrischen Zonen mit zunehmendem Städtewachstum nach aussen. Im Zuge dieses Expansionsprozesses werden Nebenzentren oder Satellitenstädte in die Agglomeration integriert. Eine Metropolitanregion besteht demnach aus der zentralen Kernstadt, aus dem Agglomerationsgürtel von suburbanen Gemeinden und aus ehemaligen Nebenzentren und deren Einzugsgebieten, die ebenfalls Teil des suburbanen Gürtels geworden sind.

Die Terminologie von Stadtregionen ist international keineswegs einheitlich. Der englische Begriff *Metropolitan Area* bezieht sich auf die funktionalen und sozioökonomischen Verflechtungsbereiche im Umkreis einer Grossstadt, wofür in Europa eher der Begriff *Agglomeration* verwendet wird. Metropolitan- oder Metropolregion wird in Europa dagegen als funktionale Verschmelzung mehrerer Agglomerationen verwendet (vgl. Lichtenberger 1998: 38–45).

In der Schweizer Statistik wird zwischen Agglomerationen und Metropolitanregionen unterschieden.¹⁵ Agglomerationen sind Gebilde bestehend aus Kerngemeinde(n) und den damit durch baulichen Zusammenhang und Pendlerbeziehungen verbundenen Umlandgemeinden. Metropolregionen dagegen sind Gebilde bestehend aus Agglomerationen höherer Zentralität mit umliegenden Agglomerationen niedrigerer Zentralität (vgl. Schuler et al. 2005).

Die treibende Kraft der monozentrischen Agglomerationsbildung ist die Suburbanisierung, d.h. die Entstehung von weitgehend monofunktional auf Wohnen speziali-

¹⁵ Auch in der Schweizer Statistik ist die Terminologie nicht einheitlich. In den verschiedenen Publikationen tauchen die Begriffe Metropolitanregion, Metropolitanraum oder Metropolraum auf (vgl. z.B. Schuler et al. 1997; Schuler et al. 2005; Blöchliger 2004).

sierten Vorstädten, die durch Abwanderung von Städtern in das ländliche Umland entstehen. Mit der Expansion des Dienstleistungssektors wurde das Stadtzentrum zu eng und die Bodenpreise wurden dort zu hoch, um die Industrie und den gesamten Dienstleistungssektor zu beherbergen. Zuerst erfolgte die Verdrängung der Industrie aus den Kernstädten in den suburbanen Raum und an die Peripherie. In einem zweiten Schritt wurden auch hochwertige Arbeitsplätze im tertiären Sektor in den suburbanen Raum verlegt.

Anders als die residentielle Suburbanisierung erfolgte die Auslagerung von Arbeitsplätzen und distributiven Funktionen nicht flächenartig, sondern es entstanden konzentrierte *Industrial Parks* im städtischen Umland und neue Dienstleistungszentren, sogenannte *Edge Cities* (Garreau 1991). *Edge Cities* sind neue urbane Zentren mit Shoppingzentren und Büroarbeitsflächen und zeichnen sich durch einen hohen Beschäftigtenindex, d.h. eine grosse Anzahl Arbeitsplätze pro Einwohner aus. Die Bildung solcher *Edge Cities* erfolgt an wichtigen Verkehrsknotenpunkten oder im Umfeld der Flughäfen. Joël Garreau (1991) beschrieb die *Edge Cities* aufgrund der Analyse nordamerikanischer Städte. Sie können aber sowohl in grösseren Stadtregionen Nordamerikas (Lewis 2002; Coffey/Shearmur 2002) wie auch Europas nachgewiesen werden (Phelps/Parsons 2003; Gollner/Wimmer 2004; Dessemontet 1999). Anders als in Nordamerika, wo die *Edge Cities* sozusagen auf der grünen Wiese entstanden, haben in Europas dichteren Städtenetzen¹⁶ (Pumain 1999: 177) oft kleinere Städte innerhalb des Metropolitanraumes diese Funktionen übernommen (vgl. z.B. Dessemontet 1999). Als geradezu idealtypisches Beispiel für eine *Edge City* kann man die «Schipol Airport-City» ausserhalb von Amsterdam bezeichnen. Die neue Stadt verfügt über viele Arbeitsplätze von multinationalen Firmen, Einkaufsmöglichkeiten Vergnügungs- und Freizeitanlagen und viele weitere städtische Infrastrukturen, ist aber keine eigene politisch administrative Einheit und hat auch keine Einwohner (vgl. Schaafsma 2001).

Die fortschreitende Suburbanisierung sowie die Auslagerung von Arbeitsplätzen und distributiven Funktionen aus den Stadtzentren haben aus den Metropolitanregionen feingliedrig funktional ausdifferenzierte Stadtregionen mit einem Haupt- und mehreren Nebenzentren entstehen lassen. Grossräumige Stadtentwicklungsmodelle gehen deshalb von mehrkernigen funktional hochgradig ausdifferenzierten Metropolitanräumen aus (Harris 1997; Hall 1997) und schliessen damit an frühere Pionierarbeiten

¹⁶ Gemäss Pumain (1999: 177) ist das ältere Städtenetz Europas auf geringere Reisegeschwindigkeiten ausgelegt als jenes der USA. Dies zeigt sich in unterschiedlich grossen «Maschen» der Städtenetze. Die durchschnittliche Distanz zwischen zwei Städten beträgt in Europa rund 16 Kilometer und in den Nordamerika rund 50 Kilometer (Moriconi-Ebrard 1994, zit. in Pumain 1999).

zu mehrkernigen Stadtmodellen an (Harris/Ullmann 1945; Dickinson 1947; Friedman/Miller 1965).

Bereits von Ernest Burgess (1967 [1925]) aber auch von vielen späteren Autoren wurde die Suburbia als mehr oder weniger einheitlicher Sozialraum betrachtet, der von der wachsenden Mittelschicht bewohnt wird (Farley 1964; Guest 1978). Als Folge der Durchmischung des Suburbanen Raums mit Arbeitsplätzen und Servicefunktionen verändert sich jedoch auch die funktionale Gliederung und die soziale Stratifizierung der Agglomerationsgürtel (Schnore 1957; Logan/Schneider 1981). Als Konsequenz dieser Entwicklung differenzieren sich die aus mehreren Agglomerationen bestehenden Metropolitanregionen mehr und mehr in grossräumige Quartiere aus. Dass heisst, auch in der Suburbia entstehen Unterschichtsregionen und Oberschichtsquartiere, Industriequartiere und Dienstleistungszentren.

2.3.1.2 Polyzentrische Städtereionen

Eine zweite, distinkte Form der Metropolisierung findet als Verschmelzung von einst singulären Städten zu sogenannten «*polycentric urban regions*» (PUR) statt. Das Konzept der PUR geht auf den Franzosen Jean Gottmann (1961) zurück, der den Begriff Megalopolis prägte. Als Vorbild diente Gottmann das Verschmelzen der städtischen Agglomerationen an der Nordostküste der USA zu einer zusammenhängenden Stadtregion mit einer Ausdehnung von rund 500 Kilometern, die von Boston bis Washington DC reichte. Seit Gottmans Analyse in den 1950er Jahren ist die Urbanisierung der Welt weit fortgeschritten, und polyzentrische Stadtregionen wurden in verschiedenen Regionen der Welt identifiziert (Klostermann/Musterd 2001). Gemäss Parr (2004: 232f.) muss eine Region folgende Bedingungen erfüllen, damit sie als PUR bezeichnet werden kann:

- *Räumliche Ballung (clustering) von Stadtzentren*, die aber deutlich voneinander getrennt sind, lineare, ringförmige oder polygonale geometrische Anordnung der Zentren,
- *Maximale Entfernung* der Zentren (eine Stunde Reisezeit von Stadtzentrum zu Nachbarzentrum),
- *minimale Entfernung* der Zentren voneinander,
- *flache Hierarchie* zwischen den Zentren, es gibt keine eigentliche Primatstadt,
- grosse Anzahl Interaktionen zwischen Zentren aufgrund der *Überlappung der Arbeitsmärkte*,
- funktionale und ökonomische *Spezialisierung* der Zentren.

Mit diesen Bedingungen grenzt Parr (2004) die PUR klar gegenüber monozentrischen Metropolitanregionen wie beispielsweise Mailand, München oder Madrid ab, die nach dem Muster von Christaller (1933) bzw. Lösch (1944) eine deutliche Hierarchie der Zentralität aufweisen, mit einer dominierenden Kapitale, kleineren Nebenstädten und Nebenagglomerationen. Er grenzt die PUR auch gegenüber der mehrkernigen Metropole mit sekundär entstandenen Nebenkernen, Subzentren und Edge Cities nach Harris und Uhlmann (1945) oder Garreau (1991) ab.

Als geradezu idealtypische PUR gilt die Randstad in Holland, eine kreisförmige Stadtregion im Westen der Niederlande, bestehend aus den grossen Städten Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht, sowie dazwischen liegenden kleineren Städten. Amsterdam beherbergt den interkontinentalen Flughafen Schipol und ist das Zentrum der international ausgerichteten hochwertigen Dienstleistungen, Utrecht ist eine Dienstleistungsstadt, Den Haag ist Regierungssitz und Zentrum der Verwaltung während Rotterdam von seinem Hafen lebt (vgl. z.B. Priemus 1998; Kloostermann/Mustred 2001). Weitere typische PUR's in Europa sind das Ruhrgebiet bzw. die Rhein-Ruhr-Region (Blotevogel 1998a; 1998b) oder der Flamish-Diamond mit den Städten Brüssel, Gent, Antwerpen, Mechelen und Leuven. Dielemann und Faludi (1998a) sprechen auf einer noch grösseren räumlichen Ebene von einer internationalen polyzentrischen Städtereionen in Nordwesteuropa bestehend aus Ruhrgebiet, Flemish Diamond und Randstad.

Über die Wirtschaftsgeografie von polyzentrischen Städtereionen besteht eine reichhaltige Literatur, nicht jedoch über ihre Sozialgeografie (Kloostermann/Mustred 2001). Die meisten Autoren sind sich zwar einig, dass die treibenden Kräfte der residentiellen Segregation (Wohnstandortpräferenzen, Mobilität, Wohnungsmarkt und soziale Ungleichheit) in polyzentrischen Stadtregionen ganz anders wirken als in monozentrischen Metropolregionen. Über die für PUR's typischen Segregationsmuster gibt es jedoch nur wenig gesichertes Wissen. Verschiedene Einzelfallstudien zeigen unterschiedliche Ergebnisse, was darauf hindeutet, dass die sozialräumliche Strukturierung der PUR's von weiteren Faktoren abhängt wie etwa der Entstehungsart, der verkehrsmässigen Erschliessung oder dem Grad der Spezialisierung der verschiedenen Städte (vgl. Champion 2001; Blotevogel 1998a; Knapp 1998; Kuntzmann 1996).

Die vergleichende Forschung zu PUR's ist eher dünn gesät (vgl. Kloostermann/Mustred 2001; Parr 2004). Aus den 1990er Jahren existieren wenige vergleichende Studien (Davis/Perkins 1992; Clark/Kuipers-Linde 1994; Camagni/Salone; Batten 1995). Musterd und Zelm (2001) zeigen auf, dass es eine eigentliche polyzentrische Identität und Identifikation mit einer PUR (noch) nicht gibt. In der Polyzentrität sehen

sie aber ein Potenzial für die Schaffung von Orten mit unterschiedlichen Charakteren und Identitäten, die der Pluralität der Lebensstile entgegenkommen. Mehr oder weniger einig sind sich die meisten Autoren auch, dass die Polyzentralität zu einer vielfältigen sozialräumlichen Differenzierung führt und dass sich die Gefälle der Bodenpreise eher verflachen. Wie stark sich die Spezialisierung der Städte oder die Mobilitätsbereitschaft auf die sozialräumliche Differenzierung der PUR's auswirkt, ist jedoch kaum erforscht.

2.3.1.3 World Cities und Global Cities

Die wissenschaftliche Debatte über die Ausbildung eines globalen, hierarchischen Städtesystems wurde 1986 von John Friedmann begründet (Friedmann 1986). Sein Forschungsansatz beeinflusste die späteren theoretischen und empirischen Arbeiten zu den Global Cities und besitzt heute noch immer Gültigkeit. Friedmann stützte sich auf Manuel Castells (1972) und David Harvey (1973), die Städte und Städtewachstum nicht mehr einzig als sozialökologische Gebilde und Prozesse von «natürlichen» Kräften der Dynamik von Bevölkerung und Raum betrachteten, sondern die Urbanisierung in den Zusammenhang mit dem weit reichenden historischen Prozesses von Industrialisierung und Kapitalismus stellten. Friedmann stellte denn auch die spezifischen Kräfte der kapitalistischen Beziehungen als «driving forces» ins Zentrum der seiner Welt-Stadt-Hypothese. Er identifizierte ein hierarchisches globales Städtesystem der «world cities» auf der Basis von sieben Merkmalen:

- Bedeutende Finanzzentren,
- Sitz transnationaler Konzerne,
- Sitz internationaler Organisationen,
- wachsender Dienstleistungssektor,
- Produktionszentren,
- wichtige Transportknotenpunkte,
- Bevölkerungsgrösse.

Friedmann (1986) unterschied im System der Weltstädte zwischen Städten der Kernregion gemäss einer Liste von 19 marktwirtschaftlichen Industriestaaten der Weltbank und Städten der Semi-Peripherie, d.h. den sogenannten Schwellenländern mit marktwirtschaftlichem System und bedeutender Industrialisierung.¹⁷ Weiter unter-

¹⁷ Weil Friedmanns Aufsatz 1986 und damit noch vor dem Fall des Eisernen Vorhangs erschien, wurden die Städte der damals sozialistischen Hemisphäre nicht in das System der Weltstädte mit einbezogen. Zweifelsohne würden ansonsten zumindest Peking, Shanghai und Moskau auch dazu gehören.

schied er zwischen Primär- und Sekundärstädten aufgrund ihrer Bedeutung. Die Primärstädte des Kerns London, Paris,¹⁸ New York, Chicago, Los Angeles und Tokio bilden die oberste Hierarchiestufe. Auf der zweiten Stufe stehen die Primärstädte der Peripherie Sao Paulo und Singapur, auf der dritten Stufe die Sekundärstädte der Kernregion¹⁹ und auf der vierten Stufe die Sekundärstädte der Peripherie.²⁰

Seit dem Ende des kalten Krieges und dem Einsetzen der Debatte zur Globalisierung (vgl. Giddens 1995 [1990]; Harvey 1990; Robertson 1992) sind auch die Ausbildung eines globalen Städte-Netzwerks und dessen Konsequenzen verstärkt in den Fokus der Wissenschaften gerückt. Dabei geht es einerseits um eher methodische Fragen nämlich, wie viele Global Cities es gibt, wie sie zu definieren sind und wie die Struktur des Netzwerkes der Global Cities rekonstruiert werden kann. Sassen (1991) geht von drei Global Cities (New York, London, Tokio) aus, die als die eigentlichen Schaltzentralen der Weltwirtschaft gelten. Beaverstock et al. (1999; 2000) zählten die Headquarters und Hauptniederlassungen der weltweit grössten Firmen und modellierten aus der Anzahl gemeinsamer Niederlassungsstandorte der Firmen das globale Städtenetzwerk und seine hierarchische Struktur. Sie identifizieren zehn Alpha-Cities auf der obersten Hierarchiestufe, zehn Beta-Cities und 35 Gamma-Cities.

Seit einigen Jahren ist die Arbeitsgruppe des von «Globalization and World Cities Study Group and Network» (GaWC)²¹ besonders aktiv in der empirischen Analyse des globalen Städtesystems und seiner vielfältigen ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen Verflechtungen. Aus der akribischen Analyse der räumlichen Organisation global tätiger Firmen und Organisationen sowie der Rekonstruktion von internationalen Wertschöpfungsketten und Informationsflüssen resultierte die Erkenntnis, dass sich dieses Netz der Global Cities in unterschiedliche funktionale Layer zerlegen lässt. Offensichtlich bildet sich auch innerhalb des globalen Städtesystems eine Spezialisierung heraus. So existiert nicht nur ein globales Netzwerk der gehobenen Dienstleistungen (vgl. Taylor 2004; Beaverstock et al. 2000) sondern auch ein Netz-

¹⁸ Weitere europäische Städte sind gemäss Friedmann (1986) aufgrund ihrer spezifischen ökonomischen Bedeutung ebenfalls als primäre World Cities zu begreifen, bleiben aber unter der kritischen Bevölkerungsgrösse. Es sind dies Frankfurt am Main und Zürich als Zentren der Finanzwirtschaft sowie Rotterdam als Hafen- und Handelsstadt.

¹⁹ Dabei handelt es sich um: Brüssel, Mailand, Wien, Madrid, Toronto, Miami, Houston, San Francisco und Sidney.

²⁰ Es sind vor allem die Grossstädte Lateinamerikas, Buenos Aires, Rio de Janeiro, Caracas und Mexico City, die Zentren der südostasiatischen Tigerstaaten Hong Kong, Taipeh, Manila, Bangkok und Seoul.

²¹ Die GaWC ist ein weltumspannendes Netzwerk von Forschern, die sich mit World- bzw. Global Cities beschäftigen. Das Netzwerk betreibt eine Web-Seite, auf der auch die Publikationen der Forscher und ihrer Projekte aufgeschaltet sind: <http://www.lboro.ac.uk/gawc/> (Zugriff vom 24.3.2006).

werk der globalen Medien- und Kulturstädte (Krätke/Taylor 2004; Krätke 2003; Krätke 2002), das nur zum Teil deckungsgleich mit dem Ersteren ist. Taylor (2005) identifiziert ferner ein globales Städte-Netzwerk der Steuerung der globalen Politik und Zivilgesellschaft auf der Basis von Standorten und Headquarters internationaler Organisationen und NGO's. Die Rekonstruktion von Wertschöpfungsketten und subsidiären funktionalen Verflechtungen zeigt zudem, dass sich auch die Zulieferdienste und -funktionen der Global Cities mehr und mehr von ihrem direkten Umland entkoppeln (Taylor 2001; 2003; Taylor/Walker 2004; Hoyler 2005). Taylor (2001) prägte dafür den Begriff «*Hinderworld*» als Bezeichnung des ebenfalls global verteilten funktionalen Hinterlandes der Global Cities.

Neben der wirtschaftsgeografischen setzte auch eine sozialgeografische Debatte über die Auswirkungen der Global-City-Bildung ein. Sie dreht sich erstens um die positiven wie auch die negativen Effekte für die betroffenen Städte selber, zweitens bezieht sie sich auf den Bezug der Global Cities zu ihren nationalstaatlichen Kontexten und drittens auf die Veränderungen des makroregionalen Gefüges der Welt und auf den neuen weltweiten Gegensatz von Peripherie und Zentralität (vgl. Knox/Taylor 1995).

Die sozialgeografische Debatte wurde wesentlich von Saskia Sassen (1991; 1994; 1998) geprägt. Sie beschreibt die Auswirkung der ökonomischen Konzentrationsprozesse auf das Verhältnis der Global Cities zu ihrem benachbarten Umland und auf ihre Sozialstruktur. Gemäss Sassen lösen sich Global Cities mehr und mehr aus ihren nationalen und territorialen Bezügen heraus und entfremden sich von diesen teilweise, weil die neue globale Ökonomie über die Regulierungsmöglichkeiten der Einzelstaaten hinaus reicht.

Die innere Struktur der Global Cities wird gemäss Sassens weiterer Argumentation durch zwei Prozesse charakterisiert: Zum einen entfalten die globalen Kapital- und Informationsflüsse eine homogenisierende Wirkung und führten zur Einebnung von kulturell bedingten Unterschieden zwischen den Global Cities auf den verschiedenen Kontinenten. Zum anderen führten die Konzentration von international orientierten Dienstleistungsfirmen in den globalen Steuerungs- und Kontrollzentren zu einer sozialstrukturellen Polarisierung. Mit der Zunahme der gut bezahlten Arbeitsplätze im international ausgerichteten Finanz- und Dienstleistungssektor wachse die gut verdienende Oberschicht. Gleichzeitig wachse aber auch die Nachfrage nach minder qualifizierten und damit schlecht bezahlten Servicearbeitern. Dementsprechend wachse auch die Unterschicht. Die verstärkte soziale Polarisierung schlage sich in einer verstärkten sozialräumlichen Polarisierung der Global Cities nieder.

Sassens Theorie der sozialen Polarisierung wurde mehrfach an verschiedenen Städten empirisch überprüft, so beispielsweise von Hamnett in London (1996) und in der niederländischen Randstad (1994), von Mollekopf (1999) und Nørgaard (2003) in New York oder von Rhein (1998) und Preteceille (1995) in Paris. Zwar konnte regelmässig eine Verstärkung der Ungleichheit nach Einkommen festgestellt werden, die verstärkte sozialräumliche Polarisierung konnte jedoch nicht überall bestätigt und auch nicht immer zwingend auf das Anwachsen des internationalen Sektors zurückgeführt werden (vgl. Fainstein 2001).

Hamnett (1996) ist der Ansicht, dass Sassens These der Polarisierung zu stark auf die nordamerikanischen Städte New York und Los Angeles zugeschnitten ist. Seiner Meinung nach ist das Anwachsen der Oberschicht vorwiegend eine Folge der Professionalisierung im Dienstleistungssektor und damit eine Folge der Deindustrialisierung, während das Anwachsen der Unterschicht vor allem eine Folge der Flexibilisierung, der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der prekären Arbeitsverhältnisse ist.

2.3.2 Die Verstädterung der Schweiz

Auch in der Schweiz ist eine Amalgamierung von mehreren Agglomerationen zu grösseren mehrkernigen städtischen Regionen mit starken internen Verflechtungen zu beobachten. Seit der Volkszählung von 1990 haben sie unter dem Begriff Metropolitanräume auch Eingang in die offiziellen Raumgliederungen des Bundesamtes für Statistik gefunden (Joye/Schuler 1995; Schuler et al. 2005). Dieser Verstädterungsprozess überlagert verschiedene Typen der Metropolisierung miteinander und führt zu vielfältigen Umschichtungsprozessen. Im folgenden Abschnitt werden die Charakteristiken der Verstädterung in der Schweiz dargelegt und daraus ein Entwurf für eine Sozialraumanalyse der gesamten Schweiz zu Bemessung der sozialräumlichen Dynamik der Schweiz abgeleitet.

2.3.2.1 Das Schweizer Städtetz

Das Städtesystem der Schweiz enthält Elemente aller drei erwähnten Typen der Metropolisierung, es ist polyzentrisch, es enthält Global Cities und Metropolitanregionen, bestehend aus Haupt- und Nebenagglomerationen.

Betrachtet man die schweizerischen Städte, ihre Verteilung, ihre Distanzen und ihre Interkonnektivitäten, so kann man nördlich der Alpen von einem Städtetz sprechen, das den Kriterien von Parr (2004) für eine polyzentrische urbane Region (PUR) genügt (vgl. Abschnitt 2.3.1.2). Dieses Städtetz erstreckt sich als Band in der West-Ost-Achse der Schweiz von Genf über Lausanne, Freiburg, Bern, Basel, Zürich nach St. Gallen und Chur (vgl. auch Rumley et al. 2000). Die Reisezeiten zwischen den

Zentren beträgt kaum je länger als eine Stunde, es gibt starke wirtschaftlichen und gesellschaftliche Interaktionen zwischen den Städten, und es zeichnet sich eine funktionale Spezialisierung ab.

Flückiger und Koll-Schretzenmayer (2000) betonen die Kombination eines polyzentrischen Städtetetzes im Sinne einer PUR und einer klaren hierarchischen Struktur von grösseren und kleineren Zentren, im Sinne der Theorie der zentralen Orte nach Christaller (1933), und sprechen deshalb von einem polyzentrischen und polyhierarchischen Städtetetz. Auf einer grösseren Massstabsebene integriert sich das mittelländische Städteband der Schweiz in die hochurbanisierte kerneuropäische Region nach Brunet (1989), der so genannten «blauen Banane», die sich von Südengland über Holland, Belgien, das Rhein-Rhur-Gebiet bis zu den grossen Industriestädten in Norditalien erstreckt.

Die Grössenhierarchie und die funktionale Verflechtung der Städte mit ihren Umlandgemeinden verweist auf die Existenz von vier grösseren Metropolitanregionen innerhalb des Städtetetzes auf der West-Ost-Achse. In der Westschweiz erstreckt sich die Region Lémanique rund um den Genfersee mit den Agglomerationen von Genf, Lausanne, Montreux/Vevay und Yverdon sowie drei angrenzenden Regionen auf französischem Boden. Die Metropolitanregion Zürich, bestehend aus der Kernagglomeration von Zürich und einem knappen Dutzend Nebenagglomerationen, dominiert die Ostschweiz. Die Metropolitanregion Basel-Lörrach-St.Louis umfasst die Agglomerationen der Stadt Basel, die deutschen Agglomerationen Bad-Säckingen und Mühlheim-Othmarsheim und die französische Agglomeration Mulhouse. Der Metropolitanraum Bern liegt im Zentrum des Dreiecks der drei grösseren Metropolitanräume und besteht aus den Agglomerationen von Bern, Thun, Lyss, Burgdorf, Fribourg und Biel/Bienne (vgl. Schuler et al. 2005).

Von den grossen Agglomerationen sind gemäss Bundesamt für Raumplanung (1996) Basel, Genf und Zürich von internationaler Bedeutung. Gemäss Beaverstock et al. (1999) rangieren aufgrund der Verflechtung im Bereich Finanzdienstleistungen Zürich als Beta- und Genf als Gamma-City unter den 55 Global Cities.

Thierstein et al. (2003) verwenden eine etwas andere Definition der Metropolitanregionen als das Bundesamt für Statistik. Sie betrachten neben den Pendlerbeziehungen auch ökonomische Cluster und Wertschöpfungsketten in den Advanced Producer Services und den High-Tech-Bereichen. Aufgrund ihrer Analyse betrachten sie die Metropolitanregionen Zürich und Basel inklusive der Agglomerationen von Luzern, St Gallen und Chur als eine Mega-City-Region bzw. als eine Europäische Metropolitanregion (EMR) gemäss Blotevogel (2001).

Internationale Bedeutung	Genève				Basel		Zürich			
Nationale Bedeutung	Lausanne			Bern		Luzern	Winterthur		St.Gallen	Chur
mittlere Grösse & regionale Bedeutung	Vevey	Chaux-de-Fonds Neuchâtel Sion	Fribourg	Biel Thun	Olten Solothurn	Aarau	Baden Zug	Schaffhausen		
klein & regionale Bedeutung	Yverdon	Monthey Martigny Sierre	Bulle Brig	Lyss Burgdorf Interlaken	Grenchen Delémont	Wohlen Lenzburg Stans Schwyz	Lachen Rapperswil Wetzikon	Frauenfeld Kreuzlingen	Wil Arbon Amriswil Heerbrugg	Buchs St.Moritz

Westen ←————→ Osten

Abbildung 5: Schema des Schweizer Städtensetzes in seiner räumlichen Anordnung auf der West-Ost-Achse (eigene Darstellung nach Rumley et al. 2000)

In Abbildung 5 sind die Eigenheiten des polyhierarchischen Schweizer Städtensetzes grafisch dargestellt. In der Horizontalen ist die geografische Abfolge der linearen Geometrie des Städtensetzes von West nach Ost abgebildet. Die Vertikale bildet die Städtehierarchie nach Grösse und Bedeutung der Agglomeration ab. In fetten Lettern ist die Zugehörigkeit der Agglomeration zu einer Metropolitanregion angezeigt. Die Region «Ticino Urbano» mit den Städten Lugano, Bellinzona, Locarno, Mendrisio, Chiasso und Como wird in der schweizerischen Statistik auch als Metropolitanregion geführt, sie kann jedoch nicht als Teil des Ost-West-Städtensetzes gelten.

2.3.2.2 Funktionale Differenzierung

Die Ausbildung des schweizerischen polyzentrischen Städtensetzes wirkt sich auf das gesamte Siedlungsgefüge und auf allen Massstabsebenen aus. Es betrifft nicht nur die urbanen Zonen des Landes, sondern auch die ländlichen Regionen, die von der Urbanisierung nicht unbeeinflusst bleiben, und es tangiert auch die Stadtzentren. Die Ausdehnung der Agglomerationen und ihr Zusammenwachsen zu Metropolitanregionen führen zu veränderten Bedingungen für die räumliche Strukturierung der urbanen Zonen. Die Metropolitanregionen entmischen sich in funktional- und in sozialräumlicher Hinsicht. Die neue räumliche Organisation erfolgt nach den klassischen Prinzipien der innerstädtischen Quartierbildung aufgrund von Spezialisierung und residencieller Segregation. Zur Präzisierung der funktionalen Ausdifferenzierung sind einige Prozesse hervorzuheben, die von besonderer Bedeutung sind:

Erstens findet eine *Konzentration der Wirtschaftskraft auf die Metropolitanregionen* statt. Die wirtschaftlichen Aktivitäten und die wertschöpfungs-intensiven Wirt-

schaftszweige konzentrieren sich vermehrt auf die Metropolitanräume (Dümmler et al. 2004), innerhalb derer und zwischen denen die Verflechtungen zunehmen. An der Peripherie, d.h. in den klassischen geografischen Randregionen in den Alpen und im Jura, sowie den Zonen zwischen den grossen Agglomerationen gehen die Beschäftigtenzahlen und die Wertschöpfung eher zurück (Bundesamt für Statistik 2002; Frick et al. 2004: 70). Betrachtet man die Wertschöpfungsintensität der Arbeitsstätten, so zeigt sich ein deutlicher Konzentrationsprozess auf die Grossagglomerationen und genauer auf deren Kernbereiche (Dümmler et al. 2004). Mit anderen Worten, die Ausbildung der polyhierarchischen und polyzentrischen Netzstadt führt zu einer Verstärkung der wirtschaftlichen Hierarchie zwischen den grossen Zentren, ihrem Umland und der Peripherie.

Zweitens findet eine *regionale Spezialisierung nach Daseinsgrundfunktionen innerhalb der Metropolitanregionen* statt. Das fordistische Städtesystem der Industriemoderne basierte nach dem Modell von Christaller (1933) auf unterschiedlichen Zentralitäten der Dienstleistungen, Güter und Arbeitsstätten, die an einem Ort angeboten wurden. Innerhalb der heutigen Metropolitanräume findet dagegen eine funktionale Spezialisierung statt. Es bilden sich Zentren der distributiven Dienste mit mehreren Shoppingzentren. Wie Pierre Dessemontet (1999) zeigt, bildeten sich auch ausserhalb der Schweizer Grosstädte Edge Cities, in denen sich Arbeitsplätzen im tertiären und im sekundären Sektor konzentrieren. Daneben gibt es innerhalb der Metropolitanregionen auch eigentliche Wohnquartiere, die aus mehreren Gemeinden mit geringen Beschäftigtenzahlen bestehen.

Drittens zeichnet sich ein *Funktionswandel der Kleinstädte* ab. Die Kleinstädte wurden von der Metropolisierung in unterschiedlicher Art und Weise erfasst. Kleinstädte in den Metropolitanregionen haben eine Funktion innerhalb des grossräumigen Quartiegefüges eingenommen. Entweder sind sie Nebenzentren für die Versorgung oder Arbeitsplatzzentren (Edge Cities) geworden (z.B. Dietikon, Kloten, Wetzikon), oder sie haben ihre Zentrumsfunktion eingebüsst und sich zu Wohngemeinden entwickelt (Wädenswil, Emmen, Uster). Dabei konnten einige vom industriellen Erbe profitieren und sich als mittelständische Wohnquartiere mit einer mittleren Urbanität etablieren (z.B. Uster, Wädenswil). Für andere Kleinstädte stellt die industrielle Vergangenheit eher eine Last dar, und sie entwickelten sich zu Vorstädten der Unterschicht (Rüti, Emmen, Zuchwil). Kleinstädte ausserhalb der Metropolitanräume, die ihre Funktion als Regionalzentren noch innehaben, sind besonders von der Provinzialisierung betroffen (z.B. Wattwil, Payerne, Moutier). Sie leiden an Einwohnerrückgang und

Verlust der Steuerungs- und Leitungsfunktionen, die mehr und mehr in die grösseren Zentren abgezogen werden (vgl. Windisch 2004).

Als vierter Punkt ist schliesslich die *Deindustrialisierung der Grossstädte* zu nennen. Wie es für OECD-Länder typisch ist, hat auch in der Schweiz in den vergangenen 30 Jahren eine dramatische Deindustrialisierung stattgefunden (Odermatt/Wachter 2004: 98–105). Der Beschäftigtenanteil im 2. Sektor schrumpfte von rund 60% Mitte der 1960er Jahre auf rund 30% im Jahre 2001 (Bundesamt für Statistik 2002).²² Mit dieser Entwicklung hinkte die Schweiz den anderen europäischen Industrieländern rund zehn Jahre hinterher, wo sich die Anzeichen des Untergangs der fordistischen Industriegesellschaft bereits viel früher bemerkbar gemacht hatte.²³ Die Deindustrialisierung hat in der Schweiz vor allem in den Grossstädten stattgefunden. In den Nebenagglomerationen der Metropolitanregionen konnte sich der Industriesektor häufig erhalten und zu einem innovativen High-Tech-Sektor erneuern (Dümmeler et al. 2004). An der Peripherie ist der Industriesektor nach wie vor bedeutend. Mit der Deindustrialisierung der Grossstädte wurden die oft sehr zentral gelegenen Industrieareale frei und für andere Nutzungen (Wohnen, Dienstleistungen, Bildung, Konsum) geöffnet.

2.3.2.3 Entkopplung von Arbeiten und Wohnen

Die wesentliche Triebkraft für die grossräumige Quartierbildung in den Metropolitanregionen ist die gesteigerte Mobilität. Die Mobilität ermöglicht dem Individuum erst die Erweiterung des individuellen Aktionskreises und damit die grossräumige Organisation seines Alltags. Diese wiederum ist die Voraussetzung, dass auch eine grossräumige Entmischung von Wohnen und Arbeiten sowie der weiteren Daseinsgrundfunktionen stattfinden kann. Selbstverständlich hat nicht nur die Mobilität bezüglich Arbeitsweg zugenommen, sondern auch die Freizeitmobilität und die Mobilität zu Versorgungszwecken. Diese Verrichtungen sind ebenso wichtig für die räumliche Organisation des Alltags wie die Arbeitsmobilität. Weil sie nur in geringer Zahl erhoben werden, konzentrieren wir uns hier jedoch auf die Angaben zum Arbeitsweg aus den eidgenössischen Volkszählungen.

²² Die Prozentanteile variieren leicht, je nachdem ob die Anzahl beschäftigter Personen (28.2%) oder die Vollzeitäquivalente (31.2%) als Berechnungsgrundlage verwendet werden (Bundesamt für Statistik 2002).

²³ Für diese Verzögerung des Strukturwandels in der Schweiz werden verschiedene Gründe ins Feld geführt: Erstens, die noch aus der Nachkriegszeit stammende «Überindustrialisierung» der Schweiz, zweitens die vergleichsweise tiefe Bewertung des Schweizer Frankens im bis 1973 gültigen internationalen System fester Wechselkurse, drittens die Migrationspolitik, die die Zuwanderung billiger Arbeitskräfte ermöglichte und dadurch Struktur erhaltend wirkte und schliesslich die liberale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von der die Industrie profitiert hatte (vgl. Odermatt/Wachter 2004: 102).

Die Befunde der Analyse der Volkszählungen von 1970 bis 2000 sprechen bezüglich der Steigerung der Mobilität eine deutliche Sprache. Sowohl die Mobilitätsbereitschaft als auch die technischen Voraussetzungen der Mobilität haben sich markant gesteigert. Die Anzahl der Schweizerinnen und Schweizer, die von ihrem Wohnort zum Arbeitsort die Gemeindegrenze überschreiten, hat sich seit 1970 verdoppelt.²⁴ Dabei legen sie bei gleich bleibender Pendelzeit wie 1980 rund 50% grössere Distanzen zurück (Frick et al. 2004). Diese Zahlen deuten auf ein «Schrumpfen der Schweiz» hin. Ein zweiter wichtiger Befund der Pendleranalyse ist die Veränderung der Pendelmuster. Diese hängt direkt mit der funktionalen Spezialisierung der Metropolitanregionen und der vermehrten Auslagerung von Arbeitsplätzen in den suburbanen Raum zusammen. Während noch 1980 die radialen Pendelbewegungen vom Wohnort im suburbanen Raum zum Arbeitsort in der Zentrumsgemeinde dominierten, haben sich die Pendelrichtungen bis zum Jahr 2000 stark diversifiziert. Besonders zugenommen haben die tangentialen Pendelbewegungen von suburbanen Wohngemeinden zu suburbanen Arbeitsplatzgemeinden und die Fernbeziehungen von Grosszentrum zu Grosszentrum oder von Agglomeration zu Agglomeration (vgl. Frick et al. 2004: 79–88).

2.3.2.4 Sozialräumliche Organisation der Metropolitanregionen

Die Veränderung der Pendlermuster zeigt die fortgeschrittene räumliche Entkopplung der Sphären von Wohnen und Arbeiten. Innerhalb der Metropolitanregionen sind Arbeitsplätze und Wohnstandorte zu Ubiquitäten geworden. Es ist problemlos möglich, in der einen Ecke des Metropolitanraumes zu wohnen und in der anderen zu arbeiten. Es sind damit innerhalb der Metropolitanregionen Bedingungen für die sozialräumliche Strukturierung entstanden wie sie früher nur für die Kernstädte selber typisch waren. Die Entkoppelung von der funktionalräumlichen von der residentiellen Struktur wirkt sich in mehrfacher Hinsicht auf die sozialräumliche Organisation der Metropolitanregionen aus.

Erstens entwickelt sich die Sozialstruktur an einem Ort unabhängig von seiner Wirtschaftsstruktur. Während sich vor rund 40 Jahren die Wirtschaftsstruktur an einem Ort noch weitgehend in seiner Bevölkerungszusammensetzung spiegelte, ist diese Korrelation unter spätmodernen Bedingungen nicht mehr gegeben. Die Präsenz von modernen Bürogebäuden mit hoch bezahlten Arbeitsplätzen bedeutet keineswegs, dass auch die Wohnbevölkerung dort arbeitet. Im Gegenteil ist es sehr häufig der Fall,

²⁴ Die Anzahl der Erwerbstätigen ist im gleichen Zeitraum um rund 25% gestiegen, diejenigen der Pendler insgesamt (= Interkommunale und Binnenpendler) ist um 41% gewachsen (Frick et al. 2004: 47).

dass grosse soziale Unterschiede zwischen der Arbeitsbevölkerung und der Wohnbevölkerung an einem Ort herrschen.

Zweitens erfolgt innerhalb der Metropolitanregionen eine grossräumige Quartierbildung nach städtischen Prinzipien, d.h. mit einer starken sozialen Segregation der Wohnbevölkerung und einer funktionalen Spezialisierung der Quartiere. In den Metropolitanregionen bilden sich demnach grössere Arbeitsplatzregionen mit einer hohen Arbeitsplatzdichte und eigentliche Wohnquartiere mit einer sehr geringen Arbeitsplatzdichte aus, die jeweils mehrere Gemeinden umfassen. Zudem verstärkt sich die soziale Segregation der Metropolitanregionen, und es bilden sich grössere Oberschichts- und Unterschichtsquartiere.

Drittens verändert die Entkopplung von Wohnen und Arbeiten auch die Mechanismen der residentiellen Segregation. Wenn der Arbeitsplatz ubiquitär wird, spielt die Nähe zum Arbeitsort auch eine viel geringere Rolle für die Wohnstandortentscheidung innerhalb der Metropolitanregion. Andere Faktoren der Standortpräferenz, die den persönlichen Werten und Lebensstilen entsprechen wie beispielsweise die physische und soziale Wohnumgebung oder die private und öffentliche Alltagsinfrastruktur an einem Ort, werden wichtiger. Dementsprechend wird die Segregation nach Lebensstilen wichtiger.

2.4 Entwurf einer Sozialraumanalyse der Schweiz

Aus den bisherigen theoretischen Ausführungen geht hervor, dass sich in der Schweiz verschiedene Prozesse der Verstädterung zeigen, wie wir sie im Allgemeinen und bezüglich der Konsequenzen auf die sozialräumliche Strukturierung beschrieben haben. Im Rahmen unserer empirischen Analyse geht es darum diese sozialräumlichen Umschichtungsprozesse zu identifizieren und zu beschreiben sowie deren Konsequenzen auf die politischen Mentalitäten und das politische Verhalten herauszuarbeiten. Zur Messung der sozialräumlichen Dynamik braucht es deshalb ein Instrument, das die relevanten Umschichtungsprozesse abbildet. Mit anderen Worten, es braucht eine Sozialraumanalyse für die ganze Schweiz. Die Anforderungen an ein solches Instrument sind verschiedener Natur:

1. *Abdeckung der gesamten Schweiz:* Wenn man sich die Schweiz als Städtetz denkt, so ist eine Beschränkung der Analyse auf eine einzelne Stadt, eine einzelne Agglomeration oder eine einzelne Grossregion wenig sinnvoll. Die Sozialraumanalyse soll sich auf alle Regionen der Schweiz beziehen.
2. *Sozialhistorische Adäquanz:* Die Sozialraumanalyse soll die relevanten Dimensionen der innerstädtischen Strukturierung in der Spätmoderne abbilden. Diese sind neben dem sozialen Status vor allem die Differenzierung nach Lebensformen.
3. *Multiskalare Funktionalität:* Die Sozialraumanalyse soll sowohl kleinräumige wie auch grossräumige Umschichtungsprozesse abbilden. Die Umschichtungsprozesse in der urbanisierten Schweiz finden auf sehr unterschiedlichen Massstabsebenen statt. Zum einen gibt es eher kleinräumige Umschichtungen wie Gentrifizierungsprozesse oder Edge-City-Bildung, zum anderen aber auch sehr grossräumige Konzentrationsprozesse in den Metropolitanregionen. Schliesslich gibt es auch unterschiedliche Entwicklungen in Städten und Metropolitanregionen aufgrund unterschiedlicher Spezialisierung oder unterschiedlicher Position in der Städtehierarchie. Die multiskalare Funktionalität der Sozialraumanalyse muss demnach so weit gehen, dass innerstädtische Verschiebungen im Quartiergefüge genauso abgebildet werden können wie Strukturvergleiche zwischen Grossregionen oder Metropolitanregionen.

4. *Vergleichende Perspektive:* Die Sozialraumanalyse soll einen Vergleich der Umschichtungsprozesse in den verschiedenen Metropolitanregionen der Schweiz zulassen. Es muss durch Vergleich zwischen den Metropolitanregionen entschieden werden können, ob es sich bei gewissen Umschichtungsprozessen um generelle Phänomene oder um partikuläre handelt. Im Vergleich wollen wir aber auch bestimmen können, ob sich der sprachkulturelle Kontext, die wirtschaftsgeographische Orientierung eines Metropolitanraumes oder seine Positionierung im globalen Städtenetz auf sein interne sozialräumliche Organisation auswirkt.
5. *Temporale Perspektive:* Die Sozialraumanalyse soll die Veränderung der Sozialraumstruktur aufzeigen können. Damit wir die verschiedenen Umschichtungsprozesse identifizieren können, müssen wir die Aufwertungs- und Abwertungsprozesse in räumlich differenzierter Form analysieren können. Hierzu brauchen wir eine Sozialraumanalyse, die zwischen zwei Zeitpunkten vergleichbare Daten liefert.

Diese fünf Punkte stellen verschiedene Anforderungen in methodischer Hinsicht, die im Kapitel zur Methodik 3.7 genauer erläutert werden.

2.5 Geografie des politischen Verhaltens

Werte, Einstellungen und Mentalitäten zeigen sich überall dort, wo etwas interpretiert, beurteilt oder evaluiert werden muss. Politische Mentalitäten zeigen sich deshalb besonders gut, wenn politische Projekte, Parteiprogramme oder politische Ideen beurteilt werden müssen, sie manifestieren sich also im politischen Verhalten der Stimmbürger bei Wahlen und bei Sachabstimmungen.²⁵ Im Zusammenhang mit Fragen zu regionalen politischen Mentalitäten ist es notwendig, den Bezug des politischen Verhaltens zum Raum und zum Regionalen zu klären. Dabei soll im Hinblick auf die empirische Analyse ein spezieller Fokus auf das Abstimmungsverhalten gelegt werden.

In einem ersten Abschnitt dieses Überblickskapitels wird auf die aktuelle Diskussion in der politischen Geografie über die Bedeutung des räumlichen Kontextes für das politische Verhalten eingegangen. Danach erfolgt ein Wechsel der disziplinären Seite. Ausgehend von den in der politikwissenschaftlichen Literatur gängigen Erklärungsmodellen des politischen Verhaltens wird ein Konzept des Raumbezugs des politischen Verhaltens entwickelt. Der dritte Teil beschäftigt sich mit den verschiedenen Strömungen der schweizerischen Abstimmungsforschung und deren Bedeutung für diese Arbeit.

2.5.1 Kontext und politisches Verhalten

«Geography matters!»²⁶ ist eine beliebte Schlussfolgerung von Geografinnen und Geografen, sie kommt auch zum Zuge, wenn es darum geht, räumliche Unterschiede des politischen Verhaltens zu beschreiben. Geografen gehen dabei anders vor als Politikwissenschaftler. Sie bevorzugen Erklärungsansätze, die «den Raum» bzw. so genannte Kontextvariablen nicht nur als Kontrollvariablen mitberücksichtigen, sondern auch als eigenständige Erklärung gelten lassen (vgl. Cox 1969; Taylor/Johnston 1979; Agnew 1987). Diese Relevanz «des Raumes» und des räumlichen Kontextes wird von Vertretern der Politikwissenschaften bezweifelt oder zumindest für marginal betrachtet (vgl. King 1996).

²⁵ In den Politikwissenschaften wird die Beteiligung (Partizipation) an Wahlen und Abstimmungen, die Meinungsbildungsprozesse sowie die Art des Wahlentscheides unter dem Oberbegriff «politisches Verhalten» subsumiert (vgl. Hardmeier 1995).

²⁶ Der konklusive Ausspruch «Geography matters» erscheint in den Titeln von Fachartikeln aus den unterschiedlichsten Teildisziplinen des Faches Geographie. Er wird häufig verwendet, in Schriften zur zur Promotion von Geografischen Informationssystemen oder zur Propagierung des geografischen Denkens in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Schule (z.B. De Blij 2005; McDougall 2003; ESRI 2002). Schliesslich lautet auch der Titel eines Newsletters der britischen Geographical Association «Geography Matters!» (<http://www.geography.org.uk>).

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was heisst eigentlich Kontext? Ist Kontext, wie Gelman King (1996) es formuliert, bloss eine Residualgrösse neben den relevanten ökonomischen oder sozialen Faktoren, die das politische Verhalten beeinflussen; oder ist Kontext im Sinne von Agnew (1996) als eine spezifische Konstellation von globalen und lokalen Faktoren an einem Ort zu begreifen, die spezifische Verhaltensmuster erzeugt? Der Kontextbegriff ist in der Geografie des politischen Verhaltens von zentraler Bedeutung, aber er ist auch sehr schwierig fassbar.

2.5.1.1 Der geografische Kontext als Mediator zwischen Globalem und Lokalem

John Agnew (1996: 140) vermisst einen differenzierten Begriff von Kontext in politikwissenschaftlichen Studien. Er stellt eine Dichotomie von zwei unterschiedlichen Bedeutungen fest, die je nur einen Teilaspekt dessen abdecken, was Kontext bedeuten kann: Entweder bedeute Kontext soviel wie Nachbarschaftseffekt (z.B. Cox 1969; Butler/Strokes 1969) und beziehe sich auf lokale mikrosoziologische Phänomene von Gruppenbildung, individuellen Aktivitäten in Netzwerken usw.²⁷ oder aber Kontext beziehe sich auf die gesammelten Eigenschaften, die auf ein gesamtes Territorium wie einen Nationalstaat oder eine Provinz zutreffen. Beide Begriffe von Kontext seien ungenügend. Im Falle des Nachbarschaftseffektes würde Kontext auf das Lokale und Gemeinschaftliche reduziert. Im Falle von Kontext als «die gesammelten Eigenschaften eines Territoriums» würde dem Raum die Funktion eines neutralen Rasters (Agnew 1996: 130) bzw. eines «Behälter-Raumes» (Läpple 1991: 185f.) zugewiesen, der von seinem gesellschaftlichen «Inhalt» vollständig entkoppelt ist.

Nach Agnews Ansicht werden beide Begriffe der Bedeutung von Kontext nicht gerecht. Mit seinem eigenen Entwurf einer Theoretisierung von Kontext des politischen Verhaltens durchbricht er diese in den Sozialwissenschaften gängige Dichotomie des Verständnisses von Kontext. Er sieht den geografischen Kontext vielmehr als Mediator zwischen der Makro- und der Mikroebene und schreibt dazu:

²⁷ In seinem viel beachteten Essay «The voting decision in a spatial context» entwarf Kevin Cox (1969) ein konzeptionelles Modell des Wahlentscheides mit Berücksichtigung von räumlichen Konstellationen wie Lage und Distanzen. Cox bezog sich dabei vor allem auf die mikrosoziologischen Erklärungsansätze des politischen Verhaltens nach Katz/Laszarsfeld (1955), Campbell et al. (1976 [1954]) oder Putnam (1966), welche politische Einstellungen als über Netzwerke und Meinungsführer sozial vermittelt betrachteten. Ein räumlicher Nachbarschaftseffekt wurde von den erwähnten Politikwissenschaftlern aufgrund von Korrelationen zwischen sozialen Variablen und Parteienstärken auf Wahlkreisebene unterstellt; eine Annahme, die sich durch soziale Netzwerkanalysen (Loomis 1947) stützen liess. Cox (1969: 105) bezeichnet diese Konzeptionen von Nachbarschaftseffekt denn auch konsequenterweise als non-spatial, weil sie nicht eindeutig belegen konnten, dass die räumliche Nähe des Wohnortes tatsächlich einen Einfluss auf das Wahlverhalten hat. Spätere Arbeiten, die auf dem Konzept des räumlichen Kontextes von Cox aufbauen, isolierten den Nachbarschaftseffekt analytisch und konnten ihn so nachweisen (z.B. Miller 1978; Johnston et al. 2004).

«Context refers to the hierarchical (and non-hierarchical) «funneling» of stimuli across geographical scales or levels to produce effects on politics and political behavior. These effects can be thought of as coming together in places where micro (localized) and macro (wide-ranging) processes of social structuration are jointly mediated. As a result, politics can be mapped not simply as the geographical outcome of non-spatial processes of political choice, but as a spatialized process of political influence and choice» (Agnew 1996: 132).

Nach Agnew ist der Kontext also eine spezifische Konstellation der einwirkenden Faktoren an einem Ort (context-as-place). Kontext ist als die Verschränkung und Vermittlung von weit reichenden, *globalen* Prozessen mit *lokalen* und spezifischen Gegebenheiten an einem Ort zu begreifen. An einem konkreten Ort (place) wirkt sich die globale Ökonomie aus, an einem Ort (place) werden staatliche Institutionen und die Gesellschaft vermittelt (Agnew 1987). Nach Agnew (1996: 132f.) wird der geografische Kontext des politischen Verhaltens durch sechs Dimensionen strukturiert:

1. *Soziale Arbeitsteilung*: Die Arbeitsteilung tritt in räumlich unterschiedlicher Form auf und transferiert den Rhythmus der Weltwirtschaft in distinkten Dosen auf verschiedene Regionen. Aus der sozialen Arbeitsteilung erfolgt eine räumliche Ungleichverteilung von Investitionen, Fertigkeiten, Kapital und Märkten. So ergeben sich auch ökonomische Hierarchien zwischen den Regionen. Die einen Regionen sind abhängig von Kapitalzuflüssen von ausserhalb, andere Regionen sind Kapitalgeber, gewisse Regionen sind Hauptquartiere von Grosskonzernen und andere sind spezialisiert auf bestimmte Produktionsweisen. Dieser räumliche Niederschlag der sozialen Arbeitsteilung hat spezifische Effekte auf die Sozialstruktur von bestimmten Regionen und auf den Charakter der lokalen Politik.
2. *Kommunikation*: Transportsysteme, Telekommunikationsnetze und Informationsflüsse formen räumliche Muster von relativer Zugänglichkeit (*accessibility*) und Isolation. Jeder Ort erhält dadurch eine Position innerhalb der Hierarchie des weiteren Kommunikationsnetzes. Die Kommunikationsnetzwerke verlaufen hierarchisch über die Siedlungssysteme, sind aber scharf begrenzt durch Sprachgrenzen, Landesgrenzen oder soziale Grenzen. Die relative Präsenz bzw. Absenz von Zugängen zum Kommunikationsnetzwerk beeinflusst den Kontext des politischen Verhaltens durch die Begrenzung bzw. Begünstigung der Interaktionen.
3. *Regionale Hierarchie*: Jeder Ort ist eingebettet in einen Territorialstaat und jeder Staat stellt ein Gefüge aus verschiedenen Orten und Regionen dar. Innerhalb dieses Gefüges besteht eine Spannung zwischen dem einzelnen Ort bzw. der einzelnen Region und dem Zentralstaat. Besonders bei grossen ökonomischen und politischen

Disparitäten zwischen den Regionen eines Landes entsteht ein beachtliches Konfliktpotenzial über die geografische Umverteilung von Einkommen und Wohlstand. Dieses Konfliktpotenzial verschärft sich noch, wenn mächtige Interessengruppen und/oder politische Parteien eine spezifische lokale oder regionale Bindung und Verankerung haben.

4. *Gesellschaftliche Cleavages*: Unterschiede und Gegensätze auf der Basis von Klasse, Ethnie oder Geschlecht werden im politischen Diskurs instrumentalisiert und dienen zur Verankerung von verschiedenen politischen Ideologien. Cleavages haben aber auch eine nationale und regionale Geschichte. Die relativen Bedeutungen, die den verschiedenen gesellschaftlichen Teilungen zugeschrieben werden, variieren von Ort zu Ort entsprechend der Regionalisierung von wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Hierarchien, von lokalen kulturellen Formen sowie der Geschichte der lokalen Erfahrungen in Bezug auf gesellschaftliche Teilungen und ihre Politisierung.
5. *Regionalismus und regionale Parteienlandschaften*: Politische Organisationen und Bewegungen formulieren in ihren Programmen nicht nur politische Positionen im Bezug auf die sozialen gesellschaftlichen Teilungen, sondern auch im Bezug zu Regionen, Lokalitäten oder andern geografischen Ebenen. Einerseits entstehen daraus regional unterschiedliche Perzeptionen von politischen Parteien. Andererseits politisieren Parteien in unterschiedlichen Regionen und auf verschiedenen föderalen Ebenen aber auch unterschiedlich.
6. *Mikroregionales Alltagshandeln*: Im Alltag formieren sich auf einer mikrosoziologischen Ebene mehr oder weniger lokale spezifische Interaktionsmuster, Netzwerke und soziale Gruppen. Diese Interaktionen führen zum sogenannten «neighbourhood-effect» und haben eine Annäherung der politischen Positionen durch Diskussionen, aber auch einer Selektion der Wahrnehmung von sozialen und politischen Problemen zur Folge. Schliesslich hat die mikro-geografische Organisation des Alltags auch einen Effekt auf das territoriale Zugehörigkeitsgefühl und die territoriale Identität.

Die von Agnew genannten sechs Dimensionen von Kontext stehen nicht in einer direkten Hierarchie zu einander im Sinne eines föderalistischen Staatsaufbaus. Ihre Hierarchie ist also keineswegs so zu verstehen, dass die soziale Arbeitsteilung nur die Politik auf nationaler Ebene betrifft und das mikroregionale Handeln nur die lokale Politik. Vielmehr müssen sie als sechs unterschiedliche thematische Dimensionen mit je eigener Regionalisierung und geografischer Ausdehnung, mit je eigener Entstehungsgeschichte und mit je eigenen Mechanismen des Wandels verstanden werden. Politische Aktivitäten an einem spezifischen Ort werden strukturiert durch die Interessen, Einflüsse und Identitäten, die

durch das Zusammenspiel aller sechs Dimensionen an diesem Ort zu einer spezifischen Mischung kanalisiert werden (Agnew 1996).

In diesem Sinne hat der Kontext des politischen Verhaltens immer eine lokale und eine globale Komponente. Wenn sich beispielsweise die globale Wirtschaftsgeografie verändert, hat das unterschiedliche Konsequenzen an verschiedenen Orten. Es verändert sich womöglich die Sozialstruktur und die ökonomische Hierarchien zwischen Regionen, was sich wiederum auf das Wahlverhalten und die Mehrheitsverhältnisse auswirkt. Wenn sich die Zusammensetzung der Nachbarschaft verändert, dann verändert sich auch die Perzeption der Auswirkungen der globalen Verhältnisse. Dies kann an einem einfachen Beispiel veranschaulicht werden: Der globale Strukturwandel hat einerseits negative Folgen wie Entlassungen, Arbeitslosigkeit und Anstieg der Zahl von Fürsorgeempfängern. Andererseits gibt es auch Schichten, die davon profitieren, denen der Strukturwandel neue Perspektiven bietet. Nehmen wir an, in einem Stadtquartier setzt ein Gentrifizierungsprozess ein. Die ärmeren Schichten, die eher im negativen Sinne vom Strukturwandel betroffen sind, werden durch eine wohlhabende urbane Mittelschicht verdrängt. Von den verbliebenen Einwohnern werden die Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels aufgrund dieser Änderung der sozialen Zusammensetzung der Nachbarschaft als weniger gravierend und als Bedrohung erlebt, sondern sie nehmen vor allem die sich bietenden Chancen und Möglichkeiten des Wandels wahr. Diese Perzeption des Strukturwandels wirkt sich dann auf die Beurteilung der politischen Massnahmen zur Anpassung an den Strukturwandel aus und damit auch auf das Wahlverhalten.

2.5.1.2 Kontexteffekte des Wahlverhaltens

Die Politik ist territorialisiert. Nicht nur die Wirkung von Gesetzen, Regierungserlassen und der Staatsmacht ist nach dem Territorialitätsprinzip organisiert, sondern auch die politische Repräsentation und die Wahl dieser Repräsentanten. Wahlen und Volksabstimmungen werden in erdräumlichen klar abgegrenzten Distrikten, den Wahlkreisen, abgehalten und auch nach diesen ausgezählt. Aufgrund der Territorialität des Wahlsystems sticht die räumliche Variation der Wahlergebnisse ins Auge und ist ein häufig untersuchter Forschungsgegenstand.²⁸

²⁸ Die Territorialität des Wahlsystems ermöglicht die feinregionale Analyse des politischen Verhaltens, führt aber auch zu methodischen Problemen, wie dem «ökologischen Fehlschluss» und dem «Modifiable Areal Unit Problem» (MAUP) (vgl. Kap. 2.6.1.4). Weiter hat die territoriale Organisation des Wahlsystems auch Konsequenzen für den Ausgang der Wahl selber, denn Wahlergebnisse hängen von der Grenzziehung der Wahlkreise ab (Tufte 1973), was von den politischen Akteuren ausgenutzt wird. So wird durch geschickte, zum Teil parteipolitisch motivierte Modifikation der Wahlkreiseinteilung die Umsetzung von Wählerstimmen zu Parlamentssitzen verändert (vgl. Erikson 1972; Gelman/King 1994; Monmornier 2001; Johnston 2002). Zum anderen optimieren Parteien ihre Wahlkampfstrategien aufgrund der Geografie des Wahlsystems (vgl. Pattie et al. 1995; Johnston et al. 2002).

Die klassischen politologischen Aggregatdatenanalysen erklären die räumliche Variation der Wahlergebnisse aufgrund der räumlichen Variation von Anteilen sozioökonomischer, ethnischer oder kultureller Merkmale. Es sind also allein nicht-räumliche Erklärungsfaktoren, die zur Erklärung des Wahlausganges bei gezogen werden. Die geografische Kontextforschung dagegen versucht die Auswirkungen von spezifischen räumlichen Konstellationen auf die Determinanten des Wahlverhaltens einerseits und auf das Wahlverhalten andererseits.

Eine besonders ausgeprägte Forschungstradition über die Einflüsse von geografischen Kontextfaktoren auf das Wahlverhalten gibt es in Grossbritannien. Dies ist auf den ersten Blick erstaunlich, da die politische Kultur Britanniens in der vergleichenden Politikwissenschaft als «pure class pattern of voting» (Alford 1963), d.h. als vom Klassengegensatz dominiert bezeichnet wird (vgl. auch Lijphart 1971; Pulzer 1967). Auf den zweiten Blick erstaunt die Vorreiterrolle der Briten aber weniger, denn gerade die Dominanz des Klassen-Cleavage und die faktische Absenz von religiösen, linguistischen und anderen Cleavages vereinfachen die Isolation und Messbarkeit von Kontexteffekten.²⁹

Miller (1978) stellte fest, dass die räumliche Variation der Wahlergebnisse in Grossbritannien grösser ist als die durch soziale Faktoren erklärbare Variation. Curtice und Steed (1982) zeigten, dass in den 1960er Jahren eine Zunahme der interregionalen Variation der Wahlergebnisse einsetzte. Verschiedene Autoren führten diese Zunahme auf die Abschwächung des Klassen-Cleavages, das sogenannte «class-dealignment» zurück (Särilwick/Crewe 1983; Weakliem 1989; Sanders 1997). Curtice und Steed (1982) erklärten diese Zunahme mit vier Hauptgründen: *erstens* mit den regional unterschiedlichen Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung als Konsequenz des ökonomischen Strukturwandels; *zweitens* mit der selektiven Migration zwischen den Regionen; *drittens* mit räumlichen Unterschieden im ökonomischen und sozialen Wohlbefinden, dem so genannten «feel-good-factor» (Sanders et al. 1987), und *viertens* mit der verstärkten Unterstützung von Minderheitsparteien, den Liberaldemokraten einerseits und den nationalistischen Parteien in Wales und Schottland andererseits.

Die ersten beiden Gründe nach Curtice und Steed (1982) können nicht als eigentliche Kontexteffekte angesehen werden, denn selbst wenn sich die Sozialstruktur an einem Ort verändert, sind die Wahlergebnisse nach wie vor mit nicht-räumlichen Faktoren

²⁹ Ungefähr gleichzeitig mit der Debatte über die Zunahme der Bedeutung von Kontexteffekten hat in Grossbritannien auch eine Debatte über die Abnahme des Klassen-Cleavages eingesetzt (Särilvik/Crewe 1983; Crewe/Denver 1985; Heath et al. 1985), die auch in den 1990er Jahren noch anhielt (Sanders 1997; Evans 1999).

erklärbar. Anders verhält es sich mit den Gründen drei und vier. Der «feel-good-factor» hat gemäss Taylor (1982) eine nicht zu unterschätzende regionale Komponente. Zwar wirken die ökonomischen Kräfte global und werden auf nationaler Ebene reguliert, konkret erfahren werden sie aber auf lokaler und regionaler Ebene. Dementsprechend würden Wähler die nationale Regierung nicht (nur) an der Performance der nationalen Ökonomie messen, sondern auch für den Zustand der regionalen Ökonomie verantwortlich machen. Mehrere Studien konnten empirisch nachweisen, dass die Bewertung der ökonomischen Performance der Regierung und der feel-good-factor im interregionalen Vergleich erheblich schwanken und dass sich diese Variation im Wahlverhalten niederschlägt (Pattie/Johnston 1996; 1998; Johnston/Pattie 1997; Brooks/Pryby 1999; Tunstall et al. 2000).

Als Kontexteffekt des Wahlverhaltens muss auch die Existenz bzw. Nichtexistenz von Regionalparteien angesehen werden. Solche Effekte konnten von Cox (1970) für Wales und von Agnew (1987) für Wales und Schottland nachgewiesen werden. Aber auch für andere Länder wie Italien (Agnew 1995) oder Spanien (Medrano 1995) kann gezeigt werden, dass die Existenz von Regionalparteien Auswirkungen auf das ideologische Profil wie auch auf die Struktur der Wählerbasis der nationalen Parteien in den Provinzen hat.

Johnston und Pattie (1998) untersuchten die verschiedenen Aspekte von Kontexteffekten nach (Curtice/Steed 1982) und konnten nachweisen, dass sich im Laufe der 1990er Jahre in Grossbritannien eine regionale Sichtweise der Politik etabliert hat und sich tief sitzende kulturelle Unterschiede zwischen dem Norden von England und dem Süden im Wahlverhalten manifestieren. Sie konnten zeigen, dass sich Personen mit denselben sozialen Merkmalen in ihrem Wahlverhalten beträchtlich unterscheiden können, je nachdem, ob sie im Norden oder im Süden leben.

2.5.1.3 Nachbarschaftseffekte

In den Überlegungen von Agnew (1996) zum Kontext des politischen Verhaltens spielen die Nachbarschaftseffekte eher eine marginale Rolle. Dennoch werden die Auswirkungen des räumlichen Umfeldes auf das politische Verhalten intensiv erforscht. Ein Effekt der Nachbarschaft auf das politische Verhalten liegt gemäss Johnston et al. (2004: 368) dann vor, wenn Personen mit übereinstimmenden, für das Wahlverhalten relevanten Merkmalen (gleiche soziale Position, gleiche Herkunft, gleiches Einkommen, gleiche berufliche Perspektive etc.), die in unterschiedlichen Nachbarschaften wohnen, auch ein unterschiedliches Wahlverhalten zeigen. Mit Nachbarschaften ist die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in der Umgebung des Wohnortes gemeint. Cox (1969) und später auch Brooks und Pryby (1991) gehen

von verschiedenen Prozessen aus, die zur Angleichung des Wahlverhaltens aufgrund des Nachbarschaftseffektes führen (Johnston et al. 2004: 369):

1. *Soziale Interaktionen*: «Those who talk together, vote together» Gespräche und Diskussionen im Alltag über Politik mit Freunden, Arbeitskollegen und Nachbarn führen zu einer Angleichung der Meinungen. Die Bedeutung der sozialen Beziehungen, der Netzwerke und der alltäglichen Kommunikation ist mehrfach empirisch nachgewiesen worden (z.B. Huckfeldt/Sprague 1995; Baybeck/ Huckfeldt 2002). Eine direkte Verbindung der Gespräche und der Netzwerke zum räumlichen Umfeld konnte jedoch nicht nachgewiesen werden (Pattie/Johnston 2000).
2. *Selektive Auswahl der Nachbarschaft*: «people who vote together, live together». Die soziale Zusammensetzung der Nachbarschaft ist ein wesentlicher Faktor bei der Wohnstandortwahl. Das einzelne Individuum sucht sich eine Wohnumgebung von Gleichgesinnten. Dadurch finden sich Gleichgesinnte in denselben Nachbarschaften wieder, die ein ähnliches Wahlverhalten zeigen (Johnston et al. 2001).
3. *Anpassungs- und Konformitätsdruck*: «people who live together, act alike». Individuen passen sich den lokalen Normen an und verhalten sich konform mit der Mehrheit der Nachbarschaft.
4. *Gemeinsame Interessen*: «what people see in their neighbourhood, leads them to vote for a party that will promote their interests». Individuen an einem Ort erfahren die Auswirkungen der Politik ähnlich. Daraus ergeben sich auch ähnliche politische Präferenzen für diejenigen Parteien, welche die Interessen der Nachbarschaft am besten vertreten (Denver et al. 1998; Denver/Halfacree 1998; Johnston et al. 2000a; 2000b).
5. *Parteilpolitische Mobilisierung in der Nachbarschaft*: «people who live together, respond together to party campaigns». Infolge der Territorialisierung der Politik, sind die Personen in einer Nachbarschaft derselben politischen Propaganda ausgesetzt. Die Parteien setzen ihre Werbe- und Propagandaressourcen regional sehr unterschiedlich ein (vgl. Pattie et al. 1995).

Wenn man diese Nachbarschaftseffekte nach Brooks und Prisby (1991) und Johnston et al. (2004) näher betrachtet, fallen die Ähnlichkeiten zu den soziologischen Milieustudien von Lazarsfeld et al. (1968 [1944]) aus den 1930er und 1940er Jahren auf. Auch Lazarsfeld argumentiert aus seiner mikrosoziologischen Perspektive mit der Abgleichung der politischen Meinungen durch Interaktionen, die in einem bestimmten sozialen Milieu stattfinden. Der Unterschied besteht bei den Nachbarschaftsstudien einzig darin, dass das Milieu räumlich gekammert ist. Da Lazarsfeld seine empirischen Studien auf der Basis von Gemeindesurveys durchführte, war die räumliche Kammerung dieser Milieus gegeben und wurde gar nicht weiter thematisiert.

Wie die empirischen Ergebnisse der Untersuchungen zu den Kontexteffekten des politischen Verhaltens zeigen, hat das politische Verhalten durchaus einen Raumbezug; nicht nur das soziale Milieu spielt eine Rolle, sondern auch der geografische Kontext.

Im ersten Abschnitt dieses Kapitels wurde ausgehend von der Auseinandersetzung des Geografen Agnew (1996) und des Politologen King (1996) auf die Bedeutung von Kontext und die Relevanz des geografischen Kontextes für das politische Verhalten eingegangen. Weiter wurde mit einem besonderen Fokus auf Grossbritannien, wo die geografische Kontextforschung sehr lebendig und produktiv ist, die Forschung über Kontexteffekte des Wahlverhaltens dargelegt. Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels über Geografie des politischen Verhaltens gehen wir auf die drei in den Politikwissenschaften gebräuchlichen Erklärungsansätze zu den Determinanten des politischen Verhaltens ein. Diese sind nicht räumlich – was Agnew (1996) als Mangel betrachtet und von seinem Kritiker King (1996) als Notwendigkeit angesehen wird. Die oben erwähnte Ähnlichkeit der Konzeptualisierung von Nachbarschaftseffekten in der politischen Geografie mit dem mikrosoziologischen Erklärungsansatz des politischen Verhaltens von Lazarsfeld zeigt jedoch, dass zumindest implizit ein Raumbezug des politischen Verhaltens besteht. Ein wesentliches Ziel unserer Überlegungen im nächsten Abschnitt ist deshalb die Klärung der Art des Raumbezugs der Determinanten des politischen Verhaltens.

2.5.1.4 Exkurs: Wie es begann – Das regionale politische Milieu bei Siegfried

Wenn man sich auf alte Meister und Klassiker einer Disziplin bezieht, so tut man das üblicherweise zu Beginn der Abhandlung über den Forschungsstand und zeigt dabei die verschiedenen Stränge auf, die sich aus dem klassischen Ansatz herausentwickelt haben. Hier soll es etwas anders gehalten werden: zum einen, weil André Siegfried, der Klassiker der Wahlgeografie, vielerorts seit langem in Vergessenheit geraten ist und keinen direkten Einfluss auf die gegenwärtige elektorale Geografie hat. Zum

anderen scheint es sinnvoller, den aktuellen, sehr heterogenen interdisziplinären Diskurs zu Kontext und politischem Verhalten in Einzelportionen darzulegen.

Es soll hier jedoch nicht unterlassen werden, die Arbeit des Franzosen André Siegfried, dem Pionier der Wahlgeografie, darzustellen, denn auch bei der Beschäftigung mit Siegfried geht es einem ähnlich wie mit anderen (vergessenen) Klassikern der Sozialwissenschaften: Man sitzt nach der Lektüre fasziniert vor dem Werk und staunt über die Klarheit der Analyse und die Zeitlosigkeit der Erkenntnisse.

André Siegfried analysierte in seinem umfassenden, im Jahre 1913 erschienenen Werk «Tableau politique de la France de l'Ouest sous la troisième République» akribisch mit Hilfe von kartografischen Vergleichen die feinen räumlichen Muster der Wahlergebnisse in den nord- und westfranzösischen Provinzen bei den Wahlen zur Nationalversammlung der Jahre 1871 bis 1911. Seine Untersuchung brachte für die damalige Zeit Erstaunliches hervor. Siegfried zeigte, dass sich die regionalen Hochburgen der verschiedenen politischen Lager als sehr persistent erwiesen, obwohl sich die Parteienlandschaft im Laufe der untersuchten 40 Jahren sehr stark gewandelt hatte. Siegfried begnügte sich aber nicht nur mit der Kartografie von Wahlergebnissen, sondern suchte nach Korrelationen mit sozialen, kulturellen, ökonomischen und auch naturräumlichen Bedingungen, die er als relevante Faktoren betrachtete für die Ausbildung von räumlich gekammerten Milieus, in denen ein spezifisches politisches Verhalten dominiert.

Aus der Feststellung, dass die regionalen Parteihochburgen vor allem in den ländlichen Gebieten eine grosse Deckungsgleichheit mit den physischen Gegebenheiten des Landes wie Geologie, Topografie, Bodenbeschaffenheit und Vegetation aufweisen, resultierte eine lückenlose kausale Argumentationskette zur Erklärung dieser Zusammenhänge.

Obwohl Siegfrieds Arbeit später immer wieder der Vorwurf des Geodeterminismus angehängt wurde, argumentierte er im Grunde genommen stringent soziologisch. Ausschlaggebend für die Ausbildung einer politischen Mentalität in einer Region sind die herrschenden sozialen Verhältnisse, die sich aus den Produktions- und Besitzverhältnissen ergeben.³⁰ Die Grundbesitzordnung (*régime foncière*) wiederum ist historisch gewachsen aus der Art und Weise der Bewirtschaftung des Landes, die ihrerseits stark von den naturräumlichen Voraussetzungen abhängt. Die naturräumlichen Gegebenheiten führen also *mittelbar* zu spezifischen Produktions- und Besitz-

³⁰ Siegfried zeigte, dass in Regionen, die von Grossgrundbesitz geprägt sind, ein hierarchisch strukturierteres und damit konservativeres d.h. royalistisch gesinntes Milieu herrscht als in kleinbäuerlich strukturierten Regionen, wo ein eher egalitärer Geist herrscht und die sich durchwegs als republikanische oder bonapartistische Hochburgen erwiesen (vgl. Siegfried 1913: 372–382).

verhältnissen, welche wiederum die soziale Ordnung und damit die politische Mentalität in einer Region entscheidend beeinflussen.

Siegfried war sich sehr wohl bewusst, dass diese Kausalkette nur für landwirtschaftlich geprägte Gebiete Gültigkeit haben kann, während das politische Milieu in Städten und Agglomeration durch andere Gesetzmässigkeiten strukturiert wird. Ebenso erkannte er die Überlagerung der sozioökonomischen Faktoren der Mentalitätsbildung von Grundbesitz und sozialer Ordnung durch kulturelle Faktoren wie etwa den «Klerikalismus».³¹

«Le fait pour une population d'être simplement religieuse n'est pas à lui seul de nature à peser essentiellement sur son orientation politique; ce qui est essentiel, c'est de savoir si elle admet du prêtre ou subit de lui une direction politique, en un mot si elle est cléricale. Dans ce cas, presque tout autre facteur s'efface devant celui-ci: indépendamment de tout régime de propriété, de toute condition géographique ou économique, il faudra classer à part, en politique, les régions qui acceptent ou subissent ce genre d'influence» (Siegfried 1913: 363).

Siegfrieds Leistung liegt u. E. weniger in der Erstellung der erwähnten Kausalkette zwischen physischer Geografie und der Geografie des Politischen, sondern vielmehr in der von ihm erstellten Systematik von regionalen politischen Milieus. Er erkannte die Bedeutung des geografischen Milieus, das heisst die räumliche Begrenztheit des sozialen Umfeldes für die Ausbildung von politischen Mentalitäten, und machte ebendieses geografische Milieu und die damit verbundene «regionale Mentalität» zum Forschungsgegenstand. «De même qu'il y a des tempéraments individuels, il y a des tempéraments provinciaux et des tempéraments nationaux» (Siegfried 1913: 365). Es liegt wohl auch in der Natur der vergleichenden Perspektive und der «nicht-mathematischen» kartografischen Methode, dass Siegfried nicht in einen Reduktionismus verfiel und die «personalité politique» als durch einen einzigen universalen Faktor determiniert erachtete, sondern die regionalen Mentalitäten als Produkte des Zusammenspiels verschiedener Faktoren betrachtete; sozialökonomischen wie kulturellen, naturräumlichen wie auch historisch bedingten. Diese wechselseitigen Einflüsse brachten die Einsicht, dass äquivalente sozioökonomische Bedingungen in verschiedenen regionalen Kontexten zur Ausbildung unterschiedlicher zum Teil divergenten Mentalitäten führen.

³¹ Siegfried unterscheidet Klerikalismus von Katholizismus, weil im überwiegend katholischen Frankreich der religiöse Cleavage nicht durch einen konfessionellen Gegensatz, sondern durch den Gegensatz zwischen Klerikalen und Laizisten bestimmt wird.

2.5.2 Determinanten des politischen Verhaltens

Die Erklärung und Modellierung des politischen Verhaltens der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an der Urne ist ein bedeutender Zweig der politikwissenschaftlichen Forschung. Es geht in erster Linie darum, die Gründe für ein bestimmtes Wahl- oder Abstimmungsverhalten zu entdecken. Anders als die im letzten Abschnitt behandelte wahlgeografische Forschung spielt der räumliche Kontext in den politikwissenschaftlichen Erklärungsmodellen eine untergeordnete Rolle bzw. wird als störend angesehen. Die interregionale Varianz der Wahl- oder Abstimmungsergebnisse wird mit nicht-räumlichen Variablen weitgehend erklärt, die tiefer liegenden Gründe für ihr Zustandekommen bleiben jedoch meistens implizit oder gar unbeachtet. Im Sinne einer Theoretisierung einer Geografie des politischen Verhaltens soll in diesem Kapitel verstärkt auf den Raumbezug der politikwissenschaftlichen Erklärungsansätze eingegangen werden.

Im Zusammenhang mit einem Abstimmungs- oder Wahlakt werden zwei Entscheide unterschieden. Der erste Entscheid bezieht sich auf die Beteiligung am Urnengang als solche, der zweite Entscheid bezieht sich auf den Inhalt der Stimmabgabe. Mit dem ersten Entscheid befasst sich die *Partizipationsforschung*. Es wird nach den Faktoren und Motivationen gefragt, die ein Individuum veranlassen, sich überhaupt an einer Wahl oder an einer Abstimmung zu beteiligen oder eben dem Urnengang fernzubleiben. Gemäss Linder (1999: 70) ist der zweite, der inhaltliche Entscheid für oder gegen eine Partei, einen Kandidaten oder eine Sachvorlage die eigentliche Hauptfrage der Forschung zum politischen Verhalten. Es wird nach den relevanten Einflussgrößen gesucht, welche die Bürgerinnen und Bürger dazu bewegen, die Partei X oder die Partei Y zu wählen beziehungsweise bei einer Volksabstimmung ein Ja oder ein Nein in die Urne zu legen.

Zur Erklärung des politischen Verhaltens der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gibt es in der politikwissenschaftlichen Literatur drei konkurrierende theoretische Ansätze, die allesamt sowohl auf internationaler Ebene (Dennis 1991; Falter et al. 1990; Harrop/Miller 1987) als auch in der Schweiz (vgl. Seitz 1997) empirische Evidenzen zeigen. Ursprünglich wurden die Erklärungsansätze für die Partizipationsforschung entwickelt (Hardmeier 1995), sie werden aber auch zur Erklärung des Wahlentscheides (vgl. z.B. Kriesi et al. 1998; Sciarini et al. 2003) und des Abstimmungsentscheides (vgl. Linder 1999: 289f.) erfolgreich angewandt.

In den folgenden Abschnitten werden zunächst die drei Erklärungsmodelle des Wahl- und Abstimmungsverhaltens vorgestellt. Danach wird in einem zweiten Schritt zwischen zwei Formen räumlich bedingter Effekte unterschieden, die zu einer interregio-

nen Varianz des politischen Verhaltens führen: der *segregationsbedingte* Effekte und der *regionsbezogene* Effekte. Schliesslich werden in einem synthetischen Schritt jede der drei Determinanten bzw. Komponenten des politischen Verhaltens auf die beiden räumlichen Faktoren umgelegt.

2.5.2.1 Sozialstruktureller Erklärungsansatz

«A person thinks politically as he is socially. Social characteristics determine political preference» (Lazarsfeld et al. 1968 [1944]: 27). So lautet die griffige Formel, mit der Paul Lazarsfeld den Zusammenhang zwischen dem politischen Verhalten eines Individuums und seiner sozialen Herkunft beschrieb. Das sozialstrukturelle Erklärungsmodell verwendet als idealtypische Modellkonstruktion des Wählers den *homo sociologicus*. Es rückt die Lebensbedingungen, soziale Rollen und das soziale Umfeld des Individuums ins Zentrum, die als bestimmend für das politische Denken und Handeln eines Individuums betrachtet werden.

Die mikrosoziologische Argumentationslinie von Lazarsfeld et al. (1968 [1944]) basiert auf der Teilung der Gesellschaft in verschiedene soziale Milieus. Das soziale Milieu gilt einerseits als *Sozialisationskontext*, in dem Werte und Normen aktiv oder aber auch nur passiv vermittelt werden; zweitens bildet das soziale Milieu den *Handlungskontext des Individuums*, also jene Sphäre, in der sich das Leben eines Individuums abspielt, in der es seine Alltagserfahrungen macht und so seine Weltsicht und -interpretation entwickelt, und drittens ist das Milieu auch eine *Interaktionssphäre*, in der das Individuum seine sozialen Beziehungen knüpft und pflegt.

Weil die Ähnlichkeit des sozialen Milieus zu Ähnlichkeiten der Alltagserfahrungen und Kommunikationsmöglichkeiten führt, resultieren daraus milieuspezifische Werthaltungen und politische Einstellungen. Demzufolge wirkt die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder einem sozialen Milieu als Determinante des politischen Verhaltens. Als die wichtigsten Faktoren der sozialstrukturellen Prädisposition erachteten Lazarsfeld et al. (1968 [1944]) den sozioökonomischen Status, die Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit und den Wohnort, die in einen «*Index of Political Predispositions*» einfließen.

In Anlehnung an die Theorie der sozialen Kreise von Georg Simmel (1989 [1890]), die davon ausgeht, dass die Individuen gleichzeitig mehreren sozialen Kreisen angehören, die sich gegenseitig mehr oder weniger stark überschneiden, erachteten Lazarsfeld et al. (1968 [1944]) den Grad der politischen Prädisposition eines Individuum als von der Homogenität des Umfeldes abhängig. Demnach ist die Prägung des Individuums durch sein soziales Umfeld umso stärker und nachhaltiger, je homogener und abgegrenzter das Milieu ist. Wenn sich ein Individuum in verschiedenen Milieus

bewegt, in denen je unterschiedliche Einstellungen dominieren, dann befindet es sich in einer «*Cross-Pressure-Situation*». In solchen Fällen ist die Prägung durch das Milieu geringer.

Einen makro-soziologischen Erklärungszusammenhang für das sozialstrukturell determinierte Wahlverhalten formulierten Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967) auf der Basis der Systemtheorie von Talcott Parsons (1951). Sie gehen von innergesellschaftlichen Konfliktlinien – sogenannten *Cleavages* – zwischen sozialen Gruppen (Klassen, Konfessions- oder Religionsgruppen, ethnischen Minderheiten, industriellem und primärem Sektor, Zentren und Peripherie) aus. *Cleavages* basieren gemäss Lipset und Rokkan (1967) entweder auf aktuellen Interessenkonflikten zwischen den sozialen Grossgruppen oder aber auf historischen Interessenkonflikten, die in institutionalisierter Form in nationalen Parteiensystemen persistieren.

In der *Partizipationsforschung* ist vor allem der mikrosoziologische Ansatz relevant und dient der Untersuchung, welche Bevölkerungsschichten überproportional an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und welche nur wenig in die demokratischen Prozesse integriert, oder gar faktisch davon ausgeschlossen sind (z.B. Huckfeldt 1979; Straits 1990). Bei der Forschung über den *Wahlentscheid* steht die Verbindung der sozioökonomischen Merkmale der Wähler und Wählerinnen mit der Präferenz für eine bestimmte Partei im Zentrum (z.B. Pattie/Johnston 2000). Bei der Forschung zu *Meinungsbildungsprozessen* interessiert, welche Bevölkerungsgruppen durch die Propaganda des Wahlkampfes in welcher Art und Weise beeinflusst werden und wie die Meinungen von sogenannten «*opinion leaders*» in die sozialen Milieus diffundieren (z.B. Katz/Lazarsfeld 1955; Knoke 1990; Huckfeldt/Sprague 1995).

Auf der makrosoziologischen Erklärungsebene besteht ein wesentlicher Bestandteil der Forschung darin, Wahlresultate in Regressionsmodellen mit sozioökonomischen Merkmalen des Elektorates zu erklären. Dabei kommen meist Aggregatdatenanalysen zum Einsatz, bei denen die Anteile bestimmter sozialstruktureller Merkmale in den Wahlkreisen mit den Wahl- oder Abstimmungsergebnissen korreliert werden.

Seit rund 20 Jahren ist eine Debatte über die Auflösung und den Fortbestand der traditionellen *Cleavages* im Gange (Dalton et al. 1984). Die einen sprechen von *Dealignment* (z.B. Franklin 1992; Evans 1999), d.h. einer generellen Auflösung und einer fortschreitenden Individualisierung der Politik. Andere Autoren dagegen sprechen von einem *Realignment*, d.h. einer Veränderung der *Cleavages* bzw. der Erscheinung neuer *Cleavages* (Kitschelt 1994; 1995; Kriesi 1998).

Der sozialstrukturelle Erklärungsansatz lässt sich nicht nur auf das Wahlverhalten anwenden, sondern erweist sich auch bei der Erklärung des Abstimmungsverhaltens

(Partizipation und Abstimmungsentscheid) als erklärungskräftiges Modell. Wie im Kapitel 2.6 weiter ausgeführt wird, ist der Ansatz auch in der schweizerischen Abstimmungsforschung mehrfach angewandt worden.

2.5.2.2 Politökonomischer Erklärungsansatz

Der grundlegende Gedanke von Anthony Downs (1957) war es, das Modell des *homo oeconomicus* auf das politische Verhalten von Staatsbürgerinnen und -bürger anzuwenden. Er ging davon aus, dass ein rational kalkulierendes Individuum nicht nur als Konsument von Verbrauchsgütern ökonomisch handelt, sondern auch als Wahlberechtigter sorgfältig Kosten und Nutzen abwägt und seine Entscheidung schliesslich von der Höhe des zu erwartenden individuellen Nutzens abhängig macht. Der Ansatz fand als individualistische Alternative zum sozialstrukturellen Ansatz Eingang in die Politikwissenschaften und wurde weiterentwickelt (Riker/Ordenshook 1968; 1973; Ferejohn/Fiorina 1974). Gemäss Zuckermann (2005) hatte der politökonomische Ansatz vor allem in den 1980er und 1990er Jahren grosse Konjunktur. Inzwischen habe sich das Blatt aber wieder gewendet und es sei ein «return of the social logic of politics» festzustellen» (Zuckermann 2005: 16).

Downs (1957) unterschied sehr klar zwischen dem Partizipationsentscheid und dem Wahlentscheid. Als Kosten der Partizipation an Wahlen werden primär die Aufwendungen zur Informationsbeschaffung genannt und sekundär die Aufwendungen für den eigentlichen Wahlakt. Auf der Nutzenseite unterschied Downs (1957) zwei Kriterien, aufgrund derer das Individuum seinen Entscheid abwägt: erstens das Parteien- bzw. Kandidatendifferential und zweitens die Wahrscheinlichkeit, dass man als Medianwähler wirkt, d.h. dass die eigene abgegebene Stimme für das Wahlergebnis Ausschlag gebend ist.

Das *Parteiendifferential* bezeichnet den erwarteten Nutzenunterschied zwischen zwei zur Auswahl stehenden Alternativen. Es wirkt sich sowohl auf den Partizipationsentscheid als auch auf den inhaltlichen Entscheid aus. Wenn kein Nutzenunterschied zwischen den beiden Alternativen besteht, dann ist die Teilnahmebereitschaft gering und die inhaltliche Entscheidung für das Eine oder das Andere sehr labil. Ist der Nutzenunterschied jedoch hoch, so steigt die Teilnahmebereitschaft, und die Entscheidungsfindung ist einfach.

Die *Wahrscheinlichkeit als Medianwähler* zu wirken, ist umso grösser je knapper der erwartete Wahlausgang ist. Bei grösseren Wahlkreisen ist diese Wahrscheinlichkeit jedoch derart klein, dass im Grunde genommen der erwartete Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Kosten der Wahlteilnahme steht. Nach politökonomischer Lesart ist daher jegliche Wahlteilnahme irrational und die Stimmabstinenz ist

eigentlich die rationale Entscheidung. Dass trotzdem die Mehrheit aller Bürgerinnen und Bürger an Wahlen teilnehmen und sich somit gewissermassen irrational verhalten, wird als «paradox of not voting» bezeichnet (Ferejohn/Fiorina 1974).

Der politökonomische Ansatz wurde zwar für die Partizipation bei Wahlen entwickelt, lässt sich aber auch auf Abstimmungen übertragen (vgl. Kapitel 3.2 Abstimmungsforschung in der Schweiz).³² Bei Volksabstimmungen geht es um Sachfragen, von denen die Bürger und Bürgerinnen in mehr oder weniger direkter Weise betroffen sind. Die Teilnahmebereitschaft bei einer Abstimmung hängt daher auch vom Grad der Betroffenheit ab. So ist meine Motivation, an die Urne zu gehen, grösser, wenn von einer Vorlage eine Änderung meiner Lebenssituation zu erwarten ist, als wenn es um eine Sachfrage geht, die mich in keinerlei Weise betrifft. Die Betroffenheit und der erwartete Nutzen bzw. Schaden einer Sachvorlage variieren sehr stark zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, weil die Lebensbedingungen und auch die materiellen Interessen verschiedener Gruppen in der Regel sehr unterschiedlich tangiert werden. So sind beispielsweise Bauern viel stärker von Tierschutzbestimmungen betroffen als Industriearbeiter oder Bankangestellte, weil sie von einer Verschärfung der Gesetze erhöhte Kosten ihrer Produktion erwarten. Deshalb stimmen sie gegen eine Verschärfung. Wohnungseigentümer treten aus Kosten-Nutzen-Überlegungen für ein liberales Mietrecht ein, und ebenfalls aus rationalem Kalkül stimmt, wer sich von Arbeitslosigkeit bedroht sieht, gegen eine Reduktion der Leistungen der Arbeitslosenversicherung.

Verschiedene Autoren haben das Rational-Choice-Verhalten bei Abstimmungen in der Schweiz untersucht. Einen Überblick über die Ansätze und die empirischen Befunde zur Partizipation bei Volksabstimmungen geben Kirchgässner und Schulz (2005), eine kritische Auseinandersetzung mit dem Rational-Choice-Modell zur Erklärung des Abstimmungsentscheides findet sich bei Vatter und Nabholz (1995), bei Vatter (1994; 1995), bei Buri und Schneider (1993) oder bei Seitz (1997).

³² In der Literatur besteht ein Konsens, dass die Komponente des Rational-Choice-Verhaltens bei Sachabstimmungen tendenziell grösser ist als bei Wahlen von Parteien oder Personen, weil aus der gestellten Frage über eine Gesetzes- oder Verfassungsänderung der zu erwartende Nutzen oder Schaden unmittelbar und einfacher kalkulierbar ist (vgl. Seitz 1997: 342). Der Soziologe Rainer Geissler (1973: 83) ist der Ansicht, dass bei Sachabstimmungen geradezu ein Zwang zur Rationalität besteht, die Entscheidungsfindung jedoch gerne an Meinungsführer und Massenmedien delegiert werde. «Bei Wahlen spielen Parteien und Kandidaten als Orientierungspunkte eine wichtige Rolle. Ausserdem lässt sich rationales Wahlverhalten durch traditionales Wahlverhalten ersetzen. Bei Sachabstimmungen entfallen diese Möglichkeiten, einem rationalen Entscheid auszuweichen, teilweise. Der Rekurs auf Meinungsführer – aber auch Massenmedien bietet sich dagegen geradezu an.»

2.5.2.3 Sozialpsychologischer Erklärungsansatz

Der sozialpsychologische Erklärungsansatz wurde von Angus Campbell et al. (1976 [1954]; 1960) als Reaktion auf das sozialstrukturelle Erklärungsmodell entwickelt. Darin werden zwar die Bedeutung der Milieuzugehörigkeit und die Relevanz des sozialen Kontextes für das politische Verhalten anerkannt, aber nicht als kausal betrachtet und deshalb nur zweitrangig behandelt (vgl. Zuckermann 2005).

Im Zentrum des Ansatzes von Campbell stehen die politischen Einstellungen und Werte als Determinanten des Wahlverhaltens. Als wichtigstes strukturierendes Element der politischen Einstellung wird die Identifikation mit einer Partei oder einer ideologischen Gruppierung angesehen. Diese Parteibindung besteht erstens aus der Identifikation mit dem Parteiprogramm und den darin enthaltenen Lösungsvorschlägen zu Sachfragen, zweitens aus der Identifikation mit den Kandidierenden und Parteieliten und drittens aus der Identifikation mit dem Erscheinungsbild einer Partei. Campbell und seine Koautoren sind der Ansicht, dass die politischen Einstellungen eines Individuums in einem Prozess der politischen Sozialisation erworben werden, und umso stabiler werden, je länger sie andauern.

Der sozialpsychologische Erklärungsansatz erhielt insbesondere in den USA eine hohe Aufmerksamkeit Ende der 1960er Jahre und zu Beginn der 1970er Jahre, als sich mit der politischen Reife der Babyboomer die ersten Auflösungserscheinungen der sozialen, politischen und ideologischen Ordnung der Nachkriegszeit bemerkbar machten (vgl. Stone 1981). Viele der so genannten Achtundsechziger entstammten zwar den bürgerlichen Milieus, vertraten aber die klassischen sozialpolitischen und pazifistisch-antiimperialistischen Anliegen der Linken. Gleichzeitig stießen sie sich aber auch an den hierarchischen Strukturen der geforderten Disziplin sowie an den eher kleinbürgerlich anmutenden moralisierenden Wertvorstellungen in den traditionellen Gewerkschaften und Linksparteien, weil dies ihrer emanzipatorischen und antiautoritären Mentalität zuwiderlief.

Ronald Inglehart (1971; 1977) sah diese Diskrepanz von Werthaltung, politischer Einstellung und sozialer Milieuzugehörigkeit sehr genau. In seinem 1977 erschienen Buch «The Silent Revolution» konkretisiert Inglehart die Sozialisationshypothese, in dem er die Wichtigkeit der ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen der politischen Sozialisation betont. Damit nahm Inglehart eine teilweise «Soziologisierung» des Erklärungsmodells von Campbell vor. Am Beispiel der postmaterialistischen Werte zeigte Inglehart (1977) auf, dass sich aufgrund ähnlicher Sozialisationsbedingungen eine Kohortenmentalität ausbildet, die sich zudem in verschiedenen Ländern in ganz ähnlicher Ausprägung beobachten lässt. Ingleharts Argumentations-

linie ist gradlinig und einfach nachvollziehbar: Die in den Nachkriegsjahren geborenen Alterskohorten kennen die materielle Not nicht, sondern sind in stetig wachsendem Wohlstand des Wirtschaftswunders aufgewachsen. Deshalb sind in dieser Generation die so genannten materialistischen Werte oder Überlebenswerte wie materieller Wohlstand, Sicherheit, Fleiss und Pflichtgefühl von geringerer Bedeutung als in der Generation ihrer Eltern, die während der Depression der 1930er Jahre unter sehr ungünstigen materiellen Verhältnissen aufwuchsen. Zuoberst in der Werthierarchie der Nachkriegsgeneration stehen anstelle der materialistischen Werte die postmaterialistischen Werte wie Partizipation, Selbsterfüllung, Emanzipation, Demokratie, Erholung. Spätere Forschungen Ingleharts (1977; 1998) belegten die Persistenz von einmal erworbenen Werten. Die älteren Kohorten behielten ihre materialistischen Werte mehrheitlich bei und vollzogen nur in geringem Masse eine Hinwendung zu den postmaterialistischen Werten, obwohl auch sie über Jahrzehnte im Wohlstand gelebt hatten.

Eine zweite Renaissance erlebt der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung des Wahlverhaltens in den neuen Demokratien Ostmitteleuropas. So werden beispielsweise die markanten Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland von vielen Autoren auf die unterschiedliche politische Sozialisation von Ost- und Westdeutschen während der 40-jährigen Teilung in eine westlich-kapitalistische und eine sozialistische Republik zurückgeführt (vgl. z.B. Falter et al. 2000; Fuchs/Rohrschneider 2001; Heckhausen 1994, Rattinger 1994).

Das sozialpsychologische Erklärungsmodell basiert wie das sozialstrukturelle auf Werthaltungen, die eine soziale Genese haben. Damit ist es soziologischer als der politökonomische Ansatz. Zugleich ist es aber auch individualistischer als der sozialstrukturelle Ansatz, weil der Zusammenhang zwischen sozialer Position und politischem Verhalten weniger deterministisch ist.

Der sozialpsychologische Erklärungsansatz wurde erfolgreich für die Abstimmungsforschung angepasst (vgl. Kapitel 2.6 Abstimmungsforschung in der Schweiz). Bereits Gruner und Hertig (1983) verwiesen auf die veränderte Einstellung der Babyboomer gegenüber dem Urnengang, welche die Teilnahme an Volksabstimmungen nicht mehr als *Bürgerpflicht* verstanden, sondern als *Bürgerrecht*, das auch die Freiheit zur Urnenabstinenz mit einschliesst.

2.5.2.4 Raumbezug des politischen Verhaltens

Die drei Erklärungsmodelle des politischen Verhaltens widersprechen sich in ihrer theoretischen Herleitung gänzlich oder zumindest teilweise. Alle drei Erklärungsmodelle zeigen jedoch empirische Evidenzen auf verschiedenen Ebenen (vgl. Kapitel

2.6). Es muss also davon ausgegangen werden, dass der Abstimmungsentscheid eines Individuums nicht bloss auf eine einzige Determinante zurückzuführen ist, sondern durch das Zusammenwirken von rationalem Kalkül, sozialstruktureller Prägung und sozio-kultureller Identität bestimmt wird. Deshalb ziehen wir hier den Begriff «Momente des politischen Verhaltens» dem etwas starken Begriff Determinante vor.

Verschiedene empirische Untersuchungen zeigen auch, dass die drei Momente je nach Politikbereich und Sachfragen unterschiedlich stark wirken. Bei Finanzvorlagen und bei konkreten Sachfragen mit mehr oder weniger eindeutig zuordenbaren Kostenfolgen und relativ kurzfristig zu erwartendem Nutzen dominieren die Rational-Choice-Momente (Vatter 1994, Vatter/Nabholz 1995), bei komplexeren und bei allgemeineren Vorlagen spielen die Werthaltungen eine wichtigere Rolle (Buri/Schneider 1993; Linder et al. 1991).

Während die Wirkungsweise der drei erwähnten Momente des politischen Verhaltens für das Abstimmungsverhalten in der Schweiz relativ häufig untersucht wird, gibt es nur wenige Untersuchungen zum Raumbezug der drei Erklärungsmodelle. Die regionalen Unterschiede in den Abstimmungsergebnissen werden in der Regel insofern berücksichtigt, als zwischen den Sprachregionen sowie zwischen Stadt und Land unterschieden wird. Implizit fliessen auch feiner aufgelöste regionale Unterschiede ein, weil die Analysen häufig auf räumlichen Aggregaten (Kantone, Bezirke oder Gemeinden) basieren. Analysen, die räumliche Kontexteffekte des politischen Verhaltens mit einbeziehen, werden in der Regel dem sozialstrukturellen Erklärungsansatz zugeordnet (vgl. Seitz 1997: 292–305). Damit wird suggeriert, dass Rational-Choice-Verhalten und politische Sozialisation raumlos und kontextunabhängig sind. Eine systematische Übertragung der theoretischen Ansätze auf den Raum fehlt und soll hier ansatzweise vorgenommen werden.

Für die systematische Einordnung des Raumbezugs der drei Erklärungsmomente für das politische Verhalten muss erst die Art des Raumbezugs geklärt werden. Dabei sind zwei verschiedene Effekte zu unterscheiden, die zur räumlichen Varianz des Abstimmungsverhaltens führen: die *segregationsbedingten Effekte* und die *regionsbezogenen Effekte*. Die Unterscheidung dieser beiden Formen ist von Bedeutung, weil dem Raum bzw. der regionalen Einteilung des Staates dabei eine grundsätzlich verschiedene Rolle zukommt. Zu den segregationsbedingten Effekten des politischen Verhaltens sind alle räumlichen Unterschiede der Wahl- und Abstimmungsergebnisse zu zählen, die unmittelbar aus der räumlichen Variation der Bevölkerungszusammensetzung entstehen. Die regionsbezogenen Unterschiede der Abstimmungsergebnisse betreffen nicht die Situation des Individuums selbst, sondern die Situation einer

Region. Diese Überlegungen zu den regionsbezogenen Effekten schliessen an André Siegfrieds Konzept der «*personalité politique*» einer Region an und dem Konzept der regionalen Identität nach Annsi Paasi (1986).

2.5.3 Segregationsbedingte Effekte

Die räumlich unterschiedliche Verteilung der Wohnbevölkerung nach ökonomischen, sozialen und kulturellen Merkmalen führt zu regionalen Unterschieden des politischen Verhaltens. Zusammenhänge zwischen der Bevölkerungsstruktur einer Gemeinde und ihrem Abstimmungsergebnis sind bei Sachabstimmungen zu allen Themenbereichen festzustellen. So ist in Oberschichtsgemeinden, wo viele Personen mit hohem Einkommen und dementsprechend hohen Steuerrechnungen wohnen, die Zustimmung zu Steuersenkungen besonders hoch, in Arbeitergemeinden ist die Zustimmung zum Ausbau des Sozialstaates und des Arbeitnehmerschutzes gross, und in ländlichen Regionen, wo grosse Teile der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, geniessen die Anliegen der Bauern hohe Zustimmung. Die Kausalität ist einfach nachzuvollziehen: Weil sich die Mengenverhältnisse der verschiedenen sozialen Aggregate von Ort zu Ort unterscheiden, variieren auch die Abstimmungsergebnisse in räumlicher Hinsicht.

Die segregationsbedingte räumliche Varianz der Abstimmungsergebnisse bildet also die disproportionale Verteilung der Bevölkerung nach den für den Abstimmungsergebnis relevanten Faktoren ab. Sie lässt sich durch diese nicht-räumlichen (sozialen, kulturellen, ökonomischen) Faktoren erklären. Der «Raum» hat dabei keinen Einfluss auf das Wahlverhalten, sondern dient als so genannter Container-Raum (Läpple 1991; Werlen 1995; Löw 2001). Die Regionen sind Behälter für einen Teil des Elektorates, die Gliederung der Wahlkreise hat den Charakter eines neutralen, rein organisatorisch bedingten Rasters für die statistische Analyse des Abstimmungsverhaltens (vgl. Agnew 1996).

2.5.3.1 Segregation der sozialen Milieus

Die Übertragung des sozialstrukturellen Erklärungsansatzes auf den Raum setzt bei der räumlichen Entmischung der Gesellschaft, bei Segregationsprozessen und deren Ursachen an. Wie Pierre Bourdieu (1991) pointiert formulierte, werden soziale Hierarchien in Form von Segregationsmustern auf den physischen Raum projiziert und bilden sich als räumliche Hierarchien von Provinzen, Gemeinden, und Wohnquartieren ab.

Auf einer grossmassstäblichen Ebene folgt die räumlich-soziale Entmischung der Bevölkerung den durch die Wirtschaftsstruktur bedingten regionalen Disparitäten.

Mit anderen Worten: Weil sich die soziale Arbeitsteilung in einer räumlichen Ungleichverteilung von Kapital, Investitionen, Fertigkeiten manifestiert, ergibt sich auch eine räumliche Ungleichverteilung von Arbeitsmöglichkeiten. Dementsprechend ungleich sind die Sozialstrukturen und die Anteile der sozialen Milieus in verschiedenen Regionen. Im ländlichen Raum beispielsweise dominieren die landwirtschaftlich-gewerblichen Berufe, während es dort nur sehr geringe Anteile von Personen in akademischen Berufen oder Berufen der kommerziellen und soziokulturellen Dienste gibt, deren Arbeitsstätten vornehmlich in den Ballungszentren sind.

Ein direkter Effekt dieser grossräumigen Entmischung aufgrund ökonomischer Disparitäten auf Wahlergebnisse sind regional unterschiedliche Wähleranteile der verschiedenen Parteien aufgrund der unterschiedlichen Anteile ihrer sozioökonomischen Basis. Ein indirekter Effekt ist die regional unterschiedliche Perzeption der sozialen Ungleichheit, denn die Wahrnehmung der eigenen Position in der sozialen Hierarchie hängt ab von der spezifischen Sozialstruktur der Umgebung. So werden die Einkommensunterschiede im urbanen Kontext, wo diese gross sind, auch eher als ungerecht empfunden als im ländlichen Raum, wo sie geringer sind. Entsprechend sind im ländlichen Raum die Selbsteinstufung in der sozialen Hierarchie und die Integration in ein sozialstrukturelles Milieu geringer.

Im kleineren Massstab wirkt sich die residentielle Segregation auf die räumliche Ungleichverteilung der sozialen Milieus aus.³³ In den durch Mobilität geformten urbanen Zonen bildet sich die soziale Differenzierung in einem räumlichen Muster ab. Dieses Segregationsmuster entsteht durch das Zusammenspiel von Ungleichheiten auf dem Wohnungsmarkt, räumlichen Unterschieden im Wohnungsangebot und divergierenden Standortansprüchen verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Die residentielle Entmischung führt dazu, dass sich die sozialen Milieus in verschiedenen sozialen Habitaten konzentrieren, die eine gewisse Deckungsgleichheit mit den Wahlkreisen aufweisen. Weil die Bürgerinnen und Bürger an ihrem Wohnort stimm- und wahlberechtigt sind, spiegelt sich in der räumlichen Varianz von Abstimmungs- und Wahlergebnissen der räumliche Niederschlag der Sozialstruktur. So lassen sich bei Wahlen innerhalb von Städten und Agglomerationen deutliche Hochburgen von Parteien ausmachen, die mit der sozialräumlichen Gliederung dieser Stadtregionen übereinstimmen. In den Arbeiterquartieren sind die Linksparteien stark und in den Wohnregionen der Oberschicht erzielen die bürgerlichen Parteien hohe Wähleranteile. Diese Korrelation von räumlich-sozialer Segregation und räumlichen Unterschie-

³³ Die Mechanismen der residentiellen Segregation werden im Kapitel 2.2 detaillierter beschrieben und ausgeführt.

den der Wahlergebnisse sind es letztendlich, die auf Aggregatsebene zur Korrelation zwischen sozialen Merkmalen und Wahl- oder Abstimmungsergebnissen führen.

2.5.3.2 Segregation von Kosten und Nutzen

Der Zusammenhang zwischen der Segregation der Wohnbevölkerung und dem Rational-Choice-Modell scheint auf den ersten Blick schwierig, geht doch das ökonomische Modell von einer reinen Kosten-Nutzen-Rationalität des Individuums aus, die sich allein auf objektive Grössen stützt. Auf den zweiten Blick zeigt sich aber, dass sich auch die materiellen Interessen und das Ausmass der Betroffenheit von politischen Entscheidungen disproportional über den Raum verteilen.

Politische Sachentscheide betreffen nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Masse und haben in der Regel Gewinner und Verlierer. Das heisst in ökonomischen Termini ausgedrückt: Nicht alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben dieselben Kostenfolgen bzw. denselben Nutzen von einer Gesetzes- oder Verfassungsänderung zu erwarten. Man muss also davon ausgehen, dass das Resultat der rationalen Abwägung von Kosten und Nutzen einer Sachvorlage je nach Grad und Art der Betroffenheit eines Individuums anders ausfällt. Der rationale Abstimmungsentscheid ist demnach abhängig von der Art der materiellen Interessen des Individuums im Zusammenhang mit der zu entscheidenden Sachfrage. Die Betroffenheiten und die materiellen Interessen sind aber genauso räumlich segregiert wie die verschiedenen sozialstrukturellen Merkmale

An einem Beispiel kann die räumliche Verteilung der divergierenden rationalen Entscheidung verdeutlicht werden. Von einer Verschärfung des Mieterschutzes sind Mieter und Hauseigentümer in unterschiedlicher Art und Weise betroffen. Für einen Mieter überwiegt der Nutzen der Vorlage. Für einen Vermieter dagegen hat die Verschärfung des Mietrechtes potenzielle Kostenfolgen. Für einen Vermieter ist es deshalb rational, ein Nein in die Urne zu legen, während für einen Mieter die Zustimmung zur Vorlage rational ist. Bei diesem hier beispielhaft dargelegten Konflikt zwischen gegenteiligen ökonomischen Interessen kommt die räumliche Komponente insofern ins Spiel, als die Anteile an Mietern und Wohneigentümer an der Wohnbevölkerung zwischen städtischen und ländlichen Regionen stark variiert (vgl. Schuler et al. 1997: 143).

Das hier dargestellte Beispiel demonstriert einerseits, dass bei politischen Sachfragen der objektive rational kalkulierte Abstimmungsentscheid eines Individuums je nach ökonomischer Interessenlage unterschiedlich ausfällt. Andererseits zeigt das Beispiel, dass die ökonomischen Interessen sehr stark segregiert sein können.

Die Segregation von Nutzen und Kostenfolgen zeigt sich vor allem bei Vorlagen, bei denen Gewinner und Verlierer mehr oder weniger eindeutig identifizierbar und ungleich über den Raum verteilt sind. Sehr deutlich sichtbar wird die räumlich ungleiche Verteilung von Interessen und Betroffenheiten bei Vorlagen, die einzelne Wirtschaftszweige besonders betreffen und damit Arbeitsplätze und Verdienste in bestimmten Regionen tangieren.

2.5.3.3 Segregation der Sozialisationsbedingungen

Im Zentrum des sozialpsychologischen Erklärungsmodells steht die politische Sozialisation, also der Erwerb einer politischen Einstellung und der Identifikation mit politischen Ideen und/oder politischen Organisationen. Die politische Sozialisation geschieht aufgrund von Erfahrungen im engeren Umfeld der Familie wie auch im weiteren Umfeld der alltäglichen Interaktionen. Diese Sozialisationsbedingungen unterscheiden sich sehr stark von Ort zu Ort. Auch diesbezüglich ist die Segregation nach sozialen Unterschieden der ausschlaggebende Faktor. So ist in den wirtschaftlich starken, dynamischen Regionen die Chance, im Wohlstand aufzuwachsen, viel grösser als in strukturschwachen Randregionen der Peripherie. Der Überfluss an ökonomischen Möglichkeiten in den Zentren der Volkswirtschaft befördert die Verdrängung von Ängsten um die materielle Sicherung der Zukunft und des Alters von der Prioritätenliste der Bedürfnisse. In strukturschwachen Regionen sind die ökonomischen Möglichkeiten und die Verdienste geringer. Damit ist auch die Chance im Wohlstand aufzuwachsen geringer. In einem Umfeld, wo die Abwanderung aus ökonomischen Gründen Tradition hat und noch immer anhält, sind Sorgen um die materielle Sicherheit allgegenwärtig und stehen an vorderster Stelle der Bedürfnishierarchie. Aus diesem Grund ist innerhalb der Industriestaaten ein starkes Gefälle zwischen zentralen Regionen mit einem hohen Verbreitungsgrad der postmaterialistischen Werte und peripheren Regionen mit einer Dominanz an materialistischen Werten festzustellen.

2.5.4 Regionsbezogene Effekte

Im Gegensatz zu den segregationsbedingten Effekten sind die regionsbezogenen Effekte des politischen Verhaltens nicht als eine direkte und unmittelbare Folge der disproportionalen Bevölkerungsverteilung zu verstehen, sondern entstehen aufgrund der spezifischen Situation, in der eine Region steckt. Sie entstehen, weil sich nicht nur die Situation des Individuums selbst auf seine politische Meinung auswirkt, sondern auch die wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle oder historische Situation einer Region, mit der sich das Individuum identifiziert. Regionsbezogene Effekte

können die Ursache sein, dass sich Individuen statusinkonsistent verhalten. Das bedeutet, dass sie entgegen der typischen Mentalität ihrer sozioökonomischen Statusgruppe abstimmen, oder auch entgegen ihrer primären materiellen Interessen.

Um die regionsbezogenen Effekte des politischen Verhaltens zu ordnen, kann in Anlehnung an André Siegfried (vgl. Kap. 2.5.1.4) modellhaft von einer «politischen Persönlichkeit» einer Region mit einem eigenen *«tempérament politique»* ausgegangen werden. Der Region wird also eine Quasi-Subjekthaftigkeit zugewiesen, die materielle Interessen hat, die eine sozioökonomische Identität haben kann, und die im Laufe ihrer Geschichte einen Sozialisationsprozess durchgemacht hat. Mit Region ist in diesem Zusammenhang nicht ein physisch existierendes Objekt bzw. ein abgegrenzter Ausschnitt der Erdoberfläche gemeint, das quasi als Person auferstehen soll. Region wird hier begriffen als ein Ensemble von Individuen, von gebundenen Ressourcen und von sozialen Beziehungen, die aufgrund der räumlichen Nähe miteinander verbunden sind.

In diesem Sinne ist eine Region als eine sehr lose, nicht verfasste (informelle) Institution im Sinne von Anthony Giddens (1995 [1984]) zu betrachten. Eine Institution also, die aus räumlich und zeitlich strukturierten Handlungen besteht, die zwar nicht unabhängig vom einzelnen Subjekt ablaufen, aber durch ihren routinierten und repetitiven Charakter eine Art Eigenleben erhalten. Die Aufrechterhaltung, Fortführung und Perpetuierung solcher Institutionen und damit auch von Regionen verläuft weitgehend entkoppelt von direkten individuellen Eingriffen. Eine Region erhält damit eine überindividuelle, «institutionelle Existenz» mit einer eigenen Geschichte, einem historisch-kulturellen Gedächtnis und einer Art «institutioneller Biographie» in der *longue durée* der institutionellen Zeit (vgl. Giddens (1995 [1984]: 81–90).

Vor der Behandlung der materiellen Interessen, der sozioökonomischen und der sozialpsychologischen Identität einer Region, soll hier auf zwei weitere diesbezüglich wichtige theoretische Konzepte hingewiesen werden: das kollektive, historisch kulturelle Gedächtnis einer Region und eng damit verknüpft die regionale Identität.

2.5.4.1 Historisch kulturelles Gedächtnis

Der Begriff des «kollektiven Gedächtnisses» wurde vom französischen Soziologen Maurice Halbwachs (1985 [1925]; 1991 [1950]) geprägt.³⁴ Halbwachs versteht darunter gemeinsam geteilte Erinnerungsformen und -inhalte, die sich im individuellen Denken und Erinnern verwirklichen. Die Träger des kollektiven Gedächtnis' sind

³⁴ Die Ausführungen zum Begriff des kollektiven Gedächtnisses bei Halbwachs stammen aus dem Standardwerk von Astrid Erll (2005).

Individuen, die in soziale Gruppen, den *cadres sociaux*, eingebettet sind. Unter solchen *cadres sociaux* sind zeitlich und räumlich begrenzte Kollektive zu verstehen. Das kollektive Gedächtnis besteht nach Halbwachs (1991 [1950]) aus dem *kommunikativen Gedächtnis*, das auf intergenerationeller mündlicher Überlieferung basiert, und dem *kulturellen Gedächtnis*, das in Objekten vergegenständlicht und in Ritualen, Zeremonien in kulturellen Praktiken des Alltags eingebunden ist. Beide sind in die Denk- und Handlungsschemata der Individuen eingelagert.

Von späteren Autoren, die sich auf Halbwachs beziehen, wird das kollektive Gedächtnis als bedeutsam für die Ausbildung und Erhaltung einer Gruppenidentität und daraus folgend einer politischen Identifikation angesehen (Assmann 1992; Assmann 1999). In Bezug auf ein räumlich gekammertes Kollektiv dient das historisch-kulturelle Gedächtnis als Basis für die regionale Identität (vgl. unten).

Gegenstände der diskursiv tradierten Erinnerungen, die sich in der regionalen Identität niederschlagen, sind vor allem einzelne prägende Ereignisse die in der Vergangenheit eine Region in ihrer Gesamtheit betrafen. Typische Beispiele aus der Schweiz für solche teilweise traumatische Ereignisse, welche die Mentalität der Regionalbevölkerung nachhaltig prägten, sind verheerende Naturkatastrophen (Lawinen, Bergstürze oder Überschwemmungen), mächtige Feuersbrünste (z.B. in Glarus) oder Zerstörungen, Misshandlungen und Massaker durch Kriege (z.B. Nidwalden 1798 beim Aufstand gegen die französische Besatzung).³⁵ Von viel grösserer Bedeutung für die Prägung der politischen Mentalität als solche singulären Ereignisse wie die oben erwähnten sind jedoch die dauerhaften sozialen, politischen und institutionellen Verhältnisse und Zustände, in der sich eine Region befindet oder befunden hatte.

2.5.4.2 Regionale Identität

Das historisch kulturelle Gedächtnis wird getragen von der Regionalbevölkerung und ist Teil der regionalen Identität. Diese regionale Identität tritt neben die Identität eines Individuums als Teil einer sozialen oder kulturellen Gruppe und wird so zum eigen-

³⁵ Wie stark sich solche Ereignisse und ihre Deutung im kollektiven Gedächtnis verankern und wie lange sie persistieren können, zeigte eine Debatte um die geplanten Feierlichkeiten von zwei wichtigen historischen Ereignissen im Jahre 1998. In jenem Jahr beging die Schweiz zwei Jubiläen: den 150. Jahrestag der Gründung des modernen Bundesstaates und den 200. Jahrestag des Untergangs der alten Eidgenossenschaft aufgrund des Einmarsches der Franzosen und der Gründung der Helvetischen Republik. Bei der Gewährung eines Kredits für die Feierlichkeiten gab es im Parlament eine Debatte, ob die Helvetische Republik einer nationalen Feier würdig sei oder nicht. Dabei zeichneten sich interessante Konfliktlinien ab: Die Vertreter jener Kantone, die ihre Unabhängigkeit und Existenz dem Franzoseneinmarsch zu verdanken haben wie der Waadt, dem Aargau oder dem Thurgau setzten sich für eine nationale Feier ein. Vertreter von Kantonen, die unter der Französischen Besatzung stark gelitten hatten wie Appenzell oder Nidwalden, setzten sich vehement dagegen ein (vgl. NZZ 10.6.1995, Amtliches Bulletin 95.020).

ständigen Moment des politischen Verhaltens. Der Begriff der regionalen Identität ist in der Geografie weder neu noch eindeutig bestimmt. Gemäss Paasi (2003: 476) sind regionale Identitäten in der traditionellen länderkundlichen Geografie implizit als Eigenschaften der «Persönlichkeit» einer Region vorhanden, als Ausdruck der Harmonie und Einheit einer Region mit ihren Bewohnern. Dementsprechend seien Arbeiten zur regionalen Identität lange Zeit vom Ruf des Idyllisierens und des Konservativen begleitet gewesen. Das Verhältnis von Identität und Raum sei aber in verschiedenen neueren Teildisziplinen von Bedeutung und nehme insbesondere in der humanistischen, der feministischen, der kritischen und der politischen Geografie einen wichtigen Platz ein (ebd.).

Für die Gegenwart macht Paasi (2003: 477) eine Wiederentdeckung der regionalen Identität aus und begründet das mit der weltweit erkennbaren Instrumentalisierung und Mobilisierung von regionalen Identitäten zu politischen Zwecken. Regionale Identitäten hätten sich als Schlüsselemente bei der Schaffung von sozialen und politischen Räumen erwiesen. Dabei würden regionale Identitäten eingesetzt als:

- Konstitutives Element des Widerstandes gegen die Globalisierung (Castells 1997),
- Triebkraft für Regionalismus und regionalistische Bewegungen (Giordano 2000; Keating 1998),
- Instrument zur Überwindung des Nationalismus innerhalb der EU und Proklamation eines Europa der Regionen (Le Galés 1998; Keating 2001),
- Instrument der Regional- und Raumplanung (Amdam 2002; Haartsen et al. 2000; Raagmaa 2002).

Das theoretische Konzept der regionalen Identität von Paasi selbst (1996; 1991; 1986) unterscheidet analytisch zwischen der regionalen *Identität der Regionalbevölkerung*, die er auch als Regionalbewusstsein (engl. regional consciousness) bezeichnet, und der *Identität der Region*. Die Identität der Regionalbevölkerung im Sinne des Regionalbewusstseins bezieht sich auf die Identifikation eines Individuums mit einer Region und dem Gefühl der Regionszugehörigkeit. Diese Art von regionaler Identität wird auch als die *subjektive* regionale Identität bezeichnet. Sie besteht gemäss Paasi (2003: 478) aus der Identifikation mit allen institutionalisierten und informellen Praktiken, Diskursen und Symbolisierungen, welche die Region konstituieren. Die Identität der Region, auch die *objektive* regionale Identität genannt, bezieht sich auf alle Eigenschaften (natürliche, kulturelle, soziale, ökonomische), die Verwendung finden zur

Bildung einer Region und zu ihrer Unterscheidung von anderen Regionen. Diese Identität einer Region bezieht sich vor allem auf das Bild, das sich sowohl *Insider* als auch *Outsider* von der Region machen.

Die Unterscheidung der beiden Arten von regionaler Identität ist gemäss Paasi (2003: 478) nur als eine analytische Trennung zu begreifen. In der Praxis bestünde die regionale Identität aus beidem, also aus objektiven Eigenschaften, die sich zu Bildern einer Region verdichten lassen, und aus der subjektiven Identifikation der Individuen damit.

2.5.4.3 Sozialstrukturelle Identität

Bereits der Pionier der Wahlgeografie André Siegfried (1913) erkannte, dass städtisches Proletariat eine ganz andere politische Mentalität entwickelte als ländliches, dass Landarbeiter in kleinbäuerlich strukturierten Regionen eine andere Parteienaffinität hatten als Landarbeiter in Regionen, wo Grossgrundbesitz dominierte. Anders als teilweise in der Rezeption seiner Werke behauptet, macht Siegfried deutlich, dass die «*personalité politique*» einer Region durch ihre Bevölkerungsstruktur, die dominierende Wirtschaftsweise und den kulturellen (konfessionellen) Hintergrund geprägt ist.³⁶ Die empirische Basis für Siegfrieds Befunde waren vor allem ländliche Gebiete Frankreichs im ausgehenden 19. Jahrhundert. Verschiedene Autoren zeigten jedoch, dass der lokale sozioökonomische Kontext auch in städtischen Verhältnissen (Savage 1993; Katznelson 1993) unter den Bedingungen der Moderne (Häussermann/Siebel 1995; Rohe 1982) und der Globalisierung und zu spezifischen Sozialstrukturen (Hamnett, 2003; Sassen 1991) und Identitäten führt.

Der mikrosoziologische Erklärungsansatz für das Entstehen einer regionalen Mentalität auf der Basis einer sozialstrukturellen Identität setzt bei Interaktions-, Gruppenbildungs- und Kommunikationsprozessen an. Die Dominanz einer Wirtschaftsweise oder eines Wirtschaftszweiges in einer Region führt dazu, dass die Erfahrungshorizonte aus dem Arbeitsalltag für viele Menschen dieselben sind, dass damit auch die für den Wirtschaftszweig typischen Mentalitäten, Denk- und Anschauungskulturen die Kommunikation und die Interaktionsprozesse dominieren. Personen aus anderen Wirtschaftszweigen und anderen sozialen Kontexten werden im Alltag der Nachbarschaft und des öffentlichen Lebens am Wohnort mit der dominierenden Mentalität konfrontiert und internalisieren diese teilweise oder insgesamt. Die sozioökonomische Identität der Region entsteht demnach durch Nachbarschaftseffekte und ist im

³⁶ Siegfried (1913: 361–369) nennt als Einflussfaktoren auf die politische Meinung: «la propriété foncière», «le mode du peuplement», «le cléricalisme» und «les classes sociales».

Grunde genommen eine Verstärkung der segregationsbedingten Dominanz einer mit sozioökonomischen Faktoren erklärbaren politischen Mentalität.

Ein makrosoziologischer Erklärungsansatz für die sozioökonomische Identität einer Region setzt bei der oben erwähnten Identität einer Region nach Paasi (1991) an. Durch die Dominanz einer bestimmten Wirtschaftsweise in einer Region wird die Sozialstruktur geprägt, aber auch die damit verbundenen Produkte und Symboliken sowie die Selbstbilder und Fremdbilder der Region. Diese Bilder der Region wiederum prägen die Identität der Regionalbevölkerung: die grossstädtische, die ländliche, die industrielle, die touristische oder die bäuerliche Identität.

Eine Region kann also aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur eine sozioökonomische Mentalität annehmen, indem die gesamte Regionsbevölkerung eine bestimmte sozioökonomische Identität entwickelt. Eine solche Identität kann noch nachwirken, wenn die ursprüngliche sozioökonomische Basis längst nicht mehr gegeben ist, aber die Selbst- und Fremdbilder nach wie vor bestehen. Besonders untersucht ist in dieser Hinsicht die typische landwirtschaftliche Identität der Schweiz (z.B. Weishaupt 1992), die sich trotz der seit Jahrzehnten andauernden Dominanz von Industrie und Dienstleistungen bis in die 1990er Jahre hartnäckig gehalten hatte und als so genannte Bauernstaatsideologie die Politik des Staates leitete. Zur spezifischen industriellen Identität von Regionen gibt es mehrere Studien (z.B. Lipp 1984, Häussermann 1992). Weniger stark beachtet wurden bisher die spezifischen Identitäten von Handelsstädten, Finanzplätzen, Tourismusregionen oder Zentren der öffentlichen Verwaltung.

Nicht nur die sozioökonomische Prägung einer Region, sondern auch die Dominanz religiöser oder konfessioneller Milieus wirkt identitätsstiftend. Den Einfluss der religiösen bzw. der konfessionellen Ethik auf die politische Mentalität zeigten bereits Max Webers Arbeiten zur Religionssoziologie (Weber 1996 [1904/05]), vor allem aber auch spätere Arbeiten zum politischen Katholizismus (vgl. z.B. Almond 1956; Lipset/Rokkan 1967; Wehling 1984; Altermatt 1989). Gerade weil die konfessionelle Spaltung Europas durch den Augsburger Religionsfrieden territorialisiert wurde, hat sich die konfessionelle Ethik in besonderem Masse auf die regionalen Mentalitäten ausgewirkt. Die dominierende Religion bzw. Konfession prägte die regionale Identität dermassen, dass sich beispielsweise der politische Katholizismus in den Diasporagebieten ganz anders auf das Wahlverhalten der Katholiken auswirkte als in den katholischen Stammländern (vgl. Altermatt 1989).

2.5.4.4 Ökonomische Regionalinteressen

Politische Entscheidungen haben selten überall dieselben Auswirkungen und Konsequenzen. Der Regelfall ist, dass nicht nur bestimmte Bevölkerungsgruppen mehr

profitieren als andere, sondern, dass auch einzelne Regionen eher zu den Gewinnern gehören und andere eher zu den Verlierern. Besonders augenfällig ist dies bei Sachvorlagen, die Infrastrukturprojekte und grosse Bauvorhaben betreffen. Dabei werden in der Regel nicht nur regionale Unterschiede bezüglich des Nutzens sichtbar, sondern auch bei den anfallenden Kosten. Wird beispielsweise eine neue Bahnlinie gebaut, so gibt es Regionen, die durch eine bessere Erschliessung und kürzere Reisezeiten davon profitieren. Andere Regionen wiederum profitieren nicht direkt von der Angebotsverbesserung der Bahn, tragen aber über ihre Steuern die anfallenden Kosten mit. Wieder andere Regionen tragen nicht nur die Kosten der Finanzierung mit sondern auch direkt durch den Bahnbau verursachte Kosten, wie etwa erhöhte Lärmimmissionen und daraus resultierende Verminderung der Lebensqualität. Schliesslich gibt es auch Regionen, die bereits gut erschlossen sind und durch den Bahnbau womöglich ihre Standortvorteile verlieren und somit auch zu den Verlierern gehören.³⁷

Infrastrukturprojekte können aber auch besondere Ablehnung der betroffenen Regionen hervorrufen, wenn diese mit Immissionen verbunden sind, wie etwa Autobahnen und Schnellstrassen, Kernkraftwerke, Lagerstätten für radioaktive Abfälle oder Ähnliches. In solchen Fällen spricht man vom NIMBY-Phänomen (Dear 1992, Wexler 1996). NIMBY steht für «**Not In My Back-Yard**» und bezeichnet das Abwehrverhalten von Personen gegenüber Projekten in ihrer Nachbarschaft, die sie ansonsten begrüssen würden. NIMBY-Verhalten gibt es nicht nur gegen Infrastrukturprojekte, sondern auch gegen andere gemeinschaftliche Einrichtungen wie Gefängnisse, Kasernen, aber auch soziale Einrichtungen wie Suchtheilkliniken, Sterbehäuser für AIDS-Kranke oder Unterkünfte für Asylbewerber. Der zentrale Aspekt des NIMBY-Syndroms ist, dass die räumliche Nähe das entscheidende Kriterium für die Gesinnung ist.³⁸ Atomkraftbefürworter bekämpfen das AKW oder das Endlager für radioaktive Abfälle in der eigenen Gemeinde (Frey et al. 1996), Mobiltelefonbenutzer

³⁷ Besonders deutlich sichtbar wurden solche regionalen Partikularinteressen bei den Abstimmungen über den Ausbau des Eisenbahnnetzes «Bahn2000» (1987) oder die neuen Alpentransversalen NEAT (1992).

³⁸ Über das NIMBY-Syndrom und dessen Bewertung existiert eine interdisziplinäre Debatte. Planer sehen im NIMBY-Verhalten eher egoistisches und destruktives Verhalten (z.B. Dear 1992), das es zu überwinden gilt. Ökonomen betrachten NIMBY-Verhalten als Internalisierungsproblem und damit lösbar durch die Internalisierung von Kosten bzw. Kompensationszahlungen an die Betroffenen (O'Sullivan 1993; Frey et al. 1996). Von Politologen und Soziologen wird NIMBY-Verhalten heute eher als legitime Interessensvertretung und Ausdruck der demokratischen Mitwirkung betrachtet. Die Kritik daran von Seiten der Planer gilt demnach als autoritätszentriert (McAvoy 1999; Gibson 2005).

machen Opposition gegen eine Mobilfunkantenne auf einem nahe gelegenen Hochhaus.³⁹

Neben Infrastrukturprojekten wirkt sich auch die Betroffenheit der dominanten Wirtschaftszweige in einer Region von einer Sachvorlage auf das Abstimmungsverhalten aus. Im gleichen Stil wie ein Firmenchef des weltweit grössten Automobilkonzerns 1955 gegenüber dem amerikanischen Senat erklärte: «What's good for the USA is good for General Motors and what's good for General Motors is good for the USA» zeigt sich auch in den Regionen der Schweiz in kleinerer Grössenordnung eine Verknüpfung von politischer Mentalität und dominanten Wirtschaftszweigen. So stimmen in Basel nicht nur die direkt betroffenen Arbeitnehmer tendenziell mit den Interessen der chemischen Industrie, sondern auch Branchenfremde, in Zürich werden die Interessen der Finanzwirtschaft von der Mehrheit der Stimmberechtigten verteidigt und im Kanton Graubünden gibt es eine Solidarität mit den Interessen der Tourismusindustrie.

Die Motive sind zweckrationaler Natur: Wenn die Interessen der wichtigsten Unternehmen der Region gewahrt sind, dann prosperiert durch Multiplikatoreffekte die gesamte regionale Wirtschaft. Dieses Wirtschaftswachstum kommt jedem einzelnen Individuum zugute. Die wirtschaftlichen Interessen meiner Wohnregion sind damit zumindest in einem gewissen Grade auch meine Interessen, auch wenn meine eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten nicht mit meiner Region zusammenhängen.⁴⁰

2.5.4.5 Die Sozialpsychologie einer Region

Jede Region hat ihre eigene Geschichte. Davon zeugen die klassischen Quellen der Geschichtsschreibung wie amtliche Dokumente, Chroniken und andere Schriftstücke aus den Archiven und historische Gebäude, Verkehrswege, Statuen, Brunnen und Ähnliches. Daneben ist die Geschichte einer Region aber auch in den Köpfen ihrer Bewohner eingelagert in der Form des historisch-kulturellen Gedächtnisses. Dieses historisch entstandene kollektive Gedächtnis einer Region ist als die sozialpsychologische Komponente der «*personalité politique*» einer Region zu verstehen. Während wir bei einem Individuum seine persönliche Geschichte, seine im Laufe seines Le-

³⁹ Das NIMBY-Phänomen zeigte sich sehr schön bei der Abstimmung über den Autobahnbau im Knonauer-Amt von 1990, bei der jene Gemeinden (Langnau und Adliswil im Zürcher Sihltal), die sich eine Verkehrsentslastung erhofften, überproportional zustimmten und Gemeinden, deren Gebiet von der Autobahn durchschnitten wird (Gemeinden des Knonauer Amtes), stark dagegen stimmten.

⁴⁰ Die Effekte solcher regionaler Interessen zeigten sich besonders schön bei der Gen-Schutz-Initiative von 1998, als die Stadt Basel von allen grossen Städten die geringste Zustimmung hatte, oder bei der Abstimmung zum Gewässerschutzgesetz (1992), das in den Bergkantonen mit viel Wasserkraft sehr hoch abgelehnt wurde (vgl. Hermann/Leuthold 2003: 70, 105).

bens gemachten Erfahrungen von Wohlstand oder Armut, von Hierarchie, Dominanz und Unterordnung als Sozialisationsprozess bezeichnen, aus dem das Individuum seine politischen Werte und Einstellungen generiert, so können wir die Geschichte einer Region auch als eine Art Sozialisationsprozess betrachten. In Analogie zur politischen Sozialisation eines Individuums, bei der Alltagserfahrungen und Schlüsselerlebnisse von Bedeutung sind, ist für die Ausbildung der sozialpsychologischen Identität die institutionelle Entwicklung der Region im Laufe der Geschichte von Bedeutung. Mit dem Ansatz des historischen Institutionalismus (Pierson 2000; Thelen 1999) können nicht nur in der Geschichte von Nationen, sondern auch von Regionen «kritische Momente» und «Entwicklungssequenzen» zur Erklärung der Pfadabhängigkeit ihrer Identität betrachtet werden (vgl. Lecours 2001; Herrera 2004).

Eine grosse Bedeutung für die «Sozialpsychologie einer Region» haben die regionalen Machtgefälle und die damit verbundenen Ressentiments von Inferiorität oder Superiorität. Die Regionalismusforschung zeigt wie solche Hierarchien identitätsstiftend wirken und politisch aufgeladen werden können (vgl. z.B. Gerdes 1981; 1985; Giordano 2000; Agnew 2001). Die Hierarchie kann dabei ethnischer oder kultureller Art oder aber sozioökonomischer Natur sein. Die daraus entstehenden Konfliktlinien stehen quer zu den klassischen Cleavages von Zentrum und Peripherie, Arbeit und Kapital oder Stadt und Land, es bilden sich eigene Konfliktmuster aus der Überlagerung von kultureller Dominanz bzw. Subdominanz wie auch von sozioökonomischer Stärke und Schwäche aus (vgl. Hechter, 1974).

Ansatz	Sozialstruktureller Ansatz	Politökonomischer Ansatz	Sozialpsychologischer Ansatz
Begründer	Lazarsfeld et al. (1944) Lipset/Rokkan (1967)	Downs (1957) Riker/Orshook (1968)	Campbell et al. (1954) Inglehart (1977)
Idealtypus	homo sociologicus	homo oeconomicus	homo politicus
Determinanten des politischen Verhaltens	Rollenverhalten und Determinierung der politischen Disposition durch Gruppenbezüge Gesellschaftliche Cleavages	Rationales Abwägen von Kosten und Nutzen als Basis für den Entscheid Parteiendifferenzial Individualinteressen	Werte und Einstellungen, partei-, personen- und sachbezogene Identifikation Bedeutung der politischen Sozialisation
Segregationsbedingte Effekte	Sozialstruktur bildet sich im Raum ab	Räumliche Verteilung von Betroffenheit und materiellen Interessen	Räumliche Unterschiede der Sozialisations-Bedingungen
Regionsbezogene Effekte	Sozioökonomische Identität einer Region	Ökonomische Interessen einer Region	Historisch-kulturelles Gedächtnis einer Region

Abbildung 6: Räumlicher Bezug der Erklärungsmodelle des politischen Verhaltens
(eigene Darstellung)

2.5.4.6 Zusammenfassung

Die Auseinandersetzung mit dem Raumbezug des politischen Verhaltens zeigt, dass die drei bekannten Erklärungsansätze des politischen Verhaltens einen klaren direkten Raumbezug haben. Räumliche Unterschiede im Abstimmungsverhalten können durch die räumliche Segregation von sozialen Milieus, durch die räumliche Verteilung von Betroffenheiten und Nutzenerwartungen sowie durch die räumliche Verteilung von Sozialisationsbedingungen erklärt werden. Der zweite, indirekte Raumbezug betrifft die regionale sozioökonomische Identität und die regionalen materiellen Interessen sowie das regionale kulturelle Gedächtnis als Resultat eines kollektiven Sozialisationsprozesses.

2.6 Abstimmungen und Abstimmungsforschung

In modernen Demokratien sind zwei Formen der Bürgerbeteiligung an der Urne vorgesehen. Die indirekte Form der Beteiligung sind Wahlen von Repräsentanten in Regierungen, Parlamente und Behörden, die zweite, direktere Form der Bürgerbeteiligung sind Plebiszite bzw. Referenden über konkrete politische Projekte. Zwar besteht die Möglichkeit für solche Volksabstimmungen in vielen Ländern, aber nur in wenigen Staaten sind Volksabstimmungen fest in der politischen Kultur und im politischen Alltag verankert. Neben der Schweiz sind das vor allem einige amerikanische Bundesstaaten und vereinzelte europäische Staaten wie Italien, Österreich, Irland oder Liechtenstein (Moeckli 1994).

Gemäss den Auflistungen des *Centre d'études et de la documentation sur la démocratie directe* (C2D) der Universität Genf⁴¹ haben in den vergangenen 15 Jahren die Anzahl der Volksabstimmungen weltweit zugenommen, insbesondere weil mittel- und osteuropäische Staaten nach der Wende von 1990 das Instrument des Plebiszites in ihren Verfassungen verankerten und seither davon Gebrauch gemacht haben. Ein weiterer Grund für die Zunahme sind die Beitritte zur EU und die neue Verfassung der EU, die in vielen Mitgliedsländern zur Volksabstimmung kamen.

In der Schweiz haben Volksabstimmungen einen viel höheren Stellenwert als in anderen Ländern. Die Berechnungen von Butler und Ranney (1994) zeigen, dass die Dominanz der Schweiz in diesem Bereich trotz der weltweiten Zunahme ungebrochen ist. Von den weltweit zwischen 1900 und 1993 durchgeführten 728 Volksabstimmungen entfiel nahezu die Hälfte (357) auf den Schweizer Bundesstaat. Der Löwenanteil davon fand in den vergangen 40 Jahre statt. Seit 1970 wurden pro Jahr auf Bundesebene durchschnittlich rund 11 Sachvorlagen an der Urne entschieden (Trechsel 2002: 588).

Infolge der quantitativen Dominanz von Abstimmungen in der Schweiz stammt auch ein grosser Teil der empirischen Arbeiten zu Abstimmungen aus der Schweiz oder bezieht sich zumindest auf die Schweiz. Dies und die Tatsache, dass die vorliegende Arbeit ebenfalls in der Tradition der schweizerischen Abstimmungsforschung verankert ist, sind die Gründe, dass in diesem Kapitel zum Stand der Forschung über Volksabstimmungen der wissenschaftliche Diskurs in der Schweiz im Zentrum steht. In einem ersten Abschnitt werden zwei eher propädeutische Aspekte der Abstimmungsforschung dargelegt: erstens die verschiedenen institutionellen Typen von Abstimmungen, die es in der Schweiz auf Bundesebene gibt, und zweitens grundle-

⁴¹ <http://c2d.unige.ch/>

gende methodische Probleme, die sich bei der empirischen Arbeit mit Abstimmungsergebnissen stellen. Im zweiten Abschnitt wird eine grobe Übersicht über die Themen der Abstimmungsforschung auf internationaler und nationaler Ebene gegeben.

In drei weiteren Abschnitten wird gesondert auf die verschiedenen Richtungen der Schweizer Abstimmungsforschung eingegangen; zuerst auf die Abstimmungsforschung im engeren Sinne, die Volksabstimmungen als Teil der politischen Entscheidungsfindung zum Forschungsgegenstand hat, und danach auf die Abstimmungsforschung im weiteren Sinne, die Abstimmungsergebnisse als Indikatoren bei der Beantwortung von anderen Fragestellungen verwendet. Ein eigener Abschnitt ist den Arbeiten zur Abstimmungsökologie⁴² gewidmet, die zur Abstimmungsforschung im weiteren Sinne gehören. Da sich die vorliegende Arbeit jedoch inhaltlich und methodisch in diese Tradition einreihet, wird eine ausführlichere Diskussion des Ansatzes und der daran geäußerten Kritikpunkte vorgenommen. Davon ausgehend werden zum Schluss wichtige theoretische Leitlinien und methodische Herausforderungen für die eigene Arbeit hergeleitet.

2.6.1 Allgemeines zur Abstimmungsforschung

2.6.1.1 Typen von Abstimmungen

Im eidgenössischen Kontext ist besonders die Unterscheidung der verschiedenen Abstimmungstypen hervorzuheben. Dies ist wichtig, weil die verschiedenen Abstimmungstypen unterschiedliche Funktionen innerhalb des schweizerischen politischen Systems haben und die verschiedenen direktdemokratischen Instrumente von verschiedenen Akteuren und zu unterschiedlichen Zwecken eingesetzt werden. Eine ausführliche Abhandlung über Geschichte, Funktionen und Einsatzmöglichkeiten der Volksabstimmungen in der Schweiz findet sich bei Linder (1999: 235–294).

Anders als in vielen europäischen Staaten, wo es den Exekutiven obliegt, ob sie ein Projekt durch ein Plebiszit legitimieren wollen oder nicht, ist in der Schweizer Verfassung festgelegt, welche Fragen unter welchen Bedingungen durch eine Volksabstimmung zu entscheiden sind. Das schweizerische System kennt sechs verschiedene Arten von Volksabstimmungen, die je eigene Spielregeln haben (vgl. Linder 1999: 243). Zunächst werden Referenden und Initiativen unterschieden. Bei den Referenden wird das Volk aufgerufen, über eine von Regierung und Parlament verabschiedete Vorlage zu entscheiden, bei den Volksinitiativen dagegen geht die Anregung zu einer

⁴² Der Begriff «Abstimmungsökologie» bezieht sich auf eine Forschungsrichtung, die sich mit dem räumlichen Kontext und den Milieueffekten und ihrem Ausdruck im politischen Verhalten beschäftigt (vgl. Kapitel 2.6.5).

Vorlage durch die Einreichung von 100'000 Unterschriften von der Bevölkerung aus.⁴³ Wenn eine Behördenvorlage Verfassungsänderungen mit sich bringt, untersteht sie dem obligatorischen Referendum, d.h. es muss zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Ebenfalls dem obligatorischen Referendum unterstehen die dringlichen Bundesbeschlüsse, d.h. die nachträglich Aufhebung oder Bestätigung von Beschlüssen des Bundesrates (Exekutive), die unter Dringlichkeitsrecht gefällt wurden. Fakultativ ist ein Referendum dann, wenn eine Volksabstimmung über einen Beschluss des Parlaments durch die Beibringung von 50'000 gültigen Unterschriften aus der Bevölkerung oder von acht Kantonen verlangt wird. Dem fakultativen Referendum sind Gesetze und Gesetzesänderungen durch das Parlament sowie ein Teil der Staatsverträge unterstellt.

Die verschiedenen Abstimmungstypen unterscheiden sich nicht nur bezüglich der Urheberschaft und der Erfordernisse für das Zustandekommen, sondern auch in der Art der Zählweise. Während alle Verfassungsänderungen – Volksinitiativen und Behördenvorlagen gleichermassen – die Mehrheit des Volkes und die Mehrheit aller Stände gewinnen müssen, reicht bei fakultativen Gesetzes- und Staatsvertragsreferenden das einfache Volksmehr aus.

Die Unterscheidung der verschiedenen Typen von Volksabstimmungen ist nicht unerheblich in Bezug auf die Auswirkungen von Abstimmungen auf die Demokratie. So zeigen umfassende Untersuchungen zu den direktdemokratischen Instrumenten Initiative (z.B. Sigg 1978; Delley 1978; Werder 1978) und Referendum (Trechsel/Sciarini 1998; Sciarini/Trechsel 1996), dass diese sowohl in konstruktiver als auch in bremsender Hinsicht eingesetzt werden können.

Die Volksinitiative hat zwei Gesichter: Einerseits ist sie ein konstruktives Mitwirkungsinstrument im Sinne einer Anregung an die politischen Eliten. Probleme und Bedürfnisse, die in der Bevölkerung wahrgenommen werden, von den politischen Eliten aber noch nicht als solche erkannt worden sind, können auf diesem Weg in den politischen Prozess eingebracht werden. Andererseits wird die Volksinitiative auch als Oppositionsinstrument eingesetzt, indem Beschlüsse des Parlamentes oder Ver-

⁴³ Als weiteren Typ der Volksinitiative weist Linder die Verfassungsinitiative auf Totalrevision aus. Dieses bereits in der 1. Bundesverfassung von 1848 verankerte Instrument ermöglicht ein Misstrauensvotum des Volkes. Wird nämlich ein entsprechendes Begehren auf Totalrevision vom Volk angenommen, muss das Parlament neu gewählt werden und die Totalrevision der Bundesverfassung an die Hand genommen werden. In der gesamten Geschichte des Bundesstaates wurde erst ein einziges Mal, im Jahr 1935, über eine Verfassungsinitiative auf Totalrevision abgestimmt, die damals von der «Nationalen Front» lanciert worden war.

ordnungen der Regierungen über einen Verfassungsartikel bekämpft werden (vgl. Linder 1999).⁴⁴

Das fakultative Referendum war von seinen Vätern im 19. Jahrhundert einst als Erweiterung der gesetzgeberischen Legitimation durch das Volk vorgesehen, erwies sich jedoch bald einmal als plebiszitäre Vetomöglichkeit und wurde seit seiner Einführung 1874 vor allem von der parlamentarischen und ausserparlamentarischen Opposition eingesetzt, um einen Parlamentsentscheid umzustossen. Oft entfaltet das Referendum im politischen Entscheidungsprozess eine indirekte Wirkung, indem die blossе Androhung eines Referendums als Verhandlungspfand eingesetzt wird. Während also die Initiative als gleichermassen progressives als auch bremsendes Instrument angesehen wird, gilt die Wirkung des fakultativen Referendum als eher destruktiv, innovationshemmend und bremsend (Linder 1999).

2.6.1.2 Methodische Grundprobleme der Abstimmungsforschung

Analog zur Wahlforschung gibt es auch in der Abstimmungsforschung eine Debatte über die Möglichkeiten und Grenzen von Aggregatdatenanalysen bzw. Individualdatenanalysen (vgl. Seitz 1996: 292–305; Heberle 1978). Am meisten umstritten ist die Frage, ob es zulässig sei, von statistisch festgestellten Zusammenhängen zwischen auf der Ebene von Wahlkreisen aggregierten sozialen Merkmalen der Wählerschaft und dem Wahlresultat in den Wahlkreisen auf einen Zusammenhang zwischen den sozialen Merkmalen und den Abstimmungsverhalten zu schliessen.

Fragen über die Zulässigkeit von solchen so genannten *ökologischen Schlüssen* (ecological inference) sind nicht nur auf das politische Verhalten beschränkt, sondern betreffen statistische Analysen von räumlichen Aggregaten generell. Sie sind seit rund 50 Jahren Gegenstand von aktiver Forschung und einer lebendigen Debatte zwischen Statistikern, Geografen, Soziologen und Politikwissenschaftlern. Während die einen behaupten, dass mit den geeigneten statistischen Verfahren die Gefahr eines *ökologischen Fehlschlusses* aufgehoben werden könne und deshalb von Aggregatdaten sehr wohl auf Individualverhalten geschlossen werden könne (vgl. King 1997; 2000), halten andere Autoren dagegen und sprechen von einem schlichtweg unlösbaren Problem (Lohmöller et al. 1985, O’Loughlin 2000; Fotheringham 2000). Ein

⁴⁴ Die thematische Palette der Volksinitiativen ist sehr breit. Sie enthält Grundsatzforderungen wie etwa die Einführung des Proporzwahlrechtes, der Einführung einer Volkspension oder der Abschaffung der Armee, eher gesetzgeberische Fragen, wie das Absinthverbot, das Verbot der Werbung von Tabakwaren und Alkohol oder die Verwahrung von nichttherapierbaren Sexualstraftätern. Es gibt aber auch eine Reihe von Volksbegehren, die Einzelentscheidungen betreffen, wie den Bau eines Kraftwerks bei der Rheinau, den Bau eines Autobahnstückes im Knonaer Amt, oder die Beschaffung von 40 neuen Kampfflugzeugen des Typs FA/18 für die Armee.

Konsens besteht aber darüber, dass die Vermischung der beiden Ebenen methodische Schwierigkeiten bietet und dass für wirklich gesicherte Aussagen eine Mehrebenenanalyse (Hummel 1972; Jones 1991) angebracht ist.

Für die Analyse des politischen Verhaltens ist die erwähnte Debatte wichtig, weil sie das Grundproblem der empirischen Wahlforschung gemäss Heberle (1978) tangiert: Der Wahlakt ist zwar eine individuelle Handlung und jedes Wählen ist auf ein einzelnes Individuum zurückführbar. Der individuelle Wahlakt untersteht aber auch dem Wahlgeheimnis, so dass bereits bei der Stimmabgabe an der Urne eine Anonymisierung vorgenommen und eine spätere Verknüpfung mit den persönlichen Merkmalen der Wähler und Wählerinnen verunmöglicht wird. Aus diesem Grund kann die Forschung nicht auf die einzelnen Wahl- bzw. Abstimmungsentscheide der Individuen zugreifen, sondern nur auf die Ergebnisse in den Wahlkreisen. Will man nun Aussagen über den Zusammenhang zwischen Individualmerkmalen wie Beruf, sozialem Status, Geschlecht, Alter etc. und Wahlverhalten machen, muss man sich mit Korrelationen auf der Aggregatebene behelfen oder aber auf Befragungen von Individuen ausweichen.

2.6.1.3 Ökologischer Fehlschluss

Korrelationen auf der Aggregatebene bergen die Gefahr des ökologischen Fehlschlusses und sind deshalb mit Vorsicht zu interpretieren. Das Phänomen wurde erstmals von Robinson (1950) erkannt und beschrieben und bezeichnet die Möglichkeit, dass ein auf Aggregatebene festgestellter Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen auf der Ebene des Individualverhaltens gar nicht besteht. Als Begründung für den ökologischen Fehlschluss werden Milieueffekte angeführt, das heisst typische Konstellationen von Bevölkerungsgruppen, die an den gleichen Orten wohnen, aber ein unterschiedliches Wahlverhalten zeigen. Ein Fall eines solchen ökologischen Fehlschlusses liegt beispielsweise vor, wenn aus der positiven Korrelation zwischen dem Anteil Personen im Rentenalter und dem Wähleranteil der Sozialdemokratischen Partei (SP) in den Wahlkreisen geschlossen wird, dass die SP vor allem von Betagten gewählt wird. Ein solcher Zusammenhang wird jedoch von Befragungsdaten auf der Individualebene widerlegt (Selb/Lachat 2004). Selbstverständlich birgt der ökologische Fehlschluss nicht nur den Fehler 1. Art, sondern auch den Fehler 2. Art, also dass ein tatsächlich auf Individualebene bestehender Zusammenhang nicht erkannt wird, weil er auf der Aggregatebene nicht messbar ist. Der klassische Fall für einen Fehler 2. Art betrifft das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen. Auf Aggregatebene wird ein solches nicht sichtbar, weil Frauen und Männer im

Raum praktisch gleich verteilt sind. Auf Individualebene kann für bestimmte Parteien jedoch ein starker Gender-Bias nachgewiesen werden (vgl. Selb/Lachat 2004).

2.6.1.4 Modifiable Areal Unit Problem

Eine zweite Schwierigkeit bei Aggregatdatenanalysen stellt die Willkür der Wahlkreiseinteilung dar. Das als *Modifiable Areal Unit Problem (MAUP)* bekannte Problem entsteht, weil sich die Ergebnisse von Korrelationen auf der Ebene von Aggregaten stark verändern können, wenn die Grenzen der Raumeinheiten anders gezogen werden (Openshaw 1977; 1984; Taylor/Johnston 1979; Fotheringham /Wong 1991). Das MAUP führt häufig zum Fehler 2. Art, weil feinregionale Differenzierungen, die durch residentielle Segregation entstehen, mit der Aggregation ausgeglichen werden (Glättung) und deshalb in einer Aggregatdatenanalyse nicht abgebildet werden. Im schweizerischen Kontext führt das MAUP dazu, dass auf dem Aggregationsniveau der Kantone vor allem die Gegensätze zwischen den Sprachregionen und zwischen zentralen und peripheren Regionen sichtbar werden, weil diese durch die Kantonseinteilung abgebildet werden. Der Gegensatz zwischen Kernstädten und den Agglomerationsgürteln, der eine ebenso tiefe mentale Kluft bildet wie der Sprachgraben (vgl. Kap. 4.2), wird dagegen im Vergleich zwischen den Kantonen praktisch nicht abgebildet, weil mit Ausnahme von Baselland und Basel-Stadt die Konflikte zwischen den Kernstädten und ihren Agglomerationsgemeinden in den Kantonsresultaten aufgehen und nivelliert werden (vgl. auch Hermann et al. 2005: 62f.).

2.6.1.5 Individualdatenanalysen

Als Alternative zur Aggregatdatenanalyse bietet sich die Analyse von durch Befragung erhobenen Individualdaten. Diese haben den Vorteil, dass ein direkter Zusammenhang von persönlichen Merkmalen und dem Abstimmungsverhalten gemessen werden kann und dass auch weitergehende Angaben zu den Motiven des Abstimmungsentscheides erhoben und untersucht werden können. Der Nachteil von solchen Befragungen sind die mangelnde (räumliche) Repräsentativität und die möglichen Artefakte und Verzerrungen, die durch die «künstliche» Befragungssituation erzeugt werden können wie: soziale Erwünschbarkeit, Verweigerung, Schweigespirale etc. (vgl. Atteslander 2000; Bortz/Dörig 1995; Költringer 1993).

Seit 1977 werden in der Schweiz zu jeder Abstimmung Individualdaten erhoben. Dazu besteht eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen dem GfS-Forschungsinstitut und den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Genf, Bern und Zürich zur Durchführung und Auswertung von Nachbefragungen zu jeder Volksabstimmung. Diese VOX-Befragungen werden jeweils bei rund 1200

Stimmberechtigten durchgeführt. Sie erheben neben dem Stimmentscheid und soziodemografischen Merkmalen auch die Motive und Gründe für das Abstimmungsverhalten, Parteisympathien, die wichtigsten von den Stimmberechtigten genutzten Informationskanäle, die Kompetenz zu einer Vorlage und die persönliche Betroffenheit vom gefällten Entscheid.⁴⁵

Diese Zeitreihe von Individualdaten ermöglicht vertiefte Analysen über die Entscheidungsprozesse bei Volksabstimmungen und den Einfluss persönlicher Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand oder Einkommen. Wie alle Befragungen, die auf Stichproben basieren, fehlt den Vox-Datensätzen allerdings die räumliche Differenzierung. Es können allenfalls die Kategorien von Stadt und Land unterschieden werden oder Aussagen über das Abstimmungsverhalten in den beiden grossen Sprachregionen gemacht werden. Aussagen über Kantone oder noch kleinere Regionen sind aufgrund der geringen Fallzahlen nicht möglich.

2.6.1.6 Aggregatdatenanalysen vs. Individualdatenanalysen

Ältere Arbeiten zur Abstimmungsforschung konnten aufgrund der unzulänglichen Datenlage einzig auf die Analysen der Abstimmungsergebnisse auf Bezirks- oder auf Kantonsebene zurückgreifen (z.B. Joye 1987, Nef 1980, Gilg/Frischknecht 1976) oder mussten sich auf die Gemeinden einzelner Kantone beschränken (Monsch 1971, Eschet-Schwarz 1989). Seit 1981 sammelt das Bundesamt für Statistik die Resultate in allen Gemeinden der Schweiz. Durch diese zentrale Sammlung und Archivierung ist inzwischen ein Datensatz mit den Ergebnissen von über 200 Abstimmungen in rund 3000 Gemeinden entstanden, der eine feinregionale Analyse ermöglicht.⁴⁶ Neuere Aggregatdatenanalysen verwenden deshalb in der Regel Gemeindeaggregate (z.B. Kriesi et al. 1996, Linder et al. 2000, Hermann/Leuthold 2001b; 2003a).

Da beide Verfahren, die Aggregatdatenanalyse und die Individualdatenanalyse, ihre Schwächen haben, werden seit den 1990er Jahren häufiger kombinierte Analysen, oder Mehrebenenanalysen (Hummel 1972; Jones 1991) durchgeführt. Vatter (1995) unterzog die Ergebnisse einer Aggregatdatenanalyse und Individualdatenanalyse der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) von 1992 einem direkten Vergleich. Dabei konnte er einzig bei den Variablen «Einkommen»

⁴⁵ Vgl. <http://www.politrends.ch/vox-analysen>, Zugriff vom 23. Januar 2006.

<http://www.sidos.ch>, Zugriff vom 23. Januar 2006.

⁴⁶ Im Rahmen des Nationsfondsprojektes «Sozialtopologie und Modernisierung» ergänzten Michael Hermann und Heiri Leuthold den Datensatz des BfS um die Gemeindergebnisse von 138 weiteren Bundesabstimmungen der Jahre 1945 bis 1981, so dass nun für 22 Kantone lückenlose Zeitreihen der Gemeindeergebnisse von Bundesabstimmungen von 1945 bis 2005 zur Verfügung stehen.

und «Alter» eine Differenz im Erklärungsgehalt feststellen. Alle anderen Variablen zeigten entweder in beiden Modellen (Individual- und Aggregatdatenanalyse) oder in keinem der beiden Modelle eine empirische Evidenz als Determinanten des Abstimmungsentscheides.

2.6.2 Themen der Abstimmungsforschung

Die weltweite Spitzenposition der Schweiz bezüglich der Anzahl durchgeführter Abstimmungen bringt ihr auch einen Spitzenplatz in der Forschung zur direkten Demokratie ein. Vor allem die empirische Forschung zu Volksabstimmungen stammt mehrheitlich aus der Schweiz oder bezieht sich zumindest auf die Schweiz. Dies dürfte mit ein Grund sein, dass sich in der Schweiz nicht nur Politikwissenschaftler und Staatsrechtler mit Volksabstimmungen befassen, sondern auch Historiker, Ökonomen, Soziologen, Geografen und Forscher aus anderen Disziplinen. Nach einer kurzen Übersicht über die internationale Diskussion wird hier deshalb vor allem auf die verschiedenen Strömungen der Abstimmungsforschung in der Schweiz eingegangen.

2.6.2.1 Der internationale Diskurs über Volksabstimmungen

Infolge der weltweiten Zunahme von Volksabstimmungen (vgl. Butler & Ranney 1994) ist das Interesse an Forschung über Volksabstimmungen auch auf internationaler Ebene (wieder)erwacht. Die Arbeiten sind meist theoretischer Natur und beziehen sich auf die potenziellen Auswirkungen der direkten Demokratie (Cronin 1989; Schiller 2002), die verschiedenen Ausprägungen der direkten Demokratie (Ellis 2002; Kaufmann/Waters 2004) und die direktdemokratischen Erfahrungen im Zusammenhang mit der europäischen Integration (z.B. Gallagher/Uleri 1996).

Verschiedene Autoren nehmen Stellung in der Debatte über Vor- und Nachteile von Volksabstimmungen für das Funktionieren der Demokratie. Kirchgässner et al. (1999) betonen die Vorzüge der direkten Demokratie aus einer ökonomischen Optik als erfolgreiches Instrument zur Steigerung der Bürgerzufriedenheit und zur Eindämmung des Politikversagens, das propagiert und weiterverbreitet werden soll. Ein Sammelband von Heussner und Jung (1999) widerlegt verschiedene in Deutschland kursierende Vorbehalte gegen die Einführung von mehr direkter Demokratie, insbesondere den Mythos, dass die Volksabstimmungen in der Weimarer Republik der NSDAP eine demagogische Plattform geboten hätte und somit letztlich deren Machtübernahme begünstigt hätten. Eine gegenteilige Position nimmt beispielsweise der Amerikaner John Haskell (2001) ein. Er hält Volksabstimmungen für ungeeignet zur Erfassung des Volkswillens und argumentiert, dass die direkte Demokratie im Wider-

spruch zu Minderheitenrechten steht und zu einer unberechenbaren Regierungsform führt, wo die Verantwortlichkeiten nicht zugeordnet werden können.

Mehrere empirische Analysen zielen auf den in repräsentativen Demokratien häufig auftretenden, so genannten «referendum-election-nexus» (Mitbo/Kjell 1998). Damit wird der Effekt bezeichnet, dass von Regierungen ausgelöste Plebiszite zu einer Vertrauensabstimmung umgedeutet werden. Verschiedene Arbeiten versuchen deshalb zu schätzen, wie stark der Abstimmungsentscheid auf die Parteibindung, die Sympathie und/oder die Zufriedenheit mit der aktuellen Regierung zurückgeführt werden kann (z.B. Smith 1976; Franklin et al. 1995; Mitbo/Kjell 1998).

2.6.2.2 Gliederung der Abstimmungsforschung in der Schweiz

Eine eigentliche Forschungstätigkeit zu Volksabstimmungen in der Schweiz gibt es erst seit circa 1970. Der Beginn des Interesses der Schweizer Akademiker an den Entscheidungsprozessen fällt zeitlich zusammen mit dem starken Anstieg des Gebrauchs der Volksrechte in den frühen 1970er Jahren (vgl. Trechsel 2002: 588).

Vereinzelte frühere Arbeiten, die sich eingehend und auch empirisch mit Volksabstimmungen beschäftigten, stammen bereits aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Funk 1925; Batteli 1932; Giovanoli 1932; Schönbein 1933). Diese sind jedoch gemäss Seitz (1996: 308) «... keine eigentlichen Abstimmungsanalysen, sondern eher juristisch und staatspolitisch inspirierte Abhandlungen – mit einem normativen Unterton über ausgewählte Volksabstimmungen». Ähnliches gilt auch für die später erschienen Abhandlungen von Weber (1963) und Imboden (1963). Als eigentliche Pionierwerke der Abstimmungsforschung, die aber wieder in Vergessenheit geraten sind, können die politikgeografische Arbeit von Siegfried (1949b) und die Partizipationsanalyse von Hümbelin (1948) gelten.

Seit den 1970er Jahren ist die Anzahl wissenschaftlicher Analysen von eidgenössischen Volksabstimmungen stark angestiegen und wird nunmehr in verschiedenen Disziplinen und zu verschiedenen Themen angewandt. Der gegenwärtige Stand der schweizerischen Abstimmungsforschung lässt sich in Teilbereiche gliedern, die sich aufgrund ihrer Zielsetzungen und dem Stellenwert unterscheiden, der den Abstimmungen im Rahmen der Empirie zukommen.

Abstimmungsforschung			
im engeren Sinne Abstimmungen als Forschungsgegenstand		im weiteren Sinne Abstimmungen als Indikatoren	
Institutionelle Wirkung	Abstimmungs- verhalten	Indikatoren für das politische System	Indikatoren für Gesellschaft und Raum
Juristische Arbeiten zu Volksrechten und direkter Demokratie	Determinanten von Partizipation und Urnenentscheid	Beziehung zwischen Volk und Eliten	Indikatoren des sozialen Wandels
Analysen der Institutionen der direkten Demokratie	Einflüsse von Verbänden, Parteien Medien u. Behörden	Grad der Kooptation	Indikatoren für die politische Kultur
		Heterogenität der Parteien	Indikatoren für region. Mentalitäten

Abbildung 7: Gliederung der schweizerischen Abstimmungsforschung nach Forschungsgegenstand und Stellenwert der Abstimmungen in der Empirie (eigene Darstellung)

Eine erste Unterscheidung kann vorgenommen werden zwischen der Abstimmungsforschung im engeren Sinne, welche die Volksabstimmungen in ihrer Funktion als politische Entscheidungsprozesse zum Forschungsgegenstand hat, und der Abstimmungsforschung im weiteren Sinne, die Volksabstimmungsergebnisse als Indikatoren zur Beschreibung von anderen Phänomenen wie beispielsweise des sozialen Wandels oder der politischen Kultur verwendet.

Die Abstimmungsforschung im engeren Sinn kann wiederum gegliedert werden in juristische Arbeiten zur direkten Demokratie und zu den Volksrechten, in institutionell orientierte Arbeiten, welche Funktionsweise und Effekte der direkten Demokratie untersuchen, und in Arbeiten zur Theorie des politischen Verhaltens, die sich mit der Abstimmungsteilnahme und dem Zustandekommen eines Abstimmungsentscheides auf Seiten der Wählenden auseinandersetzen. Als Abstimmungsforschung im weiteren Sinne sind all jene Arbeiten zu bezeichnen, die Abstimmungsergebnisse als Indikatoren verwenden. Dabei ist wiederum zu unterscheiden zwischen eher politologischen Arbeiten, die Volksabstimmungsergebnisse für die Charakterisierung des politischen Systems verwenden oder für das Studium der Entwicklung bestimmter Politikbereiche einsetzen, und historischen, soziologischen oder geografischen Arbeiten, die Abstimmungen als Indikatoren für nicht-politologische Phänomene verwenden.

den wie beispielsweise den sozialen Wandel, regionale Mentalitäten oder das Verhältnis der Sprachgemeinschaften untereinander. Zu dieser Kategorie gehören auch die Ansätze der Abstimmungsökologie, eine Forschungstradition, in die sich die vorliegende Arbeit einordnen lässt. Wir verwenden die Abstimmungen als Indikatoren zur Messung und Charakterisierung der regionalen politischen Mentalitäten.

2.6.3 Abstimmungen als Forschungsgegenstand

Die Fragestellungen der Abstimmungsforschung im engeren Sinne sind die klassischen Themen der Politikwissenschaften: Fragen zu den Institutionen, den Akteuren und den Entscheidungsprozessen innerhalb eines politischen Systems. Institutionell orientierte Arbeiten untersuchen die direkte Demokratie als Institution und fragen nach den Funktionen und Auswirkungen von Abstimmungen im politischen System (vgl. z.B. Papadopoulos 1998; Linder 1999; 2002; Trechsel 2000; 2002; Trechsel/Kriesi 2006). Eine zweite Gruppe politologischer Arbeiten bezieht sich auf das Abstimmungsverhalten. Sie untersuchen die Art und Weise, wie die Abstimmungsergebnisse zu Stande kommen, wer an Abstimmungen teilnimmt (Partizipation) und welche politischen Konflikte sich dabei auftun. Eine weitere Forschungsrichtung, die das Abstimmungsverhalten ins Zentrum stellt, untersucht den Einfluss von Parteien, Verbänden und Medien auf den Abstimmungskampf und das Abstimmungsverhalten.

2.6.3.1 Determinanten des Abstimmungsverhaltens

Zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens von Individuen nennen Linder (1999) bzw. Hardmeier (1995) die drei klassischen theoretischen Ansätze aus der politikwissenschaftlichen Theorie, wie sie in der angelsächsischen Literatur für die Erklärung des politischen Verhaltens bei Wahlen verwendet werden. Es sind dies erstens der sozial-strukturelle oder soziologische Ansatz nach Paul Lazarsfeld (1968 [1944]), der das Abstimmungsverhalten eines Individuums als determiniert durch die soziale Position und Schichtzugehörigkeit betrachtet; zweitens der ökonomisch orientierte Rational-Choice-Ansatz nach Anthony Downs (1957), bei dem der Partizipations- wie auch der Abstimmungsentscheid als Resultat des rationalen Abwägens von Kosten und Nutzen angeschaut wird. Als dritter und jüngster Erklärungsansatz wird der sozial-psychologische Ansatz nach Agnus Campbell (1976 [1954]) genannt, bei dem die sozialisierten Werte, Gruppen- und Parteiidentifikationen der Individuen als Determinanten des Abstimmungsentscheides im Zentrum stehen.

2.6.3.2 Partizipationsforschung

Hardmeier (1995) zeigt in einem Überblicksartikel, dass sich die meisten Studien der Schweizer Partizipationsforschung einem der drei in der internationalen Literatur üblichen Erklärungsmodelle zuordnen lassen. Beispiele für den sozialstrukturellen Ansatzes sind die Arbeiten von (Girod/Ricq 1970; Nef 1979; Eschet-Schwarz 1989; Mottier 1993; Kriesi 1992; Vatter 1995), für den sozialpsychologischen Ansatz (z.B. Ballmer-Cao, 1977; Giger 1976, Linder et al. 1991) und für den Rational-Choice-Ansatz (Stolz 1972; Kirchgässner/Pommerehne 1978; Blöchliger/Spillmann 1992; Kirchgässner/Schulz 2005). Die meisten Autoren kommen zum Schluss, dass keiner der drei Ansätze als alleinige Erklärung für das Partizipationsverhalten ausreicht, da alle drei Erklärungsmodelle empirische Evidenzen zeigen (Hardmeier 1995; Vatter 1994). Buri und Schneider (1993) vergleichen die Aussagekraft der drei Erklärungsmodelle und zeigen, dass der sozialstrukturelle Ansatz vor allem eine Erklärungskraft für die Partizipation bzw. für die Stimmabstinenz bietet, während der wertorientierte sozialpsychologische Ansatz eher den Abstimmungsentscheid erklären kann. In jüngster Zeit bezieht sich die Partizipationsforschung auf die Effekte von neuen Formen des Abstimmens (brieflich, elektronisch). Besonders über das in verschiedenen Kantonen und Ländern in der Evaluationsphase steckende E-voting wurde in den letzten Jahren reichlich publiziert (vgl. z.B. Trechsel/Mendez 2004; Muralt Müller et al. 2002).

2.6.3.3 Abstimmungsentscheid

Zur Erklärung des Abstimmungsentscheides stehen sich dieselben Erklärungsmodelle gegenüber wie bei der Partizipationsforschung, und auch hier sind die empirischen Evidenzen unterschiedlich. Die sozialstrukturellen Erklärungsansätze orientieren sich an den wegweisenden Arbeiten von Rokkan (1970) und Lipset/Rokkan (1967) zu innergesellschaftlichen Gräben, die das politische Verhalten bestimmen. Über die Stärke und Bedeutung solcher Cleavages für das Zustandekommen des Abstimmungsentscheides gehen die Meinungen auseinander, und es liegen teilweise widersprüchliche empirische Resultate vor. Diese Widersprüchlichkeit ist jedoch weitgehend in den unterschiedlichen methodischen Zugängen begründet (Trechsel 2002). So konnte mit Aggregatdatenanalysen die Existenz von sozioökonomischen (Klassengegensätze, Stadt-Land), konfessionellen und linguistischen Gräben bei Volksabstimmungen nachgewiesen werden (Gill/Frischknecht 1976; Nef 1979). Eine spätere Studie von Sardi und Widmer (1993) auf der Basis von Individualdaten behauptet, dass auf Individualebene die traditionellen Einflussfaktoren «Klasse», «Konfession», «Sprache» und «Geschlecht» einen geringeren Einfluss ausüben als es durch die

Aggregatdaten suggeriert wird. Kriesi et al. (1996) nahmen die Sprachregionen und insbesondere den Sprachgraben zwischen französischer und deutscher Schweiz unter die Lupe und zeigten, dass dieser so genannte «Röstigraben» seit Gründung des Bundesstaates 1848 existierte und auch aufgrund der Analyse der seit 1980 bestehenden Individualdatenreihe als einer der bedeutendsten Faktoren des Abstimmungsent-scheides nachgewiesen werden kann. Hermann und Leuthold (2003a; 2003b) zeigten, dass sich dieser linguistische Cleavage in den 1990er Jahren nicht nur stark vergrös-sert, sondern auch in seiner thematischen Ausprägung verändert hatte.

Ein wichtiges Resultat dieser zum Teil methodisch induzierten Diskussion ist die Erkenntnis, dass die verschiedenen identifizierbaren Gräben (Cleavages) stark the-menabhängig sind, d.h. dass bei verschiedenen Politikbereichen auch unterschiedliche soziale Cleavages angesprochen werden, die sich zum Teil überlappen bzw. kumulie-ren (Vatter 1994; Sciarini 1998; Linder et al. 1997; Linder et al. 2000). Zu einem ähnlichen Schluss kommen auch die Vertreter des politökonomischen Erklärungs-modells. So konnten verschiedene Autoren so genannt rationales bzw. nutzenmaximie-rendes Abstimmungsverhalten vor allem bei finanzpolitischen Vorlagen nachweisen (Feld/Krichgässner 2001; Kirchgässner 2002). Von politikwissenschaftlicher Seite werden diese Ansätze und deren Ergebnisse jedoch eher kritisch betrachtet und teil-weise auch empirisch widerlegt (vgl. Vatter 1994; Vatter/Nabholz 1995).

Neben den individuellen Motiven und den gesellschaftlichen Konfliktlinien interes-sieren Abstimmungen auch als Teile der politischen Entscheidungsprozesse. In sol-chen prozessorientierten Arbeiten wird nach der Kompetenz der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen (Gruner/Hertig 1983; Passy 1993; Kriesi 1995), dem Einfluss der Parolenfassung von Parteien und Verbänden (Ossipow/Papadopoulos 1982; Schnei-der 1982; 1985; Trechsel/Sciarini 1998) sowie nach der Wirkung von Kampagnen und aufgewendeten Propagandabudgets (Hertig 1982; Linder 1990; Longchamp 1991; Papadopoulos 1994) auf Mobilisierung die Abstimmungsergebnisse gefragt. Bei all diesen Fragen zeigt sich in den Arbeiten ein interessanter zeitlicher Trend. Während die Pionierarbeit von Gruner und Hertig (1983) dem Stimmvolk nach der Auswertung damals neuer Individualdatensätze ein eher schlechtes Zeugnis ausstell-ten, von einer mangelhaften Kompetenz sprachen und von der faktischen Käuflichkeit von Abstimmungssiegen durch den Einsatz sehr grosser Propagandamittel ausgingen (Hertig 1982), werden diese Aussagen von neueren Arbeiten zum Teil widerlegt oder zumindest stark relativiert. Als Grund für diese Demontage der Pioniere werden vor allem die verbesserte Datenlagen und die grössere methodische Erfahrung genannt (Trechsel 2002: 569–574).

Eine unseres Erachtens besonders zentrale Erkenntnis aus der grösseren Erfahrung in der Forschung über Volksabstimmungen ist das gewachsene Bewusstsein für die Abhängigkeit der mobilisierten politischen Konfliktlinie vom Thema der Abstimmung (vgl. auch Trechsel 2002: 581). Es dürfte nicht zuletzt eine Konsequenz aus dieser Erkenntnis sein, dass sich heute vertiefte Studien mit den Auswirkungen der direkten Demokratie auf bestimmte Politikbereiche befassen und nicht bloss auf die Frage, wie die direkte Demokratie die Politik als Ganzes beeinflusst. So erschienen im vergangenen Jahrzehnt neben den klassischen politökonomischen Analysen zum Impact der direkten Demokratie auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik mehrere Abhandlungen über die Auswirkungen der direkten Demokratie auf die Aussenpolitik (Marquis 1997; Marquis/Sciarini 1999; Kobach 1997; Hug 1997), die Umweltpolitik (Schneider 2003; Schulz 2002) und die Integrationspolitik (Mottier 1995).

2.6.4 Abstimmungen als Indikatoren

Die Abstimmungsforschung im weiteren Sinne verwendet Abstimmungsergebnisse als Datenquelle, hat aber nicht das Ziel, die Stimmbeteiligung oder das Abstimmungsverhalten zu erklären. Es wird dabei von der Tatsache profitiert, dass mit den Abstimmungsergebnissen auf der Aggregatsstufe von Gemeinden, aber auch auf der Ebene von Bezirken und Kantonen ein Datensatz mit einer grossen Zahl von Antworten auf Sachfragen besteht.

Diese besondere Art von Befragungsdaten haben ganz spezifische Qualitäten, die man sich zunutze machen kann. Erstens bestehen sie aus einem sehr grossen Sample, nämlich rund 2 Millionen Stimmberechtigten, die sich durchschnittlich an einem Urnengang beteiligen. Zweitens haben sie eine hohe räumliche Auflösung. Drittens geht es bei Volksabstimmungen sehr häufig um wichtige wertgeladene Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der gesellschaftlichen Organisation. Viertens existieren neben den eigentlichen Abstimmungsergebnissen auch ein Abstimmungskampf mit Argumenten und Gegenargumenten von Befürwortern und Gegnern einer Vorlage sowie ein Diskurs in den Medien. Fünftens äussern sich nicht nur die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu den Vorlagen, sondern zu jeder einzelnen Abstimmungsfrage gibt es eine Stellungnahme von Regierung und Parlament, Empfehlungen von politischen Parteien und Verbänden sowie von den Redaktionen wichtiger Tageszeitungen.

Die aufgezählten Vorteile machen die eidgenössischen Volksabstimmungen zu interessanten Indikatoren zur Beschreibung von Teilaspekten des politischen Systems. Weiter bieten die Volksabstimmungsergebnisse aber auch eine Datengrundlage zur Untersuchung von Sachverhalten, die weit über das Politische hinausgehen. Deshalb

erscheint eine Unterscheidung zwischen politologischen Arbeiten, die Abstimmungen als Indikatoren für das politische System verwenden, und Arbeiten aus anderen Disziplinen, die Abstimmungen als Indikatoren verwenden, zweckmässig. Diese Unterscheidung ist aus zwei Gründen wichtig: Erstens abstrahieren soziologische oder geografische Arbeiten zu Volksabstimmungen häufig vom politischen Kontext und behandeln die Volksabstimmungsergebnisse als «statistisches Material» wie andere Datenquellen auch (vgl. Seitz 1996: 327). Zweitens unterscheiden sich die nicht-politologischen Arbeiten in der Terminologie von den politologischen Arbeiten, obwohl sie nicht selten dasselbe untersuchen.

2.6.4.1 Abstimmungen als Indikatoren für das politische System

Für institutionell orientierte politologische Studien sind Abstimmungen und ihre Ergebnisse von grossem Interesse, weil dieselben Sachfragen auf allen Ebenen der Politik diskutiert werden. Das Parlament stimmt über die Vorlage ab, die Regierung gibt eine Empfehlung ab, Parteien und Verbände fassen auf ihren Delegiertenversammlungen Parolen und schliesslich stimmen Volk und Stände darüber ab. Diese Informationen werden sozusagen als Fiebermesser für das politische System benutzt.

Im Vergleich von Parteiparolen und Abstimmungsergebnissen werden Veränderungen des Einflusses der Parteien auf die Stimmbürger festgestellt (z.B. Gruner/Hertig 1983; Kriesi 1994; Ladner/Brändle 2001). Die Behandlung derselben Sachfrage auf den unterschiedlichsten Ebenen ergibt aber auch einen vertieften Einblick in die Verteilung der Meinungen und Einstellungen innerhalb der politischen «Pyramide». Im Vergleich zwischen den Abstimmungsergebnissen im Parlament und im Volk zeigen sich die Divergenzen zwischen den politischen Eliten und dem Volk (Hug 1994a, Papadopoulos 1994a; 1994b; Sciarini/Trechsel 1996; Trechsel/Sciarini 1998; Kobi 2000; Tresch 2005). Zu demselben Zweck werden die Zustimmungsraten zu den direktdemokratischen Oppositionsinstrumenten «Volksinitiative» und «fakultatives Referendum» über die Zeit verglichen (Hug 1994b).

Sciarini und Trechsel (1996) zeigen anhand der Veränderung des Anteils «behördenstützender» und «behördendesavouierender» Abstimmungsausgänge, dass seit Gründung des Bundesstaates das Vertrauen der Regierten in die Regierenden gewachsen ist und sich von einer konfliktuellen Situation zu einer eher harmonischen Koexistenz zwischen Volk und Behörden entwickelt hat. Sie gehen davon aus, dass «... das gefährliche Biest direkte Demokratie im Laufe der Zeit erfolgreich gebändigt werden konnte» (Trechsel 2002: 576), indem sich das Konkordanzsystem ausbildete und anpasste. Linder, Riedwyl und Steiner (2000) überprüfen die Konkordanztheorie und

messen den Grad der Konkordanz, in dem sie die Volksabstimmungsergebnisse als Indikatoren zur Messung von politischer Heterogenität über die Zeit verwenden.

Andreas Ladner (Ladner/Brändle 2001; Ladner 2004) verwendet die Parteiparolen zu den Volksabstimmungen als Indikatoren für die Heterogenität der Parteien. Er nutzt die Tatsache, dass einzelne Kantonalparteien oft eine eigene Parole zu den Volksabstimmungen abgeben, die in vielen Fällen von der Parole der Mutterpartei abweicht. Aus diesen abweichenden Parolen entwickelt Ladner (2004) ein Mass für die interne Heterogenität der Schweizer Parteien. Von Wartburg (2004) verwendet die Parteiparolen der Kantonalsektionen zur ideologischen Gruppierung der Kantonalsektionen.

2.6.4.2 Abstimmungen als Indikatoren für gesellschaftlichen Wandel

Neben den stark politologisch ausgerichteten Arbeiten, gibt es eine Reihe von Studien aus anderen Disziplinen die Abstimmungsergebnisse verwenden. Individualanalysen fokussieren bestimmte Gruppierungen und deren Abstimmungsverhalten, um damit spezifische gesellschaftliche Phänomene zu beschreiben. So untersucht Voll (1991) unter Verwendung von Individualdaten zu Volksabstimmungen den Zerfall der katholischen «Versäulung» und «Sondergesellschaft». Senti (1998) dagegen hat Genderfragen im Visier. Er untersucht anhand von sieben gleichstellungspolitisch relevanten Vorlagen, ob das Geschlecht eine einheitsstiftende Kategorie ist und zu Parteigrenzen übergreifender Frauensolidarität führen kann. Dabei stellt er fest, dass zwar die ideologischen Differenzen zwischen links und rechts grösser sind als die Geschlechteridentität, aber bei grundsätzlich auf Gleichberechtigung ausgerichteten Vorlagen zur Verankerung der Gleichstellung in der Verfassung eine Parteigrenzen übergreifende Frauensolidarität messbar ist. Bühler (2001) verwendet Abstimmungsergebnisse, um die gesellschaftliche Akzeptanz der Gleichstellung der Geschlechter zu messen. Zur Berechnung eines regionalen Gleichstellungsindex integriert sie deshalb neben harten Indikatoren die regionale Zustimmungseigung zu gleichstellungspolitisch relevanten Abstimmungsvorlagen.

2.6.4.3 Abstimmungen als Indikatoren für die regionale politische Kultur

Die Verwendung von Abstimmungen zur Erklärung und Messung von Werthaltungen und Einstellungen in der Bevölkerung wurde in den 1980er Jahren von einer Forschungsgruppe am Soziologischen Institut der Universität Zürich betrieben. Diese betrachteten die regional unterschiedlichen Ergebnisse der Volksabstimmungen als Ausdruck von spezifischen regionalen politischen Kulturen. Daraus folgerten sie, dass die mentale und kulturelle Differenzierung der Schweiz mittels eidgenössischen Volksabstimmungen erschlossen werden kann. Mit ihrem Ansatz ist die Gruppe in

theoretischer Hinsicht den Political-culture-Ansätzen nach Almond und Verba (1963) sehr ähnlich. In methodischer Hinsicht reihen sie sich mit der regionszentrierten und aggregatbasierten Vorgehensweise in die Tradition der Wahlökologie nach Siegfried (1913) und später Heberle (1963) ein.

Auf der Basis dieser Konzeption entstanden mehrere empirische Arbeiten zur Identifizierung von regionalen politischen Kulturen (Nef 1979; Nef/Ritschard 1979) und Determinanten des Abstimmungsverhaltens (Nef/Ritschard 1978), aber auch eine Vielzahl von Analysen zu einzelnen Sachabstimmungen oder thematisch verwandter Abstimmungen (z.B. Nef 1981; 1985a; 1985b; 1988; Nef/Rosenmund 1984; 1986).

Konzeptionell und methodisch ist die vorliegende Arbeit diesen an der Wahlökologie orientierten Political-Culture-Ansätzen zuzuordnen. Diese im Überblick nur summarisch abgehandelte Richtung der Abstimmungsforschung wird im folgenden Abschnitt deshalb vertieft dargestellt. Dies erscheint insofern wichtig, als die ökologische Abstimmungsforschung in den 1980er Jahren sehr stark und heftig kritisiert wurde, so dass diese Forschungsrichtung nicht mehr weitergeführt wurde (vgl. Seitz 1996: 32). Es wird deshalb nicht nur ein Überblick über die bisherigen Arbeiten gegeben, sondern auch über die Kritikpunkte daran. Ausgehend von einer Auseinandersetzung mit diesen Kritikpunkten werden theoretische und methodische Implikationen für eine Neuauflage abgeleitet.

2.6.5 Ökologische Abstimmungsforschung in der Schweiz

Der Begriff der politischen Ökologie hat eine unterschiedliche Bedeutung in den Politikwissenschaften und in der Humangeografie. Der in den Politikwissenschaften bis heute gebräuchliche Begriff stammt von Rudolf Heberle (1963; 1978) und hat nichts mit naturwissenschaftlicher Ökologie im Sinne von Umweltschutz, Biodiversität oder Nahrungsketten zu tun, sondern bezeichnet eine Forschungsrichtung, die den Fokus auf den Kontext und die räumlichen Milieueffekte des politischen Verhaltens richtet (vgl. Seitz 1996: 294; Falter/Schoen 2005: 107–132).

In der Humangeografie hat sich in jüngerer Zeit eine Teildisziplin entwickelt, die sich mit den politischen und ökonomischen Prozessen, Bedingungen und Machtstrukturen im Zusammenhang mit der Nutzung natürlicher Ressourcen beschäftigt und als *Political Ecology* bezeichnet wird. Diese Forschungsrichtung versteht sich als: «... interdisciplinary scientific investigation of the political and economic principles controlling the relations of human beings to one another and to the environment».⁴⁷

⁴⁷ Das Zitat stammt von der Webseite der Political Ecology Society (PESO), die auch eine wissenschaftliche Zeitschrift mit Namen «Journal of Political Ecology» herausgibt.

Politische Ökologie wie sie in der Wahl- und Abstimmungsforschung und auch im Zusammenhang dieser Arbeit verwendet wird, ist klar zu unterscheiden von dieser neuen Teildisziplin der Humangeografie. Der Begriff politische Ökologie nach Heberle bezieht sich analog zum Begriff «Humanökologie» oder «Sozialökologie» bei der Chicagoer Schule um Robert Park auf den griechischen Wortstamm «oikos», was soviel wie Haus oder Heimat bedeutet und auf die Fokussierung der räumlichen Kontext- und Milieueffekte verweist (vgl. Seitz 1996: 294).

Die Tradition der politischen Ökologie geht auf das späte 19. und das frühe 20. Jahrhundert zurück. Die Arbeiten von Siegfried (1913) in Nordwestfrankreich und später (1949b) in der Ardèche zeigten auf, dass Wahlergebnisse nicht nur einen politischen Entscheidungsprozess widerspiegeln, sondern in ihrer räumlichen Verteilung und Ausprägung Rückschlüsse auf das spezifische politisch-moralische Milieu einer Region bzw. das «tempérament politique», wie er es nannte, ermöglichen. Siegfrieds Ansatz wurde von Rudolf Heberle (1963) aufgenommen und auf die Entwicklung der ländlichen Bezirke Schleswig-Holsteins während der Weimarer Republik angewandt. Er konnte mit seiner Analyse zeigen, dass es vor allem die ökonomisch verunsicherten kleinbäuerlichen Milieus waren, die sich im Laufe der 1920er Jahre mehr und mehr von ihren traditionellen Parteien und berufsständischen Interessensorganisationen ab- und den Nationalsozialisten zuwandten.

Während Siegfrieds Methode der kartografische Vergleich war und aufgrund der Korrelationen zu Bodenbeschaffenheit und Grundbesitz der Ruch des Geodeterminismus anhaftete (vgl. Seitz 1996: 295), arbeitete Heberle mathematischer. Er untersuchte die Zusammenhänge zwischen räumlicher Verteilung der Wählerstimmenanteile und der Sozialstruktur mit Hilfe des bivariaten Korrelationskoeffizienten von Pearsons. Zudem beschränkte sich Heberle auf eine alleinige soziologische Argumentation zur Erklärung der regional unterschiedlichen Parteipräferenzen und verzichtete auf den Einbezug terrestrischer Variablen in seinen Analysen. Die Kernelemente der politischen Ökologie blieben jedoch dieselben: Aus dem Zusammenhang zwischen räumlich aggregierten Merkmalen der Bevölkerung und den Wahlergebnissen wurden verschiedene Determinanten der Parteipräferenz isoliert. In der vergleichenden Perspektive der verschiedenen Regionen wurden Typen politisch-moralischer Milieus identifiziert und im Vergleich über die Zeit schliesslich wurden Persistenzen und Wandel dieser regionalen Milieus analysiert.

Die Schweiz mit ihrer regionalen Vielfalt, mit ihren sich gegenseitig überlappenden und durchdringenden sozioökonomischen, sprachlichen und konfessionellen Gräben,

mit ihrer institutionellen Konstanz und nicht zuletzt auch wegen der vielen Volksabstimmungen ist geradezu prädestiniert, als Labormodell für politische Ökologie zu dienen. Dennoch setzten die ersten Arbeiten zu ökologischen Abstimmungsanalysen erst sehr spät ein. Zwar beschrieb Siegfried (1949a) auch die politische Geografie der Schweiz, doch seine Studie erreichte die Schweiz kaum und geriet in Vergessenheit. Wohl gehörten Tabellen und Karten mit den Abstimmungsergebnissen in den Kantonen bereits in der Zwischenkriegszeit zum beliebten Kommunikationsmittel der politischen Kommentatoren nach einem eidgenössischen Urnengang, eine systematische ökologische Analyse blieb jedoch aus.

2.6.5.1 Die Anfänge in den 1970er Jahren

Die Forschung über die politische Ökologie der Schweiz begann gleichzeitig wie die systematische Abstimmungsforschung Anfang der 1970er Jahre. Geografen, Soziologen und Politologen versuchten regionale Unterschiede und Kontexteffekte in den Ergebnissen von kantonalen oder eidgenössischen Volksabstimmungen zu erklären. So verschieden der fachliche Hintergrund dieser Pioniere war, so verschieden waren auch ihre Fragestellungen. Der Geograf Monsch (1973) verfolgte eine regionalgeografisch-raumwissenschaftliche Perspektive und war vor allem an der Methodik interessiert. Der Politologe Gilg (1976; 1987) wollte die sozioökonomische und kulturelle Basis von politischen «Hochburgen» untersuchen. Die Soziologen Nef (1980) und Joye (1987) schliesslich hatten die Absicht, politische Konflikte als soziale Konflikte zu identifizieren und individuelles politisches Verhalten als determiniert durch das soziale und kulturelle Umfeld oder Milieu zu erklären.

Trotz dieser unterschiedlichen Zielsetzungen gingen alle erwähnten Autoren methodisch ähnlich vor. Sie korrelierten die Ja-Stimmen-Anteile von auf politische Raumeinheiten aggregierten Abstimmungsergebnissen, identifizierten verwandte Vorlagen und extrahierten daraus grundlegende Konfliktdimensionen. In den meisten Fällen wurde eine Faktorenanalyse über die Matrix der prozentualen Ja-Stimmenanteile mit den Abstimmungen als Variablen und den Kantonen oder Bezirken als Fälle durchgeführt. Je nach disziplinärem Hintergrund wurden die resultierenden Faktoren anders benannt. So heissen sie «politische Präferenzdimensionen» bei Nef (1980) und Gilg (1987), «conflits fondamentaux» bei Joye (1987).

Weil es seit 1872 regelmässig bundesweite Abstimmungen gibt, lag auch der Vergleich über die Zeit nahe. Die weitreichendsten Längsschnittanalysen stammen von Joye (1987) und von Nef (1988). Joye arbeitete mit nach Kantonen aggregierten Daten, Nef verwendete Bezirksaggregate. Beide stellten einen dominierenden Konflikt zwischen klassischer Rechten und klassischer Linken fest, der sich über das

gesamte 20. Jahrhundert hinzieht. Die zweite Dimension von Joye (1987) beschreibt einen Konflikt zwischen Reformfreudigkeit und Reformfeindlichkeit, der sich als Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie zeigt. Joye nimmt auch eine Stabilitätsprüfung vor und kann zeigen, dass beide Konfliktdimensionen über rund 100 Jahre unabhängig voneinander persistieren. Einzig in den 1930er Jahren fallen beide Konflikte zusammen.

2.6.5.2 Regionale politische Kulturen

Der Soziologe Nef (1980) publizierte eine viel beachtete Studie zu den sozialstrukturellen und kulturellen Faktoren, die das Abstimmungsverhalten determinieren. Darin identifizierte er vier politisch-kulturelle Makroregionen der Schweiz. In seiner Analyse bezog sich Nef auf das Konzept der politischen Kultur von Meier und Rosenmund (1978; 1982), das auf dem Konzept des kollektiven Gedächtnisses nach Maurice Halbwachs (1991 [1950]) basiert. Meier/Rosenmund argumentieren in ihrer Ausführung ähnlich wie die Urväter der Political-culture-Ansätze von Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) sowie der soziologischen (Pappi 1970) und politikwissenschaftlichen Konzeptionen von politischer Kultur (Berg-Schlosser 1972). Mit dem regionalen Fokus liegen sie auch nahe bei der regional-historischen Lesart von politischer Kultur der beiden Deutschen Wehling (1985) und Rohe (1982). Meier und Rosenmund bezogen sich jedoch nicht auf die bestehenden theoretischen Ansätze zur politischen Kultur und schafften damit in terminologischer Hinsicht den Anschluss an den internationalen Diskurs nicht, was zu einer gewissen Isolation der schweizerischen Arbeiten führte.

Meier/Rosenmund (1978; 1982) unterschieden eine materielle Ebene und eine immaterielle Ebene der politischen Kultur. Zur *materiellen politischen Kultur* gehören nach Meier/Rosenmund: Erstens die politischen Institutionen und Organisationen, zweitens die Güter, die aus dem politischen Prozess hervorgehen, und drittens das politische Leben insgesamt und das politische Verhalten im Besonderen. Die *immaterielle politische Kultur* wirkt als Gedächtnishintergrund für das politische Bewusstsein und Handeln. Es wird geprägt durch historische Bilder und kulturformende Faktoren wie Sprache und Bilder.

Nef (1980) identifiziert in seiner Studie aufgrund seiner Faktorenwerte des Abstimmungsverhaltens und weiterer soziodemografischer und kultureller Variablen drei Haupttypen der politischen Kultur in der Schweiz: Die *retrospektiv-binnengerichtete Kultur* mit den katholischen Deutschschweizer Kantonen des ehemaligen Sonderbundes, die *prospektiv aussengerichtete Kultur* bestehend aus den mehrheitlich französischsprachigen Kantonen und dem Tessin und die Zentralkultur mit den übrigen

Kantonen. Die Zentralkultur unterteilte er dabei nach dem Zentrum-Peripherie-Muster in eine ökonomisch *hoch entwickelte Region der Zentralkultur* mit den Deutschweizer Kantonen des goldenen Dreiecks zwischen Basel, Bern und Zürich und eine ökonomisch *tief entwickelte Region der Zentralkultur* mit den Ostschweizer Kantonen. Nefs Typologie der politisch-kulturellen Makroregionen ist dem Schema der interregionalen Beziehungen nach Hechter (1974) sehr ähnlich, das innerstaatliche Hierarchien und regionale Differenzen aus dem Zusammenspiel ökonomischer und kultureller Dominanz und Subordination erklärt. Dabei orientiert sich die Typologie Nefs jedoch vor allem an der sprachlichen Trennung und der historischen Lagerbildung des 19. Jahrhunderts zwischen Katholisch-Konservativen und Liberalen. Die sozioökonomische Differenzierung und ihre Auswirkung auf die politische Kultur werden praktisch ausgeblendet bzw. im Falle der Zentralkultur nur als sekundär behandelt.

2.6.5.3 Kritik am ökologischen Ansatz

Wo inhaltliches und methodisches Neuland betreten wird, da sind auch die Kritiker nicht weit. Nachdem die ersten Arbeiten erschienen waren, wurde der ökologische Ansatz von verschiedenen Seiten scharf kritisiert. Die Kritik war derart heftig, dass die Ansätze nicht mehr weiter verfolgt wurden.

Der Berner Professor Peter Gilg (1987), der selbst zu den Pionieren der Abstimmungsökologie gehört, benennt vor allem die methodischen Probleme und die Grenzen des Ansatzes. Seine zentralen Kritikpunkte betreffen die Eignung der Volksabstimmungen als Indikatoren, insbesondere die Vergleichbarkeit der Abstimmungen. Er weist darauf hin, dass Abstimmungsvorlagen häufig inhaltlich mehrdimensional sind und es deshalb nicht immer klar sei, welche politische Präferenzdimension angesprochen wird. Ein zweiter Punkt betrifft den Bias, der durch den Abstimmungstyp entstehe. Insbesondere bei den «Oppositionsinstrumenten» Initiative und fakultatives Referendum sei in den Abstimmungskämpfen auch die Urhebererschaft thematisiert. Als dritter Punkt weist Gilg darauf hin, dass häufig ein und dieselbe Vorlage nicht im ganzen Land in derselben Art und Weise interpretiert würden. Besonders zwischen den Sprachregionen, die jeweils einen eigenen Diskursraum bilden, gäbe es nicht selten erhebliche Unterschiede in der Interpretation der Abstimmungsinhalte. Schliesslich verweist Gilg auch auf die «Lückenhaftigkeit» der Datenbasis, weil möglicherweise relevante politische Präferenzdimensionen über längere Zeit nicht zur Abstimmung kommen. Aus diesen genannten Gründen plädiert Gilg für eine sehr selektive Auswahl derjenigen Abstimmungen, die zur Bestimmung der Präferenzdi-

mensionen und zur Identifizierung und Beschreibung von regionalen politischen Kulturen verwendet werden sollen.

Die Kritikpunkte von Erich Gruner (1987) sind grundsätzlicher Art. Er zweifelt am Ansatz generell und hält diesen für indäquat. Seine zentralen Kritikpunkte sind die Heterogenität des Datenmaterials aus den Volksabstimmungen – es würden dabei unzulässigerweise Äpfel mit Birnen verglichen – und die Theorielosigkeit des Verfahrens. Den soziologisch orientierten Arbeiten unterstellt er einen Zirkelschluss, da sie aus dem Abstimmungsverhalten ein Artefakt «politische Kultur» konstruierten und dieses wiederum zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens verwenden würden.

Epple (1997; 1998) bemängelt die einseitige Fokussierung und Überbewertung persistierender Konfliktachsen und eine Blindheit gegenüber historischen Prozessen und strukturellem Wandel. Dieses Problem liegt nach Epples Ansicht in der Methode, weil die Faktorenanalyse auf Korrelationen über eine bestimmte Zeitspanne basiert. Wenn sich nun aber in bestimmten Orten die Grundorientierung ändere, so die Argumentation von Epple, dann würde das bei an sich inhaltlich verwandten Abstimmungsvorlagen eine geringe Korrelation ergeben. Dementsprechend würde das Verfahren nur die über die ganze Zeit persistierenden Konfliktdimensionen erkennen und den sozialen, politischen und den räumlichen Wandel systematisch ausblenden.

Die harsche Kritik aus der politologischen Fachwelt führte dazu, dass die ökologische Abstimmungsforschung in der Schweiz nicht mehr weiter vorangetrieben wurde. Wohl gab es nach wie vor Aggregatdatenanalysen einzelner Abstimmungen – vor allem die Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992 wurde mehrfach auf alle möglichen statistischen Einflussfaktoren getestet. Eine methodisch verfeinerte Neuauflage der politischen Ökologie zur Identifizierung und Beschreibung der regionalen politischen Mentalitäten blieb jedoch aus.

2.7 Innovationen und Neuauflage der Abstimmungsökologie

Das Unterfangen, die Ergebnisse der eidgenössischen Volksabstimmungen zu nutzen, um eine politisch-mentale Topografie der Schweiz zu zeichnen, bleibt unseres Erachtens lohnend und fruchtbar. Insbesondere um die Auswirkungen des ökonomischen, des sozialen und des räumlichen Strukturwandels auf die regionalen Mentalitäten zu untersuchen, bilden die eidgenössischen Volksabstimmungen in Kombination mit den Daten der eidgenössischen Volkszählungen eine ideale Grundlage. Für eine Neuauflage der politischen Ökologie ist es jedoch wichtig, sich mit der geübten Kritik auseinanderzusetzen. Die grundsätzlichen Kritikpunkte am Ansatz bezüglich Adäquanz, Theorielosigkeit und zirkulärer Erklärung müssen argumentativ ausgeräumt werden können. Den methodischen Kritikpunkten muss mit methodischen Innovationen begegnet werden.

2.7.1.1 Theoriegeleitete Abstimmungsökologie

Ein wesentlicher Faktor, dass vor allem die soziologisch orientierte Abstimmungsökologie auf grosse Skepsis bei der schweizerischen Politikwissenschaft stiess, ist u. E. die «theoretische Isolation» der Arbeiten von Nef, Meier, Rosenmund und Ritschard. Zwar drangen diese Soziologen inhaltlich und thematisch in die Domäne der Politikwissenschaften ein und entwickelten theoretische Konzepte der politischen Kultur, ein theoretischer bzw. terminologischer Anschluss an den politikwissenschaftlichen Diskurs fand jedoch nicht statt. Dies vermag den Vorwurf der Theorielosigkeit des ökologischen Ansatzes teilweise entschärfen. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass die faktorenanalytische Extraktion von Konflikt- bzw. Präferenzdimensionen aus einer Menge von Volksabstimmungsergebnissen ein induktives Vorgehen impliziert.

Die Theorielosigkeit ist jedoch in keiner Art und Weise durch die Methodenwahl vorgegeben, denn auch eine Interpretation von deskriptiven oder explorativen Datenanalysen kann und soll theoriegeleitet sein. Wie wir im nächsten Kapitel zur Methodik (vgl. Kap. 3.1) ausführlich darlegen, ist gerade für kontextbezogene Fragestellungen ein iteratives, hermeneutisches Vorgehen angebracht, das Analyse- und Interpretationsschritte auf der Datenseite mit der Verankerung dieser Interpretation in der sozialwissenschaftlichen Theorie kombiniert.

Die Kritik des Zirkelschlusses vom politischen Verhalten auf die politische Kultur, die dann wiederum zur Erklärung des politischen Verhaltens verwendet wird, muss als Resultat eines unglücklichen Fehlschlusses von der verwendeten Methode auf die Fragestellung gesehen werden. Ein solcher Zirkelschluss würde tatsächlich vorliegen,

wenn es primär darum ginge, die Abstimmungsergebnisse mit der Variable «politische Kultur» zu erklären. Aus einer soziologischen und auch einer sozialgeografischen Perspektive stehen jedoch die Auswirkungen der Lebensbedingungen und des sozialen und kulturellen Milieus auf das Abstimmungsverhalten im Zentrum der Untersuchung. Man misst also das Abstimmungsverhalten in den Regionen und rekonstruiert daraus regionale politische Mentalitäten, die durch soziale und kulturelle Faktoren erklärt werden können.

2.7.1.2 Methodische Innovationen

Die von Gilg (1987), Seitz (1996) oder (Epple 1998) geäusserten Kritikpunkte an der Abstimmungsökologie beziehen sich vor allem auf die Eignung der Volksabstimmungen für die Identifizierung von regionalen politischen Kulturen und auf die Eignung der Faktorenanalyse für Längsschnittanalysen. Keiner der Kritiker äusserte sich jedoch über das verwendete Aggregationsniveau der Abstimmungsergebnisse.

Die Frage des Aggregationsniveaus ist unseres Erachtens jedoch eines der wichtigsten methodischen Probleme an den bisherigen Arbeiten. Wie bereits weiter oben ausgeführt, hängen die Ergebnisse von Aggregatdatenanalysen mitunter vom Aggregationsniveau ab. Bei grösseren Aggregationseinheiten werden die Korrelationen tendenziell zwar stärker, aber kleinräumige Strukturierungen werden ausgeblendet. Die Verwendung von Kantonsaggregaten ist aus verschiedenen Gründen zu verwerfen: Erstens sind die Kantone sehr unterschiedlich in ihrer Grösse⁴⁸, zweitens bilden die Kantone die kulturelle Differenzierung und die Zentrum-Peripherie-Dimension des Landes ab, nicht aber die sozioökonomische Differenzierung (vgl. Hermann et al. 2005), und schliesslich bietet sich auch ein mathematisches Problem für die Faktorenanalyse, die nur stabile Ergebnisse bieten kann, wenn die Anzahl der Fälle grösser ist als die Anzahl der Variablen (Bortz 1993). Mit 25 resp. 26 Kantonen und Halbkantonen hat man aber viel zu wenig Merkmalsträger für die Extraktion von stabilen Faktoren aus rund 200 Abstimmungen. Das Aggregationsniveau von Gemeinden oder zumindest von Bezirken ist bedeutend adäquater als jenes von Kantonen.

Für unsere eigene faktoranalytische Analyse der Volksabstimmungen sind vier methodische Innovationen zentral, durch die sie sich von vorangegangenen ähnlichen Analysen markant unterscheidet. Die wesentlichen methodischen Innovationen werden hier kurz aufgelistet. Ausführlich beschrieben sind sie im Kapitel 3.

⁴⁸ Die Grösse der 26 Kantone variiert im Jahre 2000 zwischen dem kleinsten Kanton Appenzell Innerrhoden mit 14'600 Einwohnern und dem grössten Kanton Zürich mit 1'247'900 Einwohnern (vgl. Odermatt/Wachter 2004).

1. *Aggregationsniveau:* Mit der Verwendung der Gemeindeergebnisse, die seit 1981 vom Bundesamt für Statistik gesammelt werden, steht uns eine um ein Vielfaches reichere und differenziertere Datengrundlage zur Verfügung als den Arbeiten von Joye (1984), Nef (1980) oder Gilg/Frischknecht (1976). Anders als die Kantonsresultate erfassen die Gemeindeergebnisse insbesondere in den Agglomerationen auch kleinräumige, durch soziale Segregation bedingte Unterschiede. Mit der Anzahl von rund 3000 Fällen werden die Faktorergebnisse ausreichend bestimmt und sind stabil (vgl. Kapitel 3.2).⁴⁹
2. *Abstimmungsinhalte:* Parallel zur statistischen Faktorenanalyse der Abstimmungsergebnisse wird eine inhaltliche Analyse der Abstimmungskämpfe durchgeführt. Mit Hilfe der artikulierten politischen Ziele von Befürwortern und Gegnern können die politischen Inhalte der Vorlagen erschlossen werden und in einem weiteren Schritt zur Interpretation und Benennung der extrahierten Dimensionen verwendet werden. Weil einer Vorlage mehrere Ziele zugeordnet werden, bildet die inhaltliche Mehrdimensionalität kein Problem. Indem die resultierenden Präferenzdimensionen als mehrdimensionaler orthogonaler Raum interpretiert werden, können Vorlagen, die eine inhaltliche oder eben auch eine ideologische Mehrdimensionalität aufweisen, in ihre Komponenten zerlegt werden (vgl. Kapitel 3.2).
3. *Mapping:* Aus den extrahierten unabhängigen Konflikt- bzw. Präferenzdimensionen eines politischen Raumes wird ein kartesisches Koordinatensystem gebildet. Mit der kartografischen Darstellung der Gemeinden und der verschiedenen Regionen können im gleichen Modell räumliche Mikro- und Makrostrukturen analysiert und verglichen werden (vgl. Kapitel 3.5).
4. *Zeitliche Interpolation:* Die Schwierigkeit, dass eine Faktorenanalyse von Volksabstimmungen, die über einen längeren Zeitraum verteilt sind, nur die persistierenden Konflikte abbilden kann und blind gegenüber Wandel ist, erfordert die Ergänzung der Faktorenanalyse um eine zeitliche Dimension. Mit einem neu entwickelten Verfahren zur Interpolation von Faktorenwerten über die Zeit kann

⁴⁹ Idealerweise würde man die grossen Städte in ihre Stadtkreise und Stadtquartiere unterteilen, um so die Variationsbreite der Gemeindegrössen zu reduzieren und die innerstädtische Differenzierung ebenfalls abbilden zu können. Die Ergebnisse in den Stadtkreisen werden jedoch vom Bund nicht zentral gesammelt, und liegen nur für Genf und Zürich vor. In anderen Städten werden die brieflichen Stimmen nicht auf die Quartiere ausgezählt, was zu sehr starken Verzerrungen führt.

die Statik einer Faktorenanalyse aufgebrochen werden. Insbesondere Veränderungen, die durch den sozialräumlichen Wandel hervorgerufen werden, können so modelliert und sichtbar gemacht werden (vgl. Kapitel 3.4).

5. *Theoretische Einbettung*: Ein fünfter Punkt betrifft die sorgfältige Einbettung der Analyse in die soziologischen, politikwissenschaftlichen und die geografischen Theorietraditionen.

3 Methodik

Die Arbeiten der Forschungsgruppe sotomo bewegen sich thematisch im Schnittbereich von Geografie, Soziologie und Politikwissenschaften. Diese interdisziplinäre Ausrichtung spiegelt sich in den verwendeten und entwickelten Methoden. Die Verankerung der Forschung in verschiedenen wissenschaftlichen Traditionen macht es möglich, unterschiedliche methodische Ansätze und Werkzeuge zu kombinieren und durch die Fokussierung spezifischer Stärken weiter zu entwickeln. Substantielle methodische Entwicklungen wurden in drei Bereichen geleistet. Erstens: durch die Integration der beiden Verfahren Faktorenanalyse und Textanalyse wurde ein neuer Zugang für die Strukturerkennung bei sozialen Daten entworfen. Bisher häufig als gegensätzlich empfundene qualitative und quantitative Forschungstraditionen werden dabei zu einem neuen Ansatz vereint. Zweitens: Die Ergebnisse der Faktorenanalyse wurden mittels eines zeitlichen Interpolationsverfahrens dynamisiert. Hierfür wurden Techniken, die aus dem Bereich der räumlichen Interpolation stammen, übernommen und für die Analyse der Zeit-Dimension umgesetzt. Drittens: Methoden von GIS und Kartografie werden für die Modellierung und Visualisierung von sozialwissenschaftlichen Raummetaphern adaptiert. Damit wird das Konzept der *Spatialization* für wissenschaftliche Bereiche (Sozialgeografie, Politologie usw.) erschlossen, in denen bis heute nur rudimentäre Methoden der Visualisierung Eingang gefunden haben.

Die Verschmelzung und Weiterentwicklung bestehender Analysemethoden ist ein Produkt der interdisziplinären Ausrichtung der sotomo-Forschung, es spiegelt sich darin aber auch der Wandel der Rahmenbedingungen der empirischen Sozialforschung. Der Siegeszug des Computers und die Digitalisierung zunehmender Lebensbereiche haben sowohl die Möglichkeiten der Datenverarbeitung als auch das vorhandene Datenmaterial stark erweitert und verändert. Diese veränderten Rahmenbedingungen ermöglichen und verlangen eine Weiterentwicklung der methodologischen Zugänge. In den ersten Kapiteln des Methodenteils werden deshalb grundsätzliche, methodentheoretische Fragen aufgeworfen und Ansätze vorgestellt, die auf die veränderten Rahmenbedingungen angepasst sind. Im Zentrum steht dabei die «Hermeneutik quantitativer Daten» als methodologisches Konzept zur Analyse von digitalen Handlungsspuren. Vorgestellt wird ausserdem das Prinzip der metapho-

rischen Räume für die Erkundung und Analyse gesellschaftlicher Differenzierungsachsen.⁵⁰

Aufbauend auf das methodologische Fundament wird in den weiteren Kapiteln das konkrete methodische Vorgehen dargelegt. An erster Stelle steht dabei die Konzeption und Konstruktion des Raums der Weltanschauungen auf Basis der Gemeinderesultate der eidgenössischen Volksabstimmungen. Der Text stammt bis auf einige Aktualisierungen aus einem Beitrag in der Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaften (Hermann/Leuthold 2001b). Die zeitliche Dynamik im Raum der Weltanschauungen wird im anschliessenden Kapitel hergeleitet. Das dort vorgestellte Verfahren der zeitlichen Interpolation von Merkmalsräumen wurde im Rahmen der Diplomarbeit von Sandro Bischof (2001) erstmals implementiert. Ein weiteres Kapitel des Methodenteils erläutert den Prozess, der zur kartografischen Visualisierung der politischen Landschaft der Schweiz geführt hat. Die daraus resultierenden Darstellungen haben Eingang gefunden in den «Atlas der politischen Landschaften» (Hermann/Leuthold 2003a).⁵¹ Abschliessend wird in diesem Methodenkapitel die Entwicklung und Berechnung der vier Indizes zur Messung von Soziokulturellen Disparitäten vorgestellt. Diese Indizes wurden in einer Forschungszusammenarbeit mit der Sektion Räumliche Analysen des Bundesamtes für Statistik entwickelt und publiziert (Hermann et al. 2005).

⁵⁰ Zum Thema Methodologie: Hermann/Leuthold 2000; 2001c

⁵¹ Zum Thema Visualisierung: Leuthold et al. 2007.

3.1 Methodologische Grundlagen

3.1.1 Renaissance der Exploration

Die digitale Revolution in den 1990er Jahren hat dazu geführt, dass grosse Mengen von Daten und Texten in digitaler Form gespeichert werden. Dadurch hat sich auch die Verfügbarkeit von wissenschaftlich verwertbarer Information gegenüber den 1980er Jahren um ein Vielfaches erhöht. Die Flut an einfach zugänglicher, wissenschaftlich verwertbarer Information hat Konsequenzen für die empirischen Wissenschaften insgesamt und für die Sozialwissenschaften im Besonderen.

Die Vergrösserung sozialwissenschaftlich verwertbarer Datenbestände und die daraus resultierenden methodologischen Konsequenzen wurden bereits von Erwin Scheuch (1973) erkannt und in René Königs Standardwerk «Handbuch der empirischen Sozialwissenschaften» beschrieben. Scheuch stellt eine Akzentverlagerung weg von der eigenen Datenerhebung und hin zur Sekundäranalyse fest, verweist auf die Bedeutung von Datenbanken und die Möglichkeiten zur Verknüpfung unterschiedlicher Datensätze sowie die Anwendung statistischer Verfahren zur explorativen Analyse und zur Inhaltsanalyse grosser Datenbestände.

In Unkenntnis der später eingetretenen Entwicklungen in der Computertechnologie und des WWW stellte Scheuch in geradezu prophetischer Art, Überlegungen zu den Chancen und Herausforderungen an, die sich der empirischen Sozialforschung durch die Digitalisierung der amtlichen und privaten Datenbestände, Archive, Protokolle etc. stellen (ebd. 168–174; 195–208). Viele von Scheuchs Prognosen sind eingetreten. Was er 1973 nicht ahnte, ist die grosse Datenmenge, die durch die Durchdringung des spätmodernen Alltags mit computergestützten Dienstleistungen anfällt und eine ganz neue Perspektive für die sozialwissenschaftliche Forschung bietet.

Heute, mehr als 30 Jahre später, zeigen sich die Konsequenzen der Digitalisierung offensichtlich: In vielen Fällen ist nicht mehr die Erhebung von Daten in genügend grosser Anzahl das zentrale Problem der empirischen Sozialforschung, sondern deren Selektion und Interpretation, weil das Wissen über den Kontext der Datenproduktion fehlt.

3.1.1.1 Typologie empirisch nutzbarer Daten

Es können vier Grundtypen von Daten systematisch auseinander gehalten werden, die sich aufgrund ihres Herstellungskontexts unterscheiden. Drei Kriterien sind für diese Unterteilung von Bedeutung. Das erste Kriterium unterscheidet zwischen Daten, die spezifisch zur empirischen Überprüfung einer bestimmten Fragestellung hergestellt wurden, und Daten, die allgemeineren Zwecken dienen. Das zweite Kriterium unter-

scheidet Daten, die für wissenschaftliche Zwecke erhoben wurden, und solchen, die in einem ausserwissenschaftlichen Kontext entstanden sind. Das dritte Kriterium teilt zwischen Daten, die systematisch erhoben wurden, und Daten, die als unbeabsichtigte Nebenprodukte angefallen sind. Die Abbildung 8 zeigt, wie sich die vier Grundtypen von Daten aus den drei Kriterien zusammensetzen. Bei den vier Grundtypen handelt es sich um Idealtypen. In der Praxis ist die Abgrenzung oft nicht trennscharf, und manche Datensätze weisen Charakteristiken auf, die nicht nur einem Typus zuzuordnen sind (z.B. Daten von Fernerkundungssatelliten).

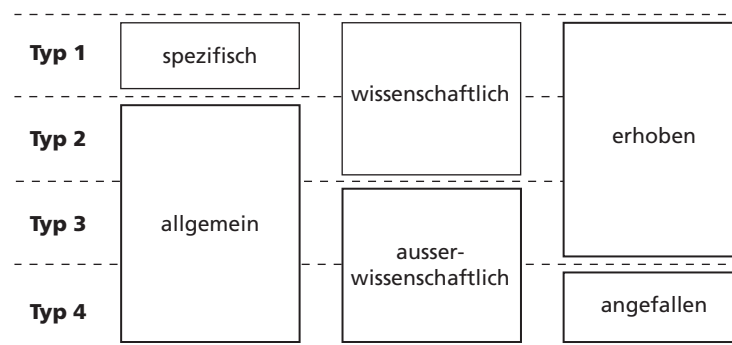


Abbildung 8: Herstellungskontext von wissenschaftlich auswertbaren Daten

Typ 1: Fragestellungsspezifische Daten

Zum Datentyp 1 gehören jene Daten, die traditionellerweise das Fundament der empirischen Sozialforschung gebildet haben. Es sind dies Daten, die eigens für die empirische Untersuchung einer bestimmten Fragestellung erhoben werden. Der Datentyp 1 ermöglicht eine maximale Kontrolle über den Erhebungskontext. Durch eine sorgfältige Operationalisierung können die zu untersuchenden Aspekte der Wirklichkeit massgeschneidert und in den gewünschten Skalen abgebildet werden. Fragestellungsspezifische Datenerhebungen werden typischerweise von denselben Wissenschaftlern durchgeführt, die sie auswerten. Eine Sekundäranalyse derartiger Daten für andere Fragestellung ist vielfach schwierig, weil die Daten aufgrund ihrer spezifischen Ausrichtung in der Regel nicht auf andere Fragestellungen übertragen werden können.

Typ 2: Polyvalente wissenschaftliche Daten

Unter Typ 2 fallen alle Daten, die für den Zweck der (wissenschaftlichen) Analyse erhoben werden. Dazu zählen die klassischen amtlichen Statistiken (Volkszählung, Betriebszählungen, Arealstatistik usw.). Eine zweite wichtige Gruppe bilden Panels und Erhebungsreihen von privaten und öffentlichen Forschungsinstituten (Haus-

haltspanel, Vox-Befragungen, thematische Mikrozensen usw.). Bei Typ 2 ist die Erhebung der Daten ausgelagert und muss nicht von den Forschenden selber durchgeführt werden. Dennoch sind diese Daten auf den Zweck der wissenschaftlichen Analyse zugeschnitten und entsprechend dokumentiert. Sie zeichnen sich für die Anwender deshalb durch einen geringen Bearbeitungsaufwand aus, können aber nicht immer auf die gewünschte Fragestellung zugeschnitten werden.

Ein wichtiges Merkmal von Daten des Typs 2 ist, dass mit diesen ausgedehnte zeitliche, räumliche und inhaltliche Felder abgedeckt werden können. So liegen amtliche Statistiken meist flächendeckend für Staaten und andere politische Einheiten vor. Normalerweise werden Daten, die für polyvalente Analysezwecke erhoben werden, periodisch erneuert, so dass Zeitvergleiche möglich sind. Obwohl bei der Erhebung in der Regel auf eine Harmonisierung mit früheren Datenserien geachtet wird, ändern sich die erhobenen Indikatoren im Laufe der Zeit, so dass Längsschnittanalysen nicht immer mit der gewünschten Präzision durchführbar sind.

Typ 3: Ausserwissenschaftlich erhobene Daten

Daten werden nicht nur für die wissenschaftliche Analyse erhoben, sondern ebenso als Indikatoren für staatliches und unternehmerisches Handeln und zu dokumentarischen Zwecken. Für die Wirtschaftsprüfung werden Buchhaltungen geführt, für den Finanzausgleich werden Daten zur regionalen Wirtschaftskraft erhoben und für die demokratische Entscheidungsfindung werden Wahlen, Abstimmungen und Vernehmlassungen durchgeführt. Diese Daten fließen direkt in die Entscheidungsfindung ein und bilden reale Handlungssituationen ab. Auch wenn sie nicht für wissenschaftliche Analysen erhoben werden, können diese Daten als Abbildungen realer Handlungen für die wissenschaftliche Analyse besonders wertvoll sein. Aufgrund der zunehmenden Digitalisierung sind sie ausserdem immer besser zugänglich und verwertbar.

Die wissenschaftliche Analyse der Daten ist bei Typ 3 nicht die eigentliche Zweckbestimmung, sondern nur ein Nebenprodukt. Deshalb sind diese nicht nach wissenschaftlichen Kriterien systematisiert und dokumentiert. Im Vergleich zu klassischen wissenschaftlichen Datenquellen (Typen 1 u. 2) sind deshalb zusätzliche Anforderungen an die Erschliessung und Strukturierung dieser Daten gestellt (z.B. Abklärungen zur Grundgesamtheit, zur exakten Definition der Variablen, zum Verfahren und zur Qualität der Erfassung, zur Art der Entstehung etc.).

Viele Daten liegen im Schnittbereich zwischen Typ 2 und 3. Das heisst, sie werden zwar nicht für wissenschaftliche Zwecke erhoben, dienen aber der Analyse und Planung. Es sind dies Daten, die als Analysegrundlagen für wirtschaftliche und politische Akteure erhoben werden. Beispiele dafür sind Meinungsumfragen, Konjunktur-

Barometer oder Immobilien-Monitore. Wie bei den Daten des Typs 2 ist bei diesen ausserwissenschaftlichen Analysedaten (Typ 3) meist ein direkter Zugriff ohne zusätzlichen Erschliessungsaufwand möglich. Vor allem im privatwirtschaftlichen Kontext führen Kosten-Nutzen-Überlegungen jedoch häufig zu einem im Vergleich zum wissenschaftlichen Kontext gesenkten Anspruch an die Datenqualität.

Typ 4: Angefallene Daten

Der vierte Typ wird von Daten gebildet, die nicht im eigentlichen Sinn erhoben werden, sondern in Form von Handlungsspuren anfallen. Dieser Datentyp ist ein Ergebnis der Digitalisierung menschlicher Interaktionen. Eine der wichtigsten Quellen für angefallene Daten bildet das WWW, das als Informationsplattform immer weitere Bereiche des sozialen Handelns digital abbildet. Aber auch ausserhalb des Webs werden Informations- und Kommunikationsprozesse zunehmend digital abgewickelt. Zeitungen, Geschäftsberichte und Dokumentationen aller Art sind auf elektronischen Trägern gespeichert. Ebenso wird ein wachsender Anteil der alltäglichen, zwischenmenschlichen Kommunikation als Mail- und sms-Verkehr auf digitaler Basis geführt. Elektronische Protokolle werden bei Einkäufen (z.B. Scannerkassen, Geldautomaten), Reisen (z.B. SBB-Ticketautomaten) oder Kinobesuchen (z.B. Cinecard) erzeugt. Durch die nachträgliche Digitalisierung von Archiven und Bibliotheken werden seit einigen Jahren auch Handlungsspuren, die ursprünglich nur in Papierform aufgezeichnet wurden, für die elektronische Bearbeitung nutzbar gemacht.

Handelt der Mensch in einem digitalisierten Kontext, hinterlässt sein Handeln eine digitale Datenspur, die Basis für die wissenschaftliche Analyse sein kann. Angefallene Daten müssen nicht eigens erhoben werden, unter Umständen ist jedoch der Aufwand gross, sie in eine wissenschaftlich verwertbare Form zu bringen. Ausserdem sind jene Daten, die von Unternehmen aufgezeichnet werden, vielfach nicht für die allgemeine wissenschaftliche Analyse zugänglich.

Bezüglich der Kontrolle des Erhebungskontexts unterscheidet sich Typ 4 radikal von Typ 1. Das heisst, auf den Kontext der Erhebung kann praktisch kein Einfluss genommen werden, ausserdem ist dieser Kontext häufig nicht einmal bekannt. Das grosse Plus angefallener Daten ist jedoch, dass diese es ermöglichen, in grossem Umfang alltägliche Handlungen in ihrem «natürlichen» Kontext⁵² zu untersuchen. Etwas, was im nicht-digitalen Bereich nur punktuell und in kleinem Umfang durch Beobachtung möglich ist.

⁵² Als im «natürlichen» Kontext oder der «natürlichen» Situation erhoben werden in der empirischen Sozialforschung Daten bezeichnet, die nicht auf einer künstlich herbeigeführten Situation, wie bei einem Experiment oder einer Befragung, basieren (vgl. Atteslander 2000: 59f.).

3.1.1.2 Synthetische Daten und Handlungsspuren

Im Zuge der digitalen Revolution ist nicht nur die Menge an verfügbaren Daten angestiegen, sondern es ist zu einer Verlagerung in der relativen Bedeutung der vier Datentypen gekommen. Im Verhältnis zu den klassischen wissenschaftlichen Datentypen (1 u. 2) haben ausserwissenschaftlich erhobene Daten (Typ 3) und angefallene Daten (Typ 4) stark an Bedeutung gewonnen. Diese Verlagerung ist insbesondere im Bereich der sozialwissenschaftlichen Daten von grundlegender Bedeutung. Zur Charakteristik der Datentypen drei und vier gehört, dass sie häufig reale Handlungen in ihrem «natürlichen» Kontext erfassen. Offensichtlich ist dies bei angefallenen Daten. Diese Daten zeichnen Handlungen unmittelbar bei ihrer Entstehung auf. Die Handelnden befinden sich dabei in ihrem alltäglichen Handlungsfluss und sind sich der Aufzeichnung ihrer Handlungen meist nicht bewusst. Bei Typ 3 erfolgt zwar eine Erhebung der Daten, mit diesen Erhebungen werden jedoch häufig reale Handlungssituationen protokolliert. So sind zum Beispiel Volksabstimmungen zwar Datenerhebungen, diese Erhebungen sind jedoch Teil eines realen Handlungsprozesses mit Implikationen für die Handelnden.

Im Gegensatz dazu erlauben klassische sozialwissenschaftliche Daten häufig keinen Zugang zum Handeln in seinem «natürlichen» Kontext. Mittels Befragung wird in einer synthetischen Situation versucht, reale Handlungen und Motive zu erschliessen. In einer künstlichen Befragungssituation kann jedoch das reale Handeln, auf das geschlossen werden soll, nicht immer verzerrungsfrei wiedergeben werden, denn die Befragten sind sich der künstlichen Handlungssituation bewusst und reagieren deshalb nicht immer in derselben Art, wie sie es im alltäglichen Kontext täten. Nicht alle klassisch sozialwissenschaftlichen Daten haben jedoch synthetischen Charakter. So können mit der Methode der Beobachtung Handlungen in ihrem «natürlichen» Kontext erfasst werden. Unter Anwendung von digitalen Aufzeichnungs- und Auswertungsmethoden kann dabei das Potenzial der wissenschaftlichen Beobachtung stark gesteigert werden.

Dank der digitalisierten Erfassung von Handlungsspuren ist es heute möglich, mit geringen Grenzkosten eine grosse Zahl von Fällen zu erfassen. Vielfach können bestimmte Handlungsfelder komplett abgedeckt werden (z.B. bei Volksabstimmungen). Die Problematik kleiner Stichproben und den damit verbundenen Fehlerquellen (z.B. α -Fehler), wie sie häufig bei synthetischen Daten besteht, verliert durch die Aufzeichnung digitaler Handlungsspuren an Bedeutung.

Der primäre Schwachpunkt von «natürlichen» Daten ist das Fehlen von Kontrollmöglichkeiten über den Erhebungsinhalt und -kontext. Während bei synthetischen Daten-

erhebungen die gewünschte Information in der gewünschten Form abgefragt werden kann, muss man sich bei der Aufzeichnung von Handlungsspuren mit dem begnügen, was die untersuchte Handlungssituation hergibt. Ausserdem ist es häufig nicht möglich, von allen untersuchten Individuen alle gewünschten Variablen zu erfassen. Es kann zwar eine grosse Menge an Handlungen erfasst werden, bezogen auf das einzelne Individuum bleibt die Information jedoch meist lückenhaft.

3.1.1.3 Veränderte Rahmenbedingungen der empirischen Sozialforschung

Digital aufgezeichnete Handlungen in ihrem «natürlichen» Kontext bilden ein grosses und wachsendes Potenzial für die sozialwissenschaftliche Forschung. Das Arbeiten mit diesen Datenquellen erfordert jedoch einen eigentlichen Paradigmawechsel in der empirischen Sozialforschung. Das bis heute dominierende kritisch-rationale Paradigma nach Popper (1979 [1932]) ist einseitig auf die Anforderungen synthetischer Datenquellen ausgerichtet. Gemäss kritisch-rationalem Paradigma besteht das Ziel der empirischen Sozialforschung darin, deduktiv entwickelte Hypothesen mittels konfirmatorischer Empirie zu verifizieren oder zu falsifizieren. Die Wahl der Erhebungsinstrumente (Fragebögen o. ä.) und die zu erhebenden Variablen leiten sich dabei aus der zu prüfenden Hypothese ab. Ziel des streng deduktiven Vorgehens ist die theoretische Fundierung der Empirie und die Vermeidung von Fehlschlüssen (vgl. auch Lenk 1986: 52–76; Schneider 1998: 127–137). Die Dominanz des deduktiv-konfirmatorischen Paradigmas hat jedoch auch pragmatische Gründe. Bis in die 1990er Jahre gab es wenig Alternativen zu einem massgeschneiderten empirischen Forschen, da das Angebot an sozialen Daten klein und der Aufwand für eigene Datenerhebungen gross war. Datenerhebungen mussten deshalb effizient und zielgerichtet sein, was nur dann möglich ist, wenn klare Hypothesen vorliegen.

Die äusseren Voraussetzungen der sozialwissenschaftlichen Empirie haben sich im digitalen Zeitalter grundlegend gewandelt. Grosse Mengen von elektronisch aufgezeichneten und verwertbaren Handlungsspuren liegen sprichwörtlich auf der Strasse und brauchen nur noch aufgehoben zu werden. Die neuen Datenquellen decken dabei bestimmte Handlungskontexte vollständig ab und sind deshalb für explorative Zugangsweisen geeignet. Aufgrund ihres Umfangs und ihrer inhaltlichen Tiefe können sie überhaupt nur mittels Exploration durchdrungen werden.

Die dazu nötigen statistischen Werkzeuge wie Faktorenanalyse (Thurstone 1947), Clusteranalysen (Tryon 1939) und multidimensionale Skalierung (Kruskal/Wish 1978) wurden bereits vor Jahrzehnten entwickelt. Erst mit der digitalen Revolution sind jedoch die Voraussetzungen gegeben, um das Potenzial dieser Werkzeuge auszuschöpfen. Zusätzlich zu den statistischen Werkzeugen hat sich in den vergangenen

Jahren unter der Bezeichnung *Data Mining* ein neuer Zweig der Informationswissenschaften gebildet (Hand et al. 2001). Das Ziel von Data Mining ist das Aufspüren und Extrahieren von Informationen aus grossen Datenmengen. Der Extraktions- und Aufarbeitungsprozess wird dabei mit Software-Agenten, Such- und Filterprogrammen automatisiert. Data Mining bildet die Grundlage für die Bearbeitung von angefallenen Daten, bei denen die verwertbaren Teile aus einer unüberschaubaren Datenmenge extrahiert werden müssen.

Auch wenn die methodischen Voraussetzungen für explorative Analysen heute gegeben sind, ist das theoretische Verständnis für diese Art der Analyse in den Sozialwissenschaften noch wenig entwickelt. Aufgrund des herrschenden kritisch-rationalen Paradigmas hat der explorativen Datenanalyse jahrzehntelang das Stigma der «naiven Empirie» und der «Theorielosigkeit» angehaftet, so dass der entsprechende Forschungszugang nicht gepflegt wurde (vgl. die Kritik an der ökologischen Abstimmungsforschung in Kapitel 2.6.5; Lenk 1986). Die Anwendung und Entwicklung explorativer Methoden wurde deshalb vor allem von technisch-methodischer Seite vorangetrieben, die Verankerung im sozialwissenschaftlichen Theoriegebäude blieb jedoch aus (vgl. Scheuch 1973: 195–208). Die theoriebezogenen Sozialwissenschaften und die explorative Datenanalyse haben bis heute noch kaum zusammengefunden. Die Potenziale neuer Datenquellen und Methoden können jedoch vor allem dann ausgeschöpft werden, wenn die technisch-methodischen und die inhaltlich-theoretischen Perspektiven miteinander verflochten werden.

3.1.2 Entwurf einer quantitativen Hermeneutik

Digitale Handlungsspuren und insbesondere angefallene Daten bedürfen eines spezifischen theoretischen Erkenntniskonzepts. Ein fruchtbarer Anknüpfungspunkt bildet dafür die wissenschaftliche Methode der Hermeneutik. Es ist dies eine Methode, die für das Verstehen und Auslegen von textlichen Quellen entwickelt wurde. Ähnlich wie bei modernen digitalen Handlungsspuren handelt es sich bei klassischen Textquellen, wie sie beispielsweise in den Geschichtswissenschaften verwendet werden, um Spuren von Handlungen in ihrem «natürlichen» Kontext. Historische Texte sind wertvolle Datenquellen, typisch für «natürliche Daten» ist jedoch, dass der Forschende keine Kontrolle über die Datenproduktion ausüben kann und sich somit mit dem begnügen muss, was vorhanden ist. Die Ansätze und Erfahrungen der Hermeneutik bilden deshalb ein gutes Fundament für die Arbeit mit digitalen Handlungsspuren. In beiden Bereichen ist das Entwickeln eines Verständnisses für den Kontext der Datenproduktion und dafür, was die Daten überhaupt abbilden, von entscheidender Bedeutung. In Anlehnung an die klassische Hermeneutik entwickeln wir ein Konzept für

eine «Hermeneutik quantitativer Daten», als theoretisches Erkenntniskonzept für die verstehende Auswertung von digitalen Handlungsspuren.

3.1.2.1 Hermeneutik

Hermeneutik ist die Wissenschaft des Verstehens, Auslegens und Interpretierens von Texten. Sie stammt ursprünglich aus der Theologie, als Kunst des Auslegens von Bibeltexten. Von Friedrich Schleiermacher (1768–1834) wurde die Hermeneutik erstmals als wissenschaftliche Methode bzw. Technik des Verstehens für die Geisteswissenschaften propagiert.⁵³ Seither gehört die Hermeneutik zum Methodenkatalog der historischen Wissenschaften. Der Philosoph, Psychologe und Erziehungswissenschaftler Wilhelm Dilthey (1833–1911) erhob die Hermeneutik zur gemeinsamen Methode für die Geistes- und Sozialwissenschaften, gewissermassen als Gegenpart zu den Methoden der exakten Naturwissenschaften, mit welcher der innere Sinn sämtlicher Lebensäusserungen erschlossen werden kann.⁵⁴

«Wir nennen den Vorgang, in welchem wir aus Zeichen, die von aussen gegeben sind, ein Inneres erkennen. Verstehen. [...] Dies Verstehen reicht vom Auffassen kindlichen Lallens bis zu dem des Hamlets oder der Vernunftkritik. Aus Steinen, Marmor, musikalisch geformten Tönen, aus Gebärden, Worten und Schrift, aus Handlungen, wirtschaftlichen Ordnungen und Verfassung spricht derselbe menschliche Geist zu uns und bedarf der Auslegung» (W. Dilthey: «Die Entstehung der Hermeneutik» zit. in Schneider 1998: 99).

Seit Dilthey ist die Hermeneutik auch für die Sozialwissenschaften zu einer wichtigen Methode geworden. Zum einen liegen die empirischen Quellen häufig in textlicher Form vor, und zum anderen werden mit der Verwendung eines erweiterten Textbegriffes, wie ihn Dilthey formulierte (vgl. Zitat oben), sämtliche Produkte des menschlichen Handelns als Texte betrachtet und mit einem hermeneutisch-interpretativen Zugang analysiert. In jüngster Zeit beschäftigen sich Soziologen vermehrt mit «Texten» im weiteren Sinn. Dazu gehören nicht-schriftliche Kommunikationsformen wie Fotos, Filmaufnahmen und Audiodokumente, aber auch Objekte, die nicht nur und nicht primär der Kommunikation dienen, so wie Design-Objekte oder Strassenzüge in Grossstädten.

⁵³ Die wichtigsten Schriften Schleiermachers zur Hermeneutik wurden erst 1838 posthum von seinem Schüler Friedrich Lücke herausgegeben unter dem Titel «Hermeneutik und Kritik mit besonderer Beziehung auf das Neue Testament». Eine neuere Edition stammt von Manfred Frank (1977).

⁵⁴ Diltheys Hauptwerke zur Hermeneutik, in denen er sein psychologisierendes Konzept des Verstehens entwickelt, sind: «Die Entstehung der Hermeneutik» von 1900 und «Das Erlebnis der Dichtung» von 1911.

Aufgrund des offenen Textbegriffs und der Verbreitung der Hermeneutik in einem breiten disziplinären Spektrum (Theologie, Rechtswissenschaften, Literaturwissenschaften, Sozialwissenschaften, historische Wissenschaften etc.) gibt es eine Vielzahl von «speziellen Hermeneutiken». Einen Überblick über die verschiedenen Hermeneutiken in den Sozialwissenschaften gibt eine Publikation von Ronald Hitzler und Anne Honer (1997). Die beiden Herausgeber zeigen darin auf, dass nicht nur die Textarten, die einer hermeneutischen Interpretation unterzogen werden können, sehr verschieden sind, sondern dass auch die Ziele der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik sehr stark variieren. So unterscheiden sie sehr grob die «biografieanalytisch applizierten Verfahren», die in der sozialwissenschaftlichen Biografieforschung zur Auswertung von narrativen Tiefeninterviews verwendet werden, die «Textstrukturell interessierten Verfahren» und die «kulturtheoretisch orientierten Verfahren», deren Forschungsinteresse vor allem in der Aufdeckung der in Texten verborgenen Tiefenstrukturen liegt.

3.1.2.2 Hermeneutik in der Geografie

Die Hermeneutik als explizites Verfahren hat in der Geografie (zumindest in der deutschsprachigen) eine relativ geringe Bedeutung, obwohl die Geografie eine Kontextwissenschaft *par excellence* ist und sich häufig mit Handlungsspuren des Menschen auseinandersetzt (z.B. Stadtgeografie, Entwicklungsländerforschung, Landschaftsgeografie etc.).

Bereits in den Fünfzigerjahren stellte Wolfgang Hartke (1956; 1962) die Forderung nach einer Sozialgeografie auf, die sich mit dem «Spurenlesen» in der «Registrierplatte der Kulturlandschaft» beschäftigen sollte (vgl. auch Werlen 2000: 147–161). Hartke hat damit den erweiterten Textbegriff der modernen sozialwissenschaftlichen Hermeneutik für die Geografie adaptiert, ohne sich explizit auf die Hermeneutik zu beziehen. Seine visionäre Idee des «Spurenlesens» fand allerdings keinen Eingang in den geografischen Mainstream. Ausserdem stand die Hermeneutik lange im Ruf, eine rein geisteswissenschaftliche Methode der Textinterpretation zu sein (vgl. Lamnek 1995). Erst in den 1980er Jahren wurden explizite Bezüge zur sozialwissenschaftlichen Hermeneutik hergestellt. Sehr schön hat Gerhard Hard (1985) das Potenzial der hermeneutischen Methode für die Geografie anhand des Beispiels von städtischen Grünanlagen aufgezeigt. Hard betrachtet städtische Grünanlagen als Texte, deren Inhalt für ihr Verstehen gelesen und gedeutet werden muss. In einem hermeneutischen Zirkel interpretiert er die Wahl der Pflanzengesellschaft, die Gestaltung und die Regulative in grossstädtischen Grünanlagen.

3.1.2.3 Hermeneutischer Zirkel

Die Methode der Hermeneutik besteht aus einer Herangehensweise von wechselseitigem Textverstehen und Erweiterung des Vorverständnis' über den Sachverhalt und seinen Kontext. Es ist diese ein zirkulärer Prozess von Lektüre eines Textes, Interpretation des Inhaltes und Erweiterung des Verständnis' dieses Textes. Man spricht deshalb auch vom «Hermeneutischen Zirkel».

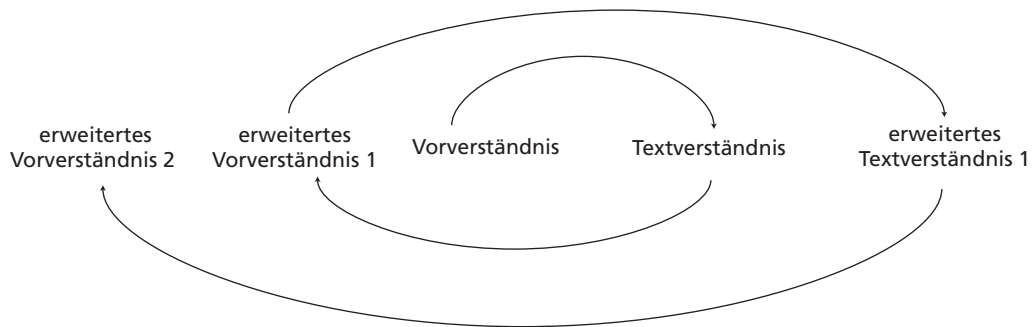


Abbildung 9: Der Hermeneutische Zirkel I: Wechselwirkende Erweiterung von Textverständnis und Vorverständnis (nach Lamnek 1995)

Der zu untersuchende Text wird zunächst mit einem bereits bestehenden rudimentären Vorverständnis gelesen. Dabei wird das ursprüngliche Vorverständnis erweitert und korrigiert. Somit erscheint der Text in einem neuen Zusammenhang. Mit diesem veränderten Vorverständnis wird der Text wiederum gelesen und das Verständnis wiederum revidiert.

Zur Erweiterung des Textverständnisses gehört nicht nur die Einordnung des gesamten Texts in seinen Entstehungs- oder Handlungskontext, sondern ebenso die Einordnung der einzelnen Textbausteine in den Kontext des Gesamttexts. Ergänzend zum äusseren spricht man dabei vom inneren Textverständnis.

Die Bedeutung von Wörtern und Sätzen hängt von der Bedeutung der sie umgebenden Sätze ab, und sie wird durch die Botschaft des gesamten Texts mitgeprägt. Ein erweitertes Verständnis für einen Text verändert deshalb auch das Verständnis für die einzelnen Aussagen in diesem Text. Folglich kann sich die Bedeutung von Aussagen in einem Text bei wiederholtem Lesen verändern. Die Wichtigkeit des inneren Kontexts für das Textverstehen führt somit ebenfalls zu einem zirkulären Modell.

In einem zweiten Hermeneutischen Zirkel wird aus dem Sinn von Textteilen ein Verständnis für den Gesamttext gewonnen und aufgrund des Gesamtzusammenhangs des Textes für die einzelnen Teile ein neues oder erweitertes Verständnis erlangt.

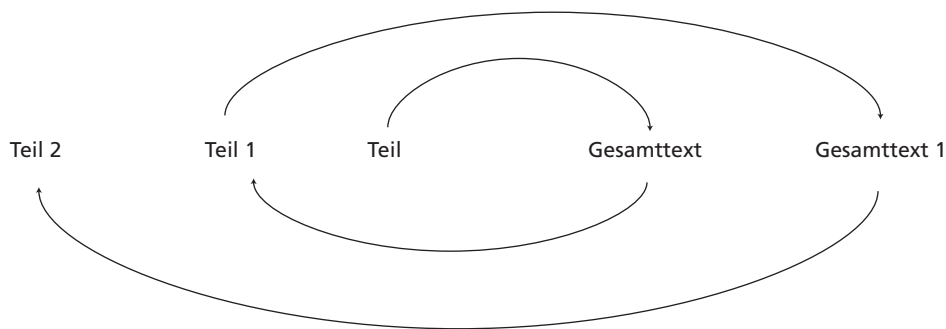


Abbildung 10: Der Hermeneutische Zirkel II: Wechselwirkende Erweiterung des Verständnisses von Textteilen und dem Gesamttext (nach Lamnek 1995)

Die beiden zirkulären Prozesse greifen ineinander, denn auch das Vorverständnis des äusseren Kontexts beeinflusst die wahrgenommene Bedeutung der einzelnen Textteile und umgekehrt.

Der doppelte Hermeneutische Zirkel kann auf Texte im engeren wie auch im weiteren Sinn angewendet werden. Handelt es sich nicht um einen geschriebenen Text, sondern beispielsweise um ein gemaltes Bild, so ist der Textteil nicht ein Satz, sondern eine Figur oder ein Objekt des Bildes. Ist der zu untersuchende Text ein Gespräch, so können einzelne Aussagen, Gesten, der Tonfall der Stimme oder bestimmte Ausdrücke als Textteile betrachtet werden. In jedem Fall bestimmt der Text als Ganzes und sein äusserer Kontext die Bedeutung der Textteile mit, so dass mit einem systematischen zirkulären Vorgehen dessen Sinn und Bedeutung erschlossen werden kann.

3.1.2.4 Hermeneutik quantitativer Daten

Hermeneutik ist eine Methode, die in der Regel auf qualitative Analysewerkzeuge abstützt und für die Bearbeitung von qualitativen Daten bzw. «Forschungsmaterialien» (Strauss 1994) zugeschnitten ist. Das interpretativ-verstehende Paradigma, zu dem die Hermeneutik zählt, wird von vielen Autoren gewissermassen als Antithese zu quantitativen Methoden und Daten gesehen (vgl. z.B. Lamnek 1995; Flick 2000). Die oben beschriebenen Veränderungen der Datenlage, wie sie im letzten Jahrzehnt als Folge von Computerisierung und Digitalisierung erfolgte, legen aber den Schluss nahe, dass diese Gleichsetzung von Hermeneutik und qualitativen Methoden nicht mehr haltbar ist.

Die Kombination von hermeneutischer Methode und quantitativer Datenanalyse kann auf zwei Weisen geschehen. Die erste Art der Verknüpfung kann als «*quantitative Hermeneutik*» bezeichnet werden. Es handelt sich dabei um die Unterstützung der hermeneutischen Erschließung von Textquellen durch quantitative Methoden. Der Einsatz quantitativer Methoden zur Erkenntnisunterstützung ist heute in vielen kul-

turwissenschaftlichen Disziplinen verbreitet. Aufgrund ihrer zunehmenden Digitalisierung sind Forschungsmaterialien wie Texte, Bilder und Dokumente quantitativ auswertbar. Es steht hierfür eine breite Palette von Algorithmen der Strukturerkennung für geschriebene Texte und andere Medien zur Verfügung.

Die zweite Art der Verbindung von Hermeneutik und quantitativer Datenanalyse kann als «*Hermeneutik quantitativer Daten*» bezeichnet werden. Ausgangspunkt dafür ist der erweiterte Textbegriff nach Dilthey. Quantitative Daten, einerlei ob als Reisezeiten, Preise, Längen oder Gewichte gemessen, sind im hermeneutischen Verständnis ebenso Texte wie narrative Abhandlungen. Sie besitzen eine Semantik, die vom inneren und äusseren Kontext abhängt. Bei klassischen wissenschaftlichen Datenquellen ist der Prozess der Erschliessung und Interpretation von Sinn und Kontext allerdings nicht sehr anspruchsvoll. Im Normalfall ist der Herstellungskontext dieser Daten dokumentiert und durch die strukturierte und systematische Erhebung der in den Daten enthaltenen Sinn leicht zugänglich.

Mit der Verbreitung von neuen Datenquellen, die nicht für wissenschaftliche Zwecke erhoben werden, gewinnt das interpretative und kontextverstehende Moment jedoch stark an Bedeutung. Ähnlich wie bei historischen Quellen gilt es aus einer heterogenen Menge von Dokumenten Erkenntnisse zu ziehen, in dem diese Dokumente nach Relevanz und Zuverlässigkeit geprüft werden. Es müssen die Ziele der Datenproduzenten aufgedeckt und die Hintergründe der Datenproduktion erschlossen werden.

Datenquellen des digitalen Zeitalters, die durch die Aufzeichnung realer Handlungssituationen entstehen (vgl. oben), können typischerweise nicht direkt ausgewertet werden, da sie nicht auf die wissenschaftliche Bearbeitung ausgerichtet sind. Als Aufzeichnungen realer Handlungssituationen ist ihr Informationsgehalt zwar potenziell weit grösser als jener von in künstlichen Erhebungssituationen generierten wissenschaftlichen Daten, die Information ist jedoch unstrukturiert im natürlichen Handlungskontext eingewoben und kann nicht immer einfach herausgelöst werden. Es bedarf der detektivischen Kunst des Spurenlesens, um das Erkenntnispotenzial dieser Quellen zu erschliessen.

Die hermeneutische Methode ist ein geeigneter Zugang für die Erschliessung und Analyse von quantitativen Daten als Aufzeichnungen von natürlichen Handlungssituationen. Der Hermeneutische Zirkel kann entsprechend abgewandelt werden: In einem zirkulären Prozess zwischen «Daten lesen», «Daten verstehen» und «Erweiterung des Datenverständnisses» können die Phänomene erschlossen werden, die durch die Daten abgebildet werden.

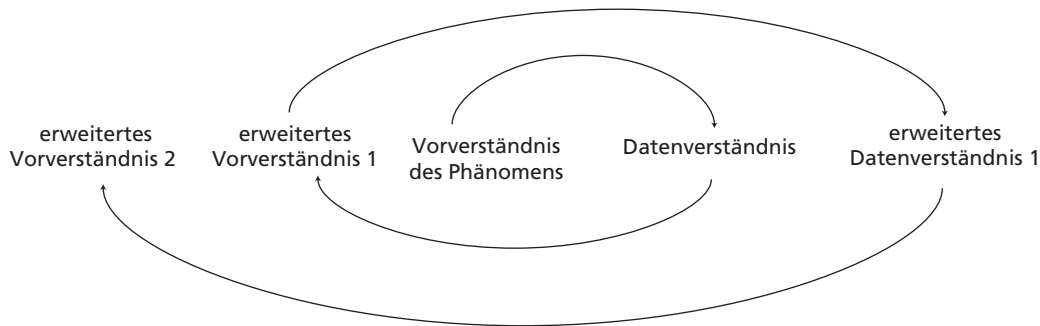


Abbildung 11: Hermeneutik von quantitativen Daten: Zirkuläres Verstehen von quantitativen Daten und den von den Daten abgebildeten Phänomenen durch Datenanalyse (Datenverständnis) und Erweiterung des Vorverständnisses (eigene Darstellung)

3.1.2.5 Vorgehen bei einer «Hermeneutik quantitativer Daten»

Der erste Schritt einer hermeneutischen Analyse ist die unvoreingenommene Lektüre der Textquellen. Bei der hermeneutischen Analyse quantitativer Daten entspricht dieser erste Schritt dem Prozess der Datenerkundung. An Stelle der Werkzeuge der klassischen Hermeneutik werden hierfür Methoden der explorativen Datenanalyse verwendet. Von grosser Bedeutung sind dabei statistische Strukturerkennungsverfahren. Mit dimensionsreduzierenden Verfahren wie der Faktorenanalyse (Überla 1971) oder der Korrespondenzanalyse (Greenacre 1984) können latente Grunddimensionen aus einer grossen Zahl von Variablen extrahiert werden. Mit Gruppierungsverfahren wie der Cluster- oder der Diskriminanzanalyse können Merkmale und Variablen geordnet werden (vgl. Bahrenberg et al. 1992). Iterative Positionierungsverfahren wie die multidimensionale Skalierung (Kruskal/Wish 1978) oder Self-Organizing Maps (Kohonen 1995) helfen Ordnung in komplexen Strukturen zu erkennen.

Neben den statistischen spielen auch Methoden der Visualisierung eine wichtige Rolle für die Erkundung von angefallenen Daten. Dabei kann mit statischen Konzepten wie Karten und digitalen Oberflächen gearbeitet werden oder mit dynamischen, welche die Integration zusätzlicher Dimensionen erlauben. Mit 3D-Rotation oder der «3D grand tour projection», einem Verfahren, bei dem ein n-dimensionaler Raum schrittweise exploriert wird. Indem die einzelnen Dimensionen wechselnd ausgetauscht werden (Asimov 1985; Swayne et al. 1998), können komplexe, mehrdimensionale Zusammenhänge visuell erkannt werden.

Mit dem ersten «Datenlesen» werden die in den Daten eingebetteten Strukturen und Zusammenhänge freigelegt. Im Gegensatz zum deduktiv-konfirmativen Vorgehen ist der explorative Ansatz offen für unerwartete Zusammenhänge und Erkenntnisse, wie sie in digitalen Aufzeichnungen von realen Handlungssituationen enthalten sind. Erst der explorative Zugang zu diesen Daten vermag deren Potenzial auszuschöpfen.

Die Exploration ist jedoch nur ein Schritt im hermeneutischen Erkenntnisprozess. Erkenntnisoffenheit ist zwar die Basis für das Aufspüren von Neuland, das naive Vertrauen auf empirische Eingebung ist jedoch kein geeigneter Ansatz für den Erkenntnisfortschritt. Nur wenn der thematische Kontext der Daten und ihrer Produktion erschlossen wird, können die entdeckten Zusammenhänge eingeordnet und mit bestehendem Wissen in Beziehung gesetzt werden. Vorwissen und Sachkenntnis schärfen den Blick für interessante Fährten und verdeckte Indizien.

Auf Basis der Ergebnisse der explorativen Datenanalyse wird der zweite Schritt des hermeneutischen Zirkels eingeleitet. Unter Rückgriff auf theoretische Ansätze und bestehende wissenschaftliche Erkenntnisse werden die «Entdeckungen» bewertet und eingeordnet. Mit dem so gewonnenen erweiterten Vorverständnis werden die Daten ein zweites Mal gelesen. Mit geschärftem Blick und verfeinerten Kategorien werden die Daten erneut untersucht. Dabei können Hypothesen, die bei der ersten Datensicht aufgestellt wurden, mit verfeinerten Methoden überprüft und neue Fragen, die durch die Erweiterung des Verständnisses aufgeworfen wurden, an die Daten gestellt werden. Solange Datenanalyse und Verständniserweiterung zu einer Differenzierung der Kenntnisse führen, wird der Hermeneutische Zirkel wiederholt.

3.1.3 Raummetaphern als Instrumente der Exploration

Das zentrale Arbeitswerkzeug der Forschung mit regionalen Mentalitäten in der Schweiz ist der «Raum der Weltanschauungen». Es handelt sich dabei um ein mehrdimensionales Modell der politischen Grundhaltungen. Zweck dieses Modells ist es, den abstrakten Wirklichkeitsbereich von Werten und Einstellungen zu konkretisieren und damit der Analyse zugänglich zu machen. Die Konkretisierung erfolgt durch die Umsetzung der genannten mentalen Kategorien in räumliche Kategorien. Der Raum dient als Metapher für die Darstellung von weltanschaulicher Nähe und Distanz. Auch wenn das so geschaffene Raummodell nur metaphorischen Charakter besitzt, ermöglicht es, abstrakte, mehrdimensionale Zusammenhänge zu visualisieren.

3.1.3.1 Raum als formaler Ordnungsraster

Die traditionelle Vorstellung von Raum ist die eines «Containers», der alle körperlichen Dinge der Welt enthält und dabei als Behälter selber objekthaften Charakter besitzt. Dieser Containerraum galt bis in die Zeit der raumwissenschaftlichen Geografie als einer der zentralen Forschungsgegenstände der Geografie. In der modernen Sozialgeografie wurde das Konzept des Containerraums jedoch zunehmend von einem relationalen Raumbegriff ersetzt (Werlen 1995). Im Sinne von Kant (1985)

wird Raum nicht mehr als gegenständlicher Behälter, sondern als Kategorie des Denkens und Wahrnehmens aufgefasst.

Raum ist ein Konzept, das Objekte miteinander in Beziehung stellen lässt, ohne jedoch selbst ein Objekt zu sein. Räumliche Kategorien wie Nähe, Distanz und relative Lage können dabei auf beliebige Dinge materieller und immaterieller Natur angewendet werden. Raum ist in diesem Sinn ein formaler Ordnungsraster. Laut Kant gehört Raum zu den Apriori des Denkens. Das heisst, Raum ist kein Wahrnehmungsinhalt, sondern Voraussetzung der Wahrnehmung. Es ist deshalb für einen Menschen auch nicht möglich, sich eine Welt ohne Raum vorzustellen. Als kognitives Werkzeug dient das Konzept des Raums dazu, die Sinneseindrücke zu ordnen und Distanzen und Relationen abzuschätzen. Da Raum als kognitives Werkzeug losgelöst von der Objektwelt existiert, kann dieses auf beliebige abstrakte Vorstellungswelten angewandt werden. So werden beispielsweise die räumlichen Kategorien «oben» und «unten» dazu verwendet, soziale Gegensätze einzuordnen, auch wenn diese nicht im physischen Raum verortet sind.

Raum ist als formaler Ordnungsraster für nicht physisch-räumliche Beziehungen sowohl in der Wissenschaft als auch im Alltag verbreitet. In der Mathematik ist beispielsweise von Zahlenräumen die Rede, und im Alltag benutzen wir räumliche Kategorien, um die Beziehung zwischen Menschen zu beschreiben. Man sagt: «Zwei Menschen stehen sich nahe», auch wenn die physische Distanz zwischen ihnen sehr gross ist.

Raum wird als kognitives Werkzeug von seinem konkreten Bezug gelöst und Ordnungsraster für nicht-materielle Gegenstandsbereiche verwendet. Analog dazu können wissenschaftliche Werkzeuge zur Erfassung und Analyse räumlicher Zusammenhänge von ihrem ursprünglichen Verwendungszweck gelöst werden. Das heisst, die kartografische Sprache, aber auch Geografische Informationssysteme können von ihrem erdräumlichen Bezug gelöst und auf metaphorische, abstrakte oder symbolische Räume übertragen werden.

3.1.3.2 Soziale Welt und Raummetaphern

Ein typischer Verwendungszweck von räumlichen Metaphern ist die Erfassung von sozialen und politischen Gegensätzen. So wird die soziale Stellung einer Person in einem Spektrum von «oben» nach «unten» eingeordnet, und politische Positionen werden typischerweise zwischen den Polen «links» und «rechts» aufgespannt. Forschungen der strukturalistischen Kulturosoziologie haben gezeigt, dass es eine «universelle, kulturübergreifende Sprache der sozialen Ungleichheit» gibt, indem gesellschaftliche Hierarchien überall mit vertikalen Polaritäten ausgedrückt werden

(Schwartz 1981). Die Differenzierung der sozialen Welt in unterschiedliche Positionen, Einstellungen und Klassen lässt sich gut mittels räumlicher Modelle erfassen, welche soziale Positionen in der Art einer Landkarte in Beziehung zueinander setzen. Obwohl räumliche Metaphern ein fester Bestandteil des gesellschaftlich-politischen Alltagsdiskurses sind, ist die Erfassung der sozialen Differenzierung als Raummodelle in den Sozialwissenschaften noch immer relativ selten. Die verbale und textliche Informationsvermittlung dominiert. Dabei stösst die gesprochene und geschriebene Sprache aufgrund ihrer linearen Struktur immer dann an Grenzen, wenn (mehrdimensionale) räumliche Zusammenhänge dargestellt werden müssen. Wie an einer Perlenkette reihen sich Wörter aneinander, so dass mehrdimensionale Beziehungen für ihre Erfassung in einzelne lineare Sequenzen geteilt werden müssen. Mehrdimensionale Zusammenhänge lassen sich sprachlich nur schwer erfassen. Schon eine einfache Wegbeschreibung erfordert umständliche Erklärungen. Viel einfacher ist es, den Weg in einer Skizze grafisch darzustellen.

Weil sich mehrdimensionale Strukturen und Phänomene textlich nur schwer fassen lassen, Texte jedoch die bestimmende Kommunikationsform der Sozialwissenschaften sind, ist die Wahrnehmung dieser Strukturen und Phänomenen im sozialwissenschaftlichen Diskurs unterentwickelt (Bourdieu 1994 [1979]: 211f.). Die allgemein gebräuchliche Form zur Kommunikation mehrdimensionaler Phänomene in den Sozialwissenschaften ist die Tabelle. Einzig in der Psychologie hat das «Mapping» von mentaler Nähe und Distanz eine lange Tradition. Seit einiger Zeit kann jedoch auch in den anderen Zweigen der Sozialwissenschaften ein Trend zur vermehrten räumlichen Repräsentation von Sachverhalten festgestellt werden (z.B. Bourdieu 1994 [1979]; Kitschelt 1994; Vester et al. 2001).

Im Vergleich zu geografischen Karten sind die Darstellungen räumlicher Modelle in den Sozialwissenschaften, die meist nicht über einfache Streudiagramme hinausreichen, häufig eher rudimentär. Sozialwissenschaftler verfügen in der Regel nicht über Kenntnisse der Potenziale von GIS und Kartografie. Umgekehrt fehlt auf der Seite von Geografie und Kartografie häufig das Bewusstsein, dass ihre Instrumentarien als Kommunikationsmittel losgelöst vom Erdraum eingesetzt werden könnten. Um diese Lücke zu schliessen, bedarf es eines gegenüber der heutigen Vorstellung verallgemeinerten Kartenbegriffs.

3.1.3.3 Das Konzept der Karte

Um zu einem allgemeineren und offeneren Kartenbegriff zu gelangen, müssen als erstes die Eigenheiten einer kartografischen Darstellung herausgeschält werden. Ältere Definitionen betonen, dass Karten einen vereinfachten und verkleinerten Aus-

schnitt der Erdoberfläche als Grundrissbild in einer Ebene abbilden. Neuere Definitionen zählen zusätzlich Dimensionalität und Ausrichtung an einem geodätischen Koordinatensystem, die Darstellung von räumlichen Beziehungen zwischen Objekten sowie die Symbolisierung von Information mittels grafischer Zeichen zu den Charakteristiken von Karten (vgl. Witt 1979, Dorling/Fairbairn 1997). Entkleidet man den Kartenbegriff von seiner Fixierung auf den Erdraum, so kann das Konzept Karte wie folgt umschrieben werden:

Eine Karte ist eine planimetrische Darstellung und dient der Kommunikation von räumlichen Informationen und Zusammenhängen. Karten sind generalisiert. Die Kartenobjekte werden durch konventionelle grafische Zeichen wiedergegeben. Ihre Verortung wird möglich durch Einordnung in ein Netz von Koordinaten, die durch Raumdimensionen gegeben sind. Eine grosse Stärke des Konzeptes Karte ist das Layer-Prinzip, d.h. verschiedene thematische Ebenen können übereinander gelegt werden, indem sie aufgrund ihrer Symbolisation unterschieden werden.

Der derart verallgemeinerte Kartenbegriff kann für die Darstellung sozialer Relationen eingesetzt werden. Wie die geografische ist auch der soziale Raum, der eine grosse Menge an heterogenen und unregelmässig angeordneten Objekten (z.B. Berufe, Bildungsabschlüsse, Lebensstile oder Werte) gekennzeichnet. Eine Karte kann in beiden Arten von Räumen zu einem besseren Verständnis von Strukturen und Zusammenhängen führen. Entscheidend ist dabei, dass der soziale Raum zwar eine komplexe Fülle von relationalen Beziehungen aufweist, die jedoch durch relativ wenige Dimensionen beschreiben werden können. Bereits mit eindimensionalen Raummodellen (links-rechts oder oben-unten) können wesentliche gesellschaftliche Differenzierungen erfasst werden.

Mit zwei- bis dreidimensionalen Modellen wie beispielsweise dem sozialen Raum von Bourdieu (1994 [1979]) oder dem Raum der Weltanschauungen (Hermann/Leuthold 2001b) können bereits die grundlegenden gesellschaftlichen Differenzierungsachsen abgebildet werden.

3.1.3.4 Kartografie und «Spatialization»

Bereits in den 1960er Jahren wurde in der Kartografie die Aufweichung des herkömmlichen Kartenbegriffs eingeleitet. Diese Aufweichung umfasste jedoch nur eine Flexibilisierung der Geometrie und rüttelte nicht an der erdräumlichen Verankerung des Koordinatensystems. Bei der Darstellungsform des Kartogramms wird die Raumgeometrie so verzerrt, dass die Fläche der dargestellten Raumeinheiten, dem Wert der dargestellten Variable entspricht. So werden zum Beispiel die Länder eines Kontinents gemäss ihrer Einwohnerzahl vergrössert oder verkleinert dargestellt (Dor-

ling/Fairbairn 1997: 147f.). Auch die so genannten Mental Maps weichen von der objektiv messbaren Raumgeometrie ab. Sie zeigen die Vorstellung, die davon in den Köpfen der Menschen besteht (Downs/Stea 1982 [1977]). Beide kartografischen Darstellungsformen, Kartogramme und Mental Maps, verzichten auf die geometrische Genauigkeit und die Lagetreue der Objekte. Das Bezugssystem Erdraum bzw. Erdoberfläche wird jedoch beibehalten.

Der Schritt weg vom erdräumlichen Bezugssystem ist erst in jüngster Zeit erfolgt. Unter dem Namen «Spatialization» werden Methoden und Ansätze summiert, die kartografische Konzepte auf metaphorische Räume übertragen. Es geht dabei um die Entwicklung geeigneter Darstellungsformen und ebenso um die Frage, wie kartografische Darstellungen von nicht-erdräumlichen Zusammenhängen von Kartenlesern und -leserinnen überhaupt wahrgenommen und verstanden werden. Spatialization bildet somit die methodische Grundlage für die kartografische Darstellung von mehrdimensionalen sozialen Zusammenhängen.

Der thematische Schwerpunkt der Spatialization-Forschung liegt gegenwärtig bei der kartografischen Darstellung der Inhalte grosser Datenbanken (z.B. Card et al 1999; Skupin/Fabrikant 2003). Spatialization hilft dabei nicht nur, inhaltliche Ähnlichkeitsbeziehungen auszumachen, ebenso bedeutend ist bei einer Karte als Datenbankinterface die Möglichkeit des Zoomens zwischen verschiedenen Massstabsebenen. Dadurch können interaktiv verschiedene Level-of-Detail fokussiert werden.

3.1.3.5 Voraussetzungen für Konstruktion und Visualisierung

Metaphorische Räume sind konstruierte Räume. Ihre Struktur und Dimensionalität besteht nicht von vornherein, sondern muss im Laufe des Forschungsprozesses entwickelt werden. Bereits in der klassischen Kartografie hat die Wahl der Projektion Konsequenzen für die Darstellung, beim Arbeiten mit metaphorischen Räumen ist die Raumkonstruktion jedoch weit stärker durch subjektive Entscheide bestimmt. Dazu gehören die Datenbasis, die Methode und bei der gewählten Methode schliesslich auch die Festlegung der Parameter. Bei einer metaphorischen Raumdarstellung kann deshalb nie derselbe gesellschaftliche Konsens erzielt werden wie bei einer Darstellung der Erdoberfläche. Die Universalität von metaphorischen Karten bleibt im Vergleich zu topografischen Karten immer beschränkt. Zeigen sich allerdings persistente und dominante Strukturen, die in verschiedenen Analysen immer wieder auf ähnliche Weise reproduziert werden, so können die entsprechenden metaphorischen Räume durchaus zu einem breit einsetzbaren Kommunikationsmittel werden. Ein Beispiel hierfür ist der soziale Raum, wie er ursprünglich von Bourdieu (1994 [1979]) entwickelt und seither auf Basis unterschiedlichster Datenquellen reproduziert wurde (z.B.

Vester et al. 2001) und dabei zu einem grundlegenden Konzept der Sozialwissenschaften geworden ist.

Metaphorische Räume werden mit dimensionsreduzierenden Verfahren wie der Faktoren- oder der Korrespondenzanalyse oder mit Positionierungsverfahren wie der multidimensionalen Skalierung (MDS) erzeugt. Eine erste Verbreitung fanden diese Verfahren in den 1960er Jahren mit der Entwicklung der Computertechnologie. Bereits damals wurde die Darstellung von mehrdimensionalen Beziehungsverhältnissen als «Mapping» bezeichnet, Konzepte und Sprache der Kartografie wurden jedoch nicht in aller Konsequenz angewandt. Die Maps blieben meist auf dem Darstellungsniveau eines einfachen Streudiagramms und hatten somit eher den Charakter von Diagrammen als von Karten. Die hohen technischen Ansprüche an die Informationsverarbeitung dieser Zeit führten dazu, dass das Mapping vor allem von technisch-methodischer Seite vorangetrieben wurde und eine Verankerung in den sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen ausgeblieben ist.⁵⁵ Die im Kapitel zur «Hermeneutik quantitativer Daten» geforderte Rückführung der empirischen Erkenntnisse in den fachtheoretischen Kontext blieb deshalb aus. Der Erfolg des Konzepts von Raummetaphern in den Sozialwissenschaften hängt von der erfolgreichen Verbindung der Methoden der Statistik und Visualisierung mit den inhaltlichen Fragestellungen in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen ab.

⁵⁵ Ausnahme bildet die Psychologie, wo die Faktoranalyse für die Persönlichkeitsforschung seit den 1950er-Jahren eine zentrale Rolle spielt (Bortz 1993: 475).

3.1.4 Hermeneutische Analyse der politisch-mentalen Topografie

Das Konzept der «Hermeneutik quantitativer Daten» und das Werkzeug der metaphorischen Raumdarstellung bilden die methodischen Eckpunkte, deren Potenzial und Bedeutung in den vorangegangenen methodentheoretischen Ausführungen dargelegt wurden. Im folgenden Abschnitt soll eine Brücke geschlagen werden zwischen den theoretischen Betrachtungen zu den verwendeten Methoden und der Darstellung des konkreten methodischen Vorgehens in den nächsten Kapiteln.

3.1.4.1 Zwischen Datenanalyse und sozialtheoretischer Interpretation

Das Datenfundament für die Analyse regionaler Mentalitäten bilden die Ergebnisse der eidgenössischen Volksabstimmungen in den Gemeinden der Schweiz. Diese Messgrößen entstehen, da in der Schweiz die Auszählung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen auf Stufe der Gemeinden erhoben werden. Seit 1981 werden die kommunalen Abstimmungsergebnisse vom Bundesamt für Statistik (BfS) zentral gesammelt und für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um den Datentyp der «ausserwissenschaftlich erhobenen Daten». Die Daten werden nicht für wissenschaftliche Zwecke erhoben, sondern es sind Protokolle politischer Handlungen, die zu Dokumentationszwecken aufgezeichnet werden. Als digitale Spuren realer Alltagshandlungen sind sie Forschungsmaterial für einen induktiv-hermeneutischen Forschungszugang.

Im Wesentlichen können acht Umgänge eines Hermeneutischen Zirkels ausgemacht werden zur inhaltlichen Erschließung und Durchdringung dieser Datenbasis. Es handelt sich dabei um eine Iteration zwischen Datenanalyse (A) und Erweiterung des Datenverständnisses (V). Am Ende der Analyse steht eine dynamische politisch-mentale Topografie, deren innere Strukturierung auf den Kontext des globalen gesellschaftlichen Wandels wie auch auf lokale sozialräumliche Differenzierungsprozesse zurückgeführt werden kann.

1. Schritt (A) – «unvoreingenommene» Datenexploration: Mit der Methode der explorativen Faktorenanalyse werden die Abstimmungsergebnisse in den Gemeinden analysiert. Die grosse Zahl der Variablen wird dabei auf wenige latente Faktoren reduziert. Dadurch werden die persistenten und dominanten Strukturen sichtbar. Das Resultat der explorativen Analyse ist eine stabile, orthogonale dreidimensionale Raumstruktur.

2. *Schritt (V) – Erweiterung des Daten- und Kontextverständnisses:* In diesem Analyseschritt gilt die Aufmerksamkeit dem Kontext der Datenproduktion und der semantischen Dimension der Daten. Dies bedingt zum einen eine Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Debatten zur Institution der direkten Demokratie. Zum andern werden mit qualitativen Text- und Inhaltsanalysen die Themenfelder der politischen Auseinandersetzung bestimmt. Hierfür werden die im Abstimmungskampf vorgebrachten politischen Ziele und Argumente kategorisiert.

3. *Schritt (A) – Zuordnung politischer Ziele zu den Abstimmungen und Faktoren:* Die inhaltsanalytisch bestimmten politischen Ziele werden den einzelnen Abstimmungen zugeordnet. Auf Basis der Faktorladungen der Abstimmungen werden die politischen Ziele ausserdem auf die Faktoren übertragen.

4. *Schritt (V) Interpretation und Benennung der Faktoren:* In einer schrittweisen Reduktion, Abstraktion und Generalisierung werden die drei Dimensionen benannt. Mit Rückgriff auf theoretische Konzepte von Macht und Ohnmacht (Giddens 1995 [1984]), Produktion und Reproduktion (Bourdieu 1994 [1979]) und der Ambivalenz des Mensch-Natur-Verhältnisses (Bischof 1997) werden die drei Dimensionen als tiefer liegende gesellschaftliche Dichotomien interpretiert. Die drei orthogonalen Dimensionen bilden den Raum der Weltanschauungen.

5. *Schritt (A) – Modellieren der politischen Landschaften:* Die Raumeinheiten (Gemeinden) werden aufgrund ihrer Faktorenwerte im Raum der Weltanschauungen positioniert. Mit GIS-Werkzeugen wird die Verteilung der Bevölkerung im Raum der Weltanschauung geschätzt und als Dichteoberfläche modelliert. Diese Dichteoberfläche wird mittels kartografischen Layer-Konzepts als politische Landschaft visualisiert.

6. *Schritt (V,A) – Erkunden des politischen Raumes:* In diesem Schritt stehen die Datenproduzenten im Zentrum. Wer sind die Stimmbürger? Welche politisch-gesellschaftlichen Lager zeigen sich? Welche gesellschaftlichen Konfliktlinien und Gräben lassen sich erkennen? Welche regionalen Disparitäten zeigen sich im politischen Raum? Dieser Schritt ist selber wiederum in kleinere zirkuläre Analysen von wechselseitiger Datenanalyse und theoretischer Interpretation gegliedert. Zum einen werden weitere Informationen (Daten) über die Gemeinden aus den Volkszählung zur Analyse beigezogen, zum anderen werden die Ergebnisse auf der Basis von theoreti-

schen Konzepten zur Sozialstruktur und Mentalität, zum Einfluss des kulturellen Erbes auf die politische Mentalität und zum Zusammenhang von sozialräumlicher Differenzierung und politisch-mentaler Differenzierung analysiert.

7. Schritt (A) – Integration einer temporalen Dimension: Um die Statik von Sozialtopologien und Raummetaphern aufzubrechen wird dem Raum der Weltanschauungen eine zeitliche Dimension beigelegt. Mit dem neu entwickelten zeitlichen Interpolationsverfahren können die Veränderungen in der politisch-mental Topografie der Schweiz modelliert und visualisiert werden.

8. Schritt (V) – Gesellschaftlicher Wandel, sozialgeografischer Wandel und politischer Wandel: Der festgestellte Wandel in der politisch-mental Topografie der Schweiz wird gestützt auf empirische Analysen zum sozialräumlichen Wandel in der Schweiz, vertieft analysiert. Mit Rückgriff auf theoretische Arbeiten zum räumlichen Strukturwandel (z.B. Taylor 2004; Scott 2001), zum gesellschaftlichen Wandel (z.B. Beck 1986; Giddens 1995 [1990]; Inglehart 1977; 1998) und zum politischen Wandel (z.B. Kitschelt 1994) werden die Verschiebungen in der politisch-mental Topografie als Zusammenwirken dieser verschiedenen Faktoren erklärt.

3.1.4.2 «Ground truth» und Einbezug von Alltagsexperten

Das Prinzip des Hermeneutischen Zirkels besteht in einem Wechselspiel von Datenanalyse und Erweiterung des Datenverständnisses. Die acht Hauptschritte dieses Zirkels zur Erforschung der regionalen politischen Mentalitäten in der Schweiz wurden im vorangegangenen Abschnitt dargelegt. Wie beim 6. Schritt gezeigt, kann ein solcher Zirkel selber durch weitere Unterzirkel ergänzt werden. Der zirkuläre Prozess ist nicht eindimensional und stetig, sondern spielt sich auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Dimensionen ab.

Eine für diese Forschungsarbeit besonders wichtige Dimension des Hermeneutischen Zirkels geht über den wissenschaftlichen Rahmen im engeren Sinn hinaus. Mit der Präsentation der Forschungsergebnisse in einer Vielzahl von Gutachten, Vorträgen und Zeitungsartikeln wurden diese von einem breiten ausserwissenschaftlichen Personenkreis rezipiert und kommentiert. Durch dieses kommunikative Engagement wurde deshalb nicht nur der Wissenstransfer befördert, sondern die Forschungsergebnisse konnten einer Art «ground truth» bei den Datenproduzenten unterzogen werden.⁵⁶

⁵⁶ Als «ground truth» wird in der Satellitenfernerkundung und in Geoinformatik die Überprüfung der digital erfassten und modellierten Informationen durch Feldbegehungen und -messungen bezeichnet.

In diesem Sinne wurde der Hermeneutische Zirkel durch das Wechselspiel zwischen wissenschaftlicher Analyse und praktischer Prüfung um eine Dimension erweitert.

Der Raum der Weltanschauungen und die politischen Landkarten sind bei Personengruppen aus dem gesamten politischen Spektrum auf Akzeptanz gestossen. Was als wichtiges Indiz dafür gewertet werden kann, dass der Einfluss der persönlichen ideologischen Perspektive der Forschenden zu keinem gravierenden Bias bei der Modellkonstruktion geführt hat. Mögliche Quellen für Milieuverzerrungen sind jedoch nicht nur die politische, sondern ebenso die sozial- und kulturellräumliche Position der Forschenden. Zum «ground truth» haben deshalb ebenfalls Präsentationen der Forschung in unterschiedlichen sozialen Milieus und Regionen der Schweiz beigetragen. Die überzeugendste Art der Modellvalidierung bildete dabei die Tatsache, dass die ausserwissenschaftlichen Rezipienten jeweils die Kategorien und Begriffe des Raumes der Weltanschauungen schnell verinnerlicht haben und mit ihnen ihrerseits aktiv zu argumentieren wussten.

Die «Rückverankerung» der erarbeiteten Modelle und Ergebnisse bei den Datenproduzenten – den politischen Akteuren – dient jedoch nicht nur als Werkzeug der Ergebnisvalidierung, sondern trägt nicht unwesentlich zur Erweiterung des Datenverständnisses bei. Politische Akteure vom Gemeindepolitiker bis zum Bundesrat, aber auch Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ohne politisches Amt, haben mit ihren Reaktionen zur Überprüfung der Stimmigkeit und der Verständlichkeit des Modells beigetragen. Im Gespräch mit den Alltagsexperten konnten Unstimmigkeiten bei der Begriffswahl und Missverständlichkeiten bei der grafischen Repräsentation behoben werden. Fragen und Reaktionen führten ausserdem immer wieder zu neuen Ideen und Hypothesen, die in die Analyse integriert werden konnten. Von vielen Gesprächspartnern wurde lokales Wissen über regionale Partikularitäten vorgebracht, welche die Details der Struktur der quantitativ bestimmten politischen Ordnung erklären können. Diese Iteration von analytischer Modellentwicklung und diskursiver Überprüfung führte zu einer stetigen Weiterentwicklung des begrifflichen Systems und des Modells des Raumes der Weltanschauungen insgesamt.

3.2 Analytische Konstruktion des Raums der Weltanschauungen

In den Resultaten der eidgenössischen Volksabstimmung steckt eine Vielzahl von Informationen über Werthaltungen und politische Mentalitäten. Damit diese Informationen operabel eingesetzt und mit den Indikatoren des sozialen und des sozialräumlichen Wandels verglichen werden können, braucht es eine Verdichtung und eine Generalisierung dieser Information auf eine geringere Anzahl unabhängiger und aussagekräftiger Dimensionen. Die drei Dimensionen des Raums der Weltanschauungen sind das Resultat einer solchen Verdichtung und Generalisierung. Methodisch lehnt sich die Konstruktion des Raumes der Weltanschauung an die Verfahren der ökologischen Abstimmungsforschung an (vgl. Kapitel 2.6.5). Ausgehend von den Kritiken am Ansatz und den bisherigen Arbeiten wurden in Kapitel 2.7 die Anforderungen und methodischen Innovationen für eine Neuauflage formuliert, die es zu realisieren gilt. Es sind dies im Wesentlichen die folgenden fünf Punkte:

- Verwendung eines tiefen Aggregationsniveaus (Gemeinden),
- inhaltliche Analyse der Abstimmungsinhalte und der Abstimmungskämpfe,
- Einbettung in einen theoretischen Begründungszusammenhang,
- Mapping zum Zwecke der Interpretation und der vergleichenden Analyse,
- Erweiterung der Faktorenanalyse um eine zeitliche Dimension.

Das Modell des Raumes der Weltanschauungen wurde von Michael Hermann und Heiri Leuthold mit der nachfolgend beschriebenen Methode entwickelt und publiziert (Hermann/Leuthold 2001b). Es wurden dabei alle 158 zwischen 1981 und 1999 durchgeführten eidgenössischen Volksabstimmungen verwendet. Für die weiterführenden vergleichenden Analysen wurde der Datensatz um 60 zwischen 2000 und 2005 durchgeführte Abstimmungen aktualisiert und das Modell mit derselben Methode neu berechnet.

3.2.1 Induktiv-hermeneutische Perspektive

Das Ziel der meisten Analysen von Volksabstimmungen ist die Erklärung des Stimmverhaltens der Ja- und der Nein-Stimmenden. Das Stimmverhalten wird dabei häufig auf bekannte Cleavages wie zum Beispiel den Graben zwischen Stadt und Land zurückgeführt.⁵⁷ Politische Konfliktlinien werden folglich mittels *deduktiven*

⁵⁷ Vergleiche hierzu die Ausführungen zu den Zielsetzungen und Schliessrichtungen in der Abstimmungsforschung in Kapitel 2.6.2 «Themen der Abstimmungsforschung» und 2.6.3 «Abstimmungen als Forschungsgegenstand».

Schlüssen aus der gesellschaftlichen Differenzierung abgeleitet. In dieser Arbeit wird eine konträre Perspektive eingenommen. In einem *induktiv*-hermeneutischen Prozess werden politische Meinungsäusserungen untersucht, um grundlegende gesellschaftliche Konflikte und gegensätzliche Wertorientierungen aufzuspüren. Das was in deduktiven Ansätzen Ziel der Erklärung ist, nämlich das Stimmverhalten, stellt hier die Ausgangslage dar. Abstimmungsergebnisse werden als Indikatoren zur Bestimmung der ihnen zu Grunde liegenden Weltanschauungskonflikte verwendet, ohne dass diese Konflikte a priori inhaltlich oder zahlenmässig festgelegt werden.

3.2.1.1 Abstimmungen als Indikatoren

Dass sich eidgenössische Volksabstimmungen zur Erschliessung von grundlegenden Dimensionen der Weltanschauung eignen, liegt an den direktdemokratischen Instrumenten Referendum und Initiative (vgl. Kap. 2.6.1): Über jedes politische Thema, das die Gesellschaft spaltet, wird früher oder später abgestimmt. Abstimmungen können losgelöst von ihrer politischen Funktion – der direkten Mitbestimmung der Bürger – als eine besondere Art von Meinungsumfragen betrachtet werden. Sie unterscheiden sich jedoch in wesentlichen Punkten von normalen Umfragen: Volksabstimmungen bestehen aus sehr grossen, regional fein aufgelösten Daten und basieren auf realen Situationen, was die Verbindlichkeit der geäusserten Meinungen erhöht. Andererseits treten wie bei normalen Umfragen auch bei Volksabstimmungen systematische Verzerrungen der Repräsentativität auf, die durch Nichtteilnahme hervorgerufen werden. Einschränkend wirkt die Tatsache, dass es sich um Aggregatdaten handelt, die nicht beliebige Rückschlüsse auf individuelles Verhalten erlauben. Dies betrifft besonders den Zusammenhang von spezifischem Verhalten und Personenmerkmalen, die nicht räumlich segregiert auftreten, wie Geschlecht, Alter oder Zivilstand.⁵⁸

Ein weiterer Unterschied ist, dass Abstimmungsfragen dem politischen Alltag entspringen und nicht aus Hypothesen abgeleitet sind, was zwar konfirmatorische Aussagen verunmöglicht, es andererseits aber ermöglicht, Zusammenhänge aufzudecken, die nicht aus den vorgängigen theoretischen Überlegungen abgeleitet worden sind. Keinen direkten Zugang erhält man zu den Motiven, die zu einem Stimmentscheid führen, diese sind in hier aber auch nicht von Belang. Die aufgezählten, besonderen Eigenschaften der Datenbasis und der induktive Zugang erfordern eine schrittweise, theoriegeleitete Abstraktion der politischen Konflikte von ihren Inhalten hin zu den Gradienten der mentalen Differenzierung.

⁵⁸ Zu den methodischen Problemen von Aggregat- und Individualdatenanalysen vgl. Kapitel 2.6.1.

Die Datengrundlage für die Analyse bilden die Volksabstimmungen seit 1981. In einer ersten Hauptanalyse flossen alle 158 Abstimmungen bis 1999 in die Untersuchung ein.⁵⁹ Mit der grossen Zeitspanne wird erreicht, dass die beständigen und prägenden Mentalitätsunterschiede in den Regionen, Gemeinden und Städten der Schweiz und nicht tagespolitische Ereignisse oder Konflikte um einzelne Sachfragen zum Ausdruck kommen.

Das methodische Vorgehen lehnt sich an den älteren Arbeiten zur ökologischen Abstimmungsforschung an (vgl. Kap. 2.6.5), unterscheidet sich aber durch einen induktiven Zugang, durch das Aggregationsniveau der Analyse und die Verknüpfung von quantitativer Faktorenanalyse und qualitativer Inhaltsanalyse zu einem integriert qualitativ-quantitativen Verfahren von diesen (vgl. Kapitel 2.7).

Mit der Faktorenanalyse (vgl. z.B. Bahrenberg et al. 1992) werden auf rein statistischer Basis Verwandtschaften zwischen Abstimmungsvorlagen ermittelt und mit Hilfe dieser Korrelationen die grundlegenden Konfliktlinien extrahiert. Diese Konfliktlinien sind vorerst bedeutungs- und namenlos. Zur Feststellung ihrer Bedeutung bedarf es einer inhaltlichen Identifizierung der an der Urne ausgetragenen Konflikte. Deshalb wurde parallel zur Faktorenanalyse die politische Debatte zu jeder einzelnen Abstimmungsvorlage analysiert. Daraus resultierte ein induktiv hergeleiteter Katalog allgemeiner und spezieller politischer Ziele, die im Abstimmungskampf für oder wider eine Vorlage ins Feld geführt wurden. Die Integration der politischen Zielkonflikte in die Faktorenanalyse ist die Grundlage zur Benennung der Faktoren als weltanschauliche Konfliktachsen bzw. als Dimensionen der Weltanschauung.

3.2.1.2 Benennung und Mehrdimensionalität

Die extrahierten Faktoren werden als Komponenten der Weltanschauung betrachtet. Weil politische Gesinnungen, Wertorientierungen oder Einstellungen rein mentale Phänomene sind, werden bei der Benennung der Faktoren Kategorien und Begriffe verwendet, mit denen sich Mentalitäten wirklich beschreiben lassen. Hierfür eignen sich die gebräuchlichen Bezeichnungen für Cleavages nicht, denn diese benennen die Träger der Konflikte, nicht aber die Wertkonflikte selber. So sagt uns die Bezeichnung Stadt-Land-Konflikt oder eine Klassen-Cleavage zwar etwas darüber aus, welche gesellschaftlichen Teilungen mobilisiert und politisiert werden, aber es geht meist nicht aus der Bezeichnung selbst hervor, welche gegensätzlichen Werte sich dahinter

⁵⁹ Es handelt sich dabei um die Abstimmungen Nr. 306–464 gemäss Zählweise des Bundesamtes für Statistik.

verbergen und auch nicht, welche divergenten Deutungsmuster den politischen Konflikt auslösen.

Eine besondere Berücksichtigung verdient die Tatsache, dass Weltanschauung keine diskrete Grösse ist, sondern ein mehrdimensionales Kontinuum. Es gibt nicht einfach nur links und rechts, sondern eine Weltanschauung kann mehr oder weniger links sein und sie kann aus mehr als nur einer Komponente bestehen, so dass es neben einer linken auch eine linksliberale oder linkskonservative Weltanschauung gibt. Diesem Umstand wird Rechnung getragen, indem die Weltanschauung als mehrdimensionaler Merkmalsraum modelliert wird. Es werden dabei Zusammenhänge, Interdependenzen und Konflikte sichtbar, die bei einer bipolaren Beschreibung von Konflikten gar nicht festgestellt werden könnten (vgl. Kapitel 3.1.3)

3.2.2 Konstruktion des Raums der politischen Ziele

Grundlage für die Erfassung der weltanschaulichen Konflikte ist der Raum der politischen Ziele. Die Konstruktion dieses Raums erfolgt in drei Teilschritten: Der erste Schritt ist die statistische Analyse der Abstimmungsergebnisse zum Zweck der Reduktion der Dimensionen. Mit einer Faktorenanalyse wird bestimmt, welche statistischen Verwandtschaften zwischen den Abstimmungen bestehen. Dazu werden die Ja-Stimmen-Anteile der rund 3000 Gemeinden der Schweiz verglichen. Mit Hilfe der Faktorenanalyse kann entschieden werden, wie viele unabhängige Konfliktlinien (Faktoren) hinter den Abstimmungen stehen. Der zweite Schritt erfolgt unabhängig vom ersten. In einer inhaltlichen Analyse der Argumente von Gegnern und Befürwortern werden für jede Abstimmung die mit Annahme oder Ablehnung angestrebten politischen Ziele eruiert und systematisch zugeordnet. Im dritten Schritt werden die Ergebnisse der beiden ersten Schritte integriert. Die statistisch ermittelten Konfliktlinien werden hierfür zu einem mehrdimensionalen Raum zusammengefügt, indem die Lage der politischen Ziele abgebildet wird.

3.2.2.1 Kategorisierung der Abstimmungen

Abstimmungen können nach unterschiedlichen Kriterien kategorisiert werden. Eine nahe liegende Möglichkeit ist die Ordnung nach Politikbereichen (Aussenpolitik, Sozialpolitik, Verteidigung usw.). Dies ist für die Analyse von politischen Konfliktfeldern jedoch nicht sachdienlich, da Politikbereiche durch unterschiedliche Gegensätze charakterisiert sein können. Zugang zu den interessierenden Konflikten erhält man über die mit den Vorlagen assoziierten politischen Ziele. Diese geben Aufschluss über die Haltung von Befürwortern und Gegnern und über den Konfliktstoff, der in einer Sachvorlage eingelagert ist.

Zugriff zu den politischen Zielen erhält man über die Debatte, die im Vorgang zu einer Volksabstimmung über die Vorlage geführt wird. Mit einer Inhaltsanalyse der Pro- und Kontra-Argumente können die politischen Ziele kategorisiert und den einzelnen Vorlagen zugeordnet werden. Als Quellen für die Inhaltsanalyse werden die Informationsbroschüren der Bundeskanzlei für die Stimmberechtigten – die so genannten «Bundesbüechli» – verwendet.⁶⁰ Diese enthalten auf knappem Raum die wichtigsten Argumente von Gegnern und Befürwortern der Vorlage.⁶¹ Durch ihre formalisierte, im Verlauf der letzten dreissig Jahre weitgehend unveränderte inhaltliche Struktur erlauben sie eine systematische und effiziente Analyse auch einer grossen Anzahl von Volksabstimmungen.

3.2.2.2 Katalog der politischen Ziele

Das Resultat der Inhaltsanalyse ist ein Katalog von politischen Zielen. Er unterscheidet drei Typen von Zielen: wertorientierte Ziele, institutionelle Ziele und Sachziele. Diese Einteilung wird der Tatsache gerecht, dass in den Kontroversen im Vorfeld von Abstimmungen auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen argumentiert wird. Die abstrakteste Ebene wird bei Grundsatzdiskussionen angesprochen, wenn auf Werte und Ideale verwiesen wird. Die mittlere Ebene bilden Argumentationen über die Ausgestaltung von Institutionen und Regeln zum Erreichen bestimmter allgemeiner Ziele. Die konkreteste Ebene bilden schliesslich Sachdiskussionen, bei denen es um einzelne politische Massnahmen geht. Zu ein und derselben Vorlage – nehmen wir als Beispiel die Einführung einer Mutterschaftsversicherung – kann auf allen drei Ebenen argumentiert werden. Auf der wertorientierten Ebene werden allgemeine Ideale wie «selbstbestimmter Lebensstil» oder «soziale Wohlfahrt» ins Feld geführt. Die institutionelle Ebene betrifft die Forderung nach «Reform des Sozialversicherungssystems». Auf der Sachebene liegt schliesslich das konkrete politische Ziel «rechtliche Gleichstellung der Frau».

In jeder Argumentation, sei sie Pro oder Kontra, spiegeln sich Präferenzen und damit auch Werthaltungen. Bereits im Abstimmungskampf wird teilweise das vollzogen, was wir mit unserer Analyse bezwecken, nämlich die Verbindung von Abstimmungsvorlagen mit Werthaltungen. Im politischen Diskurs wird von Sachkonflikten auf grundlegende Weltanschauungen abstrahiert und zwar vor allem dann, wenn mit

⁶⁰ Die Broschüren und weitere Angaben zu den Volksabstimmungen finden sich unter: <http://www.admin.ch/ch/d//pore>; Zugriff vom 30. Juni 2006.

⁶¹ Bei fakultativen Referenden oder Volksinitiativen enthalten die Broschüren die Argumente der entsprechenden Komitees, bei obligatorischen Abstimmungen diejenigen der Minderheitspositionen im Parlament, die im Kontrast zur Haltung des Bundesrats stehen.

wertorientierten Zielen argumentiert wird. Diesen kommt in der Analyse deshalb eine besondere Bedeutung zu.

wertorientierte Ziele		institutionelle Ziele	
soziale Wohlfahrt	20	institutionelle Reformen	34
(bzw. wirtschaftliche Eigenverantwortung)		Föderalismus (bzw. Zentralismus)	11
Schutz der natürlichen Umwelt	11	Handels- u. Unternehmensfreiheit	9
Recht und Ordnung (bzw. Autoritätskritik)	11	überschaubare Institutionen	5
Abrenzung gegen Fremde (bzw. Integration)	10	Förderung des Wettbewerbs	4
nationale Unabhängigkeit (bzw. Öffnung)	8	direkte Demokratie (bzw. Parlamentarismus)	4
militärische Verteidigung (bzw. Pazifismus)	8	Ausgaben reduzieren	2
traditioneller (bzw. selbstbest.) Lebensstil	8		
technische Machbarkeit	7		
insgesamt zugeordnet	83	insgesamt zugeordnet	69
Sachziele			
Landschaftsschutz	17	europäische Integration	4
Strassenverkehr	16	Tierschutz	4
naturnahe Nahrungsmittel	8	Konsumentenschutz	3
Arbeitnehmerschutz	8	Atomenergie	3
Schutz des Einheimischen	8	Gesundheitsschutz/Prävention	3
Ökosteuern	7	Energie sparen	3
Schiennenverkehr	6	Drogenliberalisierung	3
rechtliche Gleichstellung der Frau	6	Bankenmacht reduzieren	3
Schutz des Bauernstandes	6	Zivildienst	2
Kulturförderung	4	Genschutz	2
		insgesamt zugeordnet	116

Tabelle 1: Katalog der politischen Ziele in eidgenössischen Abstimmungsvorlagen von 1981 bis 1999 und Häufigkeit ihrer Zuordnung (Quelle: Hermann/Leuthold 2001b)

Der Katalog ist kein abschliessendes System von politischen Zielen, sondern er bezieht sich nur auf die untersuchten Vorlagen. Die Zuordnung der Vorlagen erfolgte in einem iterativen Verfahren. Nach einer ersten Zuordnung wurden die Kategorien verfeinert und die Zuordnung erneut durchgeführt. Dieser Kreislauf wurde mehrmals wiederholt.

Da die einzelnen Abstimmungen die Funktion von Indikatoren haben, beschränkte sich die Zuordnung eines Ziels zu einer Vorlage auf jene Vorlagen, die ein bestimmtes Ziel gut und klar repräsentieren und somit als Indikator tauglich sind. Die Inhaltsanalyse der Abstimmungsbroschüren wurde im mit den 158 Abstimmungsvorlagen zwischen 1981 und 1999 durchgeführt. Bei 12 Vorlagen wurde auf eine Zuweisung verzichtet.

3.2.2.3 Faktorenanalyse und Integration der politischen Ziele

Als Datenbasis für die quantitative Analyse dienten die Ja-Stimmenanteile der 158 in den Jahren 1981 bis 1999 durchgeführten eidgenössischen Abstimmungen in den

rund 3021 Gemeinden der Schweiz. Das Resultat der Faktorenanalyse waren drei dominante Faktoren, die einen summierten Eigenwert von 75.1 besitzen und damit 47.5% der Gesamtvarianz aller Abstimmungen auf sich vereinen. Die Eigenwerte der einzelnen Faktoren geben an, wie viel jeder Faktor am gesamten Modell beiträgt, d.h. welchen Anteil der gemeinsamen Varianz ein Faktor erklärt. Auch wenn der vierte Faktor und die folgenden durchaus einen gewissen Anteil der gemeinsamen Varianz beschreiben, ist ihr Erklärungsanteil im Vergleich zu den drei ersten zu gering, um sie in das Modell der politischen Weltanschauung aufzunehmen. Nach einer orthogonalen VARIMAX-Rotation sind die drei Faktoren ähnlich stark, d.h. sie vereinen jeder einen ähnlich hohen Anteil der Varianz auf sich (17.7%, 15.9% und 13.9%). Dies lässt darauf schliessen, dass der Grossteil der in der Untersuchungsperiode an der Urne ausgefochtenen politischen Konflikte zu gleichen Teilen entlang von drei Konfliktlinien verliefen (oder sich aus einer Kombination davon zusammensetzten).

Mit Hilfe der Faktorladungen können die Ergebnisse der Inhaltsanalyse mit den Ergebnissen der Faktorenanalyse verknüpft werden. Die Faktorladung eines Ziels des Kategorienkatalogs kann bestimmt werden als durchschnittliche Faktorladung aller Vorlagen, die in der Inhaltsanalyse diesem Ziel zugeordnet wurden. Durch die Umsetzung der drei Faktoren als Achsen eines Raums ist es möglich, die relative Lage der politischen Ziele auf einer Karte darzustellen (vgl. Abbildungen 12 und 13).

3.2.2.4 Ergebnisse der aktualisierten Faktorenanalyse

Wie eingangs des Abschnitts zur methodischen Konstruktion des Raums der Weltanschauungen erwähnt wurde, hat sich die Datenbasis der eidgenössischen Volksabstimmungen seit der ersten Faktorenanalyse der Gemeinderesultate von Hermann (1998) und der Publikation der Methode (Hermann/Leuthold 2001b) laufend erweitert. Die statistische Analyse wurde dabei immer wieder mit den aktualisierten Daten durchgeführt. Dabei hat sich die Faktorenstruktur sowohl in quantitativer als auch in inhaltlicher Hinsicht als ausgesprochen konstant und robust erwiesen. Die erklärte Varianz der drei ersten Faktoren hebt sich bei allen Untersuchungen deutlich von den weiteren ab, so dass von einer stabilen dreidimensionalen Faktorstruktur ausgegangen werden kann.

Die aktuellste Auswertung aller 213 eidgenössischen Volksabstimmungen von 1981 bis 2005⁶² ergibt folgende Abfolge der Eigenwerte: 43.4, 34.6, 26.3, 9.2, 8.2, 6.5 Die drei ersten Faktoren haben einen summierten Eigenwert von 104.4. Damit erfas-

⁶² Es handelt sich dabei um die Abstimmungen Nr. 306 bis 519.

sen sie rund 49.0% der gesamten Varianz aller 218 Abstimmungen und vereinen nach der Rotation 17.6%, 16.1% und 15.3% der gemeinsamen Varianz auf sich.

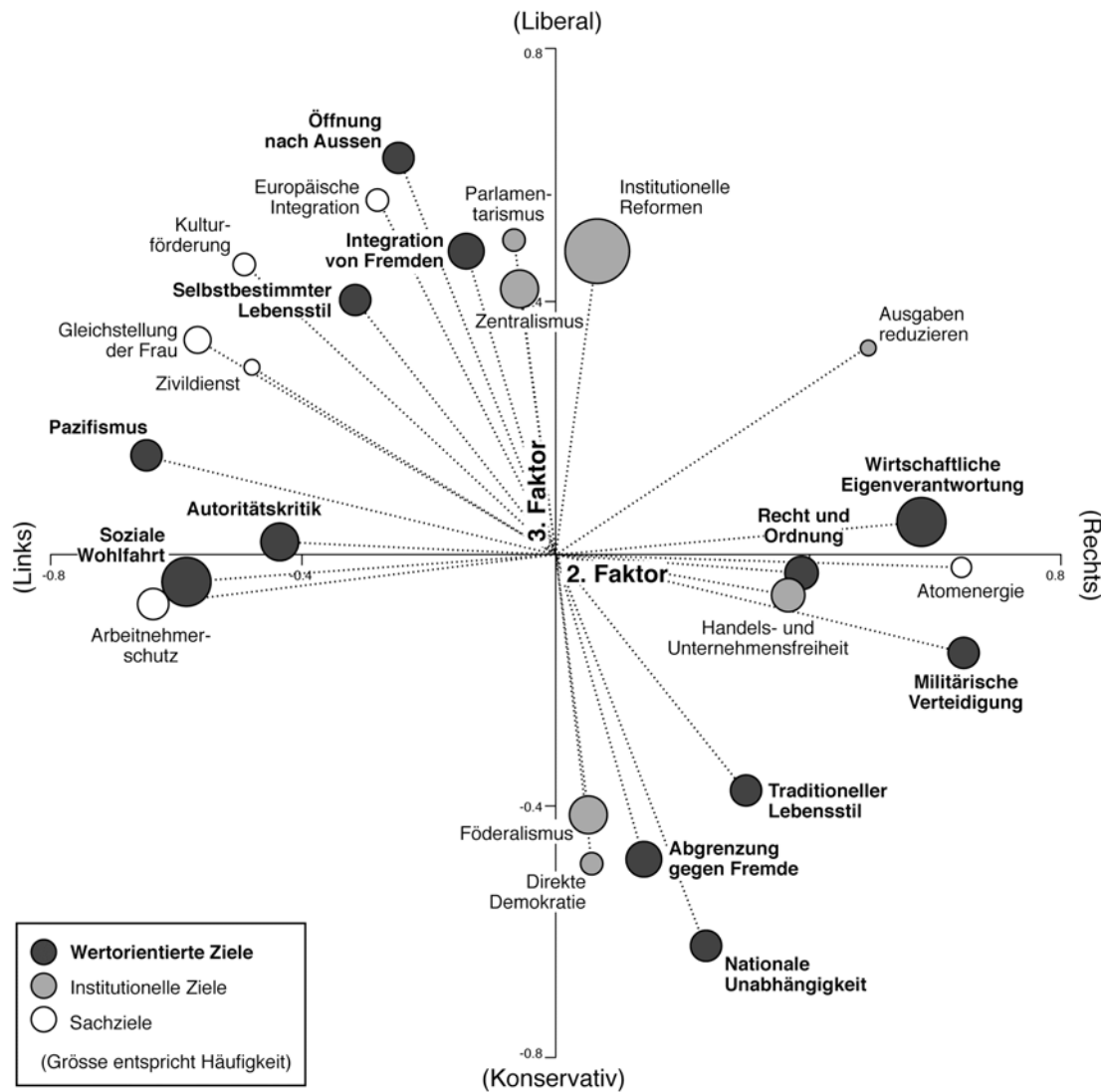


Abbildung 12: Häufigkeit und Position der politischen Ziele im Faktorraum mit dem 2. und dem 3. Faktor nach der Rotation (Quelle: Hermann/Leuthold 2001b)

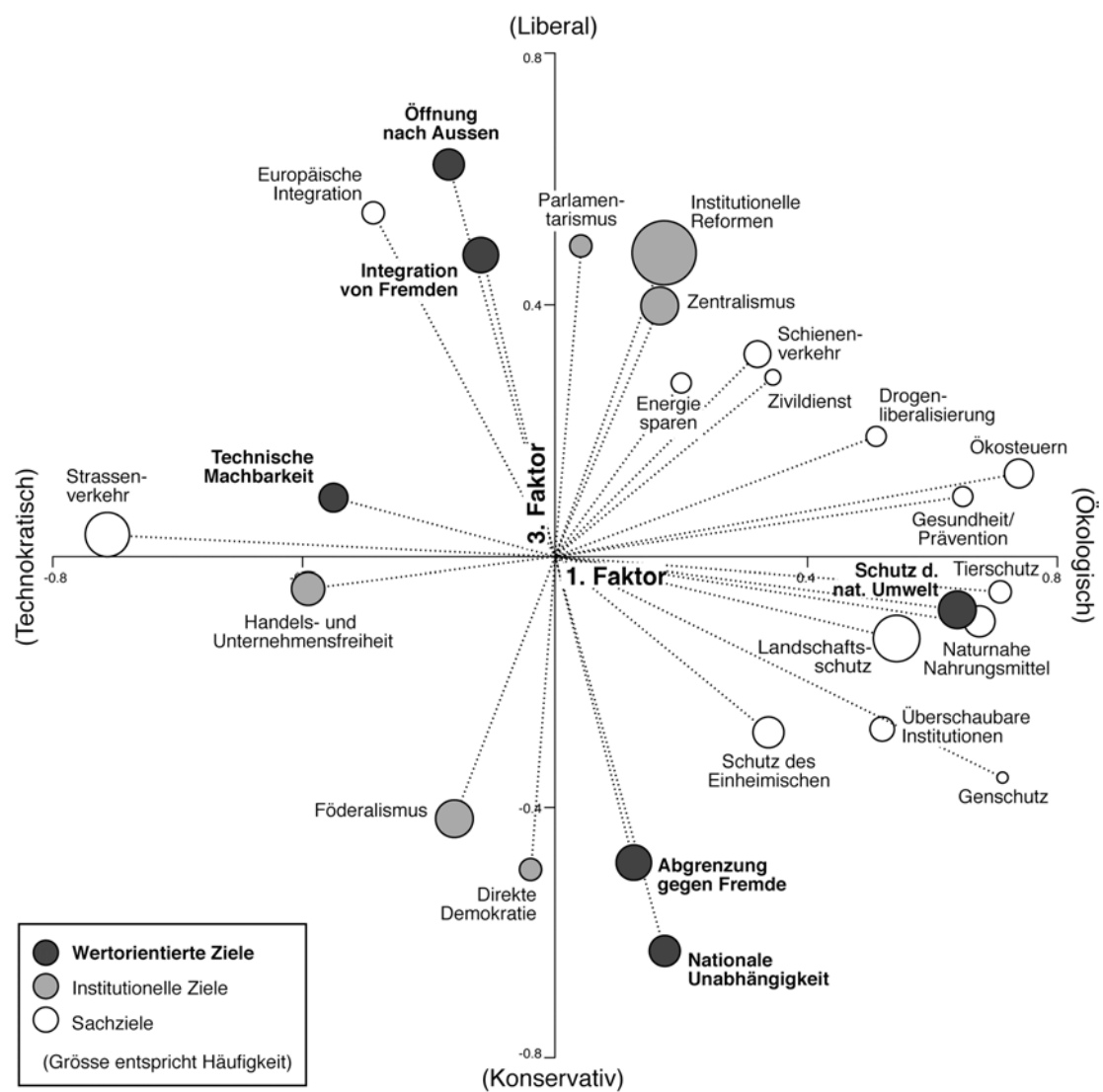


Abbildung 13: Politische Ziele im Faktorraum mit dem 1. und dem 3. Faktor als Achsen nach der Rotation (Quelle: Hermann/Leuthold 2001b)

3.3 Interpretative Konstruktion des Raums der Weltanschauungen

3.3.1 Drei Dimensionen der Weltanschauung

Der Raum der politischen Ziele verbindet den quantitativ-statistischen Analyseteil mit dem qualitativ-inhaltlichen. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, um von den politischen Zielen auf die inhaltliche Bedeutung der Faktoren zu schliessen. Mit der Faktorenanalyse wurde die grosse Datenmenge der Abstimmungsergebnisse auf drei hauptsächliche Konfliktlinien verdichtet. Daraus kann geschlossen werden, dass drei unabhängige Dimensionen der Weltanschauung existieren, die durch die drei extrahierten Faktoren repräsentiert werden.

Zur inhaltlichen Identifizierung der drei Dimensionen wird aus der Vielfalt von politischen Zielen im Faktorraum auf grundlegende Bündel von Werten und Einstellungen geschlossen. Dies geschieht aufgrund ihrer Lage im Raum der politischen Ziele. Das heisst mit anderen Worten: Aus den politischen Zielen, die einen der Faktoren prägen, werden im Sinne einer phänomenologischen Reduktion und Abstraktion die gemeinsamen Elemente herausgeschält und so die bestimmenden Konfliktfelder der einzelnen Dimensionen bestimmt. Hierzu wurden auch einzelne Abstimmungen herbeigezogen, die auf einem der Faktoren eine hohe Ladung aufweisen. Die verschiedenen thematischen Konfliktfelder und die daraus hergeleiteten Wertkonflikte dienen zur inhaltlichen Charakterisierung der drei Dimensionen der Weltanschauung. Bei ihrer Benennung wurde auf gebräuchliche politische Begriffe zurückgegriffen. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass im politischen Diskurs ein Vorverständnis über weltanschauliche Gegensätze besteht, dem keine Neologismen entgegengesetzt, sondern dessen Kategorien und Begriffe verfeinert und geschärft werden sollen.

Die Verwendung von allgemein gebräuchlichen Begriffen wie «liberal», «links» und «konservativ» ist nicht ganz unproblematisch, da nicht jeder und jede dasselbe darunter versteht. Während beispielsweise in Kontinentaleuropa der Begriff «liberal» in erster Linie eine auf wirtschaftliche Eigenverantwortung orientierte Haltung umschreibt, ist damit in den USA eine Haltung gemeint, die sich für bürgerliche Freiheiten, gegen die Todesstrafe und gegen wirtschaftliche Benachteiligung einsetzt. Der Begriff «rechts» wird in Deutschland mit einer nazifreundlichen Haltung in Verbindung gebracht, in Frankreich ist «droite» dagegen vor allem eine kapitalistische beziehungsweise anti-sozialistische Haltung. Aufgrund dieser ganz unterschiedlichen Verwendungen ist es notwendig, die Begriffe und die Art, wie sie sich zu einem Begriffssystem zusammenfügen, genauer zu definieren.

3.3.1.1 Links gegen rechts

Die primäre Dimension der Weltanschauung wird durch den Faktor 2 repräsentiert, der rund 16% der Varianz erklärt.⁶³ Diese primäre Dimension wird von zwei Konfliktfeldern geprägt, die einerseits die *Kontroll-* und andererseits die *Verteilfunktion* des Staates betreffen. Gegensätzliche Haltungen zur Kontrollfunktion kommen in Konflikten um die Institutionen Militär, Polizei und Justiz zum Ausdruck. Die Forderungen nach Stärkung der Armee und Erhöhung der inneren Sicherheit machen eine autoritätsfreundliche Haltung aus. Dagegen stellt sich eine autoritätskritische Haltung mit der Forderung nach Abbau der Armee und Schutz vor Übergriffen und Eigenmächtigkeiten des staatlichen Ordnungsapparates.⁶⁴ Der Konflikt um die Verteilfunktion des Staates bezieht sich auf die Institutionen der Sozialversicherung und auf die vom Staat durchgesetzte Wirtschaftsordnung. Es stehen sich die wertorientierten Ziele «soziale Wohlfahrt» und «wirtschaftliche Eigenverantwortung» gegenüber. Diese markieren den Gegensatz zwischen einem sozialen und einem kompetitiven Verteilungsideal.⁶⁵

Dem sozialpolitischen Konflikt liegen zwei gegensätzliche Ideale der Güterverteilung zu Grunde. Das eine ist das soziale Verteilungsideal, welches das Wohlergehen eines jeden ins Zentrum setzt. Das andere ist das an Konkurrenz orientierte kompetitive Verteilungsideal, welches für das Recht der Tüchtigen und Durchsetzungsfähigen steht. Der Grundsatz «jedem nach seinen Bedürfnissen» steht dem Grundsatz «jedem nach seinen Fähigkeiten» gegenüber.

Aus der statistischen Übereinstimmung der beiden Konfliktfelder kann geschlossen werden, dass die Einstellungen zu Kontrolle (bzw. Autorität) und zu Verteilung Ausdruck eines einzigen weltanschaulichen Gegensatzes sind. An einem Pol dieses Gegensatzes steht eine sozial-autoritätskritische und am anderen eine kompetitiv-autoritätsfreundliche Haltung (vgl. Abb. 14). Diesen vorgefundenen Gegensatz bezeichnen wir – in Anlehnung an die alltägliche Verwendung der Begriffe – als links gegen rechts.

⁶³ Die drei Dimensionen werden hier aus inhaltlichen Gründen nicht in der Reihenfolge ihrer quantitativen Stärke abgehandelt. Der zweite und der dritte Faktor bilden die sozialräumliche Differenzierung nach vertikalen und horizontalen Unterschieden ab, während der erste Faktor vor allem die Sprachregionen trennt (vgl. auch Hermann/Leuthold 2003a: 48–51; 2003b). Die quantitative Stärke des ersten Faktors kann mit dieser sprachregionalen Komponente erklärt werden. Weil die sprachliche Vielfalt in der Schweiz territorialisiert ist, werden diese Unterschiede bei Aggregatdatenanalysen tendenziell überbewertet (vgl. die Ausführungen zu Aggregatdatenanalysen und zum MAUP in Kap. 3.6.1.4).

⁶⁴ Von den wertorientierten Zielen betrifft dies das Gegensatzpaar «militärische Verteidigung/Pazifismus» (z.B. Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, Abschaffung der Armee, Bau neuer Waffenplätze) und das Gegensatzpaar «Recht und Ordnung/Anti-Autoritarismus» (z.B. Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Verschärfung des Strafgesetzes, Abschaffung der politischen Polizei).

⁶⁵ Wichtige Vorlagen zu diesem Gegensatzpaar betreffen einerseits die Wochenarbeitszeit, das Rentenalter und die Länge der bezahlten Ferien und andererseits den Ausbau von AHV/IV, Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

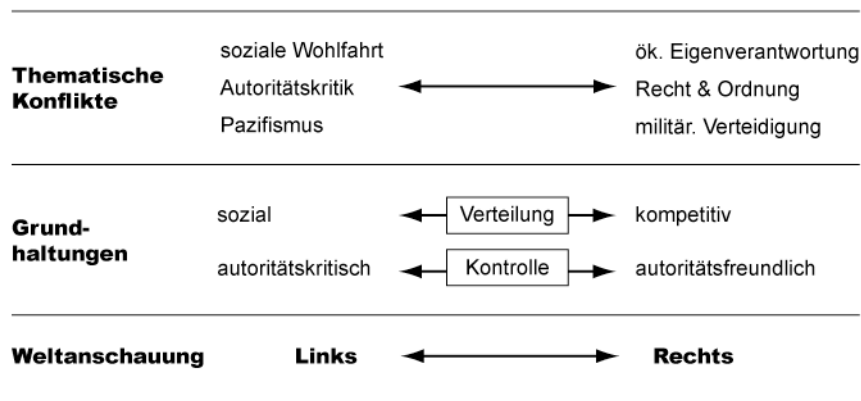


Abbildung 14: Thematische Konfliktfelder und gegensätzliche Grundhaltungen des Links-rechts-Konflikts (Quelle: Leuthold/Hermann 2001b)

Sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik wird der Links-rechts-Gegensatz häufig nur an der sozialen Frage festgemacht⁶⁶, wodurch der Eindruck entsteht, dass es sich dabei um einen Konflikt um «mehr oder weniger Staat» handelt. In seiner ganzen Breite betrachtet, ist der Links-rechts-Gegensatz jedoch ein Konflikt um zwei verschiedene Staatsauffassungen, letztlich sogar um zwei verschiedene Gesellschaftsideale. Das linke Gesellschaftsideal stellt den sozialen Ausgleich, persönliche Freiheiten und Pazifismus ins Zentrum, das rechte dagegen «Recht und Ordnung», militärische Stärke und unternehmerische Freiheiten.

3.3.1.2 Liberal gegen konservativ

Spätestens mit dem Einsetzen der Europadebatte in der Schweiz Anfang der 1990er Jahre wurde offensichtlich, dass die Gesellschaft nicht einfach in links und rechts eingeteilt werden kann. Im Hinblick auf die EWR-Abstimmung 1992 haben sich Koalitionen gebildet, die quer durch die traditionell «verfeindeten» Lager von links und rechts verliefen. Neben den traditionellen Lagern haben sich seither auch die Lager der «Öffnungsfreundlichen» und der «Öffnungsskeptiker» etabliert. Die Faktorenanalyse bestätigt diese Beobachtung.

Diese Dimension der Weltanschauung ist durch den dritten Faktor charakterisiert, der rund 14% der Varianz erklärt. Wie bei der ersten Komponente sind auch hier zwei Konfliktfelder, die sachlich unabhängig sind, vereinigt. Es geht einerseits um Öffnung und andererseits um Reformen.

⁶⁶ So zählt z.B. Kitschelt (1994: 10) nur die distributive Komponente des Links-rechts-Gegensatzes zum Konflikt Socialist vs. Capitalist.

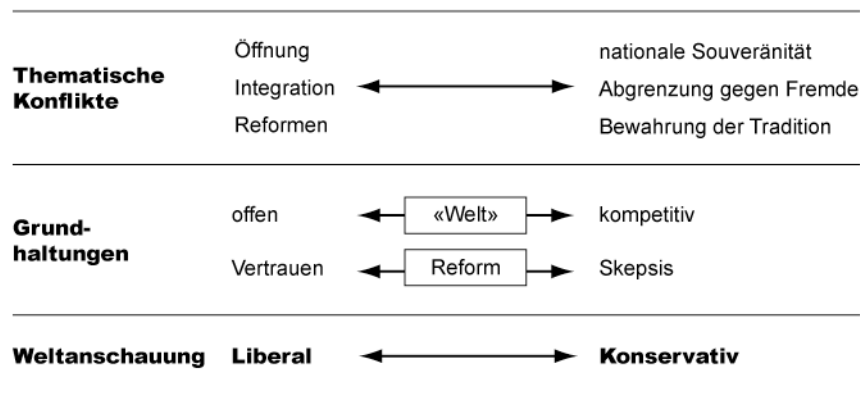


Abbildung 15: Thematische Konfliktfelder und gegensätzliche Grundhaltungen des Konflikts liberal gegen konservativ (Quelle: Hermann/Leuthold 2001b)

Die Lage der Ziele im Faktorraum zeigt, dass sich Öffnung nicht bloss auf das Verhältnis der Schweiz zur Staatengemeinschaft bezieht,⁶⁷ sondern auch auf die Öffnung gegenüber den Fremden im Innern und deren Integration in die Gesellschaft.⁶⁸ Eine weltoffene Haltung steht einer auf Abgrenzung und Selbstbehauptung bedachten, weltverschlossenen Haltung gegenüber. Das andere Konfliktfeld besteht aus dem Gegensatz zwischen Reformieren und Bewahren. Dieser Gegensatz kommt vor allem bei der Reform von Finanzordnung, Regierung und Verwaltung zum Ausdruck, zeigt sich aber auch bei der Auseinandersetzung zwischen Bewahrung des Föderalismus und Schaffung von neuen Bundeskompetenzen. Beim bewahrenden Pol befindet sich schliesslich auch das Anliegen der Stärkung der direkten Demokratie; die Stärkung des Parlaments fällt dagegen mit den Reformanliegen zusammen. Aus den beiden oben kurz umrissenen Konfliktfeldern geht hervor, dass die zweite Komponente der Weltanschauung aus einem Konflikt zwischen weltoffen-reformorientierter und weltverschlossen-bewahrender Haltung besteht. Wir bezeichnen diese Komponente als liberal gegen konservativ. Wir wählen dieses Begriffspaar zur Benennung, da der Konflikt in seiner ganzen Breite in der realen politischen Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Konservativen enthalten ist. Wir knüpfen dabei an der historischen Bedeutung der beiden Begriffe aus dem 19. Jahrhundert an und verwenden «liberal» im Sinne von fortschrittlich und freiheitlich, von modernistisch und offen.

⁶⁷ Dies spiegelt sich im Zielkonflikt «Öffnung nach aussen/nationale Unabhängigkeit» (z.B. Bretton-Woods-Organisationen, EWR, UNO-Friedenstruppen).

⁶⁸ Hierfür steht der Zielkonflikt «Integration von Fremden/Abgrenzung gegenüber Fremden» (z.B. erleichterte Einbürgerung junger Ausländer, Einführung einer Rassismusstrafnorm).

«Konservativ» setzen wir als antagonistische Haltung zu liberal. Konservativ bedeutet deshalb nicht nur bewahrend, wie es aus dem Wortstamm hervorgeht, sondern auch selbstbezogen; nicht nur retrospektiv, sondern auch binnenorientiert.

Wissenschaft und Medien in Kontinentaleuropa verwenden den Begriff «liberal» häufig zur Bezeichnung einer anti-etatistischen, «neoliberalen» Haltung. Die vorgeschlagene Begriffsverwendung orientiert sich dagegen am alltäglichen Wortgebrauch, bei dem das staatskritische Element nicht im Vordergrund steht. Liberal bezeichnet eine weltoffene und freiheitliche Haltung: Dazu gehören eine liberale Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch und eine liberale Einbürgerungspraxis gleichermassen wie eine liberale Wirtschaftspolitik. Die liberale Haltung existiert sowohl in einer rechten (rechtsliberalen) als auch einer linken (linksliberalen) Variante.

3.3.1.3 Ökologisch gegen technokratisch

Die dritte Dimension der Weltanschauung wird durch den Faktor 1 repräsentiert, der den grössten Anteil der Varianz erklärt (17.7%). Wir benennen sie als ökologisch gegen technokratisch. Diese Bezeichnung geht bereits aus den beiden wertorientierten Zielen hervor, die diesen Faktor prägen. Es sind «Schutz der natürlichen Umwelt» am einen Pol und «technische Machbarkeit» am entgegengesetzten. Zudem laden auch verschiedene klassisch ökologische Sachziele wie «Landschaftsschutz», «naturnahe Nahrungsmittel» und «Tierschutz» positiv auf diesem Faktor.⁶⁹ Neben den ökologischen Themen im engeren Sinn prägen auch Themen die dritte Komponente, die mit der Integrität von Mensch, Natur und Gesundheit im weiteren Sinne zu tun haben wie Gentechnologie, Gesundheitsschutz und Prävention.⁷⁰

Offensichtlich wird die dritte Dimension der Weltanschauung von einem einzigen Gegensatz dominiert, wenngleich sehr unterschiedliche Sachbereiche betroffen sind wie Gesundheitspolitik, Landwirtschaft, Naturschutz, Verkehr und Energie. Der eigentliche Konflikt entspringt dabei immer unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie menschliche Eingriffe in die (eigene) Natur zu bewerten sind.

Die Benennung gestaltet sich bei der Dimension ökologisch gegen technokratisch etwas schwieriger als bei den anderen beiden, da dieser Konflikt erst seit verhältnismässig kurzer Zeit in institutionalisierter Form in der Parteienlandschaft aufgetaucht

⁶⁹ Eine Ausnahme bildet die Kategorie «Atomenergie», die zu den erwähnten Sachzielen passen würde, jedoch beim Konflikt links gegen rechts zu finden ist.

⁷⁰ Hier handelt es sich vor allem um das Werbeverbot für Alkohol und Tabak.

ist und daher griffige Bezeichnungen aus dem politischen Alltag fehlen.⁷¹ Als technokratisch bezeichnen wir eine Haltung, die dafür einsteht, dass die Kräfte der Natur gebändigt und möglichst weitgehend ausgenutzt werden sollen. Die ökologische Haltung steht dagegen für einen ganzheitlichen Umgang mit der Natur und ist von Skepsis gegenüber rein technischen Lösungen geprägt.

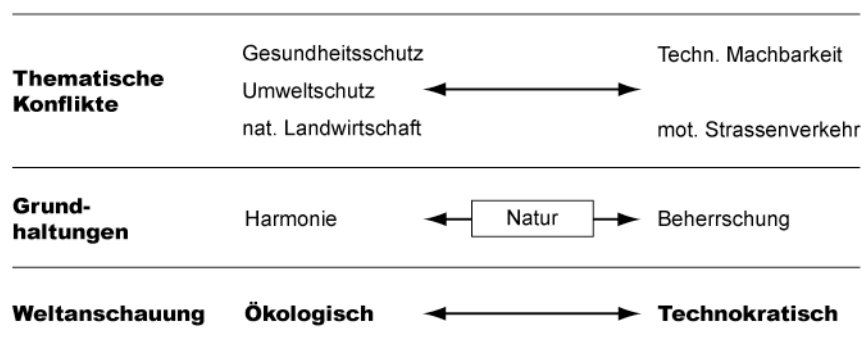


Abbildung 16: Thematische Konfliktfelder und gegensätzliche Grundhaltungen des Konflikts ökologisch gegen technokratisch (Hermann/Leuthold 2001b)

3.3.2 Der Raum der Weltanschauungen

3.3.2.1 Zwei Arten der Liberalisierung

Die beiden Konfliktlinien links–rechts und liberal–konservativ sind zwei Dimensionen des politischen Raums. Daraus folgt, dass eine liberale Haltung sowohl mit linken als auch mit rechten Einstellungen verbunden sein kann, genauso wie es auf der konservativen Seite die Kombination mit linken und mit rechten Werten gibt.

Politische Sachfragen betreffen häufig beide Achsen des Raums. Das heisst, sie verlaufen entlang der Diagonalen. Diese «diagonalen» Konfliktlinien weisen in sich ebenfalls Ähnlichkeiten auf und können damit als eigene Gruppe gefasst werden. So zeigt es sich, dass Vorlagen zur gesellschaftlichen Liberalisierung meist auf der Diagonale zwischen linksliberal und rechtskonservativ verlaufen. Beispiele sind die Vorlagen zur Liberalisierung des Sexualstrafrechts (1992), zur Erneuerung des Eherechts (1985) oder zur Einführung einer Mutterschaftsversicherung (1999). Die Er-

⁷¹ Die Bezeichnung «grün», wie sie im politischen Alltag verwendet wird, ist ungeeignet, da grüne Parteien meist linke Gruppierungen sind, der hier beschriebene Gegensatz jedoch unabhängig vom Links-rechts-Gegensatz ist.

weiterung der gesellschaftlichen Freiheiten und das Ziel, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu führen, sind typisch linksliberale Anliegen.

Während aus linksliberaler Sicht die gesellschaftlichen Freiheiten im Zentrum stehen, geht es aus rechtsliberaler Sicht in erster Linie um wirtschaftliche Freiheiten. Mit der Liberalisierung und Deregulierung von Wirtschaft und Staat sollen effizientere und moderne Strukturen geschaffen und die unternehmerische Freiheit erhöht werden. Vorlagen zur wirtschaftlichen Liberalisierung wie das neue Arbeitsrecht (1996), das Elektrizitätsmarktgesetz (2002) oder die Abschaffung des Beamtenstatus' (2000) verlaufen denn auch typischerweise zwischen linkskonservativ und rechtsliberal.

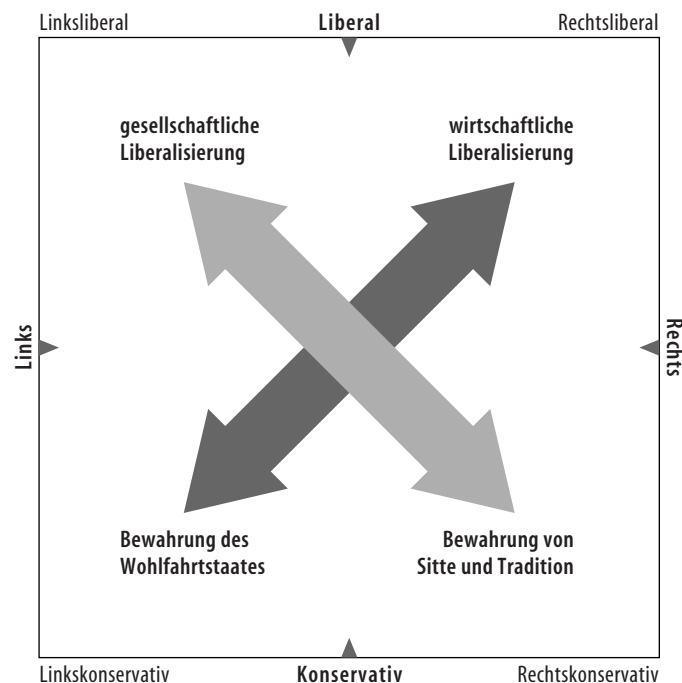


Abbildung 17: Diagonale Konfliktlinien im Raum der Weltanschauungen

Analog präsentiert sich die Situation auf der konservativen Seite. Rechtskonservative stehen in erster Linie für eine Bewahrung der gesellschaftlichen Normen und Sitten ein. Demgegenüber stellen sich Linkskonservative primär gegen den Strukturwandel und gegen Effizienzsteigerungen in Wirtschaft und Verwaltung, weil sie dadurch Arbeitsplätze und die hart erkämpften sozialen Errungenschaften in Gefahr sehen.

3.3.2.2 Der dreidimensionale Raum

Die politischen Konfliktlinien, die mittels Faktorenanalyse aufgedeckt wurden, ermöglichen eine präzise Vorstellung von den divergierenden Grundwerten in der Schweiz. Die Grundhaltungskonflikte, welche in der Gesellschaft bestehen, sind

weitaus vielseitiger als in der institutionellen Politik, wo sich die Parteien und ihre Exponenten bis heute weitgehend in ein Spektrum von links nach rechts einordnen lassen. Während der Konflikt zwischen einer liberalen und konservativen Grundorientierung im letzten Jahrzehnt mehr und mehr auch in der Parteienlandschaft sichtbar wurde, kommt der Gegensatz zwischen ökologisch und technokratisch in der Politik kaum als eigenständige Konfliktlinie zum Tragen.

Die Analyse der Volksabstimmungen macht nicht nur die Eigenständigkeit von drei politischen Grundhaltungskonflikten, sondern auch ihr Zusammenwirken sichtbar. Im Abschnitt über die «zwei Arten der Liberalisierung» wurde die Überlagerung des Links-rechts- und des Liberal-konservativ-Gegensatzes thematisiert. Auch die dritte Konfliktlinie zwischen ökologisch und technokratisch steht nicht isoliert, sondern ist auf vielfältige Weise mit den anderen beiden verknüpft.

Ökoliberale Vorlagen sind beispielsweise die Förderabgabe für erneuerbare Energien (2000) oder die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (1998). Dies sind innovative Systemreformen, die darauf abzielen, ein umweltverträglicheres Verhalten zu fördern. Die Verbindung von ökologisch und konservativ kommt dementsprechend in Vorlagen zum Ausdruck, die in der Regel mit Einschränkungen und Verboten etwas Bestehendes erhalten wollen. Beispiele sind die Genschutz-Initiative (1998) oder die Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat (1984). Eine Verbindung von linken und ökologischen Werten zeigt sich am stärksten beim Streit um die Atomtechnologie. Diese Technologie besitzt sowohl militär- als auch energiepolitische Bedeutung und wurde deshalb von Anfang an mit pazifistischen und mit ökologischen Argumenten bekämpft. Bis heute wird die Atomkraft denn nicht nur in ökologischen, sondern auch in links stimmenden Regionen abgelehnt.

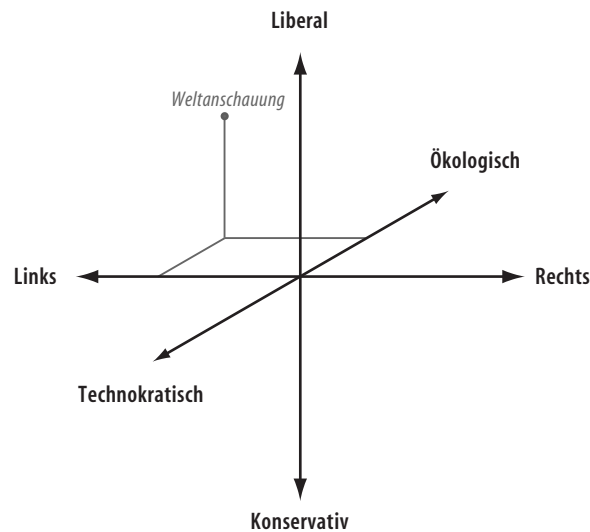


Abbildung 18: Der dreidimensionale Raum der Weltanschauungen

3.3.3 Spiegel gesellschaftlicher Dichotomien

Die drei Dimensionen des Raums der Weltanschauungen widerspiegeln die grundlegenden Wertkonflikte in der Gesellschaft. Diese mentalen Gegensätze sind nicht frei schwebend, sondern es liegen ihnen gesellschaftliche Differenzierungsachsen zugrunde. Eine theoretische Begründung für diesen Schluss findet sich im Konzept der «Inkorporierung» von Bourdieu (1994 [1979]). Nach Bourdieu sind kognitive Strukturen inkorporierte soziale Strukturen. Das heisst, menschlichen Akteure nehmen die objektiven Teilungen der Gesellschaft wahr, ordnen sich darin ein und übernehmen bzw. verinnerlichen die bestehende gesellschaftliche Hierarchie und die damit verbundene symbolische Ordnung aus der Perspektive ihrer eigenen Position. Diese lage- und positionsspezifische Einverleibung der fundamentalen sozialen Gegensätze führt zu sozial differenzierten Klassifikationsschemata oder nach unserer Terminologie zu unterschiedlichen Weltanschauungen auf Basis gesellschaftlicher Differenzierung und Struktur.

3.3.3.1 Produktion und Reproduktion

Dem Konflikt links gegen rechts liegt eine gesellschaftliche Dichotomie zugrunde, die bei sozialen Verbänden jeder Grössenordnung und jedes Organisationsgrades existiert, sei dies die Familie, ein Verein oder der Staat als Ganzes. Für das Bestehen eines Verbandes ist sowohl die Funktion der Produktion als auch die der Reproduktion essentiell. Die Funktion der Produktion besteht darin, Zugang zu Ressourcen zu schaffen und sich gegenüber Konkurrenten und Gefahren zu behaupten, kurz, die

Existenz des Verbandes gegen Aussen zu sichern. Die reproduktive Funktion hat dagegen zum Zweck, die innere Existenz des Verbandes zu garantieren. Erst wenn für das Wohlergehen und die Entfaltung der einzelnen Mitglieder gesorgt wird, können diese in der Produktion eingesetzt werden.⁷²

Produktion und Reproduktion sind komplementär. Sie ergänzen sich funktional und stehen gleichzeitig in einem antagonistischen Verhältnis zueinander. Wird in einem Verband die Reproduktion vernachlässigt, werden durch Ungleichheiten interne Spannungen hervorgerufen. Kommt die produktive Funktion zu kurz, dann führen Strukturschwäche (fehlende Hierarchien bzw. Akzeptanz von Autorität) und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zur Minderung der Handlungsfähigkeit des Verbands. Der Links-rechts-Gegensatz ist das ideelle Abbild der funktionalen Teilung von Produktion und Reproduktion. Die Maximen einer rechten Weltanschauung – Konkurrenz und Autoritätsfreundlichkeit – sind darauf ausgerichtet, die produktive Funktion einer Gesellschaft zu erfüllen. Zur Gewinnung von Ressourcen bedarf es der ökonomischen Fitness und zum Schutz gegen Übergriffe von aussen sind Verteidigungsbereitschaft und Befehlsgehorsam vonnöten. Die linken Maximen – sozialer Ausgleich und Beschränkung von Autorität – zielen dagegen auf die Reproduktionsfunktion. Wohlfahrt bedarf der sozialen Fürsorge und die Entfaltung des Einzelnen verlangt nach Schutz vor autoritärer Unterdrückung.

3.3.3.2 Macht und Ohnmacht

Im Konflikt liberal gegen konservativ spiegelt sich der Gegensatz von Macht und Ohnmacht in der Gesellschaft. Um diesen Zusammenhang nachvollziehen zu können, muss der Begriff der Macht in einem umfassenden Sinn verstanden werden. Laut Anthony Giddens (1995 [1984]: 65f) ist Macht «die Möglichkeit anders zu handeln». Mächtig handeln heisst demnach, aus freien Stücken in die Welt einzugreifen (oder einen solchen Eingriff zu unterlassen) und dabei etwas zu erreichen. Nach Giddens hat Macht zwei Gesichter. Macht bedeutet einerseits die «Mobilisierung von Einfluss in Institutionen», andererseits ist Macht aber auch das Vermögen, selbst bestimmt zu handeln.

Das Bewusstsein eigener Macht ist Voraussetzung für eine liberale Weltanschauung. Die Bereitschaft, den Staat zu reformieren und nach aussen zu öffnen, besteht nur bei Menschen, die an ihr eigenes Handlungsvermögen glauben und somit darauf vertrau-

⁷² Reproduktive Institutionen des Staates sind: Gesundheitswesen, Sozialversicherungen oder Schulen. Dagegen sind Justiz, Polizei, Armee eher dem produktiven Bereich zuzuordnen. Auch innerhalb der Institutionen existiert eine analoge Teilung, beispielsweise in der Armee, wo jeder Einheit ein Stab angegliedert ist, der mit den reproduktiven Aufgaben betraut ist.

en, dass Institutionen und Organisationen in einem positiven Sinn gestaltet werden können und dass durch Konfrontation mit anderen die eigene Identität nicht verloren geht. Wenn hingegen Ohnmacht das herrschende Lebensgefühl ist, dann bestimmen Angst vor Identitätsverlust und das Gefühl, vom Lauf der Welt überrollt zu werden, das Handeln. Eine gegen Neuerungen gerichtete und mit Abneigung gegen das Fremde durchsetzte Weltanschauung ist die Folge davon. Entscheidend für das mentale Phänomen Weltanschauung ist nicht die objektive Macht, die jemand besitzt, sondern die subjektiv wahrgenommene. Das Gefühl, mächtig zu sein, muss also nicht zwingend an grosses ökonomisches oder kulturelles Kapital gebunden sein. Die Wahrscheinlichkeit ist allerdings klein, dass sich jemand selbst als mächtig wahrnimmt, dessen Handlungsmöglichkeiten überall an Grenzen stossen. Umgekehrtes ist wahrscheinlicher, nämlich Personen, die über viele Ressourcen verfügen, sich selber aber als ohnmächtig wahrnehmen und daher auch entsprechend defensiv handeln.

Anders als der im nächsten Abschnitt besprochene Links-rechts-Gegensatz widerspiegelt der Gegensatz liberal gegen konservativ nicht eigentlich einen ideologischen, sondern eher einen methodologischen Gegensatz. Je nach Selbstwahrnehmung werden Probleme machtbewusst, aktiv und kreativ gelöst oder ihnen wird ohnmächtig mit Massnahmen der Abschottung und Bewahrung begegnet.

3.3.3.3 Wirkungsmacht und Eigenmacht

Die Kombination des Machtbegriffs von Giddens mit dem Gegensatz zwischen Produktion und Reproduktion führt zu einem differenzierten Machtbegriff. Zum einen bedeutet Macht Herrschaft über Sachen und Personen, zum anderen das Vermögen, selbst bestimmt zu handeln. Die beiden Gesichter von Macht bilden sich im Raum der Weltanschauungen ab: Eines entspricht einer rechten und das andere einer linken Konzeption von Macht.

Diese Unterscheidung leitet sich direkt aus den mit den beiden Haltungen verknüpften politischen Zielen ab. Die rechte Haltung, die sich an Autorität und Eigentum orientiert, ist mit einem Machtbegriff verknüpft, der auf Vermehrung von Eigentum und Besitz und auf den Aufstieg in Hierarchien zielt. Wir nennen dieses an der Produktion orientierte Verständnis von Macht *Wirkungsmacht*, da sie sich im Ausmass ihrer äusseren Wirkungen messen lässt. Die reproduktiven Ziele auf der linken Seite – Wohlfahrt und ideelle Freiheiten – stehen für einen Machtbegriff, der auf Selbstbestimmung in der Gestaltung des eigenen Lebens setzt. Dazu gehören insbesondere die autonome Festsetzung von Inhalt und Menge des Arbeitens, die freie Wahl der Wohnform und der Art der Partnerschaft. Dieses Verständnis von Macht nennen wir

Eigenmacht, da sie sich an den eigenen Möglichkeiten und nicht an der Herrschaft über andere und anderes orientiert.

Wie Produktion und Reproduktion stehen auch Wirkungs- und Eigenmacht in einem Spannungsverhältnis. Eine klassische Wirtschaftskarriere eröffnet zwar ein grosses Potenzial an Wirkungsmacht, schränkt aber die Eigenmacht ein: Anpassung an Verhaltenskodizes, Einordnung in Hierarchien und eine Bereitschaft zu Mobilität sind Voraussetzungen für den Erfolg. Umgekehrt schränkt die einseitige Orientierung an Eigenmacht und die damit einhergehende Unverbindlichkeit das Potenzial zum Erlangen von Wirkungsmacht ein. Eigen- und Wirkungsmacht schliessen sich nicht grundsätzlich aus. Die Möglichkeit zur besseren Vereinigung der beiden Machttypen ist ein wichtiger Faktor des gesellschaftlichen und politischen Wandels der letzten Jahrzehnte.

3.3.3.4 Natur und Kultur

Die Dichotomie, die hinter dem Konflikt zwischen technokratisch und ökologisch steht, weist über das Gesellschaftliche hinaus: Es spiegelt sich darin das Spannungsfeld zwischen Natur und Kultur. Dieses entsteht, weil der Mensch als sich selbst bewusstes Wesen aus der Natur geworfen ist und gleichzeitig darin verhaftet bleibt. Wie eine umfassende Studie des Psychologen Norbert Bischof (1997) zeigt, ist der Mensch seinem partiellen «Rauswurf» aus der Natur schon immer auf zwei Weisen begegnet. Einerseits kann die Trennung von der Natur als Verlust einer paradiesischen Harmonie empfunden werden, andererseits auch als Überwindung eines unwirtlichen und beengenden Urzustands (Tohuwabohu). Diese beiden Zugänge zum Verhältnis zwischen Natur und Kultur liegen dem weltanschaulichen Konflikt zwischen ökologisch und technokratisch zugrunde. Aus ökologischer Perspektive bilden Natur und Kultur eine Ganzheit und sollten deshalb versöhnt werden. Menschliche Eingriffe in die Natur und das technisch-operationale Denken werden als Störungen dieser Ganzheit begriffen. Störungen, die letztlich auf den Menschen selbst zurückfallen. Aus technokratischer Sicht ist die Trennung von Natur und Kultur, von Körper und Geist die Basis für Fortschritt. Die natürliche Umwelt und auch der menschliche Körper werden als Dinge betrachtet, die beherrscht werden sollen, damit der Mensch seine Abhängigkeit von der Willkür der Natur verliert.

Ist der Liberal-konservativ-Gegensatz vor allem methodologisch und der Links-rechts-Gegensatz vor allem ideologisch, so ist der ökologisch-technokratische primär ein ontologischer Konflikt. Das heisst, es liegen ihm unterschiedliche Annahmen über die Welt und das *Sein* zugrunde. Dabei kann die ökologische Ontologie als holistisch und die technokratische als dualistisch identifiziert werden.

Auch bei diesem Konflikt kommt die Inkorporierung der alltäglichen Lebensbedingungen zum Ausdruck: Wer in seinem Alltag die Kräfte der Natur eher als feindlich und hinderlich wahrnimmt, sei es weil Schädlinge die Ernte vernichten oder Lawinen das Haus bedrohen, strebt die artifizielle Zähmung der natürlichen Kräfte an und neigt somit zu einer technokratischen Haltung. Im urbanen Alltag sind natürliche Einflüsse eher unbedeutend, anthropogene Immissionen und Grünflächenmangel werden dagegen als Beeinträchtigung der Lebensqualität empfunden.

3.3.4 Extraktion von Sachkonflikten

Mit der induktiv-hermeneutischen Analyse haben wir aus der Vielzahl der Abstimmungsvorlagen die grundlegenden weltanschaulichen Dimensionen rekonstruiert. Der Analyseprozess führte von konkreten politischen Vorlagen zu abstrakten mentalen Dispositionen. Als Ergebnis der Analyse resultieren jedoch nicht nur drei Dimensionen der Weltanschauung, sondern ebenso die Verortung einzelner Abstimmungen und die Verortung von politischen Zielen in der Abstimmungslandschaft. Die induktiv-hermeneutische Perspektive liefert Erkenntnisse über die Konfliktstruktur konkreter Sachthemen. Es wird dabei offenbar, welche Konfliktlinien durch die verschiedenen Politikbereichen mobilisiert werden. Auf der Grundlage des induktiv gewonnenen Wissens über die Konfliktstruktur von Abstimmungsvorlagen und politischen Zielen haben wir in einem deduktiven Prozess ein Set von politischen Sachkonflikten identifiziert. Das resultierende 9-dimensionale Modell dient als Ergänzung zum «Raum der Weltanschauungen»; es ermöglicht das Erstellen eines detaillierten politischen Profils für einzelne politische Einheiten.,

3.3.4.1 Politisches Profil in 9 Dimensionen

Das detaillierte politische Profil setzt sich aus einem Set von Sachkonflikten zusammen. Die Sachkonflikte müssen dabei vier Kriterien erfüllen.

1. Sie sollen insgesamt die wichtigsten Politikbereiche abdecken.
2. Sie müssen jeweils einen politischen Grundkonflikt repräsentieren, zu dem in Gesellschaft und Politik kontroverse Grundhaltungen bestehen.
3. Es müssen Sachkonflikte sein, die regelmässig auf ähnliche Weise thematisiert werden.
4. Sie müssen durch Volksabstimmungen repräsentiert sein.

Das vierte Kriterium bildet die Voraussetzung dafür, dass Gemeinden und andere politische Einheiten, von denen politische «Äusserungen» ausschliesslich bei Volksabstimmungen dokumentiert sind, überhaupt erfasst werden können. Das vierte Kriterium ist jedoch auch ein Faktor für die Erfüllung des ersten: Aufgrund der Initiativ- und Referendumsmöglichkeiten gelangen gesellschaftlich virulente und umstrittene Sachkonflikte regelmässig an die Urne. Die Instrumente der schweizerischen Direktdemokratie haben somit eine Art Filterwirkung.

In Tabelle 2 sind die neun Sachkonflikte aufgeführt, welche die aufgestellten Kriterien erfüllen. In der ersten Spalte der Tabelle ist der Politikbereich aufgeführt, dem der entsprechende Sachkonflikt zugeordnet ist. Die zweite Spalte beschreibt den eigentlichen Sachkonflikt. Die Beschreibung der Konfliktlinie ist unidirektional angegeben. Grundsätzlich besteht jeder Sachkonflikt jedoch aus zwei konkurrierenden Zielrichtungen. So entspricht die Ablehnung des Anliegens der «ausserpolitischen Öffnung» dem Anliegen der «nationalen Eigenständigkeit».

Politikbereich	Sachkonflikt
Wirtschaftspolitik	<i>wirtschaftliche Liberalisierung</i>
Sozialpolitik	<i>starker Sozialstaat</i>
Finanzpolitik	<i>sparen & Steuern senken</i>
Sicherheitspolitik	<i>starke Armee & Polizei</i>
Ausländerpolitik	<i>restriktive Ausländerpolitik</i>
Aussenpolitik	<i>aussenpolitische Öffnung</i>
Umweltpolitik	<i>Schutz der Umwelt</i>
Gesellschaftspolitik	<i>gesellschaftliche Liberalisierung</i>
Staatspolitik	<i>starke Regierung, starkes Parlament</i>

Tabelle 2: Politikbereiche und zugehörige weltanschauliche Sachkonflikte

Die neun Sachkonflikte umfassen Politikbereiche aus allen sieben Departementen (Ministerien) der Bundesregierung. Trotzdem werden durch das Modell nicht alle wichtigen Politikbereiche abgedeckt. So ist beispielsweise die Verkehrspolitik nur implizit und partiell in der Umweltpolitik enthalten. Der Grund hierfür ist, dass die Verkehrspolitik in eine Reihe spezifischer Konflikte zerfällt. Jedes Infrastrukturprojekt, sei es Schiene oder Strasse, besitzt eine unterschiedliche Konfliktstruktur, weil davon jeweils unterschiedliche Regionen positiv oder negativ betroffen sind. Das heisst: die Verkehrspolitik ist zwar ein wichtiger Politikbereich, dieser beinhaltet jedoch keinen allgemeinen und wiederkehrenden Sachkonflikt.

3.3.4.2 Inhaltliche Beschreibung der Sachkonflikte

Der folgende Kriterienkatalog skizziert den Inhalt der neun Sachkonflikte und bildet die Grundlage für die Zuordnung der politischen Vorlagen.

Wirtschaftliche Liberalisierung

Deregulierung der Wirtschaft und Förderung des Wettbewerbs, Liberalisierung und Privatisierung der staatlichen Grundversorgung, Effizienzsteigerung in Verwaltung, Gesundheitswesen und in den Sozialwerken.

Starker Sozialstaat

Erhalt oder Ausbau der Leistungen im Sozial- und Gesundheitswesen, Erhalt und Ausbau des Arbeitnehmer- und Mieterschutz, Besserstellung der sozial Schwachen.

Sparen & Steuern senken

Verpflichtung von Regierung und Parlament zur Ausgaben- und Haushaltsdisziplin (Ausgabenbremse usw.), Ablehnung von neuen Steuern und Steuererhöhungen, Verstärkung des Steuerwettbewerbs.

Starke Armee und Polizei

Unterstützung von Rüstungsprojekten, Festhalten an der Wehrpflicht und Ablehnung einer Reduktion der Armeebestände, Verstärkung der Inneren Sicherheit auf Kosten der Bürgerrechte. Befürwortung eines rigiden Strafrechts und Strafvollzugs.

Restriktive Ausländerpolitik

Ablehnung von Integrationsmassnahmen, Begrenzung der Einwanderung, hohe Einbürgerungshürden und eine restriktive Asylpolitik.

Aussenpolitische Öffnung

Zivile und militärische Beteiligung der Schweiz an internationalen Organisationen, Personenfreizügigkeit und Freihandel, Europäische Integration.

Schutz der Umwelt

Begrenzung des Strassenverkehrs und des Strassenbaus, Schutz von Tieren, Landschaft und Gewässern, naturnahe Landwirtschaft, Ablehnung von Technologien mit Umweltrisiken (Kernenergie, Gentechnologie usw.).

Gesellschaftliche Liberalisierung

Lockerung und Abschaffung von Sittengesetzen, freie Wahl des persönlichen Lebenswandels (Homosexualität, Drogenkonsum usw.), liberale Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, Massnahmen zur Gleichstellung der Frau (Tagesschulen usw.).

Starke Regierung, starkes Parlament

Reform der politischen Institutionen (Verbesserung der Abläufe und der Infrastruktur), Erhöhung der Kompetenzen von Regierung und Parlament, Zentralisierung von Aufgaben.

Zuordnung der Abstimmungen

Von den 97 eidgenössischen Volksabstimmungen, die von 1996 bis 2005 abgehalten wurden, können 71 einem der neun oben definierten Sachkonflikte zugeordnet werden. Nicht alle diese Abstimmungen repräsentieren jedoch den Sachkonflikt gleich gut. Um die Unterschiede in Bedeutung und Güte der Abstimmungen zu berücksichtigen, wurden diese mit einem Gewicht von 1, 2 oder 3 versehen.

Nr.	Inhalt	Gewicht	Datum
Wirtschaftliche Liberalisierung			
433	Arbeitsgesetz I	1	1.12.1996
436	Aufhebung des Pulverregals	1	8.6.1997
448	Arbeitsgesetz (2. Anlauf)	2	29.11.1998
473	Bundespersonalgesetz (BPG)	1	26.11.2000
490	Elektrizitätsmarktgesetz	2	22.9.2002
492	Arbeitslosenversicherung	1	24.11.2002
507	11. AHV-Revision	1	16.5.2004
512	Postdienste für alle	3	26.9.2004
519	Personenfreizügigkeit (Ost-Erweiterung)	2	25.9.2005
521	Geschäftsöffnungszeiten	2	27.11.2005
Starker Sozialstaat			
437	Finanzierung der ALV	1	28.9.1997
444	10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters	1	27.9.1998
458	Mutterschaftsversicherung	1	13.6.1999
469	Flexibilisierung der AHV – gegen Erhöhung des Rentenalters für Frauen	1	26.11.2000
470	flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann	1	26.11.2000
486	36-Stundenwoche	1	3.5.2002
497	Faire Mieten	1	18.5.2003
499	Gesundheitsinitiative	1	18.5.2003
500	Behinderteninitiative	1	18.5.2003
503	Lehrstellen-Initiative	1	18.5.2003
505	Änderung des Mietrechts	1	8.2.2004
513	Mutterschaftsversicherung	1	26.9.2004
Sparen & Steuern senken			
439	Massnahmen zum Haushaltsausgleich	2	7.6.1998
451	Wohneigentum für alle	1	7.2.1999
480	Schuldenbremse	1	2.12.2001
484	Kapitalgewinnsteuer	2	2.12.2001
508	Erhöhung MWST für AHV/IV	1	16.5.2004
509	Steuerpaket	2	16.5.2004
514	Neuer Finanzausgleich	1	28.11.2004

Starke Armee & Polizei

441	S.o.S. – Schweiz ohne Schnüffelpolizei	1	7.6.1998
471	Umverteilungsinitiative	1	26.11.2000
482	Initiative Schweiz ohne Armee (GsoA II)	1	2.12.2001
483	Ziviler Friedensdienst	1	2.12.2001
506	Verwahrungsinitiative	1	8.2.2004

Restriktive Ausländerpolitik

432	gegen die illegale Einwanderung	1	1.12.1996
455	Dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich	1	13.6.1999
467	18-Prozent-Initiative	2	24.9.2000
491	Asylinitiative	2	24.11.2002
510	Erleichterte Einbürgerung 2. Generation	2	26.9.2004
511	Erleichterte Einbürgerung 3. Generation	2	26.9.2004

Aussenpolitische Öffnung

464	Bilaterale Verträge	3	21.5.2000
474	Ja zu Europa	1	4.3.2001
478	Militärgesetz (Ausbildungszusammenarbeit)	1	10.6.2001
485	UNO-Beitritt	3	3.5.2002
517	Abkommen Schengen/Dublin	2	5.6.2005
519	Personenfreizügigkeit (Ost-Erweiterung)	2	25.9.2005

Schutz der Umwelt

430	Volksinitiative für eine naturnahe Landwirtschaft (Gegenentwurf)	1	9.6.1996
440	Gen-Schutz-Initiative	1	7.6.1998
442	Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe	1	27.9.1998
443	Kleinbauerninitiative	1	27.9.1998
463	Verkehrshalbierungsinitiative	1	12.3.2000
465.1	Solarinitiative	1	24.9.2000
465.2	Förderabgabe für erneuerbare Energien	1	24.9.2000
466	Energielenkungsabgabe	1	24.9.2000
476	Tempo 30	1	4.3.2001
498	Sonntagsinitiative	1	18.5.2003

Gesellschaftliche Liberalisierung

438	Jugend ohne Drogen	1	28.9.1997
447	DroLeg-Initiative	1	29.11.1998
456	ärztliche Verschreibung von Heroin	3	13.6.1999
458	Mutterschaftsversicherung	1	13.6.1999
462	menschenwürdige Fortpflanzung	1	12.3.2000
487	Fristenlösung	3	2.6.2002
488	Mutter und Kind	1	2.6.2002
513	Mutterschaftsversicherung	2	26.9.2004
516	Stammzellenforschung	1	28.11.2004
518	Partnerschaftsgesetz	3	5.6.2005
521	Geschäftsöffnungszeiten	1	27.11.2005

Starke Regierung, starkes Parlament

434	EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!	2	8.6.1997
453	Neue Bundesverfassung	3	18.4.1999
459	Reform der Justiz	1	12.3.2000
460	Beschleunigungsinitiative	3	12.3.2000

Tabelle 3: Zuordnung und Gewichte der Abstimmungen zu den neun Sachkonflikten

3.4 Zeitliche Analyse von Merkmalsräumen

Die Methode der Faktorenanalyse erlaubt es, aus einer Vielzahl von Volksabstimmungen die latenten Dimensionen der politischen Weltanschauung in der Schweiz zu extrahieren. Neben den räumlichen und inhaltlichen Dimensionen der politischen Mentalität liegt der Fokus dieser Arbeit auf der Dimension «Zeit». Um den Wandel der politischen Mentalitäten untersuchen zu können, musste die klassische Faktorenanalyse «dynamisiert» werden. Hierzu wurde ein Interpolationsverfahren entwickelt, das die zeitlichen Positionsveränderungen der Messobjekte im Faktorraum berechnet.

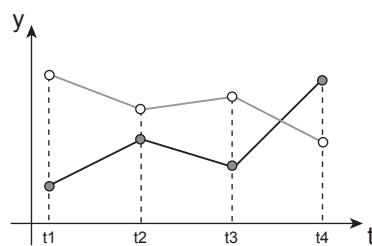
3.4.1 Grundlagen

3.4.1.1 Darstellung von zeitlichen Entwicklungen

Der auf Basis einer Faktorenanalyse erstellte «Raum der Weltanschauungen» gehört zu der Klasse der Merkmalsräume. Ein Merkmalsraum ist ein mehrdimensionales Klassifikationssystem zur Beschreibung von Messobjekten. Typische Darstellungsweise von Merkmalsräumen ist das *relationale Diagramm*. Es werden dabei meist zwei Merkmalsdimensionen als Abszisse und Ordinate gegenübergestellt, so dass die Lage der Objekte im zweidimensionalen Koordinatensystem ihrer Merkmalsausprägung entspricht.

Die Integration der «Zeit» in einen Merkmalsraum stellt im Prinzip keine spezielle Herausforderung dar, denn die Zeit kann wie die inhaltlichen Merkmale als Merkmalsdimension aufgefasst werden und analog zu den inhaltlichen Merkmalen in einem relationalen Diagramm dargestellt werden. Im Allgemeinen wird die Zeit auf der Abszisse eingetragen und mit einem inhaltlichen Merkmal auf der Ordinate in Beziehung gesetzt (vgl. Abbildung 19, Grafik A). Das daraus resultierende *Zeitreihendiagramm* bildet die häufigste Diagramm-Art überhaupt (vgl. Tufte 2001: 28).

A. Zeitreihendiagramm



B. Zeitspurendiagramm

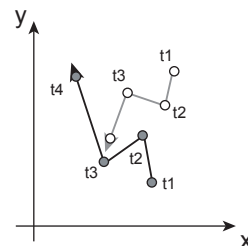


Abbildung 19: Zeitliche Entwicklungen im ein- und zweidimensionalen Kontext

Eine wichtige Erweiterung zum normalen Zeitreihendiagramm bildet das zweidimensionale *Zeitspurendiagramm* (vgl. Abbildung 19, Grafik B). In einem Zeitspurendiagramm sind Abszisse und Ordinate für inhaltliche Merkmale reserviert. Die zeitliche Entwicklung wird als Zeitspur ins relationale Diagramm integriert. Hierzu werden die Objekte gemäss ihrer Merkmalsausprägung (x,y) zu verschiedenen Zeitpunkten dargestellt $(t_i...t_j)$. Analog zu einer Spur im Sand, wie sie von einem sich bewegendem Objekt hinterlassen wird, werden die zeitlichen Ausprägungen der Objekte durch Linien zu einer Zeitspur verbunden.

Der Prozess der Veränderung, der in einem Zeitspurendiagramm festgehalten ist, kann durch den Einsatz von *dynamischen Zeitspurendiagrammen* intensiver und anschaulicher kommuniziert werden. Mit Hilfe von Animated Gifs, von Applikationen wie Macromedia Flash oder von Auszeichnungssprachen wie Scalable Vector Graphics (SVG) lassen sich Objekte nicht nur als statisches, sondern auch als dynamisches Bild darstellen. Dabei werden die Objekte entlang ihrer Zeitspur bewegt und so ihre zeitliche Veränderung simuliert. Durch die Rekonstruktion der zeitlichen Veränderung wird nicht nur die Dynamik wahrnehmbar, es wird damit ebenfalls die Konstellationen zu jedem Zeitschnitt visualisiert. Ein weiterer Vorteil von dynamischen Zeitspurendiagrammen ist die grössere Datendichte, die damit dargestellt werden kann, im Vergleich zu statischen Zeitspurendiagrammen, die besonders bei sich kreuzenden Zeitspuren relativ schnell an ihre Kapazitätsgrenzen stossen.

3.4.1.2 Zeitliche Vergleichbarkeit in den Sozialwissenschaften

Zeitreihenanalysen setzen voraus, dass zu jedem Messzeitpunkt von denselben Objekten dieselben Merkmale in derselben Art gemessen werden können. Was in einem experimentell-naturwissenschaftlichen Kontext relativ gut kontrolliert und eingehalten werden kann, ist in der sozialwissenschaftlichen Praxis häufig nur annäherungsweise möglich. Exemplarisch zeigt sich dies beim zeitlichen Vergleich von Geldwerten. Da Geld im Zeitverlauf aufgrund der Teuerung einen Teil seines Werts verliert, kann mit dem Vergleich von Geldwerten nur bedingt ein Rückschluss über die Entwicklung des Werts einer Sache gemacht werden. Nominale Geldsummen werden deshalb unter Berücksichtigung der Teuerung auf ihren «realen» Wert umgerechnet. Mittels Teuerungsbereinigung kann die Vergleichbarkeit von Geldwerten verbessert werden, der Begriff des «realen» Geldwerts täuscht dabei jedoch eine Objektivität vor, die es gar nicht gibt. Der Warenkorb, auf dessen Grundlage die Teuerung berechnet wird, ist nicht objektiv gegeben, und auch die Güter, die den Warenkorb bilden, sind nicht immer vergleichbar, da sich ihre Qualität verändert. Computer oder Mobiltelefone in der Qualität, wie sie heute auf dem Markt sind, waren vor wenigen Jahren noch gar nicht erhältlich.

Schwierigkeiten wie beim Vergleich von Geldwerten bestehen bei den meisten Analysen im sozialwissenschaftlichen Kontext. So wie Geld unterliegen beispielsweise auch akademische Titel einer Inflation (vgl. Bourdieu 1988 [1984]; 1994 [1979]): Je mehr Menschen einen akademischen Abschluss haben, desto geringer ist der distinktive Wert dieser Titel. Akademiker zu sein, bedeutet heute nicht mehr dasselbe wie vor zwanzig Jahren, so dass der Indikator «Anteil Hochschulabgänger» zur Bemessung des sozialen Status eigentlich «inflationsbereinigt» werden müsste.

Auch klassisch geografische Analysen sind mit dem Problem der zeitlichen Vergleichbarkeit behaftet: Soll beispielsweise die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in verschiedenen Siedlungstypen (z.B. Kernstadt, Agglomerationsgürtel und ländlicher Raum) untersucht werden, besteht die Schwierigkeit, dass die Grenzen zwischen diesen Siedlungstypen sich im Laufe der Zeit verschieben. Jeder Zeitvergleich beruht deshalb auf einem *trade-off*: Man kann entweder die Grenzen anpassen und dabei in Kauf nehmen, dass nicht immer dieselben Raumeinheiten verglichen werden, oder man belässt die Raumeinheiten und nimmt in Kauf, dass dabei die Verschiebung der Grenzen nicht abgebildet wird.

Diese Beispiele zeigen die Problematik von Zeitvergleichen, wie sie den Sozialwissenschaften inhärent ist: Es ist das Auseinanderfallen von Form und Inhalt. Auch wenn die Messgrößen und Indikatoren der sozialwissenschaftlichen Forschung der Form nach gleich bleiben, ist nicht garantiert, dass sie immer denselben Inhalt abbilden. Aufgrund eines Wandels des Kontexts oder der Bedeutungszuweisung driften Zeichen- und Bedeutungsebene auseinander. Auch wenn es gelingt, wiederholt scheinbar dieselben Merkmale zu messen, kann ein Bedeutungswandel dieser Merkmale nie ausgeschlossen werden. Durch Ausgleichsrechnungen wie beispielsweise einer Inflationsbereinigung kann der Bedeutungswandel eines Merkmals zwar teilweise berücksichtigt werden, mehr als ein Abfedern der Problematik ist dies jedoch nicht. Bei der aufgezeigten Problematik handelt es sich um ein spezifisch sozial- und geisteswissenschaftliches Phänomen, das in den Naturwissenschaften nicht existiert, da dort die semantische Ebene nicht in Betracht gezogen wird und deshalb auch Bedeutungsveränderungen keine Rolle spielen.

Verstärkt wird das Problem der zeitlichen Bedeutungsfixierung in den Sozialwissenschaften durch die Subjektivität ihres Forschungsgegenstandes. Giddens spricht hierbei von der «Reflexivität der Sozialwissenschaften» (1995 [1990]: 26–28; 54–62). Indikatoren, die als solche in der Gesellschaft wahrgenommen werden, verändern dadurch unwillkürlich ihre Bedeutung. So reagieren Menschen auf Meinungsumfragen mit dem Wissen, dass sie mit ihrer Antwort das Ergebnis der Umfrage beeinflus-

sen können. Die Resultate von politischen Meinungsumfragen und die realen Abstimmungs- und Wahlergebnisse stimmen häufig nicht überein, da die teilnehmenden Subjekte die beiden «Erhebungssituationen» zu unterscheiden wissen.

Das Auseinanderfallen von Form und Inhalt und die Reflexivität der Sozialwissenschaften verlangen, dass Zeitreihenanalysen in den Sozialwissenschaften immer in ihrer Aussagekraft relativiert und einer kritischen Interpretation unterzogen werden (vgl. auch Giddens 1984; 1995 [1984]).

3.4.1.3 Strukturerkennende Verfahren und Zeitvergleich

Strukturerkennende Verfahren wie Faktorenanalyse, Korrespondenzanalyse oder multidimensionale Skalierung (MDS) sind statische Verfahren, die nicht für Zeitvergleiche konzipiert sind. Der Grund liegt darin, dass die Messwerte, die in die Analyse einfließen, sowohl die Positionierung der Messobjekte als auch die Bedeutung der Merkmalsdimensionen bestimmen. Werden mehrere Faktorenanalysen oder MDS für unterschiedliche Zeitschnitte durchgeführt, so können die Ergebnisse nicht direkt verglichen werden, denn Veränderungen können sowohl aus dem Bedeutungswandel der Dimensionen resultieren als auch aus der Veränderung der Messobjekte.

Zeitvergleiche werden erst dann möglich, wenn die Merkmalsdimensionen fixiert werden. Wie im letzten Abschnitt dargelegt, ist im sozialwissenschaftlichen Kontext eine absolute Fixierung des Gemessenen nicht möglich, so dass es dabei nur um eine Minimierung des Bedeutungswandels der Merkmalsdimensionen geht. Eine solche Minimierung ist bei der Faktorenanalyse und der Korrespondenzanalyse möglich, nicht jedoch bei der MDS. Während die beiden ersten Verfahren einen absoluten Raumbezug aufweisen, ist der Raumbezug bei der MDS bloss relativ. Die Lage der Objekte ergibt sich nicht aufgrund deren Ausprägung auf den Raumdimensionen, sondern direkt aus den Distanzbeziehungen zu den anderen Objekten. Eine Fixierung der Merkmalsdimensionen ist deshalb grundsätzlich nicht möglich.

Faktorenanalyse und Korrespondenzanalyse sind dagegen zweistufige Verfahren: Im ersten Schritt werden die Merkmalsdimensionen bestimmt. Die Messobjekte werden in einem zweiten Schritt gemäss ihren Ausprägungen auf den Merkmalsdimensionen positioniert. Ein zeitlicher Vergleich wird möglich, wenn die beiden Schritte getrennt werden. Der erste Schritt – die Bestimmung der Dimensionen – wird nur einmal durchgeführt. Sind die Dimensionen bestimmt, können Messwerte für unterschiedliche Zeitschnitte eingesetzt und so die zeitliche Veränderung der Objekte im Merkmalsraum verfolgt werden. Das heisst, das eigentliche strukturerkennende Verfahren wird nicht für mehrere Zeitpunkte durchgeführt, sondern es werden bloss Messwerte unterschiedlicher Zeitpunkte auf die einmalig festgelegten Merkmalsdimensionen umgelegt.

3.4.1.4 Projektions- und Interpolationsansatz

Es können zwei Ansätze für die Analyse zeitlicher Entwicklungen auf Basis von strukturerkennenden Verfahren unterschieden werden. Beim ersten Ansatz wird ein zeitlicher Nullpunkt festgelegt, auf dessen Merkmalsdimensionen andere Zeitschnitte projiziert werden. Beim zweiten Ansatz werden die Merkmalsdimensionen für die gesamte Untersuchungsperiode bestimmt und die zeitliche Veränderung der Objekte durch ein Interpolationsverfahren berechnet.

Projektionsansatz

Voraussetzung für den Projektionsansatz ist eine Messreihe, in der bestimmte Attribute von Objekten mehrmals auf gleiche Weise gemessen werden. Von der Messreihe ($t_1..t_n$) wird beim Projektionsansatz ein Referenzzeitpunkt t_j ausgewählt. Mit den Messwerten dieses Zeitpunkts wird ein strukturerkennendes Verfahren – zum Beispiel eine Faktorenanalyse – durchgeführt. Die Attributwerte zum Zeitpunkt t_j bestimmen somit die Struktur des zu untersuchenden Merkmalsraums. Die berechneten Merkmalsdimensionen können in der Folge als Bezugssystem für jeden anderen Messzeitpunkt ($t_1..t_n$) verwendet werden. Durch die Fixierung der Merkmalsdimensionen auf einen Zeitpunkt können Positionsveränderungen der Messobjekte in Bezug auf diese Dimensionen berechnet werden. Die Messwerte werden dabei gewissermaßen auf den Merkmalsraum eines bestimmten Referenzzeitpunkts projiziert.

Die Projektion erfolgt mittels Faktorwertkoeffizienten. Diese bilden die Basis zur Berechnung der Lage der Messobjekte im Merkmalsraum. Da für alle Messzeitpunkte dieselben Attribute vorhanden sind, können die Faktorwertkoeffizienten des Zeitpunkts t_j zur Berechnung der Werte der Objekte aller Zeitpunkte $t_1..t_n$ eingesetzt werden.

Der Projektionsansatz setzt voraus, dass dieselben Merkmale derselben Objekte zu mehreren fixen Untersuchungszeitpunkten erhoben werden. Diese Voraussetzungen sind vor allem bei periodisch durchgeführten amtlichen Statistiken gegeben (Volkszählungen, Mikrozensus usw.). Der Projektionsansatz kam beispielsweise zur Anwendung in vergleichenden Sozialraumanalysen der Agglomerationen Zürich, Bern und Winterthur (vgl. Heye/Leuthold 2004; 2005; 2006; Gächter et al. 2006). Die Dimensionen «sozialer Status» und «Individualisierung» wurden mittels einer Faktorenanalyse von Variablen der Volkszählung 2000 durchgeführt. Mit der Verwendung derselben Variablen der Volkszählung 1990 und derselben Koeffizienten konnten die Positionsverlagerungen der Messobjekte (Gemeinden und Stadtquartiere) im Merkmalsraum aufgezeigt werden.

	Projektionsansatz	Interpolationsansatz
Anforderungen	Periodische Messung gleicher Attribute von Objekten	Messung ähnlicher Attribute in grosser zeitlicher Dichte von Objekten
Bestimmung der Dimensionen	Auf Basis der Messwerte eines bestimmten Zeitpunkts (t_j) innerhalb der Messreihe	Auf Basis aller Messwerte der Untersuchungsperiode (t_p bis t_q)
Berechnung zeitlicher Entwicklungen	Projektion der Faktorwertkoeffizienten von t_j auf alle bestehenden Messzeitpunkte ($t_n..t_m$)	Interpolation beliebiger Zeitpunkte innerhalb der Untersuchungsperiode durch eine zeitliche Gewichtung der Messwerte

Abbildung 20: Vergleich von Projektions- und Interpolationsansatz

Interpolationsansatz

Der Interpolationsansatz bildet eine Alternative zum Projektionsansatz, falls im Zeitverlauf nicht dieselben Messungen periodisch wiederholt werden. Der Interpolationsansatz ist in seinen Anforderungen weniger streng als der Projektionsansatz, ist aber nur dann sinnvoll, wenn eine hohe Zahl ähnlicher Variablen in grosser zeitlicher Dichte zur Verfügung steht.

Anders als im Projektions- wird im Interpolationsansatz kein Messzeitpunkt als Grundlage für die Faktorenanalyse (oder eines anderen strukturerkennenden Verfahrens) fixiert. Vielmehr wird das Verfahren zunächst mit allen Variablen der Untersuchungsperiode durchgeführt. Wenn die resultierenden Merkmalsdimensionen von Variablen aus der gesamten Untersuchungsperiode beschrieben werden, kann von einer zeitstabilen Struktur ausgegangen werden, so dass eine zeitliche Analyse möglich ist.

Die Werte müssen dabei mit einem Interpolationsverfahren geschätzt werden. Je näher der Messpunkt einer Variablen am fokussierten Zeitpunkt t_j ist, desto grösser ist ihr Anteil zur Beschreibung von t_j . Dadurch lassen sich für jeden Zeitpunkt der Untersuchungsperiode t_p bis t_q Schätzwerte für die Lage der Messobjekte im Merkmalsraum berechnen.

Der Interpolationsansatz verlangt nach einer grossen Zahl von Variablen mit einer grossen inhaltlichen Schnittmenge, die eine bestimmte Zeitperiode abdecken. Im Gegensatz zu den amtlichen Statistiken, welche die Bedingungen des Projektionsansatzes erfüllen, eignet sich der Interpolationsansatz für Themenfelder mit elektronisch erfassten Handlungsspuren. Diese Daten zeichnet eine grosse inhaltliche und zeitliche Dichte aus, gleichzeitig jedoch auch ein tiefer Strukturierungsgrad. Das zeitliche Interpolationsverfahren wurde für die Analyse von eidgenössischen Volksabstimmungen entwickelt, es kann jedoch auf verschiedene Typen angefallener Daten adaptiert werden.

3.4.2 Zeitliche Interpolation von angefallenen Daten

Der Fortschritt der Computertechnologie führt dazu, dass immer mehr digitale Handlungsspuren entstehen, die wissenschaftlich ausgewertet werden können (vgl. Abschnitt 3.1). Im Gegensatz zu erhobenen Daten sind angefallene Daten häufig durch eine nicht vorhandene Systematik und mangelnde Periodizität gekennzeichnet. Diesen Daten fehlen deshalb die formalen Voraussetzungen für direkte Zeitvergleiche. Die formalen Nachteile werden allerdings meist durch spezifische Vorteile aufgewogen: Dazu gehören eine grosse Datenfülle und häufig ein permanenter Erhebungsprozess. Das heisst, die Daten sind zwar unstrukturiert, dafür sind sie durch eine grosse Redundanz gekennzeichnet. Sollen zeitliche Entwicklungen nachgezeichnet werden, so gilt es, diese Redundanz auszunützen. Mit der Verbindung von Faktorenanalyse mit einem Interpolationsverfahren können zeitliche Entwicklungen auf Grundlage von angefallenen Daten geschätzt werden.⁷³

Bevor auf das eigentliche Interpolationsverfahren eingegangen wird, gilt es zunächst, die Elemente und Berechnungsmodelle der Faktorenanalyse⁷⁴ detaillierter zu betrachten, in die für die zeitliche Interpolation eingegriffen wird.

3.4.2.1 Faktorenanalyse

Die Methode der Faktorenanalyse erlaubt es latente Grunddimensionen aus einer Datenmenge zu extrahieren. Dabei können Variablen mit einem hohen Anteil an gemeinsamer Varianz zu einem Index oder wenigen Indizes (bzw. Faktoren) zusammengefasst werden. Die Faktorenanalyse eignet sich wie alle strukturerkennenden Verfahren zur Verdichtung von angefallenen Daten.

Die Faktorenanalyse schafft die Basis für den zeitlichen Vergleich von angefallenen Daten. Dazu werden alle Variablen einer Untersuchungsperiode in eine einzige Faktorenanalyse integriert. Der Faktorenanalyse kommt dabei eine zweifache Funktion zu: Erstens zeigt sie, welche Variablen einen statistischen Zusammenhang aufweisen und folglich in eine Zeitreihe gestellt werden können. Zweitens gibt sie Auskunft darüber, ob überhaupt ein Zeitvergleich möglich ist. Ein Zeitvergleich ist nur dann möglich, wenn die Struktur des resultierenden Merkmalsraums während der Untersuchungsperiode stabil ist. Kriterium für die zeitliche Stabilität ist die Verteilung der Variablen und ihrer Ladung auf den einzelnen Faktoren. Eine zeitstabile Struktur ist

⁷³ Das Interpolationsverfahren «weighted moving focus» wurde von M. Hermann und H. Leuthold konzipiert und unter ihrer Anleitung von Sandro Bischof (2001) in seiner Diplomarbeit «Dynamik von Merkmalsräumen» theoretisch fundiert, formal ausgearbeitet und umgesetzt.

⁷⁴ Die folgenden Ausführungen zur Faktorenanalyse beziehen sich auf Überla 1971, Bahrenberg et al. 1992 und Bortz 1993.

gegeben, wenn für die gesamte Untersuchungsperiode Variablen mit einer hohen Faktorladung für jeden Faktor vorhanden sind. Ausserdem muss eine klare inhaltliche Deutung der Faktoren für alle Zeitabschnitte der Untersuchungsperiode möglich sein. Bringt die Faktorenanalyse eine zeitliche Instabilität zu Tage, kann die Untersuchungsperiode zeitlich eingegrenzt oder unterteilt werden, so dass eine Zeitverlaufsanalyse zumindest in einer begrenzten Zeitperiode möglich wird. Ergibt die Faktorenanalyse einen zeitstabilen Merkmalsraum, so kann die zeitliche Entwicklung der Messobjekte in diesem Merkmalsraum aufgezeigt werden. Die Variablen, die gemeinsam auf einen Faktor laden, bilden dabei die Messpunkte einer Zeitreihe.

3.4.2.2 Faktorwertkoeffizienten

Durch die Faktorenanalyse werden diejenigen Variablen identifiziert, die eine hohe Korrelation mit den extrahierten Faktoren aufweisen, was sich in einer hohen Faktorladung (*factor loadings*) ausdrückt. Variablen mit einer hohen Ladung auf einem Faktor können als Indikatoren für diesen Faktor interpretiert werden. Die Faktorladungen bilden die rechnerische Basis für die Bestimmung der Faktorwerte (*factor scores*). Die Matrix der Faktorladungen wird hierfür mit der Matrix der Korrelationskoeffizienten der Variablen multipliziert, so dass für jede Variable ein Faktorwertkoeffizient (*scoring coefficient*) entsteht.

Die Faktorwertkoeffizienten bilden das Gewicht, mit dem die Variablen zur Bestimmung des Faktorwerts beitragen. Der Faktorwert (fw) eines Messobjekts (x) ergibt sich aus einer Linearkombination aller Faktorwertkoeffizienten (s) und aller Variablenwerte ($v_1..v_n$) dieses Messobjekts:

$$fw_x = s_1 v_{x1} + s_2 v_{x2} + \dots + s_n v_{xn}$$

Der Faktorwert entspricht der Lage des Messobjekts auf dem Faktor. Die Formel zur Bestimmung des Faktorwerts weist eine ähnliche Struktur auf wie eine lineare Regression. Führt eine Überschneidung des Informationsgehalts von mehreren Variablen bei einer Regression jedoch zu einer Reduktion ihres Gewichts in der Gleichung, verhalten sich die Faktorwertkoeffizienten gerade umgekehrt: Variablen mit einem grossen Anteil an gemeinsamer Varianz erhalten einen hohen Koeffizienten. Wird der Faktorwert durch eine grosse Anzahl von Variablen beschrieben, so zeichnet sich die Datenbasis durch eine entsprechend grosse Redundanz aus. Die Zahl der Variablen kann also reduziert werden, ohne dass sich der Gehalt des Faktors wesentlich verändert (nur dessen Absolutwert nimmt aufgrund der reduzierten Variablenzahl ab).

Diese Tatsache kann für die Zeitreihenanalyse ausgenützt werden. Verteilen sich die Variablen mit einem hohen Faktorwertkoeffizienten gleichmässig im gesamten Untersuchungszeitraum, kann mit der Reduktion der Variablen das Zeitfenster, auf das sich der Faktorwert bezieht, eingegrenzt werden. Um den Faktorwert für einen bestimmten Zeitpunkt (t_i) zu bestimmen, kann dieser theoretisch durch eine einzige Variable (mit einem hohen Faktorwertkoeffizienten) errechnet werden, deren Messung genau auf dem Zeitpunkt t_i liegt. Eine solche Reduktion würde allerdings auf Kosten der inhaltlichen Aussagekraft gehen: Jede Variable, auch wenn sie einen hohen Koeffizienten besitzt, hat neben der gemeinsamen Varianz mit dem Faktor auch einen Anteil an spezifischer Varianz. Durch die Reduktion der Variablenzahl nimmt die Bedeutung der spezifischen Varianz gegenüber der gemeinsamen zu, so dass der resultierende Faktorwert durch eine zunehmende inhaltliche Unschärfe charakterisiert ist.

Es existiert ein *trade-off* zwischen zeitlicher Eingrenzung und inhaltlicher Aussagekraft. Je stärker die Zahl der Variablen reduziert wird, desto besser kann der zeitliche Fokus auf den gewünschten Zeitpunkt (t_i) eingegrenzt werden. Gleichzeitig mit der Reduktion steigt jedoch die inhaltliche Unschärfe des resultierenden Faktorwerts.

Abbildung 21 zeigt das theoretische Optimum der Anzahl der zu wählenden Variablen (n). Dieses Optimum ist bloss theoretisch, da es keine eindeutigen Kriterien zur vergleichenden Bewertung von zeitlicher und inhaltlicher Unschärfe gibt. Grundsätzlich gilt: Das Ziel einer grösseren zeitlichen Schärfe wird immer mit einer Zunahme an inhaltlicher Unschärfe «erkauft». Je besser die Datenlage, desto besser ist jedoch eine zeitliche Fokussierung möglich.

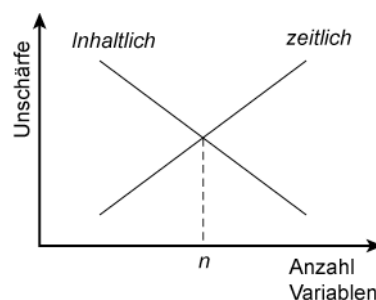


Abbildung 21: Trade-off zwischen zeitlicher und inhaltlicher Unschärfe.

3.4.2.3 Zeitlich gewichtete Faktorwertkoeffizienten

Im letzten Abschnitt wurde gezeigt, dass die Faktorwerte auf einen bestimmten Zeitpunkt (t_i) zugeschnitten werden können, indem nur jene Variablen in die Faktorwertberechnung integriert werden, die in einem begrenzten Zeitfenster zwischen $t_i - \delta$ und $t_i + \delta$ liegen. Adäquater als die Definition eines Zeitfensters ist der Ansatz der zeitlichen Gewichtung. Das heisst, je grösser die zeitliche Distanz einer Variablen (v) zum Zeitpunkt (t_i), desto geringer ist ihr Gewicht (τ) für die Bestimmung des Faktorwerts (fw). Die Formel zur Bestimmung des Faktorwerts wird entsprechend abgewandelt:

$$fw_x^{(t_j)} = \tau_1 s_1 v_{x1} + \tau_2 s_2 v_{x2} + \dots + \tau_n s_n v_{xn}$$

Jede Variable ($v_1 \dots v_n$) erhält somit zusätzlich zum inhaltlichen Gewicht (s entspricht dem Faktorwertkoeffizienten) ein zeitliches Gewicht (τ). Durch die zweifache Gewichtung der Variablen verändert sich die Summe der Gewichte. Wie im letzten Abschnitt dargelegt, sollte aus Gründen der Vergleichbarkeit die Summe der Gewichte konstant gehalten werden. Die Linearkombination wird deshalb mit einem Korrekturfaktor (K) multipliziert:

$$fw_x^{(t_j)} = (\tau_1 s_1 v_{x1} + \tau_2 s_2 v_{x2} + \dots + \tau_n s_n v_{xn}) \cdot K$$

Der Korrekturfaktor (K) leitet sich aus dem Verhältnis der summierten Absolutwerte der Gewichte ohne τ und mit τ ab:

$$K = \frac{\sum_{y=1}^n |s_y|}{\sum_{y=1}^n |\tau_y s_y|}$$

3.4.2.4 Definition des zeitlichen Fokus

Der Wert des zeitlichen Gewichts τ_i der Variable v_i hängt von der zeitlichen Distanz dieser Variable zum fokussierten Zeitpunkt (t_j) ab. Je grösser die zeitliche Distanz ($|t_j - t_i|$), desto geringer der Wert von τ_i . Dieser Zusammenhang leitet sich aus dem Prinzip der zeitlichen Autokorrelation ab. Je näher sich zwei Situationen zeitlich liegen, desto stärker ist ihr Zusammenhang.

$$\tau_i = f(|t_j - t_i|)$$

Die Funktion zur Bestimmung des zeitlichen Gewichts ist folglich stetig und abnehmend. Angemessen repräsentiert werden kann diese Funktion durch eine Gauss'sche Glockenkurve.

$$\tau_i = a \cdot e^{-b(t_j - t_i)^2}$$

Die Parameter a und b verändern die Gestalt der Glockenkurve. Sie können beispielsweise so gesetzt werden, dass die Kurve die Form einer Normalverteilung annimmt. Abbildung 22 zeigt den funktionalen Zusammenhang zwischen der zeitlichen Distanz und dem zeitlichen Gewicht.

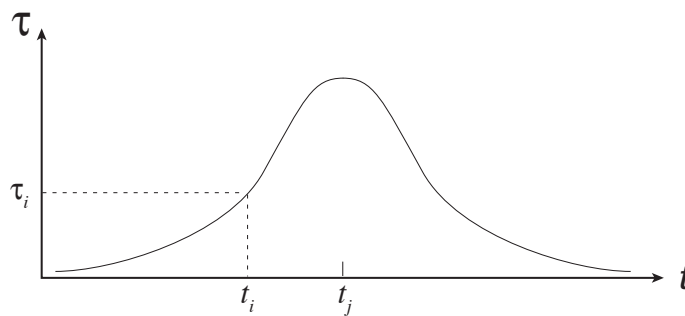


Abbildung 22: Zeitliche Gewichtung in Abhängigkeit der zeitlichen Distanz zum fokussierten Zeitpunkt t_j

3.4.2.5 Zeitreihenanalyse: «weighted moving focus»

Faktorenanalyse und zeitliche Gewichtung ermöglichen Zeitreihenanalysen von unstrukturierten, angefallenen Daten. Die Variablen werden dabei doppelt gewichtet, einmal durch ein inhaltliches und einmal durch ein zeitliches Gewicht. Die inhaltliche Gewichtung erfolgt durch eine integrierte Faktorenanalyse aller Variablen des Untersuchungsraums, die zeitliche Gewichtung wird für jeden Zeitpunkt mittels Gewichtungsfunktion neu bestimmt. Abbildung 23 zeigt die Kombination von inhaltlicher und zeitlicher Gewichtung für verschiedene Zeitpunkte (t_1, t_2, t_j) .

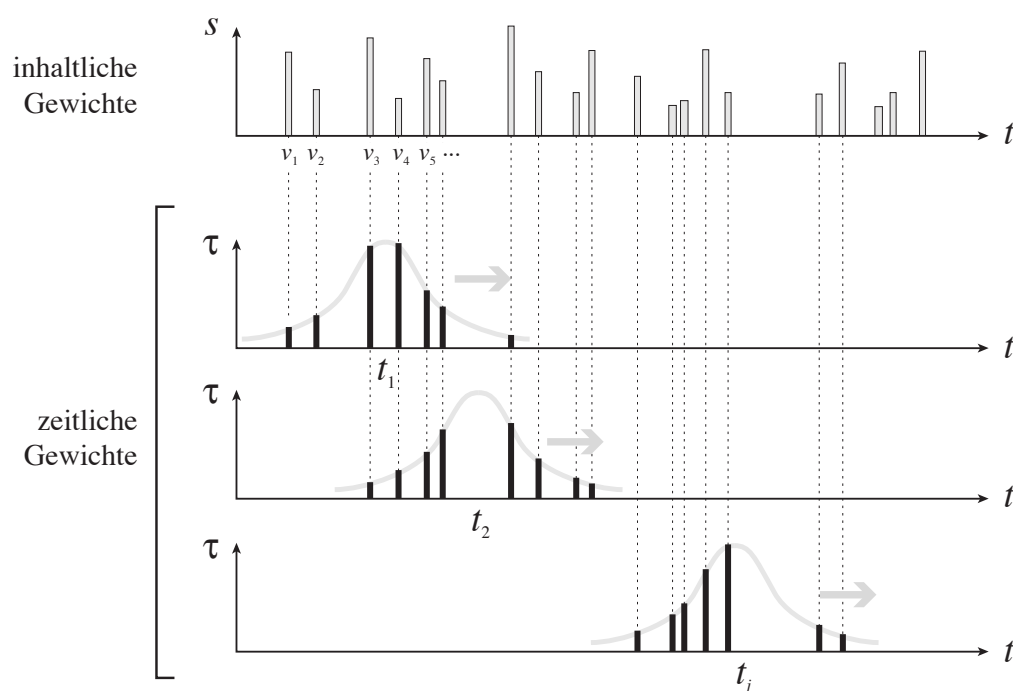


Abbildung 23: Geometrische Darstellung der Koeffizienten der inhaltlichen und zeitlichen Gewichtung.

Die zeitliche Gewichtungsfunktion wird entlang der Zeitachse verschoben, so dass für jeden Zeitpunkt innerhalb der Untersuchungsperiode die Gewichte der einzelnen Variablen festgelegt werden. Es entsteht dabei ein gewichteter Fokus, der entlang der Zeitachse gleitet, beziehungsweise ein «weighted moving focus».

3.4.3 Zeitliche Interpolation im Raum der Weltanschauungen

Die Voraussetzung für die Durchführung von zeitlichen Interpolationen in einem Faktorraum ist eine grosse Zahl von Variablen mit einem hohen Anteil an gemeinsamer Varianz. Diese Voraussetzungen sind bei Resultaten der eidgenössischen Volksabstimmungen gegeben. Eine Faktorenanalyse der 213 Abstimmungen von 1981 bis 2005 ergibt bei drei Faktoren eine Kommunalität von 104.4. Das heisst, 49% der gesamten Varianz dieser Variablen können durch drei latente Dimensionen beschrieben werden (vgl. Kapitel 3.2).

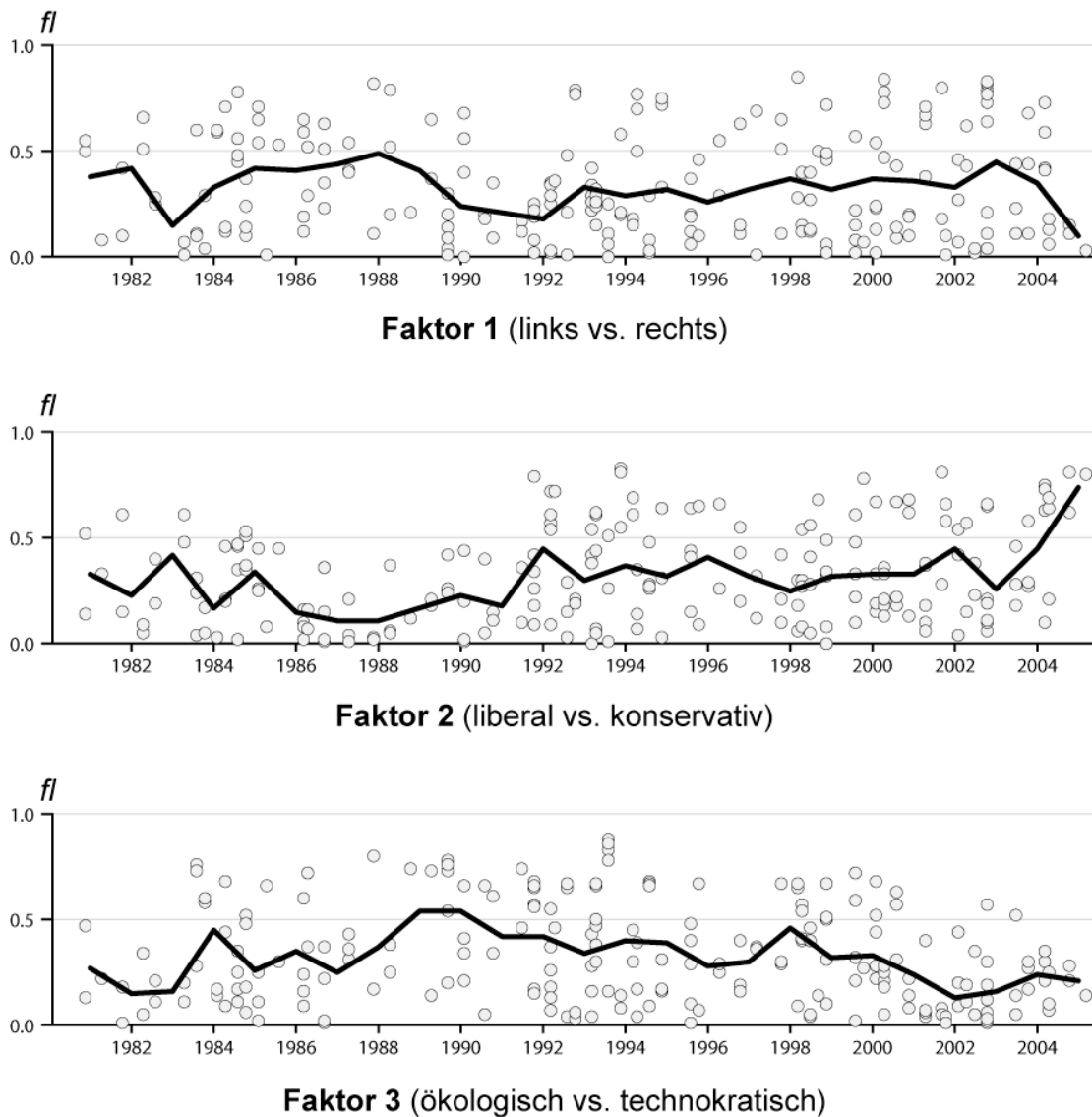


Abbildung 24: Die Faktorladungen der 213 Volksabstimmungen von 1981 bis 2005.

Die Darstellung der Faktorladungen der Variablen im Zeitverlauf zeigt eine relativ stabile Struktur des Faktorraums. Hohe Faktorladungen finden sich für alle drei Faktoren während der gesamten Untersuchungsperiode. Die schwarze Linie zeigt den Durchschnitt der Faktorladungen.

3.4.3.1 Veränderung der Bedeutung der Dimensionen

In den drei Diagrammen spiegeln sich aber auch zeitliche Entwicklungen. So finden sich 47 von 52 Abstimmungen mit hohen Faktorladungen (>0.5) auf dem Gegensatz «liberal vs. konservativ» in der Periode seit 1992. Darin spiegelt sich die Tatsache, dass der Konflikt an dieser Achse erst seit der Auseinandersetzung um den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu einer zentralen Konfliktlinie geworden

gab es nur vereinzelte Abstimmungen mit einer starken ökologischen Komponente. Insgesamt die konstanteste Struktur zeigt der Faktor «links vs. rechts», der in allen Teilen des Untersuchungszeitraums eine ähnlich grosse Anzahl an Variablen mit hoher Faktorladung aufweist.

Trotz dieser Verschiebungen erweist sich das Modell als ausgesprochen robust. Werden in der Faktorenanalyse nur die Abstimmungen ab 1991 berücksichtigt, resultiert dieselbe durch drei Dimensionen geprägte Faktorstruktur, die zirka 50% der Gesamtvarianz beschreibt. Seit Beginn der 1990er Jahre beschreibt jedoch der Gegensatz «liberal vs. konservativ» den grössten Anteil der Varianz (19%) und der Gegensatz «ökologisch vs. technokratisch» (15%) den geringsten. «Links vs. rechts» liegt mit 17% im Mittelfeld.

Diese Unterschiede in der Erklärungskraft der Dimensionen spiegeln wichtige Verschiebungen in der politischen Agenda, sie haben jedoch keine Auswirkungen auf die zeitliche Interpolation, da die Messwerte für die Faktorwertberechnung standardisiert werden.

3.5 Kartografische Repräsentation des Raums der Weltanschauungen

Die drei Gegensätze «links vs. rechts», «liberal vs. konservativ» und «ökologisch vs. technokratisch» sind das Resultat einer hermeneutisch eingebetteten Faktorenanalyse. Aufgrund ihrer statistischen Unabhängigkeit (Orthogonalität) und ihrer metrischen Skalierung (Gradualität) können die drei Faktoren als Achsen eines kartesischen Koordinatensystems interpretiert und zu einem dreidimensionalen Raum der Weltanschauungen integriert werden. Dieser metaphorische Raum bildet die Basis für drei verschiedene Analysenarten:

1. *Positionierung von politischen Einstellungen im dreidimensionalen weltanschaulichen Koordinatensystem:* Verschiedene politische Haltungen können bezüglich ihrer Ähnlichkeiten und Abweichungen miteinander verglichen werden. Diese Art von Analyse dient der politikwissenschaftlichen Analyse, indem politische Akteure wie Parteien, Verbände oder Einzelpersonen aufgrund ihrer Abstimmungsparolen oder ihrer inhaltlichen Programme im Raum der Weltanschauungen positioniert werden.
2. *Analyse der weltanschaulich-ideologischen Struktur von politischen Sachfragen und Projekten:* Das Modell der Weltanschauungen kann dazu verwendet werden, die Konfliktstruktur von künftigen politischen Vorlagen abzuschätzen. Dazu werden die inhaltliche Struktur der Vorlage und die mit der Vorlage verbundenen Argumente in die bekannten Konfliktdimensionen des Raums der Weltanschauungen eingeordnet. Durch die Einordnung von Vorlagen und ihrer einzelnen Komponenten wird die Grundlage für strukturelle Prognosen geschaffen. Das heisst, es können Unterschiede in der Zustimmungsnäigung für bestimmte Abstimmungsvorlagen abgeschätzt werden.
3. *Analyse von regionalen Mentalitäten im Raum der Weltanschauungen:* Gemeinden, Stadtquartiere, Regionen, Bezirke oder Kantone können aufgrund ihrer Abstimmungsergebnisse bzw. der daraus resultierenden Faktorwerte im Raum der Weltanschauungen positioniert werden. Unter Beizug von sozioökonomischen und soziokulturellen Indikatoren für die entsprechenden Regionen können die Einflüsse der verschiedenen «globalen» Faktoren auf die regionalen politischen Mentalitäten analysiert werden und gleichzeitig auch von den regionalen Eigenheiten und Partikularitäten unterschieden werden.

Die erste und die zweite Analyseart kommen vor allem bei politikwissenschaftlichen Analysen zur Anwendung.⁷⁵ Beim dritten Typ steht dagegen die sozialgeografische Analyse von regionalen politischen Mentalitäten im Zentrum. Im Folgenden wird der Fokus auf die geografische Komponente des Raums der Weltanschauungen gelegt. Diese wird als politisch-mentale Topografie bezeichnet. Im Sinne des im Kapitel 3.1 beschriebenen Konzepts «Spatialization» wurde für die Veranschaulichung dieser Topografie mit Hilfe von GIS-Werkzeugen eine eigene kartografische Darstellungsform entwickelt. Diese orientiert sich an der im Alltag gebräuchlichen Metapher der «politischen Landschaft».

Da sich kartografische Darstellungen in erster Linie für zweidimensionale Raumstrukturen eignen, muss der dreidimensionale Raum der Weltanschauungen hierfür auf jeweils zwei Dimensionen reduziert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei bei den beiden Dimensionen «liberal vs. konservativ» und «links vs. rechts», welche die grundlegenden gesellschaftlichen Dichotomien abbilden (vgl. Absatz 3.3). Die dritte Dimension «ökologisch vs. technokratisch» wird zusammen mit dem Links-rechts-Gegensatz zu einer zweiten Ansicht des Raums der Weltanschauungen zusammengefügt. In dieser zweiten Ansicht manifestieren sich spezifische Unterschiede zwischen den verschiedenen Kulturräumen der Schweiz.

3.5.1 Modellierung der politischen Landschaften

Die Grundlage für die Darstellung politischer Landschaften bildet die Verteilung der untersuchten Raumeinheiten (Gemeinden) im Raum der Weltanschauungen auf Basis ihrer Faktorwerte. Die Modellierung der politischen Landschaften erfolgt in drei konzeptionellen Schritten: Als erstes wird die Bevölkerungsverteilung im Raum der Weltanschauungen mit einem Dichtealgorithmus modelliert. Dabei entsteht eine kontinuierliche Oberfläche, welche die «Bevölkerungsdichte» als Z-Wert angibt. In einem zweiten Schritt wird für jeden Punkt der Dichteoberfläche die dort dominierende Landessprache berechnet und als Farbmerkmal in die Karte integriert; im letzten Schritt wird über die Dichteoberfläche ein Layer mit Vektordaten gelegt. Dieser Layer enthält Beschriftungen und Symbole, welche die Positionen ausgewählter Gemeinden darstellen.

⁷⁵ Die beiden in dieser Abhandlung nicht behandelten Analysearten kamen andernorts vielfach zur Anwendung. So wurden beispielsweise die politischen Parteien im Rahmen einer Diplomarbeit aufgrund ihrer Parolen in den Raum der Weltanschauungen integriert (von Wartburg 2004). Seit 2004 bildet der Raum der Weltanschauung ein fester Bestandteil der Online-Wahlhilfe «smartvote» (vgl. Rouiller et al. 2004). Strukturanalysen von (künftigen) Abstimmungen wurden bereits mehrfach zur Planung von politischen Kampagnen angewendet.

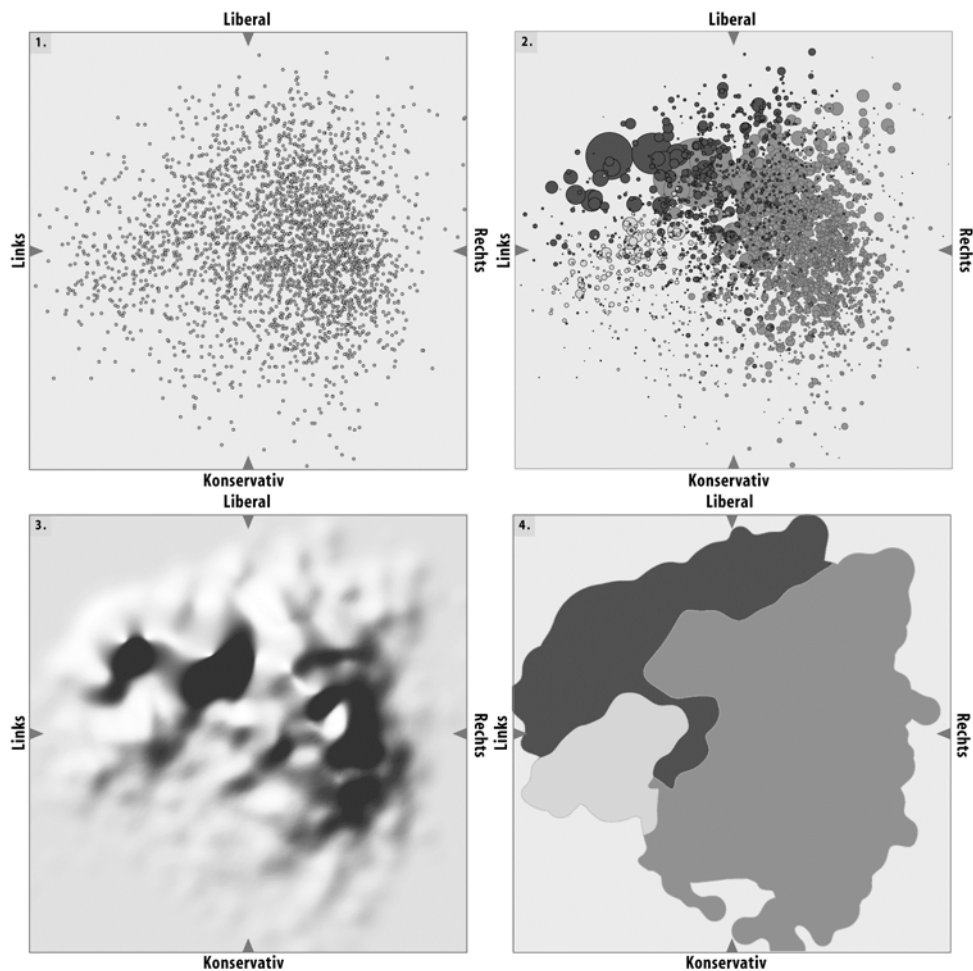


Abbildung 25: Komponenten der politischen Landschaft: (1.) Einfaches Streudiagramm, (2.) Kreisscheibenkarte mit Einwohnerzahl als Kreisscheibengröße und Sprache als Farbe (hellgrau = italienisch, mittelgrau = deutsch, dunkelgrau = französisch), (3.) Dichteoberfläche mit Schräglingschattierung und (4.) Zonen sprachlicher Dominanz.

3.5.1.1 Punktkarten und Kreisscheiben

Die einfachste Form der Darstellung eines Merkmalsraums bildet das klassische Streudiagramm, das einzig die Verteilung der Messobjekte wiedergibt. In den Sozialwissenschaften geht das Mapping von Merkmalsräumen häufig nicht über diese einfachste Darstellungsform hinaus.

Im Streudiagramm der Faktorenwerte (vgl. Figur 25.1) wird die Verteilung der Gemeinden im Faktorenraum sichtbar. Die Gemeinden konzentrieren sich in der rechten Hälfte des Raumes, derweil der linksliberale und der linkskonservative Quadrant eher dünn besetzt sind. Das Streudiagramm zeigt wohl die Verteilung der Gemeinden im Raum der Weltanschauungen, vermittelt aber einen trügerischen Eindruck über die tatsächlichen Stärkeverhältnisse, weil die Einwohnerzahl der Gemeinden stark variiert.

Eine Kreisscheiben-Darstellung mit Kreisflächen, deren Grösse proportional zur Einwohnerzahl ist, vermittelt ein anderes Bild als das einfache Streudiagramm (vgl. Figur 25.2). Die grossen Städte des Landes konzentrieren sich im linksliberalen Quadranten des Raums der Weltanschauungen und verleihen diesem ein bedeutend grösseres Gewicht, als es das Streudiagramm vermuten lässt. Der rechtskonservative Quadrant verliert demgegenüber an Gewicht, da dort vor allem kleinere Gemeinden liegen.

Um eine Übersicht über die Verteilung der Sprechregionen zu erhalten, können die Kreisscheiben farblich nach ihrer Hauptsprache unterschieden werden.⁷⁶ Die entsprechende Darstellung zeigt, dass die lateinische Schweiz (italienisch oder französischsprachig) gemeinsam mit den Deutschschweizer Grossstädten die linke Hälfte des Raumes der Weltanschauungen dominiert, während die rechte Hälfte vor allem von Deutschweizer Agglomerations- und Landgemeinden besetzt wird.

3.5.1.2 Interpolation der Dichteoberfläche

Die Darstellung von Kreisscheiben vermag einen besseren Eindruck der Konzentrationen und Mehrheitsverhältnisse in einem Merkmalsraum zu geben als ein einfaches Streudiagramm. Wenn sich jedoch viele Kreisscheiben überlagern, weil sich die dargestellten Objekte räumlich konzentrieren, vermag auch diese Darstellungsform die Verteilung nicht optimal wiederzugeben. Ein differenzierteres Bild über die Verteilung der Anteilsverhältnisse im Raum bieten kontinuierliche Dichteoberflächen.

Ein zweiter unbefriedigender Aspekt von Kreisscheibendarstellungen ist ihre fehlende Unschärfe (*fuzziness*). Die diskrete Darstellung der Bevölkerungsverteilung im Raum der Weltanschauungen suggeriert, dass sich alle Einwohner einer Gemeinde an demselben Ort befinden, d.h., dass sie alle dieselben politischen Wertvorstellungen haben. Eine Vorstellung, die nicht haltbar ist. Die Position einer Gemeinde im Raum der Weltanschauungen kommt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zu Stande und nicht durch einstimmige Entscheide. Die Position einer Gemeinde muss deshalb als Mittelwert der weltanschaulichen Positionen ihrer Einwohner betrachtet werden, um den sich die Positionen der Einwohner streuen.

⁷⁶ Die rätoromanischen Gemeinden sind nicht dargestellt, weil sie sehr klein sind und kein linguistisch bedingtes eigenständiges politisches Profil haben.

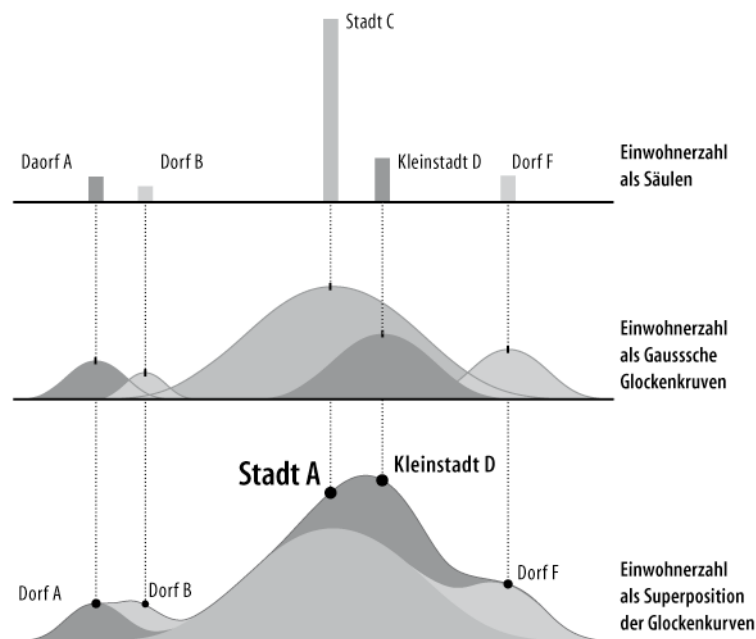


Abbildung 26: Schematische Darstellung der Modellierung von Dichtegebirgen durch Superposition von bevölkerungsproportionalen Glockenkurven.

Zur Modellierung der politischen Landschaften wurde aus den diskreten Punktkarten eine kontinuierliche Dichteoberfläche interpoliert. Hierzu wurde die Einwohnerzahl der Gemeinden als Z-Wert eingesetzt. Herkömmliche Dichtealgorithmen in Geografischen Informationssystemen (GIS) berechnen die Dichte eines Merkmals an einem Punkt des Raumes aufgrund der Werte im Umkreis dieses Punktes innerhalb eines klar definierten Radius' mit Hilfe eines «Inverse-Distance-Weigthing-Verfahrens» (IDW) oder eines «Kernel-Glättungsverfahrens» (Baily/Cartrell 1995). Für unsere Anforderungen genügen diese Dichteberechnungen nicht, weil sie für alle Punkte denselben «Wirkungsradius» anwenden, egal ob es sich dabei um eine grosse Stadt oder ein kleines Dorf handelt. Die Fixierung des Wirkungsradius erscheint zu restriktiv für unsere Zwecke. Angemessener ist die Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit einer weltanschaulichen Position eines Individuums umso geringer ist, je weiter diese Position von der Position der Wohngemeinde entfernt ist. In Bevölkerungsdichten ausgedrückt heisst das, je näher ein Punkt des Raumes der Weltanschauungen an der Position einer Gemeinde liegt, umso mehr Gemeindeglieder nehmen diese Position ein. Als Modellannahme wurde von einer Normalverteilung der weltanschaulichen Positionen der Einwohner einer Gemeinde um die errechnete Position der Gemeinde im Faktorenraum ausgegangen.

Die Interpolation der Dichteoberflächen erfolgte in zwei Schritten. In einem ersten Schritt wurde für jede der 2900 Gemeinden eine eigene dreidimensionale Oberfläche über den gesamten Raum der Weltanschauungen gerechnet. Diese Oberflächen haben die Form einer dreidimensionalen Gauss'schen Glockenkurve. Das Zentrum, das gleichzeitig das absolute Maximum der Kurve markiert, befindet sich an jener Stelle im Raum der Weltanschauungen, wo die entsprechende Gemeinde gemäss ihren Faktorenwerten positioniert ist. Jede einzelne Oberfläche wurde so dimensioniert, dass das Volumen unter der Oberfläche proportional zur Einwohnerzahl der Gemeinde ist. Im zweiten Schritt wurden die 2900 Oberflächen vertikal addiert.

Die resultierende Oberfläche aus den aufsummierten Teiloberflächen bildet die Topografie der politischen Landschaft der Schweiz ab. Sie zeigt Berge und Täler, Hügelzüge und weite Ebenen. Mit standardisierten GIS-Funktionalitäten können die Schräglichtschattierung der Gebirge berechnet (vgl. Figur 25. 3) und die Höhenlinien gezeichnet werden. Diese bilden dann die kartografischen Elemente zur Darstellung des Reliefs der politischen Landschaft. Die Karte der politischen Landschaft wird insofern generalisiert, als ein Schwellenwert von 50 Einwohnern gesetzt wird. Zonen mit weniger Bevölkerung werden als «unter dem Meeresspiegel liegend» betrachtet und blau eingefärbt.

3.5.1.3 Zonen sprachlicher Dominanz

Die Schweizer Landessprachen prägen die politische und mentale Topografie des Landes massgeblich. Seit Gründung des Bundesstaates 1848 war der so genannte linguistische Cleavage zwischen den Sprachgemeinschaften ein wichtiger Faktor der Schweizer Innenpolitik, auch wenn er in gewissen Perioden nur von untergeordneter Bedeutung war und vom Klassen-Cleavage oder von der konfessionellen Teilung überlagert wurde (vgl. Kriesi et al. 1996; Büchi 2000; Leuthold/Hermann 2003a; 2003b). Weil die Mehrsprachigkeit der Schweiz klar territorialisiert ist, bilden die drei grossen Sprachgemeinschaften mehr oder weniger klar abgegrenzte Sprachregionen mit deutlicher Dominanz einer der drei Sprachen.⁷⁷ Einzig entlang der Sprachgrenze im Mittelland zwischen Französischer und Deutscher Schweiz existiert ein Gürtel von Gemeinden, die als zweisprachig bezeichnet werden können.

⁷⁷ Die vierte Landessprache, das Rätoromanische ist nicht nur quantitativ von viel geringerer Bedeutung als die drei anderen Sprachen, sondern ist auch weniger stark territorialisiert. Dies ist neben vielen anderen einer der Gründe, weshalb die romanische Sprachgemeinschaft kein eigenes Profil in der weltanschaulichen Landschaft der Schweiz entwickelt hat. Deshalb wird die rätoromanische Sprachregionen auch nicht weiter erwähnt, weil sie im nationalen Kontext vernachlässigbar ist (vgl. auch Hermann/Leuthold 2003a: 46; 86).

Aufgrund ihrer Bedeutung für die politische Mentalität wird die sprachliche Differenzierung des Landes als sekundäre Variable in das Modell der politischen Landschaft integriert.⁷⁸ Weil sich die Sprachregionen im Raum der Weltanschauungen gegenseitig durchdringen und Gemeinden aus unterschiedlichen Sprachregionen an demselben Ort zu liegen kommen, wurde mit dem Konzept der sprachlichen Dominanz gearbeitet. Das heisst, für jeden Punkt im Raum der Weltanschauungen wurden die relativen Anteile der Landessprachen berechnet und danach wurde für jeden Punkt eine Mehrheitssprache identifiziert. Somit entstand eine diskrete Choroplethenkarte mit den Zonen sprachlicher Dominanz (vgl. Figur 25.4). Diese Karte mit den Domänen der drei grossen Landessprachen fliesst als farbgebender Layer in die Karten der politischen Landschaften ein.

3.5.1.4 Punktsignaturen und Beschriftungen

Die modellierte Dichtekarte dient als Basiskarte der politischen Landschaft. Ihre Gipfel und Täler zeigen die quantitative Verteilung der politischen Einstellungen und Mentalitäten. Weiter zeigt sie grossregionale Unterschiede wie die ideologische Dimension der sprachlichen Gliederung des Landes. Im Gegensatz zu den Punktkarten sind in den interpolierten Landschaften Mikrostrukturen in einem geringeren Detaillierungsgrad nicht identifizierbar, so etwa die Lagen einzelner Gemeinden, die Unterscheidung, ob es Städte oder Dörfer sind, sowie beispielsweise die relativen Lagen von Agglomerationsgemeinden zueinander. Dieser Limitierung der Aussagekraft auf Makrostrukturen kann mit der Integration eines weiteren kartografischen Layers mit Partikularinformation zu Städten, Dörfern und Regionen begegnet werden. Indem die Lagen von einzelnen Gemeinden mit einer Punktsignatur angezeigt werden, werden bekannte Fixpunkte zur Orientierung und als Hilfe für die Karteninterpretation gesetzt. Mit der Beschriftung der Punktsignaturen mit den Ortsnamen und der Beschriftung von weltanschaulichen Feldern mit Regionsnamen erhält die Karte der politischen Landschaften erst ihren Informationsgehalt und Wert für einen ortskundigen Betrachter.

⁷⁸ Als Datenquelle für die Berechnung der sprachlichen Dominanz wurden die Angaben zur Hauptsprache aus der Volkszählung von 1990 verwendet.

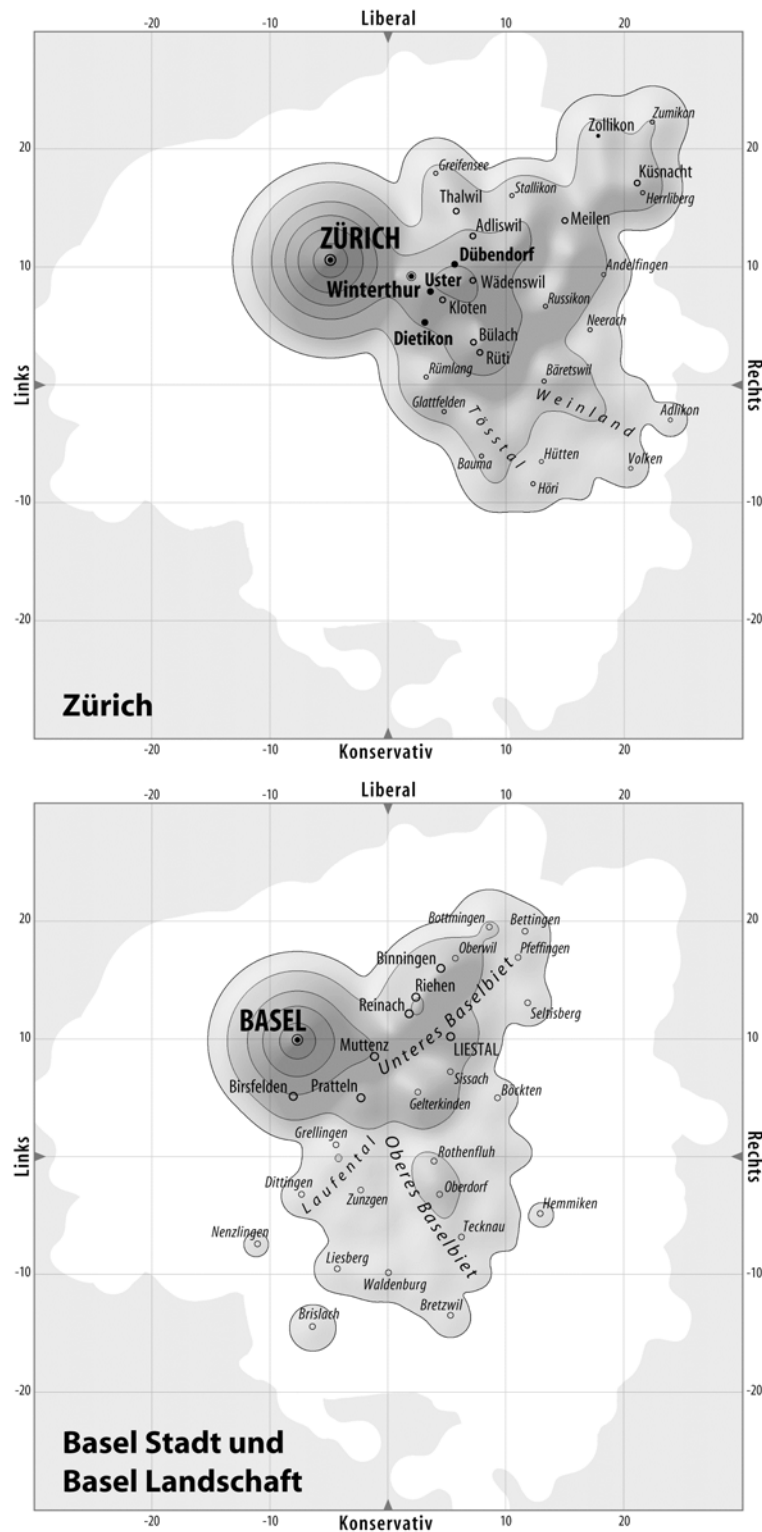


Abbildung 27: Politische Landschaften der Kantone Zürich und beider Basel
(Quelle: Hermann/Leuthold 2003a: 61,71)

3.5.2 Generalisierung und Fokussierung

Aus der Integration der drei kartografischen Layer, «Basiskarte mit Höhenmodell», «Zonen sprachlicher Dominanz» und «Punktsignaturen und Beschriftungen» resultiert eine Karte der politischen Landschaft, die auf den ersten Blick aussieht wie eine traditionelle topografische Karte (vgl. Abbildung 27). Das Land oder einzelne Kantone erscheinen als eine Insel mit Bergen, Tälern, Ebenen, Halbinseln, und Buchten.⁷⁹ Anstelle der erdräumlichen Himmelsrichtungen Nord und Süd orientiert sich der Kartenleser an den weltanschaulichen Ausrichtungen liberal und konservativ. Anstatt der Himmelsrichtungen West und Ost markieren die weltanschaulichen Haltungen links und rechts die horizontale Kartenachse.

Mit der Integration von interpolierten Dichtegebirgen und den Punktesignaturen für die einzelnen Ortschaften in einer Karte werden sehr unterschiedliche Detaillierungsgrade (levels of detail) in ein und demselben Modell dargestellt. Damit wird die von Agnew (1996) als Geissel der Sozialwissenschaften dargestellte Dichotomie von globaler, auf allgemeingültige strukturelle Zusammenhänge fixierter Perspektive, und der lokalen, auf spezifische Charakteristiken und Partikularitäten gerichteten Sichtweise durchbrochen.

Die Modellierung der Basiskarte, bestehend aus der Interpolation der Dichteoberfläche, stellt eine Generalisierung der Information dar. Sie dient dazu, die grossen Makrostrukturen wie die quantitative Verteilung der Bevölkerung im Raum der Weltanschauungen, das Gefälle von Stadt und Land oder die Zusammenhänge zwischen sprachkultureller Prägung und politischer Mentalität darzustellen. Eigenheiten von einzelnen Gemeinden oder Regionen aufgrund von spezifischen kulturellen, historischen oder anderen Umständen werden in diesem Detaillierungsgrad als Rauschen betrachtet, das die Sichtbarkeit der globalen Strukturen beeinträchtigt. Im Vergleich dieser Makrostrukturen zwischen verschiedenen Regionen werden systematische Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede erkennbar. So beispielsweise die tripolare Struktur von urbanen Räumen, wie der Vergleich der Karten des Kantons Zürich und der beiden Basel in Abbildung 27 zeigt.

Die spezifischere Information über die Einflussfaktoren und Zusammenhänge in der politischen Landschaft wird mit Hilfe der Punktsignaturen und regionalen Beschriftungen dargestellt. Diese Information bezieht sich auf spezifische soziale Bedingungen an einem Ort, Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur, ökonomische Abhängigkeiten, aber auch kulturelles Erbe und kollektives Gedächtnis. Indem bestimmte Gemeinden ausgewählt und hervorgehoben werden, können feine Unterschiede in-

⁷⁹ Eine Karte der politischen Landschaft der ganzen Schweiz findet sich in Kapitel 4.2.1.

nerhalb von Agglomerationen, aber auch zwischen einzelnen Gemeinden in einer ländlichen Region dargestellt werden.

Dieser Multi-Level-Ansatz in der Visualisierung erlaubt das Erkennen von Anomalien der politischen Landschaft, die durch eine lokale Eigenheit der Sozialstruktur bedingt ist. So sind auf der Mikroebene Ortschaften erkennbar, in denen eine deziert andere Bevölkerungszusammensetzung herrscht als in den Nachbargemeinden. Solche Anomalien sind häufig durch die Präsenz einer spezifischen Infrastruktur oder einer bestimmte Firma als Hauptarbeitgeberin erklärbar, wie etwa ein Kernkraftwerk, ein Waffenplatz oder ein grosser Rangierbahnhof. Auf einer Meso-Ebene können Regionen ausgemacht werden mit systematisch abweichenden regionalen politischen Kulturen, die nicht durch die globalen sozioökonomischen Faktoren erklärbar sind, aber auch nicht auf einzelne Akteure, Firmen oder Infrastrukturen zurück geführt werden können, sondern ihren Ursprung in ihrer spezifischen Geschichte, oder in einer bestimmten Konstellation von religiöser oder sprachlicher Minderheits- bzw. Mehrheitssituation haben.

3.6 Sozialraumanalyse

Im Kapitel 2.4 wurden aus den theoretischen Überlegungen zum sozialen Wandel, zur Verstädterung und zur Metropolisierung in der Schweiz die Anforderungen an ein Messinstrument zur Beschreibung der sozialräumlichen Dynamik innerhalb der Netzstadt Schweiz abgeleitet. Das Messinstrument soll die gesamte Schweiz abdecken, in sozialhistorischer Adäquanz die relevanten Dimensionen der sozialräumlichen Strukturierung abbilden, eine multiskalare Funktionalität aufweisen und sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Hinsicht eine vergleichende Analyse ermöglichen.

Ein eigentliches Messinstrument für einen landesweiten Vergleich von Sozialraumstrukturen existiert nicht. Die bisher in der Schweiz durchgeführten Sozialraumanalysen bezogen sich meist auf einzelne Städte (Hamm 1977; Gächter 1989; Schenkel 1989; Arend 2000; Eder Sandtner 2005) oder Agglomerationen (Heye/Leuthold 2004; 2005; 2006) oder dann eine Auswahl davon (Arend et al. 2005; Joye et al. 1994; Huissod et al. 1999).

Die Gemeindetypologie des Bundesamtes für Statistik (Schuler et al. 2005) bezieht zwar alle Gemeinden der Schweiz ein, für die sozialräumliche Typisierung der Gemeinden reicht sie jedoch nicht aus, da sie für städtische und ländliche Regionen unterschiedliche Klassifikationsraster anwendet und die innerstädtische Differenzierung nicht erfasst. Schliesslich ist auch die Einteilung der Agglomerationen in suburbane, periurbane, reiche und Arbeitsplatzgemeinden mehr von einer funktionalräumlichen Typologie geprägt als von einer sozialräumlichen.⁸⁰

Ein Instrument zur Charakterisierung der sozialräumlichen Dynamik, das alleine auf der Bevölkerungsstruktur basiert, im Sinne einer Sozialraumanalyse für die gesamte Schweiz wurde von Michael Hermann, Corinna Heye und Heiri Leuthold in Zusammenarbeit mit der Sektion «Räumliche Analysen» des schweizerischen Bundesamtes für Statistik entwickelt (Hermann et al. 2005). Das System der soziokulturellen Indizes entspricht den oben erwähnten Anforderungen an ein Messsystem und soll in der empirischen Analyse zur Anwendung kommen.

⁸⁰ Die Gemeindetypologie des Bundesamtes für Statistik wird seit der Volkszählung von 1980 erstellt. Diese mehrstufige Typologie von 22 verschiedenen Gemeindetypen verschränkt die regionale Hierarchie von Zentrum und Peripherie mit der Wirtschaftsstruktur und der Bevölkerungsstruktur (vgl. Joye et al. 1988; Joye/Schuler 1994; Schuler et al. 2005). Auf der ersten Stufe werden Zentren, Agglomerationsgürtel im metropolitenen und nicht metropolitenen Raum sowie ländlichen Gemeinden unterschieden. Auf einer zweiten Stufe werden die Zentren auf Grund ihrer Grösse klassiert. Die Gemeinden der Agglomerationsgürtel werden in suburbane, periurbane und Arbeitsplatzgemeinden gegliedert. Die ländlichen Gemeinden werden dagegen nach dem dominierenden Wirtschaftssektor bzw. ihrer Funktion als Wegpendlergemeinden eingeteilt.

In diesem Kapitel geht es nun darum, die methodischen Aspekte dieser gesamtschweizerischen Sozialraumanalyse darzulegen. Zuerst wird auf die Unterschiede der beiden klassischen Verfahren der Sozialraumanalyse eingegangen: dem deduktiven Zugang nach Shevky und Bell (1961) und dem induktiven faktoranalytischen Zugang nach Murdie (1969). Diese Diskussion lehnt sich an die breitere Auseinandersetzung in Heye und Leuthold (2005) an. Danach wird in geraffter Form die Konstruktion der vier Indizes soziokultureller Disparitäten nach Hermann et al. (2005), die hier in der empirischen Analyse zur Anwendung kommt, dargelegt.

3.6.1 Sozialraumanalyse und Faktorialökologie

Die quantitative Beschreibung der sozialräumlichen Struktur und Dynamik von Städten oder Metropolitanräumen erfolgt meistens aufgrund von mehreren unabhängigen Dimensionen. Diese Dimensionen sind zusammengesetzte (synthetische) Variablen (Indizes), die aus einem Bündel von Indikatoren zur Bevölkerungsstruktur und/oder anderen Merkmalen der intra-städtischen Bezirke gebildet werden. Zur Bildung dieser Indizes gibt es zwei unterschiedliche Zugangsweisen: eine deduktive und eine induktive. Beim deduktiven werden vorgängig die Dimensionen der städtischen Strukturierung und ihre inhaltliche Bedeutung bestimmt und nachträglich mit Hilfe geeigneter Indikatoren operationalisiert. Beim induktiven Ansatz werden aus den verschiedenen Merkmalen der Stadtquartiere mit Hilfe einer Faktorenanalyse die Dimensionen der sozialräumlichen Strukturierung extrahiert und nachträglich interpretiert und benannt.

3.6.1.1 Deduktiver Ansatz: Sozialraumanalyse

Die Sozialraumanalyse (Social Area Analysis) von Shevky und Bell (1961) ist die Urform des deduktiven Ansatzes. Sie basiert auf der Annahme, dass sich Gesellschaften auf eine grössere Differenzierung und auf eine grössere Komplexität hin entwickeln. Die Indikatoren des sozialen Wandels werden, angewendet auf die Stadt, zugleich als Indikatoren der Stadtentwicklung angesehen. Im Vordergrund der Sozialraumanalyse stehen die theoretische Begründung und die Verallgemeinerbarkeit der Indikatoren. Im Modell von Shevky und Bell bilden der soziale Rang, der Urbanisierungsgrad und die ethnische Segregation die grundlegenden Dimensionen der städtischen Strukturierung. Die drei Dimensionen werden durch sieben Indikatoren operationalisiert.

Dimensionen	Indikatoren
1. sozialer Status	Anteil der Arbeiter und Handwerker an den Erwerbstätigen Anteil der Personen mit Volksschulbildung an der Wohnbevölkerung über 25 Jahre Miethöhe
2. Urbanisierung (demografischer Status)	Fruchtbarkeitsquote Anteil erwerbstätiger Frauen an Frauen über 14 Jahre Anteil Einfamilienhäuser
3. ethnische Segregation (ethnischer Status)	Ausländeranteil

Abbildung 28: Dimensionen der Sozialraumanalyse und ihre Operationalisierung nach Shevky und Bell (1961)

Shevky und Bells «Social Area Analysis» basierte auf den Modernisierungspostulaten der Industriegesellschaft. Dementsprechend fehlt der klassischen Sozialraumanalyse die sozialhistorische Adäquanz. Der soziale Wandel im Zuge der zweiten Modernisierung und der Veränderung des Regulationsregimes wird durch die sieben Indikatoren nur unzureichend abgebildet. Aufgrund dieser verringerten Validität der deduktiven Sozialraumanalyse wurde vermehrt auf die induktiv ausgerichtete Faktorialökologie ausgewichen.

3.6.1.2 Induktiver Ansatz: Faktorialökologie

Die Faktorialökologie basiert auf einer explorativen Faktorenanalyse und wurde erstmals von Sweetser (1965) und später von Murdie (1969) zur Beschreibung der sozialräumlichen Differenzierung städtischer Teilgebiete angewendet. Bei einer Faktorenanalyse wird eine Vielzahl von (manifesten) Variablen auf eine geringe Anzahl von voneinander unabhängigen (latenten Variablen), so genannten Faktoren, reduziert und ihre Intensität je Faktor (Faktorwerte) in den städtischen Teilräumen berechnet. Das Ergebnis ist ein charakteristisches Bündel von Merkmalen, die innerhalb des Stadtgebietes ähnliche räumliche Verbreitungsmuster aufweisen. Aufgrund der Faktorenladungen (Korrelationen zwischen den Variablen und Faktoren) können diese Variablenbündel inhaltlich als Dimensionen der innerstädtischen Strukturierung interpretiert werden. Seit Murdies Analyse der Stadtstruktur von Toronto (vgl. auch Abschnitt 2.2.3.2) gilt die induktive faktorialökologische Sozialraumanalyse bis heute als eigentliche Standardmethode und wurde auf verschiedene europäische Städte (Geiling 2001; Gutfleisch 2001; Hermann et al. 1995; Steinbach et al. 2001), aber

auch in der Schweiz angewandt (Hamm 1977; Gächter 1989; Schenkel 1989; Joye et al. 1994; Huissod et al. 1999; Arend 2000; Arend et al. 2005).

Die zentrale Problematik der explorativen Faktorenanalyse ist die Auswahl der Variablen, die in die Analyse einfließen, denn mit dieser Auswahl steht und fällt auch das Ergebnis. Ein eigentlicher Standardkatalog existiert nicht. Die Tendenz, dass in der Faktorialökologie relativ willkürlich sehr viele Variablen unbesehen ihrer Bedeutung und Relevanz dem reduktiven Verfahren zugeführt wurden, brachte dem Verfahren die Kritik des «Naiven Empirismus» und der Theorielosigkeit ein.

Eine zweite Schwierigkeit entsteht bei Vergleichen zwischen Städten oder über die Zeit. Weil die Dimensionen aus den Daten heraus erzeugt werden, sind die Faktorstrukturen für verschiedene Städte nicht dieselben bzw. die Dimensionen haben nicht zwingend dieselbe inhaltliche Bedeutung. Huissod et al. (1999) behelfen sich, in dem sie die Indikatoren aller Stadtquartiere aller zu vergleichenden Städte in einer einzigen Faktorenanalyse verwenden. Bei einem Vergleich über die Zeit besteht ebenfalls die Gefahr, dass die Faktorenlösungen für die beiden Zeitpunkte inhaltlich nicht kongruent sind. Auch für dieses Problem gibt es verschiedene Ansätze: Steinbach et al. (2001) führen eine gesamte Faktorenanalyse mit den Variablenausprägungen zu den beiden Zeitpunkten durch, Arend (2000) führt den Zeitvergleich nur mit den stärksten Markiervariablen durch während Heye und Leuthold (2004) die Faktorestruktur, d.h. die Bedeutung der Dimensionen für den Zeitpunkt 2000 berechnen und für 1990 konstant halten. Ausgehend von den Modellparametern von 2000 werden die Indexwerte (Faktorenwerte) der einzelnen Stadteile für 1990 berechnet.

3.6.1.3 Rückkehr zur theoriegeleiteten Sozialraumanalyse

Die vielfältigen Kritikpunkte und Nachteile der induktiven Faktorialökologie sprechen für eine Rückbesinnung auf eine deduktive Sozialraumanalyse nach Schevky und Bell. Die innerstädtische Strukturierung soll als Abbild der gesellschaftlichen Differenzierung betrachtet und auch als solche analysiert werden. Dies erfordert ein adäquates theoretisches Modell, das die soziale Differenzierung unter den Bedingungen einer postindustriellen bzw. spätmodernen Gesellschaft wiedergibt. Die theoretisch fundierten Dimensionen der sozialräumlichen Strukturierung sollen mit Hilfe von Indikatoren operationalisiert werden und mit einem transparenten Mess- und Berechnungsmodell zu Indizes verschmolzen werden. Modellfremde Merkmale (z.B. ökonomische, kulturelle oder institutionelle Eigenschaften), die räumlich stark variieren und in einem Zusammenhang mit der sozialräumlichen Strukturierung stehen (können), sollen nicht für die Berechnung verwendet werden. Ihr Einfluss auf die Segregation soll isoliert in einer separaten Analyse untersucht werden. Schliesslich ist

bei der Operationalisierung der Indikatoren darauf zu achten, dass die gebildeten Konstrukte das zu messende Merkmal optimal wiedergeben. Das heisst, die Grundgesamtheit ist jeweils so zu wählen, dass die räumliche Verteilung eines Merkmales nicht von einem anderen Merkmal beeinflusst wird (z.B. biographischer Bias).

3.6.2 Adaptierte Sozialraumanalyse

Die vier von Hermann et al. (2005) entwickelten Indizes der sozialräumlichen Differenzierung orientieren sich an der klassischen quantitativen Sozialraumanalyse nach Shevky und Bell (1961). Diese geht von drei unabhängigen Dimensionen der räumlich-sozialen Strukturierung von urbanen Räumen aus. Es sind dies: die Hierarchie der Wohnquartiere nach sozialem Rang, der Modernisierungsgrad der Bevölkerung und die Segregation von Ethnien und Nationalitäten. Die Adaption der Sozialraumanalyse an die gegenwärtigen Verhältnisse in der Schweiz erfordert verschiedene Modifikationen.

Die Anpassung des Modells an die postfordistischen Verhältnisse setzt vor allem bei der Operationalisierung der demografischen bzw. der Lebensstildimension an und erfordert die Berücksichtigung der demografischen Alterung in einer eigenen Dimension (vgl. Schwabe 2005). Die Anpassung des Modells an die schweizerischen Verhältnisse betrifft besonders die ethnische Dimension, denn anders als in den Grossstädten der USA bilden ethnische Zugehörigkeit oder Nationalität in der Schweiz keinen treibenden Faktor der Segregation (vgl. Huissod et al. 1999; Wimmer et al. 2000; Heye/Leuthold 2004). Anstelle einer ethnischen Dimension wird von Hermann et al. (2005) eine *Dimension der Fremdsprachigkeit* entwickelt, welche die Konzentration von Zuwanderern mit sprachlichen Integrationsproblemen misst. Die Adaption an den suburbanen und den ländlichen Raum bedarf vor allem einer Verbindung der intrastädtischen Raumgliederung in Quartiere und der Gliederung in Gemeinden. Insgesamt besteht das System der soziokulturellen Dispartitätsindizes aus vier Dimensionen, mit denen sich die räumlich-soziale Differenzierung der gesamten Schweiz beschreiben lässt. Es sind dies, ein Index für den sozialen Status, den Grad der gesellschaftlichen Individualisierung, das Ausmass der Fremdsprachigkeit und die Alterung der Gesellschaft.

Die klassische Sozialraumanalyse geht von einer Unabhängigkeit ihrer Dimensionen aus. Die vier neu entwickelten Indizes nach Hermann et al. (2005) sind zwar inhaltlich unabhängig voneinander, ein Anspruch auf statistische Unabhängigkeit wird jedoch nicht erhoben. Einzig für die Kombination von Status- und Individualisierungsindex wurde eine weitgehende statistische Unabhängigkeit angestrebt. Diese beiden Indizes entsprechen den Grunddimensionen der gesellschaftlichen und sozial-

räumlichen Differenzierung in der Spätmoderne nach Status und Lebensstil (vgl. Kap. 2.1.3). In Form eines Status-Individualisierungs-Diagramms (vgl. Kapitel 4.1) bilden sie eine Repräsentation des «sozialen Raums» nach dem Konzept von Pierre Bourdieu (1994 [1979]).

3.6.2.1 Indexbildung

Zur Bildung der Indizes wurde vom gebräuchlichen Vorgehen einer rein induktiven Faktorialökologie abgewichen. Unter Rückgriff auf das ursprüngliche deduktive Konzept der Sozialraumanalyse basieren die vier Disparitätsindizes auf einem deduktiv-empirischen Ansatz. Das heisst, dass die Indizes in einem ersten Schritt auf der Basis von theoretischen Überlegungen operationalisiert und entsprechende Indikatoren ausgewählt und dann in einem zweiten Schritt auf ihre empirische Qualität überprüft wurden. Um die statistische Unabhängigkeit der beiden Indizes zum sozialen Status und zur Individualisierung zu garantieren, wurden Wahl und Gewichtung der entsprechenden Indikatoren durch eine Faktorenanalyse unterstützt.

Indikator und Index

Ein **Indikator** ist eine empirisch messbare Grösse, die einen nicht direkt messbaren Sachverhalt anzeigt.

Ein **Index** ist eine Messgrösse für ein komplexes Merkmal, das aus den Werten mehrerer Indikatoren zusammengesetzt wird.

Formalstruktur der Indizes

$$I = a_1 \cdot X_1 + a_2 \cdot X_2 + \dots + a_i \cdot X_i$$

I = Index

$X_{1..i}$ = Indikatoren

$a_{1..i}$ = Gewichtungsfaktoren

Jeder Disparitätsindex basiert auf einer gewichteten Summe von 2 bis 6 Indikatoren.

Die Indikatoren sind z-standardisiert und basieren auf den Anteilen eines Merkmals in den untersuchten Raumeinheiten.

Die Gewichtungsfaktoren liegen in einem Wertebereich von 1 bis 4.

Die Vorzeichen (+/-) hängen von der inhaltlichen Ausrichtung der Indikatoren ab.

Abbildung 29: Formalstruktur der soziokulturellen Disparitätsindizes nach Hermann et al. (2005)

3.6.2.2 Normierung der Indizes

Um die Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Indizes herzustellen, wurden sie normiert. Die Normierung der Indizes wurde so durchgeführt, dass sich die Werte der untersuchten Raumeinheiten in einem sinnvollen Zahlenbereich bewegen. Refe-

renzpunkt für alle vier Indizes bildet der Indexwert der gesamten Schweiz. Dieser Wert wird auf 50 Punkte festgesetzt. Die Varianz der einzelnen Werte wird auf eine fixe Standardabweichung von 8 normiert. Mit dieser Normierung befinden sich die meisten Indexwerte in einem Zahlenbereich zwischen 0 und 100, nur in Ausnahmefällen nehmen sie auch Werte ausserhalb dieses Bereichs ein. Die Gewichtung und Normierung der Indexwerte erfolgt anhand der Werte des Jahres 2000, die Daten für 1990 werden mit denselben Parametern normiert und sind damit mit jenen von 2000 direkt vergleichbar.

3.6.2.3 Verwendete Daten

Als Datengrundlage dienen die Personen- und Haushaltsdaten der Volkszählungen von 1990 und 2000. Die Angaben über die Einkommensverteilung stammen aus der Statistik zur direkten Bundessteuer der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) der Steuerperioden 1989/91 und 1999/2000. Zur Korrektur der Teuerung (rund 25%) zwischen 1990 und 2000 wurden die Kategoriengrenzen für die Einkommensklassen von 2000 um 25 Prozent nach oben verschoben. Diese Daten aus der direkten Bundessteuer sind auf der Aggregationsebene der Stadtquartiere nicht vollständig verfügbar und mussten modelliert werden.

3.6.2.4 Modellierung der Einkommensverteilung in Stadtquartieren

Für die Mehrheit der auf Quartierebene untersuchten Städte existieren nur Daten zu den Einkommensklassen der gesamten Gemeinde. Die Werte der Einkommensklassen in den Stadtquartieren mussten deshalb mit einem Regressionsmodell geschätzt werden. Als Variablen für die Schätzung wurden der Quadratmeterpreis und die Wohnfläche pro Äquivalenzperson⁸¹ verwendet. Die Festlegung der Parameter der Regressionsgleichung konnte anhand verfügbarer Steuerdaten der Stadtquartiere von Lausanne, Winterthur und Zürich durchgeführt werden.

Es hat sich gezeigt, dass der Quadratmeterpreis keinen Zusammenhang mit der Einkommensverteilung aufweist. Als geeignete Masszahl hat sich dagegen die Wohnfläche pro Äquivalenzperson erwiesen. Die Schätzung erfolgte mittels einer linearen Regression mit den beiden unabhängigen Variablen: «Anteil der Haushalte mit einer Wohnfläche von mehr als 90 m² pro Äquivalenzperson» und «Anteil der Haushalte

⁸¹ Das Konzept der Äquivalenzpersonen berücksichtigt, dass der Flächenverbrauch der ersten erwachsenen Person in einem Haushalt grösser ist als der Flächenverbrauch zusätzlicher Erwachsener und Kinder im selben Haushalt. Für die Berechnung der Äquivalenzpersonen pro Haushalt erhält der erste Erwachsene ein Gewicht von 1, weitere Erwachsene das Gewicht von 0.5 und Kinder unter 15 Jahren das Gewicht von 0.3 (vgl. Ecoplan 2004).

mit einer Wohnfläche von weniger als 45 m² pro Äquivalenzperson». Die Anteile der Einkommensklassen konnten dabei mit einem Bestimmtheitsmass von 0.92 (hohe Einkommen) bzw. 0.8 (tiefe Einkommen) erklärt werden.

Da die Einkommensdaten der Städte als Ganzes bekannt sind, musste mit der Regressionsgleichung nur die Abweichung der Einkommensklassen in den Quartieren vom städtischen Mittel berechnet werden. Eine allgemeine Modellierung von Einkommen mittels Wohnfläche ist dagegen aufgrund regionaler Unterschiede im Wohnungsmarkt nicht empfehlenswert.

3.6.2.5 Raumeinheiten

Sozialraumanalysen werden in der Regel auf der Basis von intrastädtischen Gliederungen wie Stadtquartieren oder statistischen Zonen durchgeführt. Kleinräumige Analysen der gesamten Schweiz verwenden dagegen meistens politische Gemeinden als Raumeinheiten. Für eine Sozialraumanalyse der gesamten Schweiz muss eine Raumeinteilung entwickelt werden, welche diese beiden Aggregationsniveaus auf sinnvolle Weise verbindet.

Die politischen Gemeinden weisen allerdings sehr grosse Unterschiede bezüglich ihrer Einwohnerzahl auf. Im Jahr 2000 reichte der Schwankungsbereich von Corippo im Tessin mit 22 Einwohnern bis Zürich mit über 360'000 Einwohnern. Neben der schlechten Vergleichbarkeit derart unterschiedlicher Raumeinheiten führt die geringe Einwohnerzahl insbesondere von Landgemeinden zu statistischen Problemen. Um diese zu vermeiden, ist es sinnvoll, Kleinstgemeinden zu Gemeindegruppen zusammenzulegen. Für die grossen Städte ist es dagegen sinnvoll, sie in ihre Stadtquartiere zu untergliedern.

Für ihre Studie zu den soziokulturellen Disparitäten in der Schweiz entwickelten Hermann et al. (2005) eine kleinräumige Raumeinteilung der Schweiz auf Basis der Gemeindegliederung. Dabei werden einerseits kleine Gemeinden gemäss Hans Steffen und Thomas Schulz (2005) zu Tausendergruppen zusammengefasst. Andererseits werden alle Städte mit mehr als 30'000 Einwohnern in ihre offizielle Quartiergliederung unterteilt.⁸² Quartiere mit unter 1000 Einwohnern wurden ebenfalls zu Quartiergruppen mit einer Mindestgrösse von 1000 Einwohnern zusammengefasst. Durch den Zusammenzug der kleinsten Gemeinden und die Aufteilung der grossen Städte in

⁸² Verschiedene Schweizer Städte haben ein mehrstufiges System von Stadtkreisen, die sich aus mehreren Stadtquartieren zusammensetzen, die wiederum aus mehreren statistischen Zonen bestehen. Für die Raumeinteilung nach Hermann et al. (2005) wurde die mittlere Ebene (GLOC2 gemäss Volkszählung 2000) gewählt. Wie Huissod et al. (1999: 110–117) zeigten, lässt sich diese Ebene am besten mit den Gemeinden des Agglomerationsgürtels vergleichen.

Quartiere konnten die grossen Unterschiede in der Einwohnerzahl von Gemeinden auf einen Bereich zwischen 1000 und 30'000 Einwohnern reduziert werden. Es entstehen dabei 1977 Gemeinde- und Quartier(gruppen) des Typs «tq3o».

3.6.2.6 Raumgliederungen

Zur Untersuchung der Disparitäten innerhalb des Landes werden verschiedene bestehende Raumgliederungen der Schweiz verwendet (vgl. Schuler/Joye 1994). Als Grundraster der Analyse werden drei Siedlungstypen unterschieden: Kernstadt, Agglomerationsgürtel und ländlicher Raum. Zum Typ Kernstadt gehören die grossen und mittleren Zentren, aber auch die Kerngemeinden von kleineren Agglomerationen wie beispielsweise Aarau, Monthey, Locarno oder St. Moritz. Die «isolierten Städte» wurden zum Siedlungstyp Agglomerationsgürtel gerechnet. Die Typen Kernstadt und Agglomerationsgürtel bilden zusammen die Agglomeration (bzw. das Ballungsgebiet). Der Siedlungstyp Agglomerationsgürtel besteht aus allen Agglomerationsgemeinden ohne die Kernstädte. Die fünf grössten Agglomerationen Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne werden in der Analyse gesondert betrachtet und verglichen. Als ergänzende grossräumige Raumgliederungen werden die sieben offiziellen Grossregionen der Schweiz (Schuler 1999), die vier Sprachregionen und der Metropolitanraum Zürich nach Schuler et al. (2005) verwendet.

3.6.3 Operationalisierung und Berechnung der vier Indizes

3.6.3.1 Statusindex

Der Statusindex bildet regionale Unterschiede der vertikalen sozialen Schichtung ab. Er ist ein Mass für die relativen Bevölkerungsanteile der Oberschicht und der Unterschicht an einem Ort. Die vertikale Schichtung moderner Gesellschaft beruht auf verschiedenen Teilkomponenten, die zwar häufig zusammenfallen, sich aber nicht notwendigerweise gegenseitig bedingen. Zu diesen Komponenten gehören in erster Linie die materiellen Ressourcen (ausgedrückt in Einkommen und Vermögen), die formale Bildung und die Stellung im Beruf. Um diese drei Aspekte der sozialen Schichtung zu berücksichtigen, werden für die Berechnung des Statusindex' drei Indikatorengruppen verwendet: Das jährliche Reineinkommen, der höchste Bildungsabschluss und die sozioprofessionelle Kategorie.

Der Statusindex wird als gewichtete Summe von sechs Indikatoren berechnet. Drei der sechs Indikatoren messen dabei die Stärke des statushohen Bevölkerungsanteils (bzw. der Oberschicht) an einem Ort. Die entsprechenden Indikatoren sind «Tertiäre Bildung», «Oberstes Management/Freie Berufe» und «Hohe Einkommen»; sie fliessen als positive Werte in den Index ein. Die drei anderen Indikatoren bemessen den Anteil des status-

niedrigen Bevölkerungsanteils (bzw. der Unterschicht) an einem Ort. Es sind dies die Indikatoren «Primäre Bildung», «Statusniedrige Berufe» und «Niedrige Einkommen», welche als negative Werte in den Index einfließen. Das heisst, der Statusindex einer Raumeinheit ist umso höher, je grösser der Bevölkerungsanteil mit hohen Statusmerkmalen und je kleiner der Anteil der Bevölkerung mit tiefen Statusmerkmalen ist.

$$\text{Statusindex} = 2.5 \cdot \text{TER} - 2 \cdot \text{PRI} + \text{OMF} - \text{NST} + 4 \cdot \text{HEK} - 2 \cdot \text{NEK}$$

<i>TER</i>	=	Tertiäre Bildung (Grundgesamtheit: über 25-Jährige) Höchste abgeschlossene Ausbildungsstufe: <i>Höhere Fach- und Berufsausbildung, Höhere Fachschule, Fachhochschule, Universität, Hochschule</i>
<i>PRI</i>	=	Primäre Bildung (Grundgesamtheit: über 25-Jährige) Höchste abgeschlossene Ausbildungsstufe: <i>Keine Ausbildung abgeschlossen, Obligatorische Schule</i>
<i>OMF</i>	=	Oberes Management & freie Berufe (Grundgesamtheit: Erwerbstätige) Sozioprofessionelle Kategorie der Erwerbstätigen: <i>Oberstes Management, Freie Berufe</i>
<i>NST</i>	=	Statusniedrige Berufe (Grundgesamtheit: Erwerbstätige) Sozioprofessionelle Kategorie der Erwerbstätigen: <i>Ungelernte Arbeiter in der Landwirtschaft, Ungelernte Arbeiter in der Produktion und im Baugewerbe, Ungelernte Angestellte im Dienstleistungsbereich</i>
<i>HEK</i>	=	Hohe Einkommen (Grundgesamtheit: Steuerpflichtige) Reineinkommen über 75'000 Franken im Jahr 1990 bzw. über 93'000 Franken im Jahr 2000 (Entspricht der Teuerung der Konsumentenpreise um 25 %)
<i>NEK</i>	=	Niedrige Einkommen (Grundgesamtheit: Steuerpflichtige) Reineinkommen unter 40'000 Franken im Jahr 1990 bzw. unter 50'000 Franken im Jahr 2000 (Entspricht der Teuerung der Konsumentenpreise um 25 %)

Die Auswahl und Gewichtung der Indikatoren erfolgte einerseits nach theoretischen Überlegungen, andererseits wurde sie durch die empirischen Resultate einer Faktorenanalyse unterstützt. Die Faktorenanalyse zeigte, dass die Indikatoren für einen hohen sozialen Status ein grösseres Erklärungspotenzial besitzen (d.h. sie erzielen höhere Factorscores) als die Indikatoren für einen tiefen sozialen Status. Sie erhalten deshalb ein grösseres Gewicht. Aus methodisch-theoretischen Überlegungen wurde das Gewicht der Einkommensvariablen gegenüber den empirischen Werten der Faktorenanalyse erhöht und jenes zu den sozioprofessionellen Kategorien gesenkt. Der Grund liegt darin, dass sich in den sozioprofessionellen Kategorien teilweise der Bildungsabschluss spiegelt. Das Einkommen misst dagegen einen eigenständigen Aspekt des sozialen Status'.

3.6.3.2 Individualisierungsindex

Die Individualisierung der Lebensstile ist schwieriger zu messen als die vertikale Schichtung. Die schweizerische Volkszählung enthält jedoch verschiedene Angaben dazu, nämlich den Haushaltstyp, die Erwerbstätigkeit und den Grad der Erwerbstätigkeit sowie die Zusammensetzung der Haushalte.

Eine erste wichtige Indikatorengruppe für den Individualisierungsindex basiert auf dem Haushaltstyp. Der Haushaltstyp ist einerseits Ausdruck der individuellen Lebensgestaltung, er besitzt andererseits aber auch eine stark biografische Komponente. Kinder und Jugendliche wohnen in der Regel in Familienhaushalten, ältere Personen, deren Kinder bereits erwachsen sind, leben meist in Paar- oder Einpersonenhaushalten. In der Altersphase von etwa 30 bis 50 Jahren kommt im Haushaltstyp am stärksten die selbst gewählte Lebensform zum Ausdruck: Für die einen ist dies das Familienleben, für andere eine Partnerschaft ohne Kinder, für noch andere das «getrennte Zusammenleben» (living-together-apart) oder die Wohngemeinschaft. Damit mit den Indikatoren zu den Haushaltstypen nur das gemessen wird, was gemessen werden soll, wird die Grundgesamtheit auf den Bereich der 30- bis 50-Jährigen begrenzt.

Eine zweite wichtige Indikatorengruppe zur Bestimmung der Individualisierung bilden Rollenmodelle von Frau und Mann in der Familie. Diese verweisen auf den Grad der Loslösung von traditionellen Lebensentwürfen. Die vier von Elisabeth Bühler (2001) nach der Vorgabe von Pfau-Effinger (1997) operationalisierten geschlechter-kulturellen Familienmodelle unterscheiden sich in Bezug auf die Aufteilung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit zwischen den Eltern. Im traditionell-bürgerlichen Familienmodell ist der Mann vollerwerbstätig und die Frau widmet sich der Haus- und Familienarbeit. Das traditionell-bürgerliche Modell steht für einen geringen Individualisierungsgrad. Ihm stehen andere Modelle gegenüber. Zunächst das modernisierte bürgerliche Familienmodell, in welchem die Mutter neben der Familienarbeit teilzeitlich erwerbstätig ist. Das egalitäre Familienmodell weicht am meisten vom traditionell-bürgerlichen ab. Es lassen sich dabei ein erwerbsbezogenes Modell mit der Vollerwerbstätigkeit von Mutter und Vater und ein familienbezogenes Modell mit der Teilzeiterwerbstätigkeit der beiden Elternteile unterscheiden. Ein weiterer Indikator, der die Individualisierung der Geschlechterrollen beschreibt, ist der Anteil von Frauen, die kinderlos bleiben (Bühler/Heye 2005).

Als Idealtypus der bürgerlichen Lebensform kann das traditionell-bürgerliche Familienmodell gesehen werden. Da dieser Indikator eine Masszahl für einen geringen Individualisierungsgrad ist, fließt er mit einem negativen Vorzeichen in den Individualisierungsindex ein. Mit den Indikatoren «Wohngemeinschaften», «Einpersonenhaushalte», «Frauen ohne Kinder» und «Erwerbstätigkeit von Müttern» werden die verschiedenen Aspekte der Individualisierung erfasst. Diese Indikatoren erhalten dementsprechend ein positives Vorzeichen. Die Gewichtung der Indikatoren orientiert sich an den Ergebnissen (d.h. Factorscores) der Faktorenanalyse, die zusammen mit den Statusindikatoren durchgeführt wurde (vgl. Kapitel 2).

$$\text{Individualisierungsindex} = 3 \cdot \text{EPH} + 1.2 \cdot \text{WG} + 2.5 \cdot \text{FOK} + 3 \cdot \text{MER} - 1.5 \cdot \text{TBM}$$

EPH	=	Einpersonenhaushalte (Grundgesamtheit: 30 – 50-Jährige) Haushaltstyp: <i>Einpersonenhaushalte</i>
WG	=	Wohngemeinschaften (Grundgesamtheit: 30 – 50-Jährige) Haushaltstyp: <i>Nichtfamilienhaushalte mit Verwandten, ohne weitere Personen, Nichtfamilienhaushalte mit Verwandten und weiteren Personen, Haushalte nicht verwandter Personen</i>
MER	=	Erwerbstätige Mütter (Grundgesamtheit: 25 – 44-Jährige) Arbeitsmarkstatus von Frauen in Haushalten mit Kindern: <i>Vollzeiterwerbstätige, Teilzeiterwerbstätige mit einer oder mehreren Stellen</i>
FOK	=	Frauen ohne Kinder (Grundgesamtheit: 35 – 44-Jährige) Frauen in Haushalten ohne Kinder
TBM	=	traditionell-bürgerliches Familienmodell (Grundgesamtheit: Paarhaushalte mit Kindern unter 16 Jahren) Paarhaushalte mit Kindern unter 16 Jahre mit Arbeitsmarkstatus: <i>Vollerwerbstätig (Vater) sowie Nichterwerbsperson und Haushalt (Mutter)</i>

3.6.3.3 Fremdsprachigkeitsindex

Für Zuwanderer bildet die Möglichkeit, sich mit der Bevölkerung der Aufnahmegesellschaft sprachlich zu verständigen, ein wichtiger Faktor für die Teilnahme am öffentlichen Leben, die Eingliederung in die Arbeitswelt und den Zugang zu lokalen Werten und Normen. Folglich bilden entsprechende Sprachkompetenzen einen wichtigen Faktor der Integration. Das Beherrschen der lokalen Sprache kann aber nicht mit Integration gleichgesetzt werden. Jemand, der sich in der Sprache der eingesessenen Bevölkerung verständigen kann, ist damit noch nicht integriert. Ob eine Person tatsächlich in die Aufnahmegesellschaft eingegliedert ist, lässt sich mit bestehenden quantitativen Indikatoren nicht feststellen. Mit den Variablen zum Sprachgebrauch kann jedoch ein Mass gefunden werden für den Grad der sprachlichen Nicht-Integration der Bevölkerung. Der *Fremdsprachigkeitsindex* ist eine Kennzahl für den Anteil der Bevölkerung, der aufgrund mangelnder sprachlicher Kompetenzen am Integrationsprozess gehindert ist.

In der Volkszählung wird zwischen der Haupt- und den Umgangssprachen unterschieden. Die Hauptsprache ist die Sprache, in der eine Person denkt und sich am besten ausdrücken kann. Umgangssprachen sind Sprachen, die von einer Person zuhause oder im Erwerbsleben (bzw. in der Schule) verwendet werden. Während eine Person nur eine Hauptsprache hat, kann sie mehrere Umgangssprachen sprechen. Jemand mit Hauptsprache Türkisch kann zum Beispiel zuhause Türkisch und Deutsch und im Erwerbsleben Deutsch und Englisch sprechen. Auf die in der Volkszählung vorhandene Unterscheidung zwischen Hochsprache und Dialekt wird im Rahmen dieser Studie verzichtet.

Für die Berechnung des Fremdsprachigkeitsindex⁷ wird soweit wie möglich auf die Angaben zur Umgangssprache Bezug genommen. Die Fähigkeit, sich verständigen zu können oder nicht, leitet sich nicht aus der Hauptsprache einer Person ab, sondern aus der Gesamtheit der Sprachen, die sie beherrscht.

Aufgrund der Mehrsprachigkeit der Schweiz wird in der Volkszählung mit dem Konzept der Regionalsprache gearbeitet. Die Regionalsprache ist die am Wohnort einer Person hauptsächlich gesprochene Landessprache. In der Deutschschweiz ist dies Deutsch, in der Romandie Französisch usw. Alle Nicht-Regionalsprachen sind Fremdsprachen am jeweiligen Ort.

Die Volkszählung unterscheidet bei den sprachlichen Kompetenzen nur zwischen Schwarz und Weiss. Das heisst, es kann nicht festgestellt werden, wie gut jemand die Sprachen beherrscht, die er oder sie als Umgangssprachen angibt. Wenn sich eine Person mit nur geringen Kenntnissen in der Regionalsprache verständigen kann, so ist sie sprachlich nur partiell integriert, ohne dass dies erfasst wird. Das heisst, über den absoluten Umfang der Fremdsprachigkeit kann mit der Datenbasis Volkszählung keine Aussagen gemacht werden. Es lassen sich jedoch zeitliche Trends und regionale Unterschiede aufzeigen.

Drei sich kumulierende Sprachbarrieren

Der sprachliche Zugang zur lokalen Gesellschaft kann anhand von drei sich kumulierenden Sprachbarrieren bemessen werden. Die erste Barriere bildet das Nicht-Beherrschen der Regionalsprache. Wer sich in der jeweiligen Regionalsprache nicht ausdrücken kann, oder mit anderen Worten, wer nur Fremdsprachen spricht, dem fehlen wichtige Voraussetzungen für eine vollständige Integration.

Die Personengruppen, welche die Regionalsprache nicht beherrschen, können bezüglich Sprachbarrieren weiter unterteilt werden. So besteht eine zusätzliche Barriere für Personen, die sich weder in einer Landessprache noch in Englisch – als moderner Lingua Franca – verständigen können. Mit diesen geläufigen Sprachen kann man sich verständlich machen und zumindest teilweise am öffentlichen Diskurs teilhaben. Das Nicht-Beherrschen aller dieser Sprachen stellt deshalb eine doppelte Barriere dar.

Die dritte Sprachbarriere trennt Personen, deren Sprache eine linguistische Verwandtschaft mit einer Landessprache aufweist, von Personen deren Sprache zu einer anderen Sprachfamilie gehört. Wer eine Sprache der germanischen oder romanischen Sprachfamilie spricht, findet aufgrund der linguistischen Ähnlichkeit viele sprachliche Anknüpfungspunkte im schweizerischen Alltag. Das Fehlen dieser Anknüpfungspunkte bei anderen Sprachfamilien bildet deshalb eine dritte Kommunikationsbarriere. Die am stärksten verbreiteten romanischen oder germanischen

Fremdsprachen in der Schweiz sind Portugiesisch und Spanisch. Die wichtigsten Sprachen anderer Familien sind Serbisch, Kroatisch, Albanisch und Türkisch.

Berechnungsmodell des Fremdsprachigkeitsindex

Von den drei oben aufgezeigten Sprachbarrieren kommt die grösste Bedeutung der ersten zu, das heisst dem Beherrschen bzw. Nicht-Beherrschen der am Wohnort gesprochenen Regionalsprache. Mit dem Nicht-Beherrschen der Regionalsprache fehlt eine Schlüsselvoraussetzung für eine umfassende Integration. In den Fremdsprachigkeitsindex fliesst die Regionalsprache deshalb mit einem im Vergleich zu den beiden anderen Sprachbarrieren grösseren Gewicht ein. Während die beiden anderen Sprachbarrieren mit jeweils einem Indikator gemessen werden, wird die erste mit zwei abgestuften Indikatoren gemessen. Es wird unterschieden zwischen Personen, welche die Regionalsprache im Erwerbsleben (bzw. in der Schule) sprechen jedoch nicht zuhause, und Personen, welche die Regionalsprache gar nicht beherrschen.

Die zweite Sprachbarriere fliesst mit einem Indikator in den Index ein. Dieser misst das Nicht-Beherrschen irgendeiner Landessprache oder Englisch. Während die drei Indikatoren zu den ersten beiden Sprachbarrieren auf der Umgangssprache beruhen, kann die dritte Sprachbarriere nur anhand der Variable «Hauptsprache» der Volkszählung festgestellt werden. Der entsprechende Indikator misst den Anteil der Personen, die als Hauptsprache keine germanische oder romanische Sprache haben.

$$\text{Fremdsprachigkeitsindex} = RNH + RNU + NLE + NRG$$

- RNH = Regionalsprache wird zuhause nicht gesprochen
Umgangssprache zuhause ist nicht: *Regionalsprache*⁸³
- RNU = Regionalsprache wird weder zuhause noch im Erwerbsleben gesprochen
Umgangssprache zuhause und im Erwerbsleben ist nicht: *Regionalsprache*²
- NLE = Weder Landessprachen noch Englisch werden gesprochen
Umgangssprache zuhause und im Erwerbsleben ist nicht: *Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch, Englisch*
- NRG = Hauptsprache ist keine germanische oder romanische Sprache
Hauptsprache ist nicht: *Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch, Englisch, Niederländisch, Spanisch, Portugiesisch, Dänisch, Norwegisch, Schwedisch, Rumänisch*

⁸³ Damit nicht unscharfe Sprachgrenzen und mehrsprachige Regionen die Aussagekraft des Fremdsprachigkeitsindex beeinträchtigen, wurde der Begriff der Regionalsprache gelockert. So wurde aufgrund der faktischen Zwei- und Mehrsprachigkeit der Rätoromanen das Rätoromanische dem Deutschen zugeordnet. In den mehrsprachigen Kantonen (Bern, Freiburg, Wallis und Graubünden) wurden alle Amtsprachen, die von mindestens 7 Prozent der Bevölkerung an einem Ort als Hauptsprache gesprochen werden, zur Regionalsprache gezählt.

3.6.3.4 Altersindex

Die Altersstruktur der Bevölkerung an einem Ort lässt sich grundsätzlich sehr einfach messen, weil dafür nur eine einzige Variable aus der Volkszählung benötigt wird: das Alter. Üblicherweise wird die Alterstruktur der Gesellschaft durch das Verhältnis der drei biografischen Grossgruppen: Kinder/Jugendliche (0–19 Jahre), Personen im Erwerbsalter (20–64 Jahre) und Personen im Rentenalter (65 Jahre u. mehr) beschrieben. Beim Entwurf eines Altersindex' können die Akzente unterschiedlich gesetzt werden. Wenn man die Alterung der Gesellschaft aufgrund des Geburtenrückgangs beschreiben will, wird der Anteil Jugendlicher und Kinder an der Gesamtbevölkerung verwendet. Soll dagegen die Alterung durch Abwanderung von jüngeren Bevölkerungsgruppen gemessen werden, wird der Anteil der Personen im Rentenalter stärker berücksichtigt (vgl. Bähr 1997).

Typisch für OECD-Länder wie die Schweiz ist ein relativ hoher Anteil an Personen im Rentenalter und – aufgrund der niedrigen Geburtenrate – ein relativ geringer Anteil an Jugendlichen und Kindern. Die Anteile der drei biografischen Grossgruppen unterscheiden sich jedoch regional beträchtlich.

Der Altersindex ist ein Mass für regionale Unterschiede im Alterungsgrad der Gesellschaft. Der Alterungsgrad an einem Ort wird dabei einerseits am Anteil der Personen im Rentenalter und andererseits am Anteil der Jugendlichen und Kinder bemessen. Der Index ist hoch, wenn an einem Ort überdurchschnittlich viele Ältere und eine unterdurchschnittliche Anzahl Jüngere leben. Da mit dem Altersindex die demografischen Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft erfasst werden sollen, wird der Anteil der Personen im Rentenalter stärker gewichtet. Die Binnenmobilität relativiert die Bedeutung der Kinder und Jugendlichen für die Alterung eines Orts. Das zeigt sich am Beispiel der Kernstädte, die durchwegs einen tiefen Kinder- und Jugendli-chenanteil aufweisen, was aber mit einer hohen Zuwanderung junger Erwachsener zumindest teilweise kompensiert wird.

$$\text{Altersindex} = 3 \cdot \text{REN} - 1 \cdot \text{JUK}$$

REN = Personen im Rentenalter (über 65 Jahre)
JUK = Jugendliche und Kinder (unter 20 Jahren)

4 Empirischer Teil

4.1 Die sozialräumliche Dynamik der Schweiz

Im ersten Kapitel des empirischen Teils wird der erste Teil der Fragestellung im Bezug auf die sozialräumliche Dynamik als Folge von Urbanisierung und Metropolisierung behandelt. Zunächst rekonstruieren wir die sozialräumliche Struktur der gesamten Schweiz und vergleichen danach die Sozialraumstrukturen in den fünf Grossstadttagglomerationen. Nach dieser eher grossmassstäblichen Sichtweise wenden wir uns den kleinräumigeren Umschichtungsprozessen innerhalb der Agglomerationen zu. Zum Schluss betrachten wir die Prozesse der grossräumigen Quartierbildung von Stadtregionen am Beispiel des Metropolitanraums Zürich.

4.1.1 Soziokulturelle Urbanisierung

Die Verstädterung und Urbanisierung der Schweiz zeigen sich auf viele verschiedene Arten. Entsprechend breit ist deshalb auch ihre Konzeptualisierung. Die These von der Verstädterung der Schweiz und ihrer Entwicklung zu einem einzigen Stadtland (Eisinger/Schneider 2003), basiert auf der morphologischen Entwicklung zu einem zusammenhängenden Siedlungsgebiet. Die Vision einer polyzentrischen Netzstadt (Rumley et al. 2000) bezieht sich auf die Zunahme der funktionalen Verflechtung über Wirtschafts-, Pendler und Verkehrsbeziehungen zwischen den Zentren und den Metropolitanregionen. Die Erkenntnisse von Dümmler et al. (2004) wiederum verweisen auf eine Verstädterung der Wirtschaftskraft und eine Konzentration der wertschöpfungsintensiven ökonomischen Aktivitäten auf die grossen Metropolitanräume. In diesem Abschnitt wird die Verstädterung der Schweiz als soziales Phänomen, nämlich als Veränderung der Bevölkerungsstruktur konzeptualisiert. Mit Hilfe der vier «soziokulturellen Disparitätsindizes» nach (Hermann et al. 2005) wird gezeigt, dass sich alle Regionstypen der Schweiz, Kernstädte, Agglomerationsgürtel und ländlicher Raum auf einem Pfad der Urbanisierung befinden. Mit anderen Worten: die Bevölkerungsstruktur in den Agglomerationsgürteln und im ländlichen Raum entwickelt sich zeitlich verzögert so, wie es in den Kernstädten geschah.

4.1.1.1 Soziokulturelle Profile

Die soziokulturellen Indizes charakterisieren die Bevölkerungsstruktur nach vier inhaltlichen Dimensionen: sozialer Status, Individualisierungsgrad, Fremdsprachigkeit und Alterung (vgl. Kap. 3.6). Die vier Dimensionen lassen sich zu einem «sozio-

kulturellen Profil» zusammenfügen, in dem sich einerseits die Charakteristik der Bevölkerungsstruktur und andererseits ihre Veränderung auf einen Blick erkennen lassen. Abbildung 30 zeigt die soziokulturellen Profile der drei Siedlungstypen Kernstadt, Agglomerationsgürtel und ländlicher Raum für 1990 (oben) und 2000 (unten). Die feine unterbrochene Referenzlinie markiert in beiden Grafiken das Profil der Gesamtschweiz. Da die Indexwerte für die Gesamtschweiz im Jahr 2000 auf 50 normiert sind, verläuft der gesamtschweizerische Wert in der unteren Grafik entlang der 50-Punkte-Linie.

Die Kernstadt

Der Siedlungstyp Kernstadt ist durch hohe Werte auf den Disparitätsindizes gekennzeichnet, entsprechend weit rechts verläuft die kernstädtische Profillinie des Jahres 2000 unten in Abbildung 30. Über dem gesamtschweizerischen Mittel liegen die Werte der Individualisierung (59.8), der Fremdsprachigkeit (56.2) und der Alterung (56.5). Einzig in Bezug auf den Statusindex (49.9) liegt der Typ Kernstadt fast exakt beim schweizerischen Durchschnitt. Das charakteristische des kernstädtischen Bevölkerungsprofils zeigt sich demnach anhand einer überdurchschnittlichen Individualisierung und einem hohen Grad der Fremdsprachigkeit. In sozioökonomischer Hinsicht (d.h. in Bezug auf den sozialen Status) nimmt dieser Siedlungstyp keine profilierte Position ein. Als eigenständiges sozial-geografisches Milieu erscheint die Kernstadt also nur, wenn die klassischen sozioökonomischen Indikatoren zur Bemessung sozialer Unterschiede durch soziokulturelle Indikatoren ergänzt werden.

Der ländliche Raum

Das soziokulturelle Gegenbild zur Kernstadt ist der ländliche Raum. Die Werte der vier Indizes sind durchwegs tief: Bürgerlich-traditionelle Lebensformen dominieren (44.1), die Alterung der Bevölkerung ist unterdurchschnittlich (47.8) und auch die Fremdsprachigkeit (44.9) ist nur schwach ausgeprägt. Die dem Siedlungstyp Kernstadt entgegen gesetzten Indexwerte zeigen, dass bis heute in Bezug auf das Bevölkerungsprofil ein klarer Stadt-Land-Gegensatz besteht. Im Gegensatz zum Siedlungstyp Kernstadt weist der ländliche Raum aber auch in Bezug auf den sozialen Status eine klare Ausprägung auf. Mit einem Indexwert von 44.8 ist der soziale Status 5.2 Punkte unter dem Landesdurchschnitt. Typisch für den ländlichen Raum ist dabei vor allem das Fehlen einer breiten Oberschicht (vgl. Hermann et al. 2005: 31). Der soziale Status ist allgemein eher tief, so dass die sozialen Kontraste weniger scharf ausgeprägt sind als im urbanen Raum.

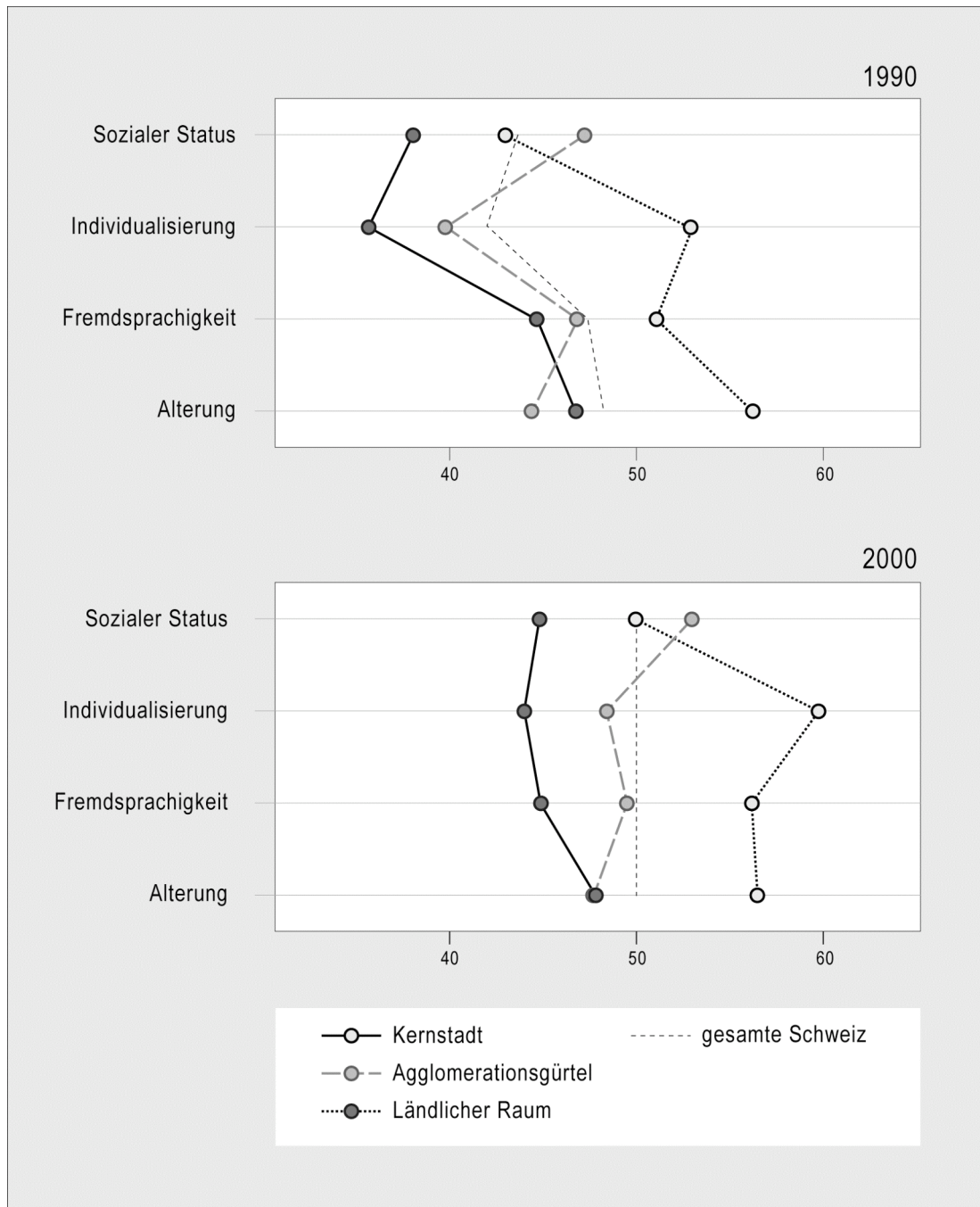


Abbildung 30: Soziokulturelle Profile der Siedlungstypen 1990/2000 (Quelle: Hermann et al. 2005)

Der Agglomerationsgürtel

Der Agglomerationsgürtel nimmt eine mittlere Position zwischen Stadt und Land ein. Seine Profillinie liegt am nächsten beim gesamtschweizerischen Mittelwert von 50. Eine detaillierte Betrachtung bringt jedoch die Eigenheiten dieses Siedlungstyps zum Ausdruck. Von der Kernstadt unterscheidet sich der Agglomerationsgürtel in Bezug auf die Lebensformen. Der Individualisierungsgrad liegt mit 48.4 Punkten unter dem

gesamtschweizerischen Mittel und 11.4 Punkte unter dem Wert der Kernstadt. Auch in Bezug auf die Fremdsprachigkeit (49.5) und die Alterung (47.7) gleicht der Agglomerationsgürtel stärker dem ländlichen Raum als dem Siedlungstyp Kernstadt. Vom ländlichen Raum unterscheidet sich der Agglomerationsgürtel besonders in Bezug auf den sozialen Status, den er mit 52.9 Punkten um 7.9 Punkte übertrifft.

Während sich die Kernstadt vor allem in soziokultureller Hinsicht vom ländlichen Raum unterscheidet, hebt sich der Agglomerationsgürtel in erster Linie in sozioökonomischer Hinsicht vom ländlichen Hinterland ab. In diesem Unterschied spiegeln sich zwei verschiedene Aspekte von Urbanität. Während sich die Urbanität in der Kernstadt vor allem in Form von individualisierten Lebensformen und kultureller Pluralität manifestiert, ist für das Profil des Agglomerationsgürtels vor allem der ökonomische Aspekt der Urbanität bedeutsam. Aufgrund der Konzentration von Kader- und Stabsfunktionen in den Zentren sind statushohe Berufe und höhere Einkommen ein typisches Merkmal der ökonomischen Urbanität. Der Agglomerationsgürtel hat damit eine Zwitterstellung zwischen Stadt und Land inne. In Bezug auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Wirtschaftskraft ist die Agglomerationsbevölkerung urbanisiert, in Bezug auf die dominierenden Lebensformen ist für die Mehrheit der Agglomerationsbewohner und -bewohnerinnen nach wie vor das bürgerlich-traditionelle Lebensideal leitend.

4.1.1.2 Urbanisierung als gesamtgesellschaftlicher Prozess

Der Vergleich der aktuellen soziokulturellen Profile (Abb. 30, unten) mit den Profillinien des Jahres 1990 (Abb. 30, oben) zeigt einen allgemeinen Prozess der soziokulturellen Urbanisierung. Die Profillinien der drei Siedlungstypen bewegen sich nach rechts und damit auf dem Stadt-Land-Gradienten in Richtung Stadt. Die relativen Unterschiede, die in der Grafik als Distanzen zwischen den Punkten auf der Horizontalen ausgerückt werden, haben sich zwischen den Siedlungstypen kaum verändert. Das bedeutet, der soziokulturelle Stadt-Land-Gegensatz hat trotz der gesamtgesellschaftlichen Urbanisierung nicht abgenommen. Die soziokulturelle Urbanisierung ist kein abgeschlossener Prozess, sondern tangiert auch den kernstädtischen Raum und verändert dessen Bevölkerungsstruktur weiter. Oder mit anderen Worten ausgedrückt: Auch die Städte werden städtischer.

Die Vorstellung einer Nivellierung des Stadt-Land-Gegensatzes aufgrund der Urbanisierung des ländlichen Raums beruht auf einer zu starren Vorstellung von Urbanität. Das zunehmende Verschwinden der in sich geschlossenen und ländlich-bäuerlichen Lebenswelt bedeutet nicht, dass sich der ländliche Raum in soziokultureller Hinsicht

der Kernstadt angleicht, denn auch diese verändert laufend ihr soziokulturelles Bevölkerungsprofil.

Vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Urbanisierungsprozesses sollte die Vorstellung eines dichotomen Stadt-Land-Gegensatzes mit zwei in sich geschlossenen Lebenswelten durch ein dynamischeres Bild abgelöst werden. Es ist dies das Bild eines regional abgestuften Grades der Urbanisierung.

4.1.1.3 Annäherung der Sprachregionen

Die soziokulturelle Urbanisierung betrifft die ganze Schweiz und macht vor den Sprachgrenzen nicht halt. Die in Abbildung 31 dargestellten Profillinien der drei grösseren Sprachregionen bewegen sich zwischen 1990 und 2000 ebenso nach rechts wie jene der gesamten Schweiz. Im Gegensatz zu den Profilen der drei Siedlungstypen sind die Profile der Sprachregionen eher schwach ausgeprägt. Insbesondere die Linien der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz bewegen sich nahe an der 50-Punkte-Linie, beziehungsweise am gesamtschweizerischen Mittel. Daran zeigt sich, dass die kulturellen Unterschiede nur eine sekundäre Bedeutung für die soziokulturelle Urbanisierung haben. Einzig die Profillinie des italienischen Sprachraums weicht klar vom Mittelwert ab. Dieser weist einige Eigenheiten auf, so zum Beispiel einen hohen Alterswert. Die Abweichungen kommen jedoch in erster Linie aufgrund der unterschiedlichen Siedlungsstruktur zu Stande, denn im Gegensatz zu den beiden grösseren Sprachregionen gibt es in der italienischen Schweiz keine eigene Grossstadt.

Der Vergleich der drei Profillinien zwischen 1990 und 2000 zeigt, dass die Unterschiede zwischen den Sprachregionen eher geringer geworden sind. Insbesondere zwischen der französischen Schweiz und der Deutschschweiz sind relative Verschiebungen in Richtung einer Konvergenz zu verzeichnen. So hat beim sozialen Status die Suisse Romande (+7.7 Punkte) zur Deutschschweiz (+6.0 Punkte) aufgeschlossen. Beim Grad der Individualisierung der Lebensformen verzeichneten dagegen die Deutschschweiz (+8.6) und die italienische Schweiz (+9.4) einen markant höheren Anstieg als die französische Schweiz (+5.6), so dass sich der relative Abstand zur Suisse Romande zwischen 1990 und 2000 auf rund die Hälfte (3.6 Punkte bzw. 4.0 Punkte) reduzierte.

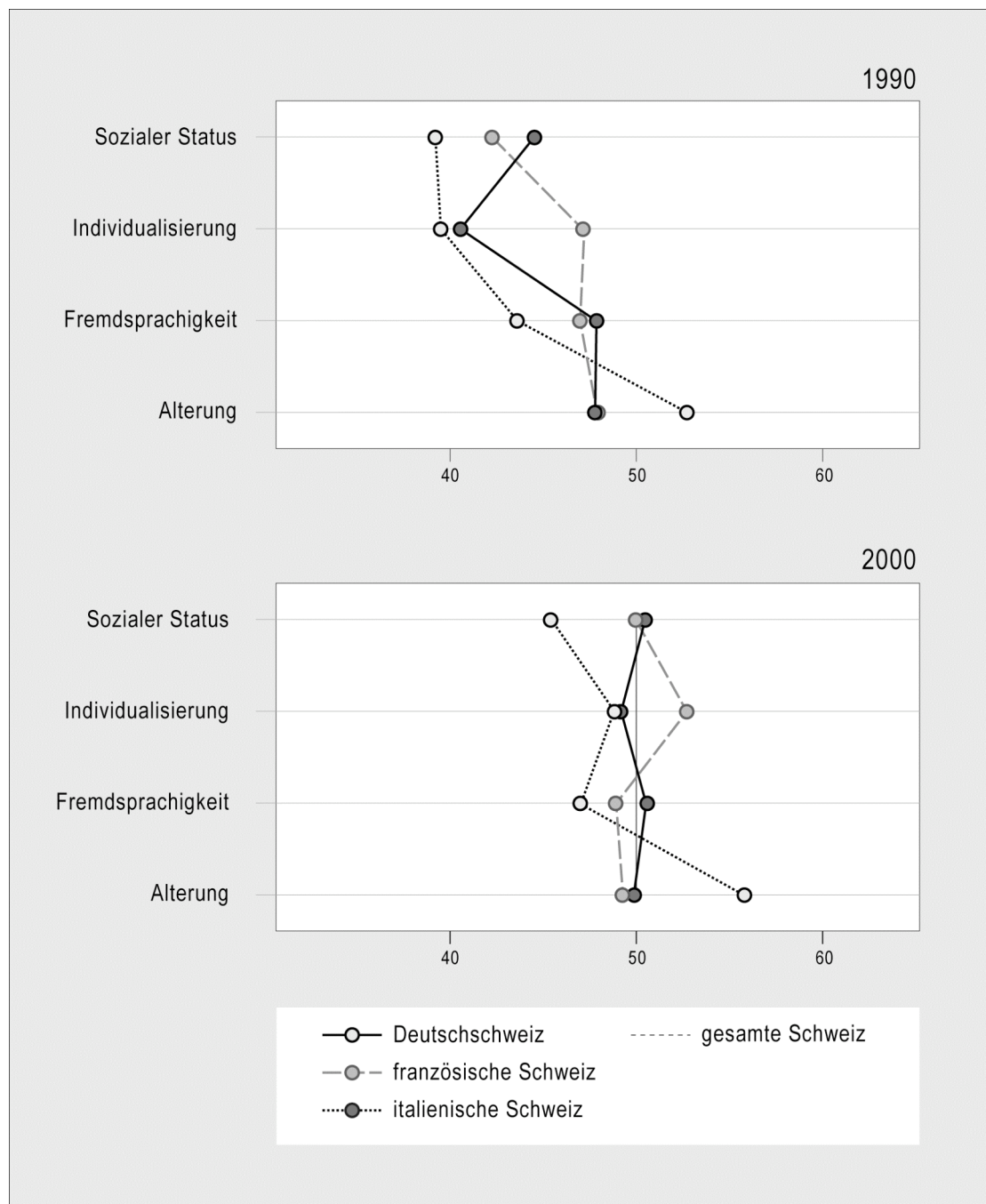


Abbildung 31: Soziokulturelle Profile der drei grossen Sprachregionen 1990 und 2000
(Quelle: Hermann et al. 2005)

4.1.1.4 Das S-I-Diagramm

Die beiden Dimensionen «sozialer Status» und «Lebensform» sind die Hauptdimensionen der sozialräumlichen Differenzierung (vgl. auch Kapitel 2.2.2). Sie bilden zusammen einen zweidimensionalen Raum, in dem die wichtigsten Gegensätze der Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Es handelt sich dabei um eine Repräsentation des «sozialen Raums» nach Pierre Bourdieu (1994 [1979]) und seiner Adaption von

Michael Vester et al. (2001). Auf der Statusdimension bildet sich die soziale Schichtung nach Kapitalvolumen (Einkommen und Bildung) ab. Die horizontale Achse gemäss Bourdieu und Vester beruht auf Unterschieden in den Wertvorstellungen, den Lebensstilen und dem beruflichen Milieu. Es handelt sich dabei um den Gegensatz zwischen einer bürgerlich-traditionellen und einer individualisiert-spätmodernen Grundorientierung (Vgl. Kap. 2.1.3.4). Wesentliche Aspekte dieses Gegensatzes werden durch den Individualisierungsindex abgebildet.

Die Repräsentation des sozialen Raums, die sich aus der orthogonalen Gegenüberstellung des Statusindex und des Individualisierungsindex ergibt, bezeichnen wir als Status-Individualisierungs-Diagramm, kurz S-I-Diagramm. Anders als in den Modellen des sozialen Raumes von Bourdieu und Vester werden im S-I-Diagramm nicht einzelne Individuen oder soziale Aggregate (Berufsgruppen, Milieus, Bildungsklassen o.ä.) abgebildet, sondern räumliche Aggregate im Sinne von sozialen Habitaten (Gemeinden, Gemeindegruppen oder Stadtquartiere). Das Status-Individualisierungs-Diagramm ist damit nicht eine direkte Repräsentation des sozialen Raumes, sondern eines daraus abgeleiteten Modells eines «sozialgeografischen Raumes» (vgl. auch Heye/Leuthold 2005).

4.1.1.5 Die innere Differenzierung der Siedlungstypen

Die Gemeinden des ländlichen Raumes sind eng gruppiert im S-I-Diagramm und konzentrieren sich im unteren linken Bereich des Diagramms. Das heisst, die Statuswerte sind tief, und es dominieren bürgerlich-traditionelle Lebensformen. Nur gerade 17 Prozent aller 927 Gemeinden im ländlichen Raum haben einen Statuswert, der das gesamtschweizerische Mittel übersteigt und nur vereinzelte (17) haben einen Wert über 58.⁸⁴ Bei diesen Ausreissern handelt es sich vor allem um Gemeinden an den Rändern der Agglomerationen. In der Horizontalen ist die Konzentration von tiefen Werten noch ausgeprägter. Knapp 10 Prozent der ländlichen Gemeinden haben einen Individualisierungsindex von über 50 und nur vier Gemeinden liegen über dem Wert von 58. Bei den Ausreissern handelt es sich vorwiegend um Tourismusorte im Alpenraum oder um Kleinstädte und Regionalzentren. Die geringe Streuung der Gemeinden im ländlichen Raum in beiden Dimensionen zeigt, dass die soziokulturelle Differenzierung innerhalb des ländlichen Raumes nur schwach ausgeprägt ist.

Im Gegensatz zum eher homogenen ländlichen Raum ist die innere Differenzierung des Siedlungstyps Kernstadt sehr ausgeprägt. Es gibt eine Streuung der Raumeinheiten sowohl in horizontaler (Lebensform) als auch in vertikaler Richtung (Status). Die

⁸⁴ Ein Wert von 58 bedeutet 1 Standardabweichung über dem gesamtschweizerischen Wert.

kernstädtischen Gemeinden und Quartiere konzentrieren sich jedoch mehrheitlich in der rechten Hälfte des sozialen Raums. Über 80 Prozent aller kernstädtischen Raumeinheiten haben eine Individualisierungsindex von mehr als 50, die Hälfte hat einen Wert von über 58 Punkten und knapp 20 Prozent haben sogar einen Wert höher als 70 Punkte. Bei den kernstädtischen Gebieten mit unterdurchschnittlichen oder tiefen Individualisierungswerten handelt es sich um ländlich bzw. suburban strukturierte Quartiere von grossen und mittelgrossen Städten oder Kern-Gemeinden von kleinen Agglomerationen. In der Vertikalen verteilen sich die kernstädtischen Raumeinheiten über die gesamte Variationsbreite. Rund 10 Prozent haben niedrige und knapp 18 Prozent haben hohe Statuswerte. Damit folgt die Häufigkeitsverteilung der kernstädtischen Gebiete auf der Statusdimension mehr oder weniger der Verteilung aller Raumeinheiten (vgl. Tab. 4).

Statusindex

Klassen	Ländlicher Raum		Agglomerationsgürtel		Kernstadt		Total	
	Absolut	Relativ	Absolut	Relativ	Absolut	Relativ	Absolut	Relativ
Hohe Werte (über 58)	18	1.9 %	200	25.8 %	49	17.9 %	267	13.5 %
Werte im oberen Mittel (50 – 58)	140	15.1 %	271	34.9 %	79	28.8 %	490	24.8 %
Werte im unteren Mittel (42 – 50)	480	51.8 %	287	37.0 %	118	43.1 %	885	44.8 %
Niedrige Werte (unter 42)	289	31.2 %	18	2.3 %	28	10.2 %	335	16.9 %
Total	927	100.0 %	776	100.0 %	274	100.0 %	1977	100.0 %

Individualisierungsindex

Individualisierungs-Index	Ländlicher Raum		Agglomerationsgürtel		Kernstadt		Total	
	Absolut	Relativ	Absolut	Relativ	Absolut	Relativ	Absolut	Relativ
Hohe Werte (über 58)	4	0.4 %	9	1.2 %	144	52.6 %	157	7.9 %
Werte im oberen Mittel (50 – 58)	91	9.8 %	181	23.3 %	86	31.4 %	358	18.1 %
Werte im unteren Mittel (42 – 50)	493	53.2 %	472	60.8 %	37	13.5 %	1002	50.7 %
Niedrige Werte (unter 42)	339	36.6 %	114	14.7 %	7	2.6 %	460	23.3 %
Total	927	100.0 %	776	100.0 %	274	100.0 %	1977	100.0 %

Gesamtschweizerischer Wert = 50

Standardabweichung = 8

Tabelle 4: Absolute und relative Anteile der Gemeinden, Gemeindegruppen und Stadtquartieren in Klassen von Statusindex und Individualisierungsindex nach Siedlungstypen 2000

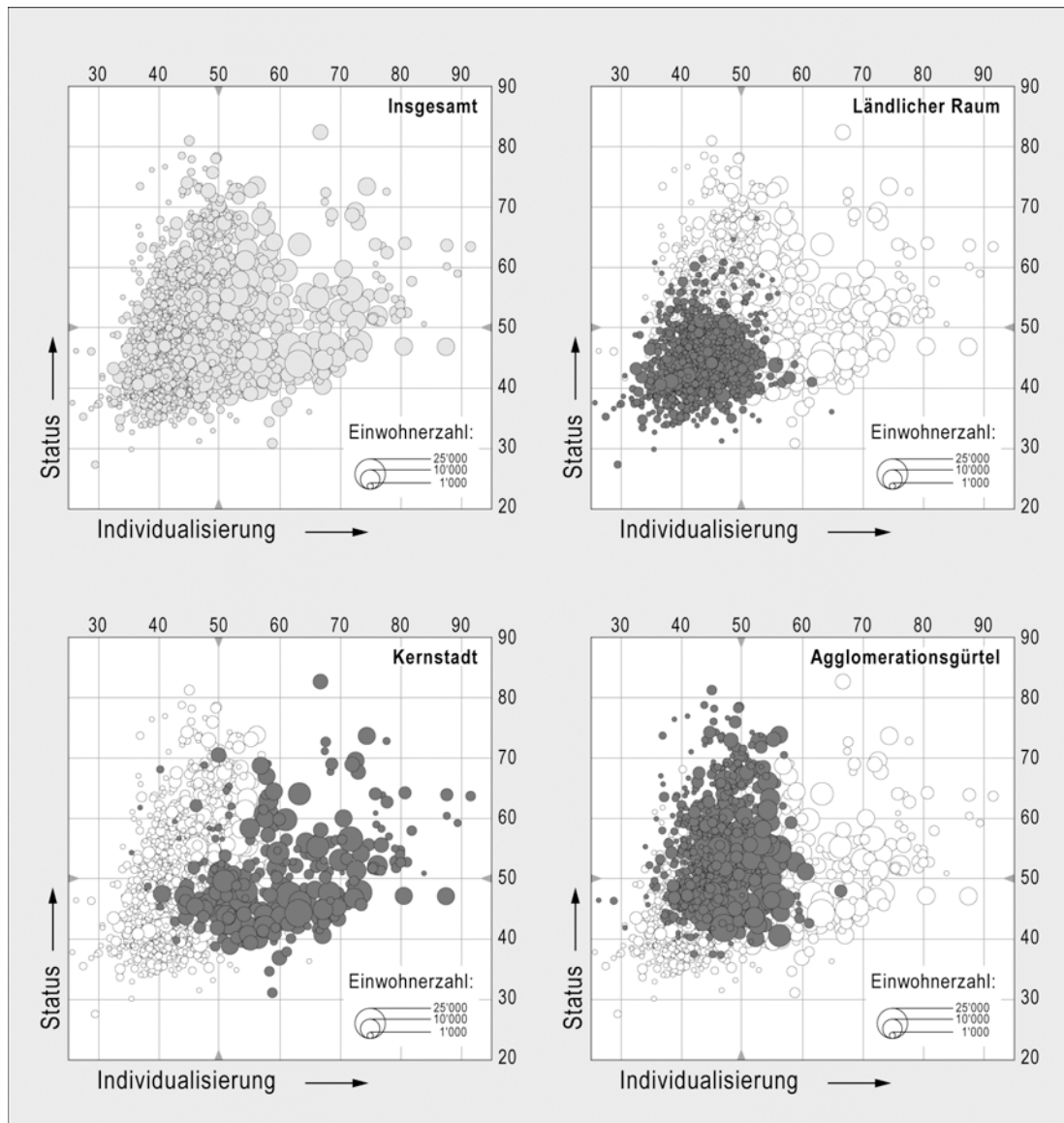


Abbildung 32: Verteilung der 1977 Gemeinden, Gemeindegruppen und Stadtquartiere im Status-Individualisierungs-Diagramm 2000

An der ausgeprägten internen Differenzierung des Siedlungstyps Kernstadt zeigt sich die starke soziale Segregation der Kernstädte. Die grosse Streuung in der vertikalen Dimension weist auf die Segregation aufgrund unterschiedlicher Ressourcen und Restriktionen (Kapitalvolumen) hin. Die starke horizontale Differenzierung des Siedlungstyps Kernstadt weist auf eine Vielfalt sozialgeografischer Milieus und Habitate innerhalb der Kernstädte hin. Es kommt dabei zum Ausdruck, dass in den Kernstädten zusätzlich zur Segregation nach sozialem Status auch die Segregation nach unterschiedlichen Lebensformen und Lebensstilen strukturierend wirkt.

Der Agglomerationsgürtel nimmt auf der horizontalen Achse eine mittlere Position zwischen Kernstadt und Land ein. Zwischen den Gemeinden des Agglomerationsgürtels

tels gibt es nur relativ geringe Unterschiede bezüglich des Individualisierungsgrades. Rund 24 Prozent der 776 Gemeinden haben beim Individualisierungsindex einen Wert über 50 Punkte, aber nur 9 liegen über 58 Punkten. Der grösste Teil (60.8%) liegt im unteren Mittel. Im Gegensatz zur schwachen horizontalen Differenzierung gibt es eine recht ausgeprägte vertikale Differenzierung der Agglomerationsgürtel auf der Statusdimension. Über 25 Prozent der Agglomerationsgemeinden haben hohe Statuswerte über 58 Punkte, knapp 40 Prozent liegen unter dem gesamtschweizerischen Mittel.

Die innere Gliederung der Agglomerationsgürtel zeigt erneut die Ambivalenz des Siedlungstyps auf. Analog zu den Kernstädten gibt es eine starke vertikale Differenzierung in den Agglomerationen. Anders als in den Kernstädten, aber ähnlich zum ländlichen Raum dominieren im Agglomerationsgürtel die bürgerlich-traditionellen Lebensformen und die damit verbundenen Wohnideale und Ansprüche an den Wohnstandort. Dies lässt Rückschlüsse auf die treibenden Kräfte der Segregation innerhalb der Agglomerationen zu. Während für die Segregation innerhalb der Kernstädte die vertikale *und* die horizontale Differenzierung der Gesellschaft ausschlaggebend ist, ist für die Segregation zwischen Kernstadt und Agglomerationsgürtel vor allem die horizontale Differenzierung nach Lebensstilen wirksam. Die Agglomerationsgürtel entmischen sich dagegen vor allem aufgrund von vertikalen Ungleichheiten nach sozialem Status.

4.1.2 Sozialräumliche Struktur der Grossstadtagglomerationen

Ein zentraler Aspekt der Urbanisierung der Schweiz ist die Konzentration der wertschöpfungsintensiven ökonomischen Aktivitäten auf die grossen Ballungsräume. Die Auswirkung der ökonomischen Konzentration auf die Bevölkerungsstruktur zeigt sich in einer Konzentration von statushohen und akademischen Berufen sowie der höheren Einkommen in den grossen Agglomerationsräumen. Wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt wurde, sind die Agglomerationen sowohl in der vertikalen als auch in der horizontalen Dimension stark ausdifferenziert. In diesem Abschnitt wird nun die sozialräumliche Struktur der fünf grossen Schweizer Agglomerationen verglichen. Dabei stellen sich zwei zentrale Fragen: Erstens, ob es deutlich erkennbare Muster der sozialräumlichen Differenzierung gibt, die allen Agglomerationen gemeinsam ist und zweitens, ob es klare Muster gibt, die sich auf den ökonomischen oder den sprachkulturellen Kontext zurückführen lassen.

Abbildung 33 zeigt die Entwicklung des Statusindex nach Hermann et al. (2005) zwischen 1990 und 2000 in den drei Siedlungstypen Kernstadt, Agglomerationsgürtel und ländlicher Raum, den fünf grossen Schweizer Agglomerationen und den Gross-

regionen gemäss (Schuler et al. 1999). Im Vergleich der Grossregionen zeigen sich die grossräumigen Disparitäten innerhalb des Landes und die Effekte der wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse. Die drei Grossregionen mit den Agglomerationen von internationaler Bedeutung, Nordwestschweiz, Zürich und Région lémanique, weisen höhere Statuswerte auf als die übrigen Regionen der Schweiz. Sie haben zwischen 1990 und 2000 auch einen durchschnittlichen bis überdurchschnittlichen Statusanstieg zu verzeichnen. Damit bauen sie ihren Vorsprung gegenüber den Regionen ohne starke Zentren (Ostschweiz, Espace Mittelland und Ticino) aus. Bemerkenswert ist der Statusanstieg der Zentralschweiz. Ausschlaggebend dafür sind die Agglomerationen von Luzern und Zug und die Region am oberen Zürichsee, während die peripheren Teile der Zentralschweiz wie die Kantone Uri, Obwalden oder das Luzerner Hinterland nach wie vor zu den statusniedrigsten Regionen der Schweiz zählen (vgl. Hermann et al. 2005: 25–28).

Die fünf grossen Agglomerationen weisen überdurchschnittliche Statuswerte und einen überdurchschnittlichen Anstieg des Statusindex auf. Am grössten ist der Anstieg in den beiden welschen Agglomerationen am Genfersee, Lausanne und Genf. Diese starke Aufwertung widerspiegelt das wirtschaftliche Aufholen der Genferseeregion in den 1990er Jahren (vgl. ebd.). Die Agglomeration der Bundeshauptstadt Bern ist die grosse Ausnahme. Der unterdurchschnittlichen Statusanstieg (+4.1) betrifft jedoch nicht nur die Agglomeration Bern, sondern ist symptomatisch für die Strukturschwäche des gesamten Grossraums des Espace Mittelland (47.4/+5.8), der zwischen den beiden international ausgerichteten Metropolitanregionen Zürich und Genf liegt.

Wie bereits oben ausgeführt wurde, folgt die regionale Differenzierung nach Lebensformen primär einem Gegensatz zwischen den hochgradig individualisierten kernstädtischen Milieus und den bürgerlich-traditionell strukturierten suburbanen Milieus. Sekundär folg sie einem Zentrum-Peripherie-Gradienten. Diesem Muster entsprechen auch die Individualisierungswerte der Grossregionen und Agglomerationen. In den stärker urbanisierten Grossregionen nimmt der Individualisierungsindex überdurchschnittliche Werte an und in den ländlicheren unterdurchschnittliche.

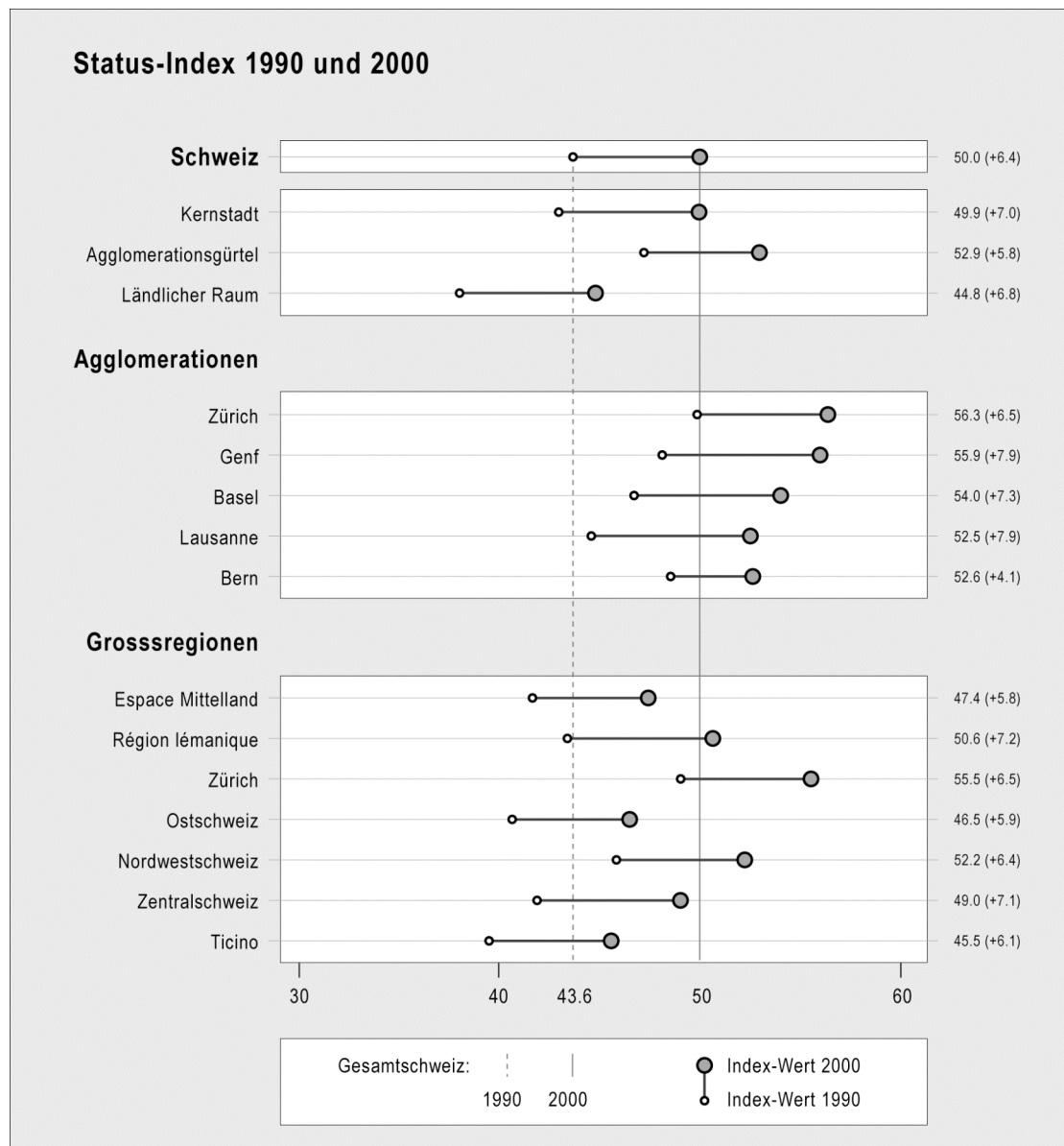


Abbildung 33: Veränderung des Statusindex zwischen 1990 und 2000 nach Raumgliederungen

Im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 hat in der gesamten Schweiz eine starke Modernisierung und Individualisierung der Lebensformen stattgefunden (+7.9). Die urbanen Lebensformen diffundieren in die Agglomerationsgürtel, wo der Individualisierungsindex am stärksten ansteigt. Weiter zeigt sich eine Angleichung der Deutschschweiz an die Suisse Romande, wo die Individualisierung bereits 1990 weiter fortgeschritten war, aufgrund der höheren Anteile erwerbstätiger Mütter (vgl. Hermann et al 2005: 31f.; Bühler 2000). Auffällig ist der starke Anstieg in der Agglomeration Bern, die 1990 noch den geringsten Individualisierungsgrad aller Grossstadttagglomerationen aufwies und im Jahr 2000 hinter Genf den zweithöchsten.

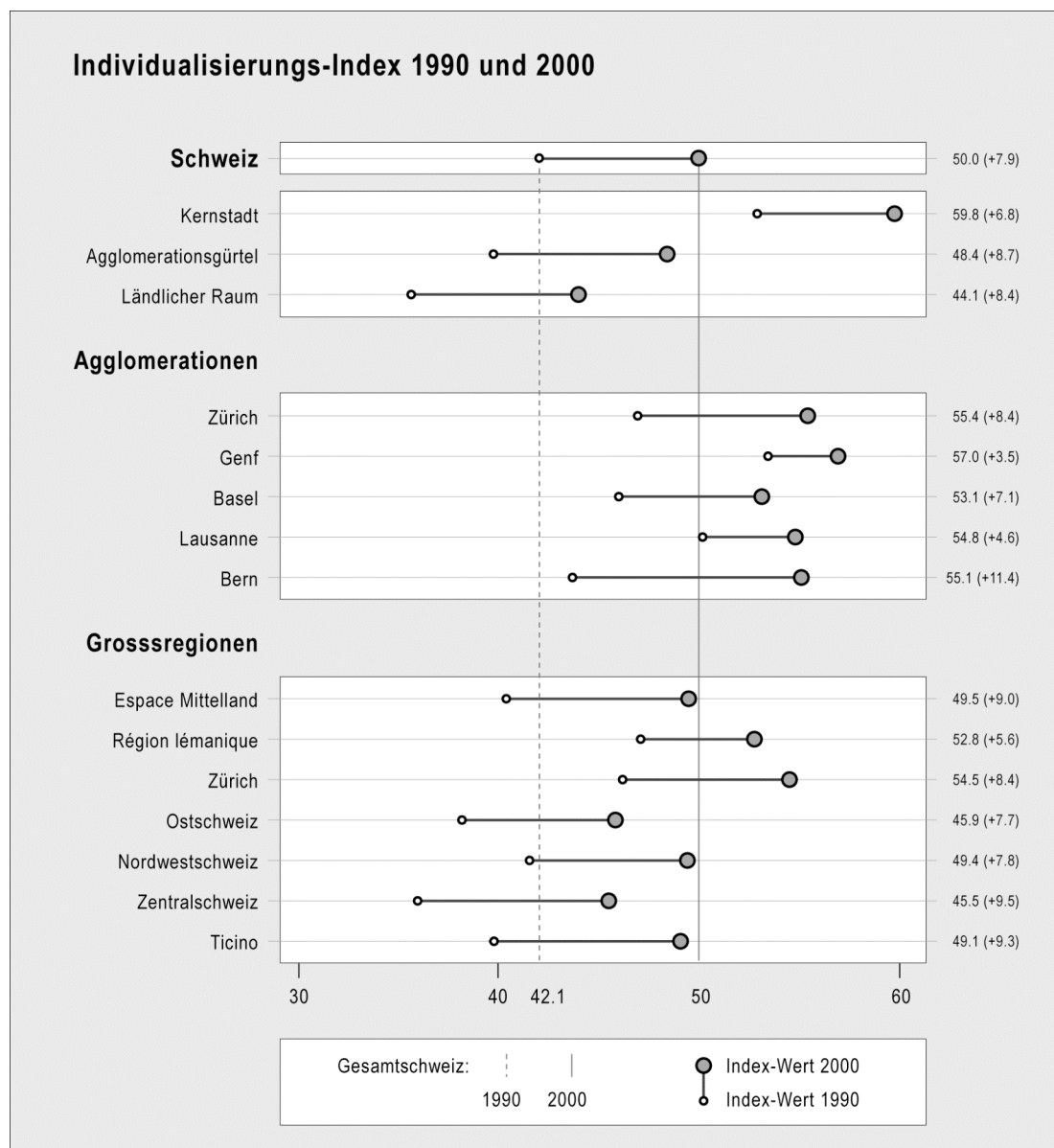


Abbildung 34: Veränderung des Individualisierungsindex zwischen 1990 und 2000 nach Raumgliederungen

4.1.2.1 Heterogenität und Polarisierung

In der grossräumigen Perspektive bildet sich die sozialräumliche Differenzierung vor allem als Unterschied zwischen den ökonomisch starken Ballungszentren und den eher strukturschwachen peripheren Regionen. Innerhalb einer Agglomeration, die einen Funktional- und Interaktionsraum bildet, ist die sozialräumliche Differenzierung dagegen ein Spiegel der vertikalen und horizontalen Differenzierung der Gesellschaft. Im Vergleich zwischen den Agglomerationen zeigen sich einerseits Unterschiede ihrer Sozialraumstrukturen, die mit der Grösse und Bedeutung zusammen-

hängen. Andererseits zeigen sich kulturell bedingte Unterschiede zwischen den deutschsprachigen und den frankophonen Agglomerationen.

Die Sozialraumstruktur einer Agglomeration kann auf zwei verschiedene Arten beschrieben werden: einerseits aufgrund ihrer Heterogenität und andererseits als Grad der Polarisierung.

1. Die *Heterogenität der Sozialraumstruktur* einer Agglomeration zeigt sich in der Variationsbreite auf den beiden Differenzierungsachsen. Je grösser die Variationsbreite, umso vielfältiger sind die sozialräumlichen Milieus. Diese Vielfalt hängt einerseits von der Differenzierung an Wohnstandorten und andererseits von der Heterogenität der Sozialstruktur ab. Ferner hat die Grösse der Agglomeration einen Einfluss auf die Vielfalt sozialräumlicher Milieus.

2. Die *Polarisierung der Sozialraumstruktur* zeigt sich in der Verteilung der Wohnbevölkerung auf die verschiedenen sozialräumlichen Milieus. Eine geringe Polarisierung bedeutet, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Gemeinden oder Quartieren wohnt, deren Indexwerte nahe am Mittelwert der Gesamttagglomeration liegen und nur ein geringer Anteil in den Raumeinheiten mit Extremwerten. Eine hohe Polarisierung bedeutet, dass sich die Bevölkerung in Gemeinden oder Quartieren mit hohen bzw. tiefen Indexwerten konzentriert und weniger in den Gemeinden mit Indexwerten um den im mittleren Bereich. Am besten lässt sich die sozialräumliche Polarisierung der Agglomerationen anhand der Grafiken in Abbildung 35 vergleichen. Die Histogramme zeigen die Bevölkerungsverteilung auf den beiden Differenzierungsachsen. Die dunkel eingefärbten Teile der Säulen geben die Verteilung der Bevölkerung der Kernstädte wieder. Hierzu wurden die Indexwerte der Gemeinden und Stadtquartiere in Klassen gleicher Intervalle (4 Indexpunkte = 0.5 Standardabweichungen) eingeteilt und für jede Klasse die Einwohnerzahl summiert. Damit die Histogramme direkt vergleichbar sind, wurden sie normiert (Summe aller Säulen = 100% der Agglomerationsbevölkerung).

4.1.2.2 Vertikale Differenzierung

In Tabelle 5 sind Mittelwert, Variationsbreite und die Standardabweichung der fünf grossen Agglomerationen auf dem Statusindex angegeben. Erwartungsgemäss haben die beiden international bedeutenden Finanzplätze Zürich und Genf die höchsten Mittelwerte auf dem Statusindex, gefolgt von der Agglomeration Basel und den beiden kleineren Agglomerationen von eher nationaler Bedeutung: Bern und Lausanne.

Agglomeration	Mittelwert **	Variationsbreite	Standard- abweichung**
Zürich	56.4	41.2	8.2
Basel*	54.0	35.6	7.5
Bern	52.6	31.6	6.6
Genf*	56.6	38.3	9.5
Lausanne	52.4	36.4	8.6

* nur schweizerische Gebiete

** gewichtet nach Einwohnerzahl der Gemeinden und Stadtquartiere

Tabelle 5: Mittelwerte und Heterogenitätsmasse der Grossstadtagglomerationen des Statusindex 2000

Bezüglich der sozialräumlichen Heterogenität zeigt sich ein Zusammenhang zwischen dem Ausmass der vertikalen Differenzierung und der Grösse und der wirtschaftlichen Bedeutung, der jedoch vom Einfluss des sprachkulturellen Kontextes überlagert wird. Zürich, als mit Abstand grösste Agglomeration, weist in der vertikalen die grösste Variationsbreite auf, während Bern in der Vertikale am wenigsten ausdifferenziert ist. Bemerkenswerterweise ist in der Vertikalen nicht nur Genf, sondern auch Lausanne ausgeprägter strukturiert als Basel und Bern. Diese stärkere Segregation nach sozialem Status in den Metropolen der Romandie zeigt sich auch in der grösseren Standardabweichung.

Vergleicht man die Histogramme der grossen Agglomerationen auf dem Statusindex (rechte Spalte von Abbildung 35), so zeigen sich in beiden frankophonen Agglomerationen eine eher flache, bimodale Bevölkerungsverteilungen mit einem Maximum bei 50 Indexpunkten und einem zweiten Maximum bei 66 Indexpunkten. Diese Verteilungen weisen auf eine sozialräumliche Polarisierung von Ober- und Unterschicht hin. Die Histogramme von Zürich und Bern bieten ein konträres Bild zu den welschen Agglomerationen. Über 30 Prozent der Einwohner leben in einer Mittelschichtsgemeinde und nur kleine Anteile in den Ober- bzw. Unterschichtsräumen.

Die Bevölkerungsverteilung der Kernstädte ist in allen fünf Agglomerationen relativ breit. Dabei ist in allen fünf Grosstädten zumindest ansatzweise eine sozialräumliche Polarisierung von Oberschichts- und Unterschichtsquartieren festzustellen. Am geringsten ist diese Polarisierung in der Stadt Zürich und am stärksten ausgeprägt ist sie in Basel, wo von einer eigentlichen Zweiteilung der Stadt gesprochen werden kann.

In den Deutschschweizer Grosstädten reicht die Streuung der Kernstadtquartiere über die gesamte Variationsbreite, sowohl die statusniedrigsten als auch die statushöchsten Raumeinheiten liegen in der Kernstadt. In den welschen Grosstädten befinden sich die statushöchsten Raumeinheiten dagegen im Agglomerationsgürtel

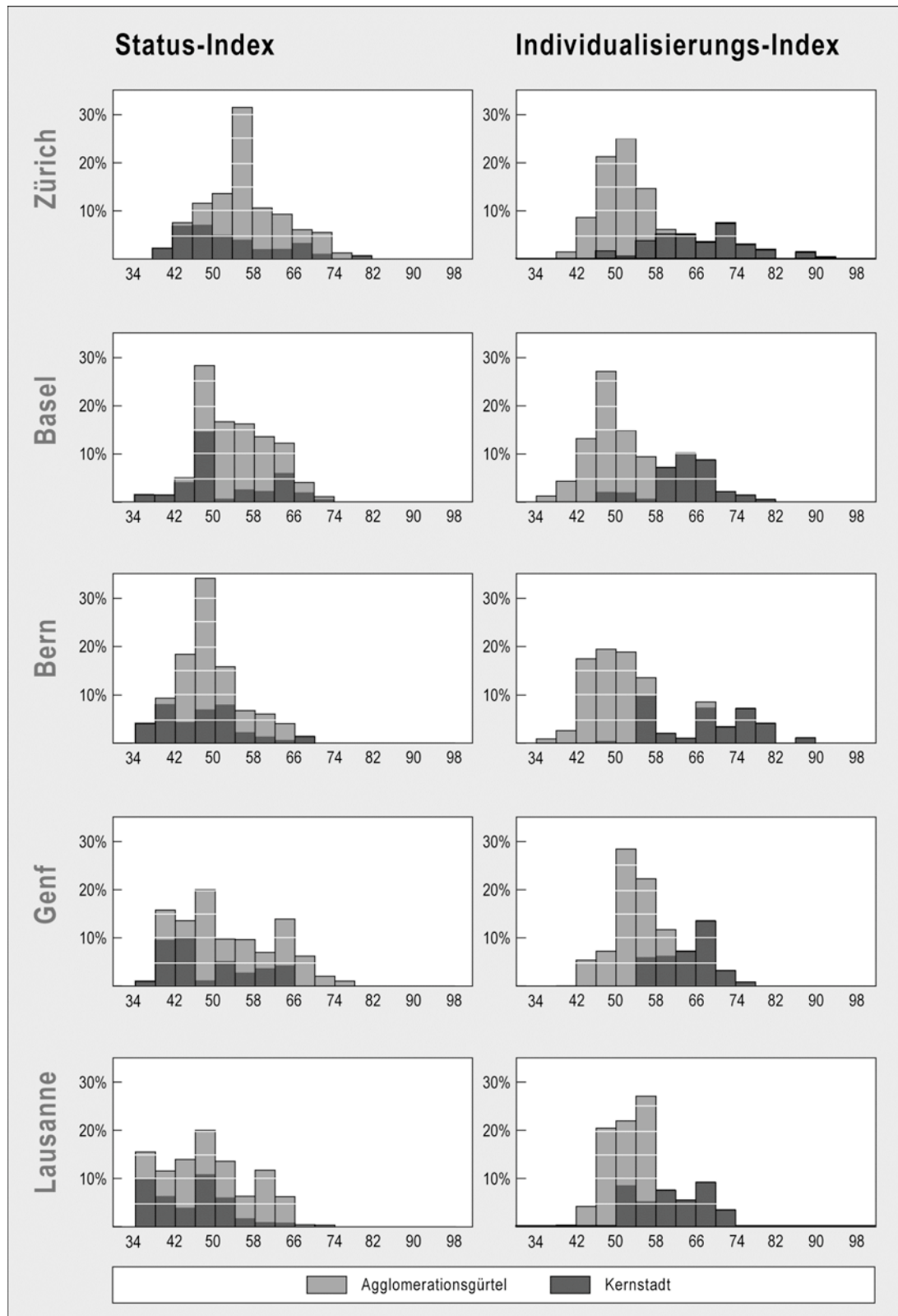


Abbildung 35: Bevölkerungverteilung auf dem Status- und dem Individualisierungsindex in den fünf Schweizer Grossstadtagglomerationen 2000

4.1.2.3 Horizontale Differenzierung

Beim Individualisierungsindex ist der Einfluss des sprachkulturellen Kontextes auf die Sozialraumstruktur ebenso sichtbar wie beim Statusindex (vgl. Tabelle 6). Wenn gleich die Mittelwerte des Individualisierungsindex aller fünf Agglomerationen recht nahe beieinander liegen, weichen die Variationsbreiten sehr stark ab. Als grosse Trennlinie wirkt hier die Sprachgrenze. Mit Variationsbreiten von 53.9 (Zürich), 50.6 (Bern) und 43.6 Punkten (Basel) sind die drei deutschsprachigen Agglomerationen in der Horizontalen bedeutend stärker ausdifferenziert als die französischsprachigen.

Agglomeration	Mittelwert*	Variationsbreite	Standard-abweichung**
Zürich	55.8	53.9	10.1
Basel*	53.5	43.6	8.8
Bern	55.7	50.6	11.5
Genf*	57.1	36.3	7.2
Lausanne	55.2	31.4	7.1

* nur schweizerische Gebiete

** gewichtet nach Einwohnerzahl der Gemeinden und Stadtquartiere

Tabelle 6: Mittelwerte und Heterogenitätsmasse der Grossstadttagglomerationen des Individualisierungsindex 2000

Wie die Histogramme in der rechten Spalte von Abbildung 35 zeigen, ist allen Agglomerationen eine bimodale Verteilung der Einwohnerschaft auf dem Individualisierungsindex gemeinsam. Diese Polarisierung zeigt den Graben zwischen dem stark individualisierten kernstädtischen Milieu und dem eher bürgerlich-traditionellen Milieu in den Agglomerationsgürteln an. Besonders ausgeprägt ist die horizontale Polarisierung in den Agglomerationen von Bern und Zürich, etwas geringer in Basel und eher gering in den Agglomerationen von Lausanne und Genf.

Im Vergleich der sozialräumlichen Strukturierung der fünf Schweizer Grossstadt-agglomerationen zeigen sich sowohl Einflüsse des sozioökonomischen als auch des sprachkulturellen Kontextes. Insgesamt dominieren jedoch die Einflüsse des kulturellen Kontextes auf die sozialräumliche Strukturierung. Offensichtlich ist die räumliche Separation der Ober- von der Unterschicht in der Suisse Romande stärker als in der Deutschschweiz. Gerade umgekehrt verhält es sich mit der Segregation nach Lebensformen und Lebensstilen. Der Graben zwischen den von bürgerlich-traditionellen Lebensformen geprägten suburbanen Milieus und den individualisierten kernstädtischen Milieus ist in den drei Deutschschweizer Agglomerationen stärker ausgeprägt als in den beiden Westschweizer Ballungsräumen.

4.1.3 Umschichtungen in den Grossstadttagglomerationen

Die Renaissance des Städtischen und die Rückkehr der Mittelschichten in die Städte wird als Phase der Reurbanisierung bezeichnet. Gaebe (1990) spricht dabei in erster

Linie von einem rein quantitativen Phänomen. Er meint mit Reurbanisierung vor allem den Wiederanstieg der Bevölkerungszahlen in den Kernstädten nach der Phase des Einwohnerrückganges als Folge der Sub- und Desurbanisierungsphase der 1960er bis 1980er Jahre. Wie bereits in den theoretischen Betrachtungen ausgeführt wurde (vgl. Kap. 2.2.1), sind die qualitativen Aspekte der Reurbanisierung, d.h. die Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung in den Städten, von grösserer Bedeutung als die blosser Veränderung der Einwohnerzahl.

In den grossen Schweizer Agglomerationen zeigt sich die Reurbanisierung als Aufwertung der Kernstadtquartiere im Vergleich zu den Gemeinden des Agglomerationsgürtels. Mit anderen Worten: Die soziale Hierarchie innerhalb der Agglomerationen gerät durcheinander, und es gibt räumlich-soziale Umschichtungen als Folge der Reurbanisierung.

Wie Tabelle 7 zeigt, ist das durchschnittliche Wachstum des Statusindex der Kernstadtquartiere in allen fünf Agglomerationen grösser als in der gesamten Agglomeration, während der durchschnittliche Statusanstieg in den Agglomerationsgürteln jeweils geringer ist. Am stärksten ist die Differenz des Statusanstiegs zwischen Kernstadt und Umland in der Agglomeration Basel (3.5 Punkte) und am geringsten in der Agglomeration Lausanne.

Agglomeration	Gemeinden des Agglomerationsgürtels	Quartiere der Kernstadt	gesamte Agglomeration
Zürich	5.4	7.8	6.5
Basel*	5.7	9.2	7.3
Bern	3.3	5.1	4.1
Genf*	6.3	8.4	7.9
Lausanne	6.9	8.1	7.9

* nur schweizerische Gebiete

Tabelle 7: Durchschnittliche Veränderung des Statusindex zwischen 1990 und 2000 von Kernstadtquartieren und Agglomerationsgemeinden der fünf grossen Agglomerationen

Gerade umgekehrt verhält es sich mit den Veränderungen des Individualisierungsindex. Die Zunahme der individualisierten Lebensstile ist in den Agglomerationsgürteln stärker und in Masse in den Kernstädten geringer (vgl. Tab. 8). Am grössten sind die Differenzen in den Agglomerationen von Basel (3.7) und Lausanne (3.3). In Bern, dessen Agglomeration zwischen 1990 und 2000 am stärksten individualisiert wird, verschieben sich Kernstadtquartiere und Agglomerationsgemeinden in ähnlichem Masse in der Horizontalen (Differenz = 1.4).

Agglomeration	Gemeinden des Agglomerationsgürtels	Quartiere der Kernstadt	gesamte Agglomeration
Zürich	9.1	7.0	8.4
Basel*	8.9	5.2	7.1
Bern	11.7	10.3	11.4
Genf*	4.3	1.1	3.5
Lausanne	6.0	2.7	4.6

* nur schweizerische Gebiete

Tabelle 8: Durchschnittliche Veränderung des Individualisierungsindex zwischen 1990 und 2000 von Kernstadtquartieren und Agglomerationsgemeinden der fünf grossen Agglomerationen

Insgesamt können in den fünf Grossstadttagglomerationen zwei klare Trends festgestellt werden. Erstens führt die Reurbanisierung zu einer relativen Aufwertung der Kernstadt gegenüber dem Umland und zweitens führt die Diffusion von modernen Lebensstilen zu einer starken Individualisierung der Gemeinden im Agglomerationsgürtel. Damit gleichen sich die Agglomerationsgürtel den Kernstädten an, indem sie einen soziokulturellen Urbanisierungsprozess durchlaufen. In den Kernstädten selbst entstehen neue sozialgeografische Milieus mit einer Bewohnerschaft aus der Mittel- und Oberschicht, die gleichzeitig einen hochgradig individualisierten Lebensstil pflegt.

In Abbildung 36 sind die Positionen und die Veränderungen der Agglomerationsgemeinden und Kernstadtquartiere bezüglich Status und Individualisierungsgrad für jede der fünf Grossstadttagglomerationen separat im S-I-Diagramm zusammengefasst. Die Positionen der Raumeinheiten im Jahr 2000 sind durch Kreisscheiben markiert. Die feinen Linien zeigen den Pfad der Veränderung zwischen 1990 und 2000 an. Die Quartiere der Kernstadt werden durch dunkle und die Gemeinden des Agglomerationsgürtels durch helle Kreisscheiben repräsentiert.

Ein Vergleich der fünf Grafiken zeigt visuell die bereits oben beschriebenen Phänomene: erstens die ausgeprägte sozialräumliche Polarisierung von Kernstadt und Agglomerationsgürtel auf der horizontalen Achse in den Deutschschweizer Agglomerationen, zweitens die Polarisierung der welschen Agglomerationen in der Vertikalen sowie die geringe Variationsbreite der Agglomeration Bern auf dem Statusindex.

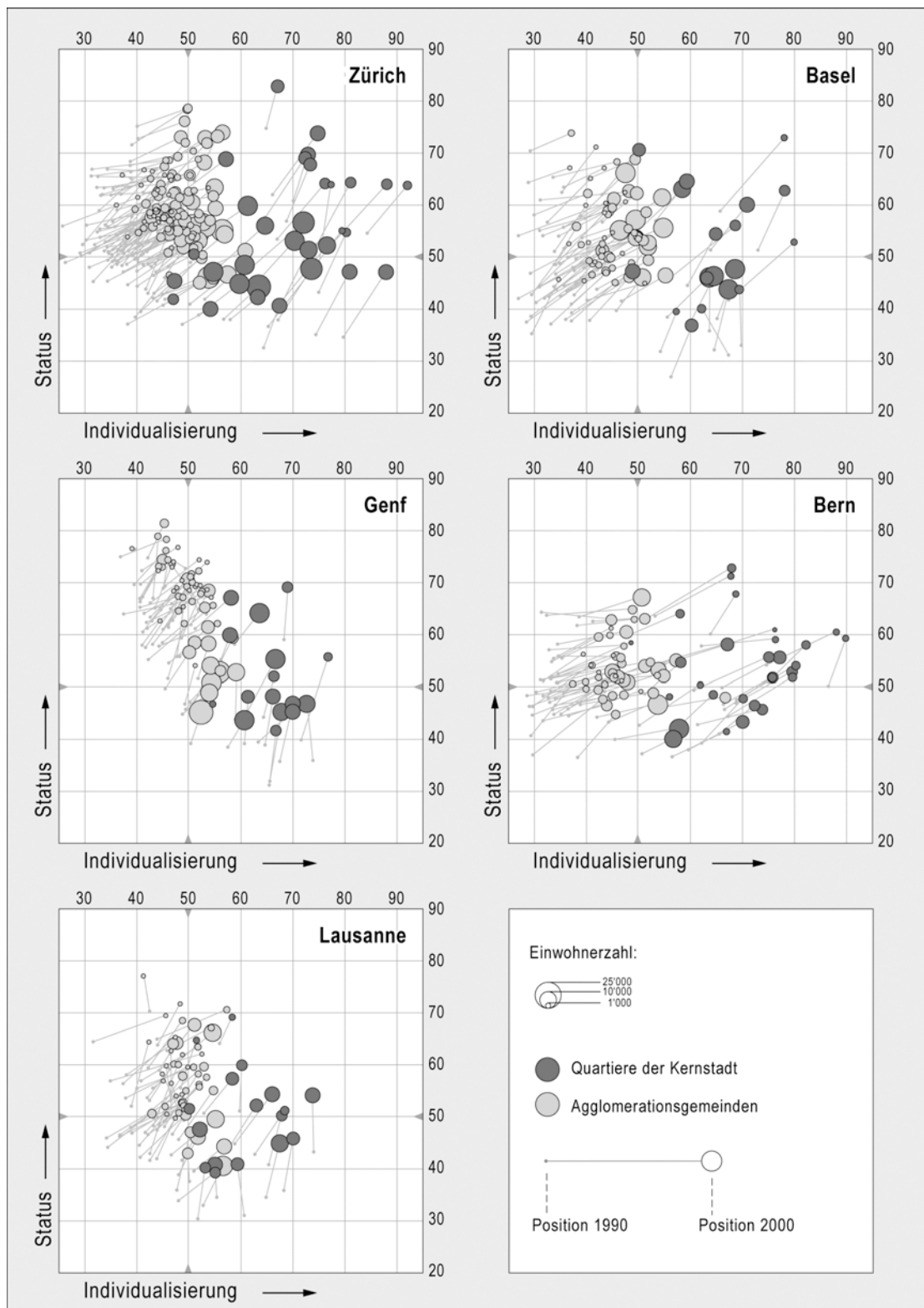


Abbildung 36: Verschiebungen der Stadtquartiere und Gemeinden im Status-Individualisierungs-Diagramm nach Grossstadttagglomerationen zwischen 1990 und 2000 (Quelle: Hermann et al. 2005).

Im Vergleich der Grafiken der Agglomeration Zürich und Genf kommt ein weiterer Unterschied der sozialräumlichen Strukturierung zum Ausdruck, der auf den sprachkulturellen Kontext zurückzuführen ist. In der Agglomeration von Genf besteht ein mehr oder weniger (negativer) linearer Zusammenhang zwischen den beiden Dimensionen sozialer Status und Individualisierungsgrad. Die statushohen Gemeinden im Agglomerationsgürtel sind auch diejenigen mit den geringsten Werten des Individualisierungsindex und die stark individualisierten Stadtquartiere liegen am unteren Ende der sozialen Rangskala der gesamten Agglomeration. Nur die beiden Zentrumsquartiere Cité-Centre und St-Gervais-Chantepoulet weichen markant von dieser von links oben nach rechts unten verlaufenden Linie ab.

In der Agglomeration Zürich besteht kein solcher Zusammenhang. Es gibt einige überdurchschnittlich stark individualisierte Stadtquartiere, die zu den statushöchsten Raumeinheiten der gesamten Agglomeration gehören, und es gibt auch eher bürgerlich-traditionell strukturierte Gemeinden und Stadtquartiere mit tiefen Statuswerten. Die beiden anderen Deutschschweizer Agglomerationen Basel und Bern gleichen in dieser Hinsicht jener von Zürich, während in der Agglomeration von Lausanne ein linearer Zusammenhang zwischen Status und Individualisierung erkennbar ist, wenn auch in geringerer Ausprägung als in Genf.

Die Pfade der einzelnen Kreisscheiben zeigen die starken Aufwertungstendenzen der kernstädtischen Quartiere im Zuge der Reurbanisierung. Dabei fällt auf, dass es besonders die stark individualisierten Quartiere sind, die eine starke Aufwertung erfahren, während die eher bürgerlich-traditionell strukturierten Stadtquartiere eine geringere Veränderung des Statusindex zu verzeichnen haben. Weniger auffällig ist die unterschiedliche Entwicklung der statusniedrigen Quartiere und Gemeinden. Zum einen hat eine Gruppe von Stadtquartieren, die im Jahre 1990 noch am untersten Ende der sozialen Rangskala positioniert war, eine überdurchschnittliche Aufwertung erfahren. Dies deutet auf Gentrifizierungsprozesse hin. Zum anderen gibt es statusniedrige Stadtquartiere und Agglomerationsgemeinden, die nur eine sehr schwache Bewegung in der Vertikale vollziehen und damit im Vergleich zur gesamten Agglomeration eine *relative Abwertung* erfahren, was auf eine Marginalisierung schliessen lässt. In der Folge geht es nun darum jene Gemeinden und Stadtquartiere zu identifizieren, in denen Gentrifizierungs- und Marginalisierungsprozesse stattfinden.

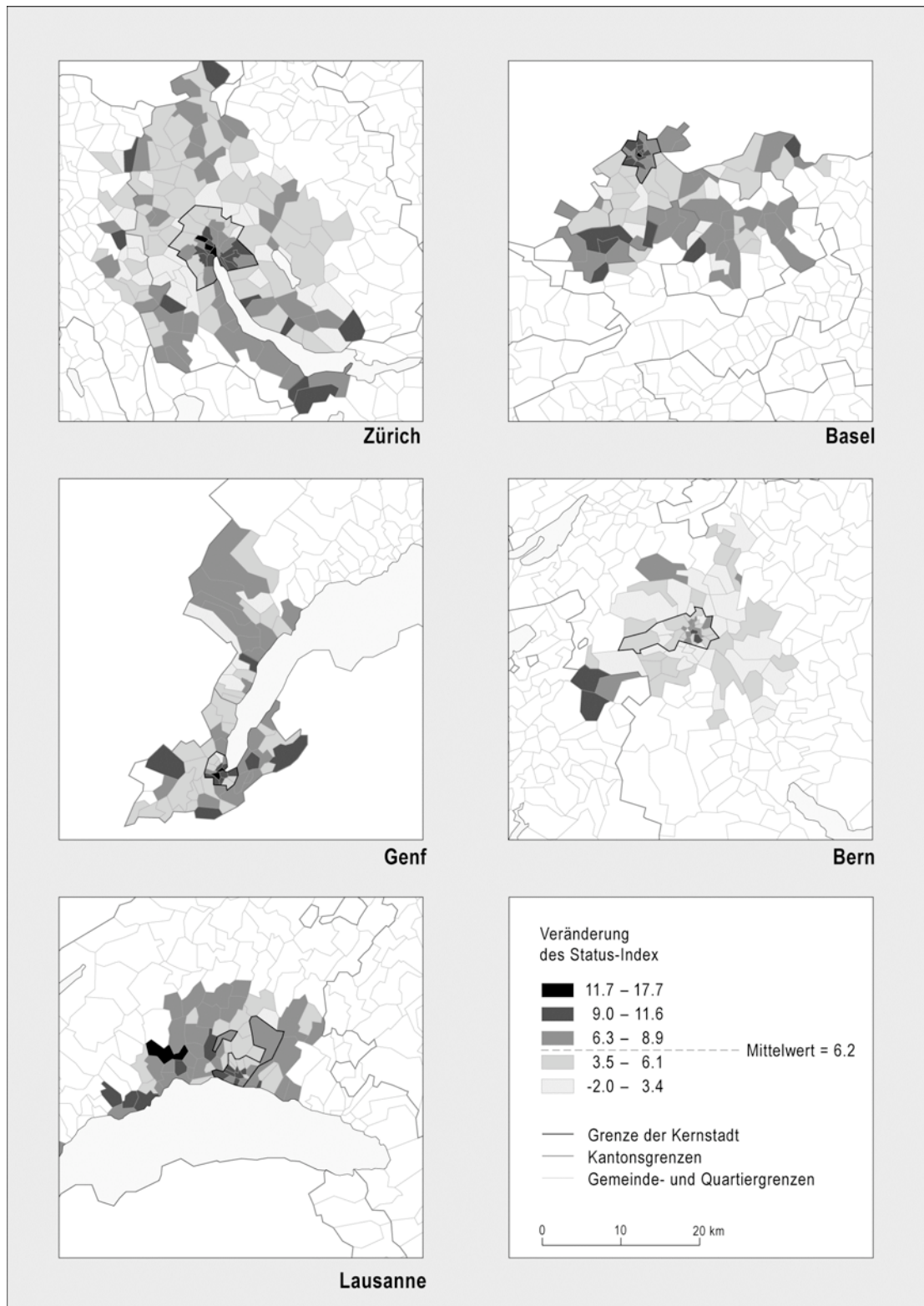


Abbildung 37: Relative Auf- und Abwertung in den fünf Schweizer Grossstadtagglomerationen

4.1.3.1 Relative Auf- und Abwertung

Wie bereits im Abschnitt zur soziokulturellen Urbanisierung festgestellt wurde, fand zwischen 1990 und 2000 ein genereller Statusanstieg in allen Siedlungstypen und allen Sprachregionen statt. Zur Analyse sozialräumlicher Umschichtungen sind deshalb neben den absoluten auch die relativen Veränderungen der Statusindex in Bezug zu anderen Raumeinheiten von Interesse. Hierzu werden die Differenzen der Statuswerte von 1990 und 2000 einzelner Raumeinheiten in Relation zum Statusanstieg des Gesamttraumes gesetzt. Eine Raumeinheit wird *relativ aufgewertet*, wenn die Differenz grösser ist als der Mittelwert des Statusanstiegs aller Raumeinheiten des Gesamttraumes. Sie wird *relativ abgewertet*, wenn die Differenz der beiden Statuswerte geringer ist als der Mittelwert.

Über alle 113 Stadtquartiere und 351 Gemeinden der fünf Grossstadttagglomerationen gerechnet, beträgt das Mittel der Veränderung auf dem Statusindex +6.2 Punkte bei einer Standardabweichung von 2.6 Punkten. Im Vergleich zu diesem Mittelwert erfuhren 217 Raumeinheiten, wovon 75 Kernstadtquartiere sind, eine relative Aufwertung und 236 Raumeinheiten (37 Stadtquartiere) eine relative Abwertung.

In Abbildung 37 sind die Veränderungen des Statusindex zwischen 1990 und 2000 für die fünf grossen Agglomerationen kartografisch dargestellt. Im Vergleich zeigen sich die bereits beschriebenen Unterschiede zwischen den Agglomerationen, insbesondere der geringe Statusanstieg der Agglomeration Bern und die starke Aufwertung der welschen Agglomerationen. Weiter zeigen sich systematische Zusammenhänge zwischen der Lage und sozialräumlicher Dynamik der Raumeinheiten.

4.1.3.2 Reurbanisierung und fortschreitende Suburbanisierung

Das räumliche Muster von relativer Auf- und Abwertung gleicht sich in allen fünf Agglomerationen. Die historischen Altstadtkerne und die zentrumsnahen Stadtquartiere darum herum verzeichnen starke Statusanstiege von mehr als 9.0 Indexwerten (= Mittelwert + Standardabweichung). Bemerkenswerterweise werden nicht nur die ehemaligen Arbeiterquartiere aufgewertet, sondern auch die Statusindizes der städtischen Oberschichtsquartiere steigen überdurchschnittlich an. In ähnlichem Ausmass wie in den Innenstadtquartieren steigen die Statuswerte in den periurbanen Gemeinden, die erst in den vergangenen zwei Dekaden zu den Agglomerationen gestossen sind. Eher unterdurchschnittlich steigt der Statusindex im dazwischen liegenden Gürtel von suburbanen Agglomerationsgemeinden. Diese relative Abwertung betrifft sowohl die reichen Gemeinden der inneren Agglomerationsgürtel wie auch die suburbanen Unterschichtsregionen. Die Trennlinie von relativer Aufwertung in der In-

nenstadt und relativer Abwertung der Suburbia verläuft mit Ausnahme von Basel in allen fünf Grossstädten innerhalb der politischen Grenzen der Kernstadt.

Das systematische, konzentrische Verteilungsmuster von sozioökonomischer Auf- und Abwertung bringt sehr schön die beiden sich überlagernden Prozesse der Urbanisierung in der Schweiz zum Ausdruck. Die periurbanen Gemeinden in den äusseren Agglomerationsgürteln erfahren eine Aufwertung als Folge der fortschreitenden Ausdehnung der Agglomerationen, dem Neubau von Siedlungen und Einfamilienhausquartieren und damit des Neuzuzugs von Mittelschichten, die ins Zentrum pendeln.

Die Innenstadtquartiere dagegen erfahren eine Aufwertung als Folge der Reurbanisierung. Diese erfolgt nicht aufgrund der Ausdehnung der Siedlungsfläche, sondern aufgrund der Stadtsanierung und dem Zuzug und Verbleib von Mittel- und Oberschichten in der Innenstadt. Sie ist eine Folge der veränderten Wohnideale eines Teils der Mittel- und Oberschicht, der die Öffentlichkeit, die Durchmischung und Dichte der Innenstädte dem bürgerlich traditionellen Wohnen in der Suburbia vorzieht. Die relative Abwertung der inneren Agglomerationsgürtel bringt einerseits die Verlagerung der A-Stadt-Phänomene aus den Zentrumsquartieren in die Vorstädte zum Ausdruck, sie ist aber auch ein Indiz für eine Konsolidierung der Sozialstruktur in der Suburbia, bzw. die zunehmende Überalterung der inneren Agglomeration (vgl. auch Heye/Leuthold 2004; Hermann et al. 2005).

Am deutlichsten zeigt sich das konzentrische Muster von relativer Auf- und Abwertung auf der Karte der Agglomeration Basel, wo sich der hellgraue suburbane Gürtel durchgehend zwischen die dunkelgrau eingefärbte Kernstadt und die ebenfalls mehrheitlich dunkelgrau erscheinende periurbane Zone schiebt. Als Abweichung von diesem generellen Muster sind in verschiedenen Agglomerationen durch die Topografie bedingte Anomalien zu erkennen. Als eine solche Anomalie ist die starke Aufwertung der suburbanen Gemeinden am linken Seeufer des Zürichsees und dem Südufer des Genfersees zu bezeichnen. Diese Gemeinden profitieren von ihrer attraktiven Lage mit Seesicht und -anstoss. Diese Eigenschaften gekoppelt mit der guten Erschliessung sind attraktive Wohnstandortbedingungen für die wachsende Oberschicht der beiden Metropolen. Etwas anders geartet ist die topografisch bedingte Anomalie in der Agglomeration Lausanne. Die nördlichen Gemeinden liegen nicht mehr am Südhang des Genferseeufers, sondern bereits im relativ hochgelegenen Hügelland des Cros-de-Vaud. Diese periurbanen Wohnstandorte haben geringere Anstiege des Statusindex zu verzeichnen als die am See liegenden Gemeinden des äusseren Agglomerationsgürtels.

4.1.3.3 Gentrifizierung und Marginalisierung

Die Aufwertung der grossen Kernstädte hat vor allem in den innenstadtnahen Quartieren stattgefunden und verweist auf Gentrifizierungsprozesse. Gentrifizierung wird hier in einer etwas engeren Definition verwendet, nämlich als eine soziale Aufwertung von bestehenden Wohnquartieren. Wie wir bereits festgestellt haben, sind von der Aufwertung der Innenstädte sowohl die ehemaligen Arbeiterquartiere aus der Gründerzeit als auch die traditionellen Mittel- und Oberschichtsquartiere betroffen. Um diese beiden Phänomene auseinander zu halten, sprechen wir im Fall der Aufwertung eines Unterschichtsquartiers zu einem Mittelschichtsquartier von Gentrifizierung und bei der Aufwertung von Mittel und Oberschichtsquartieren in Anlehnung an Loretta Lees (2000) von Super-Gentrifizierung.

Als Folge der Aufwertung der Innenstädte verlagern sich die A-Stadt-Effekte an die Stadtränder in statusniedrige Agglomerationsgemeinden. Die Marginalisierung der Vorstädte ist somit im Zusammenhang mit der Aufwertung der Innenstädte zu begreifen. Weil bei den folgenden Betrachtungen die inneren Umschichtungen des sozialräumlichen Gefüges im Zentrum stehen, wurde die Operationalisierung von gentrifizierten Quartieren und Quartieren mit Marginalisierungstendenzen in Bezug auf die Werte der gesamten Agglomeration vorgenommen. D.h. die relative Auf- bzw. Abwertung eines Quartieres bezieht sich nicht auf den Mittelwert aller Grossstadttagglomerationen, sondern auf den Mittelwert der jeweiligen Agglomeration, zu der das Quartier gehört.

Als Gentrifizierung bezeichnen wir die Aufwertung ehemaliger statusniedriger Stadtquartiere. Ihre Operationalisierung erfolgt aufgrund von drei Kriterien:

- Unterschichtsquartier im Jahre 1990: Statusindex 1990 ist geringer als der Wert der gesamten Agglomeration,
- starke relative Aufwertung: Anstieg des Statusindex zwischen 1990 und 2000 ist grösser als der Mittelwert der Agglomeration + 1 Standardabweichung,
- Urbanität: Der Individualisierungsindex von 1990 ist grösser als der Mittelwert der Agglomeration.

Als Super-Gentrifizierung bezeichnen wir die starke Aufwertung der städtischen Mittel- und Oberschichtsquartiere. Die Operationalisierung der Super-Gentrifizierung erfolgt aufgrund von vier Bedingungen:

- Mittel- oder Oberschichtsquartier im Jahr 1990: Statusindex 1990 ist höher als der Wert der gesamten Agglomeration,
- Oberschichtsquartier im Jahr 2000: Statusindex 2000 ist höher als der Wert der gesamten Agglomeration + 1 Standardabweichung,
- starke relative Aufwertung: Anstieg des Statusindex zwischen 1990 und 2000 ist grösser als der Mittelwert der Agglomeration + 1 Standardabweichung,
- Urbanität: Der Individualisierungsindex von 1990 ist grösser als der Mittelwert der Agglomeration.

Als Marginalisierung bezeichnen wir die soziale Deprivation von Gemeinden oder Stadtquartieren. Dies kann nicht bloss durch das Kriterium der relativen Abwertung gemessen werden, weil bei statushohen Gemeinden, die eine relative Abwertung erfahren, nicht von einer Marginalisierung oder Deprivation gesprochen werden kann. Marginalisierung bedeutet die Abwertung von statusniedrigen Regionen, bzw. eine Abwertung, die dazu führt, dass eine Region statusniedrig wird. Die Operationalisierung von Marginalisierung erfolgt nach den zwei folgenden Kriterien.

- Unterschichtsquartier im Jahre 2000: Statusindex 2000 ist geringer als gesamtschweizerischer Wert (= 50) und geringer als der Mittelwert der Agglomeration –1 Standardabweichung.
- relative Abwertung: Anstieg des Statusindex zwischen 1990 und 2000 ist geringer als der Mittelwert der gesamten Agglomeration.

<p style="text-align: center;">Agglomeration Zürich</p> <table> <tr> <th>Tendenz der Gentrifizierung</th><th>Tendenz der Marginalisierung</th></tr> <tr><td>Zürich Escher-Wyss</td><td>Zürich Albisrieden</td></tr> <tr><td>Zürich Langstrasse</td><td>Zürich Altstetten</td></tr> <tr><td>Zürich Gewerbeschule</td><td>Zürich Seebach</td></tr> <tr><td>Zürich Werd</td><td>Zürich Friesenberg</td></tr> <tr><td>Zürich Alt-Wiedikon</td><td>Zürich Saatlén</td></tr> <tr><td>Zürich Wipkingen</td><td>Zürich Affoltern</td></tr> <tr><td>Zürich Sihlfeld</td><td>Zürich Schwamendingen Mitte</td></tr> <tr><td></td><td>Zürich Hirzenbach</td></tr> <tr><td>Super-Gentrifizierung</td><td>Schlieren</td></tr> <tr><td>Zürich Hottingen</td><td>Dietikon</td></tr> <tr><td>Zürich Hirslanden</td><td>Neuenhof</td></tr> <tr><td>Zürich Enge</td><td>Spreitenbach</td></tr> <tr><td>Zürich Seefeld</td><td></td></tr> <tr><td>Zürich Mühlebach</td><td></td></tr> <tr><td>Zürich Weinegg</td><td></td></tr> <tr><td>Zürich Lindenhof-City</td><td></td></tr> </table>	Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung	Zürich Escher-Wyss	Zürich Albisrieden	Zürich Langstrasse	Zürich Altstetten	Zürich Gewerbeschule	Zürich Seebach	Zürich Werd	Zürich Friesenberg	Zürich Alt-Wiedikon	Zürich Saatlén	Zürich Wipkingen	Zürich Affoltern	Zürich Sihlfeld	Zürich Schwamendingen Mitte		Zürich Hirzenbach	Super-Gentrifizierung	Schlieren	Zürich Hottingen	Dietikon	Zürich Hirslanden	Neuenhof	Zürich Enge	Spreitenbach	Zürich Seefeld		Zürich Mühlebach		Zürich Weinegg		Zürich Lindenhof-City		<p style="text-align: center;">Agglomeration Basel</p> <table> <tr> <th>Tendenz der Gentrifizierung</th><th>Tendenz der Marginalisierung</th></tr> <tr><td>Basel Matthäus</td><td>Grellingen*</td></tr> <tr><td>Basel Kleinbasel Altstadt</td><td>Pratteln</td></tr> <tr><td>Basel Clara</td><td>Birsfelden</td></tr> <tr><td>Basel Wettstein</td><td>Thürnen*</td></tr> <tr><td>Basel St. Johann</td><td>Niederdorf*</td></tr> <tr><td>Basel Klybeck</td><td></td></tr> <tr><td>Super-Gentrifizierung</td><td></td></tr> <tr><td>Basel Grossbasel Altstadt</td><td></td></tr> <tr><td>Basel Vorstädte</td><td></td></tr> </table> <p><small>*periurbane Gemeinden</small></p>	Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung	Basel Matthäus	Grellingen*	Basel Kleinbasel Altstadt	Pratteln	Basel Clara	Birsfelden	Basel Wettstein	Thürnen*	Basel St. Johann	Niederdorf*	Basel Klybeck		Super-Gentrifizierung		Basel Grossbasel Altstadt		Basel Vorstädte	
Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung																																																						
Zürich Escher-Wyss	Zürich Albisrieden																																																						
Zürich Langstrasse	Zürich Altstetten																																																						
Zürich Gewerbeschule	Zürich Seebach																																																						
Zürich Werd	Zürich Friesenberg																																																						
Zürich Alt-Wiedikon	Zürich Saatlén																																																						
Zürich Wipkingen	Zürich Affoltern																																																						
Zürich Sihlfeld	Zürich Schwamendingen Mitte																																																						
	Zürich Hirzenbach																																																						
Super-Gentrifizierung	Schlieren																																																						
Zürich Hottingen	Dietikon																																																						
Zürich Hirslanden	Neuenhof																																																						
Zürich Enge	Spreitenbach																																																						
Zürich Seefeld																																																							
Zürich Mühlebach																																																							
Zürich Weinegg																																																							
Zürich Lindenhof-City																																																							
Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung																																																						
Basel Matthäus	Grellingen*																																																						
Basel Kleinbasel Altstadt	Pratteln																																																						
Basel Clara	Birsfelden																																																						
Basel Wettstein	Thürnen*																																																						
Basel St. Johann	Niederdorf*																																																						
Basel Klybeck																																																							
Super-Gentrifizierung																																																							
Basel Grossbasel Altstadt																																																							
Basel Vorstädte																																																							
<p style="text-align: center;">Agglomeration Genf</p> <table> <tr> <th>Tendenz der Gentrifizierung</th><th>Tendenz der Marginalisierung</th></tr> <tr><td>Genève St-Gervais – Chantep.</td><td>Genève Grand-Pré - Vermont</td></tr> <tr><td>Genève Jonction</td><td>Genève Charmilles - Châtelaïne</td></tr> <tr><td>Genève Pâquis</td><td>Genève O.N.U.</td></tr> <tr><td>Genève La Cluse</td><td>Vernier</td></tr> <tr><td></td><td>Onex</td></tr> <tr><td>Super-Gentrifizierung</td><td></td></tr> <tr><td>Genève Cité-Centre</td><td></td></tr> </table>	Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung	Genève St-Gervais – Chantep.	Genève Grand-Pré - Vermont	Genève Jonction	Genève Charmilles - Châtelaïne	Genève Pâquis	Genève O.N.U.	Genève La Cluse	Vernier		Onex	Super-Gentrifizierung		Genève Cité-Centre		<p style="text-align: center;">Agglomeration Bern</p> <table> <tr> <th>Tendenz der Gentrifizierung</th><th>Tendenz der Marginalisierung</th></tr> <tr><td>Bern Lorraine</td><td>Bern Bethlehem</td></tr> <tr><td>Bern Beundenfeld</td><td>Bern Bümpliz</td></tr> <tr><td>Bern Muesmatt</td><td></td></tr> <tr><td>Bern Länggasse</td><td></td></tr> <tr><td>Super-Gentrifizierung</td><td></td></tr> <tr><td>Bern Kirchenfeld</td><td></td></tr> <tr><td>Bern Gryphenhübeli</td><td></td></tr> <tr><td>Bern Altenberg</td><td></td></tr> <tr><td>Bern Engeried</td><td></td></tr> </table>	Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung	Bern Lorraine	Bern Bethlehem	Bern Beundenfeld	Bern Bümpliz	Bern Muesmatt		Bern Länggasse		Super-Gentrifizierung		Bern Kirchenfeld		Bern Gryphenhübeli		Bern Altenberg		Bern Engeried																			
Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung																																																						
Genève St-Gervais – Chantep.	Genève Grand-Pré - Vermont																																																						
Genève Jonction	Genève Charmilles - Châtelaïne																																																						
Genève Pâquis	Genève O.N.U.																																																						
Genève La Cluse	Vernier																																																						
	Onex																																																						
Super-Gentrifizierung																																																							
Genève Cité-Centre																																																							
Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung																																																						
Bern Lorraine	Bern Bethlehem																																																						
Bern Beundenfeld	Bern Bümpliz																																																						
Bern Muesmatt																																																							
Bern Länggasse																																																							
Super-Gentrifizierung																																																							
Bern Kirchenfeld																																																							
Bern Gryphenhübeli																																																							
Bern Altenberg																																																							
Bern Engeried																																																							
<p style="text-align: center;">Agglomeration Lausanne</p> <table> <tr> <th>Tendenz der Gentrifizierung</th><th>Tendenz der Marginalisierung</th></tr> <tr><td>Lausanne Centre-Ville</td><td>Lausanne Borde - Bellevaux</td></tr> <tr><td>Lausanne Maupas - Valency</td><td>Lausanne Bossons - Blécherette</td></tr> <tr><td></td><td>Renens (VD)</td></tr> <tr><td>Super-Gentrifizierung</td><td>Chavannes-près-Renens</td></tr> <tr><td>Lausanne Vers-chez-les-Blanc</td><td>Prilly</td></tr> <tr><td>Lausanne Florimont - Chissiez</td><td></td></tr> </table>	Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung	Lausanne Centre-Ville	Lausanne Borde - Bellevaux	Lausanne Maupas - Valency	Lausanne Bossons - Blécherette		Renens (VD)	Super-Gentrifizierung	Chavannes-près-Renens	Lausanne Vers-chez-les-Blanc	Prilly	Lausanne Florimont - Chissiez		<p style="text-align: center;">Alle fünf Grossstadttagglomerationen</p> <table> <tr> <th>Tendenz der Gentrifizierung</th><th>Tendenz der Marginalisierung</th></tr> <tr><td>23 Stadtquartiere</td><td>15 Stadtquartiere</td></tr> <tr><td>0 Gemeinden</td><td>14 Gemeinden</td></tr> <tr><td>Super-Gentrifizierung</td><td></td></tr> <tr><td>13 Stadtquartiere</td><td></td></tr> </table>	Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung	23 Stadtquartiere	15 Stadtquartiere	0 Gemeinden	14 Gemeinden	Super-Gentrifizierung		13 Stadtquartiere																															
Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung																																																						
Lausanne Centre-Ville	Lausanne Borde - Bellevaux																																																						
Lausanne Maupas - Valency	Lausanne Bossons - Blécherette																																																						
	Renens (VD)																																																						
Super-Gentrifizierung	Chavannes-près-Renens																																																						
Lausanne Vers-chez-les-Blanc	Prilly																																																						
Lausanne Florimont - Chissiez																																																							
Tendenz der Gentrifizierung	Tendenz der Marginalisierung																																																						
23 Stadtquartiere	15 Stadtquartiere																																																						
0 Gemeinden	14 Gemeinden																																																						
Super-Gentrifizierung																																																							
13 Stadtquartiere																																																							

Tabelle 9: Stadtquartiere und Gemeinden der fünf Grossstadttagglomerationen mit Tendenzen der Gentrifizierung, der Super-Gentrifizierung und der Marginalisierung

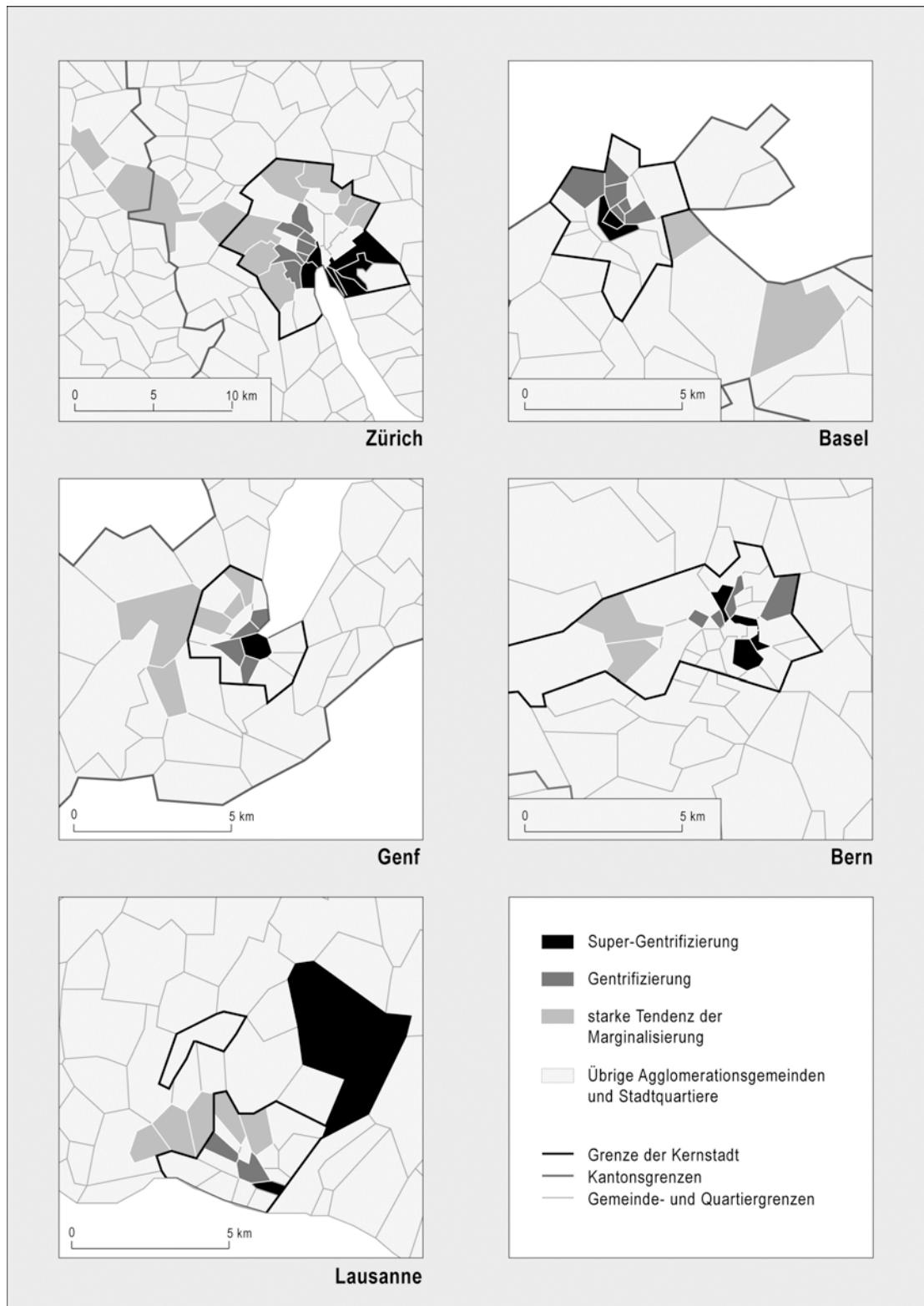


Abbildung 38: Räumliche Lage der Gemeinden und Stadtquartiere mit Gentrifizierungs-, Super-Gentrifizierungs- und Marginalisierungstendenzen in den fünf Schweizer Grossstadtagnomerationen

Insgesamt wurden nach diesen Kriterien 23 Stadtquartiere als «mit Gentrifizierungstendenz» klassiert, 13 Stadtquartiere als mit Tendenzen der Super-Gentrifizierung und 15 Stadtquartiere und 14 Umlandgemeinden als «mit einer Tendenz zur Marginalisierung» eingestuft (vgl. Tabelle 9). In der kartografischen Darstellung der fünf Grossstadtagglomerationen in Abbildung 38 werden die systematischen räumlichen Zusammenhänge der Gentrifizierungs- und Marginalisierungstendenzen sichtbar. Den Quartieren mit Gentrifizierungstendenzen aller fünf Agglomerationen ist gemeinsam, dass sie zentrumsnah liegen und eine mehr oder weniger zusammenhängende Region bilden. Interessanterweise gehören die historischen Altstadtkerne mit Ausnahme von Lausanne und der Kleinbasler Altstadt nicht dazu, weil sie bereits 1990 einen höheren Stausindex hatten als die umliegenden A-Stadt-Quartiere. Bei den Quartieren mit der Tendenz zur Super-Gentrifizierung handelt es sich bei Basel und Genf um die historische Altstadt. In Bern, Zürich und Lausanne sind es die ehemals gutbürgerlichen Quartiere der Gründerzeitstadt.

Bei den identifizierten Regionen mit Marginalisierungstendenzen handelt es sich entweder um Stadtrandquartiere oder um Vorstadtgemeinden. Einzig in der Agglomeration Basel lassen sich auch einige periurbane Gemeinden mit Marginalisierungstendenzen feststellen. Auch die marginalisierten Gemeinden und Stadtquartiere bilden mit Ausnahme der Agglomeration Basel zusammenhängende Gebiete, die sich über die Stadtgrenze und im Falle von Zürich sogar über die Kantonsgrenze hinweg erstrecken.

4.1.3.4 Verlagerung der A-Stadt-Phänomene

Die Gentrifizierung erfolgte in den ehemaligen «A-Stadt-Quartieren». Als A-Stadt-Phänomene gelten hohe Anteile alter Menschen, Auszubildender, Ausländer mit Integrationsschwierigkeiten, Arbeitsloser und Einkommensschwacher. Mit der Gentrifizierung der ehemaligen A-Stadt-Quartiere ist eine Verlagerung der A-Stadt-Phänomene in andere Teile der Stadtregion verbunden. Neben dem Statusindex bilden der Fremdsprachigkeits-Index und der Alterungs-Index zwei weitere Aspekte der A-Stadt-Phänomene ab.

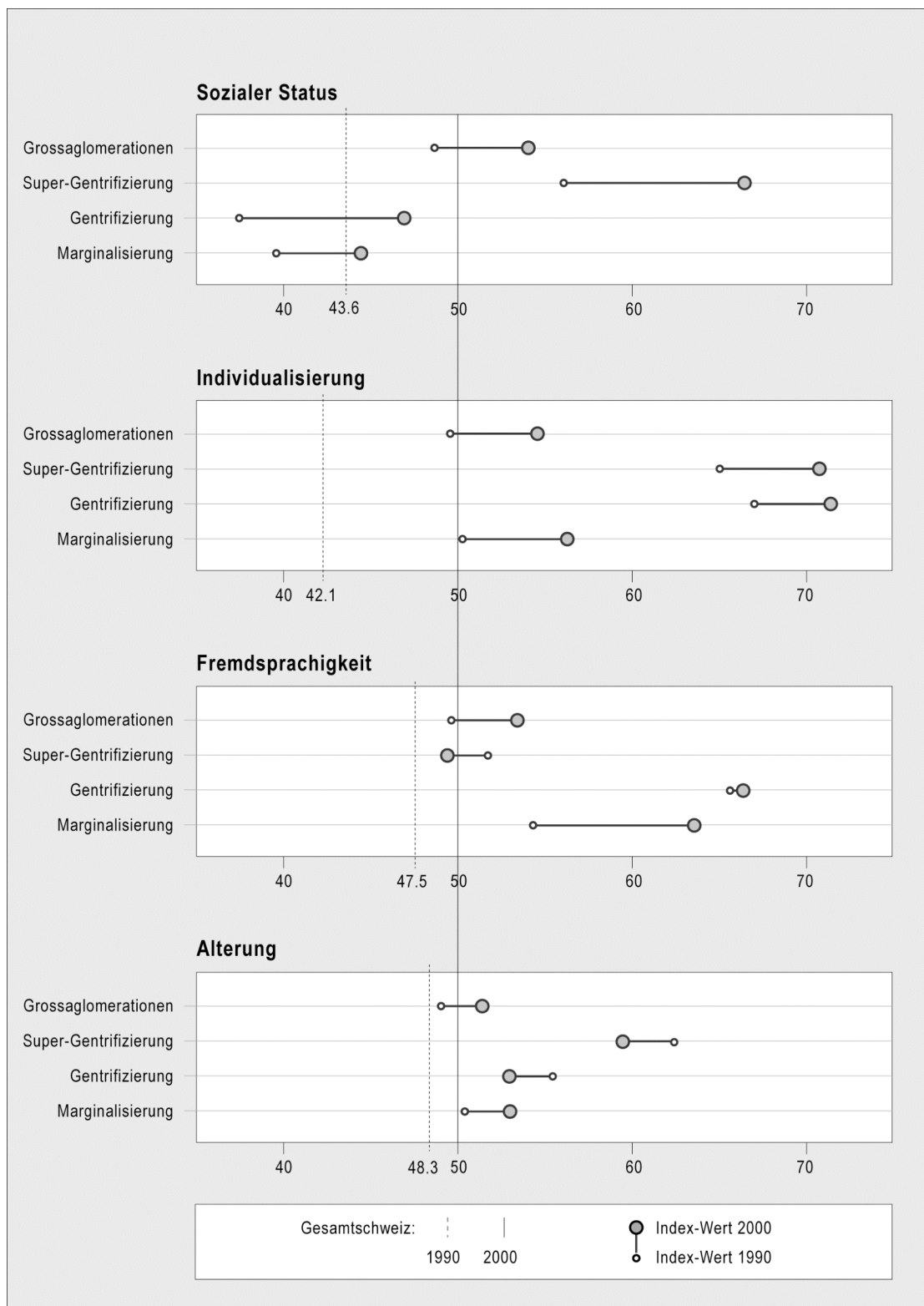


Abbildung 39: Soziokulturelle Veränderung im Zusammenhang mit Gentrifizierung, Super-Gentrifizierung und Marginalisierung.

In Abbildung 39 sind die Werte der vier soziokulturellen Indizes nach (Hermann et al. 2005) der Jahre 1990 und 2000 für die Stadtquartiere und Gemeinden der fünf Grossstadttagglomerationen mit Tendenzen zur Gentrifizierung zur Super-Gentrifizierung und zur Marginalisierung dargestellt. Der Vergleich der Entwicklung der vier Indizes zeigt einerseits den Zusammenhang der Gentrifizierung mit einem relativen Rückgang der Fremdsprachigkeit und andererseits mit einer Verjüngung der Bevölkerung.⁸⁵ In den aufgewerteten ehemaligen Unterschichtsquartieren hat die Fremdsprachigkeit zwischen 1990 und 2000 nur geringfügig zugenommen (+1.4), verbleibt aber auf einem hohen Niveau (65.9). In den stark aufgewerteten Mittel- und Oberschichtsquartieren ist die Fremdsprachigkeit sogar unter das gesamtschweizerische Mittel gesunken (49.5). Der Alters-Index ist entgegen dem landesweiten Trend in allen Quartieren mit einer Tendenz zur Gentrifizierung bzw. zur Super-Gentrifizierung gesunken (-2.5/-3.3). Dies ist umso bemerkenswerter, da in diesen Quartieren nur wenige Familien bzw. Kinder und Jugendliche wohnen.

Die Marginalisierung, d.h. die relative soziale Abwertung von Unterschichtsregionen ist mit einer starken Zunahme der Fremdsprachigkeit verbunden. Mit dem Anstieg um 8.5 Punkte hat der Fremdsprachigkeitsindex in den relativ abgewerteten Quartieren und Gemeinden ein annähernd so hohes Niveau (63.1) erreicht wie in den aufgewerteten Unterschichtsquartieren. Der Individualisierungsindex und der Alterungsindex verhalten sich dagegen in den Quartieren mit Marginalisierungstendenzen ähnlich wie in den Grossstadttagglomerationen insgesamt. Wir können also eine Verdrängung der unterprivilegierten Schichten sowie der Ausländer mit sprachlichen Integrationsschwierigkeiten aus den Stadtzentren in die statusniedrigen Stadtrandquartiere und die Vorstädte des Agglomerationsgürtels feststellen. Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine komplette Verlagerung der A-Stadt, sondern nur um die Verlagerung einiger Teilphänomene. So geht die Marginalisierung nicht einher mit einer Überalterung der Bevölkerung.

⁸⁵ Die Veränderungen des Statusindex (überdurchschnittlicher Anstieg bei Gentrifizierung und Super-Gentrifizierung und unterdurchschnittlicher Anstieg bei Marginalisierung) sind in die Operationalisierung der Phänomene eingeflossen.

4.1.4 Grossräumige Quartierbildung im Metropolitanraum

Metropolitanräume sind Agglomerationen auf übergeordneter Ebene, eine Art Super-Agglomerationen. Die Zugehörigkeit einer Nebenagglomeration wird bestimmt durch den Anteil der Arbeitspendler, die in die Kernstadt der Hauptagglomeration pendeln (Schuler et al. 2005: 155f). Die Metropolitanräume sind damit Interaktionsregionen, die gemeinsam eine Stadtregion bilden, die in sich funktionalräumlich gegliedert ist und sich auch sozialräumlich nach städtischen Prinzipien entmischt. Im folgenden Abschnitt wird am Beispiel des Metropolitanraumes Zürich die sozialräumliche Dynamik und die grossräumigen Umschichtungen innerhalb eines Metropolitanraumes dargelegt.

4.1.4.1 Der Metropolitanraum Zürich

Der Metropolitanraum Zürich ist mit rund 1.5 Millionen Einwohnern der grösste seiner Art in der Schweiz und liegt fast vollständig auf inländischem Territorium.⁸⁶ Er besteht aus einer grossen Hauptagglomeration (Zürich) mit rund 1 Million Einwohnern und 10 kleineren Nebenagglomerationen, die in 7 Kantonen liegen. Von diesen Nebenagglomerationen sind vier von mittlerer Grösse mit überregionaler Bedeutung (Winterthur, Schaffhausen, Baden-Brugg und Zug) und sechs sind kleinere Agglomerationen (Frauenfeld, Wetzikon, Rapperswil-Rüti, Lachen, Wohlen (AG) und Lenzburg). Schliesslich wird auch die «isolierte Stadt» Einsiedeln dazu gezählt.

Die Haupt- wie auch die Nebenagglomerationen verfügen über eine oder teilweise auch zwei Kerngemeinden, die eine Zentrumsfunktion innehaben, und einem Suburbanen Agglomerationsgürtel. Neben diesen Kerngemeinden mit eigenen Agglomerationen identifiziert Dessemontet (1999) drei bedeutende Arbeitsplatzregionen als Edge Cities, die im suburbanen Gürtel der Hauptagglomeration liegen.⁸⁷ Diese drei Regionen, das Limmattal, die Region Glatttal-Kloten und Glatttal-Dübendorf, grenzen direkt an die Stadt Zürich an. Sie zeichnen sich aus durch eine hohe Arbeitsplatzdichte, durch eine hohe Anzahl Zupendler und ein starkes Wachstum an Arbeitsstätten im tertiären Sektor in der vergangenen Dekade.

⁸⁶ Einzig die zu Deutschland gehörende Enklave Büsingen ist Teil der Agglomeration von Schaffhausen, die ihrerseits Teil des Metropolitanraums Zürich ist.

⁸⁷ Dessemontet (1999) identifiziert mit seiner Methode im Metropolitanraum Zürich zusätzlich zu den drei hier verwendeten weitere bedeutende Edge Cities mit mehr als 5000 Arbeitsstätten im tertiären Sektor. Diese sind jedoch wie beispielsweise Zug oder Wetzikon Kerngemeinden mit eigenen Agglomerationen und werden hier nicht als Edge Cities, sondern als Nebenagglomerationen behandelt.

Funktionale Gliederung des Metropolitanraums Zürich

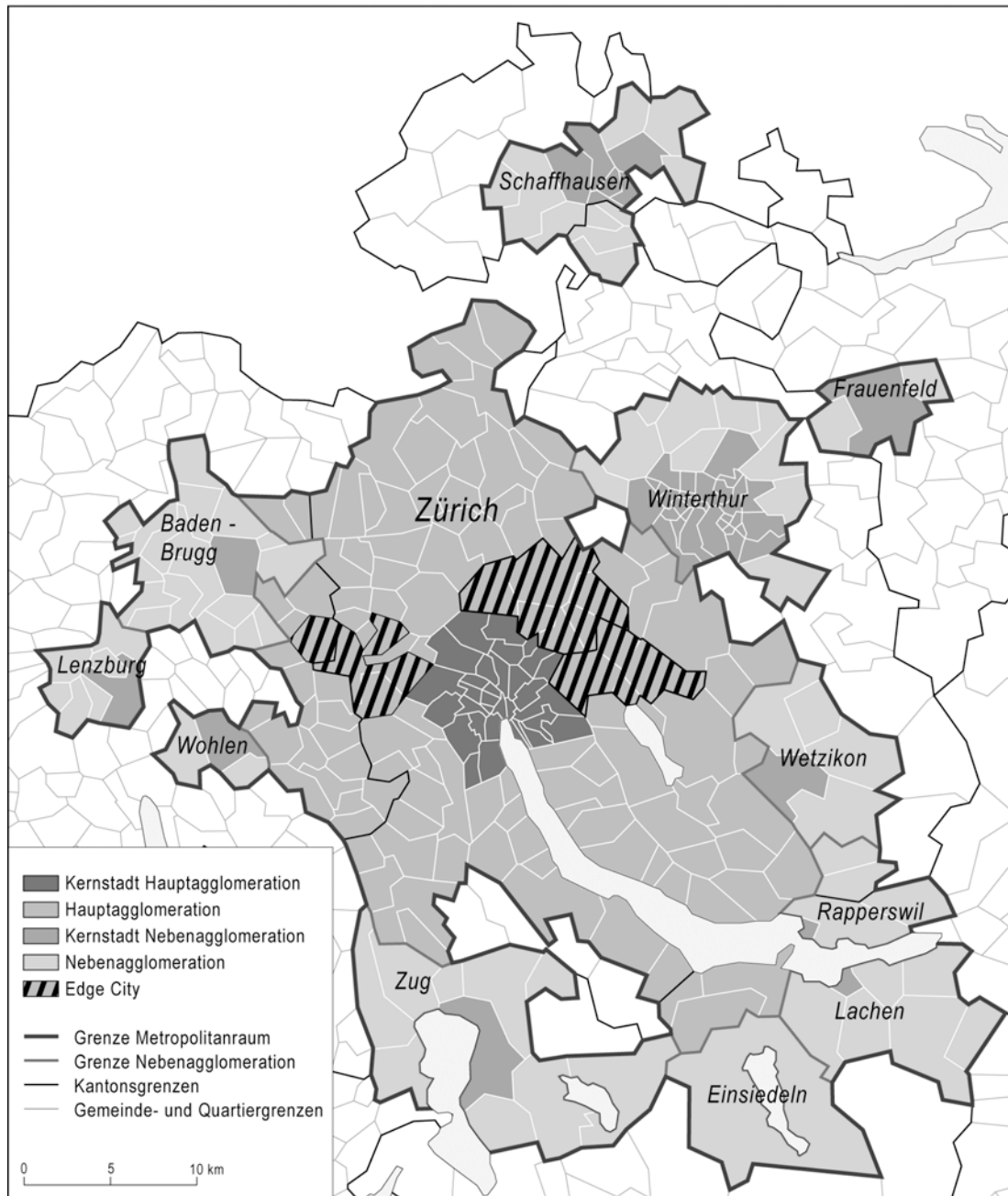


Abbildung 40: Kernstädte, Hauptagglomerationen, Nebenagglomerationen und Edge Cities im Metropolitanraum Zürich

4.1.4.2 Vertikale Differenzierung

Im gesamtschweizerischen Vergleich ist der Metropolitanraum von Zürich die statushöchste Region. Zwischen den einzelnen funktionalen Teilregionen gibt es jedoch beträchtliche Unterschiede. Die grossen und mittleren Agglomerationen weisen tendenziell höhere Statuswerte auf als die kleinen (vgl. Abb. 41). Neben der Hauptagglomeration Zürich hebt sich vor allem die Agglomeration Zug (58.5) als eigentliche Oberschichtsregion des Metropolitanraums ab. Auffällig ist der vergleichsweise tiefe Statuswert der beiden industriell geprägten Agglomerationen Schaffhausen und Winterthur im Norden. Besonders die Region Schaffhausen, die zwischen 1990 und 2000 auch den geringsten Statusanstieg zu verzeichnen hatte, bildet heute die statusniedrigste Agglomeration des gesamten Metropolitanraumes. In den kleineren Nebenagglomerationen ist der Statuswert tiefer und bewegt sich nahe am Wert der gesamten Schweiz. Die niedrigsten Statuswerte haben die eher peripheren Regionen Lachen, Wohlen und Einsiedeln.

Die Veränderung des Statusindex der funktionalen Teilregionen zwischen 1990 und 2000 ist ebenso variabel wie die Höhe des Statusindex. Eine starke Aufwertung erfahren die Agglomerationen Zug (+8.5), Lachen (+8.6), der Bezirk Einsiedeln (+8.2). Eine starke relative Abwertung verzeichnen die Agglomerationen Schaffhausen (+2.2) und Baden (+3.9) sowie die beiden Edge Cities im Glatttal, Kloten (+3.3) und Dübendorf (+4.9). Ebenfalls eine unterdurchschnittliche Aufwertung erfahren Rapperswil-Rüti, Wetzikon, Wohlen und das Limmattal.

Neben der Grösse der Agglomeration und dem Zentrum-Peripherie-Gradienten spiegelt sich an der Höhe und der Veränderung des Statusindex auch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur der Nebenagglomerationen. Die stark industriell geprägten Agglomerationen Winterthur, Schaffhausen, Baden-Brugg, Rapperswil-Rüti und Wetzikon haben im Vergleich zu ihrer Grösse einen eher geringen Statusindex und einen unterdurchschnittlichen Statusanstieg bzw. eine relative Abwertung zu verzeichnen.

Im räumlichen Bezug betrachtet, zeigt sich eine deutliche vertikale Stratifizierung des Metropolitanraums (vgl. Karte in Abb. 42). An dieser sozialräumlichen Gliederung fällt zunächst auf, dass sie nicht fein fragmentiert ist, sondern dass sich eigentliche Statusregionen abbilden, die aus mehreren zusammenhängenden Gemeinden und/oder Stadtquartieren und Gemeinden bestehen. Als zweiter Punkt fällt auf, dass diese Regionen nicht selten die Agglomerations- bzw. auch die Kantons Grenzen durchschneiden. Schliesslich zeigt sich ansatzweise ein Statusgefälle zwischen dem südlichen und dem nördlichen Teil des Metropolitanraums.

Die Oberschichtsregion des gesamten Metropolitanraums befindet sich im Zentrum, rund um das untere Seebecken des Zürichsees. Alle diese Gemeinden und Stadtquartiere haben Statuswerte von 65 Punkten und höher. Selbst in der statushöchsten Nebenagglomeration Zug erreichen die Oberschichtsgemeinden keine derart hohen Werte. Die Regionen mit den tiefsten Statuswerten finden sich in den peripheren Regionen am Rande des Metropolitanraums (Obersee, March, Einsiedeln, Agglomerationen von Lenzburg, Wohlen, Baden-Brugg und Schaffhausen), in den Unterschichtsquartieren der grossen Städte sowie in den marginalisierten Regionen in der Hauptagglomeration Zürich (Limmattal, Zürich Nord und Glatttal). Insgesamt konzentrieren sich die statushohen Regionen eher im Süden des Metropolitanraums, während die statusniedrigen Zonen eher im Norden und Westen liegen.

4.1.4.3 Horizontale Differenzierung

Im Gegensatz zur Differenzierung nach sozialem Status hebt sich die Hauptagglomeration bezüglich der Differenzierung nach Lebensformen (55.4 Punkte) deutlich von den Nebenagglomerationen ab (vgl. Abbildung 42). Die Werte der mittelgrossen Agglomerationen bewegen sich beim gesamtschweizerischen Wert von 50, und die der kleineren Agglomerationen sogar leicht darunter, im Bereich zwischen 45 und 49 Punkten.

Insgesamt ist der Individualisierungsindex zwischen 1990 und 2000 im Metropolitanraum Zürich stärker angestiegen als in der gesamten Schweiz (+8.6/+7.9). Am stärksten ist der Anstieg mit einem Zuwachs von rund 10 Punkten in den mittelgrossen Agglomerationen (Winterthur, Baden-Brugg, Zug). In der Hauptagglomeration Zürich und den kleineren Agglomerationen ist der Anstieg geringer.

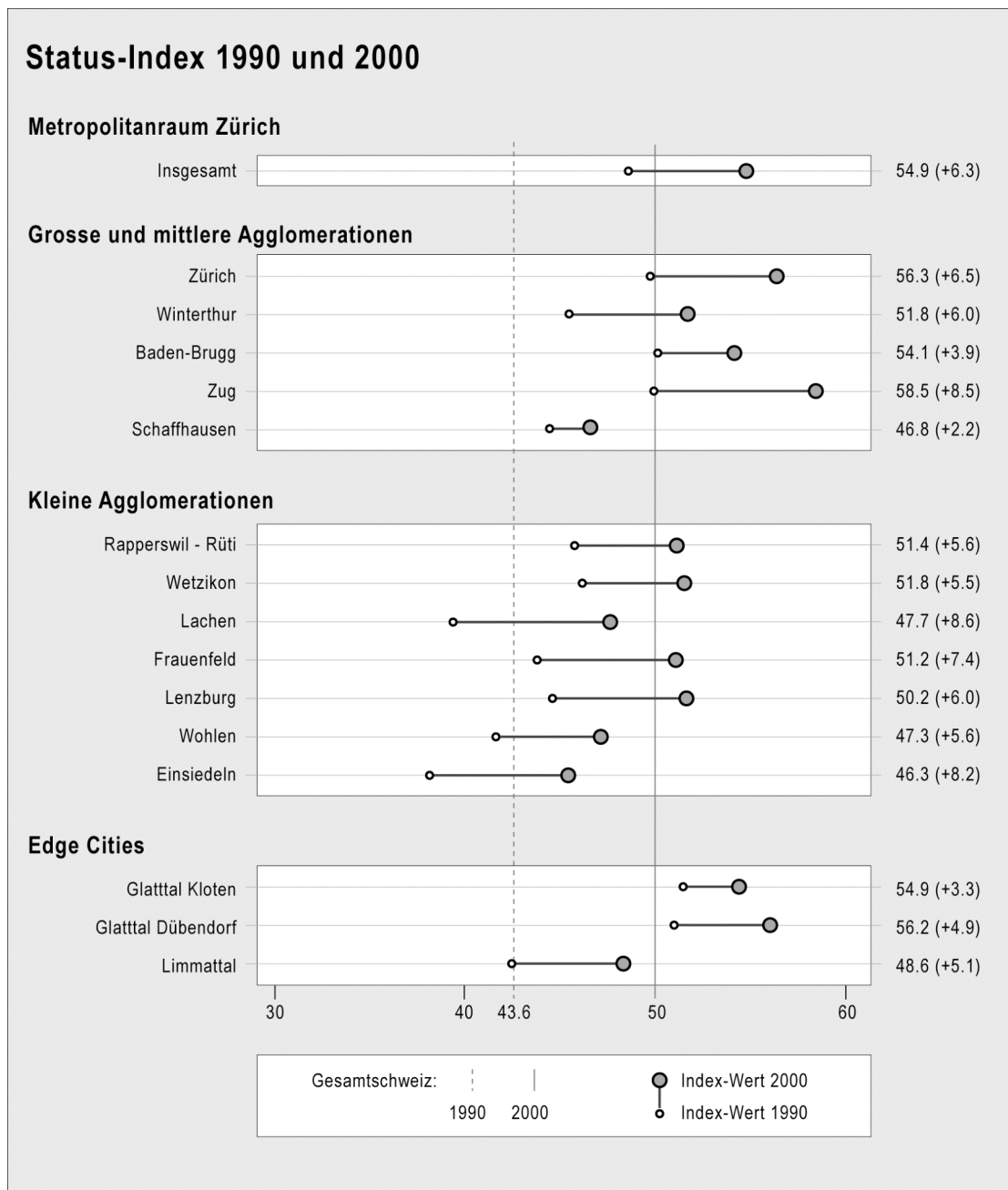


Abbildung 41: Entwicklung des Statusindex 1990/2000 in den Funktionalregionen des Metropolitanraums Zürich (eigene Darstellung)

Differenzierung des Metropolitanraums Zürich nach Status

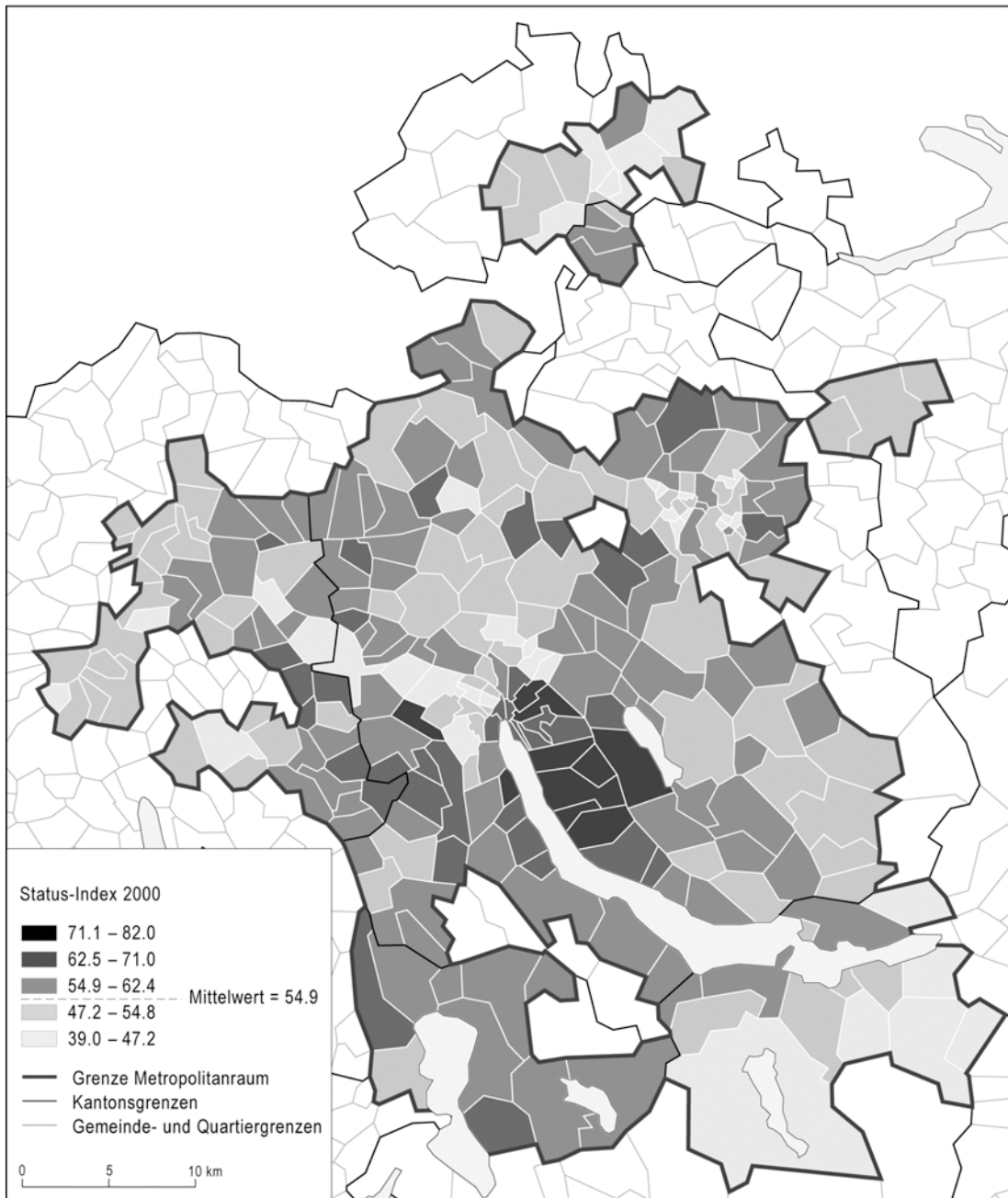


Abbildung 42: Vertikale Differenzierung des Metropolitanraums Zürich

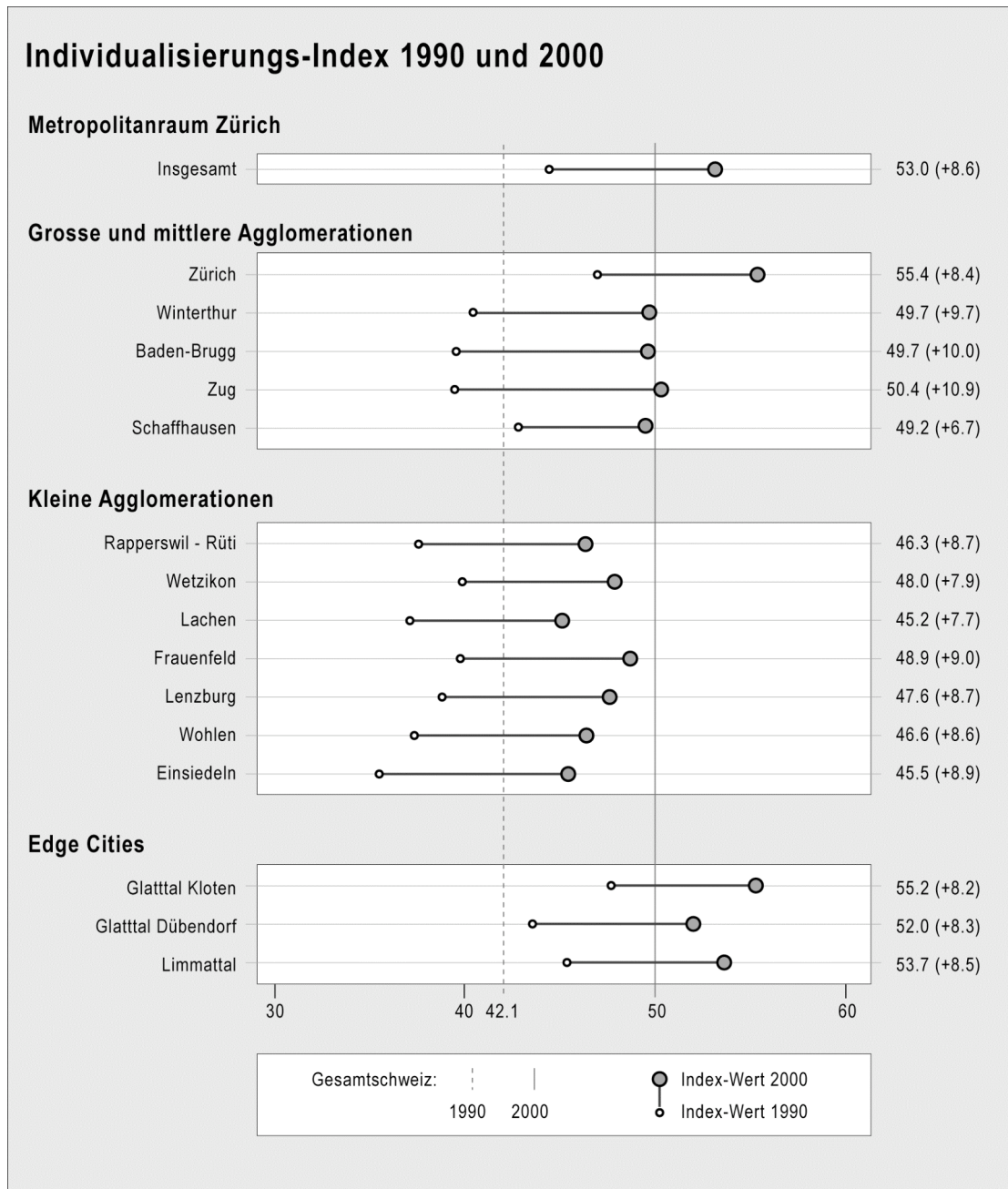


Abbildung 43: Entwicklung des Individualisierungsindex 1990/2000 in den Funktionalregionen des Metropolitanraums Zürich

Differenzierung des Metropolitanraums Zürich nach Lebensformen

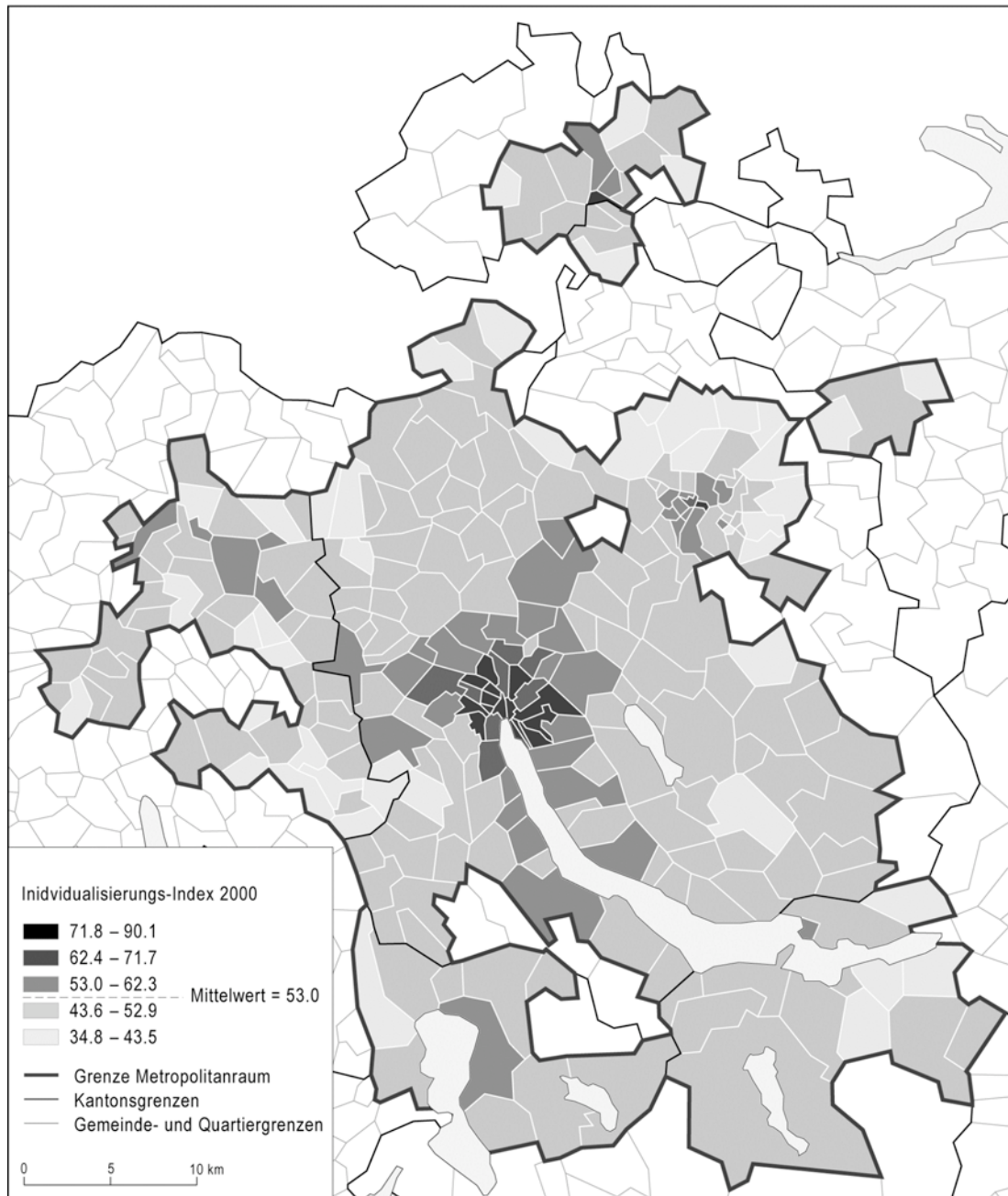


Abbildung 44: Horizontale Differenzierung des Metropolitanraums Zürich

In der kartografischen Darstellung (vgl. Abbildung 44) kommt das konzentrische Muster der horizontalen Differenzierung nach Lebensformen zum Ausdruck. Die höchsten Werte des Individualisierungsindex weisen die innenstädtischen Quartiere der Stadt Zürich auf. Daneben weisen auch viele Agglomerationsgemeinden des inneren Gürtels überdurchschnittlich hohe Individualisierungswerte auf. In den Nebenagglomerationen fehlen die hochgradig individualisierten kernstädtischen Milieus fast gänzlich. Dennoch zeichnet sich aber auch dort ansatzweise ein soziokultureller Stadt-Umland-Gegensatz zwischen den Kerngemeinden und dem Agglomerationsgürtel ab. Etwas ausgeprägter ist dieser Gegensatz in den Agglomerationen, deren Kerngemeinden einen eigenen städtischen Charakter haben, wie Baden, Rapperswil, Frauenfeld, Winterthur und Schaffhausen. Auch innerhalb der mittelgrossen Städte gibt es eine Konzentration der urbanen Lebensformen auf die zentralen Quartiere rund um den historischen Altstadt kern.⁸⁸

Insgesamt zeigt sich jedoch eine deutliche Konzentration der individualisierten Lebensformen auf die Kernregion des Metropolitanraumes, was sich auch darin offenbart, dass viele Gemeinden des inneren Agglomerationsgürtels der Stadt Zürich ebenso hohe oder sogar höhere Individualisierungswerte aufweisen als die Kerngemeinden der Nebenagglomerationen.

4.1.4.4 Sozialräumliche Umschichtungen

Die Veränderung des Statusindex zwischen 1990 und 2000 zeigt ein systematisches räumliches Muster. Deutlich bildet sich in der kartografischen Darstellung (Abb. 45) die bereits oben beschriebene konzentrische Dynamik der Hauptagglomeration ab, mit Aufwertungsprozessen in der Kernstadt und den periurbanen Regionen sowie der relativen Abwertung der inneren Agglomerationsgürtel. Dieses räumliche Muster ist die Folge von gleichzeitig stattfindender Reurbanisierung und Periurbanisierung. In den Nebenagglomerationen ist diese feine Struktur nicht zu erkennen. Einerseits sind die Agglomerationen dafür zu klein und andererseits erfassen Gentrifizierung und Supergentrifizierung vor allem die grossen Kernstädte und nicht die Kerngemeinden der Nebenagglomerationen.

Das konzentrische Muster der sozialräumlichen Konsequenzen von Reurbanisierung und Periurbanisierung wird durch grossräumige Umschichtungen und innerhalb des

⁸⁸ Am Beispiel der Städte Winterthur und Schaffhausen, die hier in ihren infrakommunalen Einheiten gegliedert dargestellt sind, zeigt sich die ausgeprägte soziokulturelle Urbanität der mittelalterlichen Altstädte. In beiden Städten weisen diese ähnlich hohe Individualisierungswerte auf wie die innenstadtnahen Quartiere von Zürich. Es ist anzunehmen, dass die soziokulturelle Urbanität auch in den Altstädten von Baden, Frauenfeld, Zug und Rapperswil hoch ist. Das kann hier jedoch nicht überprüft werden, weil für diese Städte die Datenbasis nicht auf Quartierebene verfügbar ist.

Metropolitanraumes überlagert. Das im letzten Abschnitt erwähnte Gefälle zwischen eher statushohem Süden und statusniedrigem Norden bildet sich auch in der Veränderung des Statusindex ab. Während im Norden des Metropolitanraumes nur vereinzelte periurbane Gemeinden eine relative Aufwertung erfahren haben, heben sich die Regionen südlich des Zürichsees markant als dunkler Block auf der Karte ab. Um die Bedeutung dieser Verschiebung zu würdigen, muss berücksichtigt werden, dass die Gemeinden am linken Zürichseeufer und in der Agglomeration Zug bereits 1990 überdurchschnittliche Statusindizes hatten. Offensichtlich zeichnet sich hier die Bildung einer grossräumigen Oberschichtsregion ab.

4.1.4.5 Soziokulturelle Urbanisierung

Das räumliche Muster der Veränderung des Individualisierungsindex ist auf der Karte in Abbildung 46 dargestellt. Es ist zu grossen Teilen komplementär zur räumlichen Verteilung der Höhe des Individualisierungsgrades (vgl. Abb. 44). Besonders stark gestiegen ist der Individualisierungsindex in den sub- und periurbanen Gemeinden, während in der Kernzone des Metropolitanraums ein geringerer Anstieg zu verzeichnen ist. Diese Entwicklung zeigt die Diffusion von urbanen Lebensformen von der Primatstadt in den suburbanen Raum und die Nebenagglomerationen. Nach wie vor besteht jedoch ein starkes Gefälle zwischen dem kernstädtischen Milieu der Primatstadt dem suburbanen Milieu.

4.1.4.6 Die Sozialraumstruktur des Metropolitanraums

Der Metropolitanraum Zürich weist in beiden Dimensionen der sozialen Differenzierung eine recht deutliche räumliche Strukturierung auf. Die vertikale Differenzierung nach sozioökonomischem Status zeigt ein sektorales Muster mit einer Oberschichtsregion im Süden und einer Unterschichtsregion im Norden und Westen der Primatstadt. Es zeigt sich weiter, dass sich mit der Verschmelzung der Hauptagglomeration und Nebenagglomerationen die sektorale Sozialraumstruktur nach aussen fortsetzt. Die horizontale soziokulturelle Differenzierung nach unterschiedlichen Lebensformen folgt einem konzentrischen Muster mit einem abnehmenden Individualisierungsgrad, ausgehend vom Zentrum der Primatstadt in den suburbanen und periurbanen Raum. Während im suburbanen Raum die bürgerlich traditionellen Lebensformen dominieren, sind diese im kernstädtischen Milieu in der Minderheit.

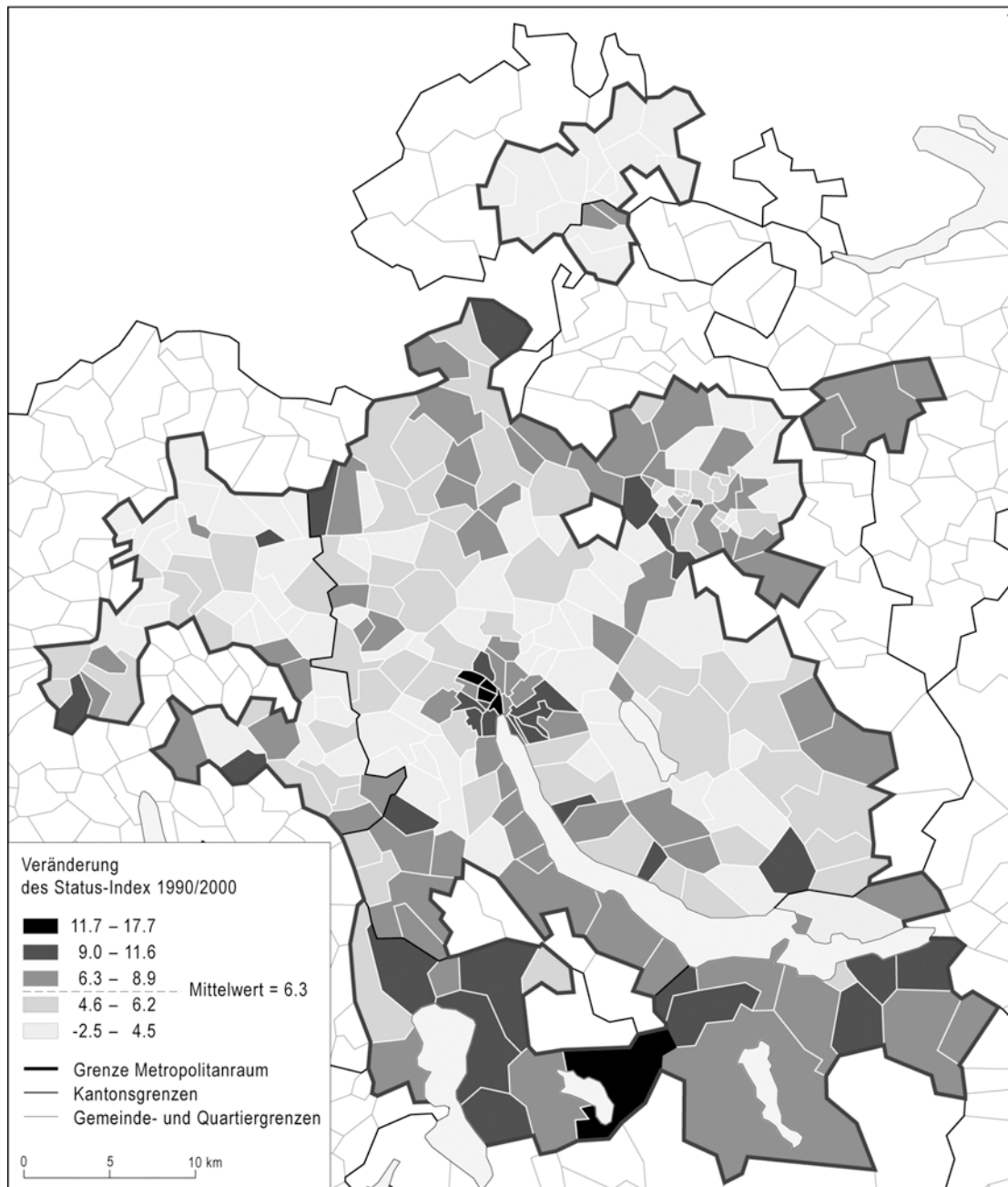
Relative Auf- und Abwertung innerhalb des Metropolitanraums Zürich

Abbildung 45: Soziale Aufwertung und Abwertung im Metropolitanraum Zürich

Relative Zunahme individualisierter Lebensformen im Metropolitanraum Zürich

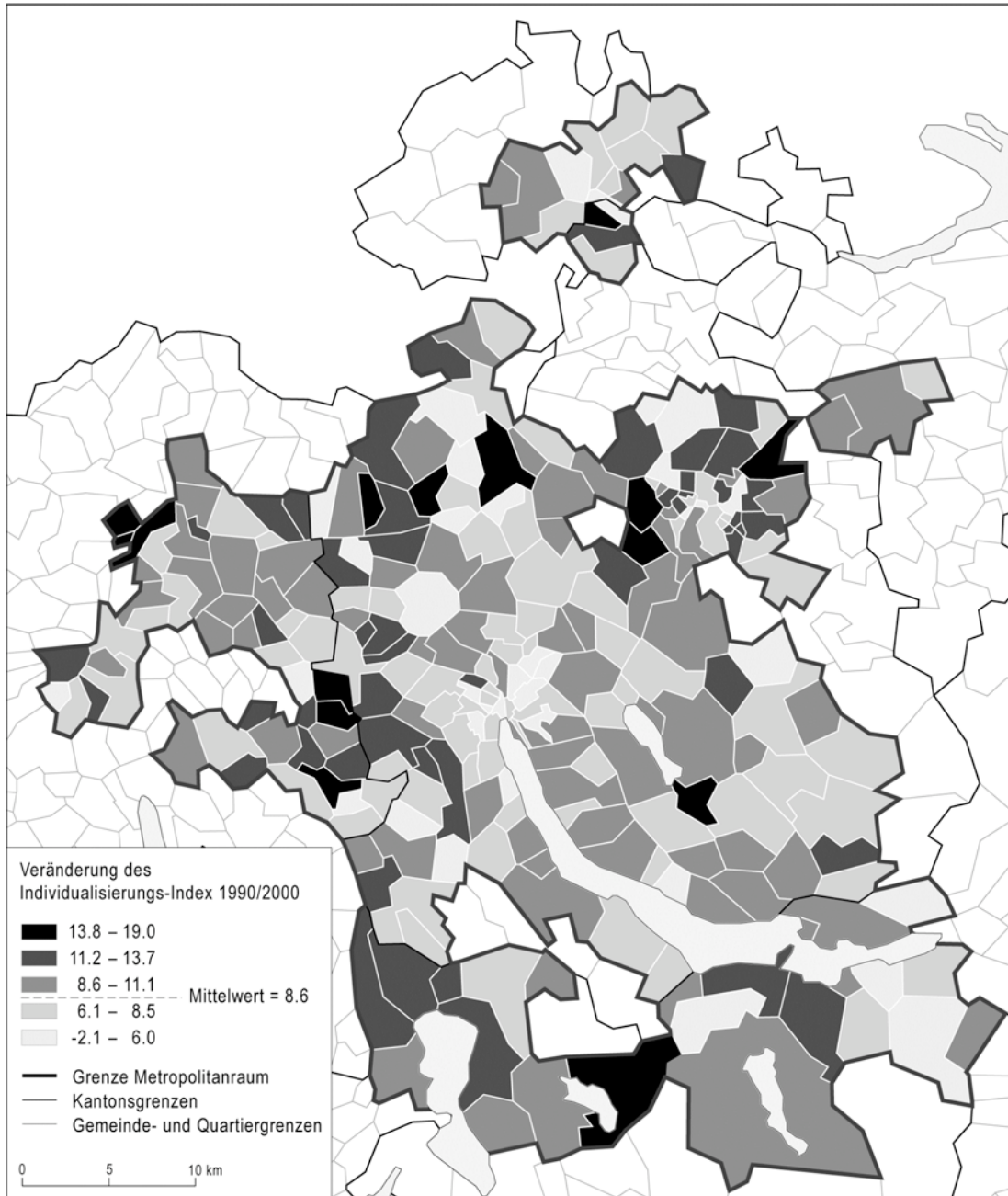


Abbildung 46: Diffusion der individualisierten Lebensformen im Metropolitanraum Zürich

Die festgestellten sozialräumlichen Umschichtungen innerhalb des Metropolitanraumes weisen in der Tendenz auf eine grossräumige Zweiteilung nach sozialem Status hin. Die traditionelle Oberschichtsregion der Agglomeration Zürich am rechten Zürichseeufer weitet sich im Süden entlang des Zürichsees und im Reusstal aus und verschmilzt mit dem Ausserschwyzer Bezirk Höfe und der Agglomeration Zug zu einer grossen Oberschichtsregion. Das sozialräumliche Gegenstück zur gehobenen Suburbia sind die wachsenden Unterschichtsquartiere im Norden und Westen der Primatstadt, im Glatttal und im Limmattal. Verstärkt wird diese ansatzweise erkennbare sozialräumliche Polarisierung der Hauptagglomeration durch die relative Abwertung der nördlichen Nebenagglomerationen Schaffhausen und Baden im Norden und im Westen.

Am Beispiel der relativen Abwertung der drei separat betrachteten Edge Cities zeigen sich die sozialräumlichen Konsequenzen der Entkopplung von Wohnen und Arbeiten. Zwar sind in der Untersuchungsperiode in den Edge Cities viele hochwertige Arbeitsplätze im tertiären Bereich entstanden (vgl. Borter et al. 2004). Diese Zunahme hat jedoch nicht zu einem Statusanstieg geführt, weil die Arbeitskräfte nicht in den entsprechenden Gemeinden wohnen. Die relative Abwertung ist eher auf eine Abnahme der Qualität des Wohnumfeldes zurückzuführen, die mit der Konzentration von Arbeitsplätzen einhergeht. Die neuen Dienstleistungskomplexe und Einkaufszentren führen zu Mehrverkehr, und damit stärkeren Immissionen. Zudem sind sie ausserhalb der Bürozeiten meist menschenleer und bieten keine attraktive Quartierstruktur für die Anwohner.

Eine besondere Rolle im Gefüge des Metropolitanraumes kommt den Kernstädten der Nebenagglomerationen zu. In funktionaler Hinsicht sind sie Subzentren oder Nebenkern der gesamten Stadtregion, die als Standorte für Arbeitsstätten und als Versorgungszentren wirken. In sozialräumlicher Hinsicht sind sie Zellen des urbanen Lebensstils im suburbanen Raum. Dabei ist ein Unterschied festzustellen zwischen den eigentlichen Kern-Städten, die auch morphologische Städte mit einem historischen Stadtkern sind, und den Kern-Gemeinden, die eher den Charakter von grossen Dörfern haben. Die historisch gewachsenen morphologischen Städte haben unabhängig von der Einwohnerzahl eine urbanere Sozialstruktur als die grossen Dörfer.

Besonders schön zeigt sich der Unterschied im Vergleich der beiden Kerngemeinden Wetzikon und Rapperswil. Wetzikon ist im Zuge der Industrialisierung von einem Dorf zu einer Kleinstadt angewachsen und zählt heute 18'200 Einwohner. Dabei ist Wetzikon trotz seiner Zentrumsfunktionen ein grosses Dorf geblieben und hat keine städtische Identität entwickelt (vgl. Windisch 2004). Rapperswil dagegen ist eine

Kleinstadt, die bereits im Spätmittelalter von Bedeutung war, zählt zwar nur 7'100 Einwohner, bezeichnet sich aber seit jeher als Stadt. Der Statusindex beider Städte liegt bei rund 50 Punkten, der Individualisierungsindex in der Stadt Rapperswil liegt jedoch um 4 Punkte über demjenigen von Wetzikon.

In der betrachteten Untersuchungsperiode haben sich die Unterschiede zwischen Kern-Städten und Kern-Gemeinden akzentuiert. Im Zuge der funktional- und sozialräumlichen Reorganisation der Metropolitanräume ist zu erwarten, dass die Kern-Städte mit einem urbanen Charakter wie Rapperswil ihre Funktion als Sub- und Nebenzentren werden stärken können und sich zu Zellen der soziokulturellen Urbanität entwickeln. Kern-Gemeinden wie Wetzikon tendieren dagegen eher dazu, ihre Funktion als Subzentren zu verlieren und eine Funktion als suburbane Wohngemeinde oder als Edge City einzunehmen.

4.1.5 Diskussion der Ergebnisse

4.1.5.1 Der Einfluss des sprachkulturellen Kontextes

Im Vergleich der sozialräumlichen Strukturierung der fünf Schweizer Grossstadtagglomerationen zeigen sich sowohl Einflüsse des sozioökonomischen als auch des sprachkulturellen Kontextes. Gemäss der These von Sassen (1991) bzw. Häussermann/Siebel (1995) ist die soziale und die sozialräumliche Polarisierung in Städten mit international orientierten Finanzplätzen und Global Cities stärker als in binnenorientierten Stadtregionen oder Industriestädten (vgl. Kap. 2.3.1). Unsere Befunde zeigen jedoch, dass primär der kulturelle Kontext der Agglomeration von Bedeutung ist für die Art und Stärke der Segregation und der sozialräumlichen Polarisierung und der Wirtschaftsstruktur nur eine sekundäre Bedeutung zukommt.

Die Stadtregionen der beiden Global Cities, Zürich und Genf, zeigen zwar die grösste vertikale Differenzierung der fünf Grossstadtagglomerationen, von einer vertikalen sozialräumlichen Polarisierung kann jedoch nur im Fall von Genf und Lausanne gesprochen werden. Demgegenüber zeigt sich eine horizontale Polarisierung zwischen kernstädtischem und suburbanem Milieu in allen Grossstadtagglomerationen. Am stärksten ausgeprägt ist sie jedoch nicht in den Global Cities, sondern in der kleinen und ausserordentlich stark am nationalen Kontext orientierten Agglomeration Bern.

Am ehesten lässt sich die Kompaktheit der Agglomeration Basel mit der These von Häussermann und Siebel (1995) in Einklang bringen, wonach die Sozialstruktur und die sozialräumliche Differenzierung der Dienstleistungszentren disperser ist als die

der Industriestädte. So zeichnet sich die industriell geprägte Agglomeration Basel in beiden Dimensionen durch eine relativ geringe Variationsbreite und Streuung aus. Insgesamt dominieren die Einflüsse des kulturellen Kontextes auf die sozialräumliche Strukturierung über den Einfluss des sozioökonomischen Kontextes. Die räumliche Separation der Ober- von der Unterschicht in der Suisse Romande ist stärker als in der Deutschschweiz. Gerade umgekehrt verhält es sich mit der Segregation nach Lebensformen und Lebensstilen. Der Graben zwischen den von bürgerlich-traditionellen Lebensformen geprägten suburbanen Milieus und den individualisierten kernstädtischen Milieus ist in den drei Deutschschweizer Agglomerationen stärker ausgeprägt als in den beiden Westschweizer Ballungsräumen.

4.1.5.2 Angleichung der Sozialraumstrukturen der Grossstadtagglomerationen

Die sozialräumliche Dynamik zeigt in allen Schweizer Grossstadtagglomerationen ein ähnliches Muster. In allen fünf Agglomerationen sind starke Reurbanisierungstendenzen festzustellen, die sich mit dem fortschreitenden Trend der Suburbanisierung überlagern. Die Suburbanisierung manifestiert sich in einer sozioökonomischen und soziokulturellen Angleichung der periurbanen äusseren Agglomerationsgürtel an die suburbanen Gemeinden der älteren Agglomerationsgürtel. In allen fünf Stadtregionen ist auch eine mehr oder weniger starke Aufwertung der innenstädtischen mittelalterlichen Stadtkerne und gründerzeitlichen Stadtquartiere festzustellen. Ferner findet in allen fünf Agglomerationen eine Verlagerung der A-Stadt-Phänomene in die statusniedrigen Vorstädte statt.

Während sich die bestehenden Sozialraumstrukturen der Grossstadtagglomerationen aufgrund des sprachkulturellen Kontextes unterscheiden, ist die sozialräumliche Dynamik unabhängig davon. Gentrifizierungs- und Marginalisierungsprozesse verlaufen in den deutschsprachigen und frankophonen Agglomerationen analog und schlagen sich auch räumlich in analoger Weise nieder. Auch zum ökonomischen Kontext ist kein Zusammenhang auszumachen. Zwar nehmen Gentrifizierung wie auch Marginalisierung in der Agglomeration Zürich die stärkste Ausprägung an. Dies scheint jedoch eher mit der Grösse der Agglomeration zu tun zu haben als mit ihrer Ausrichtung als internationaler Finanzplatz. Selbst in der binnenorientierten Agglomeration Bern, die insgesamt eine relative Abwertung erfahren hat, sind markante Umstrukturierungen durch Gentrifizierungs- und Marginalisierungsprozesse zu verzeichnen.

Die Gleichförmigkeit der sozialräumlichen Dynamik in den Schweizer Grossstadtagglomerationen deutet darauf hin, dass hier eine Angleichung der Sozialraumstrukturen stattfindet. Die Reurbanisierung ist demnach als globales Phänomen der postfor-

distischen Regulation zu betrachten, das mit einer veränderten Perzeption des Städtischen in der späten Moderne zusammenhängt, welche sich unabhängig vom sozio-ökonomischen und sprachkulturellen Kontext vollzieht.

4.1.5.3 Gentrifizierung – Ausdruck des Wertewandels

Die empirischen Befunde zu den innerstädtischen Aufwertungsprozessen reihen sich ein in die empirischen Untersuchungen zur Gentrifizierung in verschiedenen kulturellen Kontexten und stützen die These von Neil Smith (2002), dass sich das Phänomen der Gentrifizierung von einer lokalen Anomalie zum global auftretenden und in ähnlicher Form ablaufender Prozess der urbanen Regeneration entwickelt hat. Die These von Smith (1996), dass Gentrifizierung ein räumlicher Ausdruck des Klassenkampfes ist und als eine Rückeroberung der Innenstädte durch das Bürgertum zu betrachten ist, lässt sich gemäss unseren Befunden jedoch nicht halten. Die Aufwertung der Innenstädte hat keinen Rückgang des Individualisierungsgrades zur Folge und es tritt auch keine Verbürgerlichung der Innenstädte ein. Im Gegenteil, es sind gerade die am stärksten individualisierten geografischen Milieus, die stark aufgewertet wurden.

Die Reurbanisierung in der Schweiz wird getragen von einer spezifischen Fraktion der Mittelklasse und ist als Folge der horizontalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu betrachten (vgl. Ley 1996). Die Gentrifiers in der Schweiz sind der Gruppe der «Bohemian Bourgeois» (Brooks 2000) zuzurechnen, d.h. einer Schicht die einerseits den ungebundenen und unkonventionellen Lebensstil der Bohémiens pflegt und gleichzeitig mit kreativen und kulturellen Dienstleistungen ein gutes Einkommen generiert. Wie im nächsten Kapitel noch zu zeigen sein wird, manifestiert sich die Gentrifizierung auch in politischer Hinsicht keineswegs in einem Rechtsrutsch der aufgewerteten ehemaligen Arbeiterquartiere, sondern in einer linksliberalen Weltanschauung die der postmaterialistischen Werthaltung im Sinne Ingleharts (1977) entspricht.

Die Gentrifizierung erfasst nicht nur ehemalige Arbeiterquartiere, sondern zumindest in der Deutschschweiz und da insbesondere in der Stadt Zürich auch traditionelle Mittelschichts- und Oberschichtsquartiere. Mit ein Grund für die ausgeprägte Super-Gentrifizierung in Zürich scheint die starke Internationalisierung des Finanzplatzes und der gesamten Stadtregion sein. Zumindest sprechen einige Indizien dafür. So weisen gemäss Heye/Leuthold (2004: 21–26; 40–43) die aufgewerteten Mittel- und Oberschichtsquartiere der Stadt Zürich die höchsten Anteile statushoher Ausländer auf, insbesondere von Personen aus nord- und westeuropäischen Staaten. Zudem werden gegenwärtig von allen gehandelten Liegenschaften in den zentralen Ober-

schichtsquartieren am Zürichberg angeblich rund 50% von Ausländern erworben, häufig von Personen, die selbst nicht Wohnsitz in Zürich haben, sondern regelmässig geschäftlich in der Stadt sind.⁸⁹

Wenn sich dieser Trend fortsetzt, so ist eher das Gegenteil von Smith's These zu erwarten, nämlich dass die Reurbanisierung der Schweizer Grossstädte nicht zu einer Rückeroberung der Innenstädte durch das Bürgertum führt, sondern eher zu einer Verdrängung des traditionellen Bürgertums aus seinen angestammten Quartieren durch die Klasse der international orientierten mittleren und höheren Kader der wissensbasierten Dienstleistungen.

4.1.5.4 The Quartered City – Quartierbildung in den Metropolitanräumen

Die Untersuchungen zur sozialräumlichen Dynamik der Metropolitanräume wurde hier nur am Beispiel von Zürich durchgeführt. Deshalb sind diese nun nachfolgenden Überlegungen streng genommen auch nur für diesen Raum gültig. In einer verallgemeinerten Form dürften sie jedoch auch auf die anderen beiden bedeutenden Metropolitanräume des Landes, Genf-Lausanne und Basel, zutreffen.

Die konzentrischen Struktur der soziokulturellen Differenzierung mit der sektoralen Struktur der sozioökonomischen Differenzierung des Metropolitanraums Zürich entspricht dem Stadtentwicklungsmodell von Murdie (1969). Neben dieser Grobstruktur sind vor allem sozialräumliche Umschichtungen auszumachen und die Ausbildung einer mehrkernigen sowohl in funktionaler als auch in sozialräumlicher Hinsicht fein ausdifferenzierten Stadtregion. In Anlehnung an Marcuse (1997) kann in Bezug auf die Schweizer Metropolitanräume von einer *Quartered City* gesprochen werden. Dabei lassen sich verschiedene Quartiertypen identifizieren.

⁸⁹ Diese Information lässt sich hier nicht mit Zahlen oder mit einer schriftlichen Quelle belegen. Sie wurde dem Autor anlässlich eines Workshops zu Szenarien der Quartierentwicklung in der Stadt Zürich von einem Kenner des Zürcher Immobilienmarktes zugetragen.

<i>Traditionelle Oberschichtsgemeinden</i>	Habitate der alteingesessenen Bourgeoisie. Wohngemeinden mit wenigen Arbeitsstätten, statushohe Bevölkerung, Dominanz der bürgerlich traditionellen Lebensweise, zunehmende Überalterung.
<i>Mittelständische Suburbia</i>	Wohngebiete der Mittelschichten mit bürgerlich-traditionellen Lebensstilen.
<i>Gentrifizierte Quartiere</i>	Wohngebiete der neuen urbanen Mittelschichten, innenstadtnahe ehemalige Arbeiterquartiere. Funktional durchmischt mit Wohnen, Arbeits- und Vergnügungsstätten. Dominanz der individualisierten Lebensformen, gemischte Bevölkerung, hohe Anteile Ausländer und Fremdsprachiger, geringe Anteile Betagter, Kinder und Jugendlicher.
<i>Super-Gentrifizierte Quartiere</i>	Wohngebiete der neuen städtischen Oberschichten. Wenig Jugendliche, Kinder und jüngere Erwachsene, hoher Individualisierungsgrad. Habitate der international orientierten Kader der Wissensökonomie.
<i>Marginalisierte Vorstädte</i>	Wohngebiete der Unterprivilegierten, hohe Anteile Einkommensschwache, Ausländer mit Integrations-schwierigkeiten. Liegen am Stadtrand und den inneren Agglomerationsgürteln.
<i>Aufgewertete Suburbia</i>	Neue Habitate der bürgerlichen Mittel- und Oberschichten, an gut erreichbarer und landschaftlich attraktiver Lage.
<i>Edge Cities</i>	Suburbane Arbeitsplatzgemeinden, eher statusniedrige Wohnbevölkerung, hohe Anteile Fremdsprachiger, Tendenz zur sozialen Abwertung.
<i>Kernstädte der Nebenagglomerationen</i>	Zellen der soziokulturellen Urbanität, durchmischte Bevölkerungsstruktur, überdurchschnittliche Anteile individualisierter Lebensformen.

4.1.5.5 Die Bedeutung naturräumlicher Faktoren

Im Vergleich der sozialräumlichen Dynamik der Schweizer Grossstadregionen haben sich verschiedentlich lagebedingte Anomalien vom allgemeinen Muster gezeigt, die auf die topografischen Verhältnisse zurückzuführen sind. Insbesondere an sonnigen Hanglagen und Seeufern ist eine starke soziale Aufwertung zu verzeichnen. Besonders deutlich zeigt sich dieser Einfluss der naturräumlichen Faktoren im Metropolitanraum Zürich.

Den naturräumlichen Bedingungen kommt in einer spätmodernen Stadtregion eine neue Bedeutung zu. Während in vormoderne Zeit naturräumliche Bedingungen in erster Linie eine Bedeutung als Primärressourcen zur Güterproduktion zukam, erhalten sie im urbanen Kontext der Spätmoderne den Charakter einer Tertiärressource als ästhetische Kulisse für Erholung, Freizeitaktivitäten und Kontemplation. Im durch Mobilität geformten Metropolitanraum sind die Qualitäten des Wohnumfeldes zu stärkeren Determinanten der Segregation geworden als die Nähe zum Arbeitsplatz oder zu Konsum- und Vergnügungseinrichtungen. Physischen Faktoren des Wohnumfeldes wie landschaftliche Schönheit, Sonneneinstrahlung, fehlende Belastung durch Immissionen von Verkehr oder Industrieanlagen sind begehrte Wohnstandortfaktoren. Als Folge einer starken Nachfrage sind die Preise dieser Standortfaktoren entsprechend hoch, so dass an den naturräumlich begünstigten Lagen ein selektiver Zuzug von einkommensstarken Bevölkerungsgruppen und eine Verdrängung der einkommensschwächeren Schichten stattfindet.

Die grossräumige Umschichtung im untersuchten Metropolitanraum Zürich ist zu einem wesentlichen Teil auf die naturräumlichen Bedingungen zurückzuführen. Die südliche Region verfügt mit vielen sonnigen Hanglagen über attraktive Wohnlagen mit Aussicht auf Berge und Seen. Zudem gereicht den ehemals stark ländlich geprägten Gemeinden der äusseren Zentralschweiz heute zum Standortvorteil, dass sie nur schwach von der Industrialisierung erfasst worden waren und ihnen damit weder Narben von Industrieanlagen und Verkehrswegen in der Landschaft noch veraltete Wohnsiedlungen geblieben sind. Damit hat diese Region optimale Voraussetzungen für eine Entwicklung vom ländlichen Raum zur gehobenen Suburbia.

In der wachsenden Unterschichtregion im Norden und Westen der Stadt Zürich sind die naturräumlichen Bedingungen weniger vorteilhaft. Umso stärker fallen dort die Immissionen durch den Verkehr ins Gewicht. Diese tragen zu einer Verschlechterung des Wohnumfeldes bei. Besonders die relative soziale Abwertung der nördlich der Stadt gelegenen Region im Glatttal ist auf die Lärmbelastungen durch den dort liegenden Flughafen zurückzuführen.

4.1.5.6 Institutionelle Einflüsse

Der schweizerische Föderalismus bringt es mit sich, dass ein erheblicher Teil der Einkommenssteuern von den Kantonen und den Gemeinden erhoben werden, die in der Ausgestaltung ihrer Steuersysteme und der Festlegung der Steuersätze grosse Autonomie besitzen. Dadurch variiert die Steuerbelastung des Einkommens beträchtlich zwischen den Kantonen und Gemeinden. Die grossen Metropolitanräume erstrecken sich über mehrere Kantone und sind dadurch in Räume mit unterschiedlichen Steuersystemen, Steuerbelastungen und Leistungen der öffentlichen Hand fragmentiert.

Diese politisch-administrative Fragmentierung wirkt sich in der Form auf die sozialräumliche Strukturierung und Umschichtung in den Metropolitanregionen aus, die man als «institutionelle Anomalie» bezeichnen kann. Der Steuersatz ist ein Standortfaktor, der in die Entscheidung bei der Wohnstandortwahl einfließt. Eine Reihe von empirischen Studien untersuchten den Einfluss der Steuerbelastung auf die Wohnstandortwahl und konnten vor allem für hohe Einkommen einen starken Einfluss der Steuerbelastung auf die Wahl des Wohnortes nachweisen (Feld 2000). Bezüger hoher Einkommen lassen sich eher in einem Kanton oder einer Gemeinde mit niedriger Steuerbelastung nieder, und Bezüger von niedrigen Einkommen lassen sich eher dort nieder, wo die hohen Einkommen stärker besteuert werden. Durch diese Effekte sind gemäss Feld (2000) die Gemeinden bezüglich ihrer Sozialstruktur homogener, als sie es ohne den Steuerwettbewerb wären. Der Effekt der Steuerunterschiede ist gemäss Feld (2000) umso grösser, je grösser die Differenzen der Steuerbelastung zwischen den Gebietseinheiten sind.

In mehreren der untersuchten Stadtregionen sind solche institutionell bedingte Anomalien der sozialräumlichen Dynamik auszumachen, so etwa in der Agglomeration Genf an der Kantonsgrenze zur Waadt oder in der Agglomeration und im Metropolitanraum Zürich zwischen dem Kanton Zürich und den Kantonen Zug und Schwyz. Letztere sind die steuergünstigsten Kantone der gesamten Schweiz (ESTV 2006). In der Betrachtung der sozialräumlichen Dynamik des Metropolitanraumes hat sich die starke Aufwertung der südlichen Regionen gezeigt, die zu einem grossen Teil in den Kantonen Zug und Schwyz liegen. Die Gemeinden am Zürichsee gehören innerhalb des Kantons Zürich ebenfalls zu den steuergünstigsten Gemeinden.⁹⁰ Neben der landschaftlichen Eignung ist die geringe Steuerlast ein zweiter wichtiger Grund für die Entwicklung dieser Region zum «Oberschichtsquartier» des Metropolitanraums.

⁹⁰ Vgl. www.statistik.ktzh.ch, Themenbereich: Öffentliche Finanzen.

4.1.5.7 Angekommen in der Spätmoderne

Unsere Ausführungen in diesem Teil der empirischen Analyse zeigen, dass die Urbanisierung der Schweiz nicht nur ein morphologisches oder ein raumplanerisches Phänomen ist, sondern auch eine soziokulturelle Komponente hat. Die urbanen Lebensweisen und die damit verbundenen Möglichkeiten, aber auch Probleme expandieren in die Agglomerationsgürtel und in den ländlichen Raum. Grosse Teile des Landes organisieren sich räumlich nach städtischen Prinzipien auf der Basis von Mobilität und quasi-uneingeschränkter Erreichbarkeit von Gütern, Infrastruktur, Arbeitsplätzen, Freizeiteinrichtungen usw. und entmischen sich daher in funktionaler und sozialer Hinsicht in grossräumige Quartiere.

Unsere empirischen Befunde zur sozialräumlichen Dynamik zeigen die Charakteristiken des postfordistischen Regulationsregimes. Gegenläufige Trends von Peri- und Reurbanisierung überlagern sich gegenseitig, bringen aber typische Muster der sozialräumlichen Differenzierung und Umschichtung hervor. Die Umschichtungsprozesse von Gentrifizierung und Marginalisierung gleichen sich in allen grossen Stadtregionen. Während sich die Sozialraumstruktur der grossen Agglomerationen in der Hochmoderne je nach sozioökonomischem und sprachkulturellem Kontext der Stadt verschieden ausbildete, scheint die durchgehende Tertiarisierung der Wirtschaft und die Flexibilisierung von privaten und staatlichen Organisationen ihre Wirkung losgelöst vom lokalen oder regionalen Kontext zu zeigen.

So findet eine Nivellierung der grossräumigen interregionalen Unterschiede der Stadtregionen statt. Gleichzeitig entsteht innerhalb der Stadtregionen eine fein ausdifferenzierte Struktur von unterschiedlichen Standortqualitäten und damit eine Steigerung der intraregionalen Vielfalt von Wohnquartieren und soziokulturellen Habitaten. Im zweiten Teil dieser empirischen Analyse wird es darum gehen, die politikgeografische Dimension dieser sozialräumlichen Strukturen und ihre Veränderung nachzuzeichnen.

Die sozialräumliche Dynamik erfolgt jedoch nicht ahistorisch und kontextlos, sondern baut immer auf bestehenden Strukturen auf, es ändern sich jedoch die Bedeutungszuweisungen und die Prioritäten zu diesen vorgegebenen Strukturen. Die Nähe von hochwertigen Arbeitsplätzen war in der Hochmoderne ein Garant für wirtschaftliche Prosperität und den Zuzug einer wohlhabenden Wohnbevölkerung. Unter spätmodernen Bedingungen gilt diese Gleichung nicht mehr. Soziale, naturräumliche, institutionelle und ästhetische Faktoren sind bedeutsamer geworden für die Wohnstandortwahl der Individuen und spielen deshalb auch eine wichtigere Rolle für die sozial- und funktionalräumliche Strukturierung der Stadtregionen.

4.2 Die weltanschauliche Dimension

Die Basis für die Analyse der mentalen Topografie der Schweiz sind die Gemeinderesultate der 213 eidgenössischen Volksabstimmungen zwischen 1981 und 2005. Da es sich bei diesen Daten um eine Vollerhebung von effektiven politischen Entscheidungen handelt, besitzen alle gefundenen Zusammenhänge – und seien sie noch so fein und differenziert – eine reale Basis. Sie repräsentieren Unterschiede im politischen Verhalten derer, die sich an Abstimmungen beteiligen (sie erlauben jedoch keine direkten Aussagen über die freiwilligen oder unfreiwilligen Stimmabstinenten). Die Vollerhebung bildet die Grundlage für einen Zugang im Sinne der quantitativen Hermeneutik (vgl. Kap. 3.1). Die Datenbasis kann nicht nur zur Beantwortung vorgängig erstellter Fragestellungen verwendet werden, sondern erlaubt ein induktives Aufdecken von Strukturen und Zusammenhängen. In einem hermeneutischen Analysezirkel können die gefundenen Strukturen verfeinert und mit sekundären Daten empirisch fundiert werden. Durch die langjährige Analyse und Beobachtung der sich wandelnden mentalen Topografie haben wir ein zunehmend differenzwerteres Bild der politisch-mental Landschaft der Schweiz entwickeln können.

Die nachfolgende empirische Analyse der mentalen Topografie und ihrem Wandel baut auf den bisherigen Analysen und Publikationen zum Thema auf (vgl. Hermann/Leuthold 2001b; 2003a; 2003b, 2004a, 2005a).

4.2.1 Die mentale Topografie im Überblick

Um einen ersten Überblick über die mentale Topografie der Schweiz zu erhalten, lohnt sich der Blick auf die politische Landkarte der Schweiz wie wir sie im «Atlas der politischen Landschaften – ein weltanschauliches Porträt der Schweiz» publiziert haben (Hermann/Leuthold 2003a). In dieser integrierten Kartendarstellung spiegeln sich die wichtigen politisch-weltanschaulichen Spannungsfelder, die in diesem Land bestehen.

4.2.1.1 Die Sprachregionen

Die drei Hintergrundfarben grün, rot und ocker repräsentieren die Dominanzgebiete der grossen Sprachregionen. Zwischen links und liberal erstreckt sich das Kerngebiet der Romandie (rot). Die Deutschschweiz beherrscht die ganze rechte Hälfte des politischen Raums (grün). Sie erstreckt sich von rechtsliberal bis rechtskonservativ.

Die Lage der Dominanzgebiete zeigt einen wichtigen Unterschied in der Konfliktstruktur im frankophonen und im deutschsprachigen Teil des Landes. Die Romandie weist die stärkste Ausdehnung auf der horizontalen Links-rechts-Achse aus, in der

Deutschschweiz zeigen sich die grössten regionalen Gegensätze dagegen auf der politischen Achse liberal-konservativ. Auch die kleinste der grossen Sprachregionen, die italienischsprachige Schweiz, besitzt ein eigenes Dominanzgebiet im linkskonservativen Feld des politischen Raums (ocker).

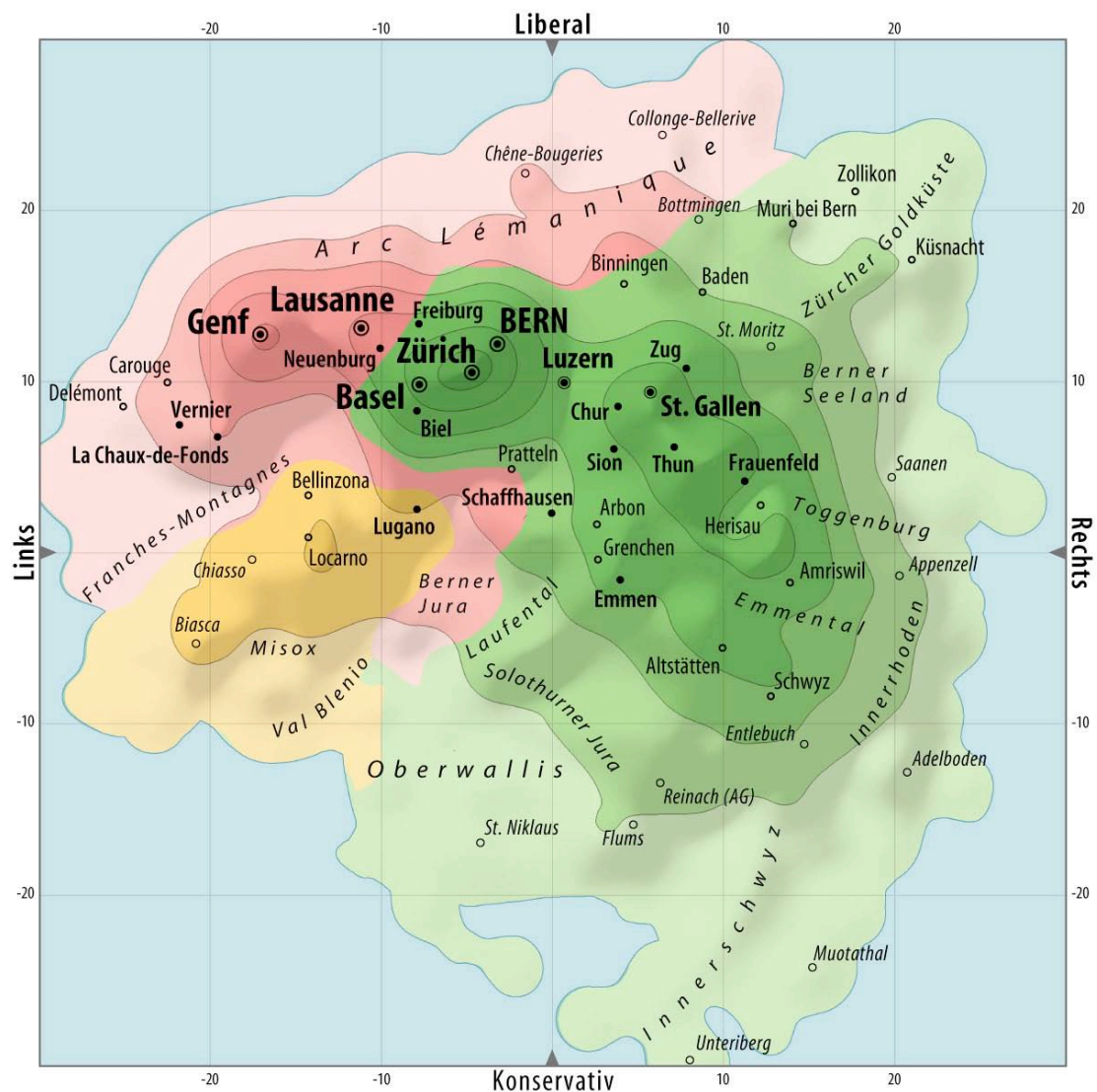


Abbildung 47: Politische Landkarte der Schweiz im Koordinatensystem links-rechts, liberal-konservativ (Quelle: Hermann/Leuthold 2003a: 59)

Die Karte zeigt ausgeprägte Unterschiede im politischen Profil der Sprachregionen, sie zeigt aber auch typische Muster innerhalb davon. Auffällig ist die Ballung der grossen Städte im linksliberalen Quadranten der Karte. Auf der entgegengesetzten Seite – im rechtskonservativen Quadranten – konzentrieren sich die ländlich-periphere Regionen und Gemeinden.

4.2.1.2 Der Zentrum-Peripherie-Gegensatz

Die Lage der grösseren und kleineren Städte und die Lage der zentrumsnahen und der zentrumsfernen Regionen macht deutlich, dass die Diagonalen des politischen Raums zwischen linksliberal und rechtskonservativ wesentlich durch den Zentrum-Peripherie-Gegensatz geprägt ist. Die Relevanz dieses Gegensatzes für die mentale Topografie der Schweiz wird von der Gestalt der «Gebirgstopografie» unterstrichen. Die Höhe des Gebirges repräsentiert die «Mächtigkeit» der Bevölkerung am jeweiligen Ort der politischen Landkarte (vgl. Hermann/Leuthold 2003a). Der Verlauf des Gebirgsrückens vom linksliberalen Genf bis zum rechtskonservativen Schwyz repräsentiert die Hauptachse der regionalen mentalen Differenzierung.

4.2.1.3 Der soziale Gegensatz

Dies ist jedoch nicht alles, was die Übersichtskarte über die mentale Topografie zu enthüllen vermag. Wer mit den Verhältnissen in der Schweiz vertraut ist, erkennt sofort den spezifischen Charakter der Gemeinden im rechtsliberalen Quadranten. Orte wie Zollikon bei Zürich, Bottmingen bei Basel, Collonge-Bellerive bei Genf oder Muri bei Bern gehören zu den besten Adressen im Umland der grossen Deutschschweizer Städte. Die rechtsliberalen Ausläufer der politischen Landkarten sind von den statushohen Gemeinden der grossen Agglomerationen besetzt.

Das sozialräumliche Gegenstück zu den statushohen Agglomerationsgemeinden sind die Arbeitervororte und -vorstädte, in denen sich die unterprivilegierten Schichten konzentrieren. Auf der politischen Landkarte der Schweiz nehmen diese Orte keine exponierte Position ein. Dies gilt zumindest für die Arbeitervororte der Deutschschweiz. Im französischsprachigen Teil finden sich mit Vernier und Carouge, zwei Arbeitervorstädte von Genf, ganz links aussen auf der Karte. Zusammen mit den Regionen des Jurabogens markiert das grossstädtische Arbeiterumland den linken Pol der politischen Landkarte der Romandie. In der Deutschschweiz sind dagegen die grossen Kernstädte am weitesten links positioniert. Die Industrie- und Arbeitergemeinden nehmen dagegen eine eher unauffällige Position in der Mitte der politischen Landkarte ein. Beispiele sind Pratteln bei Basel und Schlieren bei Zürich. Die Arbeiter- und Industriegemeinden der Schweiz sind nur im Vergleich zu den ländlichen Regionen und im Vergleich zu den Gemeinden der Oberschicht eher links positioniert.

4.2.1.4 Historisch-kulturelle und sozioökonomische Faktoren

In der Darstellung der politischen Landkarte der Schweiz kommt sehr schön der multifaktorielle Charakter der politisch-mental Topografie zum Ausdruck. Die

Position der Gemeinden und Regionen ist ebenso durch sozioökonomische Gegensätze (soziale Schichtung, Zentralität) als auch durch kulturelle Faktoren (Sprache) bestimmt. Im «Atlas der politischen Landschaften» (Hermann/Leuthold 2003a) haben wir die feingliederige Vielfalt der mentalen Topografie dieses Landes dargestellt. Wir konnten dabei zeigen, dass neben der Sprache zu einem geringeren Grad auch die Konfession als kultureller Faktor die Mentalitätsunterschiede mitprägt. So ist beispielsweise die ökologische Orientierung in katholischen Regionen (Hermann/Leuthold 2003a: 110) weniger ausgeprägt als in jenen mit einer reformierten Mehrheit.

Im mentalen Profil spiegeln sich aber auch einzelne Wirtschaftsbranchen, die einen massgeblichen Einfluss auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Sein entwickeln können. So zeichnen sich beispielsweise die touristischen Zentren in den Alpen durch ein verhältnismässig liberales Profil aus (ebd. 43 f.).

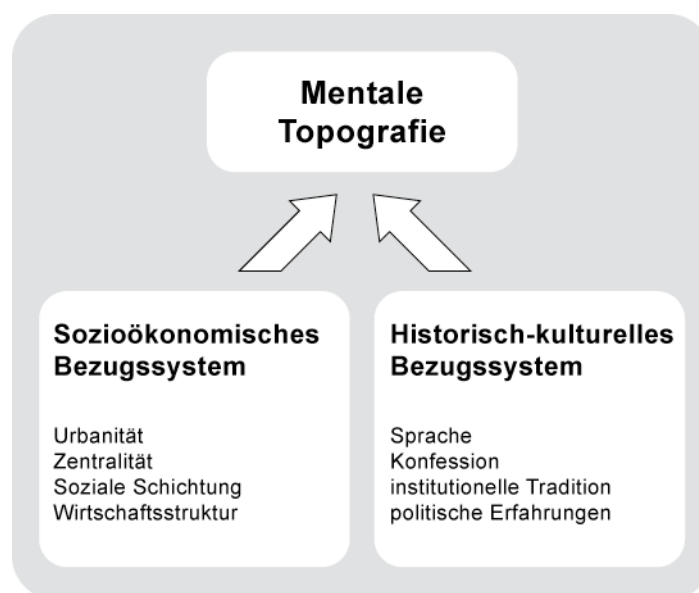


Abbildung 48: Bezugssysteme der mentalen Topografie

Grundsätzlich können zwei Bezugssysteme unterschieden werden, die für die Ausbildung der mentalen Topografie verantwortlich sind: Das sozioökonomische und das historisch-kulturelle. Das sozioökonomische Bezugssystem steht für die Gegensätze, die in der sozialen und ökonomischen Differenzierung der Gesellschaft begründet sind und sich auf die Ordnung des Raums übertragen.

Mentalitäten und politische Einstellungen sind jedoch immer auch ein kulturelles Phänomen. Es kommen darin regionale Eigenheiten zum Ausdruck, die der individuellen Geschichte und Entwicklung einer Region entspringen und durch das kollektive

Gedächtnis reproduziert werden. Wir sprechen dabei vom historisch-kulturellen Bezugssystem.

Im Atlas der politischen Landschaften haben wir gezeigt, dass die Kartierung der politischen Mentalitäten auf Basis von eidgenössischen Volksabstimmungen feinste Unterschiede und Differenzierungen zwischen Gemeinden, Regionen und Kantonen freilegen kann, die in der Geschichte und Struktur dieser Gebiete begründet sind.

4.2.1.5 Fokus der Analyse

Der Schwerpunkt der nachfolgenden empirischen Analyse liegt beim sozioökonomischen Bezugssystem der mentalen Topografie. Wir wollen zeigen, auf welche Weise sich die sozialräumliche Differenzierung der Siedlungstopografie der Ausbildung regionaler Mentalitäten und politisch-weltanschaulicher Konfliktlinien zugrunde liegt. Es ist dies die mentale Regionalisierung, die durch räumliche Entmischung der sozialen Schichten entsteht, es ist der weltanschauliche Gegensatz zwischen zentralen und peripheren Regionen, und es ist schliesslich der Gegensatz zwischen kernstädtischen und suburbanen Lebenswelten.

In einem zweiten Schritt konzentrieren wir uns anschliessend auf den Wandel der politisch-mental Topografie im Zeitraum zwischen 1981 und 2005. Hierfür greifen wir auf das Verfahren der zeitlichen Interpolation in Merkmalsräumen zurück, das wir in Kapitel 3 vorgestellt haben.

Die sozialräumlichen Differenzierungsachsen zwischen Oberschichts- und Unterschichtsregionen, zwischen Zentrum und Peripherie repräsentieren Strukturen, die nicht an die spezifischen Bedingungen der Schweiz gekoppelt sind, sondern in dieser oder ähnlicher Art in allen westlichen Länder bestehen. Die Gegensätze, wie sie sich in dieser Analyse zeigen, sind deshalb über den rein schweizerischen Kontext hinaus von Bedeutung. Die Verallgemeinerbarkeit gilt jedoch nur im Grundsatz. Selbst solche Faktoren, die auf den ersten Blick rein sozioökonomischen Charakter besitzen, sind durch spezifische kulturelle und institutionelle Rahmenbedingungen mitgeformt worden. Dies zeigt der Vergleich der sozialräumlichen Struktur der Grossstadttagglomerationen in Kapitel 4.1.1.2, dies zeigt aber auch die Überblicksdarstellung der politischen Landschaft der Schweiz im vorangegangenen Abschnitt: So ist der politisch-mentale Gegensatz zwischen Oberschichts- und Unterschichtsregionen vor allem in der französischen Schweiz stark ausgebildet, der Zentrum-Peripherie-Gegensatz dagegen primär im deutschsprachigen Teil des Landes.

Regionale Mentalitätsunterschiede basieren nicht nur auf sozioökonomischen Disparitäten, sondern sind durch kulturelle Faktoren mitgeprägt. Trotz der Fokussierung auf sozialräumliche Gegensätze kann deshalb das kulturelle Element in den folgenden

Ausführungen nicht ausser Acht gelassen werden. Ganz im Gegenteil: Die kulturelle Vielfalt der Schweiz ermöglicht es, die mentale Dimension der sozialräumlichen Differenzierung vergleichend zu betrachten. Von den vier Sprachregionen der Schweiz eignen sich die deutsche und die französische für einen Vergleich. Beide Regionen weisen das gesamte Spektrum von der Grossstadt bis zur peripheren Landregion auf. Dabei stimmt das Stärkenverhältnis zwischen urbanen und ländlichen Regionen praktisch überein: In der Romandie leben 54.6 Prozent Einwohner in einer Grossagglomeration, in der Deutschschweiz sind es 54.5 Prozent. Im ländlichen Raum leben 26.2 Prozent der Romands und 27.4 Prozent der Deutschschweizer.

4.2.2 «Deutsch» und «Welsch» im Vergleich

Als Bezugssystem für die vergleichende Analyse dienen die beiden grossen Sprachregionen der Schweiz. In den nachfolgenden Analysen wird die politisch-weltanschauliche Dimension der inneren Gliederung der beiden Sprachregionen vergleichend betrachtet. Als Grundlage und Ausgangspunkt für die vergleichende Analyse soll zunächst das politische Spannungsfeld zwischen Deutschschweiz und Romandie in seinen Grunddimensionen charakterisiert werden.

Politische Auseinandersetzungen zwischen Deutsch und Welsch sind so alt wie der schweizerische Bundesstaat. Im 19. Jahrhundert waren es jedoch nicht eigentlich weltanschauliche Gegensätze, die zu politischer Uneinigkeit führten. Damals weckte in erster Linie das Anliegen, die Zentralregierung des noch jungen Bundesstaates zu stärken, den Widerstand der welschen Kantone; sie befürchteten, als Minderheit übergangen zu werden. Mit der Festigung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen verlor die Allianz der kulturellen Minderheiten ihre Bedeutung. An Stelle von machtpolitischen Gegensätzen sind immer mehr die eigentlichen Mentalitätsunterschiede ins Zentrum der Auseinandersetzungen gerückt.

Der politische Graben zwischen Deutsch und Welsch, der sich seit den 1970-Jahren unter dem Etikett «Röstigraben» im öffentlichen Bewusstsein festgesetzt hat, gehört zu den breit erforschten Themen der politischen Wissenschaften in der Schweiz (z.B. Büchi 2000; Kriesi et al. 1996). Während bei den klassisch politologischen Analysen die Häufigkeit und Intensität des Sprachgegensatz im Vordergrund steht, interessieren wir uns vor allem für den inhaltlich-thematischen Gehalt des Gegensatzes. Vertiefte Analysen des weltanschaulichen «Röstigrabens» und dessen Entwicklung finden sich im Atlas der Politischen Landschaften und in der Publikation «Deutsch und Welsch im Raum der Weltanschauungen» (Hermann/Leuthold 2003b).

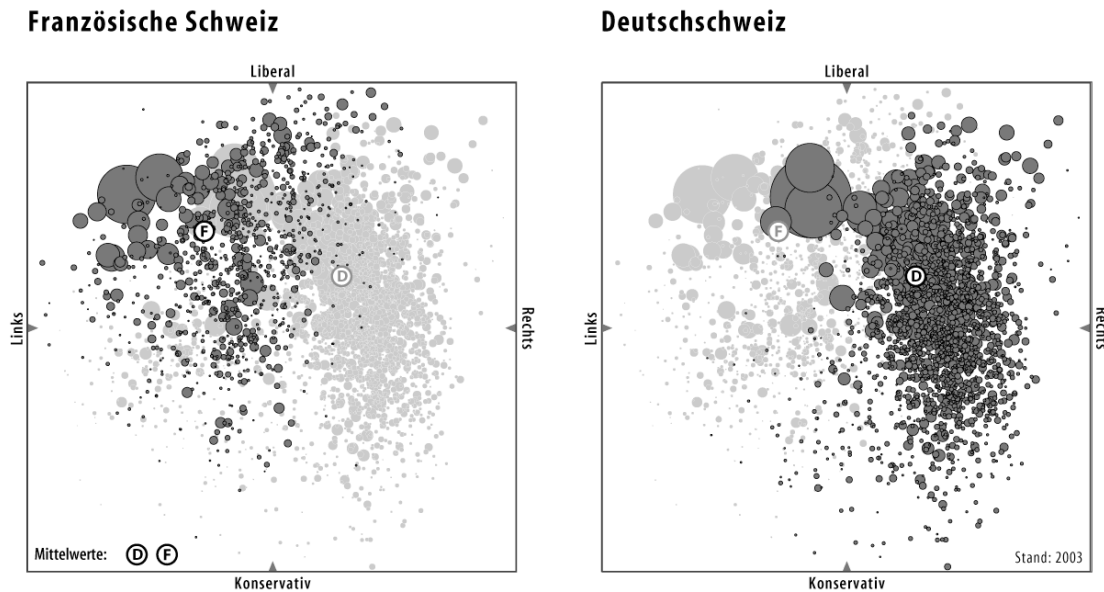


Abbildung 49: Deutsch und Welsch im politischen Raum

In Abbildung 49 sind die Gemeinden der beiden Sprachregionen im politischen Raum dargestellt. Was wir bereits anhand der Übersichtskarte (Abb. 47) zeigen konnten, kommt hier noch deutlicher zum Ausdruck: Deutschschweiz und Romandie unterscheiden sich in Bezug auf ihre Verteilung auf der Links-rechts-Achse des politischen Raums. Die Gemeinden der Romandie sind im Durchschnitt deutlich links der Deutschschweizer Gemeinden positioniert. Weit weniger ausgeprägt ist der Gegensatz auf der Achse liberal-konservativ, wo sich die Romandie insgesamt durch eine etwas liberalere Grundorientierung auszeichnet.

Die Darstellung zeigt, dass sich die beiden Sprachregionen nicht nur in ihrer mittleren Position, sondern auch in ihrer inneren Gliederung stark unterscheiden. Die Faktoren, die dafür eine Rolle spielen, sind das Thema der nachfolgenden empirischen Analysen. Zunächst wollen wir die politisch-weltanschaulichen Gegensätze zwischen den Gesamtregionen differenzierter aufschlüsseln.

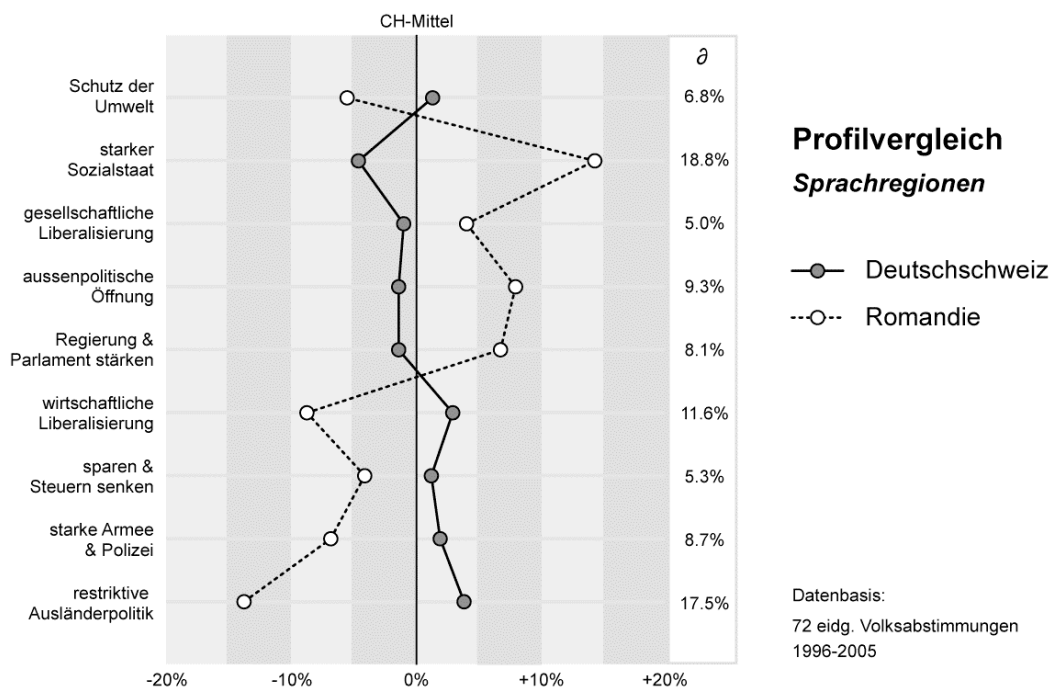


Abbildung 50: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von deutscher und französischer Schweiz

Einen detaillierten Einblick in die Unterschiede im politischen Profil der beiden Regionen ermöglicht der Vergleich nach neun Themenkonflikten in Abbildung 50. Das Diagramm zeigt, dass in der Periode von 1996 bis 2005 die grössten Einstellungsunterschiede zwischen Deutsch und Welsch bei sozialpolitischen Vorlagen bestanden. Im Durchschnitt lag das Zustimmungsniveau für Vorlagen, die den Ausbau oder den Erhalt des Sozialstaats verlangten, in der Romandie um 18.8 Prozent höher als in der Deutschschweiz. Die zweitstärkste Differenz zeigt sich im Konfliktfeld in Bezug auf eine «restriktive Ausländerpolitik». Das Anliegen einer restriktiven Ausländerpolitik fand im alemannischen Landesteil durchschnittlich 17.5 Prozent mehr Zustimmung als im frankophonen Teil.

Diese markanten Unterschiede zeigen, dass sich die Sprachregionen sowohl in ihrer sozialökonomischen Grundorientierung als auch in gesellschaftspolitischen Fragen unterscheiden. Die Romandie ist in sozialökonomischen Belangen linker orientiert und in gesellschaftspolitischen Fragen liberaler ausgerichtet als die Deutschschweiz. Das eher auf Bewahrung und Erhalt des Bestehenden orientierte Profil der Deutschschweiz bezieht sich jedoch nicht auf das wirtschaftspolitische Feld. Beim Konflikt um die wirtschaftliche Liberalisierung, der in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, nimmt die Romandie die Rolle der Bewahrerin ein. Die Deutschschweiz zeigt im Schnitt ein um 11.6 Prozent höheres Zustimmungsniveau zu wirtschaftsliberalen Anliegen als die französische Schweiz.

4.2.3 Zwei Gegensätze von Stadt und Land

Die Überblicksdarstellung der politischen Landkarte der Schweiz in Abbildung 47 verrät einiges über den Zusammenhang zwischen der sozialräumlichen Differenzierung und der mentalen Topografie. Für eine objektive Begründung des Zusammenhangs von Siedlungsstruktur und mentaler Regionalisierung bedarf es jedoch einer objektiven sozialräumlichen Typisierung der im politischen Raum dargestellten Gemeinden.

Grundlage für die Typisierung der Gemeinden sind zum einen die vom Bundesamt für Statistik (BfS) erstellten Analyseregionen (Schuler et al. 2005), zum anderen werden die vier Indizes der soziokulturellen Differenzierung nach Hermann et al. (2005) verwendet.

4.2.3.1 Zentrum-Peripherie-Gegensatz

Datenbasis für die Erfassung des Zentrum-Peripherie-Gegensatzes bildet die Agglomerationsdefinition für das Jahr 2000 des BfS. Für die Bestimmung des Siedlungstyps «Zentrum» kann jedoch nicht direkt auf die offizielle Agglomerationsdefinition abgestützt werden. In der Schweiz werden auch kleinste Ballungsräume wie St. Moritz mit 15'000 oder Wohlen (AG) mit 20'000 Einwohnern zu den Agglomerationen gezählt. Ergänzend zur offiziellen Einteilung des BfS unterscheiden wir zwischen Gross- und Kleinagglomerationen. Zu den grossen Agglomerationen zählen wir solche, die im Jahr 2000 80'000 und mehr Einwohner zählten.⁹¹ Gemeinden, die in einer Grossagglomeration liegen, werden dem Siedlungstyp «Zentrum» zugeordnet. Zum Siedlungstyp «Peripherie» zählen wir Gemeinden, die zu keiner Agglomeration gehören. Diese Gemeinden bilden gemäss BfS-Definition den «ländlichen Raum».

Zentrum-Peripherie in der Deutschschweiz

Abbildung 51 zeigt die Teilung der politischen Landschaft der Deutschschweiz in Zentrum (Grossagglomerationen) und Peripherie (ländlicher Raum). Die Gemeinden der Grossagglomerationen verteilen sich von der Mitte des politischen Raums zum rechts- und zum linksliberalen Pol, mit einem linksliberalen Schwergewicht. Auf diese tripolare Struktur werden wir weiter unten genauer eingehen.

⁹¹ Dazu zählen im Jahr 2000: Zürich, Basel, Genève, Bern, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur, Lugano, Baden-Brugg, Olten-Zofingen, Zug, Fribourg, Thun, Biel/Bienne und Vevey-Montreux.

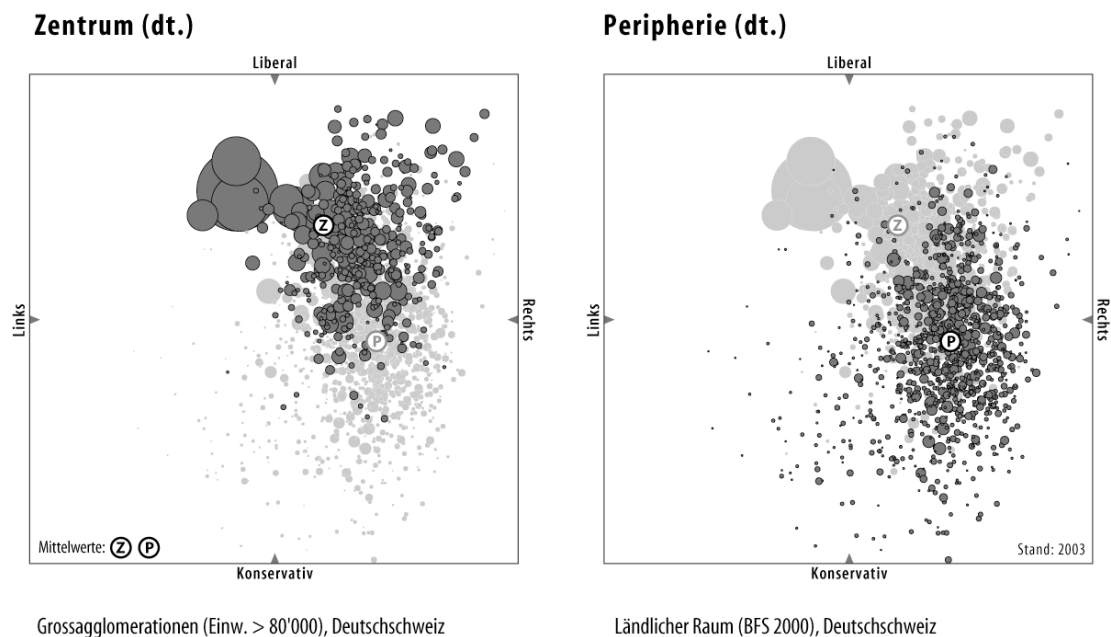


Abbildung 51: Zentrum-Peripherie-Gegensatz der Deutschschweiz im politischen Raum

Entscheidend ist fürs erste der relative Unterschied zu den Gemeinden des ländlichen Raums. Diese sind im politischen Raum ähnlich stark gestreut wie die Gemeinden der Grossagglomerationen. Die Verbreitungsgebiete der beiden Siedlungstypen weichen jedoch klar voneinander ab. Die Gemeinden des ländlichen Raums ballen sich im rechtskonservativen Quadranten des politischen Raums.

Der Vergleich der beiden Mittelwerte zeigt, dass der Zentrum-Peripherie-Gegensatz ein Konflikt zwischen (links-)liberalen und (rechts-)konservativen Anschauungen manifestiert.

Zentrum-Peripherie in der französischen Schweiz

Abbildung 52 zeigt, dass der Zentrum-Peripherie-Gegensatz im französischsprachigen Landesteil eine analoge Struktur aufweist wie im deutschsprachigen, er ist hier jedoch weniger akzentuiert. Auffällig ist das ausgesprochen liberale Profil der Grossagglomerationen, die zwar stark auf der Links-rechts-Achse ausdifferenziert sind, aber keine Ausläufer in die rechtskonservativen Zonen des politischen Raums besitzen.

Die Gemeinden des ländlichen Raums sind konservativer, streuen jedoch breit sowohl in vertikaler als auch in horizontaler Richtung. Mit ein Grund für die lockerere Verteilung der Gemeinden der Romandie im politischen Raum ist die geringere Bevölkerungsstärke dieser Sprachregion (1.7 Mio. Einwohner) im Vergleich zum deutschsprachigen Landesteil (5.2 Mio.).

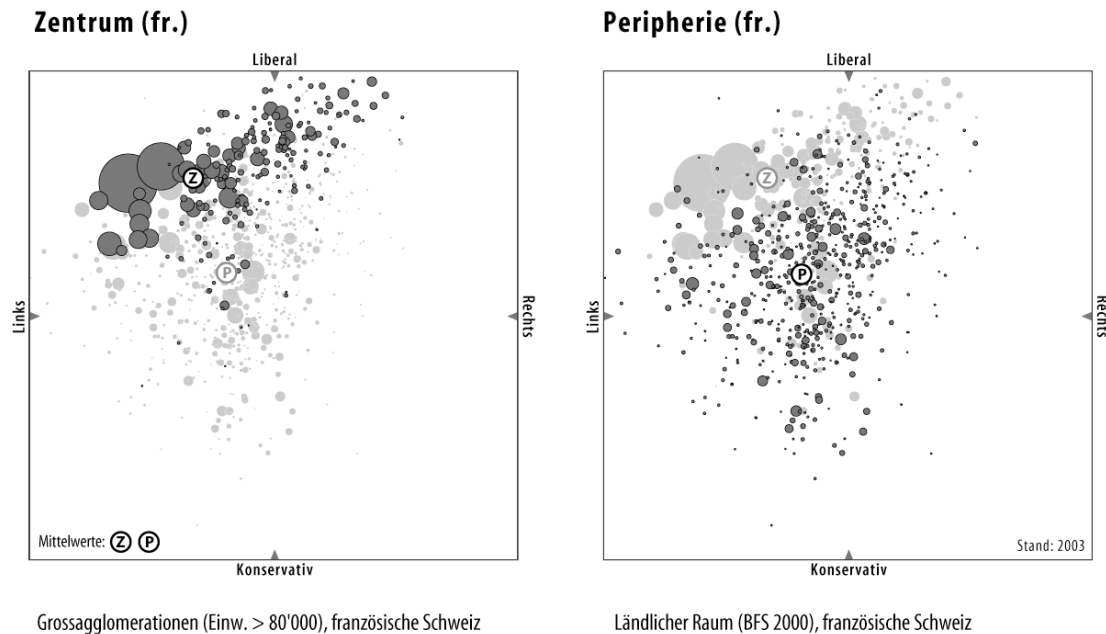


Abbildung 52: Zentrum-Peripherie-Gegensatz der französischen Schweiz im politischen Raum

Profilvergleich in neun Dimensionen

Der Gegensatz (links-)liberal vs. (rechts-)konservativ, der sich zwischen Zentrum und Peripherie öffnet, spiegelt sich in der Gestalt der beiden Profillinien nach neun Themenkonflikten in Abbildung 53.

Die grössten Einstellungsunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie bestehen beim Konfliktfeld zur «ausserpolitischen Öffnung». In den Grossagglomerationen wurde in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um 13.8 Prozent stärker für eine politische Öffnung der Schweiz votiert als in den Gemeinden des ländlichen Raums. An zweiter Stelle folgt das Themenfeld der «gesellschaftlichen Liberalisierung». Hier liegt das Zustimmungsniveau durchschnittlich um 12.1 Prozent höher.

Die beiden Themenkonflikte zeigen, dass der Grad der Weltoffenheit in politischen und gesellschaftlichen Belangen das Merkmal ist, welches die Bevölkerung von Zentrum und Peripherie politisch am stärksten teilt. Die unterschiedliche Einstellung zur gesellschaftlichen und politischen Öffnung reflektiert die Tatsache, dass in den Ballungsgebieten der Wandel und die Öffnung der Gesellschaft weit vorangeschritten sind und sich die Menschen an diese Prozesse gewöhnt haben oder gar aktiv daran teilnehmen. Im ländlichen Raum, wo der Wandel der Strukturen weniger weit vorangeschritten ist und die Verankerung im Lokalen noch grösser ist, stellt die politische und gesellschaftliche Öffnung eine grössere Bedrohung dar. Für die politische

Grundorientierung ist es dabei unerheblich, ob es sich um eine tatsächliche oder bloss um eine empfundene Bedrohung handelt.

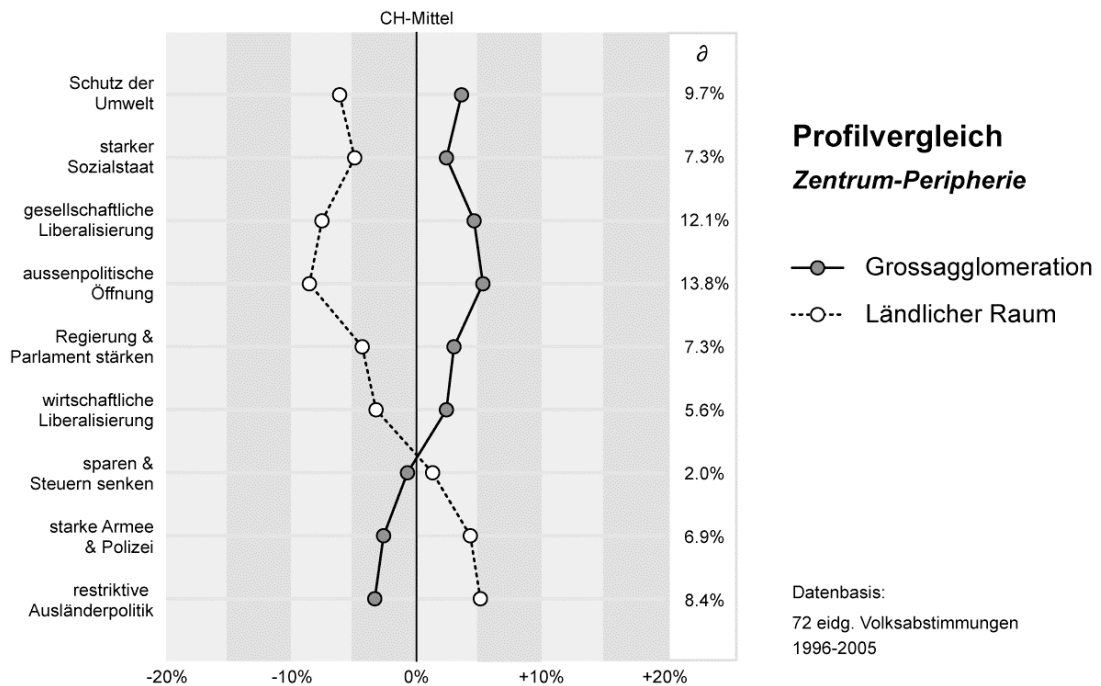


Abbildung 53: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Zentrum und Peripherie

Starke Einstellungsunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie bestehen auch bei ökologischen Fragen. Die Gemeinden der Grossagglomerationen stimmten in den letzten 10 Jahren im Schnitt 9.7 Prozent stärker für den «Schutz der Umwelt» als die Gemeinden des ländlichen Raums. In den Ballungsgebieten, wo die «Natur» am stärksten zurückgedrängt und gezähmt ist, besteht offenbar ein grösseres Bedürfnis nach dem Schutz derselben als im ländlichen Raum, wo diese nach wie vor eine wirtschaftliche Ressource darstellt (vgl. auch Dischl 2005).

In Bezug auf den klassischen sozialökonomischen Links-rechts-Gegensatz zeigt das Einstellungsprofil ein mehrdeutiges Bild: So positionieren sich die Ballungsgebiete in der Sozialpolitik klar links vom ländlichen Raum («starker Sozialstaat»: +7.3%), in wirtschaftspolitischen Fragen nehmen sie dagegen eine rechttere, beziehungsweise eine wirtschaftsfreundlichere Haltung ein. Die Zentren stimmten im Durchschnitt um 5.6 Prozent stärker für das Anliegen der «wirtschaftliche Liberalisierung». Keine wesentlichen Unterschiede bestehen bei finanzpolitischen Vorlagen («Sparen & Steuern senken»).

Die gegenläufigen Positionsnahmen in der Sozial- und der Wirtschaftspolitik bringen die unterschiedlichen Sensitivitäten und Bedürfnislagen in Zentrum und Peripherie zum Ausdruck: Die Zentren sind für den Wettbewerb gerüstet und gehören deshalb zu den Profiteuren der wirtschaftlichen Liberalisierung. Die grössere wirtschaftliche Dynamik im Vergleich zum ländlichen Raum führt jedoch zugleich auch zu grösseren sozialen Ungleichheiten. Aufgrund der fortgeschrittenen Individualisierung werden soziale Risiken zu einem geringeren Grad durch die Gemeinschaft abgefangen, was die Bedeutung der institutionalisierten Solidarität erhöht (vgl. Hermann et al. 2005).

Die Staatsorientierung des ländlichen Raums zielt demgegenüber weniger auf den Schutz des Einzelnen als auf den Schutz wirtschaftlicher Strukturen und öffentlicher Dienstleistungen, die durch den globalen Wettbewerb und die Sparbemühungen des Staats unter Druck geraten. Der Staatsbezug im ländlichen Raum hat nicht individuellen, sondern holistischen Charakter. Dem primär sozialpolitischen Etatismus in den Zentren steht ein wirtschaftspolitischer Etatismus im ländlichen Raum gegenüber.

4.2.3.2 Kernstadt-Umland-Gegensatz

Die grossen Agglomerationen sind durch eine starke innere Differenzierung gekennzeichnet. Eine wichtige Teilung verläuft dabei zwischen dem Agglomerationszentrum (Kernstadt) und dem Agglomerationsgürtel (Umland). In wirtschaftlicher Hinsicht sind Agglomerationen eng verflochten und vernetzt und es kann keine scharfe Grenze zwischen den Kernstädten und ihrem Umland gezogen werden, in Bezug auf das politische Profil bilden die Kernstädte jedoch ein Milieu, das sich klar von den übrigen Zonen der Agglomeration unterscheidet (vgl. Kapitel 4.1.1).

Kernstadt-Umland in der Deutschschweiz

Der Kernstadt-Umland-Gegensatz zeigt sich besonders akzentuiert in den Grossagglomerationen der Deutschschweiz. Zwischen den beiden Siedlungstypen besteht ein markanter Links-rechts-Gegensatz. Wie das linke Diagramm in Abbildung 54 zeigt, teilen sich die Kernstädte ihrerseits nach Einwohnerzahl (= Fläche der Kreisscheiben). Die Grossstädte sind links der kleineren Kernstädte positioniert.

Zürich, Bern und Basel sind die Hochburgen der Stimmenden mit einer linken Grundorientierung. Links der drei grossstädtischen Kreisschreiben findet sich allerdings noch eine kleinere. Es handelt sich dabei um die zweisprachige Stadt Biel/Bienne, deren Positionierung durch den frankophonen Einfluss mitgeprägt ist. Der Grad der Urbanität ist in der Deutschschweiz das bestimmende Merkmal für die Positionierung auf der Links-rechts-Achse.

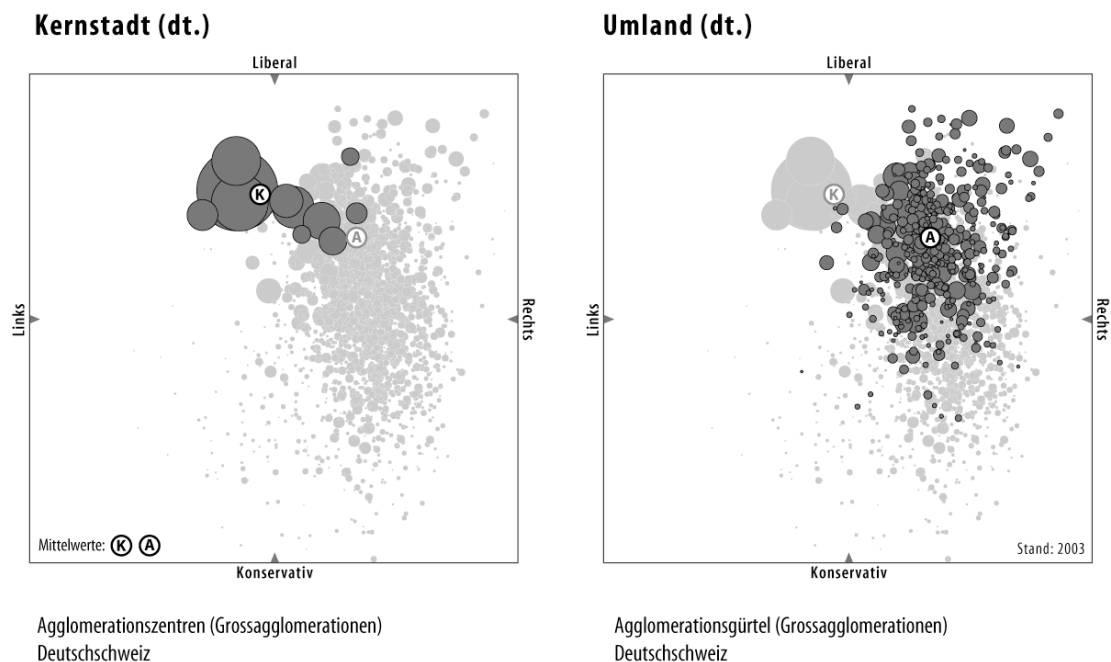


Abbildung 54: Gegensatz Kernstadt-Umland in der Deutschschweiz im politischen Raum

Unterschiedliche Lebenswelten

Der Links-rechts-Gegensatz im klassischen, wohlfahrtsstaatlichen Sinn basiert auf dem Gegensatz zwischen «Arbeit» und «Kapital» (Lipset/Rokkan 1967). Das heisst, er ist ein Gegensatz zwischen dem wohlhabenden Bürgertum und der abhängigen Arbeiterschaft. Der Links-rechts-Gegensatz, der sich zwischen Kernstadt und Umland öffnet, kann nicht auf soziale Ungleichheiten zwischen den beiden Raumtypen reduziert werden. Zwar gehören die Kernstädte nicht zu den Oberschichtsgemeinden der Agglomeration, sie gehören aber auch nicht zu den statustiefen Gemeinden (vgl. Kapitel 4.1.1). Wie wir weiter unten zeigen werden, sind die statustiefen Gemeinden im Agglomerationsgürtel der Deutschschweiz zwar links von den Gemeinden des Oberschichtsumlands positioniert, auf der Links-rechts-Achse liegen sie jedoch gleichwohl näher am Oberschichtsumland als an den Kernstädten.

Dies und die Tatsache, dass vor allem die vergleichsweise statushohen Grossstädte ein linkes Profil aufweisen, zeigen, dass das Konzept der vertikalen sozialen Ungleichheit nicht als Hauptbegründung für den vorgefundenen Links-rechts-Dualismus zwischen Kernstadt und Umland dienen kann. Die Erklärung liegt in den unterschiedlichen Wohnstandortqualitäten des urbanen und des suburbanen Raums (Hermann/Leuthold 2003; 2004b).

Kernstädte sind durch kurze Wege, ein vielfältiges soziales Angebot, Anonymität und belebte öffentliche Räume charakterisiert. Der suburbane Raum bietet demgegenüber

mehr Raum, mehr Ruhe und Distanz zu störenden Einflüssen und in der Schweiz in der Regel auch einen tieferen Steuerfuss. Wie wir gezeigt haben, spiegelt sich dies in einer horizontalen sozialen Differenzierung zwischen Kernstadt und Agglomerationsgürtel (Kapitel 4.1.2). Während in den suburbanen Regionen bürgerlich-traditionelle Lebensmodelle vorherrschen, sind die Kernstädte durch individualisierte Lebensformen (z.B. Einpersonenhaushalte, Paare ohne Kinder) charakterisiert. Wie wir unten zeigen werden, sind Kernstädte durch die Konzentration von Personen, die in sozialen, kommunikativen und kreativen Berufen tätig sind, charakterisiert, während sich im suburbanen Raum kommerzielle Berufe konzentrieren.

Die urbane Lebenswelt ist das Habitat der kreativen Klasse. Sie ist für individualisierte, an Selbstentfaltung orientierte Personen attraktiv und zeichnet sich deshalb durch eine linksliberale Grundorientierung aus. Die suburbane Lebenswelt besitzt dagegen vor allem für bürgerlich orientierte Personen eine grosse Anziehungskraft, was sich in einer eher rechten Positionierung auf der Links-rechts-Achse manifestiert.

Profilvergleich: Deutschschweiz

Der Links-Rechts-Gegensatz zwischen Kernstadt und Umland ist kein klassisch sozialer sondern ein lebensweltlicher. Die typisch urbane Mentalität wird nicht von den materialistischen Werten der Industriegesellschaft sondern von postmaterialistischen Werten geprägt (vgl. Kapitel 2.1.3). Die Charakteristik dieser Grundwerte zeigt Abbildung 55.

Von Interesse ist zunächst die Abweichung der kernstädtischen Profillinie vom gesamtschweizerischen Mittel. Am stärksten ist diese beim Anliegen «Schutz der Umwelt». In den Kernstädten liegt hier die Zustimmung um 11.8 Prozent über dem schweizerischen Mittel. An zweiter Stelle folgt das Anliegen der «ausserpolitischen Öffnung» (+9.6%) und an dritter «starke Armee & Polizei», wobei die Zustimmung zu diesem Anliegen 7.2 Prozent unter dem Durchschnitt liegt.

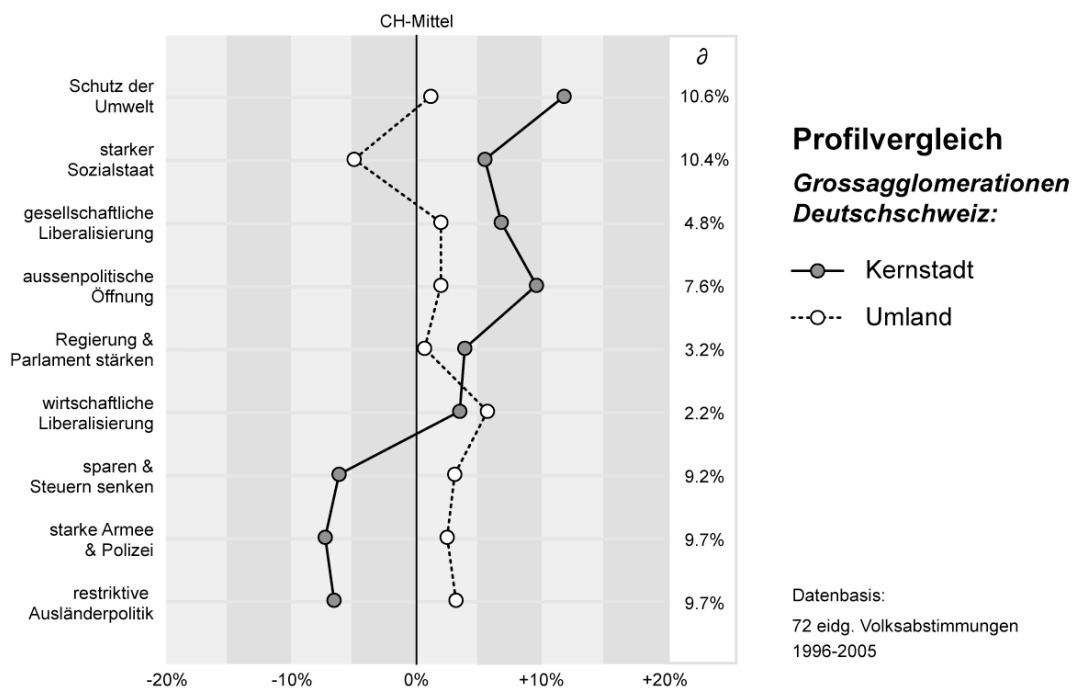


Abbildung 55: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Kernstadt und Agglomerationsgürtel in der Deutschschweiz

Insgesamt zeichnen sich die Kernstädte durch ihr linkes und zugleich weltoffenes Profil aus. Im Unterschied zu einer klassisch materialistisch-wohlfahrtstaatlichen Grundorientierung stehen dabei jedoch nicht Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zentrum, sondern es sind Themen, die nicht primär ökonomischen Charakter besitzen – namentlich Umwelt-, Gesellschafts- und Aussenpolitik.

Im «neuen» linken Profil der Kernstädte kommt deutlich der postmaterialistische Charakter im Sinne von Inglehart (1977) zum Ausdruck. Dazu gehören eine positive Einstellung zu ökologischen und sozialen Anliegen und eine kritische Haltung zu hierarchisch-autoritären Organisationen wie Polizei und Armee. Das urbane Profil kann jedoch nicht auf das Attribut des Postmaterialismus reduziert werden. Die Deutschschweizer Kernstädte zeichnen sich zwar durch soziale und ökologische Einstellungen aus, sie stimmen jedoch auch überdurchschnittlich stark für das Anliegen der «wirtschaftlichen Liberalisierung» (+3.3%).

Das politische Profil der Gemeinden des Deutschschweizer Agglomerationsumlands verläuft relativ Nahe am gesamtschweizerischen Mittel. Die stärkste Abweichung besteht bei den Anliegen der «wirtschaftlichen Liberalisierung» (+5.7%) und dem «starken Sozialstaat» (-4.9%). Dies zeigt, dass der suburbane Raum der Deutschschweiz in den meisten Konfliktfeldern die politische Mitte des Lands repräsentiert.

Im Vergleich zu den Kernstädten haben die Agglomerationsgürtel jedoch ein klar bürgerliches, wirtschafts- und wettbewerbsfreundliches Profil.

Kernstadt-Umland in der französischen Schweiz

Während der Zentrum-Peripherie-Gegensatz in beiden grossen Sprachregionen der Schweiz besteht, ist der Kernstadt-Umland-Gegensatz in der Romandie nur schwach ausgebildet. Die welschen Kernstädte liegen zwar ganz links oben im politischen Koordinatensystem, da jedoch auch die meisten Gemeinden des Agglomerationsgürtels liberal und links positioniert sind, heben sich die Kernstädte nicht grundsätzlich von den Umlandgemeinden ab (vgl. Abbildung 56).

Innerhalb der Grossagglomerationen sind die Kernstädte zwar links positioniert, anders als in der Deutschschweiz bilden sie jedoch nicht den linken Pol des Ballungsgebietes. Wie wir bereits bei der Übersichtsdarstellung des politischen Raums (Abbildung 47) zeigen konnten, ist eine Reihe von Arbeitervorstädten links der Kernstädte positioniert. In den Grossagglomerationen der Romandie besteht zwar kein eigentlicher Kernstadt-Umland-Gegensatz, gleichwohl sind diese Siedlungsgebiete in politischer Hinsicht keineswegs homogen.

Zwischen den Kernstädten und einem Teil des Umlands öffnet sich ein Links-rechts-Gegensatz, der sich in derselben Grössenordnung wie in der Deutschschweiz bewegt. Dieser Gegensatz beruht jedoch – anders als in der Deutschschweiz – nicht primär auf den unterschiedlichen Qualitäten der urbanen und suburbanen Lebenswelt. Wie wir zeigen werden, ist die politische Differenzierung der Ballungsgebiete der französischen Schweiz massgeblich durch vertikale soziale Ungleichheiten charakterisiert.

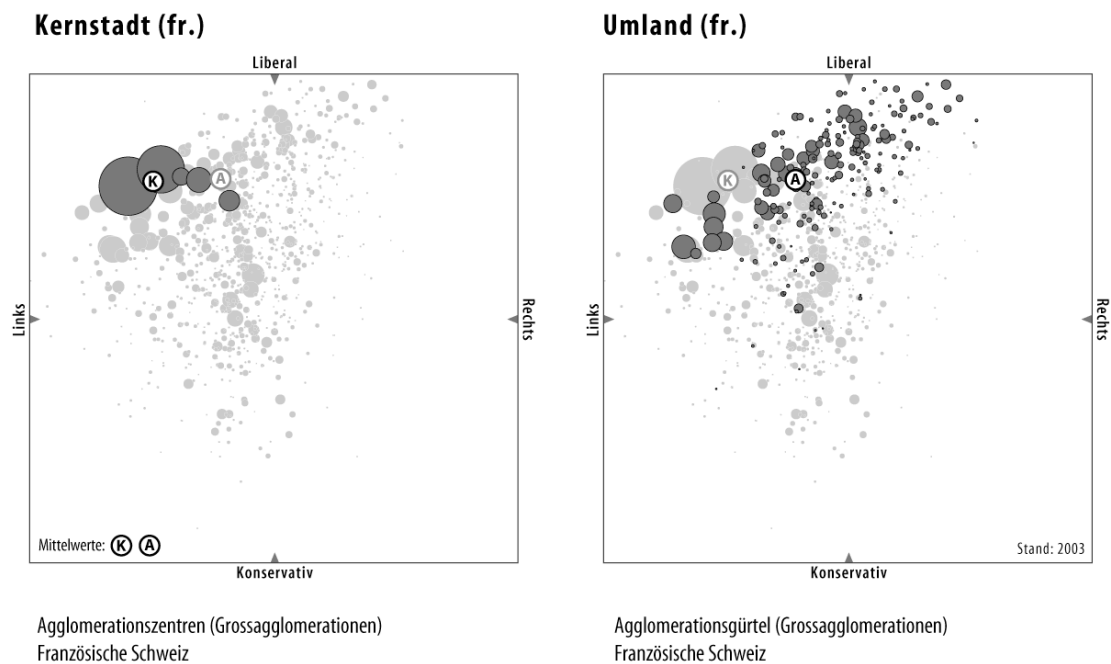


Abbildung 56: Gegensatz Kernstadt-Umland in der französischen Schweiz im politischen Profil

Profilvergleich: französische Schweiz

Abbildung 57 zeigt die Profillinien von Kernstadt und Umland in der französischen Schweiz. Beide Linien weichen stark vom gesamtschweizerischen Mittel ab. Der Gesamtverlauf der beiden Profillinien bringt jedoch nicht in erster Linie die Eigenheiten der beiden Siedlungstypen zum Ausdruck, sondern sie zeigen die Abweichung des politischen Profils der Romandie von der Deutschschweiz, die aufgrund ihrer Bevölkerungsstärke den Mittelwert massgeblich bestimmt.

Die Profillinien von Kernstadt und Umland in der Romandie zeigen insgesamt einen ähnlichen Verlauf wie die Profillinie der Deutschschweizer Kernstädte (vgl. Abbildung 55). Beide Profillinien stehen für eine linke und zugleich weltoffene Grundorientierung. Entsprechend bestehen zwischen den Kernstädten und ihrem Umland in der Romandie insgesamt geringere Einstellungsunterschiede als in der Deutschschweiz.

Ein ähnlich starker Einstellungsunterschied wie im Deutschschweizer Kontext besteht einzig bei ökologischen Fragen. Die durchschnittliche Zustimmung zu Vorlagen für den «Schutz der Umwelt» ist in den Kernstädten um 9.0 Prozent grösser als im Umland. Dies zeigt, dass die ökologische Frage unabhängig vom kulturellen Hintergrund ein virulentes Konfliktfeld zwischen Kernstadt und Umland ist. Es ist ein Konfliktfeld, bei dem sich weltanschauliche Dispositionen und Nutzenüberlegungen gegenseitig verstärken. In den Kernstädten konzentrieren sich einerseits die postmaterialis-

tischen Grundwerte und sind die Städter (vor allem im Bereich des Verkehrs) die Hauptprofiteure einer ökologischen Politik.

Gar keine Abweichungen zwischen Kernstadt und Umland bestehen in gesellschaftspolitischen Fragen. Öffnung und Toleranz sind nicht wie in der Deutschschweiz typisch kernstädtische Phänomene, sondern es ist eine Charakteristik des gesamten urbanen Raums.

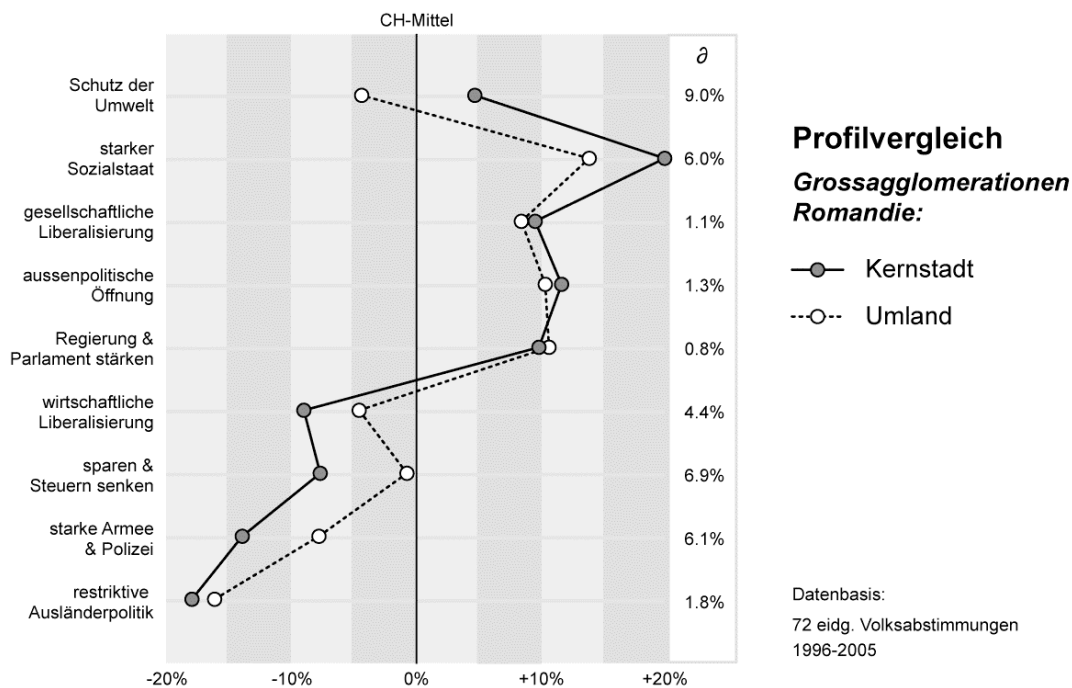


Abbildung 57: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Kernstadt und Agglomerationsgürtel in der französischen Schweiz

4.2.4 Sozialer Gegensatz

Die Übersichtskarte (Abbildung 47) hatte gezeigt, dass sich nicht nur die verschiedenen Stadt-Land-Gegensätze im politischen Raum niederschlagen, sondern auch die sozialen Ungleichheiten, die sich auf die Siedlungsgeografie übertragen. Insbesondere in den grossen Ballungsgebieten besteht eine so weiträumige Segregation, dass sich nicht nur Quartiere, sondern ganze Gemeinden in ihrem sozialen Profil ausdifferenzieren. Es können Ober-, Mittel- und Unterschichtsgemeinden unterschieden werden. Dabei muss man sich allerdings der Künstlichkeit einer solchen Dreiteilung bewusst sein. Es gibt weder scharfe Grenzen zwischen den Schichten, noch teilen sich die sozialen Schichten klar auf die einzelnen Gemeinden auf.

4.2.4.1 Soziale Hierarchie in den Grossagglomerationen

Grundlage für die empirische Analyse der sozialen Gegensätze im politischen Raum sind die Gemeinden der Grossagglomerationen (ohne die Kernstädte), wie wir sie oben definiert haben. Die Gemeinden teilen wir gemäss ihrem sozialen Profil in drei gleich grosse Gruppen (Unter-, Mittel- und Oberschicht). Grundlage für die Einteilung sind die von soziokulturellen Indizes nach Hermann et al. (2005).⁹²

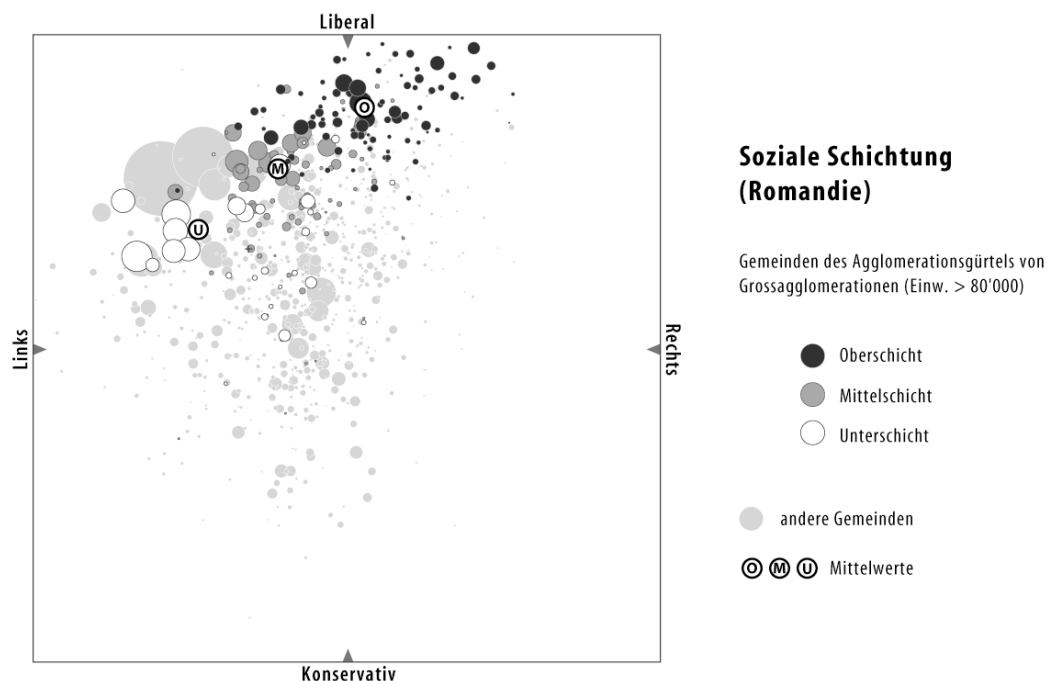


Abbildung 58: Verräumlichter Klassencleavage der französischsprachigen Grossagglomerationen im politischen Raum

Abbildung 58 zeigt die soziale Schichtung in den Agglomerationsgürteln der französischen Schweiz im politischen Raum. Der Zusammenhang zwischen dem sozialen und dem politischen Profil der Gemeinden tritt dabei deutlich hervor: Das schmale Band der Agglomerationsgemeinden, das wir bereits bei den vorangegangenen Analysen gesehen haben, erweist sich als Abbild der sozialen Differenzierung innerhalb der Agglomerationen. Die Regionen der Oberschicht markieren den rechtsliberalen

⁹² Die primäre Grundlage für die Schichteinteilung bildet der Statusindex (Bildung, Einkommen, Stellung im Beruf). Ein tiefer sozialer Status ist jedoch nicht nur ein Kennzeichen Unterschichts-, sondern auch von ländlich-peripheren Gemeinden (vgl. Kapitel 4.1.1). Unterschichtsgemeinden in den Agglomerationen zeichnen sich durch eine Kombination von tiefem Status und hoher Individualisierung aus, deshalb berücksichtigen wir bei der Identifizierung auch den Individualisierungsgrad. Der Individualisierungsindex fliesst dabei mit halbem Gewicht in die Berechnung ein.

Pol der Romandie, jene der Unterschicht zeichnen sich durch ein ausgesprochen linkes Profil aus.

Die Darstellung zeigt, dass sich die grossen Kernstädte (Lausanne, Genf) annähernd in das Band, das von den Gemeinden des Agglomerationsgürtels aufgespannt wird, einreihen und sich dabei an der Grenze zwischen dem unteren und dem mittleren Drittel der sozialen Schichtung positionieren.

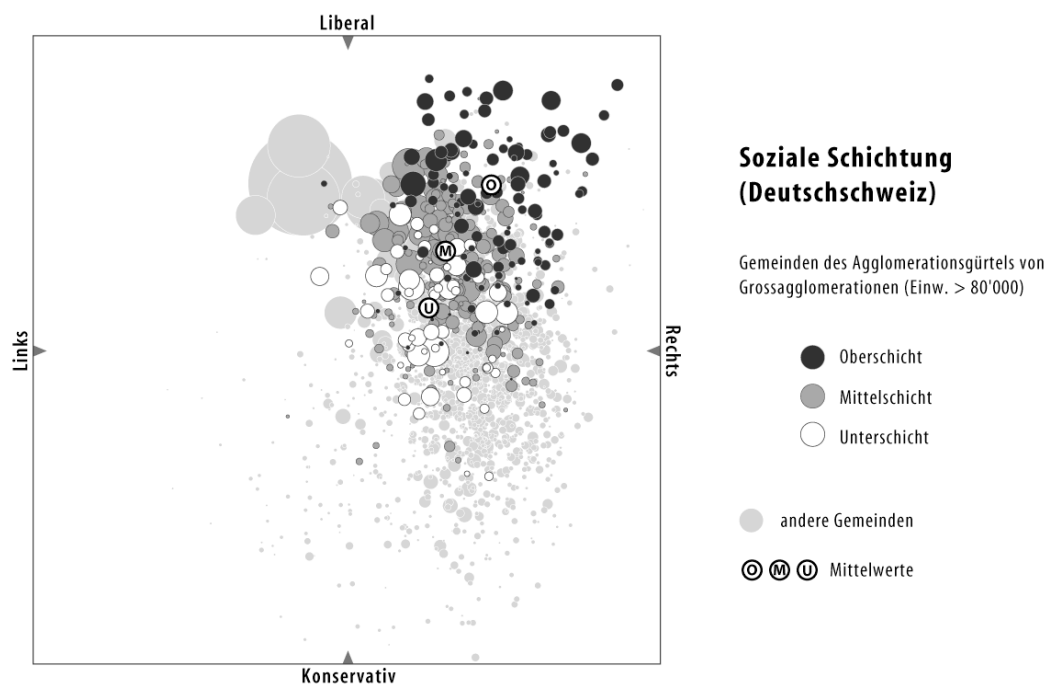


Abbildung 59: Verräumlichter Klassencleavage der deutschsprachigen Grossagglomerationen im politischen Raum

In der Deutschschweiz ergibt die analoge Einteilung der Agglomerationsgemeinden ein etwas anderes Muster im politischen Raum (vgl. Abbildung 59). Grundsätzlich bildet sich die sozialen Gegensätze auch hier deutlich ab, der Links-rechts-Gegensatz zwischen den Ober- und den Unterschichtsgemeinden ist jedoch nur schwach ausgebildet. Die Gemeindetypen unterscheiden sich vor allem in Bezug auf ihre Positionierung auf dem Liberal-konservativ-Gegensatz. Die Unterschichtsregionen bilden nicht den linken, sondern den konservativen Pol der Grossagglomerationen (der linke Pol ist von den grossen Kernstädten besetzt).

Die relative Lage des Oberschichtsumlands im politischen Gefüge gleicht sich in beiden Sprachräumen. Absolut gesehen sind die reichen Vorortsgemeinden im Welschland zwar linker positioniert als ihre Pendants in der Deutschschweiz, bezo-

gen auf den eigenen Sprachraum bildet das Oberschichtsumland jedoch in beiden Fällen den rechtsliberalen Pol.

Strukturelle Unterschiede zwischen den Sprachregionen bestehen demgegenüber im Profil des Arbeiterumlands. Während die statustiefen Gemeinden in der französischen Schweiz mit ihrem linken Profil klar vom ländlichen Hinterland abheben, zerfließt der Schichtgegensatz in der Deutschschweiz teilweise mit dem Zentrum-Peripherie-Gegensatz. Das Profil der statustiefen Gemeinden der deutschsprachigen Grossagglomerationen ist vor allem konservativ und nur ansatzweise links. Es gleicht damit dem Profil der zentrumsfernen Zonen.

4.2.4.2 Verblässende Wohlfahrtswerte

Der detaillierte Vergleich nach neun Einstellungsdimensionen zeigt allerdings, dass der soziale Gegensatz auch in der Deutschschweiz durchaus durch charakteristische Einstellungskonflikte geprägt ist. Erstaunlich ist dabei, dass die durchschnittliche Zustimmung bei den Vorlagen für einen «starken Sozialstaat» im Unterschichtsumland nur gerade um 3.7 Prozent höher ist als in den Regionen der Oberschicht.

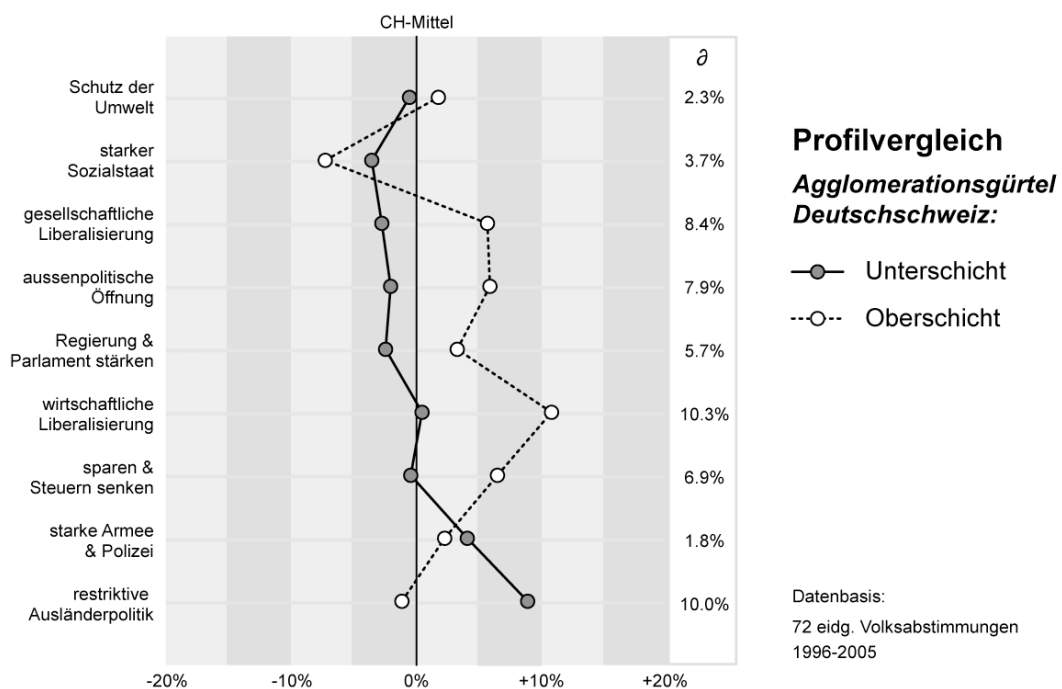


Abbildung 60: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Oberschichts- und Unterschichtsregionen der Deutschschweizer Grossagglomerationen

Die klassisch sozialdemokratische Weltanschauung ist in diesen Regionen weitgehend verblasst. Der Gegensatz zwischen Wohlfahrts- und Leistungswerten bildet sich heute in einem anderen Konfliktfeld ab: bei der «wirtschaftlichen Liberalisierung». Mit einer durchschnittlichen Differenz von 10.3 Prozent besteht hier der grösste Einstellungsunterschied zwischen den beiden Siedlungstypen. Die Thematik der wirtschaftlichen Liberalisierung ist in der Schweiz erst seit wenigen Jahren zu einem bestimmenden Thema der politischen Agenda geworden. Die anhaltende Bedeutung dieses Themas bildet ein Indiz dafür, dass sich auch in der Deutschschweiz die vertikale soziale Ungleichheit wieder verstärkt als Links-rechts-Gegensatz manifestieren könnte.

In einer ähnlichen Grössenordnung wie bei der «wirtschaftlichen Liberalisierung» bewegen sich die Einstellungsunterschiede beim Konflikt um eine «restriktive Ausländerpolitik» (10.0%). Die Unterstützung einer restriktiven Ausländerpolitik ist das hervorstechende Merkmal des politischen Profils der Deutschschweizer Unterschichtsregionen (vgl. Abbildung 60).

Ganz anders präsentiert sich die Situation in der französischsprachigen Schweiz, wo die Arbeiterregionen ein markant linkes Profil aufweisen. Die starken Ausschläge der Profillinien der Ober- und der Unterschichtsregionen in Abbildung 61 haben zunächst jedoch nichts mit der sozialen Schichtung zu tun. Es kommt darin das insgesamt stark von der Deutschschweiz abweichende Stimmverhalten der Romandie zum Ausdruck (vgl. Abbildung 61).

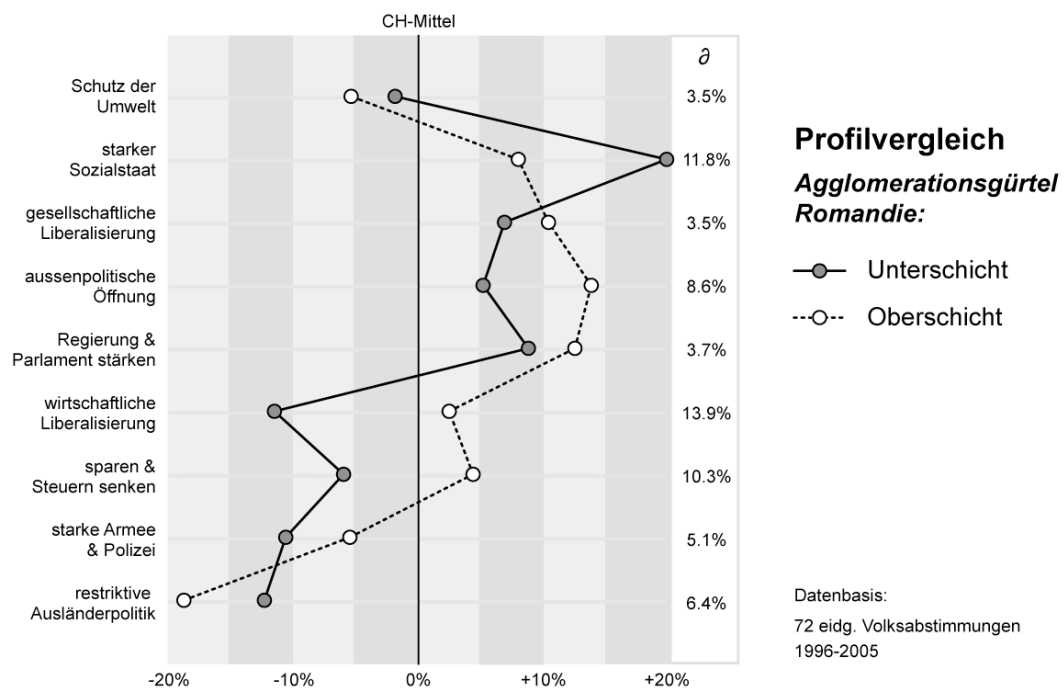


Abbildung 61: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Oberschichts- und Unterschichtsregionen der französischsprachigen Grossagglomerationen

Die grössten Abweichungen zwischen den Profillinien der Ober- und der Unterschichtsregionen bestehen bei den Anliegen «wirtschaftliche Liberalisierung» (13.9%), «starker Sozialstaat» (11.8%) und «sparen & Steuern senken» (10.3%). Es sind dies die drei Kernkonflikte der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Dies zeigt sehr schön, dass der klassische sozialökonomisch geprägte Links-rechts-Gegensatz des Industriezeitalters in Romandie noch heute bestimmend ist.

Die gesellschaftlich-kulturelle Konfliktdimension zeigt sich zwar auch hier, sie ist jedoch weniger stark ausgeprägt: So stimmen die Oberschichtsregionen durchschnittlich um 8.6 Prozent stärker für eine «aussenpolitische Öffnung» und die Unterschichtsregionen weisen ein um 6.4 Prozent höheres Zustimmungsniveau zu einer «restriktiven Aussenpolitik» auf.

Die grössere Bedeutung der verräumlichten sozialen Ungleichheit für die politische Landschaft spiegelt sich schliesslich auch darin, dass in der Romandie die weltanschaulichen Gegensätze zwischen Ober- und Unterschichtsregionen stärker ausgeprägt sind als in der Deutschschweiz. In den 94 Volksabstimmungen der Jahre 1996-2005 lag die Differenz der beiden Regionen in der Romandie bei 7.9 Prozent und in der Deutschschweiz bei 5.7.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Analyse der detaillierten Profillinien zeigt eindrücklich, wie gross die Bedeutung kultureller Faktoren selbst für die klassischen sozioökonomischen Konfliktfelder ist. Bei sozialpolitischen Fragen besteht zumindest in der Romandie zwar durchaus ein Gegensatz zwischen «Arbeit» und «Kapital». Die wohlhabenden Vorortsgemeinden am Genfersee weisen ein um 11.8 Prozent tieferes Zustimmungsniveau bei Vorlagen für einen «starken Sozialstaat» auf als die Arbeitervorstädte. Im gesamtschweizerischen Vergleich weisen die welschen Oberschichtsgemeinden jedoch eine klare Affinität für sozialpolitische Anliegen auf (+8.0%). Das Zustimmungsniveau liegt dabei sogar um 11.5 Prozent über jenem der Unterschichtsgemeinden in der Deutschschweiz. Die politische Einstellung zum Sozialstaat kann also nur noch partiell auf die soziale Lage zurückgeführt werden, sondern ist massgeblich durch kulturelle und lebensweltliche Faktoren geprägt.

Anders verhält es sich mit der Wirtschaftspolitik. Der Konflikt um wirtschaftliche Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung und um den Abbau des Service public bildet sowohl in der Deutschschweiz als auch in der Romandie den stärksten Einstellungsunterschied zwischen Ober- und Unterschichtsregionen. Die welschen Oberschichtsgebiete votieren zwar deutlich weniger positiv gegenüber einer «wirtschaftlichen Liberalisierung» als jene in der Deutschschweiz, jedoch positiver als das Deutschschweizer Unterschichtsumland.

Der Vergleich von Wirtschafts- und Sozialpolitik zeigt, dass der «Klassenkampf» sich heute in der Schweiz kaum mehr in der Sozialpolitik abspielt, wo Konsenshaltungen dominieren. Vielmehr bildet die Wirtschaftspolitik, die aufgrund des wachsenden globalen Konkurrenzdrucks in Bewegung geraten ist, das aktuelle Konfliktfeld zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen.

4.2.4.3 Die sozialräumliche Gliederung im Vergleich

Die politische Landschaft der Schweiz ist zum einen durch historisch-kulturelle und zum anderen durch sozialräumliche Gegensätze und Differenzierungen geprägt. In dieser Abhandlung konzentrieren wir uns auf die sozialräumlichen Gegensätze im kulturellen Vergleich zwischen deutsch- und französischsprachiger Schweiz. In den vorangegangenen Ausführungen haben wir dabei drei Gegensätze vorgestellt: den Zentrum-Peripherie-Gegensatz, den Kernstadt-Umland-Gegensatz und den traditionellen Klassen-Gegensatz.

Von Interesse sind jedoch nicht nur die einzelnen Spannungsfelder, sondern ebenso ihr Zusammenspiel, das der Struktur der politischen Landschaft zugrunde liegt. In Abbildung 62 sind die im vorangegangenen Kapitel eingeführten und beschriebenen

Raumtypen synoptisch zusammengefasst und als gewichtete Mittelwerte im politischen Raum dargestellt.

Die synoptische Darstellung (Abbildung 62) zeigt, dass die Konfliktfelder der beiden grossen Sprachregionen sich zwar stark in ihrer relativen Lage unterscheiden, jedoch grundsätzlich dieselbe Topologie besitzen. Der durch die drei Siedlungstypen Kernstadt, Agglomerationsgürtel und ländlicher Raum beschriebene *regionale Gegensatz* verläuft auf der Diagonale von linksliberal nach rechtskonservativ. Mehr oder weniger orthogonal zum regionalen verläuft der *soziale Gegensatz* zwischen den rechtsliberalen Ober- und den linkskonservativen Unterschichtsregionen.

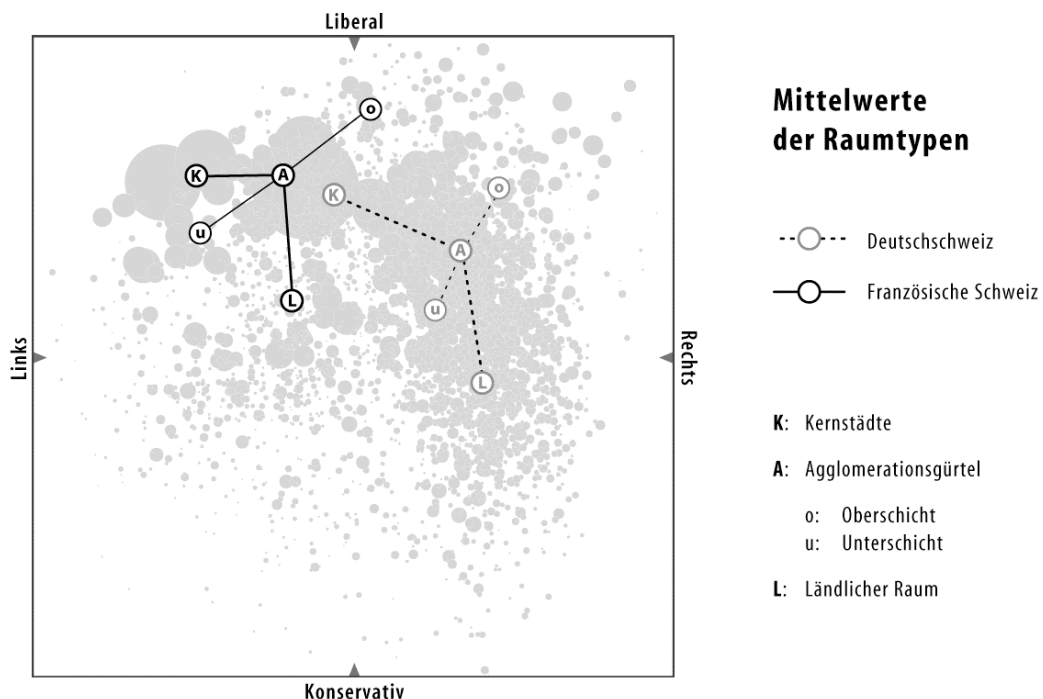


Abbildung 62: Weltanschauliche Richtungen der verräumlichten Cleavagestruktur in der deutschen und der französischen Schweiz

Die Darstellung zeigt jedoch schön, dass in der Romandie der soziale Gegensatz die dominante Teilung ist, in der Deutschschweiz die politische Landschaft dagegen massgeblich durch den regionalen Gegensatz geprägt ist. Die grössten Unterschiede zeigen sich im Verhältnis zwischen Unterschichtsumland und Kernstadt. Im frankophonem Kontext liegen diese beiden Raumtypen nahe beisammen, im deutschsprachigen Kontext klafft dagegen eine grosse Lücke zwischen den beiden. Der Mittelwert der Unterschichtsgemeinden der Deutschschweiz liegt näher beim Typ «ländlicher Raum» als beim Typ «Kernstadt».

Die beiden eher links orientierten Raumtypen – Kernstadt und Unterschichtsumland – sind in der Deutschschweiz stark in vertikaler Richtung auseinander gezogen. Wie wir oben gezeigt haben, ist das Profil der statustiefen Regionen weniger durch linke als durch konservative Einstellungen charakterisiert (z.B. «restriktive Ausländerpolitik»). Ein klar linkes Profil besitzen in der Deutschschweiz einzig die Kernstädte. Diese sind jedoch zugleich ausgesprochen liberal orientiert. In der Deutschschweiz wird die linke Hemisphäre der politischen Landschaft folglich durch die urbane, linksliberale Wertekombination dominiert.

4.2.4.4 Weltanschauliches Raumtypenschema

Die Struktur der politischen Landschaft, wie sie in Abbildung 63 dargestellt ist, bildet die Grundlage für das weltanschauliche Raumtypenschema. Dieses Schema zeigt die sozialräumliche Gliederung der politischen Landschaft und abstrahiert dabei von den historisch-kulturellen Eigenheiten. Es ist eine Schematisierung einer politischen Landschaft, die gleichermassen durch den sozialen und regionalen Gegensatz geprägt ist. Das Schema stellt somit eine politische Landschaft dar, die sich zwischen dem Typ «Deutschschweiz» und dem Typ «Romandie» befindet.

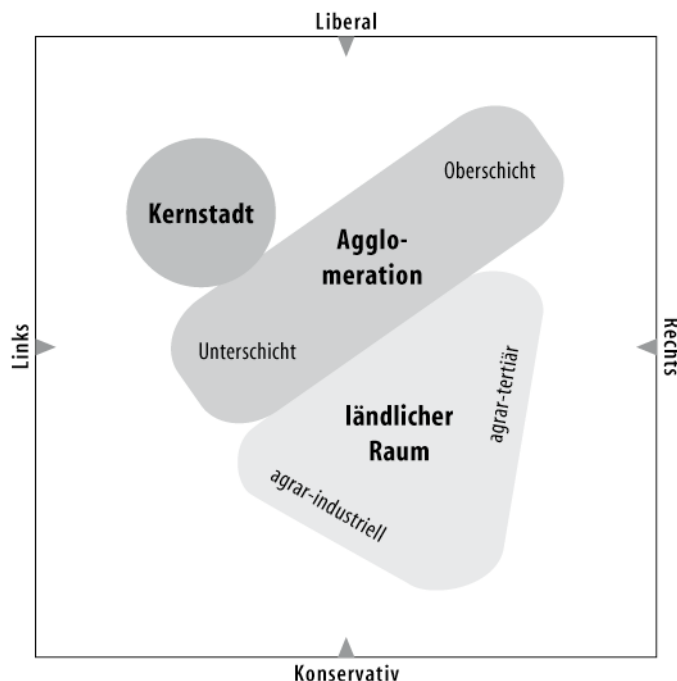


Abbildung 63: Weltanschauliches Raumtypenschema

4.2.5 Wirtschaftsgeografische Grundlagen

In den Politikwissenschaften wird der Gegensatz zwischen städtisch und ländlich noch heute am Cleavage-Konzept von Lipset und Rokkan (1967) festgemacht. Die beiden Politologen definierten die Stadt-Land-Cleavage als Interessensgegensatz zwischen industrieller und ländlich-gewerblicher Produktion.

Das Spannungsfeld zwischen ländlich-gewerblich und industriell bestimmte das Stadt-Land-Verhältnis im Zeitalter der Industrialisierung – in der heutigen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ist diese Dichotomie nur mehr von untergeordneter Bedeutung.

4.2.5.1 Wissensbasierte Dienste

Der Stadt-Land-Gegensatz, der sich heute im politischen Meinungsbildungsprozess manifestiert, besitzt gleichwohl einen wirtschaftsgeografischen Hintergrund. Er steht für eine Dichotomie zwischen wissensbasierten Diensten, die sich in den grossen Ballungsräumen konzentrieren, und produktiven Branchen, die vor allem ausserhalb der Ballungsräume verankert sind. Wissensbasierte Dienste wie Finanzdienstleistungen, Beratung, Forschung & Entwicklung, Bildung, Kommunikation und Kultur sind im nach-industriellen Kontext die wirtschaftsgeografischen Merkmale des urbanen Raums (vgl. Dümmler et al. 2004).

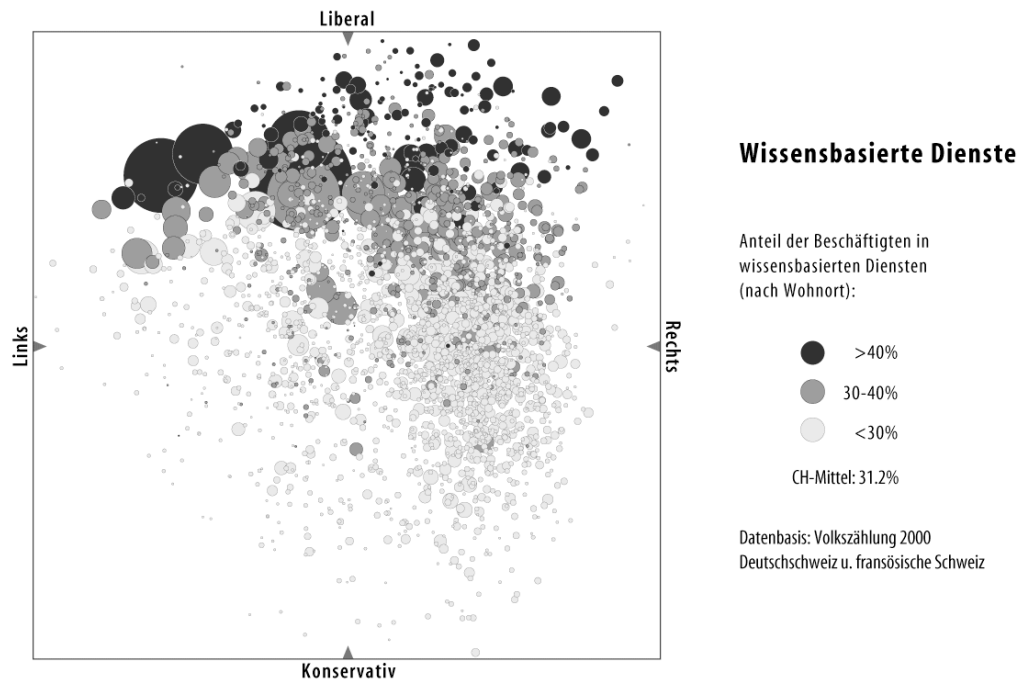


Abbildung 64: Verteilung der Beschäftigtenanteile in wissensbasierten Dienstleistungen im politischen Raum

Die räumliche Konzentration wissensbasierter Dienste in den grossen Ballungsräumen bildet eine wichtige Grundlage für den politischen Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie (vgl. Kapitel 4.1.2). Wie Abbildung 64 zeigt, besteht ein klarer Zusammenhang zwischen dem Anteil der in einer Gemeinde wohnhaften Beschäftigten in einem wissensbasierten Wirtschaftszweig⁹³ und der politischen Liberalität dieser Gemeinde. Eine Dominanz wissensbasierter Dienste ist typisch für die Gemeinden ganz oben im politischen Raum im gesamten Spektrum von links- bis rechtsliberal – gleichermassen in der Romandie und in der Deutschschweiz. Bei diesen Gemeinden handelt es sich, wie wir gezeigt haben, um Grosstädte und um statushohe Gemeinden im Umland dieser Städte.

Im starken Zusammenhang zwischen politischer Liberalität und dem Anteil an *Knowledge Workers* einer Gemeinde kommt der Kern des weltanschaulichen Gegensatzes zwischen liberal und konservativ zum Ausdruck. Es ist ein Konflikt zwischen den

⁹³ Dazu zählen wir folgende Wirtschaftszweige (Volkszählung 2000): Banken, Finanzgesellschaften, Versicherungen, Immobilien, Treuhandbüro, Revisionsgesellschaft, Advokatur-, Notariatsbüro, Unterrichtswesen, Forschung und Entwicklung, Prüfung, Literatur, Sprache, Bildende Künstler, Sport, Unterhaltung, sonstige kulturelle Einrichtungen, Kino, Theater, Tanz und Musik, Film, Radio- Und Fernsehstudio, technische Beratung und Planung, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Informatik, Vermietung, Leasing, Medizinische- und Veterinärpraxen, Praxen des Pflegebereichs, Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens, Dienstleistungen für die Allgemeinheit, Interessenvertretungen, öffentliche Verwaltung.

gesellschaftlichen Schichten, denen mit der Modernisierung neue Chancen und Perspektiven erwachsen, und jenen Schichten, die subjektiv oder objektiv zu den Verlierern der Modernisierung gehören.

Mit der Entwicklung der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft nimmt die Bedeutung wissensbasierter Branchen laufend zu. Gemäss Volkszählung ist der Anteil der Beschäftigten in wissensbasierten Wirtschaftszweigen in der Schweiz zwischen 1980 und 2000 um mehr als ein Drittel gestiegen. Die Wissensarbeiter sind die Gewinner von Modernisierung und Globalisierung. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass sie der politischen Öffnung und dem Strukturwandel insgesamt positiver gegenüberstehen als Personen, deren wirtschaftliche Basis durch diese Prozesse in Frage gestellt wird. Der Liberal-konservativ-Gegensatz, wie er sich bei Volksabstimmungen manifestiert, ist ein Gegensatz zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern. Er ist jedoch nicht nur dies. Wissensarbeiter verfügen in der Regel über eine weiterführende Schulbildung und ihre Tätigkeitsfelder sind mit Gestaltungsmacht und persönlichen Freiheiten verbunden. Es sind dies Faktoren, die für die Entwicklung eines individuellen Selbstbewusstseins ausschlaggebend sind. Die Erfahrung, die eigenen Lebensbedingungen gestalten zu können, macht es leichter, eine positive Grundhaltung gegenüber Wandel und Veränderungen zu entwickeln, und sie macht es einfacher, sich gegenüber Fremdem zu öffnen.

4.2.5.2 Horizontale Differenzierung

Der klassische wirtschaftsgeografische Stadt-Land-Gegensatz zwischen industrieller und ländlich-gewerblicher Produktion, wie ihn Lipset und Rokkan (1967) beschrieben hatten, ist heute von einem wirtschaftsgeografischen Zentrum-Peripherie-Gegensatz abgelöst worden, der zwischen strukturstarken und strukturschwachen Branchen unterscheidet.

Der Grad der Industrialisierung, der einst ein wichtiger Faktor der politischen Landschaft bildete, spiegelt sich in der Schweiz zumindest im grossstädtischen Kontext kaum noch in der politischen Landschaft. Die Chemiestadt Basel gleicht in ihrer politischen Orientierung den anderen Deutschschweizer Grossstädten. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass auch die Industrie heute weitgehend tertiarisiert ist. In den Zentren konzentrieren sich die Stabsfunktionen, während die eigentliche Produktion aus den Ballungsräumen ausgelagert wird.

Ein spezifisch industrielles Profil findet man in der Schweiz in Ansätzen noch ausserhalb der Ballungsgebiete. Gemeinden, in denen die industrielle Produktion bis heute eine dominante Rolle spielt, sind im Schnitt etwas linker positioniert als Gemeinden mit einer landwirtschaftlich-gewerblichen Struktur. Dies zeigt die folgende

Abbildung, welche die Mittelwerte der Gemeinden mit einem entsprechenden Profil darstellt:

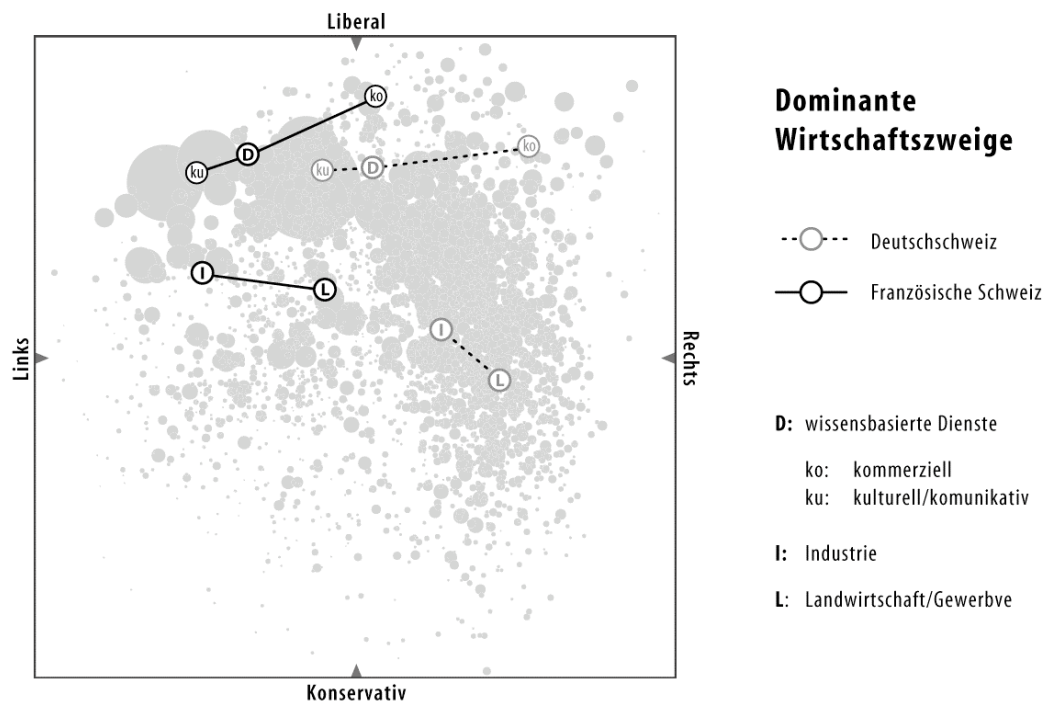


Abbildung 65: Horizontale Differenzierung von kulturellen und kommerziellen Dienstleistungen im politischen Raum

Nur schwach ausgeprägt ist der Unterschied im politischen Profil zwischen ländlich-gewerblich und industriell in der Deutschschweiz, wo eine linke Grundorientierung – wie wir bereits zeigten – vor allem ein grossstädtisches Phänomen ist. Von grösserer Bedeutung ist der Gegensatz in der Romandie. Die industriellen Gemeinden besitzen hier ein klar linkes Profil. Es handelt sich dabei zumeist um Gemeinden des von der Uhrenindustrie dominierten Jurabogens.

Der klassisch wohlfahrtsstaatliche Links-rechts-Gegensatz, der die politische Topografie der grossen Agglomerationen der Romandie prägt, zeigt sich also auch ausserhalb dieser Agglomerationen. In den Ballungsgebieten besitzt der wohlfahrtsstaatliche Links-rechts-Gegensatz sozialgeografischen Charakter. Das heisst, er hat nichts mit der Regionalisierung der Wirtschaft zu tun, sondern er ist Ausdruck der sozial-räumlichen Entmischung der Wohnbevölkerung. Nur im ländlichen Raum hat der Gegensatz eine wirtschaftsgeografische Grundlage. Das heisst, dass das politische Profil von der Art der Produktion – gewerblich oder industriell – abhängt.

4.2.5.3 Kommerziell vs. kreativ/kommunikativ

Die wissensbasierten Dienste konzentrieren sich in den Ballungsgebieten, was die Grundlage für den wirtschaftsgeografischen Zentrum-Peripherie-Gegensatz ist. Die wissensbasierten Dienste sind jedoch keineswegs homogen, sondern bestehen aus einem breiten Spektrum von Berufstypen. Wie die Abbildung 65 zeigt, kann dabei ein grundlegender Gegensatz ausgemacht werden. Personen, die in kommerziellen Branchen arbeiten (Banken, Versicherungen usw.), konzentrieren sich in den rechtsliberalen Gemeinden in den wohlhabenden Agglomerationsgürteln. Personen, die in kulturellen und kommunikativen Feldern tätig sind, finden sich dagegen vermehrt in den linksliberalen Kernstädten. Sie bilden den Kern der «kreativen Klasse», welche heute das Leben im urbanen Raum dominiert.

Die Teilung zwischen kommerziell und kulturell beruht nicht auf einer wirtschaftsgeografischen Regionalisierung dieser Branchen, sondern in der sozialgeografischen Entmischung der Bevölkerung. Innerhalb der Agglomerationen besteht nur ein Arbeitsmarkt. Für die Segregation der Bevölkerung ist die Charakteristik der Wohnorte ausschlaggebend. Die kernstädtische Lebenswelt ist offensichtlich für kulturell und kommunikativ Tätige von grösserer Attraktivität als für Personen, die in kommerziellen Branchen tätig sind und Wohnstandortbedürfnisse haben, die am ehesten in Suburbia befriedigt werden können.

4.2.6 Dynamik in der politischen Landschaft

Mit dem Verfahren der zeitlichen Interpolation (vgl. Kapitel 3) kann die politische Landschaft in ihrer Entwicklung verfolgt werden. Dabei zeigt sich, dass sich die Strukturen und Konfliktlinien, die wir bis hierhin beschrieben haben, teilweise durch eine grosse zeitlich Persistenz auszeichnen, ein Teil der Konfliktlinien hat sich jedoch erst in den letzten Jahrzehnten entwickelt. Mit den Abstimmungsdaten der Zeitperiode von 1981-2005 kann die Entwicklung vom Ende des Industriezeitalters bis heute verfolgt werden.

Die Methode der zeitlichen Interpolation beruht auf standardisierten Werten der Abstimmungsergebnisse, wie sie in die Faktorenanalyse einfließen. Da die Eingangswerte standardisiert sind, können mit der Interpolationsmethode nur relative Veränderungen der Struktur der politischen Landschaft untersucht werden. Absolute Verschiebungen des weltanschaulichen Gefüges in die eine oder andere Richtung können dagegen nicht erfasst werden. Eine derartige Untersuchung des Wertewandels ist grundsätzlich mit den Abstimmungsdaten kaum möglich. In den schweizerischen Volksabstimmungen kommen zwar immer wieder dieselben Themenkonflikte zum Ausdruck, die konkrete Sachfrage ist jedoch kaum einmal identisch. Eine Analyse der

absoluten Veränderungen der gesellschaftlichen Grundorientierungen ist nur mit periodischen Erhebungen derselben Einstellungsfragen möglich.

4.2.6.1 Entwicklung des Sprachgegensatzes

Die politische Konfliktstruktur unterscheidet sich in den beiden grossen Sprachregionen der Schweiz. Während in der Romandie bis heute der klassische wohlfahrtsstaatliche Links-rechts-Gegensatz bestimmend ist, wird die politische Landschaft der Deutschschweiz von einem regionalen Gegensatz zwischen linksliberalen Zentren und rechtskonservativem Hinterland bestimmt.

Wie wir weiter oben dargelegt haben, unterscheidet sich jedoch nicht nur die politische Konfliktstruktur in den beiden Regionen, sondern es bestehen auch bedeutende politische Konfliktlinien zwischen den Sprachregionen. Gegensätze und Konflikte zwischen den Sprachregionen gehen zwar bis in die Anfänge des Bundesstaats zurück (Büchi 2000), im Untersuchungszeitraum zwischen den frühen 1980er- und den frühen 2000er-Jahren haben die Unterschiede im Stimmverhalten jedoch stark zugenommen. Dies zeigt Abbildung 66.

Entwicklung: Sprachregionen

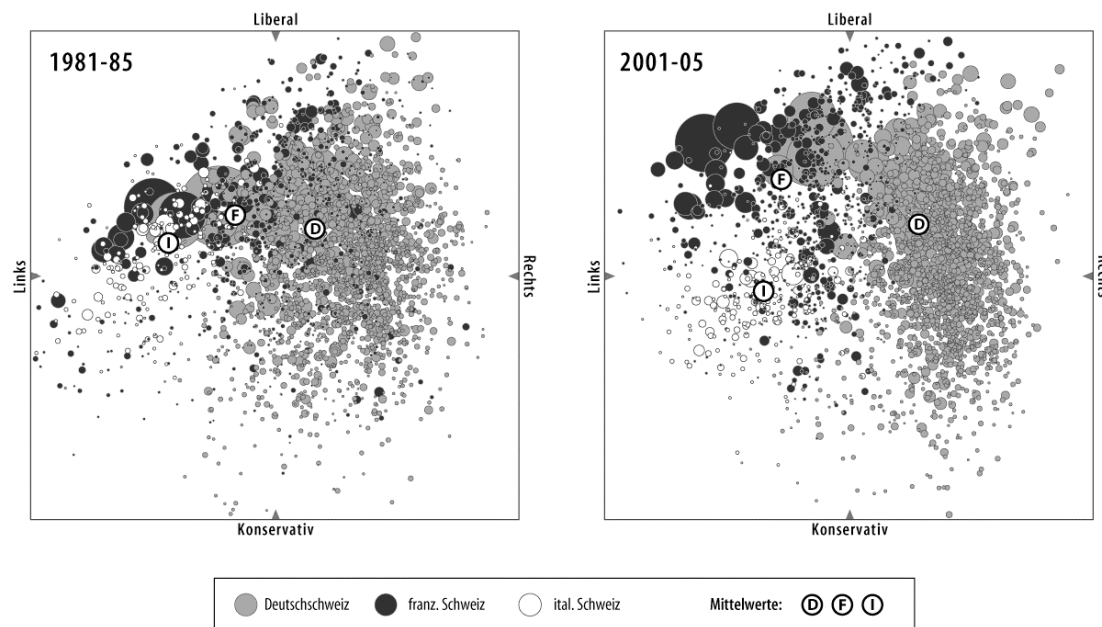


Abbildung 66: Veränderung des linguistischen Cleavages zwischen 1980 und 2005

In der Darstellung links, welche die Situation in den frühen 1980er Jahren visualisiert, überlagern sich die beiden grossen Sprachregionen grösstenteils. Erst im Verlauf der letzten zwanzig Jahre ist es zu einer fast vollständigen Separierung der

Sprachregionen im politischen Raum gekommen. Die Verlagerung der Mittelwerte zeigt, dass sich vor allem der Links-rechts-Gegensatz stark akzentuiert hat, ausserdem hat sich auch eine Differenz auf der Achse liberal-konservativ entwickelt, die es zwanzig Jahre zuvor nicht gegeben hat.

Die Differenzierung auf der Liberal-konservativ-Achse beschränkt sich nicht auf die beiden grossen Sprachregionen, sondern betrifft auch die italienische Schweiz, die in den letzten Jahren ein eigentlich linkskonservatives Profil ausbildete (vgl. Abbildung 47). Eine zentrale Rolle für die Zunahme der Konfliktivität zwischen den Sprachregionen auf der vertikalen Achse des politischen Raums spielt die Thematik der europäischen Integration, die vor allem in den Neunzigerjahren die politische Debatte der Schweiz dominierte. Die europäische Integration wird in der Romandie überdurchschnittlich positiv, in der italienischen Schweiz dagegen überdurchschnittlich negativ bewertet.

Die Separierung der Sprachregionen im politischen Raum, wie sie sich im rechten Diagramm der Abbildung 66 manifestiert, darf jedoch nicht alleine auf weltanschauliche Unterschiede zwischen den Sprachregionen zurückgeführt werden. Die ungleiche Bevölkerungsgrösse der Sprachregionen führt dazu, dass die schweizerische Politik von der Deutschschweiz dominiert wird. Weichen die kleineren Sprachregionen mehrheitlich von der Deutschschweizer Meinung ab, so können sie sich in der Regel nicht durchsetzen. Die Majorisierung durch den dominanten Sprachraum bildet die Basis für die Überzeichnung der bestehenden Gegensätze. Das Gefühl der Machtlosigkeit begünstigt die Solidarisierung mit der Mehrheit der eigenen Sprachregion und die Ablehnung der Meinung der dominanten Mehrheit.

4.2.6.2 Der sozialpolitische Gegensatz von Deutsch und Welsch

Für die vorliegenden Analysen von besonderem Interesse ist die Entwicklung des sozialpolitischen Gegensatzes. Wie wir gezeigt haben, bestehen heute bei Abstimmungen zur Sozialpolitik die grössten Einstellungsunterschiede zwischen Deutsch und Welsch.

Der sozialpolitische «Röstigraben» ist jedoch ein junges Phänomen. Während der Hochblüte der Industrialisierung waren wohlfahrtsstaatliche Grundorientierungen in der Deutschschweiz weiter verbreitet als in der französischen. Während sich in der Romandie die Industrialisierung auf Genf und auf den Jurabogen konzentrierte (Uhrenindustrie), erfolgte sie in der Deutschschweiz grossflächig und dezentral (Fritzschke et al. 2001). Folgende Abbildung zeigt die Zustimmung zu sozialpolitischen Vorlagen mit einer wohlfahrtstaatlichen Zielrichtung seit den 1920er Jahren.

Bis in die 1960er Jahre erhielten AHV-Vorlagen und Initiativen zur Arbeitszeitverkürzungen in den Industrieregionen die grösste Unterstützung. Von den welschen Kantonen zeichneten sich nur die reformierten Industriekantone Genf und Neuenburg durch ein wohlfahrtstaatliches Profil aus. Die katholischen Regionen im Wallis, in Freiburg und im Jura und der reformierte Agrarkanton Waadt stellten sich dagegen klar gegen den Ausbau des Wohlfahrtstaats.

Seit den 1960er Jahren hat sowohl die Bedeutung der Konfession als auch der Industrialisierung für den politischen Links-rechts-Gegensatz stark abgenommen. Die katholischen Regionen der französischen Schweiz haben sich nach und nach gegen links orientiert, während die Industrie- und Arbeiterregionen der Deutschschweiz ihr linkes Profil weitgehend verloren haben.

Sozialpolitische Vorlagen: Entwicklung

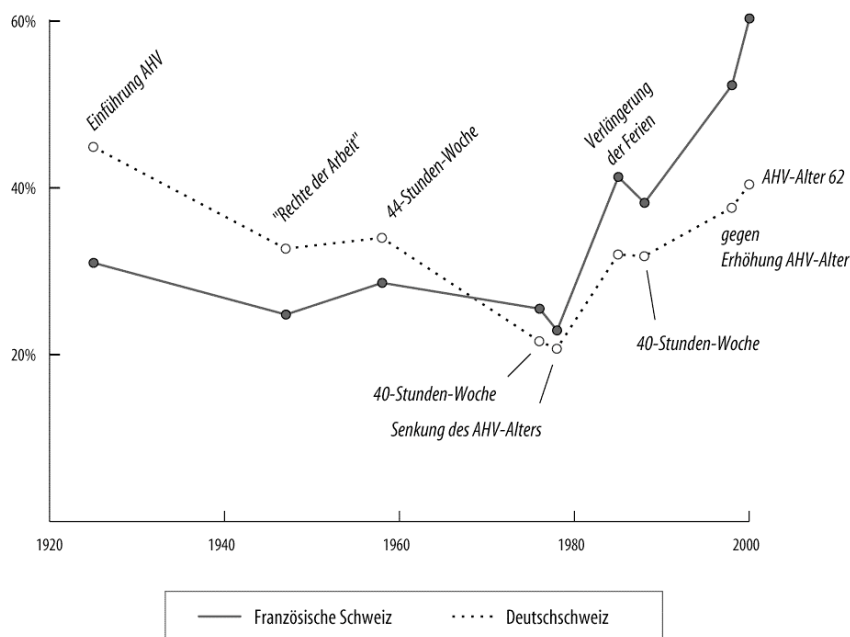


Abbildung 67: Zustimmung zu sozialpolitischen Vorlagen im Verlauf des 20. Jahrhunderts nach Sprachregionen

In den 1990er-Jahren hat sich ein eigentlicher sozialpolitischer «Röstigraben» geöffnet. Die grössten Gegensätze im Abstimmungsverhalten bestanden bei der Vorlage zu Sparmassnahmen in der Arbeitslosenversicherung (1997) und bei jener über die Einführung der Mutterschaftsversicherung (1999). Letzterer stimmten sämtliche Bezirke der Suisse Romande zu und sämtliche Bezirke der Deutschschweiz lehnten sie ab.

4.2.6.3 Wandel der Stadt-Land-Gegensätze

Parallel zur Ausbildung des sprachregionalen Gegensatzes veränderte sich die politische Konfliktstruktur innerhalb der Sprachregionen. Die auffälligste Entwicklung ist hierbei diejenige der grossen Kernstädte, die in den letzten zwanzig Jahren einen eigenständigen Pol der politischen Landschaft ausgebildet haben. Abbildung 68 zeigt die politische Landschaft der Deutschschweiz der frühen Achtzigerjahre und des aktuellen Jahrzehnts im Vergleich.

Entwicklung: Siedlungstypen (dt.)

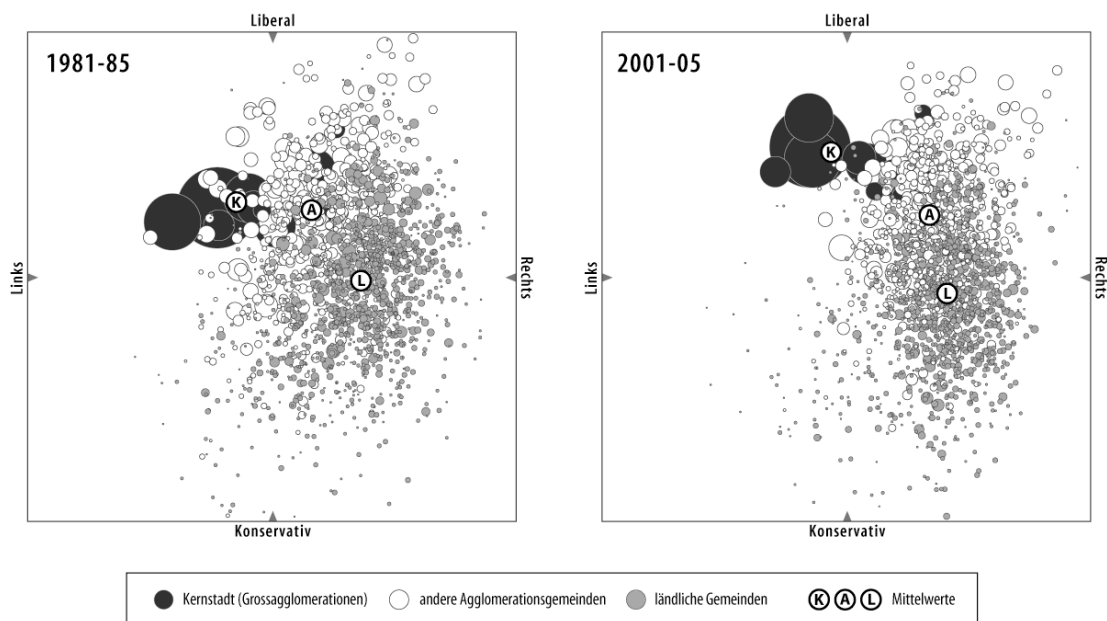


Abbildung 68: Entwicklung des Gegensatzes zwischen Kernstadt und Umland in der Deutschschweiz 1981 bis 2005

Wie das Diagramm links zeigt, gehörten die Grossstädte bereits in den frühen Achtzigerjahren zu den links positionierten Gemeinden der Deutschschweiz. Anders als heute teilten sie diese Position jedoch mit anderen Agglomerationsgemeinden, nämlich den Arbeitervorstädten. Wie die Verlagerung der Mittelwerte zeigt, ist der Links-rechts-Gegensatz zwischen den Kernstädten und anderen Agglomerationsgemeinden seit den frühen Achtzigerjahren stark angewachsen. Nicht nur die grossen, sondern auch die mittelgrossen Städte zeichnen sich heute durch ihr relativ linkes Profil aus. Die exponierte Position auf der politischen Landkarte, welche die Kernstädte eingenommen haben, ist jedoch nicht so sehr Ausdruck eines Linksrutsches als einer Verbürgerlichung der Agglomeration. Auf der Links-rechts-Achse befand sich der Agglomerationsmittelwert in den frühen Achtzigerjahren in der Mitte zwischen Stadt

und Land. Heute ist die Links-rechts-Positionierung von Agglomerationsgürtel und ländlichen Raum annähernd gleich.

4.2.6.4 Entwicklung der urbanen Weltanschauung

Die auffälligste Entwicklung bezieht sich jedoch nicht auf die horizontale Achse des politischen Raums. Es ist die Bewegung der Kernstädte Richtung «oben» hin zum liberalen Pol. Auf der Konfliktachse liberal-konservativ positionierten sich die Grossstädte in den frühen Achtzigerjahren auf Höhe des Arbeiterumlands, seither haben sie sich auf die «Höhe» der liberalsten Gemeinden bewegt und bilden das linksliberale Pendant zu dem durch Oberschichtsgemeinden geprägten rechtsliberalen Umland.

Der Wandel der urbanen Weltanschauung lässt sich exemplarisch anhand der Abstimmungen zur Begrenzung der Einwanderung illustrieren. Zwischen 1970 und 2000 gelangten in der Schweiz fünf Volksinitiativen zur Abstimmung, die eine Begrenzung der Einwanderung forderten. Wie Abbildung 69 zeigt, lag das Zustimmungsniveau zu diesen Vorlagen in der Grossstadt Zürich bis in die 1980er Jahre über dem Niveau des restlichen Kantons Zürich. Bei der jüngsten Überfremdungsvorlage von 2000 haben sich die Verhältnisse ins Gegenteil gekehrt. Die für Unterschichtsgemeinden typische Skepsis gegen Einwanderung (vgl. Abbildung 69) ist einer weltoffeneren Haltung gewichen.

«Überfremdungsinitiativen»: Entwicklung Zürich

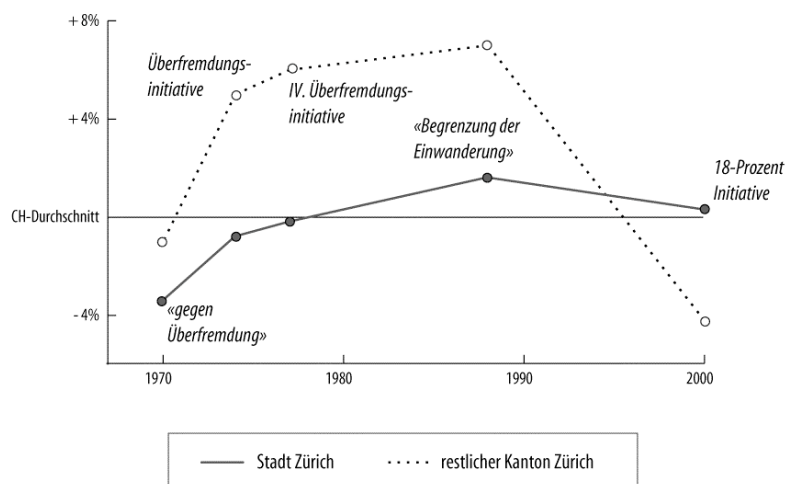


Abbildung 69: Zustimmung zu den «Überfremdungsvorlagen» zwischen 1970 und 2000 in Stadt und Land im Kanton Zürich

Die Liberalisierung des städtischen Werteprofils ist Ausdruck einer Renaissance des Städtischen. Seit den 1990er Jahren verzeichnen die Grossstädte der Schweiz einen überdurchschnittlichen Statusanstieg (vgl. Hermann et al. 2005). Da politische Liberalität Ausdruck von Macht und Möglichkeiten ist, hat die Entwicklung einer «neuen urbanen Mittelschicht» zu einer Veränderung der politischen Grundorientierung geführt. Anders als die Oberschichtsgemeinden im Agglomerationsgürtel ist die Liberalität der Städte jedoch nicht mit einer rechten Orientierung verbunden. Wie oben erwähnt, ist die städtische Lebenswelt das Habitat der kreativen Klasse. Trotz wachsendem Wohlstand und zunehmender Liberalität sind die städtischen Milieus politisch nicht verbürgerlicht. Es ist das eigentliche Kennzeichen der kreativen Klasse, dass sie Macht und Möglichkeiten mit einem ungebundenen Lebensstil und mit Werten der sozialen und ökologischen Sensibilität verbindet.

4.2.6.5 Die Entwicklung im frankophonen Raum

Im Gegensatz zur Deutschschweiz teilen die Kernstädte in der Romandie bis heute ihr linkes politisches Profil mit den Unterschichtsgemeinden des Agglomerationsgürtels. Insgesamt sind die regionalen Gegensätze weniger stark entwickelt. Der Vergleich der Konfliktstruktur der frühen Achtzigerjahre mit der heutigen zeigt jedoch, dass der Wandel der politischen Landschaft in beiden Sprachregionen in dieselbe Richtung weist. Dies zeigt Abbildung 70.

Entwicklung: Siedlungstypen (fr.)

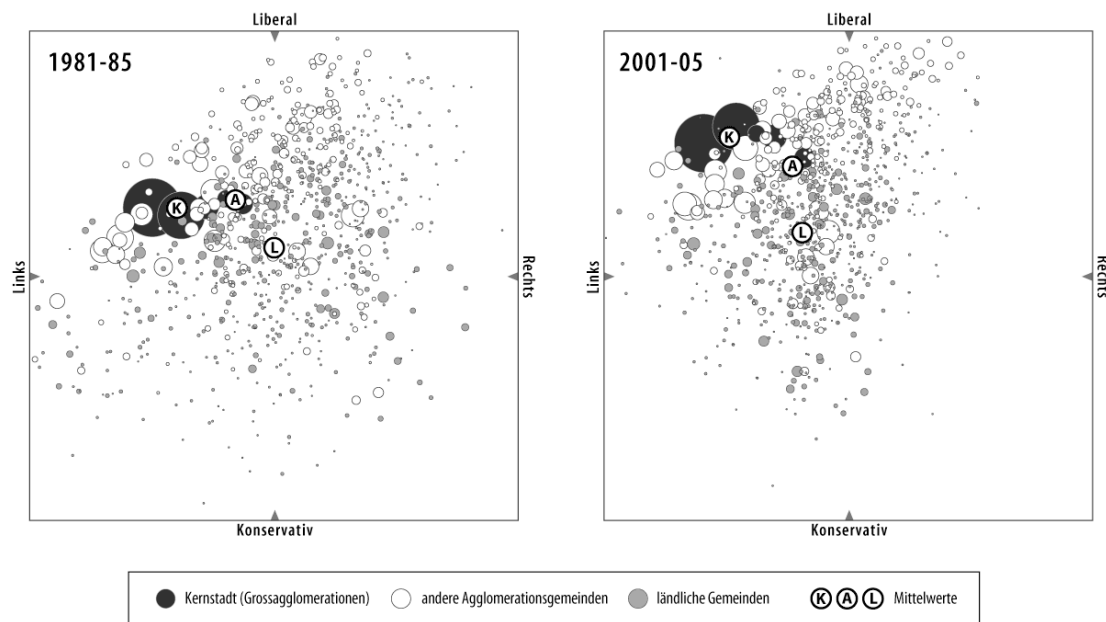


Abbildung 70: Entwicklung des Gegensatzes zwischen Kernstadt und Umland in der Suisse Romande 1981 bis 2005

Analog zur Deutschschweiz beschreiben die Mittelwerte der drei dargestellten Siedlungstypen eine Drehung im Uhrzeigersinn. Auch in der französischen Schweiz nehmen die grossen Kernstädte im Vergleich zu den übrigen Agglomerationsgemeinden eine zunehmend liberale Position ein. Weil jedoch die Gemeinden des Agglomerationsgürtels der Entwicklung hin zu liberaleren Werten zumindest in Ansätzen folgen und sich nicht wie in der Deutschschweiz Richtung rechtskonservativ bewegen, ist der Wandel der regionalen Konfliktlinien weniger augenfällig als in der Deutschschweiz.

Analog zur Deutschschweiz präsentiert sich auch die Entwicklung des Verhältnisses von Agglomeration und ländlichem Raum: Der Links-rechts-Gegensatz, der noch in den frühen Achtzigerjahren zwischen den beiden Siedlungstypen bestand, ist in den letzten zwanzig Jahren verschwunden.

4.2.7 Die fünf grossen Agglomerationen in Bewegung

Durch die Entwicklung der linksliberalen urbanen Grundorientierung hat sich das politisch-weltanschauliche Gefüge in den Ballungsgebieten grundlegend verändert. Dies gilt insbesondere für die fünf Grossstadttagglomerationen – Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne –, deren Entwicklung wir im Folgenden skizzieren.

4.2.7.1 Agglomeration Zürich

In Zürich, dem grössten Ballungsraum der Schweiz, zeigt sich der Wandel der politischen Konfliktstruktur besonders ausgeprägt. In den frühen Achtzigerjahren verteilten sich die Gemeinden der Agglomeration – inklusive der Stadt Zürich – auf einem Band zwischen links und rechtsliberal (vgl. Abbildung 71). Dieser dominierte das politische Gefüge innerhalb des Ballungsraums. Die politische Position entsprach der Stellung in der sozialen Hierarchie. Auch wenn die Kernstadt Zürich schon in den frühen 1980er Jahren einen Extrempunkt des politischen Spektrums der Agglomeration bildete, hat sie sich erst in den letzten Jahren zu einem eigenständigen Pol der politischen Landschaft entwickelt, der jenseits des klassischen sozialen Gegensatzes liegt. An die Stelle eines bipolaren Konfliktmusters ist eine tripolare Struktur getreten.

Die Stadt Zürich steht dabei ebenso in Distanz zu den Unterschichts- wie zu den Oberschichtsgemeinden des Agglomerationsgürtels. Der Agglomerationsgürtel ist zwar noch immer durch den klassisch sozialen Gegensatz geprägt, dieser hat jedoch an Spannkraft verloren: Das schmale Band der frühen 1980er Jahre hat sich zu einem Klumpen verdichtet. Insgesamt dominiert der Kernstadt-Umland-Gegensatz heute über die Klassen-Gegensätze.

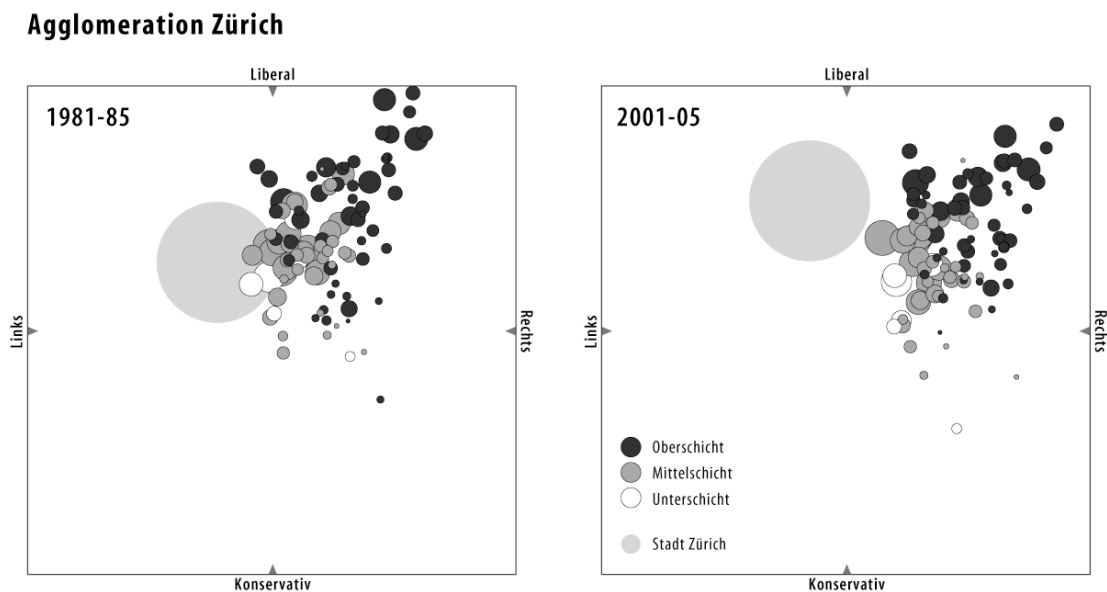


Abbildung 71: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Zürich 1981–2005

4.2.7.2 Agglomeration Basel

Basel, die zweitgrösste Agglomeration der Deutschschweiz, zeigt im Wesentlichen dasselbe Entwicklungsmuster wie Zürich. Der Wandel der Konfliktstruktur ist jedoch weniger dynamisch. Die Wanderung der Kernstadt zum liberalen Pol der politischen Landschaft ist etwas zaghafter als in Zürich und Bern (wie wir unten zeigen werden), so dass der Kernstadt-Umland-Gegensatz heute weniger ausgeprägt ist.

Wie das linke Diagramm in Abbildung 72 zeigt, zeichnete sich Basel in den Achtzigerjahre durch ein – für Deutschschweizer Verhältnisse – ausgesprochen linkes Profil aus. Im Gegensatz zu Zürich und Bern positionierten sich nicht nur die Kernstadt auf der linken Seite des Diagramms, sondern auch die meisten Gemeinden der Agglomeration. Die Wirtschaft der Pharmastadt Basel bis heute stark durch den industriellen Sektor geprägt ist. Noch in den 1980er Jahren spiegelte sich die Dominanz der Pharmaindustrie in einer relativ linken Grundorientierung der gesamten Region Basel.

Agglomeration Basel

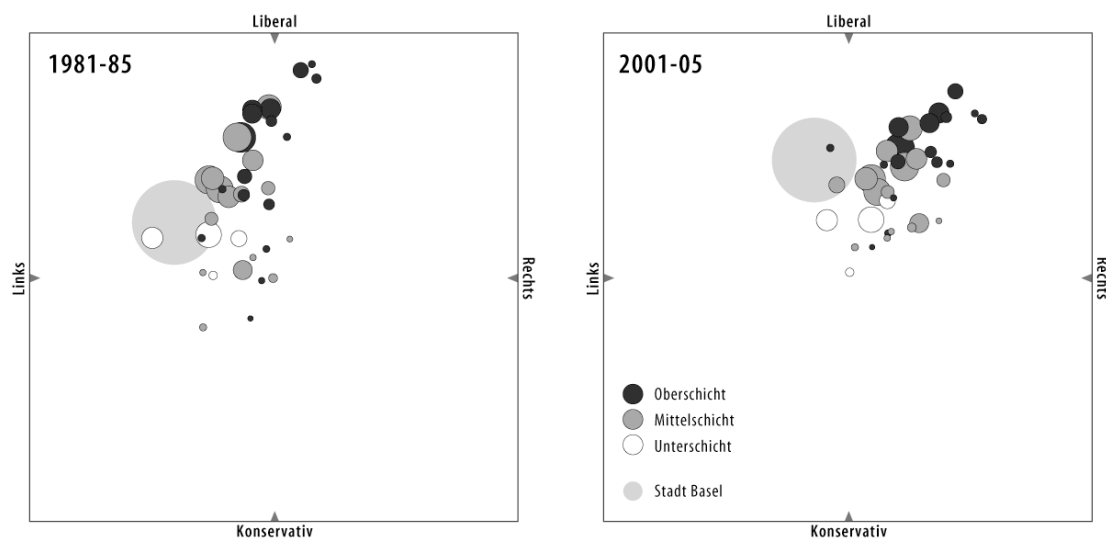


Abbildung 72: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Basel 1981–2005

Davon ist heute kaum noch etwas zu spüren. Zwar zeichnet sich das gehobene Umland bis heute durch ein für diesen Siedlungstyp eher linkes Profil aus und unterscheidet sich darin vom ausgesprochen wirtschaftsliberalen Umland Zürichs. Die Stadt Basel ist jedoch in den untersuchten zwanzig Jahren im Vergleich zu Zürich und Bern nach rechts gerückt. Ein dominanter industrieller Sektor bildet heute (zumindest im urbanen Kontext) keine Basis mehr für eine linke Grundorientierung. Die neuen linken Werte werden von der kreativen Klasse getragen. Ausschlaggebend für die Verbreitung dieser ist jedoch nicht der Industrie-, sondern der Dienstleistungssektor.

4.2.7.3 Agglomeration Bern

Die Bundeshauptstadt Bern und ihr Agglomerationsgürtel zeichnen sich durch eine besonders starke Transformation der Konfliktstruktur aus. Wie das Diagramm rechts in Abbildung 73 zeigt, besteht heute zwischen den Ober- und den Unterschichtsgemeinden kaum noch ein Links-rechts-Gegensatz, sondern diese unterscheiden sich einzig in ihrer Liberalität. Die Stadt Bern positioniert sich dagegen weitab von den übrigen Agglomerationsgemeinden im linksliberalen Sektor des politischen Raums.

Die nur schwach industrialisierte «Beamtenstadt» besass noch in den frühen 1980er Jahren das bürgerlichste Profil der Schweizer Grossstädte, heute ist Bern – zumindest in der Deutschschweiz – die Stadt mit der linksliberalsten Grundorientierung.

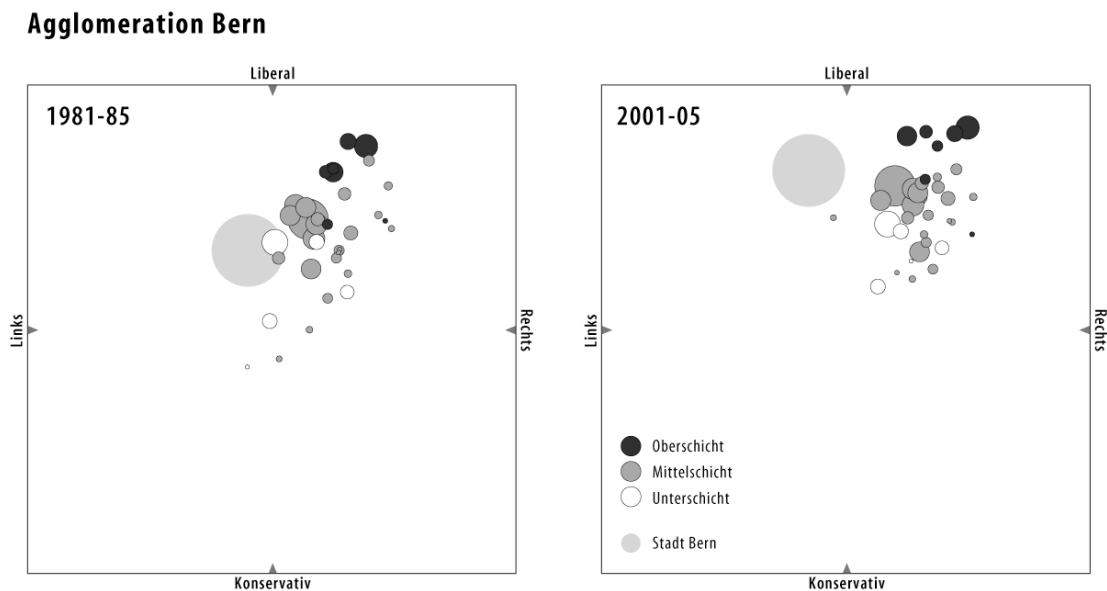


Abbildung 73: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Bern 1981–2005

Die unterschiedliche Entwicklung Basels und Berns stehen exemplarisch für den Wandel der Linken in der deutschsprachigen Schweiz. Während in den frühen Achtzigerjahren Basel die linkste und Bern die bürgerlichste der grossen Städte der Deutschschweiz waren, haben sie im Verlauf der letzten zwanzig Jahre ihre Positionen getauscht. An die Stelle der Industriestadt ist die durch den staatlichen Dienstleistungssektor dominierte Bundeshauptstadt getreten. Dabei spielt nicht nur die Nähe zum Staat eine Rolle, sondern auch der Charakter der in Bern vorherrschenden Dienstleistungsbranchen, die weniger kommerziell als soziokulturell ausgerichtet sind.

4.2.7.4 Agglomeration Genf

Betrachtet man Abbildung 74, so scheint es, als ob sich die politische Struktur der Agglomeration Genf in den letzten zwanzig Jahren kaum verändert hätte. Anders als in den Ballungsräumen der Deutschschweiz ist hier die bipolare Struktur der politischen Landschaft nicht durch ein tripolare abgelöst worden.

In den frühen 1980er Jahren genauso wie zwanzig Jahre später ist der Genfer Ballungsraum durch den klassischen Links-rechts-Gegensatz geprägt. In einem schmalen Band reihen sich die Gemeinden gemäss ihrem sozialen Status von links nach liberal. Bei einer etwas genaueren Betrachtung zeigt der Vergleich zwischen dem linken und dem rechten Diagramm in Abbildung 74 jedoch sehr wohl eine Entwicklung. Wie in den städtischen Regionen der Deutschschweiz hat sich auch in Genf die Kernstadt Richtung liberal bewegt. Dabei sind ihr jedoch die Gemeinden des Agglomerationsgürtels gefolgt. Zumindest in Ansätzen hat sich die Stadt Genf aus der Mitte des Bands der restlichen Gemeinden entfernt.

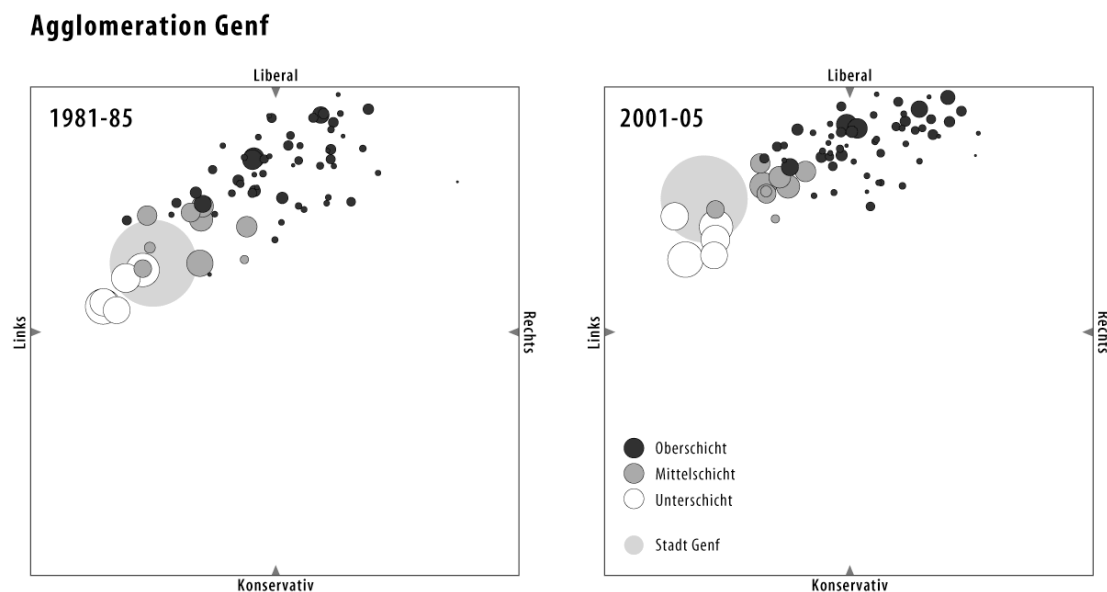


Abbildung 74: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Genf 1981–2005

Dies zeigt, dass die welsche Metropole denselben Entwicklungsprozessen unterliegt wie die Deutschschweizer Städte. Die mit der Renaissance des Städtischen verbundene Liberalisierung führt jedoch nicht zu einem Kernstadt-Umland-Gegensatz. Der entscheidende Unterschied zur Deutschschweiz ist die unterschiedliche Entwicklung des Unterschichtsumlands, das seine linke Grundorientierung erhalten und kein konservatives Profil ausgebildet hat.

4.2.7.5 Agglomeration Lausanne

Die Struktur und Entwicklung der Agglomeration Lausanne im politischen Raum bestätigt die Unterschiede und Übereinstimmungen in den beiden grossen Sprachregionen der Schweiz. Analog zur grossen Schwesterstadt am Genfersee bleibt auch in Lausanne der Wandel von einer bi- zu einer tripolaren Konfliktstruktur aus, obwohl sich die Kernstadt an den liberalen Pol der politischen Landschaft bewegt hat.

Im Vergleich zu Genf hat sich jedoch Lausanne stärker aus dem Verbund der Agglomerationsgemeinden gelöst. In Ansätzen ist die Entwicklung einer tripolaren Konfliktstruktur erkennbar.

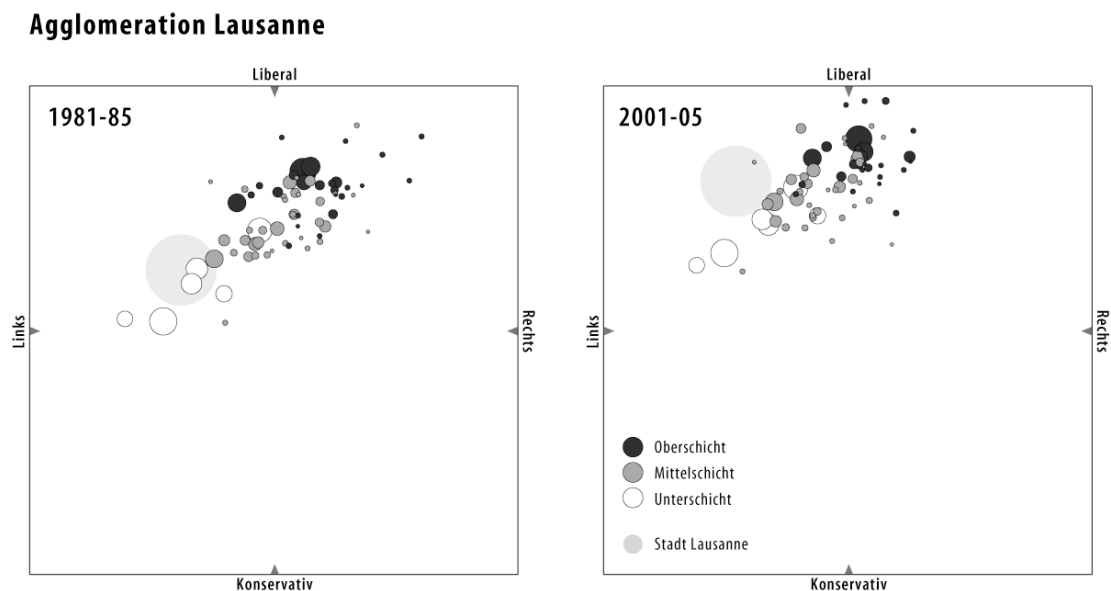


Abbildung 75: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Lausanne 1981–2005

Obwohl die Entwicklung des politischen Profils klar dem frankophonen Grundtyp entspricht, spiegelt sich in den beiden Diagrammen von Abbildung 75 eine gewisse Nähe zum Deutschschweizer Typus. Im Vergleich zur stark nach Frankreich orientierten Agglomeration Genf ist Lausanne sowohl geografisch als auch historisch-politisch (als ehemaliges Untertanengebiet von Bern) enger an die Deutschschweiz gebunden.

4.2.8 Innerstädtische Entwicklung

Die Entwicklung der politischen Landschaft der Schweiz ist wesentlich durch die Dynamik der grossen Kernstädte geprägt. Von Interesse ist dabei nicht nur die Entwicklung der Städte als Ganzes, sondern auch die Veränderung der politischen Konfliktstruktur innerhalb der Kernstädte. Im folgenden Abschnitt wird der Frage nach-

gegangen, ob der Wandel hin zu einem linksliberalen Profil alle Teile der Kernstadt in gleicher Weise betrifft oder ob dieser Trend zu einer Teilung auch innerhalb des städtischen Gebiets führt.

Für die beiden grössten Städte der Schweiz ist eine entsprechende Analyse möglich, da hier die Ergebnisse der eidgenössischen Volksabstimmungen für einzelne Zählkreise publiziert werden.

4.2.8.1 Entwicklung der Stadtkreise Zürichs

Für die für die Untersuchung relevante Periode von 1981 und 2005 liegen die Abstimmungsergebnisse der zwölf Stadtkreise Zürichs vor.⁹⁴ Diese Stadtkreise sind die erste Stufe der infrakommunalen Gliederung der Stadt Zürich. Die Stadtkreise sind ihrerseits in 34 Stadtquartiere gegliedert, die für die Analyse der innerstädtischen sozialräumlichen Dynamik in Kapitel 4.1.1.3 verwendet wurden (vgl. auch Schuler et al. 2005: 141). Die Position und Veränderung der Zürcher Stadtkreise im politischen Raum ist in Abbildung 76 dargestellt.

Das Diagramm links zeigt, dass sich in den frühen 1980er Jahren nicht nur die Stadt als Ganzes in die Konfliktstruktur der Gesamtagglomeration eingeordnet hat, sondern auch die einzelnen Stadtkreise. Der sozialpolitische Konflikt zwischen den statushohen und den statustiefen Zonen setzte sich nahtlos vom Agglomerationsgürtel in die Kernstadt fort. Der noble Zürichberg (Kreis 7) bildete den liberalen und das Industriequartier (Kreis 5) den linken Pol der politischen Landschaft Zürichs.

⁹⁴ Seit September 2005 werden die Abstimmungsergebnisse nur noch für neun Zählkreise erhoben. Im Zuge einer Wahlkreisreform wurden die kleineren Stadtkreise zusammengelegt. Zum Kreis 1 werden seit Beginn der Neunzigerjahre die Stimmen der Auslandschweizer und -schweizerinnen gezählt. Da diese einen substanziellen Anteil der Stimmenden ausmachen, ist eine Positionierung des Kreis 1 nicht möglich.

Stadtkreise Zürich

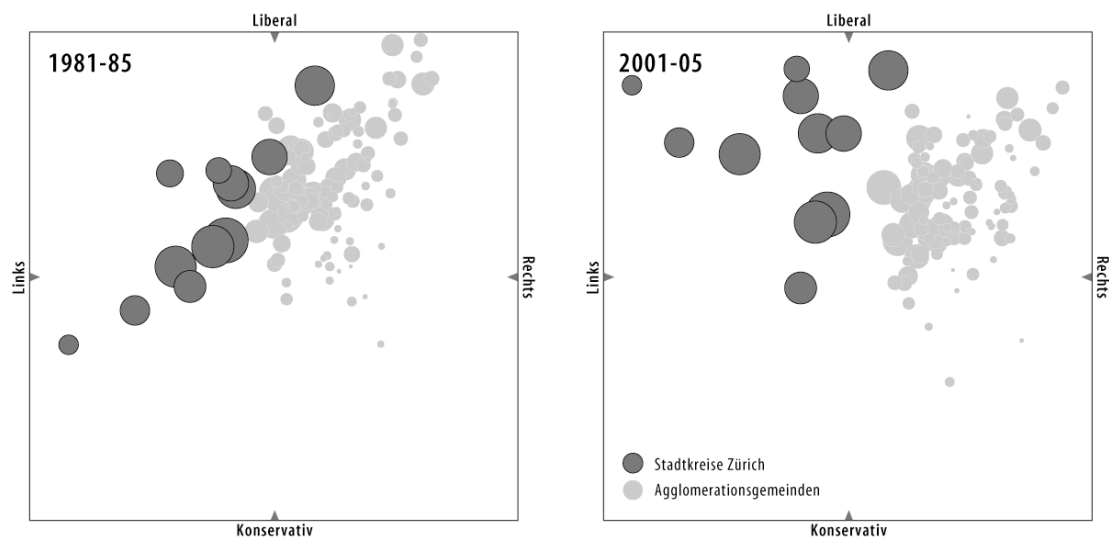


Abbildung 76: Weltanschauliche Dynamik in der Stadt Zürich 1981–2005

Das Diagramm rechts zeigt die Situation in den frühen 2000er Jahren. Die meisten Stadtkreise haben sich vom Agglomerationsgürtel weg in den linksliberalen Quadranten des politischen Raums bewegt. Dabei hat sich die lineare Anordnung der Stadtkreise zu einem Dreieck verformt. Ein Übergang von einer bi- zu einer tripolaren politischen Struktur zeigt sich also nicht nur in der Gesamtagglomeration, sondern auch innerhalb der Kernstadt.

Gentrifizierung

Eine Wandlung im politischen Raum haben in den letzten Jahren die ehemaligen Arbeiterquartiere der Innenstadt (Kreise 3, 4 und 5) vollzogen. Sie sind von links unten nach ganz links oben im politischen Raum gewandert. In diesem Wandel der politischen Mentalität spiegelt sich der Gentrifizierungsprozess der innenstadtnahen ehemaligen Arbeiterquartiere. Der Kreis 5 setzt sich aus zwei Quartieren (Gewerbeschule und Escher Wyss) zusammen, die wir in Kapitel 4.1.3.3 als gentrifizierte bezeichnet hatten. Die Kreise 3 und 4 bestehen mehrheitlich aus Quartieren mit Gentrifizierungstendenzen (Alt-Wiedikon, Sihlfeld bzw. Langstrasse, Werd). Aus diesen ehemaligen Arbeiterquartieren sind die Hochburgen der kreativen Klasse und der linksliberalen Weltanschauung geworden.

Bemerkenswerterweise sind gentrifizierte Gebiete trotz des Statusanstiegs und trotz zunehmender Liberalität nicht verbürgerlicht. Die Position der Kreise 3, 4 und 5 hat sich auf der horizontalen Links-rechts-Achse nicht verschoben, d.h. sie haben ihre linke Grundorientierung nicht verloren.

Marginalisierung

Nicht alle ehemaligen Arbeiterquartiere sind den Weg der weltanschaulichen Liberalisierung mitgegangen. Die Kreise am nördlichen und westlichen Stadtrand (9, 11 und 12) haben ihre relative Lage in Bezug auf die Agglomerationsgemeinden nicht verändert. Die Kreise 9 und 12 bestehen aus Quartieren, in denen wir eine starke realtive Abwertung und Tendenzen zur Marginalisierung festgestellt haben (Albisrieden, Altstetten bzw. Schwamendingen-Mitte, Hirzenbach und Saaten). Die drei eher peripher gelegenen Stadtkreise haben ein eher konservatives, wohlfahrtstaatliches Profil beibehalten und gleichen darin den Unterschichtsgemeinden im Agglomerationsgürtel.

4.2.8.2 Entwicklung der Zählkreise Genfs

Der Übergang von einer bi- zu einer tripolaren politischen Konfliktstruktur in der Stadt Zürich zeigt, dass die politische Landschaft selbst innerhalb einer Stadt durch einen Zentrum-Peripherie-Gegensatz mitgeprägt sein kann. Je zentraler die Quartiere und Stadtkreise, desto attraktiver sind diese für die kreative Klasse mit ihrer Affinität zur urbanen Lebenswelt.

Wie wir oben gezeigt haben, ist der Zentrum-Peripherie-Gegensatz in der französischen Schweiz weniger akzentuiert als in der Deutschschweiz. Die wichtigste Teilung war und ist dort der soziale Gegensatz zwischen Gemeinden mit einem statushohen und solchen mit einem statustiefen Bevölkerungsprofil. Die typisch frankophone Konstellation zeigt sich auch in der innerstädtischen Gliederung Genfs. Abbildung 77 zeigt die 17 Zählkreise der Stadt Genf im politischen Raum. Weder in den frühen Achtzigerjahren noch heute weichen die Quartiere von der durch die Agglomeration vorgezeichneten Konfliktstruktur ab. Statt eines Übergangs zu einer tripolaren Struktur bleibt in den Quartieren Genfs der Gegensatz zwischen Wohlfahrts- und Leistungswerten dominant.

Zählkreise der Stadt Genf

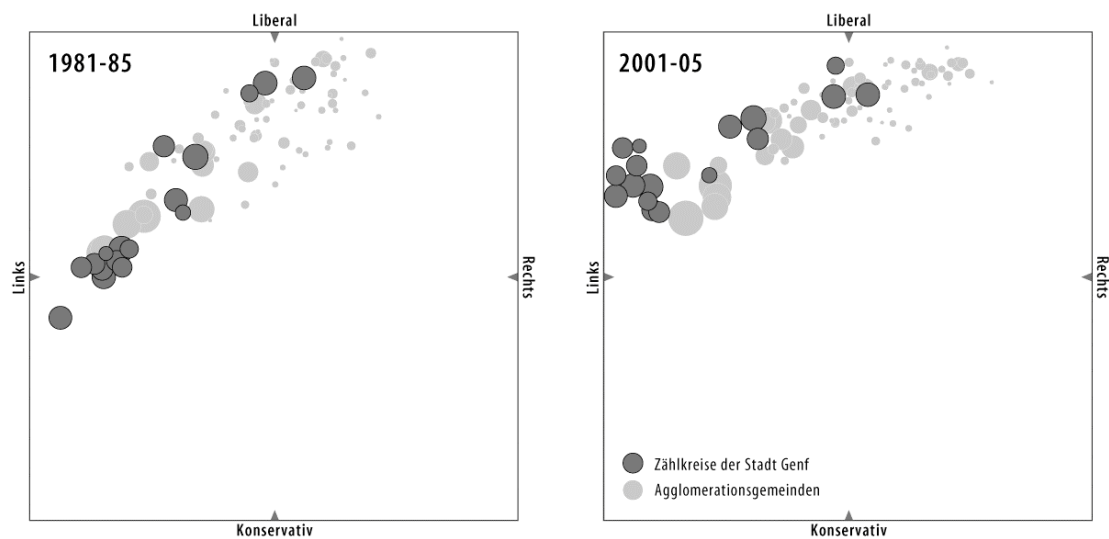


Abbildung 77: Weltanschauliche Dynamik in der Stadt Genf 1981–2005

Vergleicht man die beiden Diagramme links in Abbildung 77 und in Abbildung 76, so zeigt sich, dass in den frühen Achtzigerjahren die politische Konfliktstruktur Zürichs und Genfs weitgehend identisch war. Unterschiede haben sich erst in den letzten Jahren ausgebildet: Während sich in Zürich ein neuer Gegensatz zwischen zentrumsnahen und zentrumsfernen Quartieren entwickelt hat, bleibt in Genf die Konfliktlinie zwischen linken und bürgerlichen Quartieren bestehen.

Der Vergleich der beiden Diagramme in Abbildung 77 zeigt jedoch, dass sich die Positionierung der Genfer Stadtquartiere sehr wohl verändert hat: Das langgezogene Band, in das sich die Gemeinden und Zählkreise der Agglomeration Genf einreihen, hat sich gedreht. Die aufgewerteten Quartiere in Zentrumsnähe bewegen sich Richtung «liberal» genauso wie ihre Pendants in Zürich. Der entscheidende Unterschied ist – wie wir bereits oben gesehen hatten –, dass die marginalisierten Stadtrandquartiere und Vorstädte diese Bewegung teilweise mitmachen und nicht wie in der Deutschschweiz ein konservatives Profil ausbilden.

4.2.9 Fazit

Die politische Landschaft der Schweiz der vergangenen 25 Jahre ist durch Persistenzen und Wandel gekennzeichnet. So lassen sich nach wie vor deutliche Unterschiede in der politisch-weltanschaulichen Mentalität der Sprachregionen feststellen und ein weiterhin virulenter Gegensatz von zentralen und peripheren Regionen.

Die festgestellten Veränderungen lassen sich umschreiben mit: Auflösung der Cleavage-Struktur der hochmodernen Industriegesellschaft nach der Definition von Lipset

und Rokkan (1967) sowie einem teilweisen *Cleavage-Realignment* auf der Basis der gesellschaftlichen Teilung der Dienstleistungsgesellschaft. Der verräumlichte Klassen-Cleavage zwischen Oberschicht und Unterschicht innerhalb der urbanen Zonen verändert seine weltanschauliche Richtung und gleicht sich mehr und mehr dem Gegensatz von Zentrum und Peripherie an. Die zentralen Fragen, bei denen sich Oberschichts- und Unterschichtsregionen entzweien, sind nicht mehr die klassischen Themen des institutionalisierten Klassenkampfes (Ausbau des Sozialstaats), sondern unterschiedliche Einstellungen zu politischer und wirtschaftlicher Öffnung, Immigration, Liberalisierung und Reformen, also just jene Themen, die traditionellerweise den Cleavage von Zentrum und Peripherie mobilisieren.

Der Cleavage von Stadt und Land zeigt sich in einer doppelten Ausprägung. Zum einen existiert ein Gegensatz zwischen den grossen urbanen Ballungsräumen und dem ländlichen Hinterland. Die sozioökonomische Grundlage für diesen politisch-weltanschaulichen Gegensatz sind die regionalen Disparitäten zwischen den wirtschaftlich starken Grossagglomerationen und den agrarisch, gewerblich und industriell geprägten Landregionen. Zum anderen öffnet sich in der Spätmoderne ein Gegensatz zwischen den Kernstädten und ihren Agglomerationsgürteln. Dieser Gegensatz bildet die horizontale Differenzierung der urbanen Mittel- und Oberschichten in den Agglomerationen ab und hat seine sozioökonomische Basis in der Teilung zwischen kommerziellen Diensten und sozialen und kulturellen Diensten. Letztere sind die Träger der linksliberalen Weltanschauung, die gleichzeitig die urbane ist. Die Träger der rechtsliberalen Weltanschauung des traditionellen Bürgertums sind die Beschäftigten in den kommerziellen Dienstleistungen.

Der Graben zwischen Deutsch und Welsch hat sich in der untersuchten Zeitspanne weiter geöffnet und hat sich in jüngerer Zeit vor allem bei Fragen der Aussenpolitik sowie der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik manifestiert. Der sprachkulturelle Kontext wirkt sich aber auch auf die Ausprägungen und den Wandel der sozioökonomisch bedingten Cleavages aus. Das Welschland macht die weltanschauliche Drehung des Gegensatzes zwischen Oberschicht und Unterschicht nicht mit. In der Suisse Romande ist die Arbeiterschaft in den Vorstädten der Agglomerationen und im Jura auch im postindustriellen Zeitalter Trägerin einer linken Weltanschauung. Weiter erweisen sich der Kernstadt-Umland-Gegensatz wie auch die innerstädtischen Differenzierungen noch bedeutend stärker im Links-rechts-Schema verhaftet als in der Deutschschweiz.

5 Synthese und Schlussfolgerungen

Diese Arbeit behandelt zwei unterschiedliche Zugänge zum Wandel der räumlichen Differenzierung in der Schweiz: die sozialräumliche Dynamik als Folge der spätmodernen Urbanisierung und den Wandel der politisch-mental Topografie. Die in der Einleitung formulierte Hauptfragestellung der Arbeit fragt nach den Auswirkungen der Verstädterung und Metropolisierung auf die Geografie des politischen Verhaltens. Zur Beantwortung dieser Fragestellung gilt es nun die beiden getrennten empirischen Analysen und ihre Resultate in einer Synthese zusammenzuführen.

5.1 Synthese

Die beiden Ansätze – der sozialraumanalytische und der politikgeografische – fokussieren aus einer vergleichenden Perspektive den räumlichen Niederschlag der Konsequenzen des sozialen Wandels. Wie sind nun die Ergebnisse der beiden Zugänge – des sozialraumanalytischen und des politikgeografischen – zu integrieren?

Die Synthese erfolgt in drei Schritten. Zunächst werden die Homologien der sozialräumlichen und politisch-mental Topografie dargelegt, danach werden die weltanschaulichen Auswirkungen der identifizierten sozialräumlichen Umschichtungsprozesse behandelt und schliesslich wird auf den dominanten Einfluss des sprachkulturellen Kontexts eingegangen.

5.1.1 Zwei Zugänge – homologe Strukturen

In der empirischen Behandlung der politisch-mental Topografie wurde mehrmals Bezug genommen auf den Zusammenhang zwischen sozialräumlicher Dynamik und weltanschaulicher Dynamik. Hier nehmen wir nun einen direkten Vergleich zwischen den beiden Zugängen vor, in dem wir beide Analysen kurz rekapitulieren und die Ähnlichkeiten herausarbeiten.

5.1.1.1 Sozialräumliche Struktur und Dynamik

Der sozialraumanalytische Zugang erfolgte über die räumlichen Unterschiede der Bevölkerungsstruktur. Es ging einerseits darum, die Projektion der vertikalen und horizontalen gesellschaftlichen Differenzierung auf den geografischen Raum in ihrer gross- und kleinräumigen Ausprägung zu erfassen, und andererseits darum, die Vorgänge der sozialräumliche Umschichtung zu identifizieren, die mit der fortschreiten-

den Urbanisierung der Schweiz einhergehen. Mit Rückgriff auf die Theorien des sozialen Wandels und der sozialen Strukturierung unter spätmodernen Bedingungen wurde eine Sozialraumanalyse für die gesamte Schweiz entworfen, mit der sich die sozialräumliche Differenzierung von postfordistischen Stadtregionen beschreiben und messen lässt.

Wir können zeigen, dass sich die Verstädterung und die Metropolisierung der Schweiz nicht nur in morphologischer, funktionaler, infrastruktureller und ökonomischer Hinsicht manifestieren, sondern sich auch als Urbanisierung der Sozialstruktur und als Modernisierung und Individualisierung der Lebensformen niederschlagen. Diese soziokulturelle Urbanisierung ist als gesamtgesellschaftlicher Prozess zu begreifen, der nicht nur die Agglomerationsgürtel erfasst, sondern auch den ländlichen Raum und die Kernstädte selbst.

In der Betrachtung der fünf Grossagglomerationen stellen wir deutliche Unterschiede der bestehenden Sozialraumstrukturen fest. Im interkulturellen Vergleich spielen die Grösse, die wirtschaftliche Orientierung und die internationale Bedeutung gegenüber dem sprachkulturellen Kontext eine untergeordnete Rolle für die Ausprägung der städtischen Sozialraumstruktur. Die Prozesse der sozialräumlichen Umschichtung sind sich dagegen in allen Grosstadttagglomerationen sehr ähnlich. Es sind dies: Erstens, eine Überlagerung der fortschreitenden Suburbanisierung durch die Reurbanisierung, zweitens Gentrifizierungsprozesse in den innenstadtnahen ehemaligen Arbeiterquartieren der Gründerzeit, drittens eine Verlagerung der A-Stadt-Phänomene in die Agglomeration und viertens Marginalisierungstendenzen in den Arbeiterquartieren am Stadtrand und in den inneren Agglomerationsgürteln.

5.1.1.2 Weltanschauliche Differenzierung und Dynamik

Der zweite Zugang zur räumlichen Differenzierung der Schweiz erfolgte über die Geografie des politischen Verhaltens, genauer genommen über die regionalen Unterschiede im Abstimmungsverhalten bei eidgenössischen Urnengängen. Die Äusserungen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu Sachfragen aus den unterschiedlichsten Politikfeldern wurden als Indikatoren zur Messung gesellschaftlicher Wertkonflikte und regionaler politischer Mentalitäten verwendet. Die politisch-mentale Topografie wird geformt durch regional variierende historisch-kulturelle Bezugssysteme und durch sozioökonomische Bezugssysteme, die durch die grossräumige Arbeitsteilung und die sozialräumliche Differenzierung entstehen.

Als sozioökonomisch bedingte Cleavages identifizieren wir erstens einen grossräumigen Gegensatz zwischen den Grossagglomerationen und den ländlichen Regionen an der Peripherie, der sich als Konflikt zwischen einer liberalen Grundorientierung und

einer konservativen Weltanschauung zeigt. Zweitens zeigt sich ein Gegensatz zwischen einer dominanten linksliberalen Mentalität in den Kernstädten und einer rechten Haltung in der Suburbia. Drittens stellen wir einen verräumlichten Klassen-Cleavage zwischen den Oberschichts- und Unterschichtsregionen in den Agglomerationen fest.

Als markante Veränderungen in der betrachteten Zeitspanne von 1980 bis 2005 zeigt sich die Ausbildung einer charakteristischen urbanen Weltanschauung, die zur Formierung eines linksliberalen Pols in der politischen Landschaft führt, der von den grossen Kernstädten besetzt wird. Weiter stellen wir eine Verschiebung des verräumlichten Klassencleavages fest und zwar von einer Konfliktachse rechtsliberal vs. linkskonservativ hin zu einer Konfliktachse liberal vs. konservativ. Aus diesen beiden Veränderungen resultiert eine Ausdifferenzierung der dualen Struktur der politischen Landschaft der Industriegesellschaft zu einer tripolaren Struktur in der Dienstleistungsgesellschaft.

Die identifizierten verräumlichten Cleavagestrukturen und ihre Veränderung werden vom sprachkulturellen Gegensatz zwischen deutschsprachiger und französischsprachiger Schweiz überlagert. In der Suisse Romande ist der Kernstadt-Umland-Gegensatz weniger deutlich zu erkennen und folgt einer leicht anderen weltanschaulichen Konfliktrichtung als in der Deutschschweiz. Die Verschiebung der Konfliktachse zwischen Oberschichts- und Unterschichtsgemeinden ist in der Westschweiz nicht zu erkennen. Dort dominiert nach wie vor die Politisierung der vertikalen sozialen Ungleichheit. Die Bewegung der Kernstädte in Richtung einer liberalen Weltanschauung und die damit verbundene Ausbildung einer charakteristisch urbanen Weltanschauung erfolgt dagegen unabhängig vom sprachkulturellen Kontext.

5.1.1.3 Homologie der Strukturen

Die beiden getrennt durchgeführten Analysen mit unterschiedlichen Datengrundlagen – Volkszählungen einerseits und eidgenössische Volksabstimmungen andererseits – lassen homologe räumliche Strukturen erkennen. In der grossräumigen Perspektive zeigen sich in beiden Analysen charakteristische Unterschiede zwischen den kernstädtischen Milieus, den Agglomerationsgürteln und dem ländlichen Raum.

Die Unterschiede zwischen den Ballungszentren und dem ländlichen Raum ist auf die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen diesen Siedlungstypen zurückzuführen. Die rechtskonservative Grundorientierung des ländlichen Raums lässt sich aus seinen sozialen Charakteristiken ableiten. Die traditionellen Lebensformen und Erwerbsstrukturen implizieren eine bewahrende und binnengerichtete Weltsicht und eine Abneigung gegen strukturelle Veränderungen. Die schwach ausgeprägten Statusunterschiede und die integrative Funktion der traditionellen gemeinschaftlichen Struktu-

ren führen trotz der geringen Einkommen zu einer Abneigung gegenüber dem Ausbau der institutionalisierten Solidarität. Die vom tertiären Sektor dominierten Agglomerationen unterscheiden sich vom ländlichen Raum durch eine weltoffenere und reformfreudigere Haltung.

Die Sozialstruktur der Agglomerationen ist diversifizierter als im ländlichen Raum: die Einkommensunterschiede sind grösser und die Lebensformen sind pluraler. Die sozialräumliche Differenzierung der Stadtregionen wird durch Mobilität und Segregation geformt. In beiden Analysen zeigt sich eine Dreiteilung der Agglomeration in ein kernstädtisches Milieu, in eine gehobene und eine statusniedrige Suburbia.

Der Unterschied zwischen Kernstadt und Agglomerationsgürtel zeigt sich als Entmischung nach Lebensformen. Der Agglomerationsgürtel entmischt sich dagegen nach vertikalen Ungleichheiten. In weltanschaulicher Hinsicht zeigt sich der Gegensatz zwischen Kernstadt und Oberschichtsumland auf der Links-rechts-Achse. Er hat seine Basis in der horizontalen Differenzierung der Mittelschichten in Beschäftigte der kommerziellen Dienstleistungen und jene der sozialen und kreativen Dienstleistungen. Der vertikale Unterschied zwischen der statushohen und statusniedrigen Suburbia zeigt sich auf der Achse rechtsliberal-linkskonservativ. Wie wir festgestellt haben, hat sich dieser Gegensatz in seiner weltanschaulichen Ausrichtung jedoch verändert.

Eine Homologie beider Analysen zeigt sich auch bezüglich der ungleichen Strukturierung der welschen und der deutschsprachigen Agglomerationen. So haben wir in den beiden frankophonen Grossstadtagglomerationen ansatzweise einen linearen Zusammenhang zwischen der vertikalen Differenzierung der Raumeinheiten nach sozialem Status und der horizontalen Differenzierung nach Individualisierungsgrad festgestellt. Diese lineare Struktur findet sich auch in der weltanschaulichen Differenzierung wieder, während die deutschsprachigen Agglomerationen sowohl in der weltanschaulichen als auch in der sozialräumlichen Topografie eine tripolare Struktur aufweisen.

5.1.2 Weltanschauliche Konsequenzen der Urbanisierung

Die Verstädterung und Metropolisierung der Schweiz zeigt Wirkung auf das sozialräumliche Gefüge des ganzen Landes. Die Sozialstrukturen im ländlichen Raum und den Agglomerationen werden städtischer. In den Stadtregionen lösen sich die fordistischen Sozialraumstrukturen auf. Bedingt durch den ökonomischen Strukturwandel und den gesellschaftlichen Wertewandel finden in den Stadtregionen nachhaltige Umschichtungen statt und führen zu einer fragmentierten Quartierstruktur in den Metropolitanräumen. In diesem Abschnitt wollen wir auf die Auswirkungen der identifizierten Urbanisierungsprozesse auf die Geografie des politischen Verhaltens eingehen.

5.1.2.1 Reurbanisierung

Im Vergleich der Grossstadtagglomerationen beobachten wir eine Überlagerung der fortschreitenden Suburbanisierung durch einen Prozess der Reurbanisierung, der in den 1990er Jahren eingesetzt hat. Die Reurbanisierung zeigt sich beiderseits der Sprachgrenze durch einen überdurchschnittlichen Statusanstieg der Kernstädte. Diese soziale Aufwertung der Kernstädte schlägt sich in der «Liberalisierung» der politisch-weltanschaulichen Orientierung der Kernstädte nieder. In beiden Sprachregionen bewegen sich die grossen Kernstädte hin zum liberalen Pol, so dass sich im Bezug auf Weltoffenheit und in der Perzeption von Reformen kaum mehr Unterschiede zu den Gemeinden der gehobenen Suburbia zeigen. Dabei haben die Kernstädte ihr linkes Profil nicht eingebüsst. Der Zuzug von Mittelschichten ist selektiv, denn die Gleichzeitigkeit von Reurbanisierung und Suburbanisierung trennt die Mittelschichten räumlich nach Lebensformen *und* nach politischer Grundorientierung. Die eigentumsorientierte rechtsliberale Haltung geht einher mit dem traditionell bürgerlichen Wohnideal, des Wohnens im Eigenheim, fern der Arbeit mit einer geschützten Privatsphäre im Sub- oder periurbanen Kontext. Die linksliberale Haltung der neuen urbanen Mittelschichten geht einher mit alternativen Lebensweisen und Wohnidealen, denen der innenstädtische Kontext entspricht.

5.1.2.2 Gentrifizierung und Marginalisierung

Die Aufwertung der Kernstädte verändert das innere Gefüge der Stadtregionen. Die damit verbundenen Tendenzen der Gentrifizierung und Marginalisierung können wir in allen fünf Grossstadtagglomerationen messen. Die traditionellen gründerzeitlichen Arbeiterquartiere in der Innenstadt erfuhren eine besonders starke Aufwertung und entwickeln sich im Zuge des Gentrifizierungsprozesses zu den Habitaten der neuen urbanen Mittelschichten. Die A-Stadt-Phänomene verlagerten sich aus den Stadtzentren an die Stadtränder und in die stadtnahen Unterschichtsgemeinden, wo wir zum Teil starke Marginalisierungstendenzen feststellen.

Obwohl sie einen starken Statusanstieg zu verzeichnen hatten, sind die gentrifizierten Quartiere nicht verbürgerlicht, sondern haben sowohl ihre hohe soziokulturelle Urbanität als auch ihre linke weltanschauliche Orientierung beibehalten. Die Gentrifizierung macht sich vor allem als Bewegung der betroffenen Stadtkreise in Richtung linksliberal bemerkbar. Das bekräftigt die These, dass Gentrifizierung im schweizerischen Kontext vor allem ein emanzipatorisches Phänomen im Sinne von Caulfield (1994) oder Ley (1996) und eine Folge des Wertewandels ist.

Die Marginalisierung der am Stadtrand gelegenen Arbeiterquartiere hat im frankophonen und im deutschsprachigen Kontext unterschiedliche Konsequenzen auf die

weltanschauliche Orientierung. Während sich im Deutschschweizer Kontext einer tripolaren Struktur analog zu jener der Agglomeration ausbildet, in der die marginalisierten Regionen den konservativen Pol besetzen, bleibt die lineare Struktur in der Stadt Genf bestehen.

5.1.2.3 Soziokulturelle Urbanisierung

Neben den Umschichtungen in den Grossstadtreionen hat eine gesamtgesellschaftliche Urbanisierung stattgefunden. Sie zeigt sich in der Diffusion individualisierter Lebensformen in die Agglomerationsgürtel und den ländlichen Raum, in der Zunahme der Fremdsprachigkeit in allen Siedlungstypen und der Alterung der Gesellschaft. Mit der Expansion der städtischen Sozialstruktur sind urbane Probleme in den ländlichen Raum vorgedrungen.

Die soziokulturelle Urbanisierung des ländlichen Raumes lässt den politischen Stadt-Land-Gegensatz in einem anderen Lichte erscheinen. Die Konfrontation mit Immigration, Überalterung und dem Zerfall traditioneller familialer Netzwerke sowie der Druck des wirtschaftlichen Strukturwandels auf die landwirtschaftlichen und gewerblichen Branchen führen im ländlichen Raum zu einem Wandel des Selbstbildes. Die Überzeugung, in einer Gegenwelt zur städtischen zu leben, deren Probleme nicht die eigenen sind, weicht dem Bewusstsein, dass auch der ländliche Raum Teil der Metropole Schweiz ist und in einer Abhängigkeit von den Zentren steht.

Die Konsequenzen dieses Wandels auf das politische Verhalten sind erst im Ansatz erkennbar, sie zeigen sich in der Annäherung der politischen Profile der peripheren Regionen und der urbanen Unterschichtsregionen. In der geografischen Peripherie des ländlichen Raumes wächst das Bewusstsein, auch zur sozialen Peripherie zu gehören, und in der sozialen Peripherie der Metropolitanregionen weicht die emanzipatorische klassenkämpferische linke Haltung einer bewahrenden und abschottenden Weltanschauung.

5.1.3 Der sprachkulturelle Kontext

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz bietet hervorragende Bedingungen für eine vergleichende Betrachtung. Die Existenz von frankophonen und deutschsprachigen Stadtreionen in einem ähnlichen institutionellen und ökonomischen Umfeld wurde in dieser Arbeit ausgenutzt, um den Einfluss des sprachkulturellen Kontextes auf die Prozesse der sozialräumlichen Umschichtung und auf die weltanschauliche Differenzierung zu untersuchen.

Während sich die Sprachregionen als Ganzes in Bezug auf die soziokulturellen Unterschiede annähern, sind beim Vergleich der inneren Differenzierung der fünf Gros-

stadtagglomerationen deutliche Unterschiede zu verzeichnen. Der sprachkulturelle Kontext wirkt sich auf die Polarisierung der Stadtregionen aus. Im französischsprachigen Kontext dominiert die Segregation nach sozialem Status. In den Agglomerationen von Genf und Lausanne ist räumliche Separation von Oberschicht und Unterschicht ausgeprägter als in den Deutschschweizer Grosstadtregionen. In den deutschsprachigen Agglomerationen dominiert dagegen die Segregation nach horizontalen Unterschieden, und ein eigentlicher Lebensstilgraben zwischen bürgerlich-traditionell strukturierten und individualisierten Milieus durchtrennt die Stadtregionen.

Auf der politisch-weltanschaulichen Ebene zeigt sich der Unterschied zwischen der bipolaren Struktur der welschen Agglomerationen und der tripolaren Struktur der deutschsprachigen. In der französischen Schweiz dominiert nach wie vor der Gegensatz von Unterschicht und Oberschicht die politische Landschaft. Die tripolare Struktur der Deutschschweiz wird bestimmt vom Zusammenspiel der Gegensätze von sozioökonomischem Zentrum und sozialer Peripherie einerseits sowie von der horizontalen Differenzierung der Gesellschaft zwischen bürgerlich-traditionell denkenden Mittel- und Oberschichten im Umland und den eher postmaterialistisch orientierten Milieus in der Kernstadt andererseits.

5.1.3.1 Unterschiedliche Perzeption der sozialen Ungleichheit

Ein Erklärungsansatz für diese doch recht deutlichen Unterschiede zwischen Deutsch und Welsch liegt in der sprachkulturell bedingten Perzeption sozialer Ungleichheit. Zur Erläuterung dieser These werfen wir einen Blick über die Landesgrenzen. Trotz ihrer am Ideal von Egalität orientierten Institutionen ist die französische Gesellschaft streng hierarchisch und elitär strukturiert (vgl. Bourdieu 1994 [1997]; Vester et al. 2001: 43–55). Die Unter- und Mittelschichten sehen sich ohnmächtig einer Klasse der Herrschenden gegenüber, die in sich zwar in der Horizontalen ausdifferenziert ist, aber gegen «unten» als eine uneinnehmbare Festung wirkt. Wie Bourdieu zeigte, wird dieser Klassenkampf auch auf der Ebene der symbolischen Formen und distinktiven Zeichen geführt. In der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Teilungen dominiert deshalb in der französischen Gesellschaft die vertikale Schichtung.

In Deutschland ist der Klassenkampf weitgehend institutionalisiert. Die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft des rheinischen Kapitalismus wie Mitsprache der Belegschaften in Betriebsräten, Tarifverträge, Kündigungsschutz etc. lassen die vertikale Schichtung der Gesellschaft in den Hintergrund treten. Horizontale Unterschiede in der Moral bzw. der Lebensführung werden als bedeutendere Unterschiede wahrgenommen als in der elitären französischen Gesellschaft.

Die Politisierung der sozialen Ungleichheit hängt sehr stark von ihrer Perzeption ab. Die sozialen Unterschiede sind nur Thema der Politik, wenn sie auch wahrgenommen und als stossend empfunden werden. Aber auch die residentielle Segregation hängt bis zu einem gewissen Grad von der Wahrnehmung sozialer Unterschiede ab. Jeder fragt sich bei der Wohnstandortwahl: Wen will ich als Nachbarn und wen nicht?

Bei der Wahrnehmung von sozialen Ungleichheit haben wir es mit einer kulturellen Leistung zu tun, die sich nicht allein aus der sozioökonomischen Schichtung erklären lässt. Die gesellschaftliche Perzeption objektiver Strukturen ist eine kulturelle Leistung, die über Medien, Literatur, Film etc. vermittelt wird und damit auch an die Sprache gebunden ist. Gemäss unserer These haben die festgestellten sprachkontextuellen Unterschiede in der sozialräumlichen Struktur und ihrer weltanschaulichen Entsprechung weniger mit den objektiven sozioökonomischen Unterschieden zu tun, sondern vielmehr mit der kulturell vermittelten Perzeption der sozialen Ungleichheit und des Städtischen in den beiden Sprachräumen.

5.2 Schlussfolgerungen

In dieser Arbeit werden eine stadtgeografisch und modernisierungstheoretisch motivierte Forschungsperspektive und eine eher geografisch-politologische Fragestellung zusammengeführt. Dieser interdisziplinären Orientierung folgend zeigen wir hier auf, wie sich die Ergebnisse in die verschiedenen Diskurse einordnen und welchen Beitrag sie dazu leisten können.

Für die stadtgeografische Forschung in der Schweiz sind die Ergebnisse der Analyse der sozialräumlichen Struktur und Dynamik von Bedeutung. Es sind dies: Erstens der empirische Nachweis von Reurbanisierungsprozessen in allen Schweizer Grosstadt-agglomerationen. Zweitens können wir zeigen, dass in allen Schweizer Grossstädten Gentrifizierungsprozesse der zentrumsnahen Stadtquartiere im Gange sind und eine Verlagerung der A-Stadt-Phänomene in die Agglomeration stattfindet. Drittens zeigen wir die Konsequenzen von Urbanisierung und Modernisierung auf die Bevölkerungsstruktur im ländlichen Raum auf.

Im internationalen Diskurs ordnen sich unsere Resultate in die Reihe jener Arbeiten ein, welche die Reurbanisierung und Gentrifizierung als eine Folge des Wertewandels und als «emanzipatorische Praxis» betrachten (vgl. Ley 1996; Lees 2000). Wir können zeigen, dass Gentrifizierung nur ein Prozess und unter vielen ist, die zur der Umstrukturierung der postfordistischen Stadtstruktur zu einer funktional und sozialräumlich fragmentierten «Quartered City» im Sinne von Marcuse (1997) führen.

Im politikwissenschaftlichen Diskurs stützen unsere Resultate jene Stimmen, die von einem Dealignment der Cleavagestruktur der Industriegesellschaft nach Lipset und Rokkan (1967) und einem Cleavage-Realignment aufgrund der Teilungen der Dienstleistungsgesellschaft ausgehen (z.B. Kitschelt 1994; Kriesi 1998). Diese neuen Cleavagestrukturen betreffen gemäss unseren Befunden jedoch nicht nur den Klassengegensatz, sondern auch die Gegensätze von Stadt und Land bzw. Zentrum und Peripherie.

Über all unseren hier vorgestellten Analysen schwebt der Einfluss des sprachkulturellen Kontextes. Er zeigt sich in der unterschiedlichen Sozialraumstruktur, aber auch in den Konsequenzen der sozialräumlichen Umschichtungen auf das politische Verhalten. Die systematische Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede dies- und jenseits der Sprachgrenze zeigen die Bedeutung des geografischen Kontextes im Sinne von (Agnew 1996): Der geografische Kontext als Mediator globaler Prozesse und Tendenzen wie Wertewandel, Reurbanisierung und Gentrifizierung und lokalen kulturellen Gegebenheiten wie etwa die am Ort gesprochene Sprache.

Verzeichnisse

Literaturverzeichnis

- Aglietta, Michel (1974). *Régulation et crise du capitalisme: l'expérience des Etats-Unies*. Paris, Calmann-Levy.
- Aglietta, Michel (2000). *Ein neues Akkumulationsregime: Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*. Hamburg, VSA-Verlag.
- Agnew, John (1987). *Place and Politics: The Geographical Mediation of State and Society*. Boston, Allen and Unwin.
- Agnew, John (1995). The Geographical Dynamics of Italian Politics, 1947–1987. In: L. Hochberg und C. Earle, Hrsg. *Geographic Perspectives on Social Change*. Stanford, Stanford University Press.
- Agnew, John (1996). «Mapping politics: how context counts in electoral geography.» *Political Geography* 15 (2): 129–146.
- Agnew, John (2001). «Regions in revolt.» *Progress in Human Geography* 25 (1): 103–110.
- Alford, Robert T. (1963). *Party and Society*. Chicago, Rand McNally.
- Alisch, Monika und Wolfgang zum Felde (1990). «Das gute Wohngefühl ist weg!» Wahrnehmungen, Bewertungen und Reaktionen von Bewohnern im Vorfeld der Verdrängung. In: J. Blasius und J. S. Dangschat, Hrsg. *Gentrification: Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*. Frankfurt am Main, Campus.
- Almond, Gabriel (1956). «Comparative Political Systems.» *Journal of Politics* 18 (3): 391–409.
- Almond, Gabriel und Sidney Verba (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, Princeton University Press.
- Alonso, William (1964). *Location and Land Use: Toward a General Theory of Land Rent*. Cambridge, Harvard University Press.
- Altermatt, Urs (1989). *Katholizismus und Moderne*. Zürich, Benziger.
- Alvergne, Christel und William Coffey (1997). «Les nouvelles dynamiques intra-métropolitaines: l'exemple américain.» *Revue d'Economie Régionale et Urbaine* 1997 (3): 387–404.
- Amdam, Roar (2002). «Sectoral versus Territorial Regional Planning.» *European Planning Studies* 10: 99–111.
- Andersen, Jørgen Goul und T. Bjorkland (1990). «Structural Changes and New Cleavages: The Progress Parties in Denmark and Norway.» *Acta Sociologica* 33 (3): 195–217.
- Arend, Michal (2000). *Beitrag der Stadtplanung, Wohnungsmarkt- und Siedlungspolitik zur besseren Integration von MigrantInnen in der Schweiz. Projektbericht im Rahmen des NFP 39*. Zürich
- Arend, Michal, Martin Baur und Martin Schuler (2005). *Bevölkerungszusammensetzung, Integration und Ausgrenzung in urbanen Zonen*. Neuchâtel, Bundesamt für Statistik.
- Ascher, François (1995). *Métapolis ou l'avenir des villes*. Paris, Odile Jacob.
- Asimov, Daniel (1985). «The grand tour: a tool for viewing multidimensional data.» *SIAM Journal of Scientific Statistical Computing* 6 (1): 128–143.
- Assmann, Aleida (1999). *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München, Beck.
- Assmann, Jan (1992). *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München, Beck.
- Atkinson, Rowland (2000). «Measuring Gentrification and Displacement in Greater London.» *Urban Studies* 37 (1): 149–166.
- Atkinson, Rowland (2003). «Misunderstood Saviour or Vrengful Wrecker? The Many Meanings and Problems of Gentrification.» *Urban Studies* 40 (12): 2343–2350.
- Atteslander, Peter (2000). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin, De Gruyter.
- Backhaus, Klaus, Bernd Erichson und Wulff Plinke (2000). *Multivariate Analysemethoden: eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin, Springer.
- Badcock, Blair (2000). The Imprint of the Post-Fordist Transition on Australian Cities. In: P. Marcuse und R. v. Kempen, Hrsg. *Globalizing Cities: A new Spatial Order*. Oxford, Blackwell: 211–227.

- Bahrenberg, Gerhard, Ernst Giehse und Josef Nipper (1992). *Statistische Methoden in der Geographie. Band 2: Multivariate Statistik*. Stuttgart, Teubner.
- Bailey, Trevor C. und Anthony C. Gatrell (1995). *Interactive Spatial Data Analysis*. Reading MASS, Addison-Wesley Publishers.
- Ballmer-Cao, Than-Huyen (1977). *Analyse des niveaux de participation et de non-participation politiques en Suisse*. Genève, Lang.
- Bartolini, Stefano und Peter Mair (1990). *Identity, Competition and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates 1885–1985*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Battelli, M. (1932). *Les Institutions de démocratie directe en droit Suisse et comparé moderne*. Paris.
- Baybeck, Brady und Robert Huckfeldt (2002). «Urban contexts, spatially dispersed networks, and the diffusion of political information.» *Political Geography* 21 (2): 195–220.
- Beaverstock, Jonathan V., Richard G. Smith und Peter J. Taylor (1999). «A Roster of World Cities.» *Cities* 16 (6): 445–458.
- Beaverstock, Jonathan V., Richard G. Smith und Peter J. Taylor (2000). «World City Network: A New Metageography.» *Annals of the Association of American Geographers* 90 (1): 123–134.
- Beck, Ulrich (1983). Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: R. Kreckel, Hrsg. *Zur Theorie sozialer Ungleichheiten*. Göttingen, Schwartz: 35–74.
- Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1996). Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: U. Beck, A. Giddens und S. Lash, Hrsg. *Reflexive Modernisierung: Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main, Suhrkamp: 19–112.
- Beck, Ulrich (1997). *Was ist Globalisierung?* Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (2001). «Das Zeitalter des «eigenen Lebens»: Individualisierung als «paradoxe Sozialstruktur» und andere offene Fragen.» *Aus Politik und Zeitgeschichte* B29/2001: 3–6.
- Beck, Ulrich und Elisabeth Beck-Gernsheim (2001). *Individualization: Institutionalized Individualism and its Social and Political Consequences*. London, Sage.
- Behrendt, Heiko und Christian Kruse (2001). «Die Europäische Metropolregion Zürich – die Entstehung des subpolitischen Raumes.» *Geographica Helvetica* 56 (3): 202–213.
- Bell, Daniel (1989 [1973]). *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt am Main, Campus.
- Berg-Schlosser, Dirk (1972). *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*. München, Verlag Ernst Vögel.
- Berry, Brian J. L., Hrsg. (1976). *Urbanization and Counterurbanization*. Beverly Hills, Sage.
- Berry, Brian J. L. und John D. Kasarda (1977). *Contemporary Urban Ecology*. New York, Maximilian.
- Bingham, Richard D., Hrsg. (1997). *Beyond Edge Cities*. New York, Garland Publishing.
- Bischof, Norbert (1997). *Das Kraftfeld der Mythen. Signale aus einer Zeit als wir die Welt erschaffen haben*. München, Piper.
- Bischof, Sandro (2001). Dynamik von Merkmalsräumen. Entwicklung und Vergleich von Methoden zur zeitlichen Interpolation am Beispiel des Weltanschauungsraumes. Zürich, Geographisches Institut der Universität Zürich. Diplomarbeit.
- Blasius, Jörg und Jens S. Dangschat, Hrsg. (1990). *Gentrification: Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*. Frankfurt am Main, Campus.
- Blotevogel, Hans Heinrich (1996). Auf dem Wege zu einer «Theorie der Regionalität»: Die Region als Forschungsobjekt der Geographie. In: G. Brunn, Hrsg. *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen und empirische Befunde*. Baden-Baden, Nomos: 44–68.
- Blotevogel, Hans Heinrich, Hrsg. (1998). *Europäische Metropolitanregion Rhein-Ruhr: Theoretische, empirische und politische Perspektiven eines neuen raumordnungspolitischen Konzepts*. Dortmund.
- Blotevogel, Hans Heinrich (1998). «The Rhine-Ruhr Metropolitan Region: Reality and Discours.» *European Planning Studies* 6 (3): 395–410.
- Blotevogel, Hans Heinrich (2001). «Die Metropolregion in der Raumordnungspolitik Deutschlands – ein neues strategisches Raumbild?» *Geographica Helvetica* 56 (3): 157–168.
- Blöchliger, Hansjörg und Andreas Spillmann (1992). «Wer profitiert vom Umweltschutz? Verteilungswirkungen und Abstimmungsverhalten in Verkehrs und Umweltvorlagen.» *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 128 (3): 525–540.

- Blöchliger, Hansjörg (2004). *Baustelle Föderalismus*. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Bondi, Liz (1991). «Gender Divisions and Gentrification: A Critique.» *Transactions of the Institute of British Geographers* 16 (2): 190–198.
- Borter, Cornel, Hans-Peter Bucher, Thomas Hofer und Peter Moser (2004). *Der Kanton Zürich in Zahlen*. Zürich, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Bortz, Jürgen (1993). *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Berlin, Springer.
- Bortz, Jürgen und Nicola Döring (1995). *Forschungsmethoden und Forschungsevaluation*. Berlin, Springer.
- Bourdieu, Pierre (1988 [1984]). *Homo Academicus*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1991). Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: M. Wentz, Hrsg. *Stadträume*. Frankfurt am Main, Campus: 25–34.
- Bourdieu, Pierre (1994 [1979]). *Die feinen Unterschiede: Kritik an der gesellschaftlichen Urteilstkraft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Brechbühl, Ursula
Rey, Lucienne (1998). *Natur als kulturelle Leistung. Zur Entstehung des modernen Umweltdiskurses in der mehrsprachigen Schweiz*. Zürich, Seismo Verlag.
- Brooks, John W. und Charles L. Prysby (1991). *Political Behavior and the Local Context*. New York, Praeger.
- Brooks, John W. und Charles L. Prysby (1999). «Contextual Effects on Retrospective Economic Evaluations: The Impact of State and Local Economics.» *Political Behavior* 21 (1): 1–16.
- Brunet, Roger, Hrsg. (1989). *Les villes européennes*. Paris, La Documentation Française.
- Bundesamt für Raumplanung (1996). *Bericht über die Raumordnung Schweiz*. Bern
- Bundesamt für Statistik (2002). *Betriebszählung 2001: Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick*. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel
- Burgess, Ernest W. (1967 [1925]). The Growth of the City: An Introduction to a Research Project. In: R. E. Park, E. W. Burgess und R. McKenzie, Hrsg. *The City*. Chicago, University of Chicago Press.
- Buri, Christof und Gerald Schneider (1993). «Gründe und Scheingründe für das Schweizer Abstimmungsverhalten.» *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 19 (3): 389–417.
- Butler, David und Donald Stokes (1969). *Political Change in Britain: Forces Shaping Electoral Choice*. London, Macmillan.
- Butler, David und Austin Ranney (1994). *Referendums Around the World: The Growing Use of Direct Democracy*. Washington D.C., AEI Press.
- Butler, Tim (1997). *Gentrification and the Middle Classes*. Aldershot, Ashgate.
- Bähr, Jürgen (1997). *Bevölkerungsgeographie: Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht*. Stuttgart, UTB.
- Büchi, Christophe (2001). «Röstigraben»: Das Verhältnis zwischen deutscher und französischer Schweiz. *Geschichte und Perspektiven*. Zürich, NZZ Verlag.
- Bühler, Elisabeth (2000). *Frauen- und Gleichstellungsatlas der Schweiz*. Zürich, Seismo.
- Camagni, Roberto P. und Carlo S. Salone (1993). «Network Urban Structures in Northern Italy: Elements of a Theoretical Framework.» *Urban Studies* 30 (6): 1053–1064.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren Miller und Donald Stokes (1960). *The American Voter*. New York, Wiley.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren Miller (1976 [1954]). «The Voter Decides.»
- Castells, Manuel (1972). *La question urbaine*. Paris, Masepro.
- Castells, Manuel (1983). *The City and the Grassroots*. Berkeley, University of California Press.
- Castells, Manuel (1989). *The Informational City. Information, Technology, Economic Restructuring and the Urban-Regional Process*. Cambridge, Basil Blackwell.
- Castells, Manuel (1997). *The Power of Identity*. Oxford, Blackwell.
- Caulfield, Jon (1988). «Gentrification and Desire.» *Canadian Review of Sociology and Anthropology* 26: 617–632.
- Caulfield, Jon (1994). *City Form and Every Day Life: Toronto's Gentrification and Critical Social Practise*. Toronto, University of Toronto Press.
- Champion, A. G. (2001). «A Changing Demographic Regime and Evolving Polycentric Urban Regions: Consequences for the Size, Composition and Distribution of City Populations.» *Urban Studies* 38 (4): 657–677.

- Charles, Maria (1992). «Cross-national Variation in Occupational Sex Segregation.» *American Sociological Review* 57 (3): 483–502.
- Christaller, Walter (1933). *Die zentralen Orte in Süddeutschland*. Jena, Fischer.
- Clark, William A. V. und Marianne Kuijpers-Linde (1994). «Commuting in Restructuring Urban Regions.» *Urban Studies* 31 (3): 465–483.
- Coffey, William J. und Richard G. Shearmur (2002). «Agglomeration and Dispersion of High-order Service Employment in the Montreal Metropolitan Region, 1981–1996.» *Urban Studies* 39 (3): 359–378.
- Cox, Kevin R. (1969). «The voting decision in a spatial context.» *Progress in Human Geography* 1: 81–117.
- Cox, Kevin R. (1970). Geography, social contexts and voting behavior in Wales, 1861–1951. In: E. Allardt und S. Rokkan, Hrsg. *Mass Politics: Studies in political sociology*. New York, Free Press: 117–159.
- Crewe, Ivor Martin und David Denver (1985). *Electoral Change in Western Democracies*. London, Croom Helm.
- Cronin, Thomas E. (1989). *The Politics of Initiative, Referendum, and Recall*. Cambridge/London, Harvard University Press.
- Crouch, Colin (1999). *Social Change in Western Europe*. Oxford, Oxford University Press.
- Cunha, Antonio da und Jean-François Both (2004). *Metropolisierung, Städte und Agglomerationen: Soziodemografische Struktur und Dynamik von urbanen Räumen*. Neuchâtel, Bundesamt für Statistik.
- Curtice, John und Michael Steed (1982). «Electoral Choice and the Production of Government: The Changing Operation of the Electoral System in the United Kingdom since 1955.» *British Journal of Political Science* 12 (3): 249–298.
- Dalton, Russel J., Scott C. Flanagan und Paul A. Beck, Hrsg. (1984). *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment*. Princeton, Princeton University Press.
- Dangschat, Jens S. (1985). *Soziale und räumliche Ungleichheit in Warschau*. Hamburg, Christians.
- Dangschat, Jens S. (1990). Geld ist nicht (mehr) alles – Gentrification als räumliche Segregierung nach horizontalen Ungleichheiten. In: J. Blasius und J. S. Dangschat, Hrsg. *Gentrification: Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*. Frankfurt am Main, Campus. 69–92.
- Dangschat, Jens S. und Jörg Blasius (1994). *Lebensstile in den Städten: Konzepte und Methoden*. Opladen, Leske und Budrich.
- Dangschat, Jens S. (1998). Klassenstrukturen im Nach-Fordismus. In: P. A. Berger und M. Vester, Hrsg. *Alte Ungleichheiten neue Spaltungen*. Opladen. 11: 49–87.
- Davies, Wayne K. D. und Robert A. Murdie (1993). Measuring the Social Ecology of Cities. In: L. S. Bourne und D. Ley, Hrsg. *The Social Geography of Canadian Cities*. Kingston, McGill's Press: 53–75.
- Davis, H. Craig und Ralph A. Perkins (1992). «The Promotion of Metropolitan Multinucleation: Lesson Learned from the Vancouver and Melbourne Experiences.» *Canadian Journal of Urban Research* 1 (1): 16–38.
- De Blij, Harm (2005). *Why Geography Matters. Three Challenges Facing America: Climate Change, the Rise of China, and Global Terrorism*. New York, Oxford University Press.
- Dear, Michael (1992). «Understanding and Overcoming the NIMBY Syndrome.» *Journal of the American Planning Association* 58: 288–300.
- Delley, Jean-Daniel (1978). *L'initiative populaire en Suisse. Mythe et réalité de la démocratie directe*. Lausanne, L'Age d'Homme.
- Dennis, Jack (1991). The Study of Political Behavior. In: W. J. Crotty, Hrsg. *Political Science: Looking to the Future*. Evanston, Northwestern University Press. 3: 51–89.
- Denver, David und Keith Halfacree (1998). Constituency Campaigning in the 1997 General Election: Party Effort and Electoral Effect. In: I. M. Crewe, J. Gosschalk und B. Bartle, Hrsg. *Political Communications: Why Labour Won the General Election of 1997*. London, Frank Cass. 8: 75–92.
- Denver, David, Gordon Hands und Simon Hening (1998). *Triumph of Targeting? Constituency Campaigning in the 1997 General Election*. London, Frank Cass.
- Dessementet, Pierre (1999). «Des Edge-Cities en Suisse? L'émergence de nouveaux pôles d'activités métropolitaines sur le territoire helvétique.» *Geographica Helvetica* 54 (1): 29–36.
- Dielemann, F. M und A. Faludi (1998). «Randstad, Rhine-Ruhr and Flemish Diamond as one polynucleated macro-region?» *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* 89 (3): 320–327.

- Diener, Roger, Jacques Herzog, Marcel Meili, Pierre de Meuron und Christian Schmid (2005). *Die Schweiz – Ein städtebauliches Porträt*. Basel, Birkhäuser.
- Dorling, Daniel (1995). *New Social Atlas of Britain*. London, John Wiley and Sons.
- Dorling, Daniel und David Fairbairn (1997). *Mapping: Ways of Representing the World*. London, Longman.
- Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York, Harper and Row.
- Downs, Roger M. und David Stea (1982 [1977]). *Kognitive Karten. Die Welt in unseren Köpfen*. New York, UTB.
- Dümmler, Patrick
Thierstein, Alain (2003). Wirtschaftliche Konzentration und Raumentwicklung: Clustering am Beispiel der Europäischen Metropolregion Zürich. In: T. Biegert und R. Scherer, Hrsg. *Clustering – Das Zauberwort der Wirtschaftsförderung?* Bern, Paul Haupt Verlag.
- Dümmler, Patrick, Christof Abegg, Christian Kruse und Alain Thierstein (2004). *Standorte der Innovativen Schweiz: Räumliche Veränderungsprozesse von High-Tech und Finanzdienstleistungen*. Neuchâtel, Bundesamt für Statistik.
- Eder Sandtner, Susanne (2005). *Neuartige residentielle Stadtstrukturmuster vor dem Hintergrund postmoderner Gesellschaftsentwicklungen. Eine geographische Analyse städtischer Raummuster am Beispiel von Basel*. Basel, Wepf & Co.
- Eekhoff, Johann (1987). *Wohnungs- und Bodenmarkt*. Tübingen, Mohr Siebeck.
- Eisinger, Angelus und Michel Schneider, Hrsg. (2003). *Stadtland Schweiz. Untersuchungen und Fallstudien zur räumlichen Struktur und Entwicklung in der Schweiz*. Basel, Birkhäuser.
- Ellis, Richard J. (2002). *Democratic Delusions: The Initiative Process in America*. Lawrence, University Press of Kansas.
- Eppler, Ruedi (1997). «Der Paradigmenwechsel im Abstimmungsverhalten: Aspekte der politischen Kultur des Kantons Basel-Landschaft.» *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3 (2): 1–26.
- Eppler, Ruedi (1998). *Bewegung im Übergang. Zur Geschichte der Politik im Kanton Basel-Landschaft 1890–1990*. Liestal, Verlag des Kantons Basel-Landschaft.
- Erikson, Robert (1972). «Malapportionment, Gerrymandering and Party Fortunes in Congressional Elections.» *American Political Science Review* 66 (4): 1234–1245.
- Erll, Astrid (2005). *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*. Stuttgart, Verlag J.B. Metzler.
- Eschet-Schwarz, André (1989). «Political Participation in Swiss Referenda at Federal and Cantonal Levels.» *Political Behavior* 11 (3): 255–272.
- ESRI (2002). *Geography Matters*. ESRI, Redlands
- Evans, Geoffrey A. (1999). *The End of Class Politics: Class Voting in Comparative Perspective*. Oxford, Oxford University Press.
- Fainstein, Susan S. (2001). «Inequality in Global-City Regions.» *DISP* 144 (3/2001): 20–25.
- Falter, Jürgen W, Siegfried Schumann und Jürgen Winkler (1990). «Erklärungsmodelle von Wählerverhalten.» *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 37–38: 3–13.
- Falter, Jürgen W, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger, Hrsg. (2000). *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen, Leske und Budrich.
- Falter, Jürgen W. und Harald Schoen (2005). *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Farley, Reynolds (1964). «Suburban Persistence.» *American Sociological Review* 29 (1): 38–47.
- Feld, Lars (2000). *Steuerwettbewerb und seine Auswirkungen auf Allokation und Distribution: Eine Überblick und eine empirische Analyse für die Schweiz*. Tübingen, Mohr-Siebeck.
- Ferejohn, John A. und Morris P. Fiorina (1974). «The Paradox of Not Voting: A Decision Theoretic Analysis.» *American Political Science Review* 68 (2): 525–536.
- Flick, Uwe (2000). *Qualitative Sozialforschung*. Hamburg, Rowohlt.
- Flückiger, Hans und Martina Koll-Schretzenmayr (2000). «Das vernetzte Städtesystem der Schweiz. Eine schweizerische Strategie, ein europäisches Modell?» *DISP* 142/2000: 4–9.
- Flückiger, Hans und René L. Frey, Hrsg. (2001). *Eine neue Raumordnungspolitik für neue Räume*. Zürich, ORL-Institut ETHZ.
- Fotheringham, Alexander Stewart und David W. S. Wong (1991). «The Modifiable Areal Unit Problem in Multivariate Statistical Analysis.» *Environment and Planning A* 23 (7): 1025–1044.

- Fotheringham, Alexander Stewart (2000). «A Bluffer's Guide to 'A Solution to the Ecological Inference Problem'.» *Annals of the Association of American Geographers* 90: 582–586.
- Fourastié, Jean (1949). *Le Grand espoir du XXe siècle*. Paris, Presse universitaires de France.
- Franklin, M. N., C. Van Der Eijk und M. Marsh (1995). «Referendum outcomes and trust in government: public support for Europe in the wake of Maastricht.» *West European Politics* 18 (1): 101–117.
- Franklin, Mark N., Thomas T. Mackie und Henry Valen, Hrsg. (1992). *Electoral Change: Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. New York, Cambridge University Press.
- Frey, Bruno S., Felix Oberholzer-Gee und Reiner Eichenberger (1996). «The Old Lady Visits Your Backyard: A Tale of Morals and Markets.» *The Journal of Political Economy* 104 (6): 1297–1313.
- Frey, Bruno S. und Reiner Eichenberger (1999). *The new democratic federalism for Europe: functional, overlapping and competing jurisdictions*. Cheltenham, Elgar.
- Frey, René L. (1990). *Stadt: Lebens- und Wirtschaftsraum*. Zürich, Vdf Hochschulverlag an der ETH.
- Frick, Roman, Roman Wüthrich, René Zbinden und Mario Keller (2004). *Pendlermobilität in der Schweiz*. Neuchâtel, Bundesamt für Statistik.
- Friedmann, John und John Miller (1965). «The urban field.» *Journal of the American Institute of Planners* 31 (4): 312–319.
- Friedmann, John (1986). «The World City Hypothesis.» *Development and Change* 17 (1): 69–83.
- Friedrichs, Jürgen (1995). *Stadtsoziologie*. Opladen, Leske und Budrich.
- Friedrichs, Jürgen und Robert Kecskes, Hrsg. (1996). *Gentrification: Theorie und Forschungsergebnisse*. Opladen, Leske und Budrich.
- Friedrichs, Jürgen, Hrsg. (1998). *Die Individualisierungsthese*. Opladen, Leske und Budrich.
- Fuchs, Dieter und Robert Rohrschneider (2001). Der Einfluss politischer Wertorientierung auf Regimeunterstützung und Wahlverhalten. In: H.-D. Klingemann und M. Kaase, Hrsg. *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Funk, Friedrich Otto (1925). *Die eidgenössischen Volksabstimmungen von 1874 bis 1914*. Bern, Verlag Gustav Grunau.
- Gaebe, Wolf (1987). *Verdichtungsräume. Strukturen und Prozesse in weltweiten Vergleichen*. Stuttgart, Teubner.
- Gaebe, Wolf (2004). *Urbane Räume*. Stuttgart, Ulmer Verlag.
- Gainsbourough, Juliet F. (2001). *Fenced Off: The Suburbanization of American Politics*. Washington D.C., University Press.
- Galbraith, John Kennet (1967). *Die Moderne Industriegesellschaft*. München, Droemer Knauer.
- Gallagher, Michael, Michael Laver und Peter Mair (1995). *Representative Government in Modern Europe: Institutions, Parties and Governments*. New York, McGraw-Hill.
- Gallagher, Michael und Pier Vincenzo Uleri, Hrsg. (1996). *The Referendum Experience in Europe*. Basingstoke, Macmillan.
- Garreau, Joel (1991). *Edge City: Life on the New Frontier*. New York, Doubleday.
- Geiger, Theodor (1932). *Die Schichtung des deutschen Volkes: soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*. Stuttgart, Ferdinand Enke Verlag.
- Geiling, Heiko (2002). Intergations- und Ausgrenzungsprobleme in einer städtischen Grosssiedlung – zur Theorie und Methode der Stadtteilanalyse. In: M. Riege und H. Schubert, Hrsg. *Sozialraum-analyse: Grundlagen - Methoden – Praxis*. Opladen, VS-Verlag: 223–240.
- Geissler, Rainer (1973). «Politische Meinungsführer und Demokratie.» *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 13.
- Geissler, Rainer (1996). «Kein Abschied von Klasse und Schicht: Ideologische Gefahren in der deutschen Sozialstrukturanalyse.» *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48 (3).
- Gelman, Andrew und Gary King (1994). «Enhancing Democracy through Legislative Redistricting.» *American Political Science Review* 88 (3): 541–559.
- Gerdes, Dirk, Hrsg. (1981). *Aufstand der Provinz. Regionalismus in Westeuropa*. Frankfurt am Main, Campus.
- Gerdes, Dirk (1985). *Regionalismus als soziale Bewegungen*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Gibson, Timothy A. (2005). «NIMBY and the Civic Good.» *City & Community* 4 (4): 381–402.
- Giddens, Anthony (1984). *Interpretative Soziologie: eine kritische Einführung*. Frankfurt am Main, Campus.

- Giddens, Anthony (1995 [1984]). *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt am Main/New York, Campus.
- Giddens, Anthony (1995 [1990]). *Die Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Giddens, Anthony (1996). Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft. In: U. Beck, A. Giddens und S. Lash, Hrsg. *Reflexive Modernisierung: Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main, Suhrkamp: 113–194.
- Giger, Andreas (1976). *Der politische Bürger. Eine sozialpsychologische Analyse politischen Verhaltens im Kanton Schaffhausen*. Zürich, Juris Druck und Verlag.
- Gilg, Peter und Ernst Frischknecht (1976). «Regionales Verhalten in eidgenössischen Volksabstimmungen.» *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 16: 181–219.
- Gilg, Peter (1987). «Stabilität und Wandel im Spiegel des regionalen Abstimmungsverhaltens.» *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 27: 121–158.
- Giordano, Benito (2000). «Italian regionalism or 'Padanian' nationalism – The political project of the Lega Nord in Italian politics.» *Political Geography* 19 (2): 445–471.
- Giovanoli, Fritz (1932). «Die eidgenössischen Volksabstimmungen 1874–1931.» *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* 68.
- Girod, Roger und Charles Ricq (1970). «Microsystèmes sociaux et abstentionnisme électoral à Genève.» *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 10: 71–90.
- Glass, Ruth (1964). *London: Aspects of Change*. London, MacGibbon and Kee.
- Gollner, Christoph und Hannes Wimmer (2004). Zwischen Kern und Peripherie: Neue urbane Zentren als Herausforderung für Stadtplanung und Stadtforschung. In: A. Borsdorf und V. Mayer, Hrsg. *Kulturen in den Randzonen der Städte*. Wien.
- Gottmann, Jean (1961). *Megalopolis: The Urbanised Northeast Seaboard of the United States*. New York, The Twentieth Century Fund.
- Greenacre, Michael J. (1984). *Theory and Applications of Correspondence Analysis*. London, Academic Press.
- Gross, Peter (1994). *Die Multioptionsgesellschaft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Gruner, Erich und Hans Peter Hertig (1983). *Der Stimmbürger und die «neue» Politik. Le citoyen et la «nouvelle» politique*. Bern, Haupt.
- Gruner, Erich (1987). «Die direkte Demokratie in der Bewährungsprobe.» *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 27: 283–313.
- Guest, Avery M. (1978). «Suburban Social Status: Persistence or Evolution?» *American Sociological Review* 43 (2): 251–264.
- Gutfleisch, Ralf (2001). Sozialräumliche Differenzierung in Frankfurt am Main. Eine Untersuchung auf der Grundlage einer Faktoren- und Clusteranalyse. In: K. Wolf und F. Schymik, Hrsg. *75 Jahre Rhein-Mainische Forschung 1925–2000*. Frankfurt am Main, Institut für Kulturgeographie. 119: 195–226.
- Gächter, Ernst (1989). «Die Quartiere der Stadt Bern und ihre Struktur – eine Untersuchung mit quantitativen Methoden.» *Berner Geographische Mitteilungen* 1988: 51–69.
- Haartsen, Tialda, Peter Groote und Paulus P. P. Huigen (2000). *Claiming Rural Identities*. Assen, Van Gorcum.
- Hage, Jerald und Charles H. Powers (1992). *Post-Industrial Lives. Roles and Relationships in the 21st Century*. Newbury Park, Sage.
- Halbwachs, Maurice (1985 [1925]). *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Halbwachs, Maurice (1991 [1950]). *Das kollektive Gedächtnis*. Frankfurt am Main, Fischer.
- Hall, Peter (1997). «Modelling the Post-industrial City.» *Futures* 29: 311–322.
- Hall, Peter (2000). «Creative Cities and Economic Development.» *Urban Studies* 37 (4): 639–649.
- Hamm, Bernd (1982). Social Area Analysis and Factorial Ecology: A Review of Substantive Findings. In: G. A. Theodorson, Hrsg. *Urban Patterns – Studies in Human Ecology*. University Park, Pennsylvania State University Press: 316–337.
- Hamnett, Chris R. und Bill Randolph (1984). «The Role of Landlord Disinvestments in Housing Market Transformation: An Analysis of Flat Break-up market in Central London.» *Transactions of the Institute of British Geographers* 17 (2): 259–279.
- Hamnett, Chris R. (1994). «Social Polarisation in Global Cities, Theory and Evidence.» *Urban Studies* 31 (3): 401–424.

- Hamnett, Chris R. (1996). «Social Polarisation, Economic Restructuring and Welfare State Regimes.» *Urban Studies* 33 (8): 1407–1430.
- Hamnett, Chris R. (2003). *Unequal City: London in the Global Arena*. London, Routledge.
- Hand, David, Mannila Heikki und Padhraic Smyth (2001). *Principles of data mining*. Cambridge, MIT Press.
- Hard, Gerhard (1985). Städtische Rasen, hermeneutisch betrachtet. In: B. Backé und M. Seger, Hrsg. *Festschrift zum 60. Geburtstag von O. Univ.-Prof. Dr. Elisabeth Lichtenberger*. Klagenfurt. 6: 29–52.
- Hardmeier, Sibylle (1995). «Die schweizerische Partizipationsforschung im Lichte aktueller theoretischer Zugänge und Debatten im Ausland.» *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 21 (1): 131–154.
- Harris, C. D. und E. L. Ullmann (1945). «The Nature of Cities.» *Annals of American Academy of Political and Social Science* 242: 7–17.
- Harris, C. D. (1997). «'The nature of cities' and urban geography in the last half century.» *Urban Geography* 18 (1): 15–35.
- Harrop, Martin und William L. Miller (1987). *Elections and Voters. A Comparative Introduction*. Hong Kong, Macmillan.
- Harvey, David (1973). *Social Justice and the City*. London, Edward Arnold.
- Harvey, David (1990). *The Condition of Postmodernity*. Cambridge, Blackwell.
- Haskell, John (2001). *Direct Democracy or Representative Government?* Boulder CO, Westview Press.
- Heath, Anthony F., Roger M. Jowell und John K. Curtice (1985). *How Britain Votes*. Oxford, Pergamon Press.
- Heberle, Rudolf (1963). *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932*. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.
- Heberle, Rudolf (1978). Die Wahlökologie und Wahlgeographie. In: R. König, Hrsg. *Handbuch der empirischen Sozialforschung: Wahlverhalten, Vorurteile, Kriminalität*. Stuttgart, Deutscher Taschenbuch Verlag. 12.
- Hechter, Michael (1974). «The Political Economy of Ethnic Change.» *American Journal of Sociology* 79 (5): 1151–1178.
- Heckenhausen, Jutta (1994). Entwicklungsziele und Kontrollüberzeugungen Ost- und Westdeutscher Erwachsener. In: G. Trommsdorff, Hrsg. *Psychologische Aspekte des soziopolitischen Wandels in Ostdeutschland*. Berlin, de Gruyter: 124–133.
- Heineberg, Heinz (2000). *Grundriß Allgemeine Geographie: Stadtgeographie*. Paderborn, Schöningh.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2000). *Einsatz von kartographischen Methoden und GIS zur Analyse und Visualisierung mehrdimensionaler Strukturen in den Sozialwissenschaften*. Visualisierung raumbezogener Daten: Methoden und Anwendungen. 3. GeoVisc-Workshop, Münster, Institut für Geoinformatik Münster.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2001b). «Weltanschauung und ihre soziale Basis im Spiegel eidgenössischer Volksabstimmungen.» *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7 (4): 39–63.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2001a). *Die gute Adresse. Divergierende Lebensstile und Weltanschauungen als Determinanten der innerstädtischen Segregation*. 53. Geographentag Leipzig, Leipzig, Deutsche Gesellschaft für Geographie (DGfG).
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2001c). «Spatialization» in den Sozialwissenschaften. *Raummetaphern und kartographische Methoden zur Analyse, Interpretation und Visualisierung von statistischer Information*. Statistikultur und Statistikmarkt. Statistiktage Schweiz 2000, St. Gallen.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2002a). *The Consequences of Gentrification and Marginalisation on Political Behaviour*. Conference Paper for: Upward Neighbourhood Trajectories: Gentrification in a New Century. Glasgow.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2002b). *Urbanität als Faktor in der politischen Landschaft*. Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaft 2002, Fribourg.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2003a). *Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich, Vdf Hochschulverlag AG ETH Zürich.

- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2003b). «Deutsch und Welsch im Raum der Weltanschauungen.» *Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte* 60 (1/2): 187–192.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2005). Der doppelte Gegensatz zwischen Stadt und Land. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimension einer politischen Konfliktlinie. *NZZ*. Zürich.
- Hermann, Michael, Corinna Heye und Heiri Leuthold (2005). *Soziokulturelle Unterschiede in der Schweiz: Vier Indizes zu räumlichen Disparitäten, 1990–2000*. Neuchâtel, Bundesamt für Statistik.
- Hermann, Sabine und Gerhard Meinlschmidt (1995). *Sozialstrukturatlas Berlin. Erste gemeinsame Berechnung für alle Bezirke*. Berlin.
- Herrera, Yoshiko M. (2004). *Imagined Economies: the Source of Russian Regionalism*. Harvard, Cambridge University Press.
- Hertig, Hans Peter (1982). «Sind Abstimmungserfolge käuflich? Elemente der Meinungsbildung bei eidgenössischen Abstimmungen.» *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 22: 35–57.
- Heussner, Hermann und Otmar Jung, Hrsg. (1999). *Mehr direkte Demokratie wagen. Volksbegehren und Volksentscheid: Geschichte – Praxis – Vorschläge*. München, Olzog.
- Heye, Corinna und Heiri Leuthold (2004). *Segregation und Umzüge in der Stadt und Agglomeration Zürich*. Zürich, Statistik Stadt Zürich.
- Heye, Corinna und Heiri Leuthold (2005). *Das Konzept des «sozialgeographischen Raumes» - Theoriegeleitete Sozialraumanalyse unter den Bedingungen einer individualisierten Gesellschaft. Wohnungsmärkte in Grenzräumen*. Tagung des Arbeitskreises Wohnungsmarktforschung 2004, Zittau.
- Heye, Corinna und Heiri Leuthold (2006). «Sozialräumlicher Wandel in der Agglomeration Zürich. Konsequenzen von Suburbanisierung und Reurbanisierung.» *DISP* 164 (1): 16–29.
- Hirsch, Joachim und Roland Roth (1986). *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*. Hamburg, VSA-Verlag.
- Hitzler, Ronald und Anne Honer, Hrsg. (1997). *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung*. Opladen, Leske und Budrich.
- Hoffmann-Martino, Vincent und Jefferey M. Sellers, Hrsg. (2005). *Metropolization and Political Change*. Urban and Regional Research International. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hoyler, Michael (2005). «Transnationale Organisationsstrukturen, vernetzte Städte: ein Ansatz zur Analyse der globalen Verflechtung von Metropolregionen.» *Informationen zur Raumentwicklung* 32 (7).
- Hoyt, Hoymer (1939). *The Structure and Growth of Residential Neighborhoods in American Cities*. Washington, Federal Housing Association.
- Hadil, Stefan (1987). *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus*. Opladen, Leske und Budrich.
- Hadil, Stefan (1995). *Die Single-Gesellschaft*. München, C.H. Beck.
- Hadil, Stefan (2002). Vom Wandel des Wertewandels – Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen. In: W. Glatzer, R. Habich und K. U. Mayer, Hrsg. *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Festschrift für Wolfgang Zapf*. Opladen, Leske und Budrich: 31–47.
- Huckfeldt, Robert (1979). «Political Participation and neighborhood social context.» *American Journal of Political Science* 23 (4): 579–592.
- Huckfeldt, Robert und John Sprague (1995). *Citizens, Politics and Social Communication: Information and Influences in an Election Campaign*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Hug, Simon (1994a). La cohésion des parties fédérales dans la phase référendaire. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 85–112.
- Hug, Simon (1994b). Les coalitions référendaires. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 57–84.
- Hug, Simon (1994c). Mobilisation et loyauté au sein de l'électorat. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 161–202.
- Hug, Simon (1997). «Integration Through Referendums.» *Aussenwirtschaft* 52: 287–310.

- Huissod, Thérèse, Suzanne Stofer, Antonio da Cunha und Martin Schuler (1999). *Structures et tendances de la différenciation dans les espaces urbaines en Suisse*. Institut de recherche sur l'environnement construit (IREC), Lausanne.
- Hummel, Hans J. (1972). *Probleme der Mehrebenenanalyse*. Stuttgart, Teubner.
- Häussermann, Hartmut, Hrsg. (1992). *Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Italien*. Basel, Birkhäuser.
- Häussermann, Hartmut und Walter Siebel (1987). *Neue Urbanität*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Häussermann, Hartmut und Walter Siebel (1991). Soziologie des Wohnens. In: H. Häussermann, D. Ipsen, T. Krämer-Bardoni, D. Läßle, M. Rodenstein und W. Siebel, Hrsg. *Stadt und Raum: Soziologische Analysen*. Pfaffenweiler, Centaurus.
- Häussermann, Hartmut und Walter Siebel (1995). *Dienstleistungsgesellschaften*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Häussermann, Hartmut und Walter Siebel (1996). *Soziologie des Wohnens: Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*. Weinheim, Juventa Verlag.
- Häussermann, Hartmut und Walter Siebel (2004). *Stadtsoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt am Main, Campus.
- Hübelin, Peter (1948). *Eidgenössische Volksabstimmungen im Lichte der Statistik*. Basel.
- Imboden, Max (1963). Die Volksbefragung in der Schweiz. In: G. A. Ritter und G. Ziebur, Hrsg. *Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag*. Berlin, de Gruyter.
- Inglehart, Ronald (1971). «The Silent Revolution: Intergenerational Change in Post-industrial Societies.» *American Political Science Review* 65 (4): 991–1017.
- Inglehart, Ronald (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton, Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1998). *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*. Frankfurt am Main, Campus.
- Johnston, Ronald D. und Charles J. Pattie (1997). «Uneven development and political behaviour: an analysis of regional variations in British political opinion in the mid-1990s.» *European Urban and Regional Studies* 4 (4): 347–364.
- Johnston, Ronald D. und Charles J. Pattie (1998). «Composition and Context: Region and Voting in Britain Revisited during Labour's 1990s' Revival.» *Geoforum* 29 (3): 309–329.
- Johnston, Ronald D., Charles Pattie, Daniel F. Dorling, Ian Mac Allister, Helena Tunstall und David Rossiter (2000). «Local Context, Retrospective Economic Evaluations, and Voting: the 1997 General Elections in England and Wales.» *Political Behavior* 22 (1): 121–143.
- Johnston, Ronald D., Charles Pattie, Daniel F. Dorling, Ian Mac Allister, Helena Tunstall und David Rossiter (2000). The neighbourhood effect and voting in England and Wales: real or imagined? In: P. Cowley, D. Denver, A. Russell und L. Harrison, Hrsg. *British Elections and Parties Review*. London, Frank Cass. 10: 47–63.
- Johnston, Ronald D., Charles Pattie, Daniel Dorling, Ian Mac Allister, Helena Tunstall und David Rossiter (2001). «Social locations, spatial locations and voting in the 1997 British general election: evaluating the sources of Conservative support.» *Political Geography* 20 (1): 85–111.
- Johnston, Ronald D., David Rossiter, Charles Pattie und Daniel Dorling (2002). «Labour electoral landslide and the changing efficiency of voting distributions.» *Transactions of the Institute of British Geographers* 27: 336–361.
- Johnston, Ronald D. (2002). «Manipulating maps and winning elections: measuring the impact of malapportionment and gerrymandering.» *Political Geography* 21 (1): 1–31.
- Johnston, Ronald D., Kelvin Jones, Rebecca Sarker, Carol Popper, Simon Burgess und Anne Bolster (2004). «Party support and the neighbourhood effect: spatial polarisation of the British electorate, 1991–2001.» *Political Geography* 23 (2): 367–402.
- Jones, Kelvin (1991). «Specifying an estimating multi-level models for geographical research.» *Transactions of the Institute of British Geographers* 16 (2): 148–160.
- Joye, Dominique (1987). *Structure politique et structure sociale: analyse écologique des votations suisses 1920–1980*. Grenoble.
- Joye, Dominique und Martin Schuler (1995). *Die Raumgliederungen der Schweiz*. Bern, Bundesamt für Statistik.

- Joye, Dominique, Thérèse Huissod und Martin Schuler (1995). *Habitants des quartiers, citoyens de la ville? Structure sociale et participation politique dans six villes Suisses*. Zürich, Seismo.
- Karsten, Lia (2003). «Family Gentrifiers: Challenging the City as a Place Simultaneously to Build a Career and to Raise Children.» *Urban Studies* 40 (12): 2573–2584.
- Katz, Elihu und Paul F. Lazarsfeld (1955). *Personal Influence*. Glencoe, Free Press.
- Katznelson, Ira (1993). *Marxism and the City*. New York, Oxford University Press.
- Kaufmann, Bruno und Waters Dane M. (2004). *Direct Democracy in Europe*. Durham NC, Carolina Academic Press.
- Keating, Michael (1998). *The New Regionalism in Western Europe. Territorial Restructuring and Political Change*. Cheltenham, Edward Elgar.
- Keating, Michael (2001). «Rethinking the region: culture, institutions and economic development in Catalonia and Galicia.» *European Urban and Regional Studies* 8: 217–234.
- King, Gary (1996). «Why context should not count.» *Political Geography* 15 (2): 159–164.
- King, Gary (1997). *A Solution to the Problem of Ecological Inference*. Princeton, Princeton University Press.
- King, Gary (2000). «Geography, Statistics and Ecological Inference.» *Annals of the Association of American Geographers* 90 (3): 601–606.
- Kirchgässner, Gebhart und Werner W. Pommehne (1978). «Gemeindegrösse und Stimmbeteiligung: Ein einfaches Regressionsmodell.» *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 4 (2): 361–376.
- Kirchgässner, Gebhart, Lars Feld und Marcel Savioz (1999). *Die direkte Demokratie: modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*. Basel, Helbing und Lichterhahn.
- Kirchgässner, Gebhart (2002). «Auswirkungen der direkten Demokratie auf die öffentlichen Finanzen: empirische Ergebnisse für die Schweiz.» *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 138: 411–426.
- Kirchgässner, Gebhart und Tobias Schulz (2005). «Was treibt die Stimmbürger an die Urne? Eine empirische Untersuchung der Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz, 1981–1999.» *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11 (1): 1–56.
- Kitschelt, Herbert (1994). *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert (1995). *The New Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor, University of Michigan Press.
- Klaus, Philipp (2006). *Stadt, Kultur, Innovation: Kulturwirtschaft und kreative innovative Kleinunternehmen in der Stadt Zürich*. Zürich, Seismo.
- Klee, Andreas (2001). *Der Raumbezug von Lebensstilen in der Stadt. Ein Diskurs über eine schwierige Beziehung mit empirischen Befunden aus der Stadt Nürnberg*. Passau.
- Klostermann, Robert C. und Bart Lambregts (2001). «Clustering of Economic Activities in Polycentric Urban Regions: The Case of the Randstad.» *Urban Studies* 38 (4): 717–732.
- Klostermann, Robert C. und Sako Musterd (2001). «The Polycentric Urban Region: Towards a Research Agenda.» *Urban Studies* 38 (4): 623–634.
- Knapp, Frank D. (1998). *Determinanten der Verkehrsmittelwahl*. Berlin, Duncker und Humblot.
- Knoke, David (1990). *Political Networks. The Structural Perspective*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Knox, Paul L. und Peter J. Taylor, Hrsg. (1995). *World Cities in a World System*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Kobach, Kris (1997). «Spurn thy Neighbour: Direct Democracy and Swiss Isolationism.» *West European Politics* 20 (3): 185–211.
- Kobi, Silvia (2000). *Des citoyens suisses contre l'élite politique. Le cas des votations fédérales 1979–1995*. Paris, L'Harmattan.
- Kohonen, Teuvo (1995). *Self-Organizing Maps*. Berlin, Springer.
- Koll-Schretzenmayr, Martina, Frank Ritterhoff und Walter Siebel (2005). «Wie global ist die Weltstadthypothese? Soziale und räumliche Polarisierung in der europäischen Stadt. Das Beispiel Zürich.» *DISP* 163 (4/2005): 50–73.
- Kriesi, Hanspeter (1992). «Bürgerkompetenz und direkte Demokratie. Die Schweizer StimmbürgerInnen, Stimmbeteiligung und Wahlentscheidung nach neuen VOX-Umfragen.» *Widerspruch* 24: 92–100.
- Kriesi, Hanspeter (1994). Akteure – Medien – Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit. In: F. Neidhardt, Hrsg. *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*. Opladen, Westdeutscher Verlag: 234–260.

- Kriesi, Hanspeter (1995). *Le système politique Suisse*. Paris, Economica.
- Kriesi, Hanspeter, Boris Wernli, Pascal Sciarini und Matteo Gianni (1996). *Le clivage linguistique. Problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse*. Bern, Bundesamt für Statistik.
- Kriesi, Hanspeter, Wolf Linder und Ulrich Klöti, Hrsg. (1998). *Die Schweizer Wahlen 1995. selects – Swiss Electoral Studies*. Bern, Haupt.
- Kriesi, Hanspeter (1998). «The Transformation of Cleavage Politics: The 1997 Stein Rokkan Lecture.» *European Journal of Political Research* 33 (2): 165–185.
- Kruskal, Joseph B. und Miron Wish (1978). *Multidimensional Scaling*. Beverly Hills/London, Sage Publications.
- Krämer-Bardoni, Thomas (1991). Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand: Ein Rekonstruktionsversuch stadtsoziologischer Theoriebildung. In: H. Häussermann, D. Ipsen, T. Krämer-Bardoni, D. Läßle, M. Rodenstein und W. Siebel, Hrsg. *Stadt und Raum: Soziologische Analysen*. Pfaffenweiler, Centaurus.
- Krätke, Stefan (1990). Städte im Umbruch: Städtische Hierarchien und Raumgefüge im Prozess gesellschaftlicher Restrukturierung. In: R. Borst, S. Krätke, M. Mayer, R. Roth und F. Schmoll, Hrsg. *Das neue Gesicht der Städte: Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*. Basel, Boston, Berlin, Birkhäuser. 29: 7–38.
- Krätke, Stefan (2002). *Medienstadt. Urbane Cluster und globale Zentren der Kulturproduktion*. Opladen, Leske und Budrich.
- Krätke, Stefan (2003). «Global Media Cities in a Worldwide Urban Network.» *European Planning Studies* 11 (6): 605–628.
- Krätke, Stefan und Peter J. Taylor (2004). «A World Geography of Global Media Cities.» *European Planning Studies* 12 (4): 459–477.
- Kuntzmann, Klaus R. (1996). «Euro-Megalopolis or Themenpark Europe? Scenarios for European Spatial Development.» *International Planning Studies* 1 (2): 143–164.
- Költringer, Richard (1993). *Gültigkeit von Umfragedaten*. Wien, Böhlau Verlag.
- Kübler, Daniel, Walter Schenkel und Jean-Philippe Leresche (2003). «Bright lights, big cities? Metropolisation, intergovernmental relations and the new Federal urban policy in Switzerland.» *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Sonderheft: Schweizer Föderalismus in vergleichender Perspektive* 9 (1): 261–282.
- Kübler, Daniel und Urs Scheuss (2005). Metropolization and Political Change in Switzerland. In: V. Hoffmann-Martinot und J. M. Sellers, Hrsg. *Metropolization and Political Change*. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften. 6.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle (2001). *Die Schweizer Parteien im Wandel: von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen*. Zürich, Seismo.
- Ladner, Andreas (2004). *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen*. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lamnek, Siegfried (1995). *Qualitative Sozialforschung. Band 1: Methodologie*. Weinheim, Beltz Psychologie Verlags Union.
- Lange, Bastian (2005). «Sociospatial strategies of culturepreneurs: the example of Berlin and its new professional scenes.» *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 49 (2): 81–98.
- Lash, Scott und John Urry (2000 [1994]). *Die globale Kulturindustrie. Die politische Ökonomie der Zeichen im Raum*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Laszarsfeld, Paul F., Bernard R. Berelson und Hazel Gaudet (1968 [1944]). *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York, Columbia University Press.
- Leborgne, Danièle und Alain Liepietz (1990). Neue Technologien, neue Regulationsweisen: einige räumliche Implikationen. In: R. Borst, S. Krätke, M. Mayer, R. Roth und F. Schmoll, Hrsg. *Das neue Gesicht der Städte: Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*. Basel, Boston, Berlin, Birkhäuser. 109–129.
- Lecours, André (2001). «Regionalism, Cultural Diversity and the State in Spain.» *Journal of Multilingual and Multicultural Development* 22 (3): 210–226.
- Lees, Loretta (1996). «In the Pursuit of Difference: Representations of Gentrification.» *Environment and Planning A* 28 (3): 453–470.
- Lees, Loretta (2000). «A Reappraisal of Gentrification: Towards a «Geography of Gentrification».» *Progress in Human Geography* 24 (3): 389–408.

- Lees, Loretta (2003). «Super-gentrification: The Case of Brooklyn Hights, New York City.» *Urban Studies* 40 (12): 2545–2556.
- Lenk, Hans (1986). *Zwischen Wissenschaftstheorie und Sozialwissenschaft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Leresche, Jean-Philippe und Michel Bassand (1991). *La Métropole Lémanique*. Lausanne, IREC.
- Leuthold, Heinrich (1999). Die gute Adresse. innerstädtische Wohnstandortverteilung in Zürich als Produkt sozial differenzierter Klassifikation. *Gepgraphisches Institut der Universität Zürich*. Zürich. Diplomarbeit.
- Leuthold, Heinrich, Michael Hermann und Sara Irina Fabrikant (2007). «Making the political landscape visible: mapping and analyzing voting patterns in an ideological space» *Environment and Planning B: Planning and Design* 34: 785–807.
- Lewis, James H. (2002). *Exploring Edge Cities: Report of a National Survey of Senior Planners*. Institute for Metropolitan Affairs at Roosevelt University, Chicago
- Ley, David (1992). «Gentrification in recession: social change in six Canadian inner-cities.» *Urban Geography* 13 (2): 230–256.
- Ley, David (1994). «Gentrification and the politics of the new middle class.» *Environment and Planning D: Society and Space* 12 (1): 53–74.
- Ley, David (1996). *The New Middle Class and the Remaking of the Central City*. Oxford, Oxford University Press.
- Ley, David (2003). «Artists, Aestheticisation and the Field of Gentrification.» *Urban Studies* 40 (12): 2527–2544.
- Lichtenberger, Elisabeth (1998). *Stadtgeographie 1: Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse*. Leipzig, Teubner.
- Lijphart, Arend (1971). «Class voting and religious voting in European democracies.» *Acta Politica* 6 (2): 158–171.
- Lijphart, Arend (1979). «Religious vs. Linguistic vs. Class Voting: The «Crucial Experiment» of Comparing Belgium, Canada, South Africa and Switzerland.» *American Political Science Review* 73: 442–458.
- Linder, Wolf (1990). Die Zukunft der Demokratie. In: Hrsg. *Aufbruch aus der Verspätung*. Zürich, Stiftung für Geisteswissenschaften.
- Linder, Wolf, Claude Longchamp und Stämpfli Regula (1991). *Politische Kultur der Schweiz im Wandel: am Beispiel des selektiven Urnengangs*. Schweizerischer Nationalfonds, Basel
- Linder, Wolf, Adrian Vatter und Peter Farago (1997). «Determinanten politischer Kultur am Beispiel des Schwyzer Stimmverhaltens.» *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3 (1): 31–64.
- Linder, Wolf (1999). *Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven*. Bern, Verlag Paul Haupt.
- Linder, Wolf, Hans Riedwyl und Jürg Steiner (2000). «Konkordanztheorie und Abstimmungsdaten: eine explorative Aggregatsanalyse auf Bezirksebene.» *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6 (2): 27–56.
- Linder, Wolf (2002). Politische Kultur. In: U. Klöti, P. Knoepfel, H. Kriesi, W. Linder und Y. Papadopoulos, Hrsg. *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung: 15 - 34.
- Lipp, Wolfgang, Hrsg. (1984). *Industriegesellschaft und Regionalkultur. Untersuchungen für Europa*. Köln, Carl Heymanns Verlag.
- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan, Hrsg. (1967). *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York, Free Press.
- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan (1967). Cleavage structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. In: S. M. Lipset und S. Rokkan, Hrsg. *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York, Free Press: 1–63.
- Logan, John R. und Mark Schneider (1981). «The Stratification of Metropolitan Suburbs, 1960–1970.» *American Sociological Review* 46 (2): 175–186.
- Lohmöller, Jan-Bernd, Jürgen W. Falter, Andreas Link und Johann de Rijke (1985). Unemployment and the Rise of National Socialism: Contradicting Results from Different Regional Aggregations. In: P. Nijkamp, H. Leitner und N. Wrigley, Hrsg. *Measuring the Unmeasurable*. Den Haag, Martinus Nijhoof: 357–370.
- Longchamp, Claude (1991). «Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit: zu den Möglichkeiten und Grenzen des politischen Marketings bei Abstimmungen und Wahlen in der Schweiz.» *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 31 (303–326).

- Loomis, Charles P. (1947). *Political and occupational cleavages in a Hanoverian village, Germany*. Beacon, Beacon House.
- Lyotard, Jean-François (1999 [1979]). *Das postmoderne Wissen*. Wien, Passagen-Verlag.
- Läpple, Dieter (1991). Essay über den Raum. In: H. Häussermann, D. Ipsen, T. Krämer-Bardoni, D. Läpple, M. Rodenstein und W. Siebel, Hrsg. *Stadt und Raum: Soziologische Analysen*. Pfaffenweiler, Centaurus: 155–207.
- Lösch, August (1944). *Die räumliche Ordnung der Wirtschaft*. Jena, Fischer.
- Löw, Martina (2001). *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Lüdtke, Helmut (1989). *Expressive Ungleichheit*. Opladen, Leske und Budrich.
- Marcuse, Peter (1989). «Dual City': A Muddy Metaphor for a Quartered City.» *International Journal of Urban and Regional Research* 13 (6): 697–708.
- Marcuse, Peter (1997). «The Enclave, the Citadel, and the Ghetto: What has Changed in the Post-Fordist US City.» *Urban Affairs Review* 33 (2): 228–264.
- Markusen, Ann (1984). City Spatial Structure, Women's Household, and National Urban Policy. In: C. R. Stimpson, E. Dixler, M. J. Nelson und K. B. Ytrakis, Hrsg. *Women and the American City*. Chicago, University of Chicago Press: 20–41.
- Marquis, Lionel (1997). *Politique extérieure et démocratie directe: effets du consensus et du conflit sur la formation des attitudes en matière de politique extérieure Suisse*. Université de Genève, Genève.
- Marquis, Lionel und Pascal Sciarini (1999). «Opinion Formation in Foreign Policy: The Swiss Experience.» *Electoral Studies* 18 (4): 453–471.
- McAvoy, Gregory E. (1999). *Controlling Technocracy: Citizen and the NIMBY Syndrome*. Washington DC, Georgetown University Press.
- McDougall, Walter A. (2003). «Why Geography Matters ... But Is So Little Learned.» *Orbis* 47 (2): 217–233.
- McKenzie, Rodrick (1974 [1926]). Konzepte der Sozialökologie. In: B. Hamm und P. Atteslander, Hrsg. *Materialien zur Siedlungssoziologie*. Köln, Kiepenheuer und Witsch.
- Medrano, Juan Diez (1995). *Divided Nations: Class, Politics and Nationalism in the Basque Country and Catalonia*. Ithaca, Cornell University Press.
- Meier, Hans-Peter und Moritz Rosenmund (1978). *Politische Kultur – eine Begriffsexemplifikation am Beispiel der Schweiz*. Zürich, Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Meier, Hans-Peter und Moritz Rosenmund (1982). *CH-Zement: Das Bild der Schweiz im Schweizervolk*. Zürich, Eco Verlag.
- Miller, William L. (1977). *Electoral Dynamics in Britain since 1918*. London, Macmillan.
- Miller, William L. (1978). «Social Class and Party Choice in England: a new Analysis.» *British Journal of Political Science* 8 (2): 257–284.
- Mitbo, Tor und Hines Kjell (1988). «The Referendum-Election Nexus: An Aggregate Analysis of Norwegian Voting Behavior.» *Electoral Studies* 17 (1): 77–94.
- Moeckli, Silvano (1994). *Direkte Demokratie. Ein Vergleich der Einrichtungen und Verfahren in der Schweiz und Kalifornien, unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Lichtenstein und Australien*. Bern und Stuttgart.
- Mollenkopf, John H. und Manuel Castells, Hrsg. (1999). *Dual City Restructuring New York*. New York, Sage.
- Monmornier, Mark (2001). *Bushmanders & bullwinkles: how politicians manipulate electronic maps and census data to win elections*. Chicago, University of Chicago Press.
- Monsch, Martin (1973). *Die geographische Verteilung der Abstimmungsergebnisse im Kanton Zürich (1959–1967)*. Zürich, Dissertation.
- Moriconi-Ebrard, François (1993). *Geopolis, pour comparer les villes du monde*. Paris, Anthropos.
- Mottier, Véronique (1993). La structuration sociale de la participation aux votations fédérales. In: H. Kriesi, Hrsg. *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisses*. Zürich, Seismo: 123–144.
- Mottier, Véronique (1995). «Citizenship and Gender Division in Swiss Direct Democracy: from Structures to Political Action.» *West European Politics* 18 (1): 161–172.
- Moulaert, Frank und Erik Swyngedouw (1989). «A Regulation Approach to the Geography of Flexible Production Systems.» *Environment and Planning D: Society and Space* 2 (3): 327–345.
- Muralt-Müller, Hanna, Andreas Auer und Thomas Koller (2002). *E-voting. Actes de colloque Journées d'Informatique Juridique 2000*. Bern, Stämpfli.

- Murdie, Robert A. (1969). *Factorial Ecology of Metropolitan Toronto (1951-1961) – An Essay on the Social Geography of the City*. University of Chicago, Department of Geography, Chicago
- Murdie, Robert A. und Carlos Teixeira (2000). The City as Social Space. In: T. Bunting und P. Filion, Hrsg. *Canadian Cities in Transition: The Twenty-First-Century*. Toronto, Oxford University Press: 198–223.
- Musterd, Sako und Ingrid van Zelm (2001). «Polycentricity, Households and the Identity of Places.» *Urban Studies* 38 (4): 679–696.
- Müller, Hans-Peter (1992). *Sozialstruktur und Lebensstile: Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Nef, Rolf und Rolf Ritschard (1978). *Strukturelle und kulturelle Determinanten von Abstimmungsverhalten – ein empirischer Test*. Zürich, Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Nef, Rolf (1979). *Bundesabstimmungen 1950–1977. Eine Untersuchung über politische, gesellschaftliche und kulturelle Verhaltensmuster*. Zürich
- Nef, Rolf und Rolf Ritschard (1979). *Bundesabstimmungen als Indikatoren für politische Problematiken – eine Testanalyse auf Bezirksebene*. Zürich, Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Nef, Rolf (1980). «Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten. Zur interregionalen Variation von politischen Präferenzen in der Schweiz 1950–1977.» *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 6 (1): 155–190.
- Nef, Rolf (1981). *Determinanten der Zustimmung zur eidgenössischen Atominitiative auf Bezirks- und Gemeindenniveau*. Soziologisches Institut der Universität Zürich, Zürich
- Nef, Rolf und Moritz Rosenmund (1984). «Das energiepolitische Plebiszit vom 23. September 1984 zwischen Entwicklungserwartung und Wachstumskritik.» *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 10 (4).
- Nef, Rolf (1985). *Das letzte Aufgebot der Patriarchen? Eine statistische Analyse der Bundesabstimmungen «Eherecht», «Gleiche Rechte für Mann und Frau» sowie «Frauenstimmrecht» auf der Basis von 1655 Gemeinden*. Soziologisches Institut der Universität Zürich, Zürich
- Nef, Rolf (1985). *Gescheiterter Kreuzzug gegen die Moderne? Eine statistische Analyse der Bundesabstimmungen «Recht auf Leben» und «Fristenlösung» auf der Basis von 1655 Gemeinden*. Soziologisches Institut der Universität Zürich, Zürich
- Nef, Rolf und Moritz Rosenmund (1986). *Gebannte Entzauberung des Sonderfalls? Eine statistische Analyse der Bundesabstimmungen «Beitritt zur UNO» sowie «Beitritt zum Völkerbund» auf der Basis von 1655 Gemeinden*. Soziologisches Institut der Universität Zürich, Zürich
- Nef, Rolf (1988). «Rothenthurm: Das kostenlose 'grüne Wunder'?» *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 141 (1): 199–224.
- Nef, Rolf (1990). «Armeeabschaffungs-Initiative: Soyons réalistes, demandons l'impossible? Konzeptionelle Überlegungen und empirische Analysen zum politischen Gehalt einer «Wegmarke».» *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 16 (3): 545–582.
- North, Yolande et al. (1996). *Wohnen in der Schweiz*. Bern.
- Nørgaard, Helle (2003). «The Global City Thesis – Social Polarization and Changes in the Distributions of Wages.» *Geografiska Annaler, Series B, Human Geography* 85 (2): 103–120.
- O'Loughlin, John (2000). «Can King's Ecological Inference Method Answer a Social Scientific Puzzle: Who Voted for the Nazi Party in Weimar Germany?» *Annals of the Association of American Geographers* 90 (3): 592–601.
- O'Sullivan, Arthur (1993). «Voluntary Auctions for Noxious Facilities: Incentives to Participate and the Efficiency of Siting Decisions.» *Journal of Environmental Economics and Management* 25 (1): 12–26.
- Odermatt, André (1997). *Eigentümerstrukturen des Wohnungsmarktes: ein handlungstheoretischer Beitrag zur Erklärung der räumlich-sozialen Wohnstandortverteilung am Fallbeispiel Schweiz*. Münster.
- Odermatt, André und Daniel Wachter (2004). *Schweiz – eine moderne Geographie*. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Oliver, Eric (2001). *Democracy in Suburbia*. Princeton, Princeton University Press.
- Openshaw, Stan (1977). «A geographical study of scale and aggregation problems in region-building, partitioning and spatial modelling.» *Transactions of the Institute of British Geographers* 2: 459–72.
- Openshaw, Stan (1984). *The Modifiable Areal Unit Problem*. Norwich, Geo Books.
- Orfield, Myron (2002). *American Metropolitcs: The New Suburban Reality*. Washington D.C., Brookings Institution Press.

- Ossipow, Wiliam und Jean Papadopoulos (1982). *Recueil des prises de position de dix-neuf partis politiques et groupes lors des votations populaires fédérales 1970-1979*. Genève, Université de Genève.
- Paasi, Anssi (1986). «The Institutionalization of Regions: A Theoretical Framework for Understanding Emergence of Regions and the Constitution of Regional Identity.» *Fennia* 164 (1): 105–146.
- Paasi, Anssi (1991). «Deconstructing Regions: Notes on the Scales of Spatial Life.» *Environment and Planning A* 23 (2): 239–256.
- Paasi, Anssi (1996). *Territories, Boundaries and Conciousness. The Changing Geographies of the Finnish-Russian Border*. Chichester, John Wiley.
- Paasi, Anssi (2003). «Region and place: regional identity in question.» *Progress in Human Geography* 27 (4): 475–485.
- Papadopoulos, Yannis, Hrsg. (1994). *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales.
- Papadopoulos, Yannis (1994). Conflit et consensus dans le système de parties et de la société. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 203–244.
- Papadopoulos, Yannis (1994). Les votations fédérales comme indicateur de soutien aux autorités. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 113–160.
- Papadopoulos, Yannis (1997). *Le processus de décision fédéraux en Suisse*. Paris, Editions L'Harmattan.
- Papadopoulos, Yannis (1998). *Démocratie directe*. Paris, Economica.
- Pappi, Franz Urban (1970). *Wahlverhalten und politische Kultur. Eine soziologische Analyse der politischen Kultur in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Stadt-Land-Unterschieden*. Meinsheim am Glan, Verlag Anton Heim.
- Park, Robert Ezra, Ernest W. Burgess und Rodrick McKenzie (1967 [1925]). *The City*. Chicago, University of Chicago Press.
- Park, Robert Ezra (1974 [1925]). Die Stadt als räumliche Struktur und als sittliche Ordnung. In: P. Atteslander und B. Hamm, Hrsg. *Materialien zur Siedlungssoziologie*. Köln: 90–100.
- Parr, John B. (2004). «The Polycentric Urban Region: A Closer Inspection.» *Regional Studies* 38 (3): 231–240.
- Parsons, Talcott (1951). *The Social System*. London, Routledge.
- Parsons, Talcott (1994 [1966]). *Das System moderner Gesellschaften*. Weinheim, Juventa-Verlag.
- Passy, Florence (1993). Compétence et décision politique. In: H. Kriesi, Hrsg. *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisses*. Zürich, Seismo.
- Pattie, Charles J., Ronald D. Johnston und Edward A. Fieldhouse (1995). «Winning the local vote: the effectiveness of constituency campaign spending in Great Britain.» *American Political Science Review* 89 (4): 969–983.
- Pattie, Charles J. und Ronald D. Johnston (1996). «It's not like that around here: region, economic evaluations and voting at the 1992 British general election.» *European Journal of Political Research* 28 (1): 1–32.
- Pattie, Charles J., Daniel F. Dorling und Ronald D. Johnston (1997). «The Electoral Politics of Recession: Local Economic Conditions, Public Perceptions, and the Economic Vote in the 1992 British General Election.» *Transactions of the Institute of British Geographers* 22 (1): 147–161.
- Pattie, Charles J. und Ronald D. Johnston (1998). «The role of regional context in voting: evidence from the 1992 general election in Great Britain.» *Regional Studies* 32 (3): 249–263.
- Pattie, Charles J. und Ronald D. Johnston (2000). «'People Who Talk Together Vote Together': An Exploration of Contextual Effects in Britain.» *Annals of the Association of American Geographers* 90 (1): 41–66.
- Phelps, Nicolas. A. und Nick Parsons (2003). «Edge Urban Geographies: Notes from the Margins of Europe's Capital Cities.» *Urban Studies* 40 (9): 1725–1749.
- Piore, Michael J. und Charles F. Sabel (1984). *The Second Industrial Divide*. New York, Basic Books.
- Pongs, Armin, Hrsg. (2004). *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Individuum und Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung*. München, Dilemma-Verlag.
- Postman, Neil (1992). *Das Technopol. Die Macht der Technologien und die Entmündigung der Gesellschaft*. Frankfurt am Main, Fischer-Verlag.

- Pred, Allan (1977). *City-systems in Advanced Economies: Past Growth, Present Processes and Future Development Options*. London, Hutchinson & Co.
- Preteceille, Edmond (1995). «Division sociale de l'espace et globalisation – le cas de la métropole de Paris.» *Société contemporaines* 22/23 (2): 33–68.
- Preteceille, Edmond (1997). Ségrégation, classes et politique dans la grande ville. In: A. Bagnasco und P. Le Galès, Hrsg. *Villes en Europe*. Paris, La Découverte: 99–128.
- Priemus, Hugo (1994). «Planning the Randstad: Between Economic Growth and Sustainability.» *Urban Studies* 31 (4): 509–534.
- Pulzer, Peter G. (1967). *Political Representation and Elections in Britain*. London, Allen and Unwin.
- Pumain, Denise (1999). «Quel rôle pour les villes petits et moyennes des régions périphériques?» *Revue de Géographie Alpine* 87 (2): 167–184.
- Putnam, Robert D. (1966). «Political Attitudes and the Local Community.» *American Political Science Review* 60: 640–654.
- Raagma, Garri (2002). «Regional Identity in Regional Development Planning.» *European Planning Studies* 10: 55–76.
- Rattinger, Hans (1994). Parteineigungen, Sachfragen- Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990–1992. In: H. Rattinger, O. W. Gabriel und W. Jagodzinski, Hrsg. *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*. Frankfurt am Main, Peter Lang: 73–122.
- Rhein, Catherine (1998). «Globalisation, Social Change and Minorities in Metropolitan Paris: The Emergence of New Class Patterns.» *Urban Studies* 35 (3): 429–447.
- Riker, William Harrison und Peter C. Ordeshoot (1968). «A Theory of the Calculus of Voting.» *American Political Science Review* 62 (1): 25–42.
- Riker, William Harrison und Peter C. Ordeshoot (1973). *An Introduction to Positive Political Theory*. Eaglewood Cliffs, Prentice Hall.
- Ritschard, Rolf und Rolf Nef (1985). «Stadt-Land-Gegensätze bei ausgewählten eidgenössischen Volksabstimmungen.» *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 25: 113–131.
- Robertson, Roland (1992). *Globalization. Social Theory and Global Culture*. London, Thousand Oaks.
- Robinson, William S. (1950). «Ecological Correlations an the Behavior of Individuals.» *American Sociological Review* 15 (3): 351–357.
- Rohe, Karl (1982). Zur Typologie politischer Kulturen in westlichen Demokratien. Überlegungen am Beispiel Grossbritanniens und Deutschlands. In: H. Dollinger, H. Gründer und A. Hanschmidt, Hrsg. *Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982*. Münster, Aschendorffsche Buchdruckerei.
- Rokkan, Stein (1970). *Citizens, Elections, Parties*. Oslo, Universitetsforlaget.
- Rokkan, Stein (1977). «Towards a Generalized Concept of «Verzuiling»: A Preliminary Note.» *Political Studies* 25 (4): 563–570.
- Rose, Damaris (1989). A Feminist Perspective of Employment Restructuring and Gentrification: The Case of Montreal. In: J. R. Wolch und M. J. Dear, Hrsg. *The Power of Geography. How Territory Shapes Social Life*. Boston, Unwin Hayman: 118–138.
- Rose, Günther (1981). *Modernisierungstheorien und bürgerliche Sozialwissenschaften*. Berlin, Akademie-Verlag.
- Rose, Richard und Derek Unwin (1970). «Persitence and Change in Western Party System since 1945.» *Political Studies* 18 (3): 287–319.
- Rostow, Walter (1960). *The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Rouiller, Sebastien, Jan Fivaz, Schwarz Daniel und Albert Waajenberg (2004). *Der Einsatz der Online-Wahlhilfe smartvote bei den kantonalen Wahlen in St Gallen*. politools, Bern
- Rumley, Pierre-Alain, Gabriela Brukhalter, Christophe Jemlin, Dominique Joye und Martin Schuler (2000). «Städtenetz Schweiz: Ergebnisse einer Untersuchung des IREC-EPFL im Auftrag des Bundesamtes für Raumentwicklung.» *DISP* 142/2000.
- Sanders, David (1996). «Economic Performance, Management Competence and the Outcome of the Next General Election.» *Political Studies* 44 (2): 203–231.
- Sanders, David (1997). The New Electoral Battleground. In: A. King, Hrsg. *New Labour Triumphs: Britain at the Polls*. Chatham, NJ, Chatham House.
- Sardi, Massimo und Eric Widmer (1993). L'orientation du vote. In: H. Kriesi, Hrsg. *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisses*. Zürich, Seismo: 191–212.

- Sassen, Saskia (1991). *The Global City*. New York, Princeton University Press.
- Sassen, Saskia (1994). *Cities in a World Economy*. Thousand Oaks, Pine Forge.
- Sassen, Saskia (1998). *Globalization and its Discontents*. New York, New Press.
- Savage, Mike (1993). «Urban History and Social Class: Two Paradigms.» *Urban History* 20 (1): 61–77.
- Schaafsma, Maurits (2001). Planning Schiphol Airport City. In: B. Scholl und E. M. Budau, Hrsg. *Flughafen- und Raumentwicklung*. Karlsruhe, Institut für Städtebau und Landesplanung, Universität Karlsruhe: 7–15.
- Schenkel, Walter (1989). Stadtplanung und Quartierinteresse. *Institut für Politikwissenschaften der Universität Zürich*. Zürich. Lizentiatsarbeit.
- Scheuch, Erwin K. (1973). Entwicklungsrichtungen bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten. In: R. König, Hrsg. *Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 1: Geschichte und Grundprobleme*. Stuttgart, Deutscher Taschenbuch Verlag: 161–273.
- Schiller, Theo, Hrsg. (2002). *Direkte Demokratie: Forschung und Perspektiven*. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Schilling, Rudolf und Ursula Rellstab (2003). *Die Schweiz muss neu eingeteilt werden: bewegliche und neue Grenzen*. Zürich, Verein Metropole Schweiz.
- Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst (1977 [1838]). *Hermeneutik und Kritik*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Schneider, Friedrich (1982). «Welchen Einfluss haben die Parolen von Interessengruppen und die wirtschaftliche Entwicklung auf den Ausgang von Volksabstimmungen?» *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 120 (2): 167–183.
- Schneider, Friedrich (1985). *Der Einfluss von Interessengruppen auf die Wirtschaftspolitik. Eine empirische Untersuchung für die Schweiz*. Bern, Haupt.
- Schneider, Marie-Luise (2003). Zur Rationalität von Volksabstimmungen im Gentechnikkonflikt im direktdemokratischen Verfahren. Wiesbaden, Universität Duisburg. Dissertation.
- Schneider, Nicole und Annette Spellerberg (1999). *Lebensstile, Wohnverhältnisse und räumliche Mobilität*. Opladen, Leske und Budrich.
- Schneider, Norbert (1998). *Erkenntnistheorie im 20. Jahrhundert: Klassische Positionen*. Stuttgart, Reclam.
- Schnore, Leo F. (1956). «The Growth of Metropolitan Suburbs.» *American Sociological Review* 22 (2): 165–173.
- Schrijver, Frans (2004). «Electoral Performance of Regionalist Parties and Perspectives on Regional Identity in France.» *Regional and Federal Studies* 14 (2): 187–210.
- Schuler, Martin, Thérèse Huissod, Christophe Jemelin und Suzanne Stofer (1997). *Strukturatlas der Schweiz*. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Schuler, Martin, Anne Compagnon und Christophe Jemelin (1999). *Die Grossregionen der Schweiz*. Neuchâtel.
- Schuler, Martin, Pierre Dessemontet und Dominique Joye (2005). *Die Raumgliederungen der Schweiz*. Neuchâtel, Bundesamt für Statistik.
- Schulz, Tobias (2002). Wie 'rational' sind Volksentscheide: eine empirische Untersuchung des Einflusses von Framing-Effekten auf Volksabstimmungen zur Umweltpolitik in Kalifornien und in der Schweiz. *Universität St. Gallen*. St. Gallen, Universität St. Gallen. Dissertation.
- Schulze, Gerhard (1990). Die Transformation sozialer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland. In: S. Hradil und P. A. Berger, Hrsg. *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*. Göttingen, Schwartz: 409–432.
- Schulze, Gerhard (1992). *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt am Main/New York, Campus.
- Schwabe, Markus (2005). *Ein neues Stadtmodell für die postindustrielle Stadt? Eine sozialräumliche Untersuchung französischer Städte*. Bochum, Geographisches Institut der Ruhr Universität Bochum.
- Schwartz, Barry (1981). *Vertical Classification: A Study in Structuralism in the Sociology of Knowledge*. Chicago, University of Chicago Press.
- Schönbein, A. (1933). *Alters- und Hinterlassenen-Versicherung. Eidgenössische Volksabstimmungen 1925 und 1931*.
- Sciarini, Pascal und Alexandre Trechsel (1996). «La démocratie directe en Suisse: l'élite politique prisonnière des droits populaires?» *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft – Sonderheft Staatsreform* 2 (2): 201 – 232.

- Sciarini, Pascal (1998). «Opinion publique et politique extérieure.» *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 28 (3): 337–352.
- Sciarini, Pascal, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (2003). *Schweizer Wahlen 1999*. Bern, Haupt.
- Scott, Allen J. (1988). *Metropolis*. Berkeley, University of California Press.
- Scott, Allen J., Hrsg. (2001). *Global City-Regions – Trends, Theory, Policy*. Oxford, Beavertock.
- Seitz, Werner (1996). *Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten. Begriffsgeschichte und Methodenkritik*. Zürich, Realotopia Verlagsgenossenschaft.
- Selb, Peter und Romain Lachat (2004). *Wahlen 2003: Die Entwicklung des Wahlverhaltens*. Zürich, Haupt.
- Senti, Martin (1998). «Geschlecht als einheitsstiftende Kategorie? Das Abstimmungsverhalten von Frauen bei gleichstellungspolitisch relevanten Sachfragen in der Schweiz.» *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50 (4): 685–710.
- Shefky, Eshref und Wendell Bell (1961). Social Area Analysis. In: G. A. Theodorson, Hrsg. *Studies in Human Ecology*. New York, Harper and Row: 226–235.
- Siegfried, André (1913). *Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République*. Paris, Armand Colin.
- Siegfried, André (1949). *Die Schweiz eine Verwirklichung der Demokratie*. Zürich Hirzel.
- Siegfried, André (1949). *Géographie électorale de l'Ardèche sous la IIIe République*. Paris, Armand Colin.
- Sigg, Oswald (1978). *Die eidgenössischen Volksinitiativen 1892–1939*. Bern, Francke Verlag.
- Simmel, Georg (1989 [1890]). Über soziale Differenzierung: Soziologische und psychologische Untersuchungen. In: O. Rammstett, Hrsg. *Georg Simmel Gesamtausgabe*. Frankfurt am Main, Suhrkamp. 2.
- Smith, G. (1976). «The functional properties of the referendum.» *European Journal of Political Research* 4 (1): 1 – 23.
- Smith, Neil (1979). «Toward a Theory of Gentrification: A Back to the City Movement by Capital not People.» *Journal of the American Planning Association* 45: 538–548.
- Smith, Neil (1996). *New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*. New York, Routledge.
- Smith, Neil (2002). «New Globalism, New Urbanism: Gentrification as Global Urban Strategy.» *Antipode* 34 (3): 427–450.
- Spellerberg, Annette (1996). *Soziale Differenzierung durch Lebensstile: eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland*. Berlin, Edition Sigma.
- Steffen, Hans und Thomas Schulz (2005). *Gemeindegruppen als Werkzeug der Analyse und Diffusion von Gemeindedaten*. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel
- Stolz, Peter (1972). «Wahlereinfluss und Wählerverhalten in ökonomischer Sicht. Ein Vergleich zwischen der schweizerischen Referendumsdemokratie und der parlamentarischen Demokratie.» *Wirtschaft und Recht* 24: 58–68.
- Stone, William F. (1981). Political Psychology, a Whig History. In: S. Long, Hrsg. *Handbook of Political Behavior*. New York, Plenum Press. 1: 1–67.
- Storper, Michael und Allen J. Scott (1990). Geographische Grundlagen und gesellschaftliche Regulation flexibler Produktionskomplexe. In: R. Borst, S. Krätke, M. Mayer, R. Roth und F. Schmoll, Hrsg. *Das neue Gesicht der Städte: Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*. Basel, Boston, Berlin, Birkhäuser. 29: 130–149.
- Straits, Bruce C. (1990). «The Social Context of Voter Turnout.» *Public Opinion Quarterly* 54: 64–73.
- Strauss, Anselm (1994). *Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. München, Wilherlm Fink Verlag.
- Swayne, Debora F., Diane Cook und Andres Buja (1998). «X-Gobi: Interactive Dynamic Data Visualization in the X-Window System.» *Journal of Computational and Graphical Statistics* 7 (1): 113–130.
- Särilvik, Bo und Ivor Martin Crewe (1983). *Decade of Dealignment*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Taylor, Fredrick Winslow (1983 [1911]). *The Principles of Scientific Management*. New York, Harper bros.
- Taylor, Peter J. und Ronald D. Johnston (1979). *The Geography of Elections*. London, Penguin.
- Taylor, Peter J. (1982). «A materialist framework for political geography.» *Transactions of the Institute of British Geographers* 7 (1): 15–34.

- Taylor, Peter J. (2001). «Urban hinterworlds: geographies of Corporate Service Provision under Conditions of Contemporary Globalizations.» *Geography* 86 (1): 51–60.
- Taylor, Peter J. (2003). GaWC atlas of hinterworlds. 2006.
- Taylor, Peter J. und David R. F. Walker (2004). «Urban hinterworlds revisited.» *Geography* 89 (2): 145–151.
- Taylor, Peter J. (2004). *World City Network: A Global Urban Analysis*. London, Routledge.
- Taylor, Peter J. (2005). «New Political Geographies: Global Civil Society and Global Governance Through World City Networks.» *Political Geography* 24 (6): 703–730.
- Thelen, Kathleen (1999). «Historical Institutionalism in Comparative Politics.» *Annual Review of Political Science* (2): 369–404.
- Thierstein, Alain, Martin Schuler und Daniel Wachter, Hrsg. (2000). *Grossregionen – Wunschvorstellung oder Lösungsansatz?* Bern, Paul Haupt Verlag.
- Thierstein, Alain, Patrick Dümmler und Christian Kruse (2003). «Zu gross, um wahr zu sein? Die Europäische Metropolregion Zürich.» *DISP* 152/ 2003: 87–94.
- Timms, Duncan (1971). *The Urban Mosaic – Towards a Theory of Residential Segregation*. Cambridge, University Press.
- Trechsel, Alexandre und Pascal Sciarini (1998). «Direct democracy in Switzerland: Do elites matter?» *European Journal of Political Research* 33 (1): 99–123.
- Trechsel, Alexandre (2000). *Feuerwerk Volksrechte: die Volksabstimmungen in den schweizerischen Kantonen 1970 – 1996*. Basel, Helbing und Licherhahn.
- Trechsel, Alexandre (2002). Volksabstimmungen. In: U. Klöti, P. Knoepfel, H. Kriesi, W. Linder und Y. Papadopoulos, Hrsg. *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich, Verlag NZZ.
- Trechsel, Alexandre und Fernando Mendez, Hrsg. (2004). *The European Union and E-voting. Addressing the European Parliament's internet voting challenge*. London, Routledge.
- Trechsel, Alexandre und Hanspeter Kriesi (2006). *The Politics of Switzerland. Continuity and Change in a Consensus Democracy*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Tresch, Anke (2005). «Le soutien aux autorités lors des votations fédérales des 1971–1999 dans les cantons suisses.» *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11 (2): 1–26.
- Tryon, Robert C. (1939). *Cluster Analysis*. Ann Arbor, Edwards Brothers.
- Tufte, Edward R. (1973). «The Relationship between Seats and Votes in Two-Party Systems.» *American Political Science Review* 67 (2): 540–554.
- Tunstall, Helena, David Rossiter, Charles Pattie, Ian Mac Allister, Ronald D. Johnston und Daniel Dorling (2000). «Geographical scale, the 'feel-good factor' and voting at the 1997 general elections in England and Wales.» *Transactions of the Institute of British Geographers* 25 (1): 51–64.
- Vatter, Adrian (1994). *Eigennutz als Grundmaxime in der Politik? Eine Überprüfung des Eigennutz-Axioms der ökonomischen Theorie der Politik bei Stimmbürgern, Parlamentariern und der Verwaltung*. Bern, Paul Haupt Verlag.
- Vatter, Adrian (1995). «Der EWR-Entscheid: Kulturelle Identität, rationales Kalkül oder struktureller Kontext. Eine theoriegeleitete Abstimmungsanalyse anhand von Aggregat- und Individualdaten.» *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 20 (1): 15–42.
- Vatter, Adrian und Ruth Nabholz (1995). «Der Stimmbürger als Homo Oeconomicus? Ein empirischer Theorietest bei kantonalen Kreditvorlagen aus der Schweiz.» *Politische Vierteljahresschrift* 36 (3): 484–501.
- Vester, Michael, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Thomas Hermann und Dagmar Müller (2001). *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Voll, Peter (1991). «Konfession und Politik in der Schweiz. Zum 'konfessionellen Faktor' bei der Entwicklung stabiler Parteisympathien und bei den eidgenössischen Volksabstimmungen vom 9. Juni 1985.» *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 17 (2): 375–406.
- Walks, R. Alan (2001). «The Social Ecology of the Post-Fordist Global City? Economic Restructuring and Socio-Spatial Polarisation in the Toronto Urban Region.» *Urban Studies* 38 (3): 407–447.
- Walks, R. Alan (2004). «Place of Residence, Party Preferences, and Political Attitudes in Canadian Cities and Suburbs.» *Journal of Urban Affairs* 26 (3): 269–295.
- Walks, R. Alan (2005). «The City-Suburban Cleavage in Canadian Federal Politics.» *Canadian Journal of Political Science* 38 (2): 383–413.
- Walks, R. Alan (2005). «City-Suburban electoral polarization in Great Britain, 1950–2001.» *Transactions of the Institute of British Geographers* (4): 500–517.

- Wartburg, André von (2004). Politische Landschaft der Schweiz. Dynamische Analyse und Visualisierung. *Geographisches Institut der Universität Zürich*. Zürich. Diplomarbeit.
- Weakliem, David (1989). «Class and Party in Britain, 1964–83.» *Sociology* 23 (2): 285–297.
- Weber, Max (1963). Das Verhalten der Stimmberechtigten gegenüber Finanzproblemen im Schweizerischen Bundesstaat. In: Hrsg. *Kultur und Wirtschaft. Festschrift für Eugen Böhler*. Zürich: 87 ff.
- Weber, Max (1980 [1922]). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen, J.C.B. Mohr.
- Weber, Max (1996 [1904/05]). *Die protestantische Ethik und der «Geist» des Kapitalismus*. Weinheim, Beltz.
- Wehling, Hans-Georg, Hrsg. (1984). *Konfession - eine Nebensache?* Stuttgart, Kohlhammer.
- Wehling, Hans-Georg, Hrsg. (1985). *Regionale politische Kultur*. Stuttgart, Verlag W. Kohlhammer.
- Wehling, Peter (1992). *Die Moderne als Sozialmythos: Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien*. Frankfurt am Main, Campus-Verlag.
- Weishaupt, Matthias (1992). *Bauern, Hirten und «frume edle puren». Bauern- und Bauernstaatsideologie in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft und der nationalen Geschichtsschreibung der Schweiz*. Frankfurt am Main, Helbing und Licherhahn.
- Werder, Hans (1978). *Die Bedeutung der Volksinitiative in der Nachkriegszeit*. Bern, Francke Verlag.
- Werlen, Benno (1995). *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierung. Band 1: Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum*. Stuttgart, Franz Steiner Verlag.
- Werlen, Benno (1997). *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierung. Band 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung*. Stuttgart, Franz Steiner Verlag.
- Werlen, Benno (2000). *Sozialgeographie. Eine Einführung*. Bern, Paul Haupt Verlag.
- Wexler, Mark N. (1996). «A Sociological Framing of the NIMBY (Not-in-My-Backyard) Syndrome.» *International Review of Sociology* 26 (1): 91–110.
- Wicker, Rudolf, Hrsg. (2003). *Migration und die Schweiz: Ergebnisse des nationalen Forschungsprogrammes «Migration und interkulturelle Beziehungen»*. Zürich, Seismo.
- Wimmer, Andreas, Dieter Karrer, Angela Stienen und Ehret Rebekka (2000). *Integration – Segregation: Interkulturelle Beziehungen in Basel Bern und Zürich. Schlussbericht im Rahmen des NFP 39 «Migration und Interkulturelle Beziehungen»*. Schweizerischer Nationalfonds, Bonn, Bern und Zürich.
- Windisch, Roman (2004). Schweizerische Industriekleinstädte im Strukturwandel zwischen 1970 und 2000. *Geographisches Institut der Universität Zürich*. Zürich. Diplomarbeit.
- Witt, Werner (1979). *Lexikon der Kartographie*. Wien, Deuticke.
- Zapf, Wolfgang (1970). *Theorien des sozialen Wandels*. Köln, Berlin, Kiepenheuer & Witsch.
- Zapf, Wolfgang, Siegrid Breuer, Jürgen Hampel, Peter Krause, Hans-Michael Mohr, Stefan Weick und Erich Wiegand (1987). *Individualisierung und Sicherheit – Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland*. München, Beck.
- Zapf, Wolfgang, Hrsg. (1991). *Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungsband des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*. Frankfurt am Main, Campus-Verlag.
- Ziegler, Maya (2002). Marginalisierung peripherer Arbeiterquartiere: schleichender soziokultureller Wandel in städtischen Aussenquartieren und seine Auswirkungen auf die Weltanschauung aufgezeigt am Beispiel von Zürich, Bern und Winterthur. *Geographisches Institut der Universität Zürich*. Zürich. Diplomarbeit.
- Zuckermann, Alan S. (2005). Returning of the Social Logic of Political Behavior. In: A. S. Zuckermann, Hrsg. *The Social Logic of Politics: Personal Networks as Contexts for Political Behavior*. Philadelphia, Temple University Press: 3–20.
- Zukin, Sharon (1982). *Loft Living: Culture and Capital in Urban Change*. Baltimore, Johns Hopkins University Press.
- Zukin, Sharon (1987). «Gentrification: Culture and Capital in the Urban Core.» *Annual Review of Sociology* 13 (129–147).
- Zukin, Sharon (1995). *The Culture of Cities*. Oxford, Blackwell.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Schema der Wirkungsweisen der einfachen und der reflexiven Modernisierung.....	16
Abbildung 2: Historische Abfolge von Akkumulationsregimen und Regulationsmodi	17
Abbildung 3: Vereinheitlichung und Ausdifferenzierung der Wohnideale in den drei Phasen der Modernisierung.....	40
Abbildung 4: Typologie von Stadtquartieren aufgrund von unterschiedlicher Bewertung.....	43
Abbildung 5: Schema des Schweizer Stdtenetzes in seiner räumlichen Anordnung auf der West-Ost-Achse	60
Abbildung 6: Räumlicher Bezug der Erklärungsmodelle des politischen Verhaltens	98
Abbildung 7: Gliederung der schweizerischen Abstimmungsforschung nach Forschungsgegenstand und Stellenwert der Abstimmungen in der Empirie.....	108
Abbildung 8: Herstellungskontext von wissenschaftlich auswertbaren Daten	128
Abbildung 9: Der Hermeneutische Zirkel I: Wechselwirkende Erweiterung von Textverständnis und Vorverständnis.....	136
Abbildung 11: Hermeneutik von quantitativen Daten: Zirkuläres Verstehen von quantitativen Date.....	139
Abbildung 12: Häufigkeit und Position der politischen Ziele im Faktorraum mit dem 2. und dem 3. Faktor nach der Rotation	157
Abbildung 13: Politische Ziele im Faktorraum mit dem 1. und dem 3. Faktor als Achsen nach der Rotation	158
Abbildung 14: Thematische Konfliktfelder und gegensätzliche Grundhaltungen des Links-rechts-Konflikts	161
Abbildung 15: Thematische Konfliktfelder und gegensätzliche Grundhaltungen des Konflikts liberal gegen konservativ	162
Abbildung 16: Thematische Konfliktfelder und gegensätzliche Grundhaltungen des Konflikts ökologisch gegen technokratisch.....	164
Abbildung 17: Diagonale Konfliktlinien im Raum der Weltanschauungen.....	165
Abbildung 18: Der dreidimensionale Raum der Weltanschauungen.....	167
Abbildung 19: Zeitliche Entwicklungen im ein- und zweidimensionalem Kontext.....	176
Abbildung 20: Vergleich von Projektions- und Interpolationsansatz.....	181
Abbildung 21: Trade-off zwischen zeitlicher und inhaltlicher Unschärfe.	184
Abbildung 22: Zeitliche Gewichtung in Abhängigkeit der zeitlichen Distanz zum fokussierten Zeitpunkt t_j	186
Abbildung 23: Geometrische Darstellung der Koeffizienten der inhaltlichen und zeitlichen Gewichtung	187
Abbildung 24: Die Faktorladungen der 213 Volksabstimmungen von 1981 bis 2005.....	188
Abbildung 25: Komponenten der politischen Landschaft	192
Abbildung 26: Schematische Darstellung der Modellierung von Dichtegebirgen durch Superposition von bevlkerungsproportionalen Glockenkurven.	194
Abbildung 27: Politische Landschaften der Kantone Zürich und beider Basel	197
Abbildung 28: Dimensionen der Sozialraumanalyse und Operationalisierung nach Shevky und Bell (1961)	202
Abbildung 29: Formalstruktur der soziokulturellen Disparitätsindizes.....	205
Abbildung 30: Soziokulturelle Profile der Siedlungstypen 1990/2000	217
Abbildung 31: Soziokulturelle Profile der drei grossen Sprachregionen 1990 und 2000	220
Abbildung 32: Verteilung der 1977 Gemeinden, Gemeindegruppen und Stadtquartiere im Status- Individualisierungs-Diagramm 2000.....	223

Abbildung 33: Veränderung des Statusindex zwischen 1990 und 2000 nach Raumgliederungen	226
Abbildung 34: Veränderung des Individualisierungsindex zwischen 1990 und 2000 nach Raumgliederungen	227
Abbildung 35: Bevölkerungsverteilung auf dem Status- und dem Individualisierungsindex in den fünf Schweizer Grossstadtagglomerationen 2000	230
Abbildung 36: Verschiebungen der Stadtquartiere und Gemeinden im Status-Individualisierungs- Diagramm nach Grossstadtagglomerationen zwischen 1990 und 2000	234
Abbildung 37: Relative Auf- und Abwertung in den fünf Schweizer Grossstadtagglomerationen	236
Abbildung 38: Räumliche Lage der Gemeinden und Stadtquartiere mit Gentrifizierungs-, Super- Gentrifizierungs- und Marginalisierungstendenzen in den fünf Schweizer Grossstadt- agglomerationen	242
Abbildung 39: Soziokulturelle Veränderung im Zusammenhang mit Gentrifizierung, Super- Gentrifizierung und Marginalisierung	244
Abbildung 40: Kernstädte, Hauptagglomerationen, Nebenagglomerationen und Edge Cities im Metropolitanraum Zürich	247
Abbildung 41: Entwicklung des Statusindex 1990/2000 in den Funktionalregionen des Metropolitanraums Zürich	250
Abbildung 42: Vertikale Differenzierung des Metropolitanraums Zürich	251
Abbildung 43: Entwicklung des Individualisierungsindex 1990/2000 in den Funktionalregionen des Metropolitanraums Zürich	252
Abbildung 44: Horizontale Differenzierung des Metropolitanraums Zürich	253
Abbildung 45: Soziale Aufwertung und Abwertung im Metropolitanraum Zürich	256
Abbildung 46: Diffusion der individualisierten Lebensformen im Metropolitanraum Zürich	257
Abbildung 47: Politische Landkarte der Schweiz im Koordinatensystem links-recht, liberal-konservativ	268
Abbildung 48: Bezugssysteme der mentalen Topografie	270
Abbildung 49: Deutsch und Welsch im politischen Raum	273
Abbildung 50: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von deutscher und französischer Schweiz	274
Abbildung 51: Zentrum-Peripherie-Gegensatz der Deutschschweiz im politischen Raum	276
Abbildung 52: Zentrum-Peripherie-Gegensatz der französischen Schweiz im politischen Raum	277
Abbildung 53: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Zentrum und Peripherie	278
Abbildung 54: Gegensatz Kernstadt-Umland in der Deutschschweiz im politischen Raum	280
Abbildung 55: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Kernstadt und Agglomerationsgürtel in der Deutschschweiz	282
Abbildung 56: Gegensatz Kernstadt-Umland in der französischen Schweiz im politischen Profil	284
Abbildung 57: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Kernstadt und Agglomerationsgürtel in der französischen Schweiz	285
Abbildung 58: Verräumlichter Klassencleavage der französischsprachigen Grossagglomerationen im politischen Raum	286
Abbildung 59: Verräumlichter Klassencleavage der deutschsprachigen Grossagglomerationen im politischen Raum	287
Abbildung 60: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Oberschichts- und Unterschichtsregionen der Deutschschweizer Grossagglomerationen	288
Abbildung 61: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten von Oberschichts- und Unterschichtsregionen der französischsprachigen Grossagglomerationen	290
Abbildung 62: Weltanschauliche Richtungen der verräumlichten Cleavagestruktur in der deutschen und der französischen Schweiz	292
Abbildung 63: Weltanschauliches Raumtypenschema	293

Abbildung 64: Verteilung der Beschäftigtenanteile in wissensbasierten Dienstleistungen im politischen Raum	295
Abbildung 65: Horizontale Differenzierung von kulturellen und kommerziellen Dienstleistungen im politischen Raum	297
Abbildung 66: Veränderung des linguistischen Cleavages zwischen 1980 und 2005	299
Abbildung 67: Zustimmung zu sozialpolitischen Vorlagen im Verlauf des 20. Jahrhunderts nach Sprachregionen	301
Abbildung 68: Entwicklung des Gegensatzes zwischen Kernstadt und Umland in der Deutschschweiz 1981 bis 2005	302
Abbildung 69: Zustimmung zu den «Überfremdungsvorlagen» zwischen 1970 und 2000 in Stadt und Land im Kanton Zürich	303
Abbildung 70: Entwicklung des Gegensatzes zwischen Kernstadt und Umland in der Suisse Romande 1981 bis 2005	305
Abbildung 71: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Zürich 1981–2005	306
Abbildung 72: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Basel 1981–2005	307
Abbildung 73: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Bern 1981–2005	308
Abbildung 74: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Genf 1981–2005	309
Abbildung 75: Weltanschauliche Dynamik in der Agglomeration Lausanne 1981–2005	310
Abbildung 76: Weltanschauliche Dynamik in der Stadt Zürich 1981–2005	312
Abbildung 77: Weltanschauliche Dynamik in der Stadt Genf 1981–2005	314

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Katalog der politischen Ziele in eidgenössischen Abstimmungsvorlagen von 1981 bis 1999 und Häufigkeit ihrer Zuordnung	155
Tabelle 2: Politikbereiche und zugehörige weltanschauliche Sachkonflikte	172
Tabelle 3: Zuordnung und Gewichte der Abstimmungen zu den neun Sachkonflikten	175
Tabelle 4: Absolute und relative Anteile der Gemeinden, Gemeindegruppen und Stadtquartieren in Klassen von Statusindex und Individualisierungsindex nach Siedlungstypen 2000	222
Tabelle 5: Mittelwerte und Heterogenitätsmasse der Grossstadttagglomerationen des Statusindex 2000	229
Tabelle 6: Mittelwerte und Heterogenitätsmasse der Grossstadttagglomerationen des Individualisierungsindex 2000	231
Tabelle 7: Durchschnittliche Veränderung des Statusindex zwischen 1990 und 2000 von Kernstadtquartieren und Agglomerationsgemeinden der fünf grossen Agglomerationen	232
Tabelle 8: Durchschnittliche Veränderung des Individualisierungsindex zwischen 1990 und 2000 in den fünf grossen Agglomerationen	233
Tabelle 9: Stadtquartiere und Gemeinden der fünf Grossstadttagglomerationen mit Tendenzen der Gentrifizierung, der Super-Gentrifizierung und der Marginalisierung	241

Lebenslauf

Persönliche Angaben

Leuthold Baumann
Heinrich
Geboren am 20. Mai 1967
Bürger von Oberrieden ZH

Ausbildung

- | | |
|-------------|--|
| 1974 – 1983 | Primar- und Sekundarschule in Oberrieden ZH |
| 1983 – 1987 | Kantonsschule Küsnacht, «Unterseminar», abgeschlossen mit einer «Kantonalen Maturität». |
| 1991 – 1999 | Studium der Geografie an der Universität Zürich mit den Nebenfächern: Volkswirtschaftslehre, Agronomie, Biologie, Geologie und Mathematik |
| 1999 | Diplom in Geografie, Diplomarbeit mit dem Titel:
«Die gute Adresse. Innerstädtische Wohnstandortverteilung in Zürich als Produkt sozial differenzierter Klassifikation» |
| 1998 – 2005 | Wissenschaftlicher Assistent am Geographischen Institut der Universität Zürich, Abteilung Geographische Informations Analyse |
| 2000 – 2004 | Wissenschaftlicher Mitarbeiter im SNF-Project «Sozialtopologie und Modernisierung (SOTOMO)» |
| 2005 – 2006 | Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der Universität Zürich |